Wiener Stadtbibliothek

57291 F

1 - 15. Dez. 1964
F 57.291

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

WIENER BIBLIOTHEK

Kommenden Samstag: Belastungsprobe der Nordbrücke

Schon am 19. Dezember wird die dritte Strombrücke eröffnet

1. Dezember (RK) Am kommenden Samstag, dem 5. Dezember, wird zwischen 8 und 12 Uhr die Belastungsprobe der dritten Strombrücke, Nordbrücke, durchgeführt werden. 60 Fahrzeuge des städtischen Fuhrparks mit einem Gesamtgewicht von rund 600 Tonnen werden die Brücke belasten. Die Durchbiegung der Tragwerke wird in den 83 Meter langen Hauptöffnungen der Brücke etwa zehn Zentimeter betragen.

Mit den Bauarbeiten an der Nordbrücke, die an der Stelle der ehemaligen Nordwestbahnbrücke errichtet wurde, wurde im April 1962 begonnen. Verschiedene Vorarbeiten an den Strompfeilern der alten Brücke, die für die Neukonstruktion wiederverwendet wurden, waren bereits im August 1961 angelaufen. Die gesamten Baukosten betragen 140 Millionen Schilling. Die neue Brücke hat eine Gesamtlänge von 920 Meter und besteht aus drei konstruktiv verschieden gestalteten Teilen, nämlich der 110 Meter langen Kaibrücke über den Handelskai und die Gleise des Bahnhofs Brigittenau, der 330 Meter langen Strombrücke über die Donau und der 480 Meter langen Flutbrücke über das Überschwemmungsgebiet. Die Brücke ist 20 Meter breit und hat zwei durch Leitplanken getrennte, je acht Meter breite Fahrbahnen und zwei je 1,5 Meter breite Gehwege.

Die Eröffnung der Nordbrücke ist für Samstag, den 19. Dezember, vorgesehen. Gleichzeitig wird die neue Nußdorfer Brücke über den Donaukanal dem Verkehr übergeben werden, die als Einbahnbrücke die Verbindung von der Nordbrücke stadteinwärts zur Donaukanalschnell-

./.

straße herstellt. Das gesamte Verkehrsbauwerk ab Prager Straße bis Währinger Gürtel ist das erste, rund vier Kilometer lange kreuzungsfreie Teilstück des geplanten großen Stadtautobahnsystems.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, Berichterstatter und Fotoreporter zur Belastungsprobe der Nordbrücke zu entsenden. Termin: Samstag, 5. Dezember, 8 bis 12 Uhr.

\- - -

Bürgermeister Jonas eröffnet neuen Kindergarten im 10. Bezirk

1. Dezember (RK) Kommenden Samstag, den 5. Dezember, um 9.30 Uhr, wird Bürgermeister Jonas das neue Kindertagesheim der Stadt Wien auf dem Quarinplatz im 10. Bezirk eröffnen. Der Neubau, der in 15 Monaten errichtet wurde, liegt gegenüber dem bestehenden Kindergarten im Quarin-Hof, der sich in Anbetracht der regen Bautätigkeit der Gemeinde Wien im 10. Bezirk als zu klein erwiesen hat.

Das einstöckige Gebäude, an das sich ein großer Garten mit Spielplatz anschließt, beherbergt im Erdgeschoß außer mehreren Nebenräumen drei Gruppenräume jeweils mit Wasch- und Brausegelegenheit und im ersten Stock zwei weitere Gruppenräume. Die gesamten Baukosten betrugen 6,4 Millionen Schilling.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, Berichterstatter und Fotoreporter zu der Eröffnungsfeier zu entsenden. Termin: Samstag, 5. Dezember, 9.30 Uhr. Ort: 10, Quarinplatz. Zufahrt: Straßenbahnlinie 65.

\- - -

Internationaler Fachausschuß für Stadterneuerung tagt in Wien

1. Dezember (RK) Die planmäßige Erneuerung der alten, vielfach zu dicht bebauten Teile unserer Stadt ist die schwierigste und umfangreichste Aufgabe der Stadtplanung. Daher ist auf diesem Gebiet der Gedankenaustausch mit der internationalen Fachwelt besonders wichtig und erfolgversprechend.

Auf Grund dieser Erwägungen hat der Amtsführende Stadtrat für Bauangelegenheiten Heller, in seiner Eigenschaft als Vizepräsident des Internationalen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung, diesem Verband die Gastfreundschaft der Stadt Wien für alljährliche Tagungen des ständigen Ausschusses für "Stadterneuerung" angeboten. Die erste dieser Tagungen findet gegenwärtig im Rathaus statt und dauert von 1. bis 4. Dezember. 35 Fachleute aus zehn Ländern nehmen daran teil. Sie sollen in kleinen Arbeitsgruppen in direktem persönlichem Kontakt die Fragen der Stadterneuerung in all ihren planerischen, finanziellen und rechtlichen Aspekten diskutieren.

Der Internationale Gemeindeverband, der sich im kommenden Jahr bei seinem Kongreß in Belgrad ebenfalls mit dem Problem der baulichen Erneuerung der Städte und Dörfer befassen wird, entsendet zu dieser Tagung zwei Beobachter. Den Tagungsteilnehmern wird auf einer Exkursion auch Gelegenheit gegeben werden, die Maßnahmen der Stadt Wien auf diesem Gebiet kennenzulernen. Die Wiener Stadtverwaltung setzt mit dieser Einladung eine alte Tradition der Zusammenarbeit mit dem Internationalen Verband fort, der bereits in den Jahren 1926 und 1956 seine Weltkongresse in der österreichischen Bundeshauptstadt abgehalten hat.

\- - -

Verleihung des Medizinalratstitels

1. Dezember (RK) Der Bundespräsident hat den Ärzten Dr. Johann Berghofer, Dr. Lotte Friedländer, Dr. Maximilian Huber, Dr. Karl Kluger, Dr. Karl Loibelsberger, Dr. Otto Rieger, Dr. Anton Rot und Dr. Walter Steinfest den Berufstitel Medizinalrat verliehen.

Landeshauptmann Jonas überreichte heute früh im Wiener Rathaus den acht Ärzten die Dekrete.

\- - -

Wiener Berufsschüler bauen Lehrbehelfe für Hauptschulen

1. Dezember (RK) In Anwesenheit von Stadtschulratspräsident Abgeordnetem Dr. Neugebauer übergab gestern Landesschulinspektor Dipl.-Ing. Vojta zwölf von Berufsschülern hergestellte Telefonapparate der zuständigen Pflichtschulabteilung des Stadtschulrates für Wien. Die Apparate sind als Experimentiergeräte für Wiener Hauptschulen bestimmt und stellen genau funktionierende Modelle dar. Jede Anlage besteht aus zwei Telefonapparaten und einem in einem Glaskasten montierten Relais. Die Schüler erhalten damit genauen Einblick in die Funktionsweise des Telefonwählanschlusses. Landesschulinspektor Vojta betonte, daß der Direktor, die Lehrpersonen und die Schüler der Berufsfachschule für Elektrotechnik mit großer Freude an der Arbeit waren, um den Wiener Hauptschulen diese kostbaren Geräte zur Verfügung stellen zu können. Insgesamt sind nunmehr 22 solcher Anlagen als Lehrbehelfe in Wiener Hauptschulen vorhanden.

Stadtschulratspräsident Dr. Neugebauer dankte in herzlichen Worten für den neuerlichen Beweis der guten Zusammenarbeit zwischen den Berufsschulen und den Pflichtschulen. Er hob lobend hervor, daß sich die Berufsschüler immer wieder in selbstloser Weise für gemeinnützige Aufgaben zur Verfügung stellen.

\- - -

Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Dr. Koller erhielt Großes Silbernes Ehrenzeichen

1. Dezember (RK) In seiner Eigenschaft als Landeshauptmann überreichte Bürgermeister Jonas heute früh Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Dr. techn. Rudolf Koller das Große Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich, das ihm der Bundespräsident verliehen hat. Bei dieser Ehrung des verdienten Baufachmannes und leitenden Beamten der Wiener Stadtverwaltung waren die Stadträte Dr. Drimmel, Heller und Koci sowie Magistratsdirektor Dr. Ertl anwesend.

Landeshauptmann Jonas wies auf die außerordentlich verdienstvolle Tätigkeit von Stadtbaudirektor Dr. Koller hin und wünschte ihm auch für die Zukunft viel Erfolg in seinem schweren Amt. Stadtbaudirektor Dr. Koller dankte tief bewegt für die Ehrung und betonte, er sehe darin vor allem eine Anerkennung für die gesamte Tätigkeit des Stadtbauamtes, in dessen Rahmen er sich stets bemüht habe, für seine Heimatstadt das Beste zu geben. Die Beurteilung darüber, ob ihm dies auch gelungen sei, müsse er allen jenen überlassen, in deren Dienst er seine Tätigkeit gestellt habe.

Herr über 29 Magistratsabteilungen mit 9.000 Bediensteten

Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Dr. Koller trat 1934 in den Dienst der Gemeinde Wien ein, feierte also heuer sein 30jähriges Dienstjubiläum. Nach seiner Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft im Jahr 1946 wurde er in seiner alten Dienststelle, der Magistratsabteilung 28 (Straßenbau), mit der Planung und Überwachung aller großen Straßenbauten der Stadt Wien betraut. Auf Grund seiner großen Erfolge auf diesem Gebiet wurde er 1959 zum Leiter der Gruppe Tiefbau in der Stadtbauamtsdirektion bestellt und am 30. Mai 1961 als Nachfolger von Prof. Dr. Pecht zum Leiter des Wiener Stadtbauamtes ernannt. Dem Stadtbauamt gehören 29 Magistratsabteilungen mit mehr als 9.000 Bediensteten an. Auf Grund seiner hervorragenden wissenschaftlichen Tätigkeit berief die Technische Hochschule Wien Dipl.-Ing. Dr. Koller an die Bauingenieurfakultät und erteilte ihm einen Lehrauftrag über das Gebiet der Straßenverkehrstechnik.

Als Stadtbaudirektor trug Dipl.-Ing. Dr. Koller durch seinen Einfluß auf die Ausarbeitung des Städtebaulichen Grundkonzepts und somit auf die großen Aufgaben der Stadtplanung und die

./.

Novellierung der Bauordnung für Wien wesentlich zur künftigen Entwicklung der Bundeshauptstadt bei. Unter seiner Leitung konnte die große Zahl von rund 1.500 Bauvorhaben pro Jahr, mit einem durchschnittlichen Kostenaufwand von etwa 2,7 Milliarden Schilling, erfolgreich verwirklicht werden. Neben vielen anderen Funktionen ist Stadtbaudirektor Dr. Koller auch Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitsausschusses der Paritätischen Kommission zur Lösung der Fragen der Koordinierung aller Bauvorhaben in Österreich. In zahlreichen Verhandlungen vertritt er lebenswichtige Interessen der Bundeshauptstadt, so zum Beispiel bei der Verbesserung des Hochwasserschutzes, der Errichtung der dritten Hochquellenwasserleitung, der Verbesserung des Massenverkehrs und vieler anderer Aufgaben.

\- - -

Führende ungarische Journalisten besuchen Wien

1. Dezember (RK) Gegenwärtig weilt eine ungarische Journalistendelegation zu einem mehrtägigen Besuch in Österreich. Die Abordnung wird vom Generaldirektor der staatlichen ungarischen Nachrichtenagentur MTI, Sandor Barcs, der auch Mitglied des Präsidialrates der Ungarischen Volksrepublik ist, geleitet. Ihr gehören ferner an: der Direktor des ungarischen Fernsehens, Kornél Hajnal, die Redakteure Rényi vom "Népszabadság", Tatár vom "Esti Hirlap", Pethö vom "Magyar Nemzet", Bertalan von der Wochenzeitung "Nök lapja" und Chefredakteur Wesselényi vom viersprachigen Magazin "Ungarische Rundschau".

Die ungarischen Journalisten wurden heute vormittag im Rathaus von Stadtrat Heller empfangen. Stadtrat Heller hielt den Publizisten ein ausführliches Referat über die kommunalen Probleme Wiens und die spezifischen Wiener Lösungsversuche. Die Gäste bekamen reiches Informationsmaterial mit nach Hause. Die kommunalpolitisch besonders interessierten Delegationsmitglieder hat Stadtrat Heller für Donnerstag zu einer Stadtbesichtigung eingeladen.

Die Gäste werden von Wien aus auch eine Rundfahrt durch die anderen Bundesländer unternehmen.

\- - -

Ausstellung in der Secession:

"Das gute Bild für jeden" erfolgreich angelaufen

1. Dezember (RK) Gestern abend wurde die Verkaufsausstellung "Das gute Bild für jeden", die vom Kulturamt der Stadt Wien gemeinsam mit der Wiener Künstlerschaft veranstaltet wird, in den Räumen der Wiener Secession eröffnet. Der Präsident der Künstlervereinigung "Wiener Secession" Prof. Meissner konnte in Vertretung von Bürgermeister Jonas Vizebürgermeister Mandl sowie zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen und kulturellen Lebens begrüßen. In seiner Eröffnungsrede fand Präsident Meissner tiefschürfende Worte über das Verhältnis unserer Zeit zur Kunst. Er dankte insbesonders der Stadt Wien für ihre wertvollen Förderungsmaßnahmen zugunsten des Kunstlebens unserer Stadt. Eine besonders wertvolle Aktion sei die gegenwärtige Verkaufsausstellung "Das gute Bild für jeden", bei der ausgesuchte Kunstwerke mit breiten Bevölkerungskreisen Kontakt finden.

Nach der Eröffnungsrede von Vizebürgermeister Mandl, die wir in unserer gestrigen Ausgabe veröffentlichten, besichtigten die Eröffnungsgäste die 757 Ausstellungsstücke. Es sind dies in der Hauptsache Gemälde. Aber auch Kleinplastiken, Collagen und Keramiken werden angeboten. Für jede Gemäldeart hat die Stadt Wien ein Preislimit festgelegt, das bei Aquarellen 700 Schilling beträgt und bei großformatigen Ölgemälden bei 3.000 Schilling liegt. Der Preis der Keramikarbeiten liegt um 400 Schilling. Alle Gemälde sind fertig gerahmt und können gegen ein geringes Entgelt für die geschmackvolle Rahmung von den Käufern gleich aufhängefertig mitgenommen werden.

Bereits am Eröffnungsabend war das Interesse der Kauflustigen außerordentlich groß. Es wurden an diesem Abend 39 Nummern verkauft. Heute vormittag wurden weitere 15 Stück abgesetzt. Die Ausstellung ist bis 23. Dezember, jeweils von 10 bis 20 Uhr, bei freiem Eintritt zugänglich.

\- - -

Personalnachrichten

1. Dezember (RK) Auf Antrag des städtischen Personalreferenten Stadtrat Bock hat heute der Wiener Stadtsenat die Obermagistratsräte Dr. Josef Machtl (M.Abt. 4) und Dr. Eduard Schütz (Magistratsdirektion) in die Dienstklasse VIII befördert und ihnen den Titel Senatsrat verliehen. Amtsrat Josef Klein wurde zum Oberamtsrat befördert.

Anläßlich der Versetzung in den Ruhestand wurde dem Senatsrat Dr. Leopold Rieger Dank und volle Anerkennung ausgesprochen. Dem Oberstadtbaurat Dipl.-Ing. Lothar Klug wurde der Titel Senatsrat verliehen. Den Obermagistratsräten Dr. Josef Haselberger und Dr. Franz Oeller sowie den Oberamtsräten Johann Drexler und Franz Pete wurde Dank und Anerkennung ausgesprochen. Dem Amtsrat Alfred Tremel wurde anläßlich seiner Pensionierung der Titel Oberamtsrat verliehen.

\- - -

Richtigstellung zur Ankündigung über Ausstellung "Archivalien"

1. Dezember (RK) Wir machten gestern auf Blatt 3097 die Mitteilung, daß Vizebürgermeister Mandl die Ausstellung "Archivalien aus acht Jahrhunderten" im Historischen Museum der Stadt Wien Donnerstag, den 3. Dezember, um 17 Uhr, eröffnen wird. Das stimmt leider nicht; die Eröffnung findet bereits um 16.30 Uhr statt.

Geehrte Redaktion!

Wir bitten Sie, den geänderten Termin in Ihrem Kalender zu berücksichtigen.

\- - -

Schweinehauptmarkt vom 1. Dezember

1. Dezember (RK) Unverkauft von der Vofwoche: 0. Neuzufuhren Inland: 9.195; Polen 591, Bulgarien 349, Rumänien 150, Ungarn 420. Gesamtauftrieb: 10.705. Verkauft wurde alles.

Preise: Extremware 14.60 bis 15 S, 1. Qualität 14 bis 14.50 S, 2. Qualität 13.50 bis 14 S, 3. Qualität 12.80 bis 13.50 S, Zuchten extrem 12.60 bis 12.80 S, Zuchten 11.50 bis 12.50 S, Altschneider 10 bis 11 S.

Ausländische Schweine notierten: Polen 13.20 bis 14.30 S, Bulgarien 12.80 bis 13.20 S, Rumänien 12.90 S, Ungarn 13.50 bis 14.20 S.

Der Durchschnittspreis für inländische Schweine ermäßigte sich um einen Groschen je Kilogramm und beträgt nunmehr 13.66 S. Der Durchschnittspreis für bulgarische Schweine ermäßigte sich um elf Groschen und beträgt nunmehr 13.04 S, erhöhte sich für polnische Schweine um acht Groschen und beträgt nunmehr 13.79 S, ermäßigte sich für rumänische Schweine um zwei Groschen und beträgt nunmehr 12.90 S und erhöhte sich für ungarische Schweine um zehn Groschen und beträgt nunmehr 13.69 S je Kilogramm. Der Gesamtdurchschnittspreis für ausländische Schweine beträgt 13.50 S.

\- - -

Pferdehauptmarkt vom 1. Dezember

1. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 101 Stück, hievon fünf Fohlen. Als Schlachttiere wurden 91 Stück, als Nutztiere 2 Stück verkauft, unverkauft blieben acht Stück.

Herkuft der Tiere: Wien 3, Niederösterreich 61, Oberösterreich 11, Burgenland 21, Steiermark 3, Salzburg 2.

Preise: Schlachttiere Fohlen 13.50 bis 15.20 S, Pferde extrem 9 bis 9.10 S, 1. Qualität 8 bis 8.60 S, 2. Qualität 7.20 bis 7.80 S, 3. Qualität 6 bis 7 S.

Auslandsschlachthof: kein Auftrieb.

Der Durchschnittspreis erhöhte sich für inländische Schlachtpferde um 66 Groschen und für inländische Schlachtfohlen um 57 Groschen je Kilogramm. Er beträgt für: Schlachtpferde 7.71 S, Schlachtfohlen 14.04 S, Pferde und Fohlen 8.03 S.

\- - -

Parteienverhandlungen sollen intensiviert werden

1. Dezember (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas wurden heute nachmittag im Rathaus die Parteienverhandlungen über die Neubildung des Wiener Stadtsenats in sachlicher Atmosphäre fortgesetzt. Es wurde beschlossen, die Weiterführung der Verhandlungen zu intensivieren und diese nötigenfalls auch in den späten Abendstunden abzuwickeln. Die nächste Zusammenkunft wurde für Mittwoch, den 2. Dezember, um 21 Uhr, anberaumt.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Am Montag, 7. Dezember:

Weihnachtsbaum-Feier auf dem Rathausplatz

2. Dezember (RK) Am Montag, dem 7. Dezember, um 18 Uhr, wird der den Wienern vom Land Niederösterreich gespendete Weihnachtsbaum, der seit einigen Tagen bereits am Rathausplatz zu sehen ist, offiziell übergeben und feierlich entzündet werden.

Um 17.24 Uhr wird das Glockenspiel vom Rathausturm ertönen und um 17.30 Uhr beginnt die musikalische Introduktion des Festaktes, an der die Polizeimusikkapelle Wien, die Jugendmusikkapelle St. Pantaleon und die Sängerknaben vom Wienerwald mitwirken. Um 1 Uhr wird dann die eigentliche Feier mit einer Festfanfare beginnen, der sich die Rede von Landeshauptmann Figl anschließen wird. Dann wird der Weihnachtsbaum - bekanntlich der größte, den der Rathausplatz je sah - im Lichterglanz erstrahlen und die Widmungstafel enthüllt werden. Angesichts des Lichterbaums wird Bürgermeister Jonas seine Dankansprache halten. Mit einem musikalischen Ausklang und dem Rathausglockenspiel schließt die Wiener Weihnachtsbaum-Feier.

Geehrte Redaktion!

Sie werden herzlich eingeladen, zu der Weihnachtsbaum-Illuminierung Berichterstatter und Fotoreporter zu entsenden.

\- - -

Erste Internationale Tagung für Stadterneuerung eröffnet

2. Dezember (RK) Nach zwei vorbereitenden Arbeitstagen wurde heute vormittag das Treffen des Internationalen Fachausschusses für Stadterneuerung durch Stadtrat Heller offiziell eröffnet.

Stadtrat Heller hat als Vizepräsident des Internationalen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung den ständigen Ausschuß für Stadterneuerung eingeladen, alljährlich zur Arbeitstagung nach Wien zu kommen. Die erste derartige Zusammenkunft findet bis zum 4. Dezember statt.

Stadtrat Heller sagte in seiner Eröffnungsrede:

"Es ist mir eine große Ehre, Sie im Namen des Herrn Bürgermeisters zu Ihrer ersten Arbeitstagung in Wien auf das herzlichste begrüßen zu können. Als Amtsführender Stadtrat für Bauangelegenheiten freut es mich besonders, unter Ihnen auch politische Funktionäre begrüßen zu können, wie Herrn stellvertretenden Minister Mikuláš aus Prag und die Herren Stadträte Hijkema und Dankelman aus Den Haag, denn die Stadterneuerung ist ja kein rein technisches Problem, sondern eines, das in das Leben der Stadt und ihrer Bewohner auf das tiefste eingreift.

Es ist mir, der ich jahrelang an der Arbeit des Österreichischen Städtebundes persönlich teilgenommen habe, weiters eine besondere Freude, zwei Vertreter des Internationalen Gemeindeverbandes zu begrüßen, Mrs. Eileen Harloff-Martin und Mr. Thomas Cock, die an dieser Tagung als Beobachter teilnehmen werden. Der Internationale Gemeindeverband wird sich im nächsten Jahr auf seinem Kongreß in Belgrad ebenfalls mit dem Problem der Stadterneuerung auseinandersetzen. Es ist eine erfreuliche und praktische Lösung, daß der Fachmann, der Ihr Vorsitzender ist, Herr Professor Duggar, auch den Generalbericht für diesen Kongreß bearbeitet. Probleme dieser Art können eben nur in engem Zusammenwirken zwischen den verantwortlichen politischen Funktionären und den entsprechenden Fachleuten gelöst werden.

Darum hat die Stadt Wien seit Jahrzehnten auch eine innige Verbindung mit dem Internationalen Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung, der, wie Sie wissen, bereits zweimal seinen

./.

Weltkongreß in Wien abgehalten hat, nämlich in den Jahren 1926 und 1956. Als Vizepräsident des Verbandes möchte ich bei dieser Gelegenheit jenes Mannes gedenken, der Ihnen vielleicht noch als Organisator des Kongresses 1956 in Erinnerung ist und über dessen Initiative wir auch hier zusammengekommen sind, unseres gemeinsamen Freundes, des vor kurzem verstorbenen Senatsrates Boeck. Ich glaube, es ist in seinem Sinne, wenn wir uns vornehmen, diese Tagung zu einem vollen Erfolg zu gestalten.

So notwendig die großen Kongresse auch sind, um einen allgemeinen Gedankenaustausch zu pflegen und allgemeine Richtlinien festzulegen, so wissen wir doch alle, daß die eigentliche Arbeit nur im kleinen, ausgewählten Kreise geleistet werden kann.

Wir hoffen, daß diese Tagung, so wie es vorgesehen ist, zu einer ständigen Einrichtung wird, mit deren Hilfe der Austausch von Erfahrungen und Gedanken über das Problem der Stadterneuerung sichergestellt wird. Wir werden uns morgen erlauben, Ihnen im Rahmen einer kurzen Rundfahrt einige der städtebaulichen Leistungen Wiens auf diesem Gebiete vorzuführen.

Ich hoffe sehr, daß Sie in unserer Stadt die richtige Atmosphäre für eine gedeihliche Zusammenarbeit finden und wünsche Ihnen für Ihre Arbeit einen vollen Erfolg."

\- - -

Die Straßenverkehrskommission tagte

2. Dezember (RK) Unter dem Vorsitz von Magistratsdirketor Dr. Ertl trat heute vormittag die Wiener Straßenverkehrskommission im Rathaus zu einer Sitzung zusammen. Die Stadträte Heller, Koci, Schwaiger und Sigmund sowie mehrere Bezirksvorsteher nahmen daran teil.

Die Kommission beschäftigte sich wieder mit einer Reihe von Verkehrsmaßnahmen, die zum größten Teil ohne Debatte genehmigt wurden. Abgelehnt wurde ein Antrag auf Lockerung des Fahrverbots in der Prater-Hauptallee.

Verschiedene Verkehrsprobleme wurden von der Kommission den zuständigen Stellen zur genaueren Untersuchung übermittelt. So soll vom Magistrat und der Polizei die Frage geprüft werden, unter welchen Umständen die Feuerwehr auch bei Rot über Kreuzungen fahren darf. Für den gesamten Gürtel zwischen Fendigasse und Liechtenwerder Platz wurde von der Stadtplanung ein Halteverbot in der Zeit von 6 bis 20 Uhr angeregt, um die Verkehrsstauungen zu mildern. Auch das Problem eines 24stündigen Betriebs der automatischen Lichtsignalanlagen soll neuerlich geprüft werden.

Besonders aktuelles Thema der Straßenverkehrskommission: die Rodelstraßen in Wien. Diese bei den Kindern sehr beliebte Einrichtung ist durch die zunehmende Verkehrsdichte recht problematisch geworden. Die bisher 18 Rodelstraßen wurden deshalb auf sieben reduziert, wobei es sich um Straßenzüge handelt, in denen auch die Zufahrt für Kraftfahrzeuge ohne weiteres gesperrt werden kann. In der Zwischenzeit hat man jedoch sechs neue Rodelstraßen ins Auge gefaßt, in denen die Wiener Kinder gefahrlos ihrem Wintersport huldigen können.

\- - -

Schienenparkverbot wieder Tag und Nacht

2. Dezember (RK) Das Schienenparkverbot in Wien gilt bekanntlich während der Wintermonate Tag und Nacht. Ab 15. Dezember, 0 Uhr, bis 31. März, 24 Uhr, darf also in Straßen mit Straßenbahngleisen nicht geparkt werden.

\- - -

Weihnachtsfreuden für 150 Wiener Pflegekinder

2. Dezember (RK) Jenen Pflegekindern des Wiener Jugendamtes, die in Pflege-Großfamilien untergebracht sind, wird heuer eine besondere Weihnachtsfreude gemacht werden. In Wien gibt es 18 sorgfältig nach psychologischen und sozialen Gesichtspunkten ausgesuchte "Eltern", denen das Jugendamt die Obsorge über nicht weniger als 150 Kinder anvertraut hat. In diesen "Familien" werden fünf, sieben oder gar zehn Kleine betreut. So vielen Köpfen Weihnachtsfreude zu machen, bereitet den Pflegeeltern natürlich alljährlich manches Kopfzerbrechen. Hier will die Gesellschaft Österreichischer Kinderdörfer heuer helfend beispringen: Sie hat die 18 Mütter der Pflegefamilien eingeladen, sich heute abend in der "Spielzeugschachtel". - dem bekannten Haus für pädagogisch besonders wertvolle Spielwaren in der Rauhensteingassse -, Weihnachtsgeschenke für ihre Schutzbefohlenen auszusuchen. Die Idee der Kinderdörfer ist ja schließlich auch von der Arbeit der Pflegefamilien mit inspiriert worden. Die Mittel für die heurige Weihnachtsaktion wurde durch Spenden der Mitglieder der Gesellschaft Österreichischer Kinderdörfer, 1, Rauhensteingasse 5, aufgebracht.

Stadtrat Maria Jacobi, der die Wiener Pflege-Großfamilien besonders am Herzen liegen, wird die Mütter heute abend um 19 Uhr in der "Spielzeugschachtel" persönlich begrüßen, ihnen bei der Auswahl der Geschenke behilflich sein und in ihrer aller Namen der Gesellschaft Österreichischer Kinderdörfer Dank sagen.

\- - -

Polemik wegen Eröffnung der Nordbrücke

2. Dezember (RK) Die "Rathaus-Korrespondenz" hat gestern in ihrer Aussendung die Belastungsprobe der Nordbrücke angekündigt und gleichzeitig gemeldet, daß die Eröffnung der dritten Strombrücke am 19. Dezember stattfinden wird. Daraufhin brachten heute einige Zeitungen polemische Bemerkungen, die im wesentlichen beinhalten, daß der Bund - obwohl zuständiger Bauherr - bei der Festsetzung des Termines übergangen worden sei. Gleichzeitig wird Bürgermeister Jonas vorgeworfen, daß er einen Brief des Staatssekretärs im Handelsministerium, Dr. Kotzina, vom 20. November, in dem wegen des Termines zur Eröffnung der Nordbrücke angefragt wird, bisher nicht beantwortet habe.

Dazu erfährt die "Rathaus-Korrespondenz", daß der besagte Brief wohl das Datum vom 20. November trägt, im Rathaus jedoch erst am 30. November, eingelangt ist. Es mutet etwas eigenartig an, wenn das Handelsministerium, das Briefe des Wiener Landeshauptmannes jahrelang unbeantwortet gelassen hat, die Beantwortung eines Briefes bereits einen Tag nach dessen Einlangen im Wege einer Partei-Korrespondenz urgiert.

Was die Kostentragung betrifft, muß festgestellt werden, daß sowohl die Nordbrücke und die Nußdorfer Brücke als auch die dazugehörigen Straßenzüge, die am 19. Dezember eröffnet werden sollen, bisher zur Gänze aus den Mitteln der Stadt Wien gebaut worden sind und der Bund bisher nicht einen Schilling dazu beigetragen hat.

Trotz diesem Sachverhalt hat Bürgermeister Jonas den Auftrag gegeben, das Schreiben des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau wegen des offiziellen Eröffnungsaktes raschest zu behandeln.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Parteienverhandlungen im Rathaus dauern fort

3. Dezember (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas wurden die Parteienverhandlungen im Wiener Rathaus am Mittwoch, um 21 Uhr, fortgesetzt. Die Beratungen wurden heute, Donnerstag, um 0.45 Uhr, unterbrochen. Sie werden heute um 21 Uhr im Rathaus wieder aufgenommen werden.

\- - -

Probleme der Stadterneuerung in Wien

3. Dezember (RK) Auf der Tagung des Fachausschusses für Stadterneuerung des Internationalen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung berichtete der Leiter der Stadt- und Landesplanung in Wien, Architekt Conditt, über die Probleme der Stadterneuerung in unserer Stadt. Die Lage in Wien ist dadurch gekennzeichnet, daß rund drei Viertel der Bevölkerung und acht Zehntel der Arbeitsplätze in viel zu dicht verbauten Stadtteilen, auf weniger als einem Siebentel der Stadtfläche zusammengedrängt sind. Dieses Gebiet ist daher ebenso erneuerungsbedürftig, wie der Stadtrand, wo in einer vielfach ungeordneten Bebauung auf etwa mehr als einem Siebentel der Stadtfläche ein Fünftel der Wohnbevölkerung und ein Zehntel der Arbeitsplätze zum Großteil unter den Nachteilen zu leiden hat, die eine zu geringe Besiedlungsdichte mit sich bringt. Das städtebauliche Grundkonzept der Stadt

./.

Wien sieht daher in einem Ausgleich zwischen dem zu dicht und dem zu locker bebauten Stadtgebiet eine der Hauptaufgaben der künftigen Stadtentwikclung. Dieses Grundkonzept stellt in seiner Gesamtheit, in allen seinen elf Punkten, ein umfassendes Stadterneuerungsprogramm dar.

Über diesem langfristigen Programm verabsäumt aber die Stadtverwaltung keineswegs die Lösung dringender Sanierungsprobleme. Den ausländischen Teilnehmern der Tagung wurden drei Sanierungsgebiete gezeigt. Zwei davon sind bereits zur Gänze oder zum Großteil bereinigt. Es ist dies der "Rabenhof", der in der Zwischenkriegszeit an der Stelle einer alten Kaserne und einer niedrigen und schlechten Bebauung errichtet wurde sowie das Gebiet von "Alt-Erdberg", wo in den Jahren 1955-1962 rund 900 Wohnungen anstelle eines ausgesprochenen Verfallviertels entstanden sind. Im dritten Sanierungsgebiet im Lichtental konnten die ausländischen Gäste die Umgestaltung in verschiedenen Stadien der Verwirklichung beobachten.

Nach einem Besuch in den Wohngebieten der Brigittenau waren die Tagungsteilnehmer heute mittag auf dem Kahlenberg Gäste der Stadt Wien, bei welchem Empfang Bürgermeister Jonas von Stadtrat Heller vertreten wurde.

Am Nachmittag wurden die Beratungen in zwei Arbeitsgruppen fortgesetzt.

\- - -

Musikveranstaltungen in der Woche vom 7. bis 13. Dezember

3. Dezember (RK)

Montag, 7. Dezember:

17.30 Uhr, Rathausplatz: Kulturamt der Stadt Wien: Weihnachtsbaum-Feier; Jugendmusikkapelle St. Pantaleon, Ltg. Josef Loeb; Sängerknaben vom Wienerwald, Ltg. Helmut Richter; Bläserchor der Wiener Symphoniker, Ltg. Rudolf Eidler; Polizeimusik Wien, Ltg. Otto Altenburger

19.30 Uhr, Brahmssaal (MV): Klavierabend Peter Efler (Mozart, Beethoven, Schumann, Debussy, Strawinsky)

19.30 Uhr, Schubertsaal (KH): Akademie für Musik u.d.K.: Cello-Abend der Klasse Richard Krotschak (J.S.Bach: Solo-Suiten, 2. Abend)

19.30 Uhr, Musikhaus Doblinger, Barocksaal: Musikverlag Doblinger: "Klarinette und Viola in der Kammermusik"; Karl Österreicher, Klarinette - Karl Stierhof, Viola - Inge v. Joanelli, Klavier (Mozart, Martinu, Schmidek, Uhl)

Dienstag, 8. Dezember:

19.30 Uhr, Gr.M.V.Saal: Österreichischer Gewerkschaftsbund: Wiederholung des 4. Abonnementkonzertes des Niederösterreichischen Tonkünstlerorchesters; mitwirkend Ion Voicu (Violine), Dirigent Mircea Basarab (Basarab: Rumänische Rhapsodie; Tschaikowsky: Violinkonzert; C. Franck: Symphonie d-moll)

19.30 Uhr, Brahmssaal (MV): Musikalische Jugend Österreichs: 2. Konzert im Zyklus X (Voraufführung des 2. Konzertes im Kammermusik-Zyklus der GdM); Pariser Kammerorchester, Dirigent Paul Kuentz (Gretry, Leclair, Couperin, Charpentier, Rameau)

19.30 Uhr, Mozartsaal (KH): Chorvereinigung "Engelsbergbund": Festkonzert

19.30 Uhr, Palais Palffy, Beethoven-Saal: Klavierabend Homero de Magalhaes (Haydn: Sonate C-dur; Villa-Lobos: 8 Cirandas; Liszt: Après une lecture du Dante"; Schubert: Phantasie Sonate op. 78 G-dur)

Mittwoch, 9. Dezember:

19.30 Uhr, Mozartsaal (KH): Klavierabend William Dresden (Beethoven: Fantasie op. 77, Diabelli-Variationen op. 120; 6 Bagatellen op. 126)

./.

19.30 Uhr, Brahmssaal:(MV): Gesellschaft der Musikfreunde: 2. Konzert im Kammermusik-Zyklus; Pariser Kammerorchester, Dirigent Paul Kuentz (Gretry: Ouverture; Leclair: Trauersymphonie; Couperin: Cembalo-Konzert; Charpentier: Suite e-moll; Rameau: 5. Konzert)

18.30 Uhr, Musikakademie Vortragssaal: Akademie für Musik u.d.K.: Öffentliche Generalprobe für die Austauschkonzerte der Akademie in Prag, Brünn und Pressburg; Ausführende: Werner Krenn, Peter Roczek, Georg Frischenschlager, Friederike Grünfeld (Bach, Mozart, Schubert, Brahms, Prokofieff, Strawinsky)

Donnerstag, 10. Dezember:

11.00 Uhr, Gr.K.H.Saal: Kulturamt - Theater der Jugend: 1. Aufführung des Tanzspiels "Das Waldfest"; Kindertanzkreis des Konservatoriums der Stadt Wien, Leitung Ilka Peter; Niederösterreichisches Tonkünstlerorchester, Dirigent Karl Hudez (für Schüler der zweiten Klassen)

19.30 Uhr, Brahmssaal (MV): Klavierabend Helmut Ottner (Haydn: Andante con variazioni f-moll; Beethoven: Sonate op. 81a; Schumann: Symphonische Etuden op. 13; Ravel: Gaspard de la nuit; Prokofieff: 7. Sonate op. 83)

19.30 Uhr, Akademietheater: Akademie für Musik u.d.K.: Opernaufführung "Dunkle Wasser" von Ernst Krenek; Opernklasse Josef Witt, musikalische Leitung Dr. Harald Goertz

18.30 Uhr, Musikakademie Vortragssaal: Akademie für Musik u.d.K.: Chopin-Klavierabend der Klasse Dieter Weber

20.00 Uhr, Musikzentrum, 1, Annagasse 20: Internationales Musikzentrum: Chopin-Klavierabend Christodoulos Georgiades

Freitag, 11. Dezember:

19.00 Uhr, Konservatorium Konzertsaal: Konservatorium der Stadt Wien: Opernfragmente; Opernklasse Peter Klein, musikalische Leitung Karl Hudez

19.30 Uhr, Gr.M.V.Saal: Musikalische Jugend Österreichs: 3. Konzert im Zyklus IVB (Voraufführung); J.S.Bach: "Weihnachts-Oratorium"; Wiener Jeunesse-Chor, Wiener Barockensemble, Gerlinde Lorenz (Sopran), Pari Samar (Alt), Heribert Ronge(Tenor), Olav Erikson (Baß), Dirigent Theodor Guschlbauer

19.30 Uhr, Brahmssaal (MV): Gesellschaft der Musikfreunde: 3. Konzert des Musikvereinsquartettes (Mendelssohn: Streichquartett e-moll op. 44/2; Martinu: 2. Streichquartett; Beethoven: Streichquartett B-dur op. 30)

./.

19.30 Uhr, Gr.K.H.Saal: Wiener Konzerthausgesellschaft:3. Konzert im Zyklus III; Violinabend Wanda Wilkomirska, am Flügel Kurt Rapf (Beethoven: Sonate A-dur op. 12/2 und Sonate G-dur op. 96 Prokofieff: Sonate f-moll op. 80/1; Bartók: Rhapsodie Nr.2)

19.30 Uhr, Akademietheater: Akademie für Musik u.d.K.: Wiederholung der Opernaufführung 'Dunkle Wasser" von Ernst Krenek; Opernklasse Josef Witt, musikalische Leitung Dr. Harald Goertz

19.30 Uhr, Radio Wien, Großer Sendesaal: Österreichischer Rundfunk - Radio Wien: 5. Konzert im Zyklus I; Wiener Symphoniker, Eberhard Katz (Tenor), Dirigent Hans Swarowsky (Schönberg: Sechs Lieder mit Orchester op. 8; Mahler: (6. Symphonie)

Samstag, 12. Dezember:

19.00 Uhr, Konservatorium Konzertsaal: Konservatorium der Stadt Wien: Wiederholung des Opernfragmente-Abends; Opernklasse Peter Klein, musikalische Leitung Karl Hudez

19.30 Uhr, Gr.M.V.Saal: Volksbildungskreis: 3. Konzert im Zyklus "Musik der Meister"; Wiener Symphoniker, Mimi Coertse (Sopran), Fred Liewehr (Rezitation), Dirigent Kurt Wöss (Beethoven: Musik zu "Egmont" und 5. Symphonie)

19.30 Uhr, Brahmssaal (MV): Österreichischer Gewerkschaftsbund: Wiederholung des 3. Konzertes des Musikvereinsquartettes der GdM (Mendelssohn, Martinu, Beethoven)

19.30 Uhr, Gr.K.H.Saal: Wiener Schubertbund: A-capella-Konzert;mitwirkend Dr. Hans Haselböck (Orgel), Kurt Kettner (Klavierbegleitung), Hornquintett des Niederösterreichischen Tonkünstlerorchesters, Dirigent Heinrich Gattermeyer (Bauernfeind, Haselböck, Krieg, R.Schmid, Schubert, Tittel)

19.30 Uhr, Mozartsaal (KH): Konzertdirektion Artia: Kammerkonzert; Wiener Kammerorchester, Jörg Demus (Klavier), Dirigent Gabor Litvan (Purcell: Chaconne g-moll; Vivaldi: Concerto Nr. 7 D-dur; Haydn: Klavierkonzert D-dur und Symphonie c-moll Nr. 52; Bartók: Rumänische Volkstänze)

Sonntag, 13. Dezember:

19.30 Uhr, Gr.M.V.Saal: Gesellschaft der Musikfreunde: J.S.Bach: "Weihnachts-Oratorium" Wr.Jeunesse-Chor, Wiener Barockensemble, Gerlinde Lorenz (Sopran), Pari Samar (Alt), Heribert Ronge (Tenor), Olav Erikson (Baß), Dirigent Theodor Guschlbauer

./.

19.30 Uhr, Brahmssaal (MV): Klavierabend Sachiko und Kunio Kodama "Originalwerke für Klavier zu vier Händen"; (J.Chr. Bach: 3. Sonate F-dur; Schubert: Rondo A-dur und Fantasie f-moll; Hindemith: Sonate 1938; Debussy: Suite; Ravel: Ma mere l'oye)

19.30 Uhr, Mozartsaal (KH): Mozartgemeinde Wien: Mozart-Abend; Wiener Symphoniker, Wiener Kammerchor, Irmgard Seefried (Sopran), Wolfgang Schneiderhan (Violine), Dirigent Friedrich Pleyer (Symphonie g-moll KV 183; Drei geistliche Arien; Violinkonzert KV 218; Linzer Symphonie KV 425)

19.30 Uhr, Italienisches Kulturinstitut, 3, Ungargasse 43: Evangelischer Frauenverein: Klavierabend Jörg Demus (Beethoven: Sonaten op. 27/1 Es-dur und op. 27/2 cis-moll; Schumann: Phantasie C-dur op. 17; Chopin: 24 Préludes)

\- - -

Überreichung des Kinder- und Jugendbuchpreises der Stadt Wien 1964

3. Dezember (RK) Im Rahmen einer Feierstunde im Stadtsenatssaal des Wiener Rathauses überreichte heute vormittag Bürgermeister Jonas den Kinder- und Jugendbuchpreis der Stadt Wien 1964. Den Kinderbuchpreis erhielt Vera Ferra-Mikura für ihr Werk "Lustig singt die Regentonne" (Verlag Jungbrunnen), der Jugendbuchpreis wurde Käthe Recheis für ihre Erzählung "Das Schattennetz" (Verlag Herder) verliehen, den Illustrationspreis erhielt Romulus Candea für die Bilder in dem Buch "Lustig singt die Regentonne". Vera Ferra-Mikura wurde damit bereits zum drittenmal in ununterbrochener Reihenfolge ausgezeichnet, Romulus Candea erhielt den Illustrationspreis schon zum fünftenmal. Ferner wurden sieben Autoren Anerkennungsurkunden, den Verlagen der Bücher Ehrenurkunden verliehen.

An der musikalisch umrahmten Feierstunde - das Streichquartett des Konservatoriums der Stadt Wien spielte Musik von Ludwig van Beethoven - nahmen neben Bürgermeister Jonas auch Landtagspräsident Marek, Vizebürgermeister Mandl, die Stadträte Bock, Koci und Schwaiger, Stadtschulratspräsident Abgeordneter Dr. Neugebauer und Magistratsdirektor Dr. Ertl teil. Unter den Ehrengästen sah man Mitglieder des Gemeinderates und zahlreiche andere Vertreter des öffentlichen und künstlerischen Lebens unserer Stadt.

Die Rede von Vizebürgermeister Mandl

Vizebürgermeister Mandl begrüßte die Festgäste und stellte die Preisträger vor. Der Vizebürgermeister sagte in seiner Rede:

"Die Wettbewerbe um den Kinder- und Jugendbuchpreis der Stadt Wien sind die jährliche Leistungsschau verlegerischen Wollens und verlegerischer Bemühungen auf dem Gebiete des Kinder- und Jugendbuches innerhalb unserer Stadt. Die Wiener Verleger sind in den vergangenen Jahren dem Aufruf zur Herausgabe wertvoller Kinder- und Jugendschriften immer gerne gefolgt und dafür sei ihnen besonderer Dank gezollt. Den Dichtern und Schriftstellern unseres Landes wurde mit dieser Preisstiftung auch das Gefühl einer Anerkennung ihrer Arbeit auf dem Gebiet des Kinder- und Jugendbuches zuteil.

./.

Ich möchte das zumindest so verstehen, denn die nunmehr sehr stattlich gewordene Zahl von sehr guten Büchern, die mit Preisen und Anerkennungen bedacht wurden, legt ein besseres Zeugnis ab, als es nur dürre Zahlen auszudrücken vermöchten.

Ein Beitrag zum europäischen Kulturbewußtsein

Mit der Feststellung, daß die literarische Qualität und der künstlerische Wert der österreichischen Kinder- und Jugendbücher sehr gut geworden ist, drücke ich auch die Meinung der Damen und Herren der Jury aus, die diese Arbeiten im Dienste des guten Jugendbuches jedes Jahr gewissenhaft zu vollbringen haben. Wir vergeben diesen Preis in Wien zum elften Male, und seitdem haben die österreichischen Schriftsteller mit ihren Jugendbüchern auch im Ausland Anerkennung gefunden und damit eine geistige Leistung vollbracht, die wir auch als einen Beitrag zum europäischen Kulturbewußtsein verstehen möchten.

Die Statuten über die Vergebung der Preise bestimmen für die preisgekrönten Autoren von Kinder- und Jugendbüchern neben der Vergebung der Diplome einen Geldpreis von je 10.000 Schilling sowie die Zuerkennung eines Geldpreises von 5.000 Schilling und eines Diploms an den Illustrator einer hervorragenden Bebilderung eines auch von der Jury als Kinder- und Jugendbuch mit literarischen und ethischen Qualitäten anerkannten Werkes. Für den Ankauf der preisgekrönten Kinder- und Jugendbücher wird eine Summe von 35.000 Schilling aufgewandt.

Mit dieser auch finanziellen Anerkennung einer schöpferischen Leistung im Dienste des guten Jugendbuches ist auch die Absicht verbunden, das österreichische Jugendbuch in geistiger Hinsicht wettbewerbsfähig zu halten, die Autoren anzuspornen, eingedenk ihrer Verantwortung unserem österreichischen Schrifttum gegenüber, ihre wertvolle Kraft den um sie werbenden österreichischen Verlegern zur Verfügung zu stellen.

Um auf ihren preisgekrönten Werken das offizielle Wertkennzeichen sichtbar zu machen, sind die Verlage dieser preisgekrönten Bücher ermächtigt, diese mit einem Umschlagstreifen zu versehen, die einen in den Bestimmungen festgesetzten Text tragen müssen.

Teilgenommen haben am Wettbewerb um den Kinder- und Jugendbuchpreis der Stadt Wien sieben Wiener Verlage, die 32 Werke von 32 Autoren eingereicht hatten.

./.

Am Wettbewerbe haben folgende Verlage teilgenommen: Verlag Julius Breitschopf jun., Europa Verlag, Verlag Herder, Verlag für Jugend und Volk, Verlag Jungbrunnen, Verlag Krenmayr und Scheriau, Österreichischer Bundesverlag.

Die Preisträger

Zur gediegenen und objektiven Beurteilung der eingereichten Bücher haben wir eine Jury von zehn Fachleuten bestellt, die am 27. Oktober unter meinem Vorsitz nach eingehender Diskussion und Vorlage der schriftlichen Gutachten sämtlicher Juroren einstimmig folgende Beschlüsse gefaßt hat.

Der Kinderbuchpreis der Stadt Wien 1964 wurde an Vera Ferra-Mikura für ihren im Verlag Jungbrunnen erschienenen Band von Kindergedichten "Lustig singt die Regentonne" vergeben. Frau Ferra-Mikura ist es damit gelungen, den Kinderbuchpreis der Stadt Wien zum drittenmal in ununterbrochener Reihenfolge zu erringen, da ihr Kinderbuch "Der alte und der junge und der kleine Stanislaus" 1962 und der Fortsetzungsband "Unsere drei Stanisläuse" 1963 ausgezeichnet wurden. Die gleiche Anerkennung wurde ihr auch im Wettbewerb des vom Bundesministerium für Unterricht gestifteten österreichischen Staatspreises für Kleinkinderbücher, Kinder- und Jugendliteratur zuteil.

Der Jugendbuchpreis wurde an Käthe Recheis für ihre Erzählung "Das Schattennetz" vergeben, die im Verlag Herder erschienen ist. Auch Frau Recheis zählt schon zu den mehrfach ausgezeichneten Preisträgern. Sie erhielt 1961 den Österreichischen Staatspreis für ihr Kinderbuch "Kleiner Adler und Silberstern" und 1963 den gleichen Preis für ihr Kinderbuch "Der kleine Biber und seine Freunde".

Recheis Buch "Das Schattennetz" hat inzwischen auch den Staatspreis für das beste Jugendbuch des Jahres 1964 durch eine vom Bundesministerium für Unterricht eingesetzte Jury zugesprochen erhalten.

In den letzten zwei Tagen ist nun um dieses Buch eine lebhafte Diskussion entbrannt. Ich halte an sich solche Diskussionen für zweckmäßig und fruchtbar, weil jedes Kunstwerk, besonders auch ein literarisches, von verschiedenen Gesichtspunkten aus beurteilt werden kann. Es scheint mir aber eine selbstverständliche Voraus-

./.

setzung, daß jeder Kritiker, der sein Urteil öffentlich kundtut, das Werk auch kennt, was im vorliegenden Fall leider nicht von allen, die sich geäußert haben, gesagt werden kann.

Wie dem auch sei: Die Diskussion um das Werk soll fortgesetzt werden, weil sie sicher dazu beitragen wird, bestehende Meinungsverschiedenheiten und Ressentiments zu beseitigen. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß das Buch von zwei von einander unabhängigen Kollegien für den Jugendbuchpreis vorgeschlagen wurde und - was hätte es sonst für einen Sinn, Fachleute zu befragen? - diesen Preis auch zuerkannt erhielt.

Die Jury hat weiters vorgeschlagen, in diesem Jahr den Illustrationspreis Romulus Candea für die Bilder zu dem preisgekrönten Kinderbuch 'Lustig singt die Regentonne' zuzuerkennen. Auch Romulus Candea ist mehrfacher Träger dieser Auszeichnung; er erhielt sie bereits zum fünftenmal.

Mit Rücksicht auf die große Zahl empfehlenswerter Kinder- und Jugendbücher hat die Jury vorgeschlagen, an folgende Werke Anerkennungsurkunden zu vergeben: Kurt Benesch, 'Die einsamen Wölfe' (Österreichischer Bundesverlag); Winfried Bruckner, 'Die gelben Löwen von Rom' (Verlag Jungbrunnen); Peter Fuchs, 'Ambasira, Land der Dämonen' (Verlag für Jugend und Volk); Till Kumar, 'Lix und der Puppenspieler' (Verlag für Jugend und Volk); Othmar F. Lang, 'Ein Garten, bunt wie die Welt' (Österreichischer Bundesverlag); Mira Lobe, 'Bimbulli' (Verlag Jungbrunnen); und Gustav Urban, 'Die Stimme des Jogi' (Verlag für Jugend und Volk).

Ferner erhalten alle Verlage, in denen die preisgekrönten und anerkennend genannten Werke erschienen sind, Ehrenurkunden.

Den am 11. Wettbewerb vertretenen Verlagen möchte ich meinen herzlichen Dank für ihr Interesse aussprechen, das sie mit der Teilnahme an diesem Kinder- und Jugendbuchpreis der Stadt Wien bekunden. Die Stadt Wien wird ihre Bemühungen mit regem Interesse verfolgen und den Verlagen die verdiente Förderung nicht versagen. Den Damen und Herren der Jury möchte ich für ihr schwieriges und manchmal vielleicht auch mißverstandenes Amt meinen herzlichen Dank aussprechen und den Preisträgern zu ihrem schönen Erfolg

./.

gratulieren. Meinen Mitarbeitern danke ich für die Administrative Durchführung der Bewerber, die wie immer klaglos abgewickelt wurde".

Die Rede von Bürgermeister Jonas

Anschließend ergriff Bürgermeister Jonas das Wort. Er sagte:

"Die Jugend will Bücher haben. Diese gewiß sehr lapidare Feststellung birgt in sich alle Folgerungen aus diesem Wunsche unserer Jugend nach dem geistigen Erlebnis, dem Abenteuer und den Träumen. Daraus sind schließlich auch die großen Leistungen vieler Menschen erwachsen. 'Gebt uns Bücher, gebt uns Flügel', ist heute ein ebenso geflügeltes wie gebräuchliches Wort im Munde vieler Literaturpädagogen. Mit Recht behauptet der deutsche Jugendbuch-Autor James Krüss: 'Wer für die Kinder schreibt, der schreibt für das offenste, unkonventionellste und undoktrinärste Publikum der Welt. Aber er schreibt auch - und das ist ein ganz besonderer Reiz - für die Erwachsenen von morgen.'

Hat unsere Jugend auch genug geistige Nahrung?

Uns geht es in dieser Betrachtung über 'Kind und Buch' aber nicht nur um den Erwachsenen Menschen von morgen. Denn wir wissen es alle genau: Was dem Menschen nicht in seiner Jugend an Nahrung für Geist und Seele geboten wurde, wird ihm als Erwachsenen nur schwer anzubieten sein. Denn was in ihm verkümmerte, ehe es sich noch recht entwickeln konnte, ist nur allzuoft unwiederbringlich verloren. Unser Land und unsere Stadt brauchen aber körperlich und geistig gesunde Menschen. Unsere Stadt will mithelfen, daß in ihnen das Fröhliche, das Schöpferische gefördert und erhalten bleibt.

Niemand von uns, der die Auslagen unserer Geschäfte und Spielzeugläden betrachtet, wird behaupten können, wir seien notleidend. Wer die wohlgenährten und gutgekleideten Kinder sieht, kann auch nicht behaupten, unsere Jugend leide Not. Aber trifft das auch für den ganzen Menschen zu? Haben unsere jungen Menschen auch genug geistige Nahrung? Jene Kost, die ihre Phantasie beflügelt, die ihr Wissen wirklich bereichert, die ihre Herzen nährt und ihren Verstand anspricht? Haben unsere jungen Menschen genug Bücher? Ich möchte das nicht bejahen!

./.

Ermutigung von offizieller Seite

Wer Bücher liebt, möchte sie gerne verbreitet sehen. Aber das Buch ist eine sehr stille Ware. Es bedarf der Zusammenfassung aller Kräfte, um die Begegnung zwischen Kind und Buch auf eine möglichst intensive Weise herbeizuführen. Diese Notwendigkeit hat die Stadt Wien im Jahre 1954 bewogen, einen Kinder- und Jugendbuchpreis zu stiften, den wir somit in diesem Jahr zum elften Male vergeben. Die Frage, ob sich die Vorstellungen von der Wirksamkeit unseres Kinder- und Jugendbuchpreises erfüllt haben, kann ich mit Bestimmtheit bejahen. Denn auch der Kinder- und Jugendbuchpreis der Stadt Wien hat zu der so sichtbaren Qualitätssteigerung des österreichischen Jugendbuches beigetragen. Den Verlegern sollte die Anerkennung ihrer Arbeit durch die Urkunden über die ausgezeichneten Werke und den Ankauf der Bücher bestätigt werden. Die Autoren, so hoffen wir, sollten gemeinsam mit ihren oft sehr mutigen Verlegern das Gefühl haben, zu ihren neuen Schritten auch von offizieller Seite ermutigt worden zu sein."

Sodann überreichte Bürgermeister Jonas die Urkunden. Im Namen der Preisträger dankte Vera Ferra-Mikura für die Ehrung. Abschließend las Guido Wieland aus den preisgekrönten Werken.

\- - -

Neuer Leiter der Kinderklinik Glanzing

3. Dezember (RK) Der zum ärztlichen Anstaltsleiter und Vorstand der Kinderabteilung in der Kinderklinik Glanzing bestellte Universitätsdozent Dr. Rosenkranz wurde heute durch Personalstadtrat Bock in sein Amt eingeführt.

Stadtrat Bock erinnerte daran, daß von der Ausschreibung der Stelle am 5. März bis zur Bestellung durch den Bürgermeister am 2. Dezember genau neun Monate vergangen sind. Es sei also wie bei einer normalen Geburt gewesen, die zwar keine Früh- oder Spätgeburt, aber doch eine schwere Geburt darstellte. Schwer deshalb, weil dem Landessanitätsrat Bewerbungen zur Auswahl vorlagen, die fachlich gleich gut qualifiziert sind. Für die Stadt Wien sind neben der fachlichen Qualifikation auch noch andere Eigenschaften für einen Anstaltsleiter entscheidend. Es sind dies das Organisationstalent, das der Leiter einer großen Anstalt benötigt, und die Gabe der Menschenführung, die dort besonders wichtig ist, wo einer Klinik auch eine Schwesternschule angeschlossen ist.

Stadtrat Bock bat den neuen Primarius besonders, ein gutes Betriebsklima und den Geist des gesunden Teamworks aufrechtzuerhalten, um den Ruhm dieses Spitals zu wahren. Er sprach auch den Wunsch aus, die Spezialabteilung für Frühgeborene möglichst auszuweiten und dankte der provisorischen Leiterin Frau Dr. Krejci.

Primarius Dr. Rosenkranz sagte, daß er sein neues Amt in der Ehrfurcht vor seinen großen Vorgängern Moll und Reuß antrete. Unter Professor Reuß hat er 14 Jahre lang an der Universitätsklinik gewirkt. Er gedachte auch in Dankbarkeit seiner anderen Lehrer, der Professoren Kundratitz, Svoboda, Chiari und anderen. In seinem neuen Tätigkeitsbereich wolle er den hochaktuellen Problemen der prophylaktischen Pädiatrie, der Verhinderung der Frühgeburten, der Herabsetzung der Säuglingssterblichkeit und den Frühgeborenen seine besondere Aufmerksamkeit schenken.

Primarius Dr. Rosenkranz schloß mit dem Dank an Bürgermeister Jonas und an die Wiener Stadtverwaltung für das in ihn gesetzte Vertrauen.

./.

Abschließend ergriff noch Universitätsprofessor Dr. Kundratitz das Wort, der Dr. Rosenkranz als einen seiner besten Schüler bezeichnete. Er sei deshalb über die auf Dr. Rosenkranz gefallene Wahl besonders glücklich, weil dieser hohe fachliche Kenntnisse mit der seltenen Gabe der Menschenführung bestens verbinde. Letztere sei besonders im Hinblick auf die berühmte Schwesternschule Glanzing wichtig, deren Ruf erhalten bleiben müsse.

Primarius Dr. Rosenkranz promovierte 1948 in Wien und wirkte bis 1951 am Pathologisch-Anatomischen Institut der Universität Wien. 1951 kam er an die Universitätskinderklinik, wo er 1956 Facharzt für Kinderheilkunde wurde und 1958 zum Oberarzt avanchierte. In dieser Stellung verblieb er bis zu seiner Berufung an die Kinderklinik Glanzing.

\- - -

Gesperrt bis 19 Uhr!

Erstes Junggesellinnen-Wohnheim der Stadt Wien eröffnet

3. Dezember (RK) Heute abend wurde das erste Wohnheim für Mädchen mit abgeschlossener Berufsausbildung, das die Stadt Wien in Meidling, Aichhorngasse 11, errichtet hat, durch Bürgermeister Jonas feierlich eröffnet.

Bezirksvorsteher Hradil konnte unter den erschienenen Festgästen neben Bürgermeister Jonas, Vizebürgermeister Slavik, die Stadträte Maria Jacobi und Heller, Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Dr. Koller sowie Mitglieder des Gemeinderates und der Bezirksvorstehungen begrüßen.

Über Sinn und Absicht des Wohnheimes sprach Stadtrat Maria Jacobi:

"Die Stadt Wien hat fast 900 Jugendliche, Burschen und Mädchen in ihrer besonderen Obhut. Diese jungen Menschen können aus verschiedenen Gründen ihre Reifezeit und die Zeit ihrer Berufsausbildung leider nicht bei ihren Eltern verbringen und in der Familie leben. Manche dieser jungen Menschen können nach abgeschlossener Berufsausbildung wieder in die Familie zurückkehren oder finden bei Großeltern, Geschwistern oder Verwandten ein Daheim. Die Sorge um einen Teil dieser jungen Menschen bleibt aber bestehen: es ist die Sorge um jene Jugendlichen, die im Familienkreis keine Aufnahme finden können, weil die Gefahr besteht, daß all das Gute, das in jahrelanger Arbeit aufgebaut wurde, wieder durch das Abgleiten in zweifelhafte Verhältnisse zerstört werden könnte. Bisher mußten jedes Jahr oft recht schwierige Einzellösungen gesucht werden, die nicht immer befriedigten. Dabei ist ein möglichst glatter Übergang - aus dem Umsorgtsein im Heim in die harte Wirklichkeit des Lebens von großer Bedeutung. In dieser Situation hat der junge Mensch viele neue Probleme zu lösen, die er bis jetzt nicht oder nur zum geringen Teil gekannt hat: er muß, um nur einiges anzudeuten, selber für seine Ernährung sorgen, seine Bekleidung ergänzen und instandhalten, er muß auf seine weitere Fortbildung bedacht nehmen, kurz, er muß wirtschaften lernen.

Um den jungen Menschen diese Aufgaben zu erleichtern, wurde dieses Haus erbaut, das wir heute eröffnen wollen. Es wurde nach den Plänen

./.

der Frau Architket Maria Tölzer errichtet und wird der Funktion, aus einem Leben, in dem alles geordnet und vorgeplant ist, nun ist ein Dasein zu führen, in dem man für die Notwendigkeiten des täglichen Lebens selbst sorgen muß, gut gerecht werden. Freilich wird nur ein kleiner Teil der Sorgen abgenommen, aber gerade das ist für eine Übergangssituation wichtig. In der Übergangssituation liegt schon begründet, daß dieses Heim nicht eine Wohnung bietet, sondern eine befristete Benützungsbewilligung für einen Wohnraum darstellt. Wir glauben , daß es richtig ist, diese Benützungsbewilligung von vornherein zu begrenzen und auch eine Altersgrenze zu setzen. Die Benützungsbewilligung soll nicht über zwei Jahre hinausgehen, die Altersgrenze für den Aufenthalt in diesem Haus ist das 21. Lebensjahr. Das Haus kann seine Funktion nur erfüllen, wenn immer wieder Platz für junge heranwachsende Menschen geschaffen wird. Wir haben mit dem Wohnen hier auch eine Bedingung verbunden: Der junge Mensch muß mindestens zehn Prozent seines Nettoverdienstes sparen. Neben dieser "Starthilfe" für das Leben leistet aber dieses Haus etwas ganz Neues und Wesentliches:

Wer lange Zeit in einem Heim gelebt hat, verlernt das Alleinsein mit sich selbst. Und hier gibt uns das Wohnheim den wünschenswerten Übergang: Man wohnt allein und kann doch Gemeinschaft finden. Man wird aber nicht mehr zwangsläufig zur Gemeinschaft geführt, man muß sie suchen, sie erwerben. Schließlich muß man es rechtzeitig lernen, Kontakte zu finden und zu pflegen. Das Besondere dieser Hilfe aber ist, daß sie sich letzten Endes überflüssig machen soll.

In diesem Haus sind 48 Wohnräume; in jedem der vier Stockwerke also zwölf. Sie sind einfach, aber geschmackvoll eingerichtet. Wir haben bei der Einrichtung bewußt Möbel gewählt, die man als Typen jederzeit kaufen kann. Jede Bewohnerin kann daher planen, eine ähnliche Einrichtung selbst zu erwerben. In jedem Stockwerk steht eine Küche zur Verfügung. Drei Gasherde bieten genügend Kochmöglichkeiten. Unsere jungen Bewohnerinnen sollen selbst wirtschaften und sich auch mit dem notwendigen Koch- und Tafelgeschirr ausstatten, und darum steht in der Teeküche für jede Bewohnerin ein absperrbarer kleiner Geschirrkasten zur Verfügung. Das eigene Kochen verlangt wirtschaftliche Einkäufe von Lebensmitteln. Zu diesem Zweck steht jeder Bewohnerin eine kleine Kühlbox zur Verfügung.

In jedem Stockwerk gibt es ein Brause- und ein Wannenbad und jedes Zimmer ist mit Kalt- und Warmwasser in einer verkachelten Nische ausgestattet. Man kann also mit der Benützung der Einrichtungen, die für jede kleine Stockgemeinschaft von zwölf Personen zur Verfügung stehen, in Verbindung mit dem Wohnraum einen richtigen persönlichen Haushalt führen. Die größere Teeküche im Parterre soll vor allem als Lehrküche dienen und es ist geplant, in Verbindung mit der Volkshochschule laufend Kochkurse durchzuführen.

Im Erdgeschoß ist ein Gemeinschaftsraum, der dazu dienen wird, Geselligkeit zu pflegen. Hier können auch Besucher empfangen werden. Unser Gemeinschaftsraum trägt einen wandgroßen Mosaikschmuck von Rudolf Korunka. Im Keller ist die sehr wichtige Waschküche, die mit vollautomatischen Waschmaschinen, einer Zentrifuge und einem Trockenapparat ausgestattet ist. Weiters gibt es zwei, wie wir sie zunächst nennen, Mehrzweckräume. Ihr Zweck wird sich aus dem Zusammenleben ergeben. Zwei Nähmaschinen und der große Zuschneidetisch laden ein, Kleider selbst zu schneidern. Selbstverständlich ist auch alles zum Bügeln der Kleider und Wäsche vorgesehen. Ich kann also der Überzeugung Ausdruck geben, daß dieses Haus gut geplant ist und seine Funktion voll erfüllen wird.

Ich danke vor allem der Architektion Frau Maria Tölzer, die in vielen Aussprachen mit meinen Mitarbeitern im Jugendamt bemüht war, die vielen Wünsche, die an dieses Haus gestellt wurden, in ihrer Planung unterzubringen. Die 4,650.000 Schilling die die Stadt Wien für dieses Haus aufgewendet hat, werden sicherlich ihre Früchte tragen."

Stadtrat Jacobi schloß mit dem Dank an Baustadtrat Heller und Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Dr. Koller und das Stadtbauamt sowie die 27 Firmen, ihre Arbeiter und Angestellten, die in der knappen Bauzeit von 17 Monaten das Haus zur Übergabe fertigstellen konnten.

./.

In eigenen vier Wänden das Leben meistern lernen

Bürgermeister Jonas führte in seiner Eröffnungsrede aus, wie jeder junge Mensch die große Sehnsucht in sich trage, selbständig zu werden. Diese Sehnsucht ist nicht nur verständlich, sondern gehört zur normalen Entwicklung. Ein junger Mensch muß sich langsam aus seinem Elternhaus oder seiner Umgebung, die ihn betreut, loslösen und muß nach und nach lernen, das Leben selbst zu meistern. Nur so kommt er zu einer gewissen Sicherheit dem Leben gegenüber. Und aus dieser Sicherheit, mit den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problemen des Lebens fertig zu werden, erwächst die Basis für eine spätere Familiengründung.

Eine besondere Schwierigkeit gibt es seit eh und je in diesem Prozeß: die Beschaffung eines eigenen Wohnraumes. Der junge Mensch will nun einmal zu eigenen vier Wänden kommen und dieses Streben ist gesund. Er will diesen kleinen Lebensraum seiner Persönlichkeit entsprechend ausgestalten, soweit es die Gegebenheiten zulassen. Er braucht das Alleinsein, um zu lernen, selber mitmenschliche Verbindungen aufzunehmen und zu pflegen.

Ganz besonders gilt das für junge Leute, die in Heimen berufliche Selbständigkeit erworben haben. Für sie ist der Übergang in das wirtschaftlich selbständige Leben noch wesentlich schwerer als für junge Menschen in einer Familie. Daneben gibt es aber noch eine andere Gruppe von jungen Menschen, für die eine annehmbare und wirtschaftlich tragbare Wohnsituation für ihren weiteren beruflichen Lebensweg zu einem entscheidenden Faktor wird. Ich denke hier unter anderem an die junge Fürsorgerin, an die Kindergärtnerin, an die Erzieherin, die während der Schulzeit vielleicht in einem Internat gewohnt haben und nun nicht nur den Anforderungen des Berufes gegenüberstehen, sondern auch für eine neue Wohngelegenheit sorgen müssen.

Untermieten sind nicht immer leicht zu erlangen und oft werden, wie wir leider wissen, geradezu Wucherpreis dafür verlangt. Nun soll aber der junge Mensch nicht nur sein Leben fristen, sondern früher oder später daran denken, einen eigenen Hausstand zu gründen, also Ersparnisse zurücklegen. Das kann er schwer, wenn er einen allzu großen Teil seines Lohnes allein für die Untermiete zahlen muß. Aus diesen Gründen haben wir das erste Heim für junge erwerbsfähige Mädchen errichtet, und es darf

./.

gleich hinzugefügt werden, daß ein solches für Burschen im Bau ist und nächstes Jahr seiner Bestimmung übergeben wird. Das Wohnen in diesem Haus wird helfen, besser in die volle wirtschaftliche Selbständigkeit hineinzufinden. Es ist kein Heim mehr, denn jede Bewohnerin muß hier auf ihren eigenen Beinen stehen. Es enthebt aber der größten Sorge, die junge Menschen haben, der Sorge um den Wohnraum.

Die Zeit, in der die Hilfe dieses Hauses in Anspruch genommen werden kann, wird helfen, für die volle Selbständigkeit eine gute Grundlage zu erwerben. Hier sollen die Jungen lernen, die wirtschaftliche Seite des Lebens zu meistern, im Umgang mit Mitmenschen Sicherheit zu gewinnen und, was besonders wichtig erscheint, sich auch eine gewisse finanzielle Reserve zu schaffen, die bei der Gründung eines eigenen Hausstandes hilft. Mit diesem Haus hat die Stadt Wien wieder für jenen Teil ihrer Jugend, der ihrer besonderen Hilfe bedarf, eine Einrichtung geschaffen, die den Weg zu einer gesunden Familie erleichtern soll und wird.

Mit den besten Wünschen für das zukünftige Leben der jungen Heiminsassen, ihren beruflichen Erfolg und ihr Lebensglück, erklärte Bürgermeister Jonas das Wohnheim für eröffnet.

Eine über ihre neue Heimstatt sichtlich glückliche Bewohnerin dankte Bürgermeister Jonas sehr herzlich für diese wertvolle Einrichtung der Stadt Wien. Mit einer Besichtigung des Hauses schloß die musikalisch umrahmte Feier.

\- - -

Rindernachmarkt vom 3. Dezember

3. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt. 0. Neuzufuhren Inland: 1 Ochse, 30 Stiere, 35 Kühe, 25 Kalbinnen, Summe: 91. Neuzufuhren Polen, 7 Stiere. Gesamtauftrieb: 1 Ochse, 37 Stiere, 35 Kühe, 25 Kalbinnen, Summe: 98. Verkauft wurde alles. Marktverkehr ruhig.

Inländische Rinder notierten zu Hauptmarktpreisen; polnische Stiere zu 15 S je Kilogramm.

\- - -

Schweinenachmarkt vom 3. Dezember

3. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren Inland: 183 Stück. Gesamtauftrieb dasselbe. Verkauft wurde alles. Marktverkehr ruhig. Hauptmarktpreise.

\- - -

Pferdenachmarkt vom 3. Dezember

3. Dezember (RK) Aufgetrieben wurde ein Stück aus Wien und als Schlachttier zu 5.60 S (3. Qualität) verkauft.

Auslandsschlachthof: 8 Stück aus der CSSR, 5.50 bis 6.30 S.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Parteienverhandlungen im Rathaus dauern an

Unterhändler werden ihren Parteien berichten

4. Dezember (RK) In den gestrigen Nachtstunden wurden im Wiener Rathaus die Verhandlungen zur Neubildung des Wiener Stadtsenates und der Wiener Landesregierung fortgesetzt. Sie dauerten bis Mitternacht.

Nach eingehenden Beratungen wurde vereinbart, daß die Ergebnisse aller bisherigen Aussprachen schriftlich zusammengefaßt werden. Auf Grund dieser Textfassung soll in den zuständigen Parteikörperschaften Bericht erstattet werden.

\- - -

Sonderschau im Historischen Museum der Stadt Wien:

"Archivalien aus acht Jahrhunderten"

4. Dezember (RK) Gestern abend eröffnete Vizebürgermeister Mandl die Ausstellung "Archivalien aus acht Jahrhunderten", die im Rahmen der Sonderexposition des Historischen Museums der Stadt Wien am Karlsplatz gezeigt wird.

Nach der Begrüßung der Eröffnungsgäste durch Museumsdirektor Dr. Glück hielt der Direktor des Archivs der Stadt Wien, Dr. Kratochwill, die Einleitungsrede, in der er auf den ungeheuer wertvollen Besitzstand seines Institutes hinwies, der naturgemäß der Öffentlichkeit nicht so leicht zugänglich zu machen ist, wie dies bei Bildern, Skulpturen usw. der Fall ist. Bekanntlich reichen die archivalischen Schätze Wiens bis ins frühe 13. Jahrhundert zurück und seit dem 14. Jahrhundert geben bereits die Grundbücher Auskunft über die Besitzverhältnisse in dieser Stadt.

./.

Nachdem im Jahre 1863 die Trennung des Archivs von der allgemeinen Registratur der Gemeinde erfolgt ist, bestand noch geraume Zeit durch die Personalunion der Leiter eine enge Bindung an die übrigen historischen Sammlungen. Damit im Zusammenhang erwähnte Dr. Kratochwill die hervorragende Arbeit der damaligen wissenschaftlichen Beamten, darunter des Historikers Karl Uhlirz, dessen Tochter, die das publizistische Lebenswerk ihres Vaters erfolgreich fortsetzt, unter den Ehrengästen weilte. Dr. Kratochwill verwies auf die Doppelfunktion des Archivs sowohl als Stadt-, als auch als Landesarchiv, wodurch sich ein weites Einzugsgebiet für die Bestände ergibt. Er dankte für die Gastfreundschaft des Museums und für die Arbeit der an dieser Exposition beteiligten wissenschaftlichen Mitarbeiter, vor allem Dr. Czeike, Dr. Jäger-Sunstenau und Dr. Else Spiesberger.

Vizebürgermeister Mandl betonte die unschätzbare Bedeutung von sorgfältig bearbeiteten archivalischen Beständen für die Stadtverwaltung. Nicht zuletzt deshalb sei vor wenigen Jahren das Zentraldepot für das Archiv der Stadt Wien neu gebaut worden. Vizebürgermeister Mandl gedachte der hervorragenden Archivleiter, darunter auch des zuletzt verstorbenen Direktors Dr. Geyer, mit dem er selbst noch zusammengearbeitet hat. Nunmehr sind, in vier historische Abschnitte getrennt, besonders eindrucksvolle Niederschriften aus der jahrhundertealten Stadtgeschichte übersichtlich in Vitrinen ausgestellt. Es ist zu wünschen, daß das Wiener Publikum diesen Exponaten durch zahlreichen Besuch jene Anerkennung zollt, die ihrem Werte entspricht.

Die Ausstellung, die bis Februar 1965 dauern wird, ist jeden Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag von 9.15 bis 18 Uhr und jeden Samstag und Sonntag vom 9.15 bis 13 Uhr geöffnet. An Montagen bleibt die Ausstellung geschlossen.

\- - -

Europa-Gespräch 1965: "Brücken zwischen Ost und West"

4. Dezember (RK) Anläßlich des 20. Jahrestages der Proklamation der Zweiten Republik Österreich und anläßlich des 10jährigen Staatsvertragsjubiläums stellt die Stadt Wien das Europa-Gespräch 1965 unter das Motto "Brücken zwischen Ost und West (Europa in Koexistenz oder in Kooperation?)". Das 8. Europa-Gespräch wird am 15. Juni 1965 um 17 Uhr in der Volkshalle des Rathauses von Bundespräsident Dr. Schärf eröffnet werden.

Die Themenkreise dieser Veranstaltung umfassen zunächst die Wissenschaft "als permanente Olympiade der Forscher" von hüben und drüben. Führende Persönlichkeiten werden über wissenschaftliche Methoden der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Planung in Ost- und Westeuropa sprechen, desgleichen über die "Menschheit im Zeitalter der tomkraft". Darunter ist die Behandlung aller Abrüstungsbestrebungen ebenso gemeint wie der Weg von der Kernspaltung zu deren friedlicher Ausnützung.

Ein weiteres Kapitel heißt "Der Weltraum ist noch ungeteilt", wobei über Stand, Aussicht und Folgen der Weltraumforschung berichtet werden soll. Darauf folgen unter dem Titel "Eurovision - Vision Europas" ein Gedankenaustausch über die Zusammenarbeit auf dem Kultur- und Sozialsektor und als ökonomischer Beitrag die Referatsserie "Technik von Morgen, Wirtschaft von Heute, Politik von Gestern".

\- - -

Die nächsten Veranstaltungen des Konservatoriums der Stadt Wien

4. Dezember (RK) Freitag, den 11. Dezember, führt die Opernschule des Konservatoriums der Stadt Wien unter Leitung von Kammersänger Professor Klein im Konzertsaal des Hauses um 19 Uhr Opernfragmente auf. Am Dirigentenpult steht Kapellmeister Professor Karl Hudetz. Diese Veranstaltung wird am Samstag, dem 12. Dezember, am gleichen Ort wiederholt. Freitag, den 18. Dezember, ist für 19 Uhr der Violinabend Manfred Kuhn im Konzertsaal des Konservatoriums anberaumt.

Am Dienstag, dem 26. Jänner 1965, wird im Vortragssaal des Konservatoriums um 19 Uhr eine Mozart-Gedenkfeier abgehalten, die als Violinabend der Klasse Professor Karl Barylli vorgesehen ist. Für Montag, den 8. Februar 1965, ist im Konzertsaal des Konservatoriums um 19 Uhr der Klavierabend der Klasse Professor Gertraud Kubacsek angesetzt.

\- - -

Führungen im Historischen Museum der Stadt Wien

4. Dezember (RK)

So	6. Dezember	10 bis 11 Uhr	Sonderausstellung (Dr. Jäger)
So	6. Dezember	11 bis 12 Uhr	Das Standlager Vindobona (Dr. Neumann)
Di	8. Dezember	10 bis 11 Uhr	Sonderausstellung (Dr. Czeike)
So	13. Dezember	10 bis 11 Uhr	Sonderausstellung (Dr. Spiesberger)
So	13. Dezember	11 bis 12 Uhr	Die Zivilstadt Vindobona (Dr. Neumann)
So	20. Dezember	10 bis 11 Uhr	Sonderausstellung (Dr. Kratochwill)
So	20. Dezember	11 bis 12 Uhr	Vindobona in der Spätantike (Dr. Neumann)
Sa	26. Dezember	10 bis 11 Uhr	Sonderausstellung (Dr. Czeike)
So	27. Dezember	10 bis 11 Uhr	Sonderausstellung (Dr. Jäger)

Für geschlossene Gruppen können auch andere Termine vereinbart werden. Telefonische Anmeldungen unter der Nummer 42 804/741, Klappe 46. Die Führungen sind kostenlos, es wird der normale Eintrittspreis eingehoben.

\- - -

Angelobung und Verabschiedung städtischer Bediensteter

4. Dezember (RK) Heute früh fand im Stadtsenatssaal des Wiener Rathauses die feierliche Angelobung von 201 neu in den Dienst der Stadt Wien aufgenommenen Bediensteten statt. Die neuen Bediensteten - das größte Kontingent (86) stellten diesmal die Kindergärtnerinnen - leisteten Bürgermeister Jonas in Anwesenheit der Stadträte Bock, Koci und Schwaiger sowie von Magistratsdirektor Dr. Ertl mit Handschlag das Gelöbnis. Bürgermeister Jonas und Personalstadtrat Bock sprachen zu den neuen Bediensteten.

Kurz danach fand die feierliche Verabschiedung von 220 Gemeindebediensteten statt, die in der letzten Zeit in den Ruhestand getreten sind. Dieser Feier wohnten ebenfalss Bürgermeister Jonas, die Stadträte Bock und Schwaiger sowie Magistratsdirektor Dr. Ertl bei. Es sprachen Bürgermeister Jonas, Personalstadtrat Bock und der Vorsitzende der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Gemeinderat Weisz.

\- - -

Bürgermeister Jonas erhielt Ehrenring der Büchergilde Gutenberg

4. Dezember (RK) Anläßlich des 40jährigen Gründungsjubiläums der Büchergilde Gutenberg hat der Vorstand dieser beliebten und bekannten Institution einstimmig beschlossen, Bürgermeister Jonas den im vorigen Jahr gestifteten Ehrenring der Büchergilde Gutenberg zu verleihen. Heute mittag erschienen der Geschäftsführende Obmann der Büchergilde, Prof. Klenner, und Geschäftsführer Pogats im Arbeitsraum des Bürgermeisters, um ihm den Ehrenring und die Verleihungsurkunde zu überreichen.

Prof. Klenner wies darauf hin, daß Bürgermeister Jonas Mitglied der Büchergilde Gutenberg seit ihrer Gründung ist, also schon seit 40 Jahren. Der Bürgermeister war während dieser langen Zeit nicht nur ein begeisterter Leser der in der Büchergilde erschienenen Werke, sondern stets auch ein aktiver Förderer der Bestrebungen der Büchergilde. Bürgermeister Jonas dankte in herzlichen Worten für die Ehrung und meinte, er wünschte sich nur etwas mehr Zeit zum Lesen.

Ebenfalls zum 40jährigen Gründungsjubiläum wurde der Ehrenring auch Bundespräsident Dr. Schärf überreicht. Im vergangenen Jahr wurden der Obmann der Büchergilde Gutenberg, Bundesminister Proksch, anläßlich seines 65. Geburtstages, sowie einer der Mitgründer der Büchergilde, Franz Ferdinand Latal, anläßlich seines 70. Geburtstages mit der gleichen Auszeichnung geehrt.

\- - -

Tagung - Stadterneuerung beendet

4. Dezember (RK) Die Tagung des Fachausschusses für Stadterneuerung des Internationalen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung wurde heute abgeschlossen. Am Vormittag wurde eine Vollversammlung dem Thema der Bodenbeschaffung für Zwecke der Stadterneuerung gewidmet. Die Abschlußsitzung am Nachmittag diente organisatorischen Fragen.

Im Rahmen des Europäischen Unterausschusses wurden drei Arbeitsgruppen gebildet, und zwar für folgende Fragenkreise: "Allgemeine Fragen der Stadterneuerung und Grundlagenforschung" - "Bodenbeschaffung für Zwecke der Stadterneuerung" - "Innerstädtischer Verkehr und Stadterneuerung".

Der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses Prof. D.S. Duggar (USA) gab in seiner Schlußansprache einen Überblick über die Probleme der Stadterneuerung in den verschiedenen Teile der Welt, über ihre Gemeinsamkeit und Unterschiede. Er dankte den Teilnehmern für ihre Arbeit, der Stadt Wien für ihre Gastfreundschaft, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß bei der nächstjährigen Tagung in Wien weitere Resultate des gemeinsamen Gedankenaustausches zu beobachten sein werden.

\- - -

Sperrmüllabfuhr kommt nach Hietzing

4. Dezember (RK) Ab Montag, den 7. Dezember, kommen die Wagen der Sperrmüllabfuhr nach Hietzing. Bis 18. Dezember wird der 13. Bezirk "entrümpelt" sein. Die Abholzeiten werden wie immer in den Häusern angeschlagen.

\- - -

Die ersten Verkaufserfolge in der Secession:

Bisher bereits 120 "gute Bilder für jeden" verkauft

4. Dezember (RK) Die ersten drei Tage der Verkaufsausstellung "Das gute Bild für jeden", die derzeit vom Kulturamt der Stadt Wien und der Wiener Künstlerschaft in der Secession veranstaltet wird, bewiesen bereits die große Beliebtheit dieser alljährlich wiederkehrenden Exposition in breiten Bevölkerungskreisen. Mehr als 5.000 Besucher begutachteten bisher die ausgestellten Exponate, von denen bereits 120 Werke mit einem Gesamterlös von mehr als 80.000 Schilling verkauft werden konnten. Für das bevorstehende Wochenende, an dem die Ausstellung so wie an allen anderen Tagen von 10 bis 20 Uhr geöffnet ist, wird ein weiteres Ansteigen des allgemeinen Interesses erwartet.

\- - -

Sonntagsfahrpreis am 8. Dezember

4. Dezember (RK) Am Dienstag, dem 8. Dezember (Mariä Empfängnis), gilt auf der Straßenbahn, Stadtbahn, auf den Autobuslinien und im Gemeinschaftstarif mit der Schnellbahn der Sonntagsfahrpreis. Es haben daher die Sonn- und Feiertags-Zweifahrenfahrscheine zu 5.50 Schilling im Tarifgebiet I oder auf den Ausnahmetarifstrecken "Mauer, Lange Gasse - Mödling" bzw. "Kagran - Groß-Enzersdorf" sowie die Sonn- und Feiertags-Zweifahrtenfahrscheine für Kinder zu 50 Groschen im Tarifgebiet I und II Gültigkeit. Die Kurz- und Teilstrecken-, Hin- und Rückfahrscheine sowie sämtliche Wochenkarten sind an diesem Tag ungültig. Auf den Strecken des Tarifgebietes II gilt der Drei Schilling-Fahrschein (im Vorverkauf 2.70 Schilling), auf den Aufzahlungsstrecken der Autobus-Anschlußlinien der Drei Schilling-Fahrschein.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Eröffnung des Kindertagesheimes Quarinplatz:

Die Rede von Stadtrat Maria Jacobi

5. Dezember (RK) Stadtrat Maria Jacobi eröffnete heute früh in Anwesenheit zahlreicher Festgäste das 196. Kindertagesheim der Stadt Wien auf dem Quarinplatz im 10. Bezirk. In ihrer Eröffnungsrede sagte sie:

"Ich habe heute die Ehre, in Vertretung des Herrn Bürgermeisters dieses Kindertagesheim zu eröffnen, es den Eltern und Kindern dieses Bezirkes zu übergeben. Über den offiziellen Anlaß hinaus aber darf ich heute mit dieser Eröffnung ein Versprechen einlösen: Als wir im September auf dem Eisenstadtplatz das 195. Kindertagesheim der Stadt Wien eröffneten, habe ich darauf hingewiesen, daß wir demnächst ein weiteres Haus hier in Favoriten eröffnen würden. Nun - heute ist es soweit, vor wenigen Tagen sind die Kinder hier eingezogen, jetzt in der Vorweihnachtszeit, die wie keine andere von den Erwartungen der Kinder, ihren Wünschen und dem Glück der Erfüllung geprägt ist.

Hier auf diesem Platz, wo nun dieses neue Haus errichtet wurde, waren vor kurzer Zeit noch Schrebergärten, die erst geräumt werden mußten, damit dieser Bau erstehen konnte.

Täglich sind hier in einer Säuglingskrippe, einer Kleinkinderkrippe, in einer Krabbelstube und in zwei Kindergartengruppen 120 Kinder in der sorgenden Obhut unserer Kindergärtnerinnen.

Tagesheime für 1.760 kleine Favoritner

Seit 1959 ist dies der vierte Kindergarten, der hier in Favoriten erbaut wurde. So entstanden in der Wirerstraße, in der Migerkastraße, auf dem Eisenstadtplatz und zuletzt hier Kindertagesheime

./.

für Säuglinge, Kleinkinder und Schulkinder. Diese Neubauten, die mit einem Gesamtaufwand von fast 19 Millionen Schilling errichtet wurden, sollen den Müttern von Favoriten ganz wesentliche Erleichterungen bringen. 6,400.000 Schilling kostete allein der Bau dieses Hauses.

In den 22 Gruppen der neuen Kindertagesheime finden fast 600 Kinder ausgezeichnete Betreuung, die Plätze konnten mehr als verdoppelt werden. Insgesamt stehen also in diesem Bezirk 68 Gruppen für 1.760 Kinder zur Verfügung. Wenn ich unsere Bemühungen für die Kinder dieses Bezirkes mit unserer Tätigkeit in ganz Wien vergleiche, so ergibt dies ein eindrucksvolles Bild: von den 121 Millionen Schilling, die wir in Wien für den Bau von Kindertagesheimen ausgegeben haben, entfallen auf Favoriten fast 16 Prozent. Wir konnten in Wien seit 1959 die Gruppen der Kindertagesheime um 129 vermehren, also um fast ein Viertel, in Favoriten aber wurde die Anzahl der Gruppen fast verdoppelt!

Jedes zehnte Wiener Kind kommt in Favoriten zur Welt

Hinter diesen wenigen Zahlen steht das Besondere der Situation dieses geburtenreichen und ständig wachsenden Bezirkes. Jedes 10. Wiener Kind kommt in Favoriten zur Welt, und es ist daher natürlich, daß der Bedarf an Kindergartenplätzen hier besonders groß ist.

Das Wachstum dieses Stadtteiles führte zu einer entsprechend starken Wohnbautätigkeit, und es liegt daher in der Natur der Sache, daß es besonders junge Menschen sind, die hier Wohnung nahmen.

Es wird heute gerne auf den allgemeinen Wohlstand hingewiesen, und doch ist es so, daß gerade jene Generation, die unmittelbar die Last der Erziehung unserer Kinder zu tragen hat, in der wirtschaftlich kritischen Phase der Hausstandsgründung und des Auf- und Ausbaues des Haushaltes zum Doppelverdienertum gezwungen wird. Die Frage heißt dann, wo bringen wir unsere Kinder tagsüber unter? Hier nun springt die Öffentlichkeit in die Bresche - sie errichtet Tagesheimstätten für unsere Kinder. Hinter unserem Konzept des Bauens unserer Kindergärten stehen also sozial- und gesellschaftspolitische Notwendigkeiten, die von lebenswichtiger Bedeutung für das Gedeihen und das Wachstum unserer Stadt Wien sind.

./.

Erst kürzlich hat das österreichische statistische Zentralamt eine Vorausberechnung über die berufstätige Bevölkerung Österreichs im Jahre 1980 gemacht, aus der hervorgeht, daß der Anteil der Berufstätigen an der Bevölkerungszahl ständig steigt. Waren in den Jahren 1951 und 1961 48 Prozent der Bevölkerung berufstätig, so wird diese Zahl im Jahre 1970 auf 49 Prozent ansteigen, dann allerdings wieder abnehmen.

Immer mehr Frauen im Berufsleben

Es erhebt sich nun die Frage: woher wird eine ständig wachsende Wirtschaft die für ein Wachstum notwendig steigende Anzahl von Arbeitskräften hernehmen? Die Antwort zeigt uns jene Schwierigkeiten, die wir zu bewältigen haben werden. Da bei den Männern keine nennenswerten Reserven mehr verfügbar sind und auch aus einer Verbesserung der Sterblichkeitsquote nur ein geringfügiger Zuwachs für die Zahl der berufstätigen Männer erwartet werden kann, stellen die Frauen das wichtigste Potential dar, das für die Bemühungen um eine Vermehrung der Berufstätigen verfügbar ist. Und ohne Zweifel wird einerseits die Notwendigkeit, zum Aufbau des Hausstandes beizutragen und andererseits der Anreiz, durch zusätzliches Einkommen den wirtschaftlichen Standard der Familie zu heben, groß genug sein, um mehr Mütter als bisher in den Produktionsprozeß einzugliedern.

Diese Tatsachen begründen jene Probleme, denen wir mit unserem langfristigen Baukonzept zu begegnen trachten. Wir haben hier einen Weg beschritten, von dem wir glauben, daß er zielführend sein wird. Daß wir hier eine in die Zeit nach dem ersten Weltkrieg zurückreichende und in dieser Zeit begründete kommunalpolitische Tradition fortsetzen, bestärkt uns in dieser Gewißheit. Das also sind die Gegebenheiten, mit denen wir zu rechnen, die wir zu berücksichtigen haben.

1965 wieder zwei neue Kindergärten im 10. Bezirk:

Nach wie vor ist die Nachfrage nach Betreuungsmöglichkeiten für die Kinder dieses Bezirkes sehr groß. Im kommenden Jahr werden daher weitere zwei Kindertagesheime, und zwar eines im Wienerfeld Ost und eines in der Herzgasse, fertiggestellt und mit dem Bau eines Kindergartens im Wienerfeld West begonnen werden.

./.

Ich möchte nun allen danken, die mitgeholfen haben, dieses Kindertagesheim zu errichten: Stadtrat Heller; Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Dr. Koller; dem Planverfasser dieses Hauses, Techn. Rat Architekt Dr. Gustav Hoppe; der akademischen Bildhauerin Ilse Pompe, die mit der freistehenden Spielplastik, den drei Elefanten, die künstlerische Ausgestaltung durchgeführt hat; und den Mitarbeitern der Magistratsabteilungen, die zur Vollendung des Baues beigetragen haben. Danken möchte ich aber auch den 35 Firmen und ihren Arbeitern und Angestellten, die in 45.000 Arbeitsstunden den Bau ausgeführt haben.

Die "kleine Welt" der 19.000 Kinder

Es ist heute das 196. Mal seit 1945, daß in Wien ein Kindergarten eröffnet wird. Damit haben wir 690 Gruppen in Betrieb. Fast 19.000 Kinder kommen jeden Tag in unsere Kindertagesheime und finden hier gemeinschaftliche Obhut. Mitten im Trubel unserer Zivilisation stellen die Kindergärten kleine Inseln dar, kleine Welten der Kinder. Je mehr unsere Zivilisation fortschreitet, je mehr alles nach den Maßen des Erwachsenen geformt wird, umso notwendiger ist es, durch die Schaffung von vielen solcher Inseln den Bedürfnissen der Kinder zu entsprechen. Die Kindergärten erfüllen damit, im weitesten Sinn gesehen, auch eine wichtige Funktion im Interesse einer staatsbürgerlichen Erziehung: Kleinkinder müssen Geborgenheit, Sicherheit und in Selbsttätigkeit frohe Gemeinschaft finden, um jene Charakterzüge schon frühzeitig zu formen, die dem kommenden Staatsbürger eigen sein sollen.

Möge sich daher das Leben auch in diesem Hause in einer Atmosphäre des Vertrauens und der Zusammenarbeit zwischen Eltern und Kindergärtnerinnen gestalten, zum Wohle der Kinder, die hier viele Stunden ihres jungen Lebens verbringen!"

\- - -

Kindergarten Nummer 196 eröffnet

5. Dezember (RK) Auf dem Quarinplatz in Favoriten gegenüber einem anderen Kindergarten im Quarinhof eröffnete heute Stadtrat Maria Jacobi in Vertretung des Bürgermeisters das 196. Kindertagesheim der Stadt Wien. Die Errichtung des Neubaues wurde notwendig weil sich der bestehende Kindergarten wegen der regen Wohnbautätigkeit der Gemeinde Wien in Favoriten als zu klein erwiesen hat.

Bei der Eröffnung konnte Bezirksvorsteher Wrba auch die Stadträte Dr. Glück und Koci sowie Nationalräte, Gemeinderäte und Bezirksfunktionäre begrüßen. Viele Mütter und Väter aber auch die Großeltern hatten sich es ebenfalls nicht nehmen lassen, bei der Eröffnung "ihres" Kindergartens dabei zu sein.

Bezirksvorsteher Wrba verwies darauf, daß Favoriten der kinderreichste Bezirk Wiens ist. Seit drei Jahren werden mehr als 2.000 Kinder jährlich im 10. Bezirk geboren. Der neue Kindergarten lege wiederum Zeugnis von dem sozialen Geist ab, der die Stadt Wien erfüllt.

Hierauf sprach Stadtrat Maria Jacobi (Rede auf Blatt 3159 bis 3162)

Nach der Eröffnung gab es für die Kinder noch eine besondere Überraschung. Die Favoritner Großmütter, die die Pensionistenklubs der Gemeinde Wien aufsuchen, hatten eine ganze Schar von kleinen Pupperln für die Kinder des neuen Kindergartens gebastelt. Als es zur Verteilung dieser herzigen Geschenke kam, gab es große Freude bei den kleinen Kindergartenbewohnern.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Bürgermeister Jonas - ein Freund des Notrings der Wissenschaften

7. Dezember (RK) Der Generalsekretär des Notrings der wissenschaftlichen Verbände Österreichs, Univ.-Prof. Dr. Stratil-Sauer, erschien heute morgen mit den Professoren Dr. Marinelli und Dr. Kirste bei Bürgermeister Jonas und überreichte ihm das neue Jahrbuch des Notrings, das der Freundeskreis dieser Organisation alljährlich erhält.

Um diese verdienstvolle Institution zur Förderung der Wissenschaften in Österreich hat sich ein Verein "Freunde des Notrings der wissenschaftlichen Verbände" gebildet, dem auch Bürgermeister Jonas angehört. Er ließ sich in einem Gespräch mit den Wissenschaftlern über die erfolgreiche Tätigkeit der Vereinigung berichten und betonte das eminente Interesse, das die Wiener Stadtverwaltung am Blühen und Gedeihen des wissenschaftlichen Lebens in Wien nimmt. Prof. Stratil-Sauer würdigte die Rolle Dr. Karl Renners, der als erster Bahnbrecher der Wissenschaftenförderung nach dem Krieg hervortrat.

Das neue Jahrbuch des Notrings beschäftigt sich mit dem Theater in Österreich und enthält 60 Beiträge der hervorragendsten Fachleute zu diesem Thema. Der Band ist für alle Interessenten zum Preis von 60 Schilling beim Notring der wissenschaftlichen Verbände, Wien 1, Judenplatz 11, erhältlich.

\- - -

Eine Millionenstadt bannt weltweite Volkskrankheit

In Wien dreimal weniger Jugend-Tuberkulose als im übrigen Bundesgebiet

7. Dezember (RK) Wien zählte einst zu den am stärksten mit Tuberkulose verseuchten Städten Europas. Auch innerhalb Österreichs stand die Bundeshauptstadt hinsichtlich der Tuberkulose-Sterblichkeit und -Anfälligkeit an der Spitze vor allen anderen Bundesländern. Mit Recht behielt diese gefürchtete Volksseuche den Namen "Wiener Krankheit".

In den letzten Jahren hat sich die Situation wesentlich geändert. Noch im Jahre 1954 war in Wien die Erkrankungshäufigkeit der Kinder von 0 bis 14 Jahren doppelt so hoch als im übrigen Bundesgebiet. Durch umfassende vorbeugende Maßnahmen konnten die Anzahl der Erkrankungen an Tuberkulose und die Sterbefälle bei Kindern weit unter den Durchschnitt von Österreich gesenkt werden. Im Jahr 1963 erkrankten in Wien nur noch 77 Kinder an Tbc, im restlichen Bundesgebiet dagegen 1.110.

Bei diesem erfolgreichen Kampf gegen die Tuberkulose hat sich neben den vielen anderen prophylaktischen Maßnahmen die Schutzimpfung gegen Tuberkulose (BCG-Impfung) besonders bewährt. Diese Impfungen werden vor allem in den geburtshilflichen Stationen, in den Kinderkliniken, in den Schulen und im Gesundheitsamt von eigenen Impfärzten durchgeführt.

Der Tuberkulose-Spezialist des Gesundheitsamtes der Stadt Wien, Dr. Ermar Junker, hielt kürzlich vor der Österreichischen Tuberkulosegesellschaft einen viel beachteten Vortrag über den Rückgang der Jugend-Tbc in Wien, dem wir folgende Einzelheiten entnehmen:

BCG-Impfung und Kindertuberkulose in Wien

Seit 1948 werden in Wien in größerem Ausmaß Schutzimpfungen gegen Tuberkulose durchgeführt. Anfangs wurden mehr als 6.000 Personen, meist Schulkinder, von einem dänischen Team geimpft. Nach der Abreise dieses Impfteams und nach Inkrafttreten des Bundesgesetzes über die Schutzimpfung gegen Tuberkulose vom 23. Februar 1949 haben die Impfärzte des Gesundheitsamtes diese Schutzimpfungen fortgeführt. Im Jahre 1952 wurde dann mit der BCG-Impfung von Neugeborenen in den geburtshilflichen Abteilungen begonnen. Bis

./.

zum 31. Dezember 1963 sind in Wien insgesamt 345.496 Personen - Neugeborene, Kinder, Jugendliche und Erwachsene - gegen Tuberkulose geimpft worden.

Schon seit Jahrzehnten geht in den europäischen Ländern die Kindertuberkulose rascher zurück als die Erwachsenentuberkulose. Dies trifft auch für Österreich zu. Wenn man aber die Tuberkuloseentwicklung in Wien mit der vom gesamten Bundesgebiet vergleicht, kommen überraschende Unterschiede zutage. Während noch in den ersten Jahren nach dem zweiten Weltkrieg die Tuberkulosesterblichkeit der Kinder und die Zahl der Erkrankungen von Kindern an Tuberkulose in Wien weit über dem Durchschnitt von Österreich lagen, sind diese nun beträchtlich unter den Bundesdurchschnitt herabgesunken.

Tuberkulosesterblichkeit der Kinder im Alter von 0 bis 14 Jahren

Jahr	Österreich	1 : 10.000	davon in Wien	1 : 10.000
1945	661	4,39	201	7,80
1946	526	3,49	111	4,30
1947	475	3,15	107	4,17
1948	371	2,46	45	1,70
1949	288	1,91	38	1,48
1950	212	1,41	26	1,01
1951	134	0,89	15	0,58
1952	96	0,63	12	0,46
1953	71	0,47	10	0,39
1954	56	0,35	5	0,19
1955	54	0,34	5	0,23
1956	38	0,25	1	0,04
1957	24	0,16	2	0,09
1958	27	0,17	2	0,09
1959	28	0,18	1	0,04
1960	15	0,09	0	0,00
1961	18	0,11	1	0,04
1962	16	0,09	1	0,04

Noch eindrucksvoller zeigt eine Tabelle über die Neuerkrankungen an Tuberkulose im Kindesalter den erfreulichen Rückgang in Wien:

./.

Neuerkrankungen an Tuberkulose der Kinder von 0 bis 14 Jahren in den Jahren 1954 bis 1963

Jahr	Österreich	1 : 10.000	davon in Wien	1 : 10.000
1954	2.865	18,07	818	31,92
1955	2.170	13,99	485	22,73
1956	1.741	11,43	359	16,83
1957	1.788	11,80	306	14,34
1958	1.627	10,71	243	11,39
1959	1.487	9,74	174	8,15
1960	1.267	7,99	138	6,47
1961	1.225	7,73	123	5,76
1962	1.013	6.28	90	4,21
1963	1.187	7,27	77	3,61

Diese für Wien typische Entwicklung ist auch bei Miliartuberkulose und tuberkulöser Gehirnhautentzündung feststellbar. Seit 1960 gab es in Wien bei Kindern von 0 bis 4 Jahren keinen einzigen Fall einer derartigen Erkrankung mehr.

Diese Resultate gewinnen noch an Bedeutung, wenn man hervorhebt, daß von den in Österreich lebenden 11.000 der Tuberkulosefürsorge bekannten ansteckenden Tuberkulösen 4.000 in Wien leben, wovon sich die Hälfte in häuslicher Pflege befindet. Die Kinder werden nun auf der Straße und in den Wohnungen von diesen vielen Bazillenstreuern gefährdet. Die Infektionsmöglichkeit und das Erkrankungsrisiko sind also für die Großstadtkinder größer als für Landkinder. Trotzdem konnten in Wien in den letzten Jahren die Mortalitäts- und Morbiditätsziffern bei den Kindern von 0 bis 14 Jahren weit unter dem Durchschnitt von Österreich gesenkt werden. Diese Tatsache ist sicherlich kein Zufall.

Der raschere Rückgang der Kindertuberkulose ist als ein sehr großer Erfolg zu werten, der durch die konsequent durchgeführten BCG-Impfungen, durch die intensive Betreuung der 928 in Wohngemeinschaft mit 494 ansteckenden Tuberkulösen lebenden Kinder, durch die vielen vom Gesundheitsamt durchgeführten Reihenuntersuchungen und durch alle anderen fürsorgerischen, seuchenhygienischen und medizinischen Maßnahmen erreicht werden konnte.

In Wien erkranken derzeit jährlich nur drei von 10.000 Kindern an Tuberkulose, im ganzen Bundesgebiet beträgt die Erkrankungsziffer jedoch sieben auf 10.000 Kinder. (Im Bundesgebiet ohne Wien also noch mindestens ein Erkrankungsfall an Tuberkulose unter

./.

1.000 Kindern.) Die Erkrankungshäufigkeit der Kinder an Tuberkulose ist somit in der Millionenstadt Wien dreimal geringer als in den anderen Bundesländern.

Nach sehr vorsichtigen Schätzungen besitzen in Wien 70 Prozent aller Kinder bis zum 14. Lebensjahr einen Impfschutz gegen Tuberkulose. Das ist ein Prozentsatz, der im übrigen Bundesgebiet bisher nicht erreicht werden konnte.

\- - -

Der erste Schnee - der erste Schneebericht

7. Dezember (RK) Die Wiener Stadtreinigung hat wieder zusätzliche Arbeit bekommen. Zum Wochenende setzte Samstag um 6 Uhr früh der erste Schneefall ein, der allerdings von geringer Ergiebigkeit war. Obwohl nur drei Zentimeter Schnee gefallen war, bildete sich vor allem in der westlichen Peripherie auf allen Straßen mit Steigungen und auf einem Teil der Brücken Schneeglätte. Daher wurde die Ausfahrt von Streufahrzeugen angeordnet. Auch am Sonntag mußten wiederum Streufahrzeuge eingesetzt werden.

Heute Montag arbeitete die Stadtreinigung mit 909 Arbeitskräften, darunter 129 aufgenommene Schneearbeiter. Eingesetzt waren ferner 129 Streuautos und 16 Sandladegeräte.

\- - -

Weihnachtsferien der Ehe- und Familienberatung

7. Dezember (RK) In der Ehe- und Familienberatungsstelle des Fürsorgeamtes der Stadt Wien, 1, Gonzagagasse 23, entfallen die Beratungsstunden von Dienstag, den 22. Dezember 1964, bis einschließlich 1. Jänner 1965. Die letzte Beratung in diesem Jahr ist am Freitag, dem 18. Dezember 1964, und die erste im kommenden Jahr, am 5. Jänner 1965.

\- - -

Sebastian Brunner zum Gedenken

7. Dezember (RK) uf den 10. Dezember fällt der 150. Geburtstag des priesterlichen Schriftstellers Sebastian Brunner.

Er wurde in Wien geboren und studierte Theologie. 1838 erfolgte seine Weihe zum Priester. Dann wirkte er als Kaplan und erhielt 1843 eine Stelle in der staatlichen Kirchenverwaltung. 1848 gründete er die "Wiener Kirchenzeitung", die einige Jahrzehnte lang das wichtigste Publikationsorgan der Ultramontanen in Österreich war und auch zur Entwicklung der christlichsozialen Bewegung beitrug. Als Herausgeber und Redakteur hatte Brunner, ein ausgesprochen polemischer Schreiber, der auch vor übermächtigen Gegnern nicht zurückschreckte, mit den liberalen Blättern ständig heftige Kontroversen, die ihn oft vor Gericht brachten. Auch die kirchlichen Stellen scheinen seine scharfen Angriffe nicht gern gesehen zu haben. Nur daraus erklärt es sich, daß Brunner niemals Pfarrer geworden ist. Erst spät, im Jahre 1875 erhielt er den Ehrentitel eines Konsistorialrates. Er war auch apostolischer Protonotar und päpstlicher Hausprälat. In den Fünfzigerjahren wirkte er als Universitätsprediger und bekleidete an der Philosophischen Fakultät, deren Ehrendoktorat ihm verliehen wurde, zweimal die Dekanswürde. Die Zahl der Werke dieser außerordentlich interessanten streitbaren Priestergestalt ist unübersehbar. Seine Romane, Epen, historischen Arbeiten, philosophischen Abhandlungen, Erbauungsschriften etc. setzen sich mit allen Fragen seiner Zeit auseinander. Ihre Form ist vielfach sehr originell. Seine Erzählungen und poetischen Schriften sind in 18 Bänden gesammelt. Sebastian Brunner ist am 26. November 1893 in Wien gestorben. Eine Gasse im 13. Bezirk erinnert an diese streitbare Persönlichkeit.

\- - -

Verband der Auslandspresse hat neuen Vorstand

Bürgermeister Jonas schickte Glückwunschtelegramm an die "Herolde" Wiens

7. Dezember (RK) Die Mitglieder des Verbandes der Auslandspresse in Wien wählen jedes Jahr ihren Vorstand. Diese kurzen Intervalle sind darin begründet, daß viele Auslandsjournalisten, ähnlich wie im Diplomatischen Dienst, ihren Sitz häufig wechseln. In der 19. Generalversammlung, die vor wenigen Tagen stattfand, wurde Dr. Wolfram Köhler ("Die Welt", Hamburg) neuerlich zum Präsidenten gewählt. Vizepräsident wurde Erich Waha ("Associated Press"). Henri Kohler ("Agence France Presse") wurde als Generalsekretär bestätigt.

Als Vorstandsbeisitzer wurden gewählt: Jean Egon Kieffer ("Tagesanzeiger", Zürich), Andreas Heltai ("Ungarische Nachrichtenagentur MTI", Budapest), Giorgio Gligo ("RAI-Radiotelevisione Italiana", Rom), Wladimir Gawilewski ("TASS", Moskau) und Tetsuya Tsukamoto ("Mainichi", Tokio).

Die Wiener Stadtverwaltung legt seit jeher großen Wert auf gute Beziehungen zum Verband der Auslandspresse. Da alle hier akkreditierten Auslandsjournalisten immer wieder auch über die österreichische Bundeshauptstadt schreiben, helfen sie mit, in der Welt für Wien zu werben. Die Pressestelle der Stadt Wien hat guten Kontakt mit den Auslandsjournalisten; Rathaus-Pressechef Wilhelm Adametz ist schon vor Jahren zum außerordentlichen Mitglied des Verbandes gewählt worden.

Anläßlich der eben stattgefundenen Wahl hat Bürgermeister Franz Jonas an den neuen Vorstand ein Glückwunschtelegramm folgenden Inhalts gerichtet:

"Herzlichen Glückwunsch zu der guten Wahl. - Die Auslandskorrespondenten sind die Herolde der österreichischen Bundeshauptstadt in der ganzen Welt. - Dem neuen Vorstand und allen Verbandsmitgliedern wünsche ich beruflichen Erfolg und persönliches Wohlergehen. - Franz Jonas, Bürgermeister und Landeshauptmann."

\- - -

Auf dem Rathausplatz leuchtet der niederösterreichische Weihnachtsbaum

7. Dezember (RK) In einer stimmungsvollen Feierstunde wurde heute abend auf dem Rathausplatz der niederösterreichische Weihnachtsbaum von Landeshauptmann Ing. Dr. Figl an Landeshauptmann und Bürgermeister Jonas offiziell übergeben.

Schon um 17.24 Uhr hatte das Rathaus-Glockenspiel die ersten Wiener angelockt, die die Illuminierung des großen Weihnachtsbaumes miterleben wollten. Um 17.30 Uhr begann die Polizeimusik Wien mit einem "Festlichen Auftakt", dem sich dann die Jugendmusikkapelle St. Pantaleon mit einem festlichen Marsch anschloß. Kurz vor 18 Uhr betraten die offiziellen Persönlichkeiten den Rathausplatz: die Mitglieder des Wiener Stadtsenates und der niederösterreichischen Landesregierung. Vom Rathausturm her erklang eine Festfanfare des Bläserchores der Wiener Symphoniker.

Geste der Freundschaft und der Zusammengehörigkeit

Landeshauptmann Ing. Dr. Figl führte in seiner Ansprache aus: "Für das Land Niederösterreich war es eine selbstverständliche Geste der Freundschaft und der Zusammengehörigkeit, heuer den Weihnachtsbaum für diesen schönen Platz zur Verfügung zu stellen. Dieser Baum soll auch die Grüße unserer niederösterreichischen Landsleute bringen, von der Thaya bis zum Semmering und von der Enns bis zur Leitha.

Unsere Bundesländer bindet seit vielen Jahrhunderten ein gemeinsames Schicksal. Wien ist ja auch als Hauptstadt des ehemaligen Herzogtums Österreich und des späteren Erzherzogtums Österreich unter der Enns groß geworden. Erst seit etwa mehr als 40 Jahren sind die Gemeindegrenzen dieser Stadt auch Landesgrenzen. Durch fast tausend Jahre haben die Wiener und die Niederösterreicher ein gemeinsames Schicksal erlebt und oft gemeinsam erlitten.

In einer Vorfeier für das Weihnachtsfest möchte ich nicht an Kriege, die durch das Donauland gingen, oder an die gemeinsame Not erinnern. Es gab auch glückliche Epochen und schöne Tage in der gemeinsamen großen Vergangenheit. Wiener und Niederösterreicher haben sehr oft gemeinsam um den Frieden gebetet und vor der gleichen

./.

Kriegsnot gezittert. Ging es dieser Stadt gut, blühte auch die Wirtschaft in den Vierteln unseres Landes. Hatten die Wiener ihr Leid, herrschte meist auch in den anderen Teilen des Donaulandes bittere Not.

Doch wir wollen und brauchen nicht erst aus der Rückschau das Gemeinsame rekonstruieren. Es gibt auch heute noch ungeheuer viel, was unsere Bundesländer verbindet. Jahr für Jahr, Wochenende für Wochenende, kommen hunderttausende Wiener zu uns nach Niederösterreich. Sie sind unsere treuesten Gäste. Das Land Niederösterreich kann seinen Freunden aus dem In- und Ausland eine Landschaft bieten, so wechselvoll, wie man sie sonst nur ganz selten antrifft. Von felsigem Hochgebirge, das mit den Wiener Hausbergen Schneeberg und Rax die 2.000 Meter-Grenze übersteigt, bis zu den Ausläufern der pannonischen Steppe, vom Felsplateau des Waldviertels bis zu den Rebhügeln der Wachau wartet eine einmalige Fülle landschaftlicher Schönheit auf die Gäste. Und ein Gruß aus diesem schönen Land soll dieser Weihnachtsbaum sein. Er kommt aus dem inneren Ybbstal, also aus einem der schönsten Teile Niederösterreichs. Er soll die Verbundenheit aller Österreicher im gleichen Wollen symbolisieren.

Weihnachten soll für alle ein echtes Fest des Friedens, ein Fest der Besinnung und ein Fest der Familie sein. Es gibt keine 'schwarzen' und keine 'roten' Weihnachten. Es gibt nur ein einziges gemeinsames Weihnachtsfest, das wir alle, ob wir nun in der Bundeshauptstadt Wien leben, in Niederösterreich oder in den anderen Bundesländern, im Geiste des Verständnisses und der Verständigung feiern wollen. Der Frieden, um den wir auch heuer gemeinsam am Weihnachtstag beten wollen, wird der Menschheit nur dann geschenkt und erhalten, wenn sie sich an die Botschaft der Engel, in der Nacht von Bethlehem erinnert. 'Friede den Menschen auf Erden, die guten Willens sind!'

Wir haben diesen Weihnachtsbaum der Stadt Wien in diesem guten Willen geschenkt und wir wissen, daß er hier auf dem Rathausplatz unserer schönen Bundeshauptstadt in den kommenden Wochen diesen guten Willen aller Österreicher künden wird.

Als Landeshauptmann von Niederösterreich wünsche ich der Stadt Wien und ihrer braven, sympathischen Bevölkerung ein frohes, friedliches Weihnachtsfest! Wir haben uns in den vergangenen

./.

Jahren gemeinsam einen gewissen Wohlstand erarbeitet, der es uns möglich macht, Weihnachten im großen und ganzen frei von materieller Sorge zu feiern. Umso mehr sind wir alle verpflichtet, uns dafür einzusetzen, daß dieses heilige Fest auch wieder seinen tieferen Inhalt erhält. Daß wir Weihnachten gemeinsam als das Fest feiern, als das es vor 1964 Jahren von Hirten und Königen, also von arm und reich und hoch und nieder, gefeiert wurde, in dieser Gesinnung wünsche ich im Namen aller Niederösterreicher den Bewohnern der Bundeshauptstadt, vom Bürgermeister bis zum jüngsten Einwohner dieser schönen Stadt, auf die alle Österreicher stolz sind, ein friedliches, gesegnetes Weihnachtsfest!"

Nach den Worten des niederösterreichischen Landeshauptmannes erstrahlte der Weihnachtsbaum zum erstenmal im Glanz seiner vielen hundert Lichter. Gleichzeitig wurde die Widmungstafel enthüllt, die folgenden Text trägt: "Niederösterreich widmet der Bundeshauptstadt diesen Christbaum als Zeichen herzlicher Verbundenheit und wünscht allen Wienerinnen und Wienern ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein glückliches Neues Jahr!" Die Sängerknaben vom Wienerwald sangen das Lied "Glaubt an Österreich!"

Symbol des Friedens

Bürgermeister Jonas führte in seiner Ansprache folgendes aus: "Der Christbaum und Weihnachten sind besonders für Wien zusammengehörige Begriffe, so daß man sich hier eine Weihnachtsfeier ohne Lichterbaum kaum vorstellen kann. Es ist aber nicht immer so gewesen. Tatsächlich ist es noch nicht 150 Jahre her, seit hier die ersten Christbäume auftauchten. Zum erstenmal war in Wien zu Weihnachten 1816 ein Christbaum im Hause Annagasse 20 in der Inneren Stadt zu sehen, wo Erzherzog Karl mit seiner Familie wohnte.

Seine Gemahlin war bekanntlich Henriette von Nassau-Weilburg, welche die schöne Sitte des Weihnachtsbaumes aus ihrer protestantischen Heimat nach Wien mitgebracht hatte. Wie der Chronist zu berichten weiß, wurde Weihnachten bis dahin nicht als Familienfest, sondern als kirchliches Fest allein und ohne Bescherung gefeiert. In Wien fanden sich daher zunächst keine Nachahmer der hessischen Gattin des Siegers von Aspern, sodaß Rudolf von Alt im Jahre 1817 annahm, in seinem Vaterhaus den ersten Weihnachts-

./.

baum Wiens gesehen zu haben; das geht aus einer Schilderung des hervorragenden Malers hervor.

Auch der Schauspieler Heinrich Anschütz stieß noch im Jahre 1821 beim Einkauf von Weihnachtsgeschenken und eines Christbaumes auf schier unüberwindliche Schwierigkeiten. Die Vorbereitungen für sein erstes Weihnachtsfest lenkten die Aufmerksamkeit weiter Kreise der Bevölkerung auf sich und trugen nicht wenig dazu bei, den Christbaum in Wien bekanntzumachen.

An dieser Weihnachtsfeier im Hause des berühmten Hofburgschauspielers nahmen unter anderen Gästen Nikolaus Lenau und Franz Schubert teil, der in der Folge ein begeisterter Anhänger der Sitte des Weihnachtsbaumes wurde. Damit war der Bann endgültig gebrochen und der Brauch des Christbaumes auch in Wien heimisch geworden, nachdem er von einer Prinzessin eingeführt, dann von einem Maler beschrieben und schließlich durch einen Schauspieler volkstümlich gemacht worden war.

Gleich in den ersten Dezembertagen, wenn in den Auslagen der Süßwarengeschäfte noch der Krampus und der Nikolo dominieren, wird es auf den Einfallstraßen nach Wien lebendig. Es mehren sich dann die großen Lastwagen, die mit Christbäumen beladen der Stadt zufahren. Diese Wagen mit der harzig duftenden Last bringen den Wald und damit ein wenig vorweihnachtliche Freude in die Stadt.

Auf diese Weise kam vor zwei Wochen im Laufe einer 156 Kilometer langen und zeitweise recht kurvigen Reise auch diese hundertjährige, 34 Meter hohe Fichte aus der Gemeinde Langau, vom Fuße des Scheiblingsteins als einer der ersten Weihnachtsbäume dieses Jahres nach Wien.

Dieser Baum, der in unserer hektischen Zeit an Besinnlichkeit und innere Einkehr gemahnen möge, steht aber auch symbolhaft für die Verbundenheit der Bundesländer mit ihrer Bundeshauptstadt. In diesem Sinne haben vor sechs Jahren Kärntner Holzfäller den ersten Weihnachtsbaum für diesen Zweck gefällt und in der Folge kam dieses Geschenk der Zusammengehörigkeit aus dem Lande Salzburg, dem Ausgangspunkt des Weihnachtsliedes, aus Oberösterreich, aus der Steiermark, aus dem Burgenland und nun aus Niederösterreich, mit dem das Land Wien durch viele glanzvolle aber auch schwerste Stunden besonders eng zusammengeschlossen ist.

./.

Wir danken Ihnen, sehr geehrter Herr Landeshauptmann und allen niederösterreichischen Landsleuten für dieses Zeichen der Verbundenheit. Es gemahne uns daran, daß unsere schöne Heimat nur gedeihen kann, wenn alle Österreicher in gegenseitiger Achtung an der gemeinsamen Zukunft arbeiten. Im selben Augenblick, da auf dem Wiener Rathausplatz die Lichter aufleuchten, die das Leben verkörpern, erkennen wir, zwischen den Wegen unserer raschlebigen Zeit stehend, klar die Ruhe und den Frieden, den dieser Baum ausstrahlt. Er ist dann Mittelpunkt des festlichen familiären Geschehens und das Symbol des Friedens zugleich. Wie alles Gute, das den Menschen läutert, hat sich auch der Weihnachtsbaum friedlich die Welt erobert. In seinem zauberischen Glanz finden wir Erwachsene mit den Kindern das Wertvollste unseres Lebens wieder; den Schimmer unserer eigenen Kindheit. Und dafür sei unserem lieben, guten Weihnachtsbaum gedankt und auch allen jenen, die alljährlich helfen, den schönsten und größten Baum in die Bundeshauptstadt zu schicken.

Bald geht das Jahr zu Ende, das uns viel Erfolge für unsere fleißige Arbeit gebracht hat. Wien ist wieder ein großes Stück vorwärts gekommen. Darüber können wir uns alle aus vollem Herzen freuen.

Allen Wienern und Österreichern übermittle ich vom Wiener Rathausplatz im Namen der Bundeshauptstadt die besten Wünsche für ein schönes und friedliches Weihnachtsfest und für ein glückliches Neues Jahr!"

\- - -

20.000 Schilling Tagesumsatz in der Secession

7. Dezember (RK) Der gestrige Sonntag war für die Verkaufsausstellung "Das gute Bild für jeden" in der Wiener Secession besonders erfolgreich. Insgesamt wurden 44 Werke um insgesamt 20.000 Schilling verkauft. Nahezu 500 Besucher überzeugten sich vom Anbot künstlerisch hochwertiger Malereien, Keramiken und Kleinplastiken, das zur Geschmacksbildung des Wiener Publikums in vorweihnachtlicher Zeit nunmehr bereits zum 15. Male beiträgt.

\- - -

Rinderhauptmarkt vom 7. Dezember

7. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 0. Neuzufuhren Inland: 105 Ochsen, 336 Stiere, 638 Kühe, 214 Kalbinnen, Gesamtauftrieb: 1.293. Verkauft wurde alles.

Preise: Ochsen 13.50 bis 15.80 S, extrem 16 bis 16.80 S, Stiere 13 bis 16.50 S, extrem 16.60 S bis 16.80 S, Kühe 10.60 bis 13 S, extrem 13.20 bis 13.60 S, Kalbinnen 13.50 bis 16 S, extrem 16.10 bis 16.50 S. Beinlvieh Kühe 8 bis 10.50 S, Ochsen und Kalbinnen 10 bis 13.30 S.

Der Durchschnittspreis ermäßigte sich bei Ochsen um vier Groschen, bei Stieren um 24 Groschen, bei Kalbinnen um 30 Groschen, bei Kühen erhöhte er sich um einen Groschen je Kilogramm. Der Durchschnittspreis beträgt für: Ochsen 14.14 S, Stiere 15.20 S, Kühe 11.12 S, Kalbinnen 14.61 S. Beinlvieh verbilligte sich bis zu 20 Groschen je Kilogramm.

\- - -

Freitag konstituierende Sitzung von Landtag und Gemeinderat

7. Dezember (RK) Wie die "Rathaus-Korrespondenz" erfährt, wird kommenden Freitag, den 11. Dezember, um 9 Uhr, der neue Wiener Gemeinderat zu seiner konstituierenden Sitzung im Rathaus zusammentreten. Im Anschluß daran wird auch die Konstituierung des neuen Wiener Landtages erfolgen. Die Verhandlungen über die Neubildung des Stadtsenates sind noch im Gange.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Wiener Gemeinderat wählt Freitag den Bürgermeister

Budgetdebatte ab Samstag

9. Dezember (RK) Wie bereits berichtet, wird der neue Wiener Gemeindrat am kommenden Freitag, dem 11. Dezember, um 9 Uhr, zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentreten. Nach der Bestellung der provisorischen Schriftführer werden die Mitglieder des Gemeinderates angelobt. Hierauf erfolgt die Festsetzung der Zahl der Vorsitzenden und die Wahl der Vorsitzenden. Dann wird die Wahl des Wiener Bürgermeisters vorgenommen werden, der anschließend das Gelöbnis ablegen wird. Nach einer Reihe von weiteren Wahlen wird der Bürgermeister seine Antrittsrede halten, zu der die Vertreter der Parteien Stellung nehmen werden.

Unmittelbar darnach wird der Gemeinderat mit der Erledigung der Tagesordnung beginnen. Voraussichtlich werden der Rechnungsabschluß 1963 mit dem Bericht des Kontrollamtes und die Bilanz der Wiener Stadtwerke behandelt.

Konstituierung des Landtages

Nach der Unterbrechung der Sitzung des Gemeinderates wird die Konstituierung des Wiener Landtages erfolgen. Dabei werden der Erste, Zweite und Dritte Präsident gewählt, die Mitglieder des Immunitätskollegiums und Unvereinbarkeitsausschusses sowie zwölf Mitglieder des Bundesrates, die vom Land Wien in diese Körperschaft entsandt werden.

Budgetdebatte vom 12. bis 19. Dezember

Am Tag darauf, Samstag, den 12. Dezember, um 9 Uhr, wird der Gemeinderat mit den Beratungen über den Voranschlag der Bundes-

./.

hauptstadt Wien für das Jahr 1965 beginnen. Der voraussichtliche Zeitplan der Budgetdebatte: 12. Dezember: Generaldebatte und Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe II, Finanzen. - 14. Dezember: Spezialdebatte über Verwaltungsgruppe I, Personal, und III, Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung. - 15. Dezember: die beiden Verwaltungsgruppen IV und V, Wohlfahrts- und Gesundheitswesen. - 16. Dezember: die Verwaltungsgruppe VI, Bauangelegenheiten, und die Gruppe VII, Baubehördliche Angelegenheiten. - 17. Dezember: die Gruppen VIII und IX, Öffentliche Einrichtungen und Wohnungswesen. - 18. Dezember: Gruppe X, Wirtschaftsangelegenheiten, und Gruppe XI, Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten. Nach der Behandlung der letzten Geschäftsgruppe wird über das Gesamtbudget der Hoheitsverwaltung abgestimmt. Samstag, den 19. Dezember, werden dann die Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmungen zur Debatte stehen.

\- - -

Personalnachrichten

9. Dezember (RK) Auf Antrag des städtischen Personalreferenten Stadtrat Bock hat heute der Wiener Stadtsenat die Magistratsräte Dr. Karl Jagoda, Dr. Olga Kroll, Dr. Hans Siebensohn und Dr. Walter Stolba zu Obermagistratsräten befördert. Die Stadtbauräte Dipl.-Ing. Rudolf Fragner, Dipl.-Ing. Friedrich Kurzweil und Dipl.-Ing. Alfred Ulovec wurden Oberstadtbauräte. Die Amtsräte Johann Denk, Franz Hosticky, Ing. Karl Khün und Gustav Reindl wurden Oberamtsräte. Dipl.-Ing. Dr. Friedrich Blümelhuber wurde in die Dienstklasse VII befördert.

\- - -

Freie Ärztestelle

9. Dezember (RK) Im Krankenhaus der Stadt Wien-Floridsdorf wird eine Assistentenstelle an der Internen Abteilung besetzt.

Gesuche sind bis spätestens 15. Jänner 1965 an die Magistratsabteilung 17, Anstaltenamt, 1, Gonzagagasse 23, zu richten.

\- - -

Neue Kultursubventionen der Gemeinde Wien

9. Dezember (RK) In der heute unter Vorsitz von Bürgermeister Jonas abgehaltenen Sitzung des Wiener Stadtsenates beantragte Vizebürgermeister Mandl Subventionen und Beiträge an mehrere kulturelle Institutionen, bei denen die Stadt Wien förderndes Mitglied ist. Es handelt sich um einen Gesamtbetrag von 62.000 Schilling. Es erhalten: Gesellschaft bildender Künstler-Künstlerhaus 20.000 Schilling, Mozartgemeinde Wien 8.000 Schilling, Grillparzer-Gesellschaft 8.000 Schilling, Geographische Gesellschaft 8.000 Schilling, Anton Wildgans-Gesellschaft 5.000 Schilling, Mikrographische Gesellschaft 5.000 Schilling, Vereinigung bildender Künstlerinnen 5.000 Schilling und Österreichische Exlibrisgesellschaft 3.000 Schilling.

\- - -

Weihnachtsferien durch Wiener Jugendhilfswerk

9. Dezember (RK) Das Jugendamt der Stadt Wien macht auch heuer eine Weihnachtsaktion für bedürftige Kinder. Die Wiener Bezirksjugendämter haben 240 Kinder gemeldet und deren Weihnachtswünsche mitgeteilt. Das Jugendamt wird versuchen, alle diese Wünsche zu erfüllen. In der Zeit vom 14. Dezember bis 13. Jänner werden diese Kinder ihre Weihnachtsferien in den städtischen Erholungsheimen Sulzbach-Ischl, Lehenhof und Tribuswinkel verbringen. Am Weihnachtsabend ist große Beteilung.

Die Geschenke, die sich die Kinder gewünscht haben, sind morgen Donnerstag, den 10. Dezember, in den Räumen des Jugendamtes, Wien 1, Schottenring 24, 4. Stock, Zimmer 405, zur Besichtigung ausgestellt.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, zu der Ausstellung der Weihnachtsgeschenke des Jugendamtes der Stadt Wien - die nur morgen Donnerstag zu sehen ist - einen Berichterstatter zu entsenden.

\- - -

Johann Heinrich Rille zum Gedenken

9. Dezember (RK) Auf den 10. Dezember fällt der 100. Geburtstag des Dermatologen Univ.-Prof.Dr. Johann Heinrich Rille.

In Brünn geboren, studierte er in Wien und Graz Medizin. Als Dozentur wirkte er an den Universitäten von Wien und Innsbruck. Dann folgte er einer ehrenvollen Berufung nach Leipzig, wo er die damals größte und modernste Universitätsklinik für Haut- und Geschlechtskrankheiten aufbaute. 1945 übernahm er mit 81 Jahren den verwaisten Lehrstuhl für Dermatologie an der Innsbrucker Universität. Ein zur Erblindung führendes Augenleiden zwang ihn, seine Tätigkeit aufzugeben. 1951 ging er nach Wien und erhielt im Allgemeinen Krankenhaus zwei Zimmer zugewiesen, in denen er schon als junger Assistent gewohnt hatte. Zu seinem 90. Geburtstag wurde ihm das Ehrendoktorat verliehen. Als Nestor der österreichischen Dermatologie ist er am 10. Dezember 1956 in Höflein an der Donau gestorben. Rille hat als erster die Pellagra erforscht und beschrieben. Auch die "Cricoderme", eine Hautkrankheit, deren Ursache unbekannt ist und die chronisch auftritt, war Gegenstand seiner eingehenden Untersuchungen. Von ihm stammen mehr als 200 Facharbeiten, die sich mit allen Spezialfragen seines Gebietes befassen. Sein umfangreichstes und bedeutendstes Werk ist das "Lehrbuch der Hautkrankheiten". Aufsehen erregte auch seine 1915 erschienene Publikation "Schädigung der Haut durch Beruf und gewerbliche Arbeit".

\- - -

Abschiedsbesuch des japanischen Botschafters

9. Dezember (RK) Heute vormittag stattete der bisherige japanische Botschafter in Wien, Fujio Uchida, Bürgermeister Jonas seinen Abschiedsbesuch ab. Anschließend verabschiedete er sich auch von Stadtrat Dr. Drimmel.

\- - -

Sportförderungsbeiträge

9. Dezember (RK) Der Kulturausschuß des Wiener Gemeinderates hat die Beihilfen aus dem Wiener Sportfonds für Oktober, November und Dezember 1964 bewilligt. Für den Bau oder die Instandsetzung von Übungsanlagen und deren Einrichtung erhalten demnach für Oktober elf Wiener Sportvereinigungen 353.600 Schilling. Ebenfalls für Oktober wurden weiteren 15 Organisationen zugunsten des Ankaufs von Sportutensilien und die Durchführung des Sportbetriebes 47.500 Schilling gewährt.

Zum Bau oder zur Instandsetzung von Übungsanlagen und deren Einrichtung während des Monats November werden 281.000 Schilling an 15 Wiener Sportvereine vergeben. Weiteren 27 Vereinen stehen in der Berichtszeit 122.000 Schilling zum Ankauf von Sportutensilien und die Durchführung des Sportbetriebes als Kostenbeiträge aus dem Wiener Sportfonds zur Verfügung.

Für Dezember wurde folgende Verteilung vorgenommen: elf Vereine erhalten 256.500 Schilling, um damit den Bau oder die Instandsetzung von Übungsanlagen und deren Einrichtung zu finanzieren. Für den Ankauf von Sportutensilien und die Durchführung des Sportbetriebes bekommen 41 Organisationen 161.500 Schilling. Außerdem wurden noch zur allgemeinen Förderung des Sports, also für Ausbildungslehrgänge, Organisationen und Propaganda, vier Sportinstitutionen 100.000 Schilling zugeteilt.

\- - -

Pflichtkonzerte für die zweiten Klassen der Wiener Schulen

9. Dezember (RK) Donnerstag, den 10. Dezember, um 11 Uhr, wird das erste Pflichtkonzert für die zweiten Klassen der Wiener Schulen, Gymnasien und Realgymnasien im Schuljahr 1964/65 abgehalten werden. Die folgenden Termine für die zweiten Klassen: Donnerstag, 22. Dezember; Montag, 18. Jänner 1965; Donnerstag, 11. Februar; Mittwoch, 24. Februar; Samstag, 13. März; Mittwoch 31. März; Samstag, 24. April; Donnerstag, 13. Mai; und Montag, 17. Mai. Alle diese Veranstaltungen werden im Großen Konzerthaussaal durchgeführt.

Am Programm stehen W.A. Mozarts Ouvertüre zum Singspiel "Der Schauspieldirektor" und drei Tänze aus der Oper "Die verkaufte Braut" von F. Smetana. Nach der Pause wird "Das Waldfest", ein Tanzspiel von Ilka Peter, nach der Musik von Fritz Leitermeyer, aufgeführt. Ausführende sind das Niederösterreichische Tonkünstlerorchester unter dem Dirigenten Karl Hudetz und der Kindertanzkreis des Konservatoriums der Stadt Wien unter der Leitung von Ilka Peter. In einem kostenlos erhältlichen Programmheft werden die Komponisten und ihre Werke besprochen.

\- - -

Schweinehauptmarkt vom 9. Dezember

9. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche. 0: Neuzufuhren Inland: 8.045; Polen 399, Bulgarien 250, Rumänien 100, Ungarn 280, Gesamtauftrieb: 9.074. Verkauft wurde alles.

Preise: Extremware 14.60 bis 15 S, 1. Qualität 14 bis 14.50 S, 2. Qualität 13.50 bis 14 S, 3. Qualität 13 bis 13.50 S, Zuchten extrem 12.90 bis 13 S, Zuchten 11 bis 12.50 S, Altschneider 10 bis 10.50 S; ausländische Schweine: Polen 13.10 bis 14.30 S, Bulgarien 13 bis 13.60 S, Rumänien 13 bis 13.40 S, Ungarn 13.50 bis 14 S.

Der Durchschnittspreis erhöhte sich für inländische Schweine um zehn Groschen und beträgt nunmehr 13.76 S. Der Durchschnittspreis erhöhte sich für ausländische Schweine um: Bulgarien 29 Gro-Groschen je Kilogramm und beträgt nunmehr 13.33 S; Polen um 8 Groschen je Kilogramm und beträgt nunmehr 13.87 S; Rumänien um 33 Groschen je Kilogramm und beträgt nunmehr 13.23 S; Ungarn um 4 Groschen je Kilogramm und beträgt nunmehr 13.73 S. Der Gesamtdurchschnittspreis für ausländische Schweine beträgt 13.64 S.

\- - -

Pferdehauptmarkt vom 9. Dezember

9. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 86 Stück, hievon ein Fohlen. Als Schlachttiere wurden 66 Stück und als Nutztiere 11 Stück verkauft. Unverkauft blieben neun Stück.

Herkunft der Tiere: Wien 5, Niederösterreich 52, Oberösterreich 13, Burgenland 16.

Preise: Schlachttiere Fohlen 12 S, Pferde extrem 8.80 bis 9 S, 1. Qualität 8 bis 8.60 S, 2. Qualität 7.10 bis 7.80 S, 3. Qualität 6 bis 7 S. Nutztiere Pferde 7.50 bis 9 S. Auslandsschlachthof kein Auftrieb.

Der Durchschnittspreis für inländische Schlachtpferde ermäßigte sich um elf Groschen. Der Durchschnittspreis für Schlachtpferde beträgt 7.60 S, für Schlachtfohlen 12 S, Schlacht- und Nutzpferde 7.68 S, Pferde und Fohlen 7.74 S.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Wieder Stipendien aus dem Dr. Adolf Schärf-Fonds

10. Dezember (RK) Morgen Freitag, den 11. Dezember, um 18 Uhr, findet im Festsaal der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien, im ersten Stock des Alten Rathauses, 1, Wipplingerstraße 4-8, die fünfte Verleihung von Stipendien aus dem Dr. Adolf Schärf-Fonds zur Förderung der Wissenschaften statt. Bundespräsident Dr. Schärf wird der Überreichung der Stipendien persönlich beiwohnen.

Der Dr. Adolf Schärf-Stipendienfonds für Wiener Studierende, der von der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien errichtet wurde und von ihr verwaltet wird, hat seit seiner Gründung im Jahre 1960 rund 100 jungen Menschen das Hochschulstudium ermöglicht. Fast 700.000 Schilling wurden dafür aufgewendet. Morgen werden 13 Stipendiaten beteilt werden.

\- - -

Musikveranstaltungen in der Woche vom 14. bis 20. Dezember

10. Dezember (RK)

Montag, 14. Dezember:

15.00 Uhr, Musikakademie, Vortragssaal: Akademie für Musik u.d.K.: Öffentliche Reifeprüfung Istvan Klinda, Kapellmeisterklasse Hans Swarowsky; mitwirkend Akademischer Orchesterverein (Beethoven: 2. Symphonie)

19.00 Uhr, Kulturinstitut, 3, Ungargasse 43: Italienisches Kulturinstitut: Kammermusikabend "Complesse Strumentale Toscanini", Turin (Vivaldi, Boccherini, Mozart, Brahms)

19.30 Uhr, Brahmssaal (MV): Musikalische Jugend Österreichs: 3. Konzert im Zyklus XI (Voraufführung des 3. Konzertes im Musikvereinsquartett-Zyklus der GdM); Musikvereinsquartett (Mendelssohn, Martinu, Beethoven)

19.30 Uhr, Mozartsaal (KH): Wiener Konzerthausgesellschaft: 3. Konzert im Zyklus V; Cembaloabend George Malcolm (Händel, Bach, Francaix, Rameau, Scarlatti)

20.00 Uhr, Palais Palffy, Beethoven-Saal: Österreichische Gesellschaft für Musik: Einführungsabend zur Volksopernaufführung von Antonin Dvořáks Oper "Rusalka"

Dienstag, 15. Dezember:

18.30 Uhr, Musikakademie, Vortragssaal: Akademie für Musik u.d.K.: Violinabend der Klasse Lukas David (Spohr, Sibelius, Händel)

18.30 Uhr, Palais Palffy, Figaro-Saal: Österreichisches Kulturzentrum: Vortrag Bürgermeister Dr. Ludwig Wegele, Augsburg "Auf den Spuren Mozarts in Europa" (Mozart-Zyklus, 2. Teil; nachgeholt vom 10. November 1964)

19.00 Uhr, Musikakademie, Orgelsaal 17: Akademie für Musik u.d.K.: Orgelabend der Klasse Alois Forer (Buxtehude, D'Aquin, Kodály, Zagler)

19.30 Uhr, Brahmssaal (MV): Violinabend George Whitman, am Flügel Kurt Rapf (J.S. Bach: Sonate e-moll und Fuge g-moll; Janáček: Sonate in vier Sätzen; Beethoven: Sonate A-dur op. 47)

19.30 Uhr, Gr.M.V.Saal: Klavierabend Jörg Demus (Beethoven: Sonate op. 27/1 Es-dur und Sonate op. 27/2 cis-moll; Schumann: Fantasie C-dur op. 17; Chopin: 24 Preludes op. 28)

19.30 Uhr, Mozartsaal (KH): Wiener Konzerthausgesellschaft: 3. Konzert im Zyklus IV; Das Weller-Quartett (Mozart: Streichquartett B-dur KV 458; Schubert: Streichquartett Es-dur; Beethoven: Streichquartett e-moll op. 59/2)

20.00 Uhr, Palais Schwarzenberg, Kuppelsaal: Kammermusikabend des Ensembles "Musica da camera"; Annelies Hückl, Sopran - René Clemencic, Flauto - Eduard Melkus, Barockgeige - Vera Schwarz, Cembalo (Werke von Georg Philipp Telemann))

./.

Mittwoch, 16. Dezember:

19.00 Uhr, Musikakademie, Vortragssaal: Akademie für Musik u.d.K.: Chopinabend der Klavierklasse Bruno Seidlhofer

19.30 Uhr, Gr.M.V.Saal: Musikalische Jugend Österreichs: 2. Konzert im Zyklus VIII; Klavierabend Jörg Demus (Beethoven, Schumann, Chopin); Wiederholung vom 15. Dezember 1964)

19.30 Uhr, Brahmssaal (MV): Gesellschaft der Musikfreunde: 3. Konzert des Musikvereinsquartettes (Mendelssohn: Streichquartett e-moll op. 44/2; Martinu: 2. Streichquartett; Beethoven: Streichquartett B-dur op. 130)

Donnerstag, 17. Dezember:

19.00 Uhr, Musikakademie, Vortragssaal: Akademie für Musik u.d.K.: Klavierabend der Klasse Bruno Seidlhofer

19.30 Uhr, Gr.M.V.Saal: Wohltätigkeitskonzert zugunsten der Krebsforschung

19.30 Uhr, Gr.K.H.Saal: Musikalische Jugend Österreichs: 3. Konzert im Zyklus II (Voraufführung des 3. Konzertes im Zyklus I der KHG); Wiener Symphoniker, Paul Badura-Skoda (Klavier), Dirigent George Szell (Beird, Mozart, Schumann)

19.30 Uhr, Mozartsaal (KH): Wiener Konzerthausgesellschaft: Liederabend Rachel Székely, am Flügel Dagobert Buchholz (Händel, Scarlatti, Haydn, Schumann, Ben-Haim, Debussy, Rachmaninoff)

20.00 Uhr, Kulturzentrum, 1, Annagasse 20: Internationales Kulturzentrum: Chopin-Klavierabend Seta Tanyel)

Freitag, 18. Dezember:

18.30 Uhr, Musikakademie, Vortragssaal: Akademie für Musik u.d.K.: Liederabend der Klasse für Lied und Oratorium Dr. Erik Werba - Kurt Schmidek (Schumann, Brahms, Cornelius, Martin)

19.00 Uhr, Konservatorium, Konzertsaal: Konservatorium der Stadt Wien: Violinabend Manfred Kuhn (Klasse Grete Liedermann), am Flügel Magdalena Ernst

19.30 Uhr, Gr.M.V.Saal: Österreichischer Gewerkschaftsbund: Voraufführung des 5. Abonnementkonzertes des Niederösterreichischen Tonkünstlerorchesters, Dirigent Georg Ludwig Jochum (Haydn: Symphonie Nr. 104; Bruckner: 7. Symphonie)

19.30 Uhr, Brahmssaal (MV): Musikalische Jugend Österreichs: 2. Konzert im Zyklus IX; Ensemble "Musica antiqua", Dirigent Rene Clemencic ("Alte Musik aus England": St. Godric, Coer de Lion, Power, Henry, Dunstable u.a.)

19.30 Uhr, Gr.K.H.Saal: Wiener Konzerthausgesellschaft: 3. Konzert im Zyklus I; Wiener Symphoniker, Paul Badura-Skoda (Klavier), Dirigent George Szell (Baird: Four Essays; Mozart: Klavierkonzert Es-dur KV 482; Schumann: 3. Symphonie Es-dur op. 97)

./.

19.30 Uhr, Museum des 20. Jahrhunderts, kleiner Saal: Internationale Gesellschaft für neue Musik: Ensemble "Societá Cameristica Italiana", Florenz (Bussotti, Donatoni, Cage, Chiari)

Samstag, 19. Dezember:

15.00 Uhr, Gr.M.V.Saal: Wiener Philharmoniker: 4. Abonnementkonzert, Dirigent Dr. Karl Böhm (Schubert: 8. Symphonie h-moll und 7. Symphonie C-dur)

19.30 Uhr, Gr.M.V.Saal: Musikalische Jugend Österreichs: 3. Konzert im Zyklus VI (Voraufführung des 5. Abonnementkonzertes des Niederösterreichischen Tonkünstlerorchesters), Dirigent Georg Ludwig Jochum (Haydn: Symphonie Nr. 104; Bruckner: 7. Symphonie)

19.30 Uhr, Brahmssaal (MV): Gesellschaft der Musikfreunde: Liederabend Christa Ludwig, am Flügel Dr. Erik Werba (ausgewählte Lieder von Brahms und Wolf)

Sonntag, 20. Dezember:

11.00 Uhr, Gr.M.V.Saal: Wiener Philharmoniker: Wiederholung des 4. Abonnementkonzertes, Dirigent Dr. Karl Böhm (Schubert: 8. Symphonie h-moll und 7. Symphonie C-dur)

11.00 Uhr, Radio Wien, Gr. Sendesaal: Österreichischer Rundfunk - Radio Wien: 2. Konzert im Zyklus II; Wiener Symphoniker, Wanda Wilkomirska (Violine), Dirigent Jan Krenz (Lutoslawski: Trauermusik; Szymanowski: 2. Violinkonzert; Schostakowitsch: 8. Symphonie)

10.30 Uhr, Mozartsaal (KH): Wiener Kammerorchester: 3. Konzert im Matineen-Zyklus; mitwirkend Wiener Sängerknaben, Dirigent Helmuth Froschauer (Haydn: Cassation F-dur; Britten: Ceremony of Carols; Corelli: Weihnachtskonzert; Vivaldi: Gloria)

16.00 Uhr, Gr. M.V.Saal: Niederösterreichisches Tonkünstlerorchester: 5. Sonntag-Nachmittagskonzert, Dirigent Georg Ludwig Jochum (Haydn: Symphonie Nr. 104; Bruckner: 7. Symphonie)

19.30 Uhr, Brahmssaal (MV): Musikalische Jugend Österreichs: a.o. Konzert des Ensembles "Die Wiener Solisten", Dirigent Wilfried Böttcher (Locatelli: Concerto grosso c-moll op. 1/2; Geminiani: Concerto grosso op. 3/3; Corelli: Weihnachtskonzert op. 6/8; Vivaldi: "Die vier Jahreszeiten")

\- - -

Josef Kainz-Medaillen für Hilde Krahl und Gustav Manker

10. Dezember (RK) Am Mittwoch, dem 16. Dezember, um 10.30 Uhr, wird Bürgermeister Jonas im Stadtsenatssaal des Rathauses die diesjährigen Josef Kainz-Medaillen der Stadt Wien an Hilde Krahl und Oberregisseur Prof. Gustav Manker überreichen. Zu diesem Anlaß werden Vizebürgermeister Mandl und Bürgermeister Jonas das Wort ergreifen. In der musikalisch umrahmten Feier wird Kammerschauspieler Hans Thimig das Kapitel über den Schauspieler Josef Kainz aus den Tagebuchaufzeichnungen seines Vaters lesen.

Geehrte Redaktion!

Sie werden herzlich eingeladen, zur Überreichung der Josef Kainz-Medaillen der Stadt Wien Berichterstatter und Fotoreporter zu entsenden. Zugang: Wien 1, Lichtenfelsgasse, Feststiege I.

\- - -

Goldenes Ehrenzeichen für einen verdienten Schulmann

10. Dezember (RK) Landeshauptmann Jonas überreichte heute früh Bezirksschulinspektor Robert Schafner das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich, das dem verdienten Schulmann anläßlich seiner Pensionierung vom Bundespräsidenten verliehen wurde.

Robert Schafner wurde 1899 in Wien geboren und war als Volksschullehrer, Hauptschullehrer und später als Direktor einer Hauptschule in Ottakring verdienstvoll tätig. Von 1961 bis zu seiner Pensionierung in diesem Jahr war er provisorischer Bezirksschulinspektor. Robert Schafner hat sich nicht nur große pädagogische Verdienste erworben, sondern auch bei mehreren Schulgesetzen mitgearbeitet.

\- - -

Pflegepuppen für Wiener Kinder

10. Dezember (RK) Dienstag, den 15. Dezember, um 15 Uhr, wird Stadtrat Maria Jacobi im Stadtpark-Kindergarten wieder an 25 Mädchen aus verschiedenen Horten der Stadt Wien Puppen übergeben, die von diesen adoptiert werden. 25 Kinder erhalten gleichzeitig Adoptionsurkunden für ihre Puppen, die sie bereits ein Jahr lang betreut haben.

Am Donnerstag, dem 17. Dezember, um 15 Uhr, werden ferner im Wiener Rathaus 50 Pflegekinder der Stadt Wien gleichfalls von Stadtrat Maria Jacobi Pflegepuppen überreicht bekommen. Wenn die Kinder ihre Puppen ein Jahr lang gut hegen und pflegen, dürfen sie sie dann adoptieren. Bei der gleichen Feier erhalten 45 Kinder bereits ihre Adoptionsurkunden.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, zu diesen beiden Veranstaltungen Fotoreporter und Berichterstatter zu entsenden.

\- - -

70 Streufahrzeuge in der Nacht

10. November (RK) Heute mußten die Fahrer der Stadtreinigung sehr früh aus den Betten. Durch Nebel und Nieselregen hatten sich im Laufe der Nacht die Wiener Straßen in Eisflächen verwandelt. Um 2.30 Uhr begann daher die Stadtreinigung bereits mit der Ausfahrt von 70 Streufahrzeugen. Weiteres Personal wurde alarmiert, sodaß am Vormittag insgesamt 89 Streufahrzeuge, 15 Sandladegeräte und ein Schneepflug im Einsatz standen. Die Zahl der Arbeitskräfte betrug 955, darunter 123 fremde Schneearbeiter.

\- - -

Karl Exner zum Gedenken

10. Dezember (RK) Auf den 11. Dezember fällt der 50. Todestag des Physikers Univ.-Prof. Dr. Karl Exner.

Er wurde am 26. März 1842 in Prag geboren und war nach Absolvierung seiner Studien als Gymnasiallehrer für Mathematik und Physik in Troppau und Wien tätig. 1892 habilitierte er sich an der Wiener Universität, 1894 wurde er zum Ordinarius für mathematische Physik an der Innsbrucker Universität berufen. Exner wandte sich schon frühzeitig der theoretischen Physik zu und beschäftigte sich zumeist mit den Fragen der Natur des Lichts. Bekannt sind seine Arbeiten über die Szintillation (Das Funkeln der Sterne), die diese Erscheinung theoretisch und experimentell klärten. Ebenso bedeutsam sind seine Untersuchungen über die Reflexion der Lichtstrahlen. Karl Exner war Mitglied der Österreichische Akademie der Wissenschaften.

\- - -

Rindernachmarkt vom 10. Dezember

10. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren Inland: 1 Ochse, 18 Stiere, 20 Kühe, 12 Kalbinnen, Summe 51. Gesamtauftrieb: dasselbe. Verkauft wurde alles.

Marktverkehr ruhig, Hauptmarktpreise.

\- - -

Schweinenachmarkt vom 10. Dezember

10. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren Inland: 222. Gesamtauftrieb: dasselbe. Verkauft wurde alles.

Marktverkehr ruhig, Hauptmarktpreise.

\- - -

Pferdenachmarkt vom 10. Dezember

10. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 6 Stück, davon Niederösterreich 1, Burgenland 5. Verkauft wurde alles.

Preise: Schlachttiere 1. Qualität 8.50 S, 2. Qualität 7.50 S. Auslandsschlachthof: 16 Stück aus der CSSR, 5.50 bis 6 S.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

2

Die Arbeit des neuen Gemeinderates

Antrittsrede von Bürgermeister Jonas nach seiner Wiederwahl

11. Dezember (RK) Nach der Konstituierung des Gemeinderates, der neuerlich Franz Jonas zum Bürgermeister von Wien wählte, hielt dieser folgende Antrittsrede:

"Der neugewählte Gemeinderat, der heute zu seiner Konstituierung zusammengetreten ist, hat mich zum Bürgermeister von Wien wiedergewählt. Sie, meine sehr geehrten Mitglieder des Gemeinderates, bringen mir dadurch ein großes Vertrauen entgegen, für das ich Ihnen aufrichtig danke. Ich verbinde damit das Versprechen, dieses Vertrauen zu rechtfertigen, da es mich ebenso stark bindet wie das heute abgelegte Gelöbnis. Ich erlaube mir, Ihnen auch im Namen der anderen Damen und Herren des Präsidiums des Gemeinderates herzlich zu danken. Auch sie fühlen sich verpflichtet, das in sie gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen und ihre Aufgaben im Interesse der Stadt Wien und ihrer Bevölkerung zu erfüllen.

Mit der heutigen Konstituierung ist der Gemeinderat in seine verfassungsmäßigen Rechte eingetreten und damit beginnt eine neue Periode der demokratisch gewählten Volksvertretung in Wien. Das erste Geschäftsjahr seiner Wirkung, 1965, ist ausgezeichnet durch einige Gedenktage, die für die Republik Österreich und für die Bundeshauptstadt Wien von großer geschichtlicher Bedeutung sind.

./.

Zwanzig Jahre Zweite Republik - Zehn Jahre freies Wien

Es jährt sich zum zwanzigsten Male der Tag des Kriegsendes und der Wiedererrichtung der Republik Österreich und es sind zehn Jahre seit der Unterzeichnung des Staatsvertrages verflossen. Ein Rückblick auf diese beiden Daten läßt uns erkennen, wie lang und erfolgreich der Weg ist, den wir seit damals zurückgelegt haben. Wir sind manchesmal in der Gefahr, daß uns in der glücklicheren Gegenwart unsere Wünsche zu rasch oder zu weit vorauseilen, daß wir ungeduldig werden, weil nicht alle Bedürfnisse auf einmal befriedigt werden können. Wir sollten uns manchesmal zurückerinnern an die Jahre der Ruinen und des Hungers und an die zehnjährige Besetzung durch die vier Alliierten. Sosehr wir uns über jeden Fortschritt freuen, weil er als eine Frucht unserer gemeinsamen Arbeit allen zugute kommt, sosehr müssen wir uns auch bemühen, uns den Blick für das Maß und für die Wertung unserer Bedürfnisse nicht trüben zu lassen. Eine solche Betrachtungsweise hilft uns, mit den Schwierigkeiten unserer Entwicklung eher fertig zu werden und auf dem Boden der realen Tatsachen zu bleiben.

Es besteht leider auch die Gefahr, weil anscheinend die früheren Sorgen geschwunden sind, daß in der Öffentlichkeit über Lebensfragen unserer Republik und unserer Stadt nicht mehr mit dem gleichen Verantwortungsbewußtsein geurteilt wird. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit sollte nicht nur in schweren Zeiten das feste Bindeglied für unsere österreichische Gemeinschaft sein, sondern auch dann, wenn wir durch Fleiß und glückliche Umstände aus der Not herausgekommen sind. Die bitteren Erfahrungen, die wir Österreicher in den vergangenen Jahrzehnten durchleben mußten, mögen uns allen ein warnendes Beispiel und eine Mahnung sein. Der meteorhafte Aufstieg Österreichs nach dem zweiten Weltkrieg war nur möglich, weil über alle trennenden und teilenden Faktoren hinweg in Lebensfragen unseres Staates das Gemeinsame über alles andere gestellt wurde. Diese Erkenntnisse mögen im Gedenken an 1945 neue Kraft gewinnen und in unserem Volk das Verantwortungsbewußtsein für das Schicksal unserer Republik stärken. Als Bundeshauptstadt

./.

darf Wien an der Schwelle des Gedenkjahres 1965 an alle Österreicher einen Appell zur Besinnung und zum vorbehaltlosen Bekenntnis zu Österreich richten und damit die Bitte verbinden, alle unsere Kräfte für einen weiteren glückhaften Aufstieg unseres Landes zu vereinigen. Arbeiten hierfür sind in Hülle und Fülle vorhanden!

Mit der Zeit gehen - vorausschauend planen!

Der rasche Aufschwung und das beschleunigte Tempo der Entwicklung halten glücklicherweise an und so können wir uns in Wien für die fünf Jahre der beginnenden Arbeitsperiode wieder Aufgaben vornehmen, die wohl große Anstrengungen von uns erfordern, unserer Stadt aber wirksame Vorteile und der gesamten Bevölkerung eine Erleichterung und Verbesserung ihres Lebens bringen werden. Wir dürfen uns die Kraft zutrauen, wieder große Aufgaben ins Auge zu fassen, weil in den vergangenen Jahren finanzielle, technische und organisatorische Leistungen vollbracht wurden, an denen wir unsere Möglichkeiten für die nächsten fünf und zehn Jahre ablesen können.

Bereits während der nächsten Tage wird das Budget der Stadt Wien für das Jahr 1965 beraten werden, von dem wir hoffen, daß es wieder in einen mehrjährigen Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden eingebaut werden kann. Aus dem Umfang des Budgets und aus der Vielfalt der Aufgaben werden wir wieder die wirtschaftliche Bedeutung und die Entwicklungstendenzen unserer Gemeindeverwaltung erkennen können.

So wie in anderen Städten hat sich auch in Wien die Entwicklung auf verschiedenen Gebieten sehr stark beschleunigt. Es tauchen neue Aufgaben und Verpflichtungen, aber auch neue Wünsche und Bedürfnisse auf. Die Stadtverwaltung kann sich überdies auch den Einflüssen nicht entziehen, die von außen her auf sie einwirken, sei es aus innerösterreichischer oder internationaler Sicht. Allen diesen Tendenzen muß unsere Stadt mit der größten Aufmerksamkeit gegenübertreten, aber vor allem muß man sich vor dem Gedanken hüten, daß man die Dinge an sich herankommen lassen kann. Damit wären wir

./.

schon von vornherein zum Stillstand verurteilt und verlören überdies den Anschluß an die moderne Entwicklung. In unserem wissenschaftlichen und technischen Zeitalter haben wir mit modernen Methoden die Struktur unserer Stadt in jeder Hinsicht zu prüfen und zu kontrollieren, mit dem Zustand der Vergangenheit zu vergleichen, um auch die Veränderungen zu erfassen, die in längeren Zeiträumen eintreten. Das Ergebnis all dieser analysierenden Tätigkeiten muß letzten Endes dann zu konkreten Plänen und Vorschlägen führen.

In den letzten Jahren hat die Gemeinde Wien einige wichtige Gebiete in dieser Hinsicht in Bearbeitung genommen. Obwohl in den zuständigen Magistratsabteilungen außerordentlich wertvolle fachliche Arbeit geleistet wird, hat die Gemeindeverwaltung zusätzliche beratende Körperschaften und Institutionen geschaffen, die es erlauben, auch jene Interessenten und Experten zur Mitarbeit einzuladen, die nicht dem Magistrat angehören.

Oberstes Ziel: Arbeit für alle

Ich erlaube mir, dem Gemeinderat in diesem Zusammenhang jene Aufgaben in großen Zügen aufzuzeigen, die schon jetzt für die bevorstehende fünfjährige Arbeitsperiode des Gemeinderates voraussehbar sind und die sich als notwendig und wünschenswert erweisen. Gleichzeitig gebe ich dem Wunsche und der Hoffnung Ausdruck, daß es uns gelingen möge, diese Aufgaben ohne Störung von außen zu erfüllen, damit die weitere Entwicklung unserer Heimatstadt planmäßig vor sich gehen kann. Die Grundlage des wirtschaftlichen Aufschwunges unseres Landes und unserer Stadt war das Bemühen aller berufenen Kreise, die Vollbeschäftigung zu erhalten. Deshalb stelle ich an die Spitze unserer Aufgaben die Fortsetzung aller unserer Bemühungen, die auf eine möglichst wirksame Arbeitsbeschaffung gerichtet sind. Der bescheidene Wohlstand, den wir uns erarbeitet haben, ist eine Frucht der Arbeitsbeschaffung. Die wirtschaftlichen Grundlagen der Familien sind wesentlich sicherer als zuvor, weil durch die gezielte Investitionspolitik Dauerarbeitsplätze geschaffen werden, die sowohl dem Arbeitgeber wie auch dem Arbeitnehmer ein Planen auf längere Sicht ermöglichen. Die besseren Grundlagen der ge-

./.

werblichen Wirtschaft und die Vollbeschäftigung heben aber nicht nur die Konsumkraft, sondern auch die Steuerkraft der gesamten Wirtschaft, wodurch wieder die vermehrte Fortsetzung der Investitionstätigkeit ermöglicht wird. Diese Entwicklung soll nun von der Gemeinde auch in Zukunft tatkräftig gefördert werden.

Integrations-Planung und Wirtschaftsförderung

Falls es zu dem angestrebten Integrationsprozeß kommen wird, soll Wien den Ereignissen nicht unvorbereitet entgegentreten müssen, und deshalb ist bereits in diesem Jahr von der Gemeinde Wien in Zusammenarbeit mit den wirtschaftlichen Körperschaften unserer Stadt die 'Koordinationsstelle für Integrationsfragen' geschaffen worden, die die Probleme der Integration vom Wiener Gesichtspunkt genauestens prüft und Lösungsvorschläge erstatten wird. Das ebenfalls mit anderen Interessenten gegründete 'Institut für Standortberatung' soll die Ansiedlung von Wirtschaftsbetrieben in Einklang zu den Stadtplanungsnotwendigkeiten bringen, damit Fehlinvestitionen und städtebaulich unerwünschte Betriebsansiedlungen vermieden werden. Die Widmung und Aufschließung von Industriegebieten mit allen ihren Möglichkeiten der Entmischung dichtverbauter Stadtteile soll fortgesetzt werden.

Die bereits eingeführten Kreditaktionen der Stadtverwaltung werden weiterhin dazu dienen, daß Gewerbe, Handel und Fremdenverkehr die Modernisierung ihrer Betriebe auch in Zukunft fortsetzen können. Der zunehmende Fremdenverkehr, als Folge des gesteigerten Lebensstandards in allen Industrieländern, ist in seiner wirtschaftlichen Bedeutung gleichwertig neben die anderen großen Wirtschaftssektoren unseres Landes getreten. Der Deviseneingang aus dem Fremdenverkehr erreicht heuer ein noch nie dagewesenes Ausmaß, nämlich 12,8 Milliarden Schilling. Bei einer ruhigen internationalen Entwicklung ist eine weitere Steigerung auf diesem Wirtschaftsgebiet mit Sicherheit zu erwarten. Daß Wien nach dem zweiten Weltkrieg auch in dieser Beziehung wieder große Fortschritte erzielen konnte, wollen wir mit Genugtuung registrieren.

./.

Wir dürfen uns aber mit dem Erreichten nicht zufrieden geben, denn auch im Sektor des Fremdenverkehrs ist die internationale Konkurrenz groß.

Wir haben bereits zwei Einrichtungen, die unsere Bemühungen, Wiens Position in der internationalen Entwicklung zu sichern, sehr erfolgreich unterstützen, und zwar die Wiener Internationale Messe und die Wiener Festwochen. Es ist selbstverständlich, daß wir diesen Einrichtungen aus wirtschaftlichen und kulturellen Gründen weiterhin eine möglichst wirksame Förderung angedeihen lassen werden.

Die Situation auf dem Wohnungssektor

Obwohl die Wohnungsnot in unserer Stadt schon eine gewisse Milderung erfahren hat, wird das Wohnbauprogramm der Gemeinde doch weiterhin eine der größten und dringendsten Aufgaben bleiben müssen. Durch die eigene Bauleistung der Gemeinde wurden nach dem zweiten Weltkrieg mit einem Aufwand von Milliardenbeträgen fast 80.000 Wohnungen gebaut, womit die Wohnungsnot von ihrer Schärfe viel verloren hat. Dazu kommen noch die Gemeindeleistungen für den Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds, für das Wohnbauförderungsgesetz 1954, deren Aufgaben durch Kredite der Gemeinde Wien gefördert werden, und zur Neuen Wiener Wohnbauaktion, die vom Gemeinderat im Jahre 1958 erstmals beschlossen und nach ihrem Ablauf heuer durch Beschluß des Gemeinderates fortgesetzt wurde. Durch diese mit öffentlichen Mitteln geförderte Wohnbautätigkeit soll auch in Zukunft die Erbauung möglichst vieler genossenschaftlicher Wohnungen und Eigenheime gesichert werden.

Der letzte mir zugekommene Ausweis der Magistratsabteilung 50 besagt, daß sich an der Zahl der bei der Gemeinde Wien vorgemerkten Wohnungswerber doch einiges ändert. Im Jahre 1959 meldete ich dem Gemeinderat, daß 10.860 sehr dringende und 25.800 dringende Fälle, zusammen also 36.660 Bewerbungen vorliegen. Mit Anfang Dezember 1964 ergibt sich folgendes Bild: sehr dringende Fälle sind 5.990, dringende Fälle 23.750, zusammen also 29.740 Bewerbungen. Im Vergleich zu 1959 ergibt sich doch schon eine Verminderung um rund 7.000 Bewerbungen. Wenn man bedenkt, daß die übergroße Zahl der Bewerbungen auf den sogenannten qualitativen Wohnungsmangel zurückzuführen ist, so kann man, im ganzen gesehen, doch schon einen Fort-

./.

schritt und eine Lockerung feststellen. Aber es bleibt sehr verständlich, daß die Bewohner von schlechten und kleinen Wohnungen, in denen man wohl schon Kühlschrank und Fernsehapparat, aber noch kein Wasser und keine sanitären Einrichtungen hat, in neue und zeitgemäße Wohnungen übersiedeln möchten. Es hängen damit so viele Probleme der Hygiene, der Kindererziehung und des gesunden Familienlebens zusammen, daß niemand daran denken kann, die Wohnbautätigkeit einzuschränken. Und deshalb wird die Gemeindeverwaltung auch in Zukunft alle Anstrengungen darauf richten, nicht nur weiterhin durch Förderungskredite den genossenschaftlichen und Eigenheimbau zu unterstützen, sondern auch in einem eigenen Wohnbauprogramm neuen Wohnraum zu schaffen. In der abgelaufenen Arbeitsperiode hat die Gemeinde direkt und indirekt mehr als 48.000 Wohnungen schaffen können, und es wird notwendig sein, in den kommenden fünf Jahren eine ähnliche Leistung zu erreichen. Nachdem durch die Initiative der Stadt Wien die Montage-Baugesellschaft gegründet wurde, sollte die Erfüllung eines solchen Wohnbauprogrammes noch eher möglich sein. Die Montage-Baugesellschaft hat ihre ursprünglich gedachte Kapazität voll erreicht, die ersten tausend Wohnungen in Neu-Kagran wurden heuer bereits ihrer Bestimmung übergeben. Es ist geplant, in dem für den weiteren Ausbau vorgesehenen südlichen Teil von Wien einen zweiten Betrieb für die Montagebauweise zu errichten, so daß die Vorteile dieser Bauweise in noch stärkerem Ausmaß für die Wohnbautätigkeit in Anspruch genommen werden können. Die Gemeindeverwaltung verabsäumt es aber nicht, neben der Schaffung neuen Wohnraumes auch die Erhaltung und Aufwertung des bestehenden Wohnraumes zu ermöglichen. Für die Renovierung und Modernisierung von privaten Althäusern wurden bisher Kredite in der Höhe von 1.050 Millionen Schilling vergeben. Die Ergebnisse dieser Aktion machen sich im Stadtbild sehr wohltuend bemerkbar. Es ist selbstverständlich, daß die Gemeindeverwaltung diese Kreditaktion in Zukunft fortsetzen wird.

Noch immer kein Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetz

Ich muß daran erinnern, daß die vom damaligen Bundeskanzler Raab in der Regierungserklärung vom 17. Juli 1959 angekündigten Maßnahmen gegen Wohnungs- und Bodenwucher leider noch immer nicht verwirklicht sind. Die 'Kosmos'-Affäre zum Beispiel zeigt, daß die Ausbeutung der Wohnungssuchenden sich verschiedener Mehtoden be-

./.

dient, vor denen die Bevölkerung durch gesetzliche Maßnahmen geschützt werden muß.

Die Veränderungen in der bevölkerungspolitischen Struktur in Verbindung mit den Bedürfnissen der jungen und der alten Wiener müssen zu Veränderungen in der Wohnungsplanung und in der Bautechnik führen. Man darf nicht vergessen, daß der größte Teil der Wiener Wohnungen vor dem ersten Weltkrieg gebaut wurde, als die durchschnittliche Lebenserwartung der Wiener Bevölkerung 45 Jahre betrug, während sie jetzt schon zirka 70 Jahre beträgt. Hiezu kommt noch, daß sich in unserer modernen sozialgerechten Gesellschaft die Auffassungen von den Rechten und der gesellschaftlichen Stellung der alten Menschen sehr geändert haben. Auf diesem Gebiete haben die Gemeinde Wien und der Österreichische Städtebund durch regelmäßige Abhaltung von Enqueten erfolgversprechende Wege beschritten und praktische Folgerungen gezogen, die weit über das hinausgehen, was in anderen Städten als sogenannter 'Alten-Plan' vorgeschlagen wird.

In den vergangenen Jahren hat die Gemeinde bereits in einigen Bezirken kleinere und größere Wohnviertelsanierungen vorgenommen. Diese Arbeit muß in den kommenden Jahren womöglich verstärkt fortgesetzt werden. So sehr es verständlich ist, daß die großen Wohnhausbauten der Gemeinde und der Baugenossenschaften auf unverbauten Gründen an der Peripherie der Stadt aufgeführt werden und damit gleichzeitig auch die Notwendigkeit der Auflockerung der dichtverbauten Stadtteile berücksichtigt wird, so wäre es doch nicht zu verantworten, daß sich an dem baulichen Zustand der Innenbezirke nichts ändert. Die moderne bauliche Gestaltung der Außenbezirke muß Hand in Hand gehen mit der Erneuerung der inneren Bezirke, ansonsten unser städtebauliches Konzept eine schwere Einbuße erleiden würde. Aus hygienischen, verkehrsmäßigen und bevölkerungsmäßigen Rücksichten muß diese Sanierung vorwärtsgetrieben werden, wobei in begründeten Einzelfällen historisch wertvolle Objekte erhalten bleiben sollen. Vom Standpunkt der längst fälligen Sanierung dieser Stadtteile erweist sich die Erlassung eines Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetzes als zwingend notwendig und deshalb will ich beim heutigen Anlaß an die gesetzgebenden Körperschaften und an die Bundesregierung den dringenden Appell

./.

richten, die schon einige Male in Regierungserklärungen zugesagte Verabschiedung dieser Gesetze endlich zu ermöglichen.

Moderne Spitäler, neuer Großmarkt und Generalverkehrsplan

In einer ähnlichen Rangordnung bewegen sich jene Aufgaben der Stadtverwaltung, die aus der Modernisierung des Gesundheits- und Spitalwesens erwachsen. Wir können froh sein, daß die gemeinsame Aufgabe des Bundes und der Gemeinde, das Allgemeine Krankenhaus durch moderne Neubauten zu ersetzen, im abgelaufenen Jahr endlich zu konkreten Ausführungsarbeiten gekommen ist, die in den folgenden Jahren zügig fortgesetzt werden können. Aber damit ist nur ein Teil der Fragen gelöst. Die Entwicklung, die sich aus dem medizinischen Fortschritt, aber auch aus den gesundheitlichen Bedürfnissen der Wiener ergibt, verlangt zusätzliche Lösungen. Deshalb wurde im Rahmen der Gemeindeverwaltung eine Spitalsplanungskommission begründet, die sich nicht nur mit der Modernisierung der bestehenden, sondern auch mit der Planung von zusätzlichen Anstalten beschäftigt. Diese Planung geht von der Auswahl des günstigsten Standortes bis zur inneren medizinischen und verwaltungsmäßigen Organisation dieser Anstalten. Als erstes großes Ergebnis konnten wir der Öffentlichkeit bereits mitteilen, daß die Pläne für den Neubau des Rudolfspitals und für die Errichtung eines Krankenhauses und eines Alterspflegeheimes im 22. Bezirk konkrete Formen annehmen.

Die innerstädtischen Verkehrsverhältnisse und die generelle Rationalisierung des Wiener Marktwesens verlangen dringend eine Verlegung der Großmarktanlagen des Naschmarktes, die vor Jahrzehnten als Provisorium errichtet wurden. Die wirtschaftlichen Folgen zweier Weltkriege haben bisher eine andere Lösung verhindert. Die Gemeinde hat sich vor einigen Jahren entschlossen, auch diese Aufgabe in Angriff zu nehmen. In mehrjähriger Arbeit hat eine Kommission unter Mitarbeit ausländischer Experten Pläne verfaßt, die nun einer nochmaligen genauen Prüfung unterzogen werden. Das Programm sieht vor, die Großmarktanlagen vom Naschmarkt in das Gebiet von St. Marx zu verlegen, wo schon seit Jahrzehnten die Viehmarktanlagen bestehen. Die Pläne für diese Vereinigung aller Großmärkte, einschließlich des Blumengroßmarktes befinden sich bereits im Reifestadium. Ihre Verwirklichung, die ein mehrjähriges Bauprogramm voraussetzt, soll in der neuen Wahlperiode in Angriff genommen werden.

./.

Die Verkehrsverhältnisse haben sich durch das lawinenartige Anwachsen der Motorisierung, die alle Kreise der Bevölkerung ergriffen hat, so intensiviert und verdichtet, daß man sie schon lange nicht mehr aus dem Handgelenk erledigen kann. Im Rahmen der Stadtplanung wurde dem Studium der Verkehrssituation besondere Aufmerksamkeit gewidmet und ein übergeordneter Verkehrsplan erstellt, dessen Detailbearbeitung schon einige beachtenswerte Erfolge gezeitigt hat und die selbstverständlich in verstärktem Ausmaße fortgesetzt werden muß. Ich vermerke dabei mit Genugtuung, daß es dem Land Wien nach mehrjährigen vergeblichen Bemühungen heuer doch gelungen ist, den Bund zu einer etwas einsichtigeren Haltung gegenüber den dringenden Verkehrsproblemen Wiens zu bewegen. So konnte sowohl in der Frage der Autobahn, als auch der Bundesstraßen im Wiener Gebiet ein gewisser Erfolg verzeichnet werden, wobei wir ankündigen müssen, daß die Notwendigkeit weiterer kostspieliger Verkehrsbauten zu einer zusätzlichen Beteiligung des Bundes führen muß. Falls sich der Bund nicht entschließen kann, die Stadt Wien an dem Zuschlag zur Mineralölsteuer zu beteiligen, so muß er wenigstens die Verpflichtung übernehmen, die Straßen und Verkehrsflächen von übergeordneter Bedeutung zu erbauen beziehungsweise in seine Erhaltung zu übernehmen.

Die nächsten großen Verkehrsaufgaben sind bereits vorgezeichnet. Der Umbau der Lastenstraße mit der Tieflegung der Straßenbahn ist die erste große Aufgabe dieser Art. Gleichfalls in Angriff genommen wurden die Arbeiten für die unterirdische Führung der Straßenbahn ab Triester Straße im Bereich des Matzleinsdorfer Platzes-Margaretengürtel sowie in der Kliebergasse-Wiedner Hauptstraße. Sie werden in den nächsten Jahren ihre Fortsetzung finden am Karlsplatz und in der unterirdischen Durchquerung der Inneren Stadt. Diese große unterirdische Linie stellt eine besonders wichtige Verbindung zwischen dem Süden und dem Norden von Wien dar.

Zur Behandlung von grundsätzlichen administrativen Fragen und Detailproblemen des städtischen Verkehrs hat die Gemeinde Wien die Straßenverkehrskommission geschaffen, in der nicht nur die zuständigen Magistratsabteilungen, sondern auch die Experten der Polizeidirektion Wien vertreten sind. In dieser Kommission sind sowohl in technischer als auch in juristischer Hinsicht schon sehr beachtliche Vorschläge für die Lösung von Verkehrsaufgaben erstattet

./.

worden. Für die Prüfung der Wirtschaftlichkeit der städtischen Verkehrsbetriebe wurde eine Gemeinderätliche Kommission geschaffen, die in Zusammenarbeit mit der Generaldirektion der Stadtwerke, der Direktion der Verkehrsbetriebe und der Personalvertretung bereits praktische Vorschläge ausgearbeitet hat, die wohl keine sensationellen Verbesserungen, aber doch Einsparungen ermöglicht hat, die bereits in die Millionen gehen.

Schon während der vergangenen Jahre hat der Gemeinderat die Gemeinderätliche Planungskommission eingesetzt, die die Aufgabe hat, die Vorschläge über die Stadtplanung zu prüfen und zu begutachten. Diese Kommission soll auch weiterhin große Projekte prüfen und für den Gemeinderat vorlagereif machen.

Wasserversorgung und Hochwasserschutz

Seit dem Ende des zweiten Weltkrieges ist der Wasserverbrauch in Wien sprunghaft angestiegen, was die Gemeindeverwaltung veranlaßt hat, die Leistungsfähigkeit der bestehenden Wasservorkommen zu erhöhen und die Erschließung neuer Wasservorkommen vorzubereiten. Der Wasserverbrauch hat sich von 116,8 Millionen Kubikmeter im Jahre 1946 auf 165,4 Millionen Kubikmeter im Jahre 1963 erhöht. Damit haben die städtischen Wasserwerke ihre Leistung um rund 42 Prozent erhöht, ohne daß zu diesem Zweck ein zusätzliches Wasserwerk gebaut werden mußte. Es war die sparsamste Leistungssteigerung, die man sich denken kann. Wir sind uns aber darüber im klaren, daß der Verbrauch weiter steigen wird, als Folge des größeren Verbrauches der Wirtschaft und wegen des größeren Bedarfs in den modern ausgestatteten Haushalten. Seit 1948 sind die Vorarbeiten für die Erschließung neuer Wasservorkommen im Gange und zum Teil zu konkreten Ausbauarbeiten herangereift. Den Mitgliedern des Gemeinderates ist sicher das Projekt des Grundwasserwerkes in der Lobau bekannt, das schon sehr weit fortgeschritten ist, für das der Konsens der Obersten Wasserrechtsbehörde endlich vorliegt und das uns wahrscheinlich schon Ende 1965 eine zusätzliche Tagesmenge bis zu 50.000 Kubikmeter in das Rohrnetz einspeisen wird. In Ebreichsdorf und Moosbrunn sind ebenfalls weit fortgeschrittene Vorarbeiten im Gange, die zur Errichtung der dritten Wasserleitung für Wien führen sollen.

./.

Diese beiden Projekte müssen in den kommenden Jahren vorwärtsgetrieben werden, damit der steigende Wasserbedarf unserer Millionenstadt normal gedeckt werden kann. Hierzu gehörten auch die Erfassung der Sieben Quellen im Karlgraben bei Neuberg an der Mürz, für die der positive Abschluß des wasserrechtlichen Verfahrens bald zu erwarten ist. Aber schon sind im Zusammenhang mit der Neuregelung des Hochwasserschutzes für Wien noch größere Projekte im Anlaufen, die unserer Stadt nach menschlichem Ermessen in Zukunft eine absolut gesicherte Wasserversorgung gewährleisten sollen.

Und nun zum Hochwasserschutz selbst. Das Hochwasser des Jahres 1954 hat uns gezeigt, daß die Kapazität des Überschwemmungsgebietes in Wien fast zur Gänze ausgenützt war. Für größere Wasserzuflüsse hätte die bestehende Anlage nicht mehr ausgereicht und eine Katastrophe für Wien und Niederösterreich wäre unvermeidlich gewesen. Deshalb sind bereits seit Jahren eine Reihe von Vorschlägen ausgearbeitet und geprüft worden, die für unsere Stadt einen absoluten Hochwasserschutz garantieren sollen. Das Wiener Stadtbauamt hat nach mehrjährigen Studien und Vorarbeiten einen Plan ausgearbeitet, der dann zur Überprüfung einer Kommission übergeben wurde, die vom Österreichischen Ingenieur- und Architekten-Verein gebildet wurde. Zugleich mit dieser Überprüfung wurde von einem international anerkannten Experten der Technischen Hochschule Wien noch zusätzlich im Hafengebiet der Freudenau ein großer Modellversuch durchgeführt, der die Richtigkeit des Projektes und die technische Ausführbarkeit nachgewiesen hat. Da diese Vorfragen nun geklärt sind, können in absehbarer Zeit bereits Aufträge für verschiedene Detailplanungen vergeben werden. Allerdings muß die Stadt Wien darauf verweisen, daß dieser absolute Hochwasserschutz nicht nur für unsere Stadt, sondern auch für Niederösterreich von größtem Interesse ist und deshalb die drei Körperschaften, die in der Hochwasserschutzkonkurrenz zusammengefaßt sind, also der Bund und die beiden Bundesländer Wien und Niederösterreich, zu einer gemeinsamen gerechten Kostentragung herangezogen werden.

Im Zusammenhang mit diesem verbesserten Hochwasserschutz ergäbe sich für unsere Stadt die einmalige Chance, aus der bisher brachliegenden Fläche des Überschwemmungsgebietes eine großzügige Sport- und Erholungsfläche im ungefähren Ausmaß von drei Millionen Quadrat-

./.

meter zu gewinnen. Mit diesem Projekt wären nicht nur Hab und Gut der Bevölkerung und viele wirtschaftliche Werte Wiens und Niederösterreichs gesichert, sondern unsere Stadt auch um eine großzügige städtebauliche Lösung reicher geworden. Im Zusammenhang damit wird auch daran gedacht, die Grundwasservorkommen auszunützen, die nach einem natürlichen Filterungsprozeß in das Wiener Wasserleitungsnetz gepumpt werden können. Es ist verständlich, daß dieses Hochwasserschutz-Vorhaben, daß das größte in der Geschichte Wiens darstellt, eine mehrjährige Bauzeit und nach den heutigen Baupreisen eine Kostensumme von mehr als zwei Milliarden Schilling verlangen wird.

Die weitere Aufschließung und Bebauung des Gebietes links der Donau, also des 21. und 22. Bezirkes, wird im vermehrten Ausmaß weiterzuführen sein. Dazu ist eine verbesserte Verkehrsverbindung mit dem übrigen Stadtgebiet notwendig, wozu nach der Erbauung der Nordbrücke die Errichtung einer neuen Donaubrücke zwischen Leopoldstadt und Stadlau vorbereitet wird.

Leistungsfähige Massenbeförderungsmittel

Nach der erfolgreichen Durchführung des fünfjährigen Investitionsprogrammes bei den Wiener Stadtwerken, die 1,6 Milliarden Schilling Aufwand erforderten, erweist es sich bereits wieder als notwendig, ein mehrjähriges, großes Investitionsprogramm schon im Jahre 1965 in Angriff zu nehmen, um die kommenden großen Aufgaben erfüllen zu können. Dieses neue Programm sieht ein Gelderfordernis von 3,3 Milliarden Schilling vor. Gewerbe, Industrie und Haushalte stellen immer höhere Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Stadtwerke, die auch in Zukunft in der Lage sein müssen, die weitere Aufwärtsentwicklung zu gewährleisten. Im Rahmen dieses Programmes soll die Produktion unserer Gas- und E-Werke ausgebaut sowie die Verteilung der gewonnenen Energie verbessert und gesichert werden. In den Gaswerken soll die Erzeugung von giftarmem Gas technisch ermöglicht werden, um die Unfallgefahren zu mindern. Bei den Wiener Verkehrsbetrieben wird die Modernisierung des Wagenparks fortgesetzt und eine neue Hauptwerkstätte errichtet werden, wobei in diesem Betrieb ganz besonderer Wert auf weitere Rationalisierungsmaßnahmen gelegt wird.

./.

Schon diese bruchstückweise Aufzählung von Problemen und Aufgaben zeigt, daß der neugewählte Gemeinderat sehr viel Arbeit vorfinden wird. Aber über alle technischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten hinweg darf Wien jene Pflichten und Aufgaben nicht vergessen, die es als Kulturstadt zu erfüllen hat.

Kulturstadt Wien wahrt ihren Ruf

So will ich feststellen, daß diese Aufgaben bereits beim Schulwesen beginnen, das schon in der Ersten Republik durch seine Schulreform internationale Anerkennung gefunden hat und das jetzt, nach dem Inkrafttreten der neuen Schulgesetze, vor weiteren Aufgaben steht, deren wichtigste die Einführung des 9. Schuljahres ist. Wir werden alles daransetzen, daß die Verlängerung der Schulpflicht ohne Schwierigkeiten durchgeführt werden kann. Sowohl was die Bereitstellung der nötigen Schulräume und Unterrichtsmittel als auch die Anstellung der Lehrkräfte betrifft, soll auf das bestmögliche vorgesorgt werden.

Im kommenden Jahre wird die Wiener Universität ihren 600-jährigen und die Technische Hochschule ihren 150-jährigen Bestand feiern. Wir wollen die Jubiläen dieser beiden Institute von höchstem Rang, die unserer Stadt einen weitreichenden internationalen Ruf gegeben haben, besonders würdigen. Der Wiener Gemeinderat wird sicher besondere Beschlüsse fassen, die diesem außerordentlichen Anlaß gerecht werden.

Das neue Studienförderungsgesetz hat das Stipendienwerk der Stadt Wien zum Teil gegenstandslos gemacht. Es soll den neuen Verhältnissen angepaßt werden und neue Bewerberkreise berücksichtigen. Eine weitere Förderung der studierenden Jugend wollen wir durch die Erweiterung des Internationalen Studentenheimes in Döbling vornehmen.

Es ist für die Stadtverwaltung eine selbstverständliche Verpflichtung, daß sie die vielen kulturellen und künstlerischen Bestrebungen in Wien in geeigneter Weise fördert und unterstützt. Auf diese kulturellen Kräfte gründet sich zum Teil die internationale Ausstrahlungskraft unserer Stadt, zum anderen Teil auf seine Lage im Herzen Europas, wo sie im Schnittpunkt nationaler und politischer, geographischer und wirtschaftlicher Interessen durch Jahrhunderte hindurch als Drehscheibe gewirkt hat. Nach der Unterbrechung der Kriegs- und Nachkriegszeit müssen wir uns bemühen,

./.

die vorhandenen Tendenzen zur Auflockerung der starren Fronten in Europa zu fördern und unsere guten Dienste für eine Normalisierung der Verhältnisse anzubieten. Durch die jährliche Abhaltung der "Europa-Gespräche" während der Wiener Festwochen will unsere Stadt für die Einigung Europas neue Anregungen geben. Im kommenden Jahr soll das Europa-Gespräch eine Basis erhalten, die in den letzten Jahren bei allen internationalen Kongressen in Wien bereits zu bemerken war, nämlich eine verstärkte Begegnung zwischen Ost und West. Wir hoffen, dadurch neue Kräfte zu mobilisieren und eine Klärung mancher europäischer Probleme zu beschleunigen, die für die Zukunft unseres Kontinents von großer Bedeutung sein können.

In diesem Rahmen verlangt Wien als Kongreßstadt eine besondere Beachtung. Die Stadtverwaltung hat im Zusammenwirken mit den Kongreßveranstaltern und der Hotellerie bereits eine feste Basis für die internationale Kongreßtätigkeit in Wien entwickelt. Diese internationale Kongreßtätigkeit bestätigt in verstärkter Form die Rolle Wiens als geistigen Umschlagplatz und als Ort, in dem in steigendem Ausmaß internationale Gespräche mit West-Ost-Beteiligung zustandekommen. Auch in dieser Hinsicht erfüllt Wien seine in der geopolitischen Lage begründete Aufgabe und vermehrt damit gleichzeitig seine Ausstrahlungskraft im internationalen Ausmaß. Dieser Prozeß, von dem wir hoffen, daß er sich weiterhin günstig entwickelt, soll dazu führen, daß Wien sich unter verbesserten Bedingungen in das raschfortschreitende internationale Geschehen einordnen kann.

Die internationale Stellung unserer Stadt haben wir seit Jahren erfolgreich verstärkt, und zwar haben wir zu diesem Zweck in vielen europäischen Städten Ausstellungen veranstaltet, die das internationale Publikum mit dem Wiederaufbau in Wien und mit seinen wirtschaftlichen, kulturellen und kommunalen Leistungen vertraut gemacht haben. Wir sind sehr froh, wenn wir aus anderen Städten Gegenbesuch mit Ausstellungen erhalten, weil wir dadurch unserer Bevölkerung das Gefühl vermitteln können, daß die Probleme der europäischen Städte gar nicht so grundverschieden sind und daß Europa in dieser Beziehung für eine einheitliche Betrachtung und Behandlung viel reifer ist als auf anderen Gebieten.

./.

Auch Wien hat Anrecht auf eigenes Rundfunk-Studio

Wenn wir von den kulturellen Bedürfnissen unserer Stadt sprechen, so will ich auch daran erinnern, daß der Wiener Landtag schon in der vergangenen Wahlperiode und zwar am 19. Juni dieses Jahres mich aufgefordert hat, alle Schritte zu unternehmen, damit Wien ein eigenes Rundfunkstudio erhält. In dieser Beziehung ist Wien sehr stark benachteiligt, weil es trotz größter Hörerzahl und größter Beitragsleistungen der Hörer über kein eigenes Studio und kein eigenes Programm verfügt. Dieses Unrecht muß beseitigt werden. Was den anderen Bundesländern zugestanden wurde, darf dem nach der Bevölkerungszahl größten Bundesland nicht verweigert werden. Ich habe an die zuständigen Organe der Regierung und des Rundfunks entsprechende Ersuchen gerichtet und die Antwort bekommen, daß zur Behandlung dieser Wiener Forderung eine Kommission eingesetzt werde. Eine weitere Benachrichtigung ist mir bisher nicht zugegangen. Deshalb benütze ich die heutige Konstituierung des Gemeinderates, um neuerlich aufmerksam zu machen, daß Wien auf ein eigenes Rundfunkstudio nicht verzichten kann. Wenn gerade jetzt soviel davon gesprochen wird, daß die Rechte der Länder respektiert werden müssen, dann ist in Fragen eines eigenen Wiener Studios jetzt die beste Gelegenheit, einen berechtigten Wunsche des Landes Wien zu erfüllen.

Meine Darlegungen über die Aufgaben der nächsten fünf Jahre können nur als eine bruchstückweise Aufzählung gewertet werden. Aber sie entsprechen den Konsequenzen, die wir aus der Überprüfung unserer gegenwärtigen Situation und der Entwicklungstendenzen ziehen müssen. Die Bewältigung dieser Aufgaben wäre eine glückliche Fortsetzung des erfolgreichen Wiederaufbaus in den schwersten Jahren nach dem Krieg und des bereits eingeleiteten Modernisierungsprogramms unserer Stadt. Dieser Modernisierungsprozeß bezieht sich nicht nur auf die technischen Notwendigkeiten! Wir setzen neben den technischen ganz bewußt auch den sozialen Fortschritt, in den auch eines der wichtigsten Probleme der modernen Industriegesellschaft eingeschlossen sein soll, nämlich das Problem der Freizeitgestaltung, des Sports und der Erholung. Es sollen

./.

aber auch alle jene Aufgaben mit eingeschlossen ein, die den Wert der Persönlichkeit steigern, den Schutz der Familie verstärken, den Jungen eine Chance für das Leben bieten und unseren alten Mitbürgern den Lebensabend möglichst sicher und sorgenfrei machen. Das alles im Sinne eines sozialen Ausgleiches, womit eine weitere Verminderung der sozialen Spannungen und eine Steigerung des sozialen Friedens in unserem Lande erreicht werden soll.

Zusammenarbeit - Chance für die Zukunft!

In diesem Geiste haben sich die beiden großen Parteien des Wiener Rathauses wieder zu Verhandlungen entschlossen, die die Fortsetzung der bisherigen gemeinsamen Arbeit ermöglichen sollen. Ich bin überzeugt, daß die Wiener Bevölkerung über diese Bemühungen Genugtuung empfindet, aus der Erkenntnis heraus, daß das Zusammenarbeiten ungleich besser ist als das Gegeneinanderarbeiten. Die Koalition der beiden großen Parteien in Österreich war die Frucht bester österreichischer Gesinnung von verantwortungsbewußten Staatsmännern, die unter die unheilvollen Ereignisse der Ersten Republik einen Schlußstrich ziehen wollten. Die Sorgen der Nachkriegs- und Besatzungszeit sind vorbei und manchen Österreichern erscheinen die damaligen Probleme schon in einem anderen Licht, oder sie geraten, was man nur bedauern kann, schon wieder in Vergessenheit. Aber gerade wegen der Gedenktage des Jahres 1965 ist es notwendig auszusprechen, daß die Zusammenarbeit die einzig mögliche Art war, jene konstruktiven und heilenden Energien zu wecken, die den Wiederaufbau zuwege brachten und den Bestand unserer Republik über sehr gefährliche Klippen hinweg rettete.. Das sind historische Verdienste, die uns zu denken geben sollten. Die Aufgaben, die uns bevorstehen, werden meiner Meinung nach ebenfalls besser in der Zusammenarbeit gelöst werden, wobei diese in einer demokratischen Art vor sich gehen kann, die keinem der beiden Partner ein Gesinnungsopfer abverlangt.

In dieser Gesinnung will ich in der heutigen konstituierenden Sitzung im Namen des Gemeinderates und im eigenen Namen einen herzlichen Gruß an die gesamte Wiener Bevölkerung und eine Bitte zugleich richten: Sie möge auch in Zukunft bei der Bewältigung der Gemeindeaufgaben verständnisvoll mitarbeiten, denn es handelt sich ja um ihre Heimatstadt, um die Stadt Wien, deren internationaler Ruf nicht ohne unsere Bemühungen erhalten werden kann.

./.

Es handelt sich aber auch um ihr eigenes Leben in gesunden und kranken Tagen, es handelt sich um das Wien der Zukunft, das seinen Kindern ein hoffentlich friedliches und schönes Leben ermöglichen wird.

Ich richte aber auch einen Appell an alle Bediensteten der Stadt Wien. Ihr persönliches und berufliches Schicksal ist mit dem Schicksal der Stadt Wien verbunden. Wenn es der Stadt gut geht, dann soll es auch den Bediensteten gut gehen. Aus dieser Erkenntnis hat die Stadtverwaltung in den vergangenen Jahren für die Verbesserung des Gehalts- und Arbeitsrechtes viel neues geschaffen und so wird auch in Zukunft die Gemeindeverwaltung für die soziale Besserstellung ihrer Bediensteten bei Abwägung aller Bedingungen das möglichste tun. Dafür erwartet die gesamte Wiener Bevölkerung auch in Zukunft das verständnisvolle und verantwortungsbewußte Funktionieren aller Gemeindedienststellen und städtischen Einrichtungen. Von diesem Funktionieren hängt der private und wirtschaftliche Erfolg von hunderttausenden Existenzen ab und das Wohlbefinden der gesamten Bevölkerung.

Ich richte auch Dank und Bitte an die Presse, den Rundfunk und das Fernsehen. Dem Gemeinderat liegt außerordentlich viel daran, daß zwischen Bevölkerung und Rathaus das beste Verhältnis herrscht. Durch eine objektive Berichterstattung wird viel dazu beigetragen, die Probleme unserer Stadt zu popularisieren.

Mein Appell richtet sich aber auch an die neu gewählten Mitglieder des Gemeinderates, die ihr Gelöbnis auf die Gesetze der Republik und der Stadt Wien abgelegt haben. Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, stehen vor der verantwortungsvollen aber schönen Aufgabe, bei allen Ihren Beschlüssen, die im Interesse der Zukunft Wiens zu fassen sind, in objektiver Weise das Für und Wider abzuwägen. Damit sollen Sie den Auftrag Ihrer Wähler erfüllen, die sich von Ihnen eine erfolgreiche Arbeit im Interesse aller Wiener erwarten. Das uneingeschränkte und vorbehaltlose Bekenntnis zu Wien und der feste Wille, für unsere Heimatstadt in den nächsten fünf Jahren das Beste zu leisten, soll die Grundlage für die großen Arbeiten der kommenden Wahlperiode sein und weder Kleinmut noch Selbstzufriedenheit sollen uns dabei beeinträchtigen.

./.

Was an uns liegt soll geschehen, damit Wien als demokratische und freiheitsliebende Stadt seine Zukunft vorbereitet.

Das letzte Wort in meiner Antrittsrede sei ein Gruß der Bundeshauptstadt Wien an die anderen österreichischen Bundesländer und an alle unsere österreichischen Landsleute. Wir wollen ihnen sagen, daß wir uns mit ihnen einig wissen in dem Bestreben, für die friedliche und erfolgreiche Entwicklung unserer demokratischen Republik zu arbeiten. Wien will hierzu einen kraftvollen Beitrag leisten, der seinem internationalen Ruf entspricht und den seine vielen Freunde mit Recht erwarten.

Und nun, Glück auf zu neuer Arbeit!"

\- - -

Bernhard Herzmansky zum Gedenken

11. Dezember (RK) Auf den 13. Dezember fällt der 10. Todestag von Bernhard Herzmansky.

Sein Name ist mit dem österreichischen Musikwesen und besonders mit dem bekannten Wiener Musikverlag Doblinger eng verbunden. Schon sein Vater, Bernhard Herzmansky d.Ä., hatte das 1817 als Musikalienleihanstalt in der Dorotheergasse begründete und 1857 von Ludwig Doblinger übernommene Unternehmen seit 1876 zu einer der größten europäischen Musikalienhandlungen sowie zu einem der angesehensten österreichischen Verlage ausgebaut. Neben den Kompositionen von C.M. Ziehrer verlegte er zahlreiche Schöpfungen der Wiener Operette, unter anderem von Oscar Straus, Lehar, Nedbal und Eysler. Bernhard Herzmansky d.J. wurde am 4. August 1888 in Lang-Enzersdorf geboren und leitete die Firma seit 1921. Er widmete sich von Anfang an auch der Förderung der ernsten österreichischen Gegenwartsproduktion, begnügte sich aber nicht nur mit der Drucklegung der Werke, sondern bot ihnen auch in den beliebten Hauskonzerten im Barocksaal des Verlagsgebäudes ein repräsentatives Aufführungsforum. Für die leichte Muse spezifisch wienerischer Prägung gewann er so angesehene Musiker wie Benatzky, Katscher, Leopoldi, Föderl und Lang. Ergänzt wird diese Produktion durch reichhaltige Chorreihen auf geistlichem und weltlichen Gebiet sowie durch viele Instrumentalschulwerke und durch die Pflege der Musikliteratur. Der großzügige Ausbau der Musikinstrumenten- und Schallplattenabteilung ist gleichfalls sein Verdienst. Schon seit Beginn der zwanziger Jahre wirkte Herzmansky aktiv in der AKM mit und wurde 1934 deren Präsident. Er vertrat die österreichischen Interessen auf internationalen Kongressen und stand zeitweise an der Spitze der in Paris ansässigen "Conféderation des sociétes d'auteurs" und wurde für seine Verdienste um sie zum Ritter der Ehrenlegion ernannt. Die Nationalsozialisten internierten ihn im KZ Dachau. 1954 wurde Herzmansky durch einen plötzlichen Tod aus seiner Arbeit gerissen. Er hat viel zur weltweiten Anerkennung der Wiener Musikkultur beigetragen.

\- - -

Konstituierende Sitzung des Wiener Gemeinderates

11. Dezember (RK) Der neue Wiener Gemeinderat trat heute vormittag um 9.04 Uhr zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Alle Gemeinderäte waren in dunkler Kleidung erschienen. Die sozialistischen Gemeinderäte hatten rote Nelken, die Gemeinderäte der ÖVP Edelweiß angesteckt, die Gemeinderäte der FPÖ trugen Abzeichen an den Revers; die Gemeinderäte der KLS wiesen keine derartige Kennzeichnung auf.

Bürgermeister Jonas übernahm den Vorsitz und begann sofort mit der Erledigung des ersten Punktes der Tagesordnung: die Gemeinderäte Graczoll (SPÖ) und Kowarsch (ÖVP) wurden als provisorische Schriftführer bestellt. Dann leisteten die Mitglieder des neugewählten Wiener Gemeinderates das Gelöbnis, "der Republik Österreich und der Stadt Wien unverbrüchliche Treue zu halten, die Gesetze stets und voll zu beachten und ihre Pflichten als Mitglied des Gemeinderates der Stadt Wien gewissenhaft zu erfüllen". Die beiden Schriftführer verlasen die Namen der Gemeinderäte nach dem Alphabet und jeder einzelne sprach die Worte: "Ich gelobe".

Sodann wurde über Vorschlag der SPÖ (GR. Dr. Stemmer) die Zahl der Vorsitzenden des Gemeinderates wieder mit sechs festgesetzt. Anschließend schritt man zur Wahl der Vorsitzenden des Gemeinderates. Ein von Gemeinderat Dr. Stemmer (SPÖ) gestellter Antrag, alle folgenden, auf der Tagesordnung stehenden Wahlen, mit Ausnahme der Wahl des Bürgermeisters, die mittels Stimmzettel erfolgt, durch Erheben der Hand vorzunehmen, wurde einstimmig angenommen. Vier der Vorsitzenden stellt die SPÖ, zwei die ÖVP. Als Vorsitzende wurden sodann ohne die Stimmen der FPÖ und der KLS gewählt: von der SPÖ Dr. Josef Bohmann, Franz Jonas, Bruno Marek und Helene Potetz, von der ÖVP Ing. Johann Lust und Nora Hiltl.

Die Wahl des Bürgermeisters

Nun übernahm GR. Marek den Vorsitz zur Durchführung der Wahl des Bürgermeisters. Die Wahl begann um 9.14 Uhr zunächst mit der Bestellung der Wahlprüfer. In dieser Eigenschaft fungierten die Gemeinderäte Schiller (SPÖ), Ing. Lust (ÖVP), Hirnschall (FPÖ) und Maller (KLS). Als die Wahlurne hereingebracht und auf dem

./.

Rednerpult aufgestellt wurde, nahmen je zwei der Wahlprüfer links und rechts der Urne Aufstellung. Der Vorsitzende stellte fest, daß die Wahlurne leer ist, und ließ sodann die einzelnen Gemeinderäte durch die beiden Schriftführer zur Stimmenabgabe aufrufen. Nachdem alle Abgeordneten - mit Ausnahme von GR. Dr. Jakl (SPÖ), der erkrankt ist und an der Sitzung nicht teilnehmen konnte - ihre Stimmzettel abgegeben hatten, unterbrach GR. Marek für kurze Zeit die Sitzung, um die abgegebenen Stimmen zählen zu lassen. Von den 99 abgegebenen Stimmen lauteten 91 auf Bürgermeister Jonas, zwei waren Splitterstimmen und sechs Stimmzettel waren leer und damit ungültig. Franz Jonas wurde somit auf die Dauer der Wahlperiode des Gemeinderates zum Bürgermeister der Bundeshauptstadt Wien gewählt. Als die Gemeinderäte Dr. Stemmer und Mühlhauser - die Klubobmänner der SPÖ und ÖVP - Bürgermeister Jonas in den Saal geleiteten, erhoben sich alle Gemeinderäte von ihren Sitzen und die Mitglieder der SPÖ und der ÖVP spendeten der Wiederwahl starken Beifall. Bürgermeister Jonas gab sodann die Erklärung ab, die Wahl anzunehmen.

Nachdem Bürgermeister Jonas sein Gelöbnis abgelegt und wieder den Vorsitz übernommen hatte, nahm der Gemeinderat eine Reihe weiterer Wahlen zur Konstituierung vor.

Wahl der Schriftführer, Ausschuß- und Kommissionsmitglieder

Einem Antrag von GR. Dr. Stemmer folgend werden auf die Dauer eines Jahres neun Schriftführer gewählt, von denen sechs durch die SPÖ und drei durch die ÖVP nominiert wurden.

Der Gemeinderat zeigt sich damit einverstanden, daß die Stadträte in der heutigen Sitzung nicht gewählt werden. Nach der Verfassung der Stadt Wien bleibt der alte Stadtsenat daher solange im Amt, bis der neue gewählt ist.

Einem vorliegenden Antrag, die Mitgliederzahl aller zwölf Gemeinderatsausschüsse einheitlich mit zwölf festzulegen, wird stattgegeben. In den Ausschüssen stellt die SPÖ acht und die ÖVP vier Mitglieder, die vom Wiener Gemeinderat mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP gewählt werden.

Es erfolgt die Wahl von zwölf Mitgliedern der Gemeinderätlichen Personalkommission, von neun Mitgliedern und neun Ersatzmitgliedern der Disziplinarkommission sowie von 14 Mitgliedern des Vorstandes,

./.

drei Mitgliedern des Überwachungsausschusses und drei Funktionären des Schiedsgerichtes der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien.

Außerdem werden drei Mitglieder und drei Ersatzmitglieder des Beirates der Wiener Wohnbauaktion 1964, die neun Mitglieder des Kuratoriums des Wiener Jugendhilfswerkes und die sechs Mitglieder der Kommission zum Studium der wirtschaftlichen und betrieblichen Verhältnisse bei den Wiener Stadtwerken-Verkehrsbetrieben mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP gewählt.

Hierauf hielt Bürgermeister Jonas seine Antrittsrede. (Den Wortlaut brachten wir bereits auf den Blättern 3192 bis 3210 der heutigen "Rathaus-Korrespondenz".)

Nach der Antrittsrede des Bürgermeisters übernimmt Gemeinderat Marek den Vorsitz und erteilt GR. Lauscher als ersten Debattenredner das Wort.

GR. Lauscher (KLS) stellt fest, sich heute nur auf Grundsätzliches beschränken zu können, da während der Budgetverhandlungen ausreichend Zeit sein wird, auf Detailfragen einzugehen. Der neugewählte Gemeinderat und die Gemeindeverwaltung stehen vor gewaltigen Aufgaben, die im Interesse der Bevölkerung gelöst werden müssen. Wien ist die größte Gemeinde Österreichs und an Bevölkerungszahl das größte Bundesland. Die Verpflichtungen der Bundeshauptstadt sind daher weitaus größer und bedeutender als die irgendeiner anderen Stadt unseres Landes. Jahr für Jahr wendet die Stadt Wien für verschiedene Zwecke riesige Geldmittel auf, die größtenteils von den arbeitenden Menschen unserer Stadt aufgebracht werden. Seine Fraktion vertrete den Standpunkt, daß diese vorhandenen Mittel zu allererst für die Lösung der dringendsten Probleme verwendet werden und vor allem die Interessen der arbeitenden Bevölkerung Vorrang haben müssen. Hierzu gehört besonders die Lösung des Wohnungsproblems. Der Wiener Gemeinderat müßte in den kommenden fünf Jahren, also bis zur nächsten Wahl, alles daransetzen, um endlich die Wohnungsfrage zu lösen. Mit den bisherigen Methoden wird es kaum möglich sein, den 30.000 Wohnungsuchenden eine Wohnung zu verschaffen. Das Problem läßt sich auch dadurch nicht lösen, daß man die Wohnungswerber auf den genossenschaftlichen Wohnungsbau verweist, da ein Großteil der Familien nicht in der Lage ist, hohe Baukostenzuschüsse und hohe Mietzinse zu bezahlen. ./.

Neben einem ausreichenden sozialen Wohnungsbau würde die Besteuerung leerstehender Wohnungen, die Schaffung eines Reparaturausgleichsfonds und eines Bodenbeschaffungsgesetzes sicherlich einen entscheidenden Beitrag zur Lösung des Wohnungsproblems leisten. Die Sozialisten dürften die Lösung des Wohnungsproblems nicht den Koalitionsinteressen unterordnen und müßten auch dem Bund gegenüber entschiedener auftreten.

GR. Lauscher kommt sodann auf die Koalitionsverhandlungen im Wiener Rathaus zu sprechen und bemängelt, daß die Öffentlichkeit über diese Verhandlungen überhaupt nicht informiert wurde. Ein derartiges Verhalten sei äußerst undemokratisch.

Nur eine fortschrittliche Politik für unsere Stadt im Interesse der Arbeitenden wird die Unterstützung der überwältigenden Mehrheit unserer Bevölkerung finden. Wir dürfen die Tendenzen der wirtschaftlichen Entwicklung in unserem Lande nicht übersehen, nach denen der kapitalistische Eigennutz bestimmter Kreise in unserem Land am Wiederaufbau und dem wirtschaftlichen Aufschwung profitiert. Es sei ein Gebot der Stunde, die Einheit aller Demokraten, aller österreichbewußten Kräfte im Kampf um die Vertiefung unserer Demokratie unserer Republik und im Kampf für einen gerechten Anteil der arbeitenden Menschen an der Konjunktur, zu gewährleisten.

An Wahlversprechungen der beiden größten Parteien habe es nicht gefehlt. Die Kommunisten werden nun darauf achten, daß diese Versprechungen auch eingehalten werden. So müssen in dieser Funktionsperiode ausreichend Kindergärten und Horte errichtet werden, muß für unsere betagten Bürger gesorgt werden und dafür, daß in ausreichender Zahl Spitals- und Altersheimbetten zur Verfügung stehen. Die Gemeinde muß eine konstruktive Jugend- und Familienförderungspolitik betreiben, den Sport fördern, ebenso den Film und das gute Buch. Das Personal müßte gerecht entlohnt und gute Aufstiegsmöglichkeiten müßten geschaffen werden. Entschieden werde seine Fraktion auch gegen eine Mietzins- und gegen alle Tarif- und Gebührenerhöhungen auftreten.

./.

Die Gemeindeverwaltung müßte auch mit allen Mitteln bestrebt sein, die Kaufkraft des Schillings und den Lebensstandard der arbeitenden Menschen zu erhalten. Es läge auch im Interesse der Bevölkerung unserer Stadt, würde man die von den Kommunisten eingebrachten Anträge sachlich behandeln. Derzeit ist die Praxis so, daß derartige Anträge immer abgelehnt werden, nach Jahren aber in den Wahlprogrammen der beiden großen Parteien in etwas frisierter Form aufscheinen.

Die Bezirksvorstehungen haben in der Verfassung große Bedeutung und entsprechende Rechte. Die Rathausmehrheit lasse aber nicht zu, daß von diesen Rechten Gebrauch gemacht wird. Hier wäre eine dringende Änderung notwendig. Ein Beispiel auch für die Ungerechtigkeit der Wahlordnung: im 1. Bezirk wählen 22.600 Wähler 30 Bezirksräte, und die gleiche Zahl wählen im 10. Bezirk 107.000 Wähler.

Auch die Gemeinderatswahlen haben gezeigt, wie ungerecht das bestehende Wahlsystem ist. Die Sozialisten haben mit nicht ganz 55 Prozent der Stimmen 60 Mandate erhalten, die Volkspartei mit 34 Prozent 35 Mandate und die Kommunisten mit 5 Prozent nur zwei Mandate. Für ein Mandat brauchten die Sozialisten 9.500 Stimmen, die Volkspartei 10.000 Stimmen und die Kommunisten 26.000 Stimmen. Der Redner kündigt an, daß seine Fraktion in der nächsten Sitzung des Landtages einen entsprechenden Antrag stellen werde.

GR. Lauscher unterstützt, was Bürgermeister Jonas von der europäischen Funktion Wiens gesagt hat. Wien habe als größte Hauptstadt eines neutralen Landes eine ernste Verpflichtung und die Aufgabe, für die Entspannung, für die Völkerverständigung und damit für den Frieden in dieser Welt einzutreten. Wien habe unerschöpfliche Möglichkeiten für eine fortschrittliche Entwicklung. Es könnte vorbildlich für viele Hauptstädte Europas werden. Der Redner verwahrt sich jedoch gegen eine Assoziierung mit der EWG, weil diese in Widerspruch mit der von unserem Land freiwillig proklamierten immerwährenden Neutralität stünde.

Abschließend erklärt GR.Lauscher: "Wir werden unsere Aufgabe darin sehen, als fortschrittliche Opposition konstruktive Vorschläge zu unterbreiten und dort zu kritisieren, wo es notwendig,ist. So wie bisher werden wir alles bekämpfen, was sich zum Nachteil für die arbeitende Bevölkerung auswirkt, und alles unterstützen, was sozial und fortschrittlich ist und den arbeitenden Menschen nützt. ./.

Stadtrat Dr. Drimmel sprach im Namen der Österreichischen Volkspartei. Er sagte:

"Zum ersten Mal in der Geschichte des Wiener Gemeinderates seit 1945 tritt heute diese Körperschaft nach der Wahl zusammen, ohne dass die traditionelle Koalition im Rathaus sichtbar würde. Aus der Tagesordnung geht hervor, dass die übliche Bestimmung einer neuen Zahl der Verwaltungsgruppen, die Wahl der Stadträte und der Amtsführenden Stadträte und die Wahl der Vizebürgermeister wohl erst zu einem späteren Termin stattfinden werden. Für die öffentliche Meinung und für einige Vertreter der Massenmedien, die in dieser öffentlichen Meinung wirken, vor allem aber für jene in diesem Saal, die dieser gewohnten Zusammenarbeit niemals grün gewesen sind, zweifellos eine interessante und eine mit einigen Vergnügen beobachtete Tatsache: Im 20. Jahr ihres Bestandes ist die Koalition von 1945 in Verfall begriffen und sie scheint ausgerechnet zuerst hier in dieser Stadt zu zerfallen, in der sich an ihrem Anfang zum ersten Mal über Gräben und Gräber hinweg die Feinde von gestern die Hände gereicht haben.

Die Wiener Volkspartei sucht heute, so wie damals vor 2o Jahren, die Zusammenarbeit für Wien und Österreich. Sie weiss, dass das in einer Zeit geschieht, in der Erinnerungen an die historische Koalition von 1945 interessanter und lebendiger zu sein scheinen als die Chance einer Zusammenarbeit von heute.

Es geht aber um die Zusammenarbeit, die allerdings nach 20 Jahren nicht immer mit den nämlichen Zielen, Methoden und Menschen fortgesetzt werden kann. Es liegt in der Natur der Dinge, dass sich die Geschichte nicht wiederholen und nicht unverändert erhalten lässt.

Die Wiener Volkspartei bekennt sich in dieser Stunde, in der die Verhandlungen über ein neues Arbeitsübereinkommen noch nicht abgeschlossen werden konnten, zur Zusammenarbeit. Wir sind der Meinung, dass wir in den beiden abgelaufenen Dezennien gemeinsam erbrachte Leistungen am besten und am wirkungsvollsten Tribut erweisen, wenn wir an der Schwelle des dritten Jahrzehntes unserer erneuten Republik dieser Arbeit eine erneute Struktur und Statur geben.

Es gehört zum traditionellen äusseren Bild einer Koalition, dass die Abgeordneten der Koalitionsparteien für gemeinsame Vorlagen gemeinsam stimmen. Eine solche Praxis liegt in der Natur eines jeden Koalitionssystems. Aber hinter diesem Vorgang der Mehrheitsbildung muss wohl mehr stehen: Ideen, die den Partnern gemeinsam sind oder bei deren Formulierung ein Kompromiss im Politischen und Weltanschaulichen möglich ist; das Konzept eines arbeitsteiligen und verbindenden Vorganges in der Koordinierung der poltischen Kräfte; und schliesslich Leistungen, deren sachlicher Wert und Gehalt allgemein anerkannt, deren erfolgreiche Vertretung von jedermann mit Beifall begrüsst wird.

In der Politik kann es zugehen wie in einer Jagdgesellschaft. Im günstigsten Fall gibt es eine gemeinsame Strecke der Jagdgesellschaft. Es ist aber auch denkbar, dass jeder Jäger die von ihm erlegte Strecke heimbringt. Im schlechtesten Fall kann es auch vorkommen, dass auch der Jagdgenosse unversehens eine Ladung in den Rücken bekommt.

Um wieder zum Poltischen zurückzukehren: Diesen schlechtesten Fall wird es nicht geben, wenn sich die politischen Partner Aug' in Aug' begegnen. Wir haben einmal im gegenseitigen Kampf das Weisse im Auge des Gegners gesehen. Es lohnt sich auch auf dem Weg der Zusammenarbeit so nahe an den anderen heranzugehen, dass diese unmittelbare Verbindung von Mensch zu Mensch möglich wird.

In dieser Gesinnung, sehr geehrte Damen und Herren, möchte die Wiener Volkspartei inmitten von Zerfall und Neubildung in der österreichischen Innenpolitik einer "Wiener Koalition" das Wort reden, die von hier ausgehend, den bevorstehenden grossen Gedenkfeiern unserer Republik und unserer Stadt von innen her Gehalt, Festigkeit und Bedeutung gibt.

Es kann nicht genug über solche Gemeinsamkeiten gesprochen werden, weil das, worüber wir alle und selbst die Männer und Frauen innerhalb der einzelnen Fraktionen weder das gleiche denken noch gleich denken, ungleich grösser ist. Nur scheinbar ist es so, wie es die Volksmeinung und die Kritik der Jungen zuweilen auszudrücken pflegt: Die Wahl-

./.

programme vor den Gemeinderatswahlen hatten ja alle gleiche Ziele: Wien soll Weltstadt sein, Wien soll den Rang als Bundeshauptstadt bewahren, Wien soll eine moderne Grossstadt sein. In Wien sollen mehr und billigere Wohnungen gebaut werden; in Wien soll die Licht-, Strom-, Wasser- und Gasversorgung verbessert werden, Wien soll ein auf weltstädtische Ausmaße zugeschnittenes Verkehrskonzept erhalten; Wien soll in neue geistige und materielle Räume wachsen; und all das mit den Mitteln einer modernen Kommunalpolitik, gestützt auf die reichen Chancen der Wohlstandsgesellschaft und des Wohlfahrtsstaates.

Gewiss, sehr geehrte Damen und Herren, solche Programme hat auch die Wiener Volkspartei vertreten und zwar nicht erst im letzten Wahlkampf. Das von uns geprägte Schlagwort "Ideen ins Rathaus" ist ja nicht der Ausdruck eines geistigen Hochmutes, der darin bestünde, wenn meine Freunde sagen würden, nur wir und niemand anderer hat solche Ideen. Solche Ideen sind in allen Schichten der Wiener Bevölkerung reichlich vertreten, denn die Vorstellungskraft, die Phantasie und die Begabung der Wiener waren zu allen Zeiten das stärkste Kapital unserer Heimatstadt. Wir möchten, und darin glauben wir uns einig zu sein mit allen anderen Parteien im Gemeinderat, dass diesen Ideen der Druchbruch zur Spitze des gemeinsamen Handelns gelingen möge.

Die Kommunalpolitik ist heute im Vergleich zu der in den Zeiten Karl Seitz.. Karl Luegers und Cajetan Felders differenzierter und viel mehr organisierter geworden, wie das die Überdifferenziertheit und Überorganisation der heutigen Formen des gesellschaftlichen Lebens verlangt. Es wäre ein hoffnungsloses Bemühen, versuchen zu wollen, mit einer Verwaltungsreform alles auf die einfache Führung der Geschäfte zurückzuführen, die in der Großväterzeit für jedermann selbstverständlich, weil überschaubar gewesen ist.

Als Lueger Bürgermeister war, lag in der Hand des Ingenieurs der Rechenschieber; als Seitz Bürgermeister war, stand in den Projektionsbüros die händisch betriebene Rechenmaschine; heute besitzen wir elektronisch gesteuerte Rechenmaschinen, die eine unvorstellbar grosse Kapazität darstellen.

Der Gewinn aus diesem Fortschritt in der rein praktischen Arbeitsweise ist, dass es mehr und mehr möglich wird, den rein sachlichen Gehalt der kommunalen Tätigkeit so zu verfestigen, dass sich im Streit darüber nicht mehr wie einst die Köpfe erhitzen müssen. Es werden immer noch genug andere Probleme übrig bleiben, in denen weltanschauliche und grundsätzliche Momente vorherrschen und die rein rechnerisch nicht zu lösen sind. Aber dazu sollten wir in der freiheitlichen Demokratie die feinen Köpfe und nicht die groben Klötze mobilisieren. Die gebildeten Menschen, die wir dazu brauchen, das sind nicht die Graduierten und die Titulierten schlechthin, sondern die Menschen mit einer geschlossenen Verstandes- und Herzensbildung. Sie werden in dem Maße heranwachsen, in dem wir auch in dieser Stadt den Weg von der Konsumgesellschaft zur Bildungsgesellschaft gehen. Der Präsident der Haward-Universität hat kürzlich gesagt, in der freiheitlichen Demokratie sei es notwendig, dass jeder Staatsbürger in der Lage ist, gewisse wirtschaftliche, kulturelle und politische Vorgänge mit der eigenen Denkkraft zu analysieren, sich danach die eigene Meinung zu bilden und willens zu sein, dieser Meinung gemäss zu handeln. Wenn wir das in seiner historischen Entwicklung bewährte Schulwesen dieser Stadt mit diesem letzten Sinn staatsbürgerlicher Erziehung verbinden, dann werden wir das Ziel des Schulgesetzwerkes 1962, das vielleicht hier in dieser Stadt seine höchste Vollendung finden wird, erreichen.

Ein so geschärftes Unterscheidungsvermögen gewährleistet erst jenes geistige Klima der Demokratie, in dem die Toleranz herrscht, der Wille zur Sachlichkeit und eine auf die Einigung zur Sachlichkeit abgestimmte Gesprächssituation.

Wir alle, die wir in diesem Saale sind, haben zum Teil verschiedene Vorstellungen vom Bild dieser Stadt und vom Bild der Menschen, die hier leben. Dieser letzte Sinn des Lebens macht wohl auch den Unterschied unserer politischen Einstellung aus.

Wir wollen, dass die Menschen, die in dieser Stadt leben, gut wohnen, gut versorgt werden, gute Verkehrsverhältnisse antreffen und die Möglichkeiten des heute gebräuchlichen Zivilisationskomforts der Neuzeit finden. Bis zu diesem Punkt

sind wir uns wohl einig, dann aber erhebt sich die Frage, wozu und zu welchem Zweck soll der Mensch die besseren Möglichkeiten genießen.

Es wäre denkbar, die Fürsorge- und Vorsorgegemeinschaft der Familie nach und nach aufzulösen, die Kleinsten in die Kinderkrippen und Krabbelstuben, die Kleinen in die Kindergärten, die Schulpflichtigen in die Internatsschulen, die in Berufsausbildung Begriffenen in Heime, die Erwerbstätigen in öffentliche Ausspeisungen, die Kranken und Müden in öffentliche Krankenhäuser, die Alten in Versorgungshäuser zu schicken. Die Wiener Volkspartei unterstützt die Ausgestaltung all dieser Einrichtungen im Sinne einer richtigen, langfristigen Rangordnung, wobei es wohl gar nicht genug Einrichtungen dieser Art gibt, um die Erfordernisse der modernen Wohlfahrtsgemeinschaft zu erfüllen.

Aber sie weiss, dass es eines Tages zu wenig Säuglingspflegerinnen, oft zu wenig Kindergärtnerinnen, eines Tages zu wenig Lehrer und Erzieher, schon jetzt zu wenig Krankenpflegerinnen und schließlich überhaupt zu wenig helfende, pflegende und heilende Hände geben wird, um alles mit den Mitteln der öffentlichen Hand zu tun, was bis jetzt die Hand einer Mutter oder eines Vaters getan haben.

Nach dem grossartigen revolutionären Aufstieg der öffentlichen Wohlfahrt, ist die Bilanz des Erfolges an der Zeit. Die englische Arbeiterpartei hat nach dem 2. Weltkrieg genaue Untersuchungen darüber angestellt, was von all diesen öffentlichen Wohlfahrtsaufgaben die öffentliche Hand und was die Familie besorgen soll. Die Familie, die die erste und unersetzliche Heimstätte der Kulturtradition ist, muss aber dazu nicht nur ideell-geistig, sondern auch biologisch-materiell gerüstet werden.

Da man nun nicht alles zugleich und gleich stark tun kann, nämlich ideelle und materielle Familienförderung und grösstmögliche Ausstattung der öffentlichen Wohlfahrt, stehen wir an dem Punkt, an dem von neuem Milliardeninvestitionen in Gemeinden, Land und Staat erwogen werden sollen, worin

./.

die künftige Belastung des öffentlichen und des freien Wohlfahrtswesens bestehen soll und was von dem Nationalprodukt jener kleinen, runden und heiteren Welt zugute kommen soll, in der sich das Leben, das Glück und der Lebenserfolg der Familie erfüllen.

Alle Fortschritte der Zivilisation können und dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass es unter dem hochaufragenden Überbau der Wohlstandsgesellschaft Depressionsgebiete gibt, in denen sich menschliche Tragödien abspielen, zu deren Verhütung die öffentliche Hand oft zu spät, zu deren Linderung sie oft überhaupt nicht gelangen kann. Ersparen Sie mir bitte in dieser Stunde die Erwähnung der traurigen Statistiken solcher Fehlhaltungen und menschlichen Unglücks. Dieses Unglück soll ja nicht der Gegenstand unserer Polemiken sein sondern der Anlass für das gemeinsame Bemühen zum Ausheilen der Wunden.

So wie das Leben des einzelnen von einem Sinn geleitet werden muss, um glücklich zu verlaufen, muss auch der Existenz dieser Stadt ein tiefer Sinn zugrunde liegen.

1914, bei Ausbruch des ersten Weltkrieges war Wien, was die Bevölkerungszahl anlangte, eine der sechs grössten Metropolen der Erde, übertroffen lediglich von London, Paris, Berlin, New York und Tokio. Heute rangiert Wien in dieser Hinsicht etwa an 5o. Stelle hinter einem halben Hundert anderer Grosstädte aller Kontinente. Nun kann es unser Ehrgeiz nicht sein, wieder einen rein zahlenmässigen Rang an der Spitze zu erlangen. Die Funktion einer Weltstadt kann überhaupt nicht organisiert werden. Sie ergibt sich vielmehr daraus, dass einer Grosstadt eine weltstädtische Funktion zukommt.

Dem Wien von 1914 kam dieser Rang als Reichshaupt- und Residenzstadt eines grossen Vielvölkerreiches inmitten Europas zu. Viele, ja die meisten Weltstädte beziehen ihre weltstädtische Funktion aus einem derartigen Charakter, der ihnen zufällt, weil sie der Mittelpunkt einer politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Gemeinschaft von weltweiter Bedeutung sind. Die Hauptstädte in den USA und der UdSSR, Frankreichs und Japans haben daher an sich diesen Rang.

Daneben gibt es aber auch die Hauptstädte von kleineren Staaten, die heutzutage nicht viel grösser sind als Österreich und die dennoch eine Weltstadtbedeutung erlangt oder bewahrt haben. Ich nenne hier die Hauptstadt Belgiens Brüssel, den derzeitigen Mittelpunkt einer wirtschaftlichen Organisation weltweiter Bedeutung. Und ich nenne Rotterdam, das in Verbindung mit Amsterdam auch nach dem Ende der Kolonialmacht der Niederlande als der grösste Hafen Europas nunmehr im Rang bereits den Hafen New Yorks überflügelt hat.

Wir brauchen eine Funktion Wiens von weltweiter Bedeutung nicht weit herzuholen. Sie ergibt sich aus der natürlichen Verbindung der Tradition dieser Stadt mit ihrer heutigen Funktion in der Schnittlinie der zweigeteilten Welt. Wenn meine Freunde und ich vom clearing-point Wien sprechen, dann verstehen wir darunter vor allem ein wohltemperiertes Klima, das politisch, geistig und menschlich in dieser Stadt vorhanden sein muss, damit diese Stadt nicht nur Brennpunkt des Geschehens sondern ein ausstrahlendes Zentrum ist.

Nach dem grossen Morden und den Katastrophen der letzten 50 Jahre mehrt sich die Einsicht, dass der Tod kein Programm ist, dass das Glück des einen nicht über dem Grabhügel des anderen aufgebaut werden kann und dass wir nicht nur Handel treiben sollen, damit wir einen Profit ziehen, sondern zu dem Zweck, dass wir alle leben.

Die bürgerliche Gesellschaft des 19. Jahrhunderts erlebte ihre Krisis, die daraus entstand, dass sie das 'innere Proletariat' mit den Mitteln der Wohltätigkeit besänftigen wollte, anstatt die Gewichte gerecht und gleichmässig zu verteilen.

Die freie Welt des Westens steht jetzt vor der Versuchung, das 'äussere Proletariat", die Millionen der Unglücklichen in den schwach entwickelten Ländern, gleichfalls mit Almosen der Wohltätigkeit besänftigen zu wollen. Angesichts dieses letzteren Problems weitet sich aber bereits in diesen Tagen der Ost-West-Konflikt der vierziger und fünfziger Jahre zu einer neuen Problematik aus, die jetzt im ganzen Umkreis der Windrose besteht.

Das beste an der Tradition der Wiener und der Österreicher war eine besondere Art Mensch zu sein inmitten 12 oder 15 verschiedener Nationen und Nationalitäten, Religionsbekenntnisse, Rassen- und Kulturkreise. Auf dem Höhepunkt der nationalen und sozialen Revolution des 2o. Jahrhunderts ist die Vorwegnahme eines humanistischen Integrationsversuches gescheitert.

Was damals im Umkreis Wiens europäische Ausmaße besass, besitzt heute Weltrangbedeutung. An diesem Punkt und in solchen Proportionen von Aufgaben und Problemen sollte sich der Geist dieser Stadt aufs neue versuchen und sich zu Leistungen erheben, die bereits in der Vergangenheit den unvergleichlichen Rang Wiens ausgemacht haben.

Wir werden dann nicht mehr darüber zu klagen haben, dass es in dieser Stadt zu viele Nachschaffende und wenig Neuschaffende gäbe; wir werden nicht darüber zu klagen haben, dass sich oft so viele der Besten und Klügsten nur in einem kritischen Sinn mit dem Politischen beschäftigen; und wir werden auch nicht zu fürchten haben, dass vielleicht Arbeit und Brot ausbleiben, da wir zunächst scheinbar nur Ideen verwirklichen wollen.

An diesem Punkt der Betrachtungen pflegt oft der Konflikt zwischen dem Materialismus und dem Idealismus aufzutreten. Wahrscheinlich sind wir alle, wir auf der Rechten und Sie auf der Linken, bereits über diesen Punkt der Polemik hinweggeglitten. Gefragt und umstritten ist weniger Materialismus oder Idealismus, gefragt ist Humanismus. Notwendig ist der Humanismus, den wir brauchen, damit wir überleben. Dieser Humanismus, der ein Teil des 'unvergänglichen Liberalismus' ist, der einmal in dieser Stadt geherrscht hat und das Monument der Ringstrasse hinterlassen hat, könnte sich mit einem 'christlichen Humanismus' und mit einem 'Humanismus sozialistischer Prägung' verbinden zu neuer Verfestigung unseres menschlichen Daseins in dieser Welt.

Die Wiener Volkspartei will in diesem Sinne einem Bild des Menschen und einem Bild dieser Stadt dienen. Sie ist ein Kind dieser Stadt und nimmt es daher ernst mit ihrem Heimatrecht in Wien, das sie mit anderen teilt. Wie immer das

politische Geschehen der nächsten Tage verlaufen wird, rechnen Sie, sehr geehrte Damen und Herren, mit einer positiven Wien-Politik der ÖVP, auf den Ebenen des Bundes, der Länder und der Gemeinden. Wir werden uns weder abseits stellen, noch in eine Abseitsfalle laufen. Wir werden dort stehen, wo für Wien gearbeitet wird und die besten Ideen, woher immer sie kommen mögen, werden uns nicht nur als sachliche Kritiker und Kontrollore antreffen, sondern vor allem als Mitarbeiter bei ihrer Verwirklichung."

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) betont, daß seine Fraktion zwar das Wahlergebnis zur Kenntnis nehme, sich jedoch nicht damit abfinden könne, daß ihre Partei als kleine politische Gruppe die zahllosen Ungerechtigkeiten des herrschenden Wahlsystems auskosten müsse. Die Stimmen der FPÖ seien weitaus "teurer" als jene der beiden großen Parteien. Bei einer gerechten Aufteilung der Gemeinderatssitze müßte sich für seine Partei ein Stimmenanteil von sechs Mandaten ergeben. Es sei daher nur recht und billig, erneut die Schaffung eines gerechten Wahlsystems zu fordern. Jetzt falle ja auch die bisher stets vorgebrachte Ausrede weg, vor der Wahl könne man das Wahlsystem nicht ändern; jetzt sei Zeit genug da, das Unrecht zu beseitigen.

Durch die Tatsache, so fährt GR. Dr. Schmidt fort, daß die Verhandlungen über die Bildung des neuen Stadtsenates noch immer nicht abgeschlossen sind, sei hier im Gemeinderat eine kuriose Situation entstanden. Es säßen nämlich Stadträte hier, die in der kommenden Funktionsperiode nicht mehr hier sein werden und daher auch nicht mehr verantwortlich sein können. In der Bevölkerung jedenfalls erhebe sich die Frage, warum solange verhandelt werde, da doch eigentlich nur mehr die Zusammensetzung des neuen Stadtsenats offen sei. Die Verhandlungen hätten sich auf einen Punkt zugespitzt, nämlich auf die Stellung des Bürgermeisters und auf die Frage, ob der neue Vizebürgermeister der ÖVP auch einen Stadtratsposten erhalten solle. Es ginge also wieder einmal um Posten! Letztlich aber werde es so kommen, wie es immer gekommen sei: eine neue Koalitionsvereinbarung werde getroffen werden. Die Bevölkerung aber werde mit Recht darauf bestehen, zu erfahren, auf welcher Grundlage die neue Koalition stehe.

./.

Nachdem GR. Dr. Schmidt die Äußerung von Bürgermeister Jonas in der Wahlnacht, wonach das sozialistische Wahlprogramm auch das kommende Kommunalprogramm sein sollte, als "unglückliches Wort" bezeichnet hat, stellt er fest, daß die FPÖ-Opposition ihren Anteil zur künftigen Arbeit beitragen werde.

Als nächster Redner ergreift Vizebürgermeister Slavik (SPÖ) das Wort. Er sagt: Ein verhältnismäßig großer Teil der Gemeinderatsmitglieder erlebt eine solche konstituierende Sitzung nun zum erstenmal. Das Erhebende an dieser Sitzung sei der Versuch, sich ein Arbeitsprogramm für die nächsten fünf Jahre zurechtzulegen. Dabei dürfen wir nicht übersehen, daß wir alle Zeugen eines gesellschaftlichen Wandlungsprozesses sind, den man nur in einem größeren Zeitraum sehen kann. Die letzten Jahrzehnte haben im Rahmen dieses Wandlungsprozesses eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung mit sich gebracht.

Bei der letzten Wahl vor mehr als einem Monat haben die Wiener darüber entschieden, wie die Arbeit in unserer Stadt fortgesetzt werden soll. Das Wahlergebnis hat dabei die Mehrheit dieses Hauses bestätigt. Die Sozialistische Partei konnte wieder 60 Mandate erreichen und 10.500 Stimmen dazugewinnen. Seit mehr als 45 Jahren - mit Ausnahme der Kriegsjahre - trägt die SPÖ die Verantwortung für die Arbeit in unserer Bundeshauptstadt. Die Bevölkerung kann Vergleiche anstellen, mit der Zeit vor und nach dem ersten Weltkrieg, mit der Zeit in den Jahren von 1934 bis 1938 und von 1938 bis 1945. Sie kann daher auch abschätzen und abwägen, welche Leistungen seit 1945 in unserer Stadt gesetzt wurden.

Dabei dürfen wir nicht vergessen, wie schwer es war, nach 1945 wieder zu beginnen. Nur wenige Menschen waren damals Optimisten, trotzdem sind alle mit Tatkraft darangegangen, unsere zerstörte Stadt wieder aufzubauen und die soziale Gemeinschaft wieder zu errichten. Auf die Wiederaufbauarbeit in den ersten zehn Jahren nach Kriegsende dürfen alle Wiener sehr stolz sein. Unsere Aufbauarbeit war naturgemäß anders als in anderen Städten. Es war damals nicht unser Ehrgeiz, Glas- und Chromhäuser herzustellen, sondern wir wollten den Charakter unserer Stadt bewahren. Unser Wiederaufbau hat nicht zuletzt dazu geführt, daß die Wiener wieder zu ihrem Wienertum zurückgefunden haben.

Im zweiten Jahrzent nach Kriegsende sind wir nun darangegangen, Wien zu einer Weltstadt zumachen. Aus der langen Liste der großen

./.

Bauten, die in diesem zweiten Jahrzehnt entstanden sind, seien nur die folgenden angeführt: das Museum der Stadt Wien, die Stadthalle, das Planetarium, das Pädagogische Institut, das Theater an der Wien, der Donaupark, Pensionisten- und Studentenheime, Schulen für körperbehinderte Kinder, Schwesternheime, Kindergärten, Wohn- und Schulgebäude, Spiel- und Sportplätze, Verkehrsbauten und vieles andere mehr. Aber auch der steigende Fremdenverkehr, Wien als internationaler Tagungsort und Sitz internationaler Behörden und zahlreiche andere Dinge sind Beweise genug für den Aufschwung Wiens zu einer Weltstadt. Wir können stolz darauf sein, daß wir die Entwicklung in anderen Millionenstädten aufgeholt und viele Städte sogar überholt haben. Immer wieder kommen Fachleute zu uns, um unsere Neuschöpfungen, die einmalig auf der Welt sind, zu studieren.

Kommen wir in diesem Zusammenhang zu einer aktuellen Frage: Es wird oft diskutiert, ob das Wachstum Wiens auch tatsächlich einer Entwicklung zur Weltstadt entspricht. Wir können natürlich nicht mit Moskau oder New York konkurrieren. Die Größe einer Stadt richtet sich auch nach der Größe des Landes, und es wird wohl niemand daran zweifeln, daß die Einwohnerzwahl Wiens in einem gesunden Verhältnis zur Einwohnerzahl Österreichs steht. Ob die Zukunft Wiens optimistisch beurteilt werden kann, darf man nicht nur am Wachstumsprozeß der Stadt ablesen - obwohl auch dieser Prozeß den Optimismus rechtfertigt -, sondern vor allem auch an der Jugend- und Familienpolitik, die in Wien betrieben wird, und daran, was wir aus eigener Kraft alles zu ersetzen vermögen. Die Tatsache, daß die Geburtenzahl in Wien Jahr für Jahr um fast 1.000 steigt, kann uns wohl mit berechtigtem Stolz erfüllen.

Niemand in Österreich soll neidisch oder eifersüchtig auf Wien blicken. Alle Österreicher haben allen Grund, auf die Entwicklung Wiens stolz zu sein! Wir Wiener lieben die Bewohner aller Bundesländer, wir hoffen aber auch auf Gegenliebe zu stoßen.

Leider aber gibt es immer wieder auch Brunnenvergifter, die sich der Hilfe verschiedener Massenmedien erfreuen. Leider sind nicht alle österreichischen Journalisten begeisterte Vertreter des Zusammengehörigkeitsgefühls. Liest man manche Zeitungen, so muß man sich schämen, daß es österreichische Journalisten sind, die solche Artikel schreiben.

./.

Wir Österreicher sollten nicht nur dann zusammenhalten, wenn es uns schlecht geht, sondern auch dann, wenn es uns gut geht. Von diesem Gesichtspunkt aus muß auch die Politik in unserem Rathaus objektiv beurteilt werden. Wir wollen aber nicht nur Liebeserklärungen abgeben, sondern das Bundesland Wien kann mit Recht verlangen, daß es nicht schlechter behandelt wird, als die anderen acht Bundesländer.

Die nächsten Jahre werden viel Arbeit und viel Mühe bringen. Wir dürfen aber auch erwarten, daß unsere Bevölkerung den zahlreichen Problemen der Gesellschaft Verständnis entgegenbringt. Wir fühlen uns als Diener der Wiener Bevölkerung, und so gehen wir auch an die Arbeit, von der wir hoffen, daß sie so fortgesetzt werden kann, wie bisher.

In die kommende Legislaturperiode unserer Stadt fallen große Feiertage der Republik Österreich. Im nächsten Jahr feiern wir das 20jährige Bestehen der Zweiten Republik, und zehn Jahre sind seit dem Abschluß des Staatsvertrages vergangen. 1968 werden wir den 50. Jahrestag der Gründung der Republik Österreich begehen, und wir Wiener fühlen uns als treue Wächter unserer demokratischen Republik.

Leider ist der Finanzausgleich mit dem Bund noch immer nicht abgeschlossen. Wird nach einem zweijährigen Provisorium die vorläufige Lösung noch für ein drittes Jahr verlängert werden? Den Gemeinden entstehen durch das neunte Schuljahr neue Belastungen in Milliardenhöhe, die Erhaltung der Spitäler wird immer schwieriger. Dabei muß betont werden, daß nicht nur in den Universitätsstädten, sondern in allen Teilen des Landes genügend Spitalsbetten verfügbar und erreichbar sein müssen. Die explosionsartige Entwicklung des Straßenverkehrs, die Wasserversorgung, die Probleme der Kanalisation und der Luftverunreinigung stellen die Gemeinden vor Aufgaben, die einen Milliardenaufwand erforderlich machen. Diese Aufgaben können von Ländern und Gemeinden aus eigener Kraft nicht bewältigt werden. Eine neue Verteilung der Lasten auf alle Gebietskörperschaften wird daher immer dringlicher. Auch der Bund wird sich dieser Notwendigkeit nicht entziehen können.

Neue Probleme sind zu erwarten: In irgendeiner Form wird ein wirtschaftlicher Zusammenschluß in Europa realisiert werden. Viel mehr als bisher wird sich die österreichische Wirtschaft mit

./.

der Europas und der Welt zu messen haben. Darauf muß sie sich vorbereiten! Leider geschieht noch viel zu wenig auf diesem Gebiet. In Wien wird jedoch dieser Frage besonderes Augenmerk zugewendet. Wien muß seine günstige Situation als Schnittpunkt zwischen Ost und West zum Wohle des ganzen Landes ausnützen und kann dadurch auch zum Abbau der Gegensätze in der Welt beitragen. Alle gesetzlichen Verpflichtungen aus dem Staatsvertrag müssen natürlich genau eingehalten werden.

Die kleinste Gemeinschaft in unserer Republik darf bei allem nicht übersehen werden: Für die Sozialisten ist das Wort "Familie" kein leeres Schlagwort. Alle sozialen Maßnahmen, der Bau von Kindergärten, Altenheimen und neuen Wohnungen haben letztlich den Sinn, die Familie zu fördern und zu erhalten.

Unser Wohnbauprogramm sieht die Schaffung von mindestens 45.000 Wohnungen in den nächsten fünf Jahren vor. Das bedeutet den Neubau einer Stadt, so groß wie Linz! Dies neben den übrigen Großprojekten, wie etwa der Straßenbahn unter der Innenstadt oder der vierten Donaubrücke. Beide Vorhaben werden nach dem derzeitigen Kostenstand je 800 Millionen Schilling erfordern.

Zuweilen hört man die Ansicht, daß der Bund nunmehr seine Verpflichtungen für den Wiener Straßenbau erfülle. Davon kann freilich noch lange keine Rede sein. Nur eine erste grundsätzliche Anerkennung der Wiener Rechte wurde erreicht. Von den 9.000 Kilometern Bundesstraßen in Österreich liegen noch immer nur rund 100 Kilometer in Wien. Der Bund hätte also noch bedeutend größere Verpflichtungen gegenüber dem Wiener Straßennetz.

Wien kämpft auch mit dem "ruhenden Verkehr" und man ruft bereits nach einem "sozialen Garagenbau". Man wird sich sehr ernsthaft überlegen müssen, welche Verpflichtungen die Gemeinde gegenüber dem einzelnen hat und welche Aufgaben sich nicht auf die Allgemeinheit abwälzen lassen. Persönlich bin ich der Meinung, die Stadt soll den Garagenbau fördern, aber seine Durchführung doch der Privatinitiative überlassen.

Wien hat die Probleme der Vergangenheit bewältigt und wird auch die Aufgaben der Gegenwart meistern.

./.

Es wird die Voraussetzung für eine glückliche Zukunft und gedeihliche Entwicklung der Stadt schaffen. Die Sozialistische Gemeinderatsfraktion wird der Stadtverwaltung in allen damit verbundenen Aufgaben die beste Stütze sein.

Konstituierung des Wiener Landtages

Nach der Rede von Vizebürgermeister Slavik wird die Gemeinderatssitzung zur Konstituierung des Wiener Landtages unterbrochen. Abg. Marek referiert einen Antrag von Dr. Stemmer, die Wahlen der Landtagsfunktionen durch Erheben der Hand zu vollziehen. Der Antrag wird mit der erforderlichen Mehrheit angenommen. Unter dem Vorsitz von Abg. Mühlhauser wird der Erste Präsident des Landtages gewählt, für den die SPÖ das Vorschlagsrecht hat. Mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP wird wiederum Bruno Marek zum Ersten Landtagspräsidenten gewählt. Zweiter Präsident wird Abg. Karl Mühlhauser (ÖVP), Dritter Präsident Abg. Helene Potetz (SPÖ).

Es erfolgt die Wahl der neun Mitglieder des Immunitätskollegiums und der neun Mitglieder des Unvereinbarkeitsausschusses.

Die Vertreter Wiens im Bundesrat

Der Landtag wählte schließlich jene zwölf Personen, die als Vertreter des Landes Wien in den Bundesrat entsandt werden. (Sie müssen dem Landtag nicht angehören, sondern nur zu ihm wählbar sein.) Die SPÖ nominiert acht, die ÖVP vier Kanditaten. Die SPÖ entsendet: Otto Skritek, Alfred Porges, Rudolfine Muhr, Leopold Gratz, Dr. Friedrich Koubek, Gertrude Wondrack, Otto Schweda und Franz Bednar. Die ÖVP nominiert: Fritz Eckert, Ing. Rudolf Harramach, Albert Römer und Karl Titze. Nachdem d'Hondt'schen System entfallen die einzelnen Bundesratsmandate auf die wahlwerbenden Parteien in folgender Reihenfolge: Auf die SPÖ entfällt die erste, dritte, vierte, sechste, siebente, neunte, elfte und zwölfte Stelle. Auf die ÖVP entfällt die zweite, fünfte, achte und zehnte Stelle. Die vorgeschlagenen Kanditaten werden mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP in den Bundesrat gewählt.

Die nächsten Aufgaben des Wiener Landtages

Anschließend skizziert Erster Präsident Marek die Aufgaben des Wiener Landtages in der kommenden Legislaturperiode.

./.

In der Bundesverfassungsnovelle 1962, mit der dem österreichischen Gemeinderecht eine neue, moderne verfassungsrechtliche Grundlage gegeben wurde, wird festgelegt, daß die zur Anpassung der Organisation der Gemeindeverwaltung an das neue Verfassungsrecht erforderlichen Landesgesetze bis zum 31. Dezember 1965 zu erlassen sind. Bis 31. Dezember 1968 müssen alle Rechtsvorschriften des Landes daraufhin überprüft werden, ob sie mit den neuen verfassungsrechtlichen Vorschriften in Einklang stehen. Wo Änderungen notwendig sind, müssen diese vorgenommen werden. Unter anderem wird es notwendig sein, mit Rücksicht auf die Straßenverkehrsordnungsnovelle 1964 ein Ausführungsgesetz bezüglich der Vornahme des Alkoholtests, und zwar über die Blutabnahme in einer öffentlichen Krankenanstalt zu schaffen sowie ein Gesetz zur Sicherung des Schulweges. Ferner wird im Zusammenhang mit dem Straßenverwaltungsgesetz auch eine Neuregelung der bisher im Gebrauchsgebührengesetz geregelten Materien nötig sein. Notwendig wird auch die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für den Rettungs- und Krankenberförderungsdienst sowie ein Gesetz, das sich mit Maßnahmen zur Rehablilitation der Körperbehinderten beschäftigt.

Den geänderten Verhältnissen auf dem Gebiet der Müllabfuhr wird ebenfalls durch eine Neuregelung Rechnung getragen werden müssen. Es müßte auch für den Landtag die Möglichkeit geschaffen werden, nicht nur die für die Ausgaben notwendigen Beschlüsse zu fassen, sondern auch über die im Budget verankerten Einnahmen Entscheidungen zu treffen. In einträchtiger Zusammenarbeit müssen die gesetzlichen Voraussetzungen im Interesse des Bundeslandes Wien geschaffen werden.

\- - -

Sitzung des Wiener Gemeinderates

11. Dezember (RK) Im Anschluß an den Wiener Landtag wird die Sitzung des Gemeinderates unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas fortgesetzt. Da kein Einwand erfolgte, wird über den Rechnungsabschluß 1963 und den Bericht des Kontrollamtes der Stadt Wien über wichtigere Wahrnehmungen unter einem verhandelt werden.

Vizebürgermeister Slavik (SPÖ) teilt einleitend mit, daß der Rechnungsabschluß vom 4. bis 18. November zur öffentlichen Einsicht aufgelegt war. Zwölf Gemeindemitglieder, und zwar zehn Männer und zwei Frauen haben vom Recht der Einsichtnahme Gebrauch gemacht. Es wurden vier Erinnerungen abgegeben, von denen eine die Errichtung von Hausdurchgängen verlangt, eine die Aufhebung einer Einbahnstraße und der Rest sind Ansuchen um Wohnungszuweisung.

Wenn man auf den Ablauf des Jahres 1963 zurückblickt, sollen einige interessante Dinge nicht unerwähnt bleiben. Die Prognose für das Jahr 1963 ist bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung richtig gewesen. Der Beschäftigtenstand ist, wie angenommen, weiter gestiegen, ebenso die Produktion und die Produktivität. Die Beschäftigungslage und der Auftragsstand waren gut. Besonders erfreulich war bei der wirtschaftlichen Entwicklung, daß nicht nur die Konsumgüterindustrie über eine gute Beschäftigungslage berichten konnte, sondern daß vor allem eine deutliche Erhöhung am Investitionssektor zu verzeichnen war. Auch die Geldeinlagen bei den Geldinstituten stiegen weiter und haben Rekordhöhen erreicht. Unerfreulich war im Jahr 1963, daß die Löhne und Preise sich weiter aufwärts entwickelt haben. So günstig sich die wirtschaftliche Entwicklung auf die Einnahmen ausgewirkt hat, so günstig machen sich die Preis- und Lohnsteigerungen auf der Ausgabenseite bemerkbar. Rechnete man im Voranschlag 1963 mit Einnahmen von 6.804,3 Millionen und Ausgaben von 7.013,5 Millionen Schilling, also mit einem Abgang von 209,2 Millionen, so zeigt eine Gegenüberstellung, daß die Einnahmen tatsächlich 7.534 Millionen ausmachten, die Ausgaben 7.660,5 Millionen und der Abgang daher 126,5 Millionen Schilling. Die Mehreinnahmen betragen demnach 729,6 Millionen, die Mehrausgaben rund 647 Millionen. Wenn man die Zinsenzuführung von 20,3 Millionen Schilling und das Notopfer an den Bund in Höhe von 106,2 Millionen Schilling rechnet, das man

./.

bei der Erstellung des Voranschlages nicht berücksichtigen konnte, zeigt sich, daß ein absolut realer Voranschlag erstellt wurde. Unsere Rücklagen gingen daher von 737.969,5 Millionen auf 631.726,2 Millionen Schilling zurück. Die Einnahmen setzen sich zusammen aus Landes- und Gemeindeabgaben einschließlich Zuschläge zu Bundesabgaben in Höhe von 1.630,4 Millionen (22,3 Prozent), Einnahmen aus dem Finanzausgleich 2.791,3 Millionen (38,2 Prozent) und Gebühren und sonstigen Einnahmen von 2.894,2 (39,5 Prozent). Zu diesen Einnahmen kommen weitergegebene Darlehen im Ausmaß von 218,2 Millionen Schilling.

Vizebürgermeister Slavik verweist darauf, daß es falsch sei, wenn immer wieder behauptet wird, die Gemeinde Wien bekomme Geld vom Bund. So wurde in einer Fernsehsendung behauptet, daß die Gemeinde Wien 37 Prozent ihres Budgets vom Bund erhalte. Grundsätzlich ist dazu zu sagen, daß der Finanzausgleich kein Geschenk des Bundes an eine Gebietskörperschaft ist. Es wird dort vielmehr festgelegt, welche Teile von verschiedenen Steuern - sogenannte gemeinschaftliche Bundesabgaben - einer Gebietskörperschaft zufließen. Der Finanzausgleich stellt also kein Geschenk dar. Man kann auch gar nicht oft genug wiederholen, daß nicht die Bundesländer für Wien bezahlen, sondern umgekehrt. Wien hatte 1963 ein Steueraufkommen von 4.130 Millionen Schilling, auf Grund des Finanzausgleichs gingen von diesem Betrag jedoch 1.339 Millionen an die Bundesländer. Ebenso ist es bei Einnahmen aus dem Bundeszuschlag zur Mineralölsteuer, die fast zur Gänze für den Straßenbau in den Bundesländern verwendet werden.

Die wichtigsten Aufwandgruppen auf dem Ausgabensektor: Personalaufwand 2.088,2 Millionen (28,1 Prozent), Sachaufwand 3.129,3 Millionen (42 Prozent), Investitionen 2.224,9 Millionen (29,9 Prozent). Das ergibt Ausgaben in Höhe von 7.442,4 Millionen, wenn man die weitergegebenen Darlehen dazurechnet von 7.660,5 Millionen Schilling. Die Mehrausgaben auf dem Personalsektor (rund 78 Millionen) sind durch Lohnerhöhungen verursacht worden. Weitere Mehrausgaben wurden durch die vermehrte Gewährung von Darlehen für die Instandsetzung des alten Hausbesitzes und für die Herstellung von Kanalanschlüssen verursacht.

./.

Diese Beträge sowie jene, die zusätzlich für Schulbauten verwendet, für die Errichtung des Donauparkes, Behebung von Frostschäden usw. gehen auf Beschlüsse des Wiener Gemeinderates bzw. der Gemeinderatsausschüsse zurück. Der Finanzreferent selbst hat ja fast überhaupt kein Entscheidungsrecht.

Vizebürgermeister Slavik verwies dann auch auf eine Schwierigkeit, die ständig zu schaffen macht, und die aber gar nicht beeinflußt werden kann: so unglaublich es klingt, das Wetter! Nach unserer Haushaltsordnung wird jedes Monat über ein Zwölftel des Budgets verfügt. Wenn wir nun zum Beispiel im November starken Frost bekommen, steht die ganze Bauwirtschaft und die Ausgaben werden dann nicht verwendet. Können die Bauarbeiten bei schönem Wetter weitergehen, so ist das Defizit außerordentlich groß.

Der Bericht des Kontrollamtes

Aus dem Bericht des Kontrollamtes der Stadt Wien geht hervor, welche großen Aufgaben in den letzten Jahren bewältigt wurden. So hat eine Untersuchung über den Stromverbrauch eine Steigerung von 148,7 Prozent seit dem Jahr 1952 ergeben. Dabei ist interessanterweise der Haushaltsstromanteil stärker gestiegen als der von Gewerbe und Industrie. Beim Gasverbrauch ergibt sich eine Steigerung von 115 Prozent, wobei hier die prozentuelle Steigerung bei Gewerbe und Großabnehmern größer als bei den Haushalten ist. Der Wasserverbrauch hat um 31 Prozent zugenommen. Interessant sind auch die Zahlen über die Müllbeseitigung. 1937 waren es 460.000 Kubikmeter Mist und 1963 mehr als eine Million Kubikmeter. Nur die Hälfte des Mülls wird in der Verbrennungsanlage verbrannt, deshalb die Überlegungen, eine zweite Anlage zu errichten.

Jedenfalls kann man aus diesen Angaben ersehen, wie groß die Aufgaben waren, die in den vergangenen Jahren gelöst werden mußten. Der Referent beschäftigt sich dann mit den Beteiligungen und Gesellschaften, an denen die Stadt Wien zu mehr als 50 Prozent beteiligt ist. Der Großteil dieser Unternehmungen wirtschaftet außerordentlich gut. Der Kontrollamtsbericht beschäftigt sich auch mit den Krankenanstalten. Es wurde festgestellt, daß wir das ganze Jahr hindurch 15 Prozent Niederösterreicher in unseren Spitälern liegen haben. Wir denken nicht daran, irgendwie den Versuch zu unternehmen, Kranke nicht in die Spitäler zu nehmen,

./.

betonte Vizebürgermeister Slavik, wenn sie nur bei uns geheilt werden können. Schwierig ist es jedoch, wenn man uns Kranke herschickt, die nicht unbedingt in unseren Spitälern liegen müssen.

Eine erfreuliche Entwicklung ist bei der Tbc festzustellen. 1958 gab es noch 1.975 neue Tbc-Fälle, 1963 nur mehr 1.288. Die Gesamtzahl der Tbc-Kranken betrug 1958 20.577 und ist 1963 auf 14.580 gesunken. Auch die Zahl der Todesfälle sinkt ständig. Ebenso günstig ist die Entwicklung bei der Bekämpfung der Kinderlähmung. 1961 gab es noch 46 Fälle, darunter neun mit tödlichem Ausgang. 1962 waren es nur mehr acht Erkrankungen und 1963 nur mehr eine.

Zur negativen Seite der Spitäler gehört das Defizit, das jährlich 600 Millionen Schilling ausmacht. Wir haben nun in Verhandlungen mit dem Sozialversicherungsträger eine Pflegegebührenerhöhung um zehn Schilling auf 104 Schilling erreicht. Aber bereits 1963 betrugen die Kosten pro Kopf und Tag 232 Schilling. Wir meinen daher, daß die Republik Österreich auf dem Gebiet des Gesundheitswesens einen größeren Beitrag leisten müssen wird.

Zur Baupreisentwicklung bemerkte der Referent, daß die Kosten pro Quadratmeter Wohn- und Nutzfläche von 1.750 Schilling im Jahre 1958 auf 2.856 Schilling gestiegen sind. Auch der Durchschnittspreis einer Wohnung ist in den letzten Jahren gestiegen, allerdings zum Teil wegen der besseren Ausstattung. 1956 betrug der Durchschnittspreis 92.000 Schilling und jetzt 172.000 Schilling.

Abschließend stellte Vizebürgermeister Slavik die formellen Anträge zur Genehmigung des Rechnungsabschlusses und des Berichtes des Kontrollamtes. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Debatte über Rechnungsabschluß und Kontrollamts-Bericht

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) bezeichnet die Verminderung des Defizits gegenüber dem Voranschlag als erfreulich, wendet sich jedoch gegen die Belastung durch das Notopfer. Die Allgemeinen Rücklagen sind von 840 Millionen auf 649 Millionen gesunken und das in Zeiten einer Wirtschaftskonjunktur.

Der Redner übt auch Kritik am Bericht des Kontrollamtes, das bei den Versorgungsbetrieben unserer Stadt keinen Weg aus den bestehenden Schwierigkeiten aufzeigt. Er kritisiert ferner die Beteiligungen der Stadt Wien und meint, es sei nicht alles Gold, was sich als Gemeinwirtschaft zu glänzen bemüht. Dies zeige besonders der Verlust der Heilmittelwerke aber auch das traurige Kapitel der Fleischwerke Ges.mbH.

./.

Man sollte in diesem Zusammenhang nicht daran denken, nur hochaktive Unternehmungen zu veräußern, wie zum Beispiel die Gewista, sondern auch unrentable abstoßen. Die Stadt Wien sollte sich überhaupt nicht zu sehr als Unternehmer betätigen, da dies über den Aufgabenbereich einer Stadt hinausgehe. Einen Hinweis darauf hätte man auch vom Bericht des Kontrollamtes erwartet. Daß darin kein solcher Hinweis enthalten ist, liege vor allem an der Stellung des Kontrollamtes, die anders sei als jene des Rechnungshofes. Das Kontrollamt sei dem Bürgermeister unterstellt, und nicht dem Gemeinderat. Daher sei hier der Appell an den Gemeinderat gerichtet, an eine Änderung der Stadtverfassung in dieser Hinsicht zu denken.

Der nächste Redner, GR. Haag (ÖVP), beschäftigt sich einleitend mit den Einnahmenüberschreitungen und bemängelt, daß die voraussichtliche Einnahmenentwicklung im Budget stets zu gering angesetzt werde. Das sei genau das, was die SPÖ im Parlament dem Finanzminster vorwerfe; hier im Rathaus tue sie das selbst.

Zu den Grundankäufen um 140 Millionen Schilling im Jahr 1963 bemerkt der Redner, daß auch gesagt werden sollte, wieviel von den angekauften Gründen tatsächlich bebaut worden sei und wieviel man in Reserve habe. Er müsse hier davor warnen, daß zu viele Gründe "auf Lager gelegt" werden.

Als viel zu hoch bezeichnet der Redner sodann die Mehrausgaben im Jahr 1963, die im Voranschlag nicht vorgesehen waren und 1.052 Millionen Schilling betrugen. Die Überschreitungen machten 13,8 Prozent des Gesamtbudgets aus. Dies sei wohl sehr hoch und bedeute eine namhafte Veränderung des Budgets. Er müsse hier auch eine alte Forderung der ÖVP wiederholen, nämlich jene, in der eine Rangordnung darüber verlangt wird, was zuerst gebaut werden soll und was für später Zeit hat. Außerdem sollte das, was zusätzlich gemacht werden könne, schon vorher in weit größerem Ausmaß festgelegt werden.

Anschließend beschäftigt sich GR. Haag mit den einzelnen Posten der Mehrerträge aus den Steuern und fordert in diesem Zusammenhang unter anderem eine Unterstützung der Lichtspieltheater aus der Vergnügungssteuer sowie die Herausnahme der alkoholfreien Getränke aus der Getränkesteuer.

./.

Bezüglich des Personalmangels - der Stadt Wien fehlen 850 Bedienstete - stellt der Redner fest, man müsse hier genau überlegen, wo der Hebel angesetzt werden kann, damit dieses Problem gelöst wird. An den Schluß seiner Ausführungen stellt GR. Haag den Appell an den Gemeinderat, noch intensiver zusammenzuarbeiten als bisher. Am guten Willen der ÖVP zu dieser Zusammenarbeit solle es nicht fehlen. Im übrigen gebe seine Fraktion den Ansätzen des Rechnungsabschlusses ihre Zustimmung.

GR. Dr. Weninger (ÖVP) wiederholt im Zusammenhang mit dem Kontrollamtsbericht einige Anregungen, die seine Fraktion bereits früher gemacht hat, so zum Beispiel über die Einführung einer Fragestunde im Gemeinderat. Ferner sollten im Kontrollamtsbericht auch Vergleiche zwischen den Ansätzen im Voranschlag und den tatsächlichen Ergebnissen angestellt werden. Daraus könnte man dann ersehen, was von den Vorhaben erreicht wurde und was nicht. Bezüglich der Versorgungsbetriebe, die das Hauptanliegen jeder Gemeindeverwaltung seien, bemerkt der Redner, daß im Kontrollamtsbericht die Frage, ob hier tatsächlich alles programmgemäß verlaufen sei, nicht ganz beantwortet werde.

Der Redner ging auf die Beteiligung der Stadt an privatwirtschaftlichen Unternehmungen ein und stellte die Frage, ob die Montagebaufabrik in Kagran wirklich schneller und rationeller zu bauen vermöge als die herkömmliche Bauweise. Zum Personalstand der Gemeinde wurde bemerkt, er sei geringer als vorgesehen und es könnten noch mehr Posten eingespart werden. Dr. Weninger streifte auch die Modeschule der Stadt Wien, die pro Schülerin jährlich 9.848 Schilling aufwenden muß, wobei jedoch viele Absolventinnen ins Ausland abwandern. Der Redner erwähnte die hohen Kosten für Kindergarten- und Hortplätze und stellte die Frage nach der Zeitgemäßheit der Wiener Armenlotterie sowie nach einer Haftung von 50.000 Schilling für das Pensionistenheim. Er bemängelte, daß bei den ausgewiesenen Kosten für städtische Bauten der Personalaufwand des Stadtbauamtes nicht enthalten sei. Abschließend zollte der Redner der Tätigkeit des Kontrollamtes volle Anerkennung und sagte, die ÖVP-Fraktion werde dessen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Der nächste Debattenredner, GR. Jodlbauer (SPÖ), forderte dazu auf, den Rechnungsabschluß 1963 im Zusammenhang mit dem Voranschlag zu betrachten. Er ging auf die Anregung von GR. Haag ein, ein Eventual-Budget zu schaffen, was er nicht für zweckmäßig halte.

./.

Die Praxis der Nachtragsbewilligungen von Geldern durch den Gemeinderat habe sich bewährt und der Stadt keinerlei Nachteile gebracht. Der Gemeinderat könne zu allen Nachtrags-Budgetierungen Stellung nehmen. Nach dem Koalitionsabkommen habe die ÖVP außerdem die Möglichkeit, die Absetzung von Anträgen zu verlangen, bis sie sich über deren Berechtigung Klarheit verschafft haben.

Manche Summen seien nicht sogleich aufgebraucht worden, weil ein harter und langer Winter die Bautätigkeit arg gelähmt habe. Schneeräumung und Frostschäden erforderten mehr Mittel als sonst.

GR. Jodlbauer mahnte auch die Presse zu besonderer Vorsicht in ihrer Berichterstattung über kommunale Schwierigkeiten. So hätten übertriebene Meldungen über den Wassermangel in Wien in der Auslandspresse zu einem völlig falschen Bild über das Ausmaß der Kalamitäten hervorgerufen.

Was die Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer betreffe, seien damit auch in den Kammern Rücklagen geschaffen worden und nicht nur bei der Stadt Wien. Der Gewerbesteuer-Freibetrag von 18.000 Schilling sei wegen der Geldverdünnung freilich revisionsbedürftig. Ein Rückgang der Getränkesteuer liege dagegen nicht im Interesse der Wiener Wirtschaft, zumal 20 Prozent davon für eine Kreditaktion zugunsten des Wiener Schank- und Gastgewerbes verwendet werden.

GR. Jodlbauer betonte ferner die gute und erfolgreiche Zusammenarbeit der beiden großen Parteien während der letzten fünf Jahre und gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß durch eine Fortsetzung dieser Zusammenarbeit der gesamten Wiener Bevölkerung am besten gedient sei.

Der Kontrollamtsbericht gäbe manchen Anlaß zum Nachdenken über mögliche Verbesserungen. Im Augenblick jedoch, wo man diese Anregungen liest, seien ja fast alle Verbesserungen bereits durchgeführt. In Anerkennung des großen Wertes der Arbeit des Kontrollamtes werde die SPÖ-Fraktion den Kontrollamtsbericht zur Kenntnis nehmen.

Vizebürgermeister Slavik stellt in seinem Schlußwort fest, daß ihm die Diskussionsredner Gelegenheit geben, zu einzelnen Problemen Stellung zu nehmen. Viel wurde über die Rücklagen gesprochen und die Sorge ausgedrückt, daß sie im Laufe der Zeit aufgezehrt würden. Man soll den Kassenstand nicht mit Rücklagen verwechseln. ./.

Den Milliardenkassenbestand haben wir seit 1961, wo er erstmals 1.027 Millionen betrug, am 31. Dezember 1963 war er 1.044 Millionen Schilling. Die Rücklagenentwicklung ist von 1961 an zurückgegangen, wobei allerdings die Entwicklung der Rücklagen im gesamten gesehen werden muß. Wir können die Finanzgebarung nicht so genau gestalten, da wir immer ein Auf und Ab haben. 1958 war der tiefste Stand. Ab 1959 ist die Rücklage wieder gestiegen. 1960 waren wir auf 834 Millionen, 1961 auf 824 Millionen, 1962 auf 738 Millionen, 1963 auf 631 Millionen. Wie die Rücklagenentwicklung 1964 sein wird, weiß man noch nicht. Die Anforderungen waren verhältnismäßig groß. Die Bautätigkeit ist noch immer im Gange. Es sei unverständlich, daß man sich einerseits über alle fertiggestellten Bauvorhaben und ihre immer größer werdende Zahl freut, andererseits aber bedauert, daß das Geld dadurch weniger wird. Große Leistungen erfordern aber große Beträge.

Es wurde auch die Frage aufgeworfen, warum in einzelnen Bezirksteilen nicht Gas- oder Stromgeräte in immer größerer Zahl angeschlossen werden können. Wenn wir alle Wünsche auf diesem Gebiet erfüllen möchten, müßten fast alle Wiener Straßen aufgerissen und mit stärkeren Versorgungsleitungen versehen werden. Das geschieht ohnedies bereits in einem solchen Ausmaß, daß immer wieder über die Aufgrabungen geschimpft wird. Was wäre aber, wenn man noch über das gerade Erträgliche hinausginge? Dort wo Straßenumbauten erfolgen, werden auch gleich die entsprechenden und auf längere Sicht ausreichenden Versorgungsleitungen verlegt. Ganz absehen läßt sich jedoch der zukünftige Bedarf auch heute noch nicht.

Zu den Verkehrsbetrieben: So weit auf der Ausgabenseite etwas verändert werden kann, ist es die Aufgabe der Direktion und der leitenden Angestellten und Techniker, Einsparungen und notwendige Maßnahmen durchzuführen. Soweit es sich um Regelungen auf der Einnahmenseite handelt, müssen Beschlüsse und Vorschläge ebenfalls von der Direktion erstattet werden. Es darf sich hier jedoch niemand Täuschungen hingeben. Wenn das Problem so einfach zu lösen wäre, hätte bestimmt schon der eine oder der andere Gemeinderat die entsprechende Idee gehabt.

./.

Zur Wasserversorgung: Viele werden sich schon aus Gründen der Wahlpropaganda gewünscht haben, daß 1964 wieder Wassersparmaßnahmen notwendig sind. Die Stadtverwaltung hat jedoch keinerlei Einfluß auf die Witterung und den Grundwasserspiegel. So weit sie für die Behebung der Wasserschwierigkeiten vorsorgen konnte, hat sie es getan. Von 1953 bis 1963 wurden 920 Millionen Schilling für die Wasserwerke ausgegeben. 1964 haben wir 137 Millionen im Budget und einen Zuschußkredit von 50 Millionen. Acht Millionen davon haben wir jetzt zurückbekommen, da sie heuer nicht mehr verwendet werden konnten. Wie schon wiederholt gesagt wurde, haben also keineswegs finanzielle Gründe den Ausbau des Grundwasserwerkes Lobau verzögert.

Die Errichtung von weiteren Müllverbrennungsanlagen ist nicht an der Bereitstellung der notwendigen Mittel gescheitert. Die im Zusammenhang mit der Errichtung des Neuen Allgemeinen Krankenhauses beabsichtigte Müllverbrennungsanlage muß noch genau geplant werden. Derzeit weiß man noch nicht genau was alles angeschlossen werden soll, wieviel Müll zur Verfügung stehen wird, ob man sie mit einer Stromproduktion koppeln will usw. Wenn alle diese Überlegungen abgeschlossen sind, wird sich der Gemeinderat mit der Beschlußfassung zu beschäftigen haben.

Die Probleme der gemischtwirtschaftlichen Betriebe: Der Gemeinderat wurde noch nie mit der Abdeckung des Defizits eines gemischtwirtschaftlichen Betriebes beschäftigt. Die Entwicklung wäre bei diesen Betrieben eine andere gewesen, hätte man zu Zeiten, als man einen Gewinn verzeichnete, Rücklagen geschaffen. Da die Gemeinde Wien nur 50 Prozent der Anteile besitzt, konnte sie jedoch nicht darauf bestehen. Bei den Heilmittelwerken darf man jedoch nicht vergessen, wie froh wir waren, als wir in jenen Zeiten, da man nur schwer Medikamente bekam, diese von den Heilmittelwerken für unsere Spitäler erhielten. Durch verschiedene Umstellungen wird es dort sicherlich bald möglich sein, das Defizit abzubauen. Auch die Wiener Fleischwerke haben der Wiener Bevölkerung gerade in der schlechten Zeit einen guten Dienst erwiesen, dem Produzenten aber haben sie einen gesicherten Absatz gewährleistet. Die Fleischwerke wurden nunmehr verpachtet und es ist zu erwarten, daß auch sie bald eine aktive Bilanz aufweisen werden.

Zur gemeinsamen Einbringung des Kontrollamtsberichtes und des Rechnungsabschlusses: Es erscheint zweckmäßiger, beides gemeinsam

vorzulegen, natürlich sind dadurch gewisse Verzögerungen entstanden, trotzdem liegt der Bericht in der ersten Sitzung nach den Sommerferien vor.

Die Grundkäufe sind für die Bautätigkeit der Gemeinde auf allen Sparten dringend notwendig. Auf dem Sektor der Grundpreise ist endlich auch eine gewisse Beruhigung eingetreten.

Die Steuerpolitik bei den Kinobetrieben wird so gehandhabt, daß mit den Kinobesitzern zusammengearbeitet und die kleinen Lichtspieltheater besonders berücksichtigt wurden. Die Einnahmen aus der Getränkesteuer werden auch für die Gewährung zinsenfreier Kredite an Fremdenverkehrsbetriebe verwendet. Diese aktive Gewerbepolitik ist sicherlich wünschenswerter, als Nachtlokalen eine geringere Steuerlast aufzuerlegen.

Die Frage nach den Fortsetzungsarbeiten: wir haben für 1965 für diese Arbeiten 1,4 Milliarden Schilling eingesetzt.

Montagebau: Wir sind um acht Prozent billiger, das bedeutet, daß wir 14.000 Schilling pro Wohnung ersparen. Die Anlage selbst hat 50 Millionen gekostet; sie wird in fünf Jahren voll abgeschrieben sein.

Der geringere Stand beim Personal wird durch Überstunden oder durch Fremdleistungen ausgeglichen.

Was die Sammlungen für die Armen Wiens usw. betrifft, so ist hier die Frage, sollen wir das Gefühl der Hilfsbereitschaft der Bevölkerung sterben lassen oder sollen wir es wach halten?

Der Referent erinnerte dann noch einmal daran, wie ein Voranschlag zustandekommt. Praktisch wird daran ununterbrochen gearbeitet, es kommen die Wünsche der Gemeinderäte und der Bezirksvorsteher, die von den Magistratsabteilungen gesammelt werden. So entsteht ein Wunschbudget. Erst bei der Perlustrierung überlegt man dann die Reihung.

Das Bestreben aller Diskussionsredner war es, das Kritische am Kontrollamtsbericht herauszulösen. Er möchte daher, so betonte Vizebürgermeister Slavik, hier die letzte Seite des Berichtes vorlesen. Darin heißt es unter anderem: "Durch den Umfang der Wiener Stadtverwaltung, ihrer Unternehmungen und Beteiligungen lassen sich Ordnungswidrigkeiten und Unzukömmlichkeiten nie zur Gänze ausschalten. Es kann aber betont werden, daß sich der Ge-

./.

schäftsablauf und die Gebarung durchaus in geordneten Bahnen vollzogen und Mißbräuche nennenswerten Umfanges nicht erkennbar waren. Auch das Ergebnis der Organisations- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen zeigte das Bemühen der Stadtverwaltung und ihrer Organe, in bewußter Verantwortlichkeit gegenüber der Öffentlichkeit für eine reine, ordnungsgemäße und wirtschaftliche Verwaltungsführung zu sorgen."

Bei der Abstimmung werden die formalen Anträge des Referenten mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen. Der Antrag über die Zuweisung der Erinnerungen wird einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende, GR. Nora Hiltl, unterbricht hierauf die Sitzung.

\- - -

Morgen beginnt die Budgetdebatte

11. Dezember (RK) Wie bereits berichtet, beginnen morgen Samstag, den 12. Dezember, die Beratungen über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1965. Die heute begonnene Sitzung des Wiener Gemeinderates wird morgen um 9 Uhr fortgesetzt. Den Bericht über das Budget erstattet der städtische Finanzreferent Vizebürgermeister Slavik (SPÖ). Anschließend daran folgen die Generaldebatte und die Spezialdebatte über die Geschäftsgruppe II, Finanzwesen. Auf den nächsten Seiten bringen wir den Terminplan und die Rednerliste der Budgetdebatte 1965.

./.

Wiener Gemeinderat - Rednerliste

zum Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien sowie zum Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1965

Berichterstatter Stadtrat	Geschäftsgruppe	Zum Wort gemeldet KLS	FPÖ	ÖVP	SPÖ
VBgm. Slavik Sa 12.12.	General-u. Spezialdebatte z. GeschGr.II	Lauscher	Dr.Schmidt	Bittner	Marek
Bock Mo 14.12.	SpezDeb. GeschGr. I	Maller	Dr. Hirnschall	Dr.Marga Hubinek	Weisz
VBgm. Mandl Mo 14.12.	Spez.Deb. GeschGr.III	Lauscher	Peter	Fröhlich Eleonora Hiltl	Pfoch Liwanec
Maria Jacobi Die 15.12.	Spez.Deb. GeschGr.IV	Lauscher	Dr. Hirnschall	Steinweis	Gertrude Sandner Srp
Dr.Glück Die 15.12.	Spez.Deb. GeschGr.V	Maller	Dr. Hirnschall	Jos. Bauer Dr.Helene Stürzer	Dr. Gisel Ascherl
Heller Mi 16.12.	Spez.Deb. GeschGr.VI	Lauscher	Dr.Schmidt	Dipl.-Ing. Dr. Strobl Dr.Macher	Planek
Dr.Drimmel Mi 16.12.	Spez.Deb. GeschGr.VII	Lauscher	Dr.Schmidt	Neusser	Binder
Koci Do 17.12.	Spez.Deb. GeschGr.VIII	Maller	Peter	Dipl.-Ing. DDr.Strunz	Ing. Hofmann Sailer
Glaserer Do 17.12.	Spez.Deb. GeschGr.IX	Maller	Dr.Schmidt	Dkfm. Dr. Ebert Leinkauf	Windisch Jul.Fischer

./.

Berichterstatter Stadtrat	Geschäftsgruppe	Zum Wort gemeldet KLS	FPÖ	ÖVP	SPÖ
DkfmDDr. Prutscher Fr 18.12.	Spez.Deb. GeschGr. X	Lauscher	Peter	Jedletzberger, Gockner	Jodlbauer
Sigmund Fr 18.12.	Spez.Deb. GeschGr.XI	Maller	Dr. Hirnschall	Dr.Glatzl	Sagmeister Bednar
Schwaiger Sa 19.12.	Spez.Deb. GeschGr.XII	Maller	Peter	Kowarsch	Lanc

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Samstag, 12. Dezember 1964 Blatt 3245

1964 keine Verleihung von Renner-Preisen

12. Dezember (RK) Das Kuratorium der Dr. Karl Renner-Stiftung hat einstimmig beschlossen, dem Bürgermeister vorzuschlagen, heuer von einer Preisverleihung Abstand zu nehmen. Bürgermeister Jonas hat dem Antrag stattgegeben. Es besteht die Absicht, einen Teil des Stiftungsbetrages, der 200.000 Schilling ausmacht, der Wiener Volksbildung für Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen, die anläßlich des 20. Jahrestages der Wiedererstehung der Republik Österreich vorbereitet werden.

\- - -

Wiener Stadtbibliothek übernimmt Nachlaß Julius Bittners

12. Dezember (RK) Die Wiener Stadtbibliothek ordnet zur Zeit den künstlerischen Nachlaß des Dichterkomponisten Julius Bittner in ihre Bestände ein. Der Nachlaß Bittners, der Preisträger der Stadt Wien war und in einem Ehrengrab auf dem Zentralfriedhof ruht, enthält fast alle Werke in autographen Skizzen, Textbüchern, Partituren und Klavierauszügen.

In dieser Sammlung befinden sich die von Bruno Walter an der Wiener Oper herausgebrachten Kompositionen "Die rote Gred" und "Der Musikant", ferner die an zahlreichen deutschsprachigen Bühnen aufgeführten Opern "Das Höllisch-Gold", "Bergsee", "Das Rosengärtlein" und "Das Veilchen". Ferner übernimmt die Stadtbibliothek das Wiener Singspiel "Der liebe Augustin", drei noch unveröffentlichte Opern, Schauspielmusiken zu Shakespeare-Dramen sowie zu Stücken von Raimund und Nestroy und die "Große Messe".

./.

Dem somit übernommenen Nachlaß gehören auch die beliebten "Tänze aus Österreich", zwei Streichquartette und zahlreiche Lieder an.

Julius Bittner, der den Beinamen "Anzengruber der Oper" verdient, ist als Komponist eigener Operntexte typisch österreichischer Prägung international bekanntgeworden und kann an Bedeutung seiner Zeitgenossen Wilhelm Kienzl gleichgestellt werden, dessen Nachlaß bekanntlich ebenfalls in der Wiener Stadtbibliothek zu finden ist.

Der Gemeinderatsausschuß III hat in seiner letzten Sitzung dem Ankauf des Bittner Nachlasses in der Höhe von 121.400 Schilling zugestimmt.

\- - -

Max Jaffé zum Gedenken.

12. Dezember (RK) Auf den 14. Dezember fällt der 25. Todestag des Photographen Max Jaffé.

Er wurde am 27. Juli 1845 in Schwerin, Mecklenburg, geboren und studierte an der Kunstschule in Nürnberg, wo die photographischen Abbildungen von Kunstwerken sein besonderes Interesse an der damals noch von Geheimnissen umwitterten Lichtbildnerei erweckten. 1865 fuhr er nach Paris und arbeitete in den Ateliers von Reutlinger und Nadar. 1871 trat er in das Atelier des Hofphotographen Löwy ein und machte sich später selbständig. 1880 schloß Jaffé seinem Betrieb einen Kunstverlag an und spezialisierte sich in der Folge auf den hochwertigen Farbenlichtdruck. 1877 wurde die Jafféotypie, die Herstellung von Buchdruckklischees in Halbtönen, patentiert. Darüber hinaus entwickelte er ein Verfahren zur Entzerrung von Weitwinkelaufnahmen in der Architekturphotographie. Seit 1888 war er als Fachlehrer für Photographie und Reproduktionstechnik an der neugegründeten Graphischen Lehr- und Versuchsanstalt tätig und gab in zahlreichen Aufsätzen seine Erfahrungen über den Farbenlichtdruck bekannt. Sein Verdienst ist es hauptsächlich, daß die Kunst der Farbphotographie und des Farbdruckes heute einen so hohen Stand erreicht hat.

\- - -

Schüler helfen Schülern:

Henriettenplatz für Zagreb

12. Dezember (RK) Um den Schülerinnen und Schülern des IV. Realgymnasiums in Zagreb, die von der Überschwemmungskatastrophe betroffen wurden, zu helfen, veranstaltete die Schulgemeinde des Bundesrealgymnasiums XV, Henriettenplatz 6, eine Sammlung von Kleidungsstücken für den Winter, die durch das Rote Kreuz an ihren Bestimmungsort weitergeleitet wurden.

Diese Aktion wird vom BRG XV durch eine Weihnachtsakademie fortgesetzt, deren Reinerträgnis ebenfalls an diese Opfer überwiesen werden soll. Im Rahmen der Weihnachtsakademie am 16. Dezember um 19.30 Uhr im Festsaal der Schule musizieren, singen und tanzen Schülerinnen und Schüler des BRG XV jugoslawische und österreichische Volksmusik. Es wirkt dabei eine Spielgruppe des Kroatischen Akademikerklubs mit.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, zu der oben angeführten Veranstaltung Berichterstatter und Fototreporter zu entsenden.

\- - -

Rascher Fortschritt des Schulbaues In der Krim

12. Dezember (RK) Der Kulturausschuß des Wiener Gemeinderates hat eine weitere Erhöhung der Baurate 1964 für die neue Schule In der Krim im 19. Bezirk bewilligt. Schon im Frühherbst sind diesem Projekt im Wege einer Bauratenerhöhung eine Million Schilling zugeleitet worden. Damit stehen heuer insgesamt neun Millionen Schilling zur Verfügung.

Bekanntlich entsteht In der Krim eine moderne Volksschule und daran anschließend eine Volkshochschule, die ihren Eingang in der Hutweidengasse haben wird. Besonders am letztgenannten Gebäude konnte ein so rascher Arbeitsfortschritt erzielt werden, daß noch heuer um zwei Millionen Schilling mehr als vorgesehen zur Verbauung gelangen.

\- - -

80. Geburtstag von Josef Seifert

12. Dezember (RK) Am 15. Dezember vollendet Oberstleutnant Gemeinderat a.D. Josef Seifert das 80. Lebensjahr.

In Wien geboren, rückte er nach dem Besuch des Gymnasiums als Einjährig-Freiwilliger beim Infantrieregiment Nr. 4, Hoch- und Deutschmeister, ein und ließ sich aktivieren. Er ist als einer der wenigen Offiziere der alten Armee seine gesamte Dienstzeit bei dieser Einheit verblieben. Während des ersten Weltkrieges zeichnete er sich in Serbien und an den Isonzofronten besonders aus. 1917 wurde er schwer verwundet und kam nach seiner Genesung als Lehrer an die Theresianische Militärakademie in Wiener Neustadt. 1918 ging er in Pension und widmete sich der Organisation des Militärgagisten-Verbandes, dessen Aufgabe es war, die ehemaligen Berufssoldaten in das zivile Leben einzugliedern und ihnen Arbeitsmöglichkeiten zu verschaffen. Auch den Deutschmeisterbund baute er auf und leitete ihn viele Jahre lang. Er sammelte für ihn über eine Million Schilling, die den Witwen und Waisen seiner ehemaligen Regimentsangehörigen zugute kamen. 1928 übernahm Seifert über Anregung Kardinal Piffls die Präsidentschaft des katholischen Waisenhilfsvereins. Es gelang ihm, die ihm unterstellten Anstalten in moderne Erziehungsheime umzugestalten. 1934 wurde er Landesleiter der Vaterländischen Front und führte in dieser Stellung einen mutigen Kampf gegen den Nationalsozialismus. Dies hatte 1938 seine sofortige Verhaftung und Einlieferung in das K.Z. Dachau zur Folge. Nach Beendigung des zweiten Weltkrieges stellte sich Josef Seifert wieder der Öffentlichkeit zur Verfügung und wurde als Abgeordneter der ÖVP Mitglied des Wiener Gemeinderates. Er gehörte den Ausschüssen "Kultur und Volksbildung" und "Gesundheitswesen" an. 1949 nahm er als Mandatar Abschied und wurde Vizepräsident des Dorotheums. Weiters fungierte er jahrelang als Vizepräsident des Verbandes der geistig Schaffenden. Seifert ist auch wiederholt als Schriftsteller hervorgetreten. Zahlreiche Aufsätze erzählender und kriegswissenschaftlicher Art sind in verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften erschienen. Besondere Erwähnung verdient seine Mitarbeit in der umfassenden Regimentsgeschichte der Deutschmeister. Der heitere Teil seiner Militärerlebnisse ist in dem Büchlein "Deutschmeistergeschichten" enthalten. Sein Buch "Isonzo" ist als wichtiger Beitrag zum österreichischen Kriegsroman zu betrachten.

\- - -

Sitzung des Wiener Gemeinderates

Die Budgetberatungen im Rathaus haben begonnen

12. Dezember (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas wurde heute vormittag die Sitzung des Wiener Gemeinderates wieder aufgenommen. Damit begannen die Beratungen über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1965. Der Vorsitzende teilte mit, daß heute, wie bereits berichtet, die Generaldebatte über das Budget der Hoheitsverwaltung und die Spezialdebatte über das Kapitel II, Finanzwesen, abgehalten werden. Hierauf wird über das Kapitel II abgestimmt. Montag, den 14. Dezember, wird der Gemeinderat über die Ansätze der Geschäftsgruppe I, Personalwesen, Verwaltungs- und Betriebsreform, sowie der Geschäftsgruppe III, Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung, beraten.

Die Generaldebatte

Der städtische Finanzreferent Vizebürgermeister Slavik (SPÖ) leitete sein groß angelegtes Referat über den Voranschlag mit folgenden Worten ein: Bevor ich über den Voranschlag und über die Grundsätze der Aufstellung des Voranschlages für das Jahr 1965 referiere, möchte ich mitteilen, daß nach § 87 der Verfassung der Entwurf vom 27. November bis 4. Dezember zur öffentlichen Einsicht aufgelegt wurde. 57 Gemeindemitglieder haben von ihrem Recht der Einsichtnahme Gebrauch gemacht, und zwar 41 Männer und 16 Frauen. 52 der Einsichtnehmenden haben Erinnerungen abgegeben. Diese Erinnerungen betreffen die verschiedensten Gebiete der Gemeindeverwaltung, so unter anderem eine Gehaltsregulierung für die Gemeindebediensteten, die Errichtung von Kinderspielplätzen und Sportplätzen, Verkehrsbauten, Verkehrsregelung, Verbesserung im Straßenbahn- und Autobusverkehr, Ausbau des Schnellbahnnetzes usw. Alle diese Erinnerungen sollen nach Vorschlag des Referenten den zuständigen Ausschüssen zur direkten Erledigung zugewiesen werden. Es ist interessant, daß diesmal das Interesse der Bürger an den Erinnerungen größer war als im vergangenen Jahr.

Vizebürgermeister Slavik erinnerte dann nochmals daran, wie ein Voranschlag nach monatelangen Beratungen auf Beamtenebene und

./.

zwischen den Mitgliedern des Stadtsenates zustande kommt. Das sogeannte Wunsch-Budget hätte bei Einnahmen von 7.693 Millionen Ausgaben von 9.215 Millionen ergeben. Daß wir ein solches Budget nicht vorlegen konnten, ist wohl selbstverständlich. Wir können keine Finanzpolitik machen, betonte der Vizebürgermeister, die uns in eine Verschuldung führen würde. Aber auch aus technischen Gründen wäre ein solches Budget nicht möglich. Andererseits können wir auch nicht verantworten, eine einseitige Kommunalpolitik zu betreiben.

Budget mit Blick nach vorwärts

Wenn wir heute den Voranschlag für das erste Jahr einer neuen Arbeitsperiode des Gemeinderates beraten, müssen wir selbstverständlich den Blick nach vorwärts richten. Viele Aufgaben können nicht in einem Jahr bewältigt werden. Eine der dringendsten Aufgaben wird es ein, eine Wirtschafts- und Finanzpolitik und eine Investitionspolitik zu betreiben, die uns hilft, die Vollbeschäftigung zu sichern. Dies ist eine der wesentlichsten Voraussetzungen dafür, daß wir auch in den nächsten Jahren größere Aufgaben beginnen, weiterführen oder vollenden können.

Vizebürgermeister Slavik vertrat dann die Meinung, daß in der Öffentlichkeit oft falsche Vorstellungen über unsere gesellschaftliche Entwicklung herrschen. In Publikationen werden vielfach die wirtschaftliche Situation und die soziale Lage falsch dargestellt. Es ist falsch, wenn behauptet wird, daß heutzutage schon jeder ein Auto und einen Fernsehapparat besitzt. Dies beweist die Statistik eindeutig. Es besteht zwar kein Zweifel, daß bei Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung langsam eine Aufwärtsentwicklung in der Lebenshaltung festzustellen ist. Man soll das jedoch nicht überschätzen. Der durchschnittliche Lohn in Österreich beträgt derzeit 2.350 Schilling. Wir haben also noch sehr viele soziale Aufgaben zu erfüllen. Dazu kommt, daß die Lebenserwartung ständig steigt, und derzeit bei 70 Jahren liegt. Im Jahr 1890 war die Lebenserwartung nur so groß, wie heute in Indien, nämlich 34 Jahre.

Viele Einrichtungen der öffentlichen Hand werden durch die höhere Lebenserwartung länger in Anspruch genommen,wie die Pensionen oder die Wohnungen. Unsere Hauptsorge muß daher auf die Erfüllung jener Aufgaben gerichtet sein, die sich aus der ständigen Veränderung unserer Gesellschaft ergeben.

./.

Konkret nannte der Vizebürgermeister an erster Stelle der vordringlichen Aufgaben die Vorbereitung auf das neunte Schuljahr, das mit 1966/67 eingeführt werden wird. Es muß der Stolz des Wiener Gemeinderates sein, betonte der Referent, dafür zu sorgen, daß das neunte Schuljahr in Wien völlig klaglos eingeführt werden kann. Wir haben daher auch 126 Millionen Schilling Investitionen dafür vorgesehen.

Vor allem Wohnungsbau

In den nächsten Jahren müssen wir vor allem den Wohnungsbau in den Blickpunkt unserer Betrachtungen stellen. Schon angesichts der höheren Lebenserwartung müssen wir für genügend modernen und schönen Wohnraum sorgen. Wir müssen alle sich ergebenden Möglichkeiten nützen und die dafür nötige finanzielle Bedeckung suchen, wir müssen aber vor allem die Rationalisierung weiter verbreiten. Mit unserer Montagebauweise konnten wir gegenüber der konventionellen Bauweise eine Einsparung von acht Prozent erreichen, was bereits Einsparungen von vielen Millionen pro Jahr ergibt. Wir müssen trachten, auch im Süden Wiens eine Montagebauanlage zu errichten. Mit der heutigen Leistungsfähigkeit dürfen wir uns nicht zufrieden geben. Noch immer sind rund 200.000 Wohnungen älter als 50 Jahre und entsprechen nicht unseren Anforderungen. Es muß unser Ehrgeiz sein, diese Wohnungen in einem möglichst kurzen Zeitraum durch moderne Wohnungen zu ersetzen. Wir sehen darum für das nächste Jahr den Bau von 5.000 eigenen Wohnungen und die Förderung von 6.300 Wohnungen mit Hilfe der verschiedenen Fonds vor. Dazu ist allerdings ein sehr großer Betrag notwendig, und es sind 1.350 Millionen präliminiert.

Gegen Krebs und Rheuma

Eine weitere vordringliche Aufgabe stellt der Ausbau und die Modernisierung unserer Spitäler dar. Gleichzeitig soll damit der Kampf gegen zwei Volkskrankheiten intensiviert werden: Krebs und Rheuma. Für den Bau des Allgemeinen Krankenhauses ist für 1965 erstmalig eine große Baurate von 180 Millionen - je 90 Millionen von Bund und Gemeinde Wien - vorgesehen. Damit ist eine zügige Weiterführung des Baues möglich, so daß wir jetzt doch sagen können: der Bau des Allgemeinen Krankenhauses ist in Schwung gekommen!

./.

Das allein kann freilich unsere Probleme auf diesem Sektor nicht lösen. Vor allem ist der Nordosten Wiens noch ungenügend mit Spitälern versorgt. Daher ist geplant, links der Donau ein neues Krankenhaus in Verbindung mit einem Pflegeheim zu errichten. Wir hoffen nur, daß die Niederösterreicher daraus nicht den Schluß ziehen, daß sie sich auf dem Sektor des Spitalswesens etwas ersparen können.

Anstelle des jetzigen Krankenhauses Rudolfstiftung wollen wir ein neues Spital errichten, das allen Anforderungen gerecht werden soll und für das mehr als 400 Millionen Schilling erforderlich sein werden. Darüber hinaus ergibt sich noch die Aufgabe, in anderen Spitälern Modernisierungen vorzunehmen und zusätzliche Abteilungen zu schaffen.

Ebenso müssen wir in den Vordergrund unserer Betrachtungen die Wohlfahrt stellen, die völlig in Umstellung begriffen ist. Frühere Begriffe sind überholt, aber neue Ideen sind aufgetaucht. Einen Teil unserer früheren Wohlfahrtsaufgaben haben wir nicht mehr zu erfüllen, weil für den größten Teil der Bevölkerung die Altersversorgung nicht mehr auf dem Wohlfahrtsgrundsatz, sondern auf einem gesetzlichen Anrecht aufgebaut ist. Trotzdem werden die Aufgaben nicht kleiner, sie werden nur anders. So etwa erfordert die höhere Lebenserwartung die Betreuung unserer älteren Menschen. Aus der wirtschaftlichen Entwicklung ergibt sich die Notwendigkeit der Betreuung unserer Kinder und unserer Jugend.

Eine halbe Milliarde für Verkehrsbauten.

Eine weitere vordringliche Aufgabe und eine schwere finanzielle Belastung bringt die explosionsartige Entwicklung der Motorisierung mit sich. Heute haben wir in Wien etwa 250.000 Personenwagen, und wir müssen damit rechnen, daß wir in zehn Jahren zirka die doppelte Anzahl von Kraftfahrzeugen haben werden. Da wird auch der Autofahrer selbst nachdenken müssen, wie er mithelfen kann, den Verkehr aufrecht zu erhalten. Vielleicht werden auch unsere Autofahrer einmal erkennen, daß es gar nicht so praktisch ist, wenn jeder allein fährt und drei leere Plätze mitnimmt, sondern daß man sich mit Bekannten zusammentun kann und jeweils gemeinsam einen Wagen benützt.

./.

Aber auch die Gemeindeverwaltung muß vorsorgen, daß soweit wie möglich der fließende Verkehr aufrecht erhalten werden kann und daß vor allem auch der öffentliche Verkehr immer funktioniert. Wenn in manchen Zeitungen stand, daß wir beim Straßenbau weniger ausgeben, so stimmt das, nur kann man den Straßenbau nicht allein sehen. Man muß berücksichtigen, daß ein kleiner Teil unserer Straßen in die Verwaltung des Bundes übernommen wurde, vor allem aber muß man beachten, daß unsere größten und bekanntesten Straßenbauten - die Unterführungen am Gürtel und der Zweierlinie - zumindest vorerst Brückenbauten erforderlich machen. Daher sind die Brückenbauten besonders hoch dotiert und hiefür 206,7 Millionen vorgesehen. Für den Straßenbau sind 142,5 Millionen präliminiert. Dieser Betrag von 349 Millionen ist um zirka zehn Prozent höher als jener des laufenden Jahres. Dazu kommen die Ausgaben für Kanalbauten, für die Verlegung von Gas, Rohren und Kabeln, sodaß wir für Brücken- und Straßenbauten insgesamt zirka eine halbe Milliarde Schilling ausgeben werden.

Neues Wasser für Wien

Wir haben ferner für den Ausbau unserer Wasserversorgung vorzusorgen. In Arbeit ist das Grundwasserwerk Lobau. Der Fortgang der Arbeiten wird durch finanzielle Fragen nicht gehemmt werden. Nach Meinung von Fachleuten sollen noch am Ende des Jahres 1965 vom Grundwasserwerk Lobau zusätzlich rund 50 Millionen Liter Wasser pro Tag zur Verfügung gestellt werden. Wir hoffen aber auch, daß es in kürzester Zeit möglich sein wird, die Sieben Quellen in der Steiermark zu fassen und mit dem Bau der Wasserleitung und der Einleitung in die Erste Hochquellenleitung zu beginnen. Dazu muß freilich ein Stollen von neun Kilometer Länge gebaut werden. Aber auch dafür werden wir die finanziellen Mittel sicherstellen. Wir hoffen, mit diesen beiden Bauvorhaben den zusätzlichen Wasserbedarf in den nächsten Jahren befriedigen zu können. Trotzdem muß das Projekt der dritten Wasserleitung weiter vorangetrieben werden.

./.

Absoluter Hochwasserschutz

Ein weiteres großes Problem, für das Vorarbeiten zu leisten sind, ist die Schaffung eines absoluten Hochwasserschutzes für Wien. Hier sind wir in einer nicht ganz einfachen Situation. Wir Wiener wissen zwar was wir wollen, die Techniker haben eine großartige Vorarbeit geleistet und wir könnten zur Detailprojektierung übergehen. An der Hochwasserschutzkonkurrenz sind aber auch das Land Niederösterreich und der Bund beteiligt. Es gilt nun, nachdem wir nicht alleiniger Grundbesitzer dieses Gebietes sind, auch für die uns nicht gehörenden Grundflächen die Bewilligung zur Errichtung eines Hochwasserschutzes zu bekommen. Die Verwirklichung dieses Hochwasserschutzes wird mehr als zwei Milliarden Schilling erfordern. Eine angenehme Nebenerscheinung dieses Projektes ist die Gewinnung von zusätzlichen Sport- und Erholungsflächen.

Groß sind auch die Aufgaben auf dem Gebiete der Kanalisation und vor allem der Abwasserreinigung. Im Zusammenhang mit dem Hochwasserschutz soll ein neuer Sammler gebaut werden, der erst unterhalb Wiens in den Donaustrom einmünden soll. Daß hier eine Klärung des Abwassers erfolgen muß, ist selbstverständlich. Auch das Wasser, das vom Donaukanal kommt, soll in Zukunft entsprechend gereinigt werden. Wir wollen schließlich vorsorgen, daß die Donau unser Stadtgebiet nicht schmutziger verläßt, als sie hereinkommt.

Kapitalerhöhung bei den Stadtwerken

Stark beeinträchtigt wird das Wiener Budget auch durch jenes der Stadtwerke. Es ist für alle selbstverständlich, daß es nötig ist, unsere Gas- und E-Werke auszubauen und die Verkehrsbetriebe zu modernisieren. Für die einzelnen Werke wurden entsprechende Fünf-, bzw. Sieben-, bei den Stadtwerken sogar ein Fünfzehnjahresprogramm ausgearbeitet. Für die Durchführung der Investitionen in diesem Zeitraum ist ein Betrag von 3,3 Milliarden vorgesehen. Die erste Rate soll bereits 1965 durch die Aufnahme einer 500 Millionen Anleihe zur Verfügung gestellt werden. Da die Aufnahme der Anleihe durch die Stadt Wien erfolgt, scheinen diese 500 Millionen im Voranschlag sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite auf. Es können jedoch nicht alle Investitionen bei den Stadtwerken durch Fremdmittelaufnahme bedeckt werden. Wir müssen vielmehr als

./.

Gemeindeverwaltung mithelfen und haben daher eine erste Rate von 100 Millionen für die Kapitalerhöhung bei den Stadtwerken eingesetzt. Wenn wir bei den Stadtwerken das große Investitionsprogramm durchführen wollen, muß uns klar sein, daß es bei einer Kapitalaufstockung von 100 Millionen nicht bleiben kann. Wir werden daher in den Voranschlägen der nächsten Jahre in der verschiedensten Form Kapitalaufstockungen finden, damit das Gleichgewicht zwischen Fremdkapital und Eigenkapital gewahrt bleibt.

Vizebürgermeister Slavik verweist darauf, daß seine bisherigen Ausführungen keinesfalls alle Aufgaben beinhaltet haben, die eine so große Verwaltung wie Wien zu lösen hat. Aber auch in einem Budget können nicht alle Projekte und Probleme bis ins letzte verankert sein. Es wäre auch kaum im Interesse der Autonomie des Gemeinderates, könnte man im Laufe eines Jahres auftauchende Wünsche nicht berücksichtigen. Bei der Budgeterstellung wird daher auch immer mit Vorsicht vorgegangen, sowohl bei der Schätzung der Einnahmen, wie auch bei jener der Ausgaben. Die Aufgabe der Finanzverwaltung sei es, so zu schätzen, daß man nicht in die Lage kommt, neue Wünsche überhaupt nicht berücksichtigen zu können. Die Aufgaben, die eine Stadt wie Wien zu erfüllen hat, werden nicht kleiner. Sie ergeben sich aus der technischen, wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Entwicklung und auf Grund von Bundesgesetzen. Alle diese gewaltigen Aufgaben müssen auch im Jahr 1965 bewältigt werden, und zwar mit einem Personalstand, der eine Steigerung um nur sieben Personen erfahren hat. Wenn man bedenkt, um wieviel mehr Spitalsbetten, Kindergartenplätze usw. wir haben, wird man verstehen, daß das hierfür benötigte Personal nur durch eine Verminderung in anderen Sparten zur Verfügung gestellt werden konnte. Wir sind daher unseren Arbeitern und Angestellten für ihre gewaltigen Mehrleistungen zu großem Dank verpflichtet.

Günstige wirtschaftliche Entwicklung

Wenn wir den Voranschlag für 1954 betrachten, dann kommen wir zu Einnahmen von 8.658,527.500 Schilling (1964: 7.379,221.300). In diesen Einnahmen sind auch die Weiterzugebenden Darlehen enthalten. Aber selbst nach Abzug dieser Darlehen sind die Einnahmen bedeutend höher angenommen worden als für 1964, und zwar auf Grund der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung. Der Auftragsstand

./.

in allen Unternehmungen ist außerordentlich günstig, ebenso der Beschäftigtenstand. Es ist auch zu erwarten, daß auf Grund von Rationalisierungsmaßnahmen die Produktivität und die Produktion weiter steigen.

Diesen Einnahmen stehen Ausgaben von 8.887,659.400 Schilling gegenüber. Auch auf der Ausgabenseite muß man berücksichtigen, daß 627 Millionen Schilling weiterzugebende Darlehen, bzw. der Erlös aus der Investitionsanleihe 1965 sind. Der Abgang ist um rund 23 Millionen größer als im vergangenen Jahr. Die Post unvorhergesehene Ausgaben wurde jedoch gleichfalls größer und zwar stehen hierfür 160 Millionen zur Verfügung, so daß wir mit Recht von einem ausgesglichenen Voranschlag sprechen können.

Auch 1965 ein ausgeglichenes Budget!

Der Gebarungsabgang ist gegenüber dem Vorjahr zwar um 23 Millionen größer, jedoch sind 160 Millionen für unvorhergesehene Ausgaben veranschlagt, so daß mit Recht von einem ausgeglichenen Budget gesprochen werden kann.

Bei den Einnahmen stehen die Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben mit rund drei Milliarden an erster Stelle. Diese Summe ist keineswegs ein Geschenk des Bundes, sondern ein dem Land und der Stadt Wien gesetzlich zustehender Anteil. Die Ertragsanteile bilden 38 Prozent der Einnahmen. Die städtischen Steuern und Abgaben sollen 1,744,656.000 oder 21,7 Prozent der Einnahmen erbringen. Für Verwaltungsabgaben Gebühren und Entgelte sind 977,675.600 Schilling vorgesehen, das sind 12,2 Prozent der Einnahmen. Verschiedene andere Einnahmen sollen 1.523,966.900 Schilling (19 Prozent) ergeben. Für die kassenmäßig unwirksamen Wertdurchführungen sind 735 Millionen (9,1 Prozent der Einnahmen) veranschlagt. Diese Durchlauferpost, die das Budget erweitert, ist nötig, um die Wirtschaftlichkeit der einzelnen städtischen Betriebe und Abteilungen überblicken zu können. Es ergibt sich also einschließlich der 127 Millionen weiterzugebender Darlehen und der 500 Millionen Investitionsanleihe 1965 eine Einnahmensumme von 8.658,527.500 Schilling.

Dem stehen Gesamtausgaben in der Höhe von 8.887,659.400 Schilling gegenüber. Davon entfallen 2.428 Millionen oder 29,4 Prozent

./.

auf den Personalaufwand, 2.890 Millionen oder 35 Prozent auf den Sachaufwand, 2.330 Millionen oder 28,2 Prozent auf Investitionen und 611 Millionen oder 7,4 Prozent auf Darlehen. Gegenüber dem Voranschlag 1964 sind die Ausgaben für das Personal um 170 Millionen, für den Sachaufwand um 320 Millionen und für Investitionen um rund 200 Millionen gestiegen.

In der Geschäftsgruppe für Finanzwesen sind einschließlich der weiterzugebenden Darlehen und Anleihen Ausgaben im Betrag von 1.932,419.600 Schilling vorgesehen.

Vizebürgermeister Slavik schloß mit dem Dank an die Mitarbeiter der Finanzverwaltung für ihre monatelangen Mühen um das Budget und an alle Verantwortlichen in den Magistratsabteilungen, die für eine objektive Reihung der Vorhaben gesorgt haben. Dank gebührt auch den Mitgliedern des Stadtsenates, mit denen volle Übereinstimmung bei der Budgetierung erreicht werden konnte.

Der Referent stellte daraufhin Anträge auf Genehmigung des Voranschlagsentwurfes und auf Deckung des Gebarungsabganges durch die Rücklagen. Ein Antrag betraf die Ermächtigung für den Amtsführenden Stadtrat für Finanzwesen, Ausgabesätze soweit zu sperren, als die Kassenlage es erfordert. Der Gemeinderat möge weiters den Bürgermeister ermächtigen, bei eventuellen Organisationsänderungen den Dienstpostenplan des Kontrollamtes diesen Änderungen vorläufig anzupassen. Zwei weitere Anträge betrafen Virements und Widmungsänderungen von Personal- und Investitionsausgaben.

Die General- und Spezialdebatte

Nach Eröffnung der Debatte durch Bürgermeister Jonas sprach als erster Redner GR. Lauscher (KLS). Er bezeichnete das Budget als routinemäßig erstellt.

./.

Daß darin die Geldentwertung einkalkuliert sei, werte er als Beweis dafür, daß das Reden der Regierungsparteien von der Währungsstabilität nicht ernst gemeint ist. So sei der Voranschlag 1965 Ausdruck der Teuerung und der Schuldenwirtschaft. Der Redner kritisierte daraufhin den Schuldenstand der Gemeinde und verglich das Wiener Finanzwesen in der Ersten Republik mit dem der heutigen. Vor allem bemängelte er das "Kostendeckungsprinzip" bei den städtischen Gebühren und das Abrücken vom sozialen Wohnungsbau. Der langsame und ungenügende kommunale Wohnbau habe der ÖVP die Möglichkeit gegeben, diesen durch das Schlagwort vom "amtsgebundenen Wohnungsbau" in Mißkredit zu bringen. Eine Einschränkung desselben läge im Interesse der von der ÖVP vertretenen Haus- und Grundbesitzer und Spekulanten.

Das Budget sehe 5.000 Gemeindewohnungen und 6.300 Genossenschafts- oder Eigentumswohnungen vor. Im Interesse der Bevölkerung sollte es aber umgekehrt sein. Durch die geübte Praxis werden Wohnungsuchende immer wieder auf den teuren und langwierigen Weg verwiesen.

Bezüglich des Wohnungsbaues vermisse man im Budget 1965, so fährt GR. Lauscher fort, jeden Hinweis auf eine raschere Wohnbautätigkeit. Ebenso werde im Voranschlag nichts über die Errichtung der zweiten Montagebaufabrik gesagt.

Besorgniserregend sei ferner das steigende Defizit bei den Spitälern. 1963 betrug dieses Defizit 467 Millionen, 1964 rechne man mit 569 Millionen und 1965 bereits mit 650 Millionen Schilling. Statt einer echten Sanierung sei man hier den bequemeren Weg der Erhöhung der Pflegegebühren gegangen. Dazu komme noch, daß diese Erhöhung nicht im Budget für 1965 berücksichtigt sei. Da dies auch auf andere Gebührenerhöhungen zutreffe, müsse man schärfstens darauf hinweisen, daß diese Praxis keineswegs die Budgetklarheit fördere. Seine Fraktion anerkenne durchaus den Fortschritt im Gesundheitswesen, es müsse jedoch festgestellt werden, daß man auf diesem Gebiet vieles versäumt habe und daß zum Beispiel die Bettennot nach wie vor akut sei.

Ebenso viel Zögern und Zaudern gebe es auf dem Gebiet des Verkehrswesens in Wien. Obwohl im Wahlkampf zahlreiche Versprechungen gemacht worden seien, könne eine wesentliche Verbesserung des Massenverkehrs nicht erwartet werden. So denke man im Rathaus offenbar überhaupt nicht daran, die notwenden Autobus-

./.

verbindungen vom 20. und 21. Bezirk in die westlichen Bezirke zu schaffen, obwohl schon am kommenden Wochenende die neue Donaubrücke eröffnet werde. Andererseits jedoch würden bereits Vorbereitungen für eine Erhöhung der Straßenbahntarife getroffen. Das gleiche gelte für die Stromtarife. Darüber hinaus rede man in Wien darüber, daß möglicherweise auch die Gas- und Wassertarife erhöht werden sollen. Dazu möge sich der Finanzreferent doch äußern.

Auf die Benachteiligung Wiens durch den Bund sei im Wahlkampf von der SPÖ immer wieder hingewiesen worden. Andererseits aber habe der Finanzreferent des öfteren betont, daß man mit dem Finanzausgleich zufrieden sein könne. Es sei daher kein Wunder, daß die ÖVP das vorliegende Budget als einen Erfolg ihrer Partei betrachte, in dem ihre Ideen verwirklicht seien. Einerseits würden den Großunternehmern und den Großagrariern Milliardenbeträge zugeschanzt, andererseits aber gebe es nur schöne Gesten und die Beteuerung, die ÖVP sei stets für Wien - das sei der Janus-Kopf der Wiener ÖVP.

Im weiteren fordert GR. Lauscher Änderungen in der Kreditpolitik. Der öffentlichen Hand müßten billigere Kredite zugestanden werden. Der Zinsenaufwand bei den Stadtwerken zum Beispiel sei beängstigend gestiegen. Durch die Auflegung der 500-Millionen-Anleihe und die Aufnahme eines weiteren 100-Millionen-Darlehens würden die Lasten jedoch noch höher werden.

Abschließend weist der Redner darauf hin, es gebe wieder zahlreiche Beweise dafür, daß sich reaktionäre Kräfte in der ÖVP wieder weit vorwagen. So habe zum Beispiel die ÖVP geplant, verschiedene Einrichtungen in Österreich dem in- und ausländischen Kapital in die Hände zu spielen. Außerdem habe auch die Politik der Aufwertung der FPÖ durch die Führung der SPÖ den Rechtsradikalen in der ÖVP wertvolle Dienste geleistet. Es wäre daher endlich notwendig, die Zusammenarbeit mit der FPÖ, deren käuflicher Charakter offenkundig geworden sei, aufzugeben.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) meint, das Budget stelle einen Versuch dar, die dringlichen Wiener Probleme zu lösen oder der Lösung ein gutes Stück näherzukommen. Zu den alten Problemen kommen aber immer neue und kompliziertere, die gründlich beraten werden müßten. Es erhebt sich jedoch die Frage, ob eine solche Beratung bei der herrschenden Praxis im Wiener Gemeinderat wirklich geschehen kann.

./.

Der Redner bedauert, daß die Gemeinderäte umfangreiche Tagesordnungen erst zwei bis drei Tage vor der Sitzung zugestellt erhalten. Auch in den Ausschüssen ist es ähnlich. Im Parlament sei die SPÖ sogar für den Einsatz von Spezialunterausschüssen eingetreten. Der Redner verlangt die Schaffung eines eigenen Budgetausschusses und die rechtzeitige Vorlage der Tagesordnungen für die Gemeinderatssitzungen. Er urgiert auch die Einführung einer Fragestunde.

Die Tätigkeit der Ausschüsse vor der Konstituierung des neuen Gemeinderates sei außerdem nach Auffassung des Redners nicht im Einklang mit der Verfassung gestanden.

Zum Budget selbst: Es handelt sich wieder um ein Rekordbudget. Der Redner bedauert jedoch, daß dieser Voranschlag wie auch das Bundesbudget der Ausdruck einer Politik des sinkenden Geldwertes darstelle.

Auf der Einnahmenseite ist der Kulturgroschen mit sechs Millionen Schilling eingesetzt. Da aber dieses Bundesgesetz mit Jahresende ausläuft, fragt GR. Dr. Schmidt wieso man mit einem Eingang aus diesem Titel rechne?

Die Ausgabenseite zeigt die Sorgen und Probleme unserer Stadt auf. An erster Stelle steht wie seit Jahren das Wohnungsproblem. Für den Neubau sind zwar um 90 Millionen mehr eingesetzt, doch werden nur 5.000 Wohnungen errichtet. Der Redner verweist außerdem darauf, daß in den letzten Jahren nie so viel Wohnungen gebaut wurden wie geplant waren. Das Manko wird noch dazu immer größer.

Die Bevölkerung Wiens wartet auf eine rasche Lösung des Wohnungsproblems im Parlament.

Der Bürgermeister hat gestern vom Wohnungs- und Bodenwucher gesprochen. Diese Ablösen sind ja nur Sumpfblüten eines nicht funktionierenden Wohnungsmarktes. Hiezu gehört auch der Schacher mit Eigentumswohnungen. Seit Jahren liegt im Parlament ein Antrag der ÖVP, diesen Schacher mit Eigentumswohnungen zu unterbinden - es ist unverständlich, warum man darüber zu keiner Einigung kommt. Der Bürgermeister selbst ist Abgeordneter zum Nationalrat. Es war noch nichts zu hören von einem Initiativantrag der Abgeordneten Jonas und Genossen auf Schaffung eines Bodenbeschaffungsgesetzes. Man wartet in un-

./.

serer erstarrten Demokratie, bis sich der schwarz-rote Koalitionsnebel irgend einmal über einem Problem hebt und es so für eine mehr oder minder günstige Kompromißlösung freigibt. Damit vergehen aber wertvolle Jahre, und das auf Kosten der Bevölkerung.

Für den Straßenbau sind um 21 Millionen weniger ausgeworfen. Wenn auch der Finanzreferent sagt, man werde hauptsächlich Brücken bauen, so muß man doch entgegenhalten, daß die Straßen Wiens noch nicht von einer derartigen Qualität sind, daß das eine derartige Herabsetzung rechtfertigen würde. Jahrelang hat die Rathausmehrheit die Unterfahrung der Innenstadt als unrealistisch bezeichnet. Im Wahljahr hat der Bürgermeister eine solche Unterfahrung angekündigt. Hat der Bürgermeister vielleicht etwas Unrealistisches versprochen? Nein, es ist eben ein Wandel im Denken der Rathausmehrheit über die Bewältigung des Verkehrsproblems eingetreten. Wir begrüßen das, müssen aber doch feststellen, daß das keinem langfristigen Konzept entspricht. Auch hier sind wertvolle Jahre verlorengegangen, Millionen wurden "verplant". Hätte man sich früher zur Unterfahrung der City entschlossen, hätte man vielleicht die Zweierlinie nicht in diesem Ausmaß tieflegen müssen. Wir brauchen so bald wie möglich ein umfassendes und klares Konzept für die zweite Verkehrsebene. Wir begrüßen es, daß die Schnellstraßen die Bezirke einander näherbringen, daß Donau- und Donaukanalbrücken dem Individualverkehr mehr Platz geben, aber mit dem Massenverkehr liegt es infolge der Konzeptlosigkeit sehr im argen.

Die Tatsache, daß für die Wasserwerke 60 Millionen mehr veranschlagt sind, erinnert uns an ein weiteres Versäumnis der Rathausmehrheit. Man soll diese Fragen nicht übertreiben, aber man soll sie auch nicht verniedlichen, wie es gestern der Finanzreferent tat. Es ist nicht so, daß es nur 1963 Wassersparmaßnahmen gab. Seit 1957 gab es jedes Jahr Sparmaßnahmen. Auch die Ende 1965 hinzukommenden 50.000 Kubikmeter aus dem Lobauer Grundwasserwerk werden wahrscheinlich nicht genügen, weil der Wasserverbrauch inzwischen wieder gestiegen sein wird.

Wir verkennen nicht die großen Anstrengungen, die auf den Sektoren Schulbau, Wohlfahrts- und Gesundheitswesen gemacht werden. Aber der Voranschlag zeigt wieder die alten Probleme unserer Stadt auf. Er ist mit Routine zusammengestellt, doch ist in ihm keineswegs ein Teil eines großen, sich über mehrere Jahre er-

./.

streckenden Gesamtkonzepts zu erkennen. Dieses Budget ist leider auch nur Stückwerk, es ist keine Station auf einem geradlinigen Kurs, sondern auf einer Zick-Zack-Linie. Es ist ein Budget der Improvisationen, dem die FPÖ nicht zustimmt.

GR. Bittner (ÖVP) erklärt, daß das Budget tatsächlich jeden angeht, und es stimme, wenn die Menschen sagen: Alles auf meine Kosten! Es stimmt auch, wenn der Finanzreferent sagt, das Geld hat keine Mascherln, man kann daher auch nicht so leicht feststellen, woher es kommt.

Man hat aber manchmal den Eindruck, daß das unbemascherlte Geld zu einer bemascherlten Leistung wird. Man soll schon dabei bleiben: Das Geld hat keine Mascherln, aber auch die Leistung, die mit diesem Geld hervorgebracht wird, hat keine Mascherln.

Die entscheidende Frage ist, wie weit sich in dem Budget Ansätze für die Leistungen in den nächstfolgenden Jahren finden. Was die Einnahmenschätzungen betrifft, können wir feststellen, daß sie gegenüber früheren Jahren realistischer geworden sind. In den Voranschlägen 1964 und 1965 ist eine Annäherung an die Gebarungsergebnisse der Vorjahre zu sehen. Und das entspricht unserem Wunsche nach einem realistischen und ausgeglichen Budget und nach Budgetwahrheit.

Der Finanzausgleich ist wesentlich ein Kompromiß und stellt daher nie alle zufrieden. Für die Wiener liegt er beim Finanzreferenten Slavik in sehr guten Händen. Es erhebt sich nur die Frage, ob die Schätzungen der Einnahmen aus dem Finanzausgleich durch die Gemeinde oder durch andere Stellen vorgenommen werden.

Das Budget wird jeweils für ein Jahr erstellt. Die ÖVP hat schon früher gefordert, über diesen Zeitraum hinauszusehen. Dies gilt vor allem für das Investitionsbudget, das für einen größeren Zeitraum erstellt werden müßte, um den Gemeinderäten eine Übersicht über die Erfordernisse der nächsten Jahre zu geben. Beispielsweise wird für den Bausektor des Bundes-Budgets den Abgeordneten ein Überblick über die Leistungen der verflossenen Jahre und eine Vorausschau auf die Vorhaben bis nach 1967 geboten. Ein solcher Überblick wäre auch für die Wiener Gemeinderäte nützlich.

Der Voranschlag gibt auch keinen Einblick in die gemischtwirtschaftlichen Betriebe, an denen die Stadt Wien beteiligt ist. Auch hier sollte man einen Weg suchen, die Abgeordneten zu informieren. Denn nur durch Überblick gelangt man zu einer Rangordnung.

./.

Auch Wien kennt klare Rangordnungen, wie beispielsweise beim Schulerneuerungsprogramm oder beim Ausbau der Spitäler. Jedoch müßte man derartige Rangordnungen auf allen Gebieten festlegen. Dies hat Abg. Uhlir auf Bundesebene vehement gefordert.

Die Vorstellungen der ÖVP von einem Schwerpunktprogramm differieren im wesentlichen gar nicht so sehr zu den Plänen der SPÖ. Es gilt daher die gemeinsamen Schwerpunkte deutlich zu machen und festzulegen.

Eine wichtige Frage ist der Rang, den Wien in der Welt einnimmt. Wien liegt derzeit verkehrsmäßig am Rande der freien Welt. Aber das kann sich ändern. Unsere Stadt könnte ein wichtiger Integrationspunkt vor allem auf geistigem Gebiete werden. Darin, und nicht nur in der Landschaft und in der Küche, die Wien zu bieten hat, liegt die Chance. Es muß hier eine Atmosphäre der Verständigungsbereitschaft geschaffen werden. Wichtig wäre, weitere bedeutende internationale Organisationen nach Wien zu bekommen.

Für Wien liegt eine einmalige Chance in dem Umstand, daß es gegenwärtig kein unkontrollierbares Wachstum gibt, wie in anderen Städten und wie es auch im Wien der Gründerzeit schwere Probleme hervorgerufen hat. Heute sind wir glücklicherweise nicht mehr einem solchen Bevölkerungsdruck ausgesetzt und sollten diese Atempause dazu benützen, nicht nur Quantitatives sondern vor allem Qualitatives zu schaffen.

Mit Genugtuung habe man der Rede von Bürgermeister Jonas entnommen, daß Wien sich seiner Verpflichtung gegenüber den Hochschulen bewußt ist. Leider findet sich im Budget jedoch keine Post, die darauf schließen ließe, in welcher Form man die Universität und die Technische Hochschule anläßlich ihrer Jubiläen im kommenden Jahr ehren will. Eine entsprechende Ehrung wäre die Bereitstellung von Gründen für die Errichtung einer Universitätsstadt auf dem Gelände des alten Allgemeinen Krankenhauses.

Von allen wurde bereits darauf hingewiesen, in welch großem Ausmaß die Stadt Wien für die Sicherung des Arbeitsplatzes der Wiener Bevölkerung sorgt. Zur Sicherung des Arbeitsplatzes gehört aber auch, alles zur Stärkung der Wirtschaft zu tun, damit sie auch in einem künftigen gemeinsamen Europa, zu dem wir ja einmal kommen werden, bestehen kann. Eine Sorge der Stadtverwaltung

./.

auf diesem Gebiet wird die richtige Standortplanung sein. Derzeit sind rund 50 Prozent unserer Betriebe innerhalb des Gürtels. Die Struktur der Wiener Bevölkerung ist altersmäßig sehr ungünstig. So sind nur 37 Prozent der Wiener Bevölkerung zwischen 20 und 50 Jahre alt (Budapest 44 Prozent, München 46 Prozent), und 25 Prozent (Budapest 15 Prozent, München 17 Prozent) älter als 60 Jahre. Leider kommen auch immer weniger Arbeitskräfte aus Niederösterreich und dem Burgenland nach Wien. Wir müssen daher versuchen, durch die Schaffung von ausreichendem und gutem Wohnraum, guten Verkehrsverhältnissen, genügenden Sport- und Erholungsflächen einen Anreiz für unsere Stadt zu bieten.

Zum Wohnungsbau selbst ist zu sagen, daß die Sozialisten heute endlich auch zur Ansicht gekommen sind, daß man mehr Wohnungen bauen müßte. Als die Volkspartei den Bau von 60.000 Wohnungen in einer Periode verlangte, hat man das als undurchführbar zurückgewiesen. Es ist aber nicht nur die Zahl der Wohnungen allein entscheidend, sondern auch ihre Beschaffenheit und die Tatsache, ob sie auch in Jahrzehnten noch entsprechen werden. Man dürfte also nicht nur Wert auf die Quantität legen, sondern müsse auch die Qualität berücksichtigen. Großzügigkeit wäre hier besser am Platz als Kleinlichkeit. Bei einer entsprechenden Wohnungsgröße würden viele Familien alte oder alleinstehende Angehörige eher aufnehmen und man könnte sicherlich dadurch nicht nur den einzelnen helfen, sondern auch Altersheim- und sonstige Heimbetten sparen.

Zu hoffen ist auch, daß die Gemeinde Wien weiterhin den neuen Baumethoden aufgeschlossen gegenüber steht. Es soll sich eine Firma bereiterklärt haben, im Süden unserer Stadt eine Fertigteilfabrik zu errichten. Der Redner ersucht den Vizebürgermeister um Mitteilung, wieweit hierüber Verhandlungen geführt werden. Bei der Vergabe der Gemeindewohnungen sollte man die Einkommensverhältnisse berücksichtigen. Nach der Statistik werden heute zehn Prozent des Einkommens für Alkohol und Nikotin ausgegeben.

./.

Man kann es also einem Großteil der Bevölkerung zumuten, für die Anschaffung einer Wohnung einen Beitrag zu leisten.

Nicht weniger wichtig als das Wohnungsproblem ist das Verkehrsproblem. Die Frage, ob die öffentlichen Verkehrsmittel in einer, zwei, oder gar drei Ebenen geführt werden sollen, ist nun endlich unumstritten. Die Massenverkehrsmittel sind unersetzlich, denn je mehr Autos wir in unserer Stadt haben werden, umso weniger wird man damit weiterkommen und umso eher wird man sich wieder dem Massenverkehrsmittel zuwenden.

Die Ansätze des Budgets für die Weiterführung unserer Großbauwerke sind daher erfreulich. Es ist zu hoffen, daß in dieser Periode endlich ein Generalverkehrsplan erstellt wird. Über die versprochene Verbindung der Stadtbahnlinie von der Gumpendorfer Straße weg, werde leider nicht mehr geredet.

Sorgen müsse die Stadtverwaltung auch für die Erhaltung und Vermehrung der Sport- und Erholungszentren. Hier wird die Zusammenarbeit mit Niederösterreich unumgänglich sein, weil die Wiener hauptsächlich in Niederösterreich Erholung suchen. Unter allgemeinem Beifall tritt der Redner für die Erhaltung des Bisamberges als Erholungsgebiet ein.

Wenn man die für nächstes Jahr vorgesehenen Ausgaben für die Versorgungseinrichtungen Wiens allein im Bereich der Hoheitsverwaltung in Höhe von 752 Millionen Schilling mit anderen Budgets vergleicht, so ergibt sich, daß dieser Betrag zum Beispiel mehr als das Doppelte des gesamten Budgets des Burgenlandes ausmacht. Es sei klar, daß besonders auf diesem Gebiet der Versorgungseinrichtungen die langfristige Planung verwirklicht werden muß. In fünf Jahren müßte es doch möglich sein, die Versorgungseinrichtungen soweit zu bringen, daß sie klaglos funktionieren.

Abschließend erinnert GR. Bittner an die gestrigen Reden von Bürgermeister Jonas und Stadtrat Dr. Drimmel. Er weist auf die Worte Drimmel's hin, wonach der Stil der politischen Arbeit, der 1945 geschaffen wurde, im Prinzip gut und richtig sei, jedoch angesichts der geänderten Verhältnisse im Sinne einer besseren Zusammenarbeit neu durchdacht werden müßte.

./.

Die ÖVP bekenne sich zur Zusammenarbeit im Wiener Gemeinderat. Wien sei so wenig wie Rom in einem Tag erbaut worden. Da das vorliegende Budget dem Ziel dient, das Antlitz unserer Stadt von gestern zu erhalten, aber gleichzeitig auch das Antlitz von morgen zu schaffen, stimme die ÖVP-Fraktion dem Voranschlag für 1965 zu.

Als nächster Redner charakterisiert GR. Marek (SPÖ) einleitend die Diskussionsbeiträge seiner Vorredner: Der Vertreter der KLS habe herzlos von einem Routinebudget gesprochen, der FPÖ-Vertreter habe den Voranschlag als ein Budget der Improvisationen bezeichnet, lediglich der Vertreter der ÖVP habe zum größten Teil in positiver Weise Stellung genommen.

Das Budgetvolumen 1965 habe sich bedeutend erhöht, nämlich gegenüber 1964 um 17,3 Prozent. Der KLS-Redner habe in diesem Zusammenhang von "Geldentwertung" und "inflationistischer Tendenz", der Redner der FPÖ von einer "Verdünnung" gesprochen. Dazu müsse jedoch ausdrücklich festgestellt werden, daß die Erhöhung des Budgetvolumens Ausdruck unserer konjunkturellen Lage ist, die sich unter anderem auch darin zeigt, daß in den ersten neun Monaten dieses Jahres die Industriegüterproduktion um acht Prozent, die Produktion der Investitionsgüter gestiegen ist.

Es sei schwer zu sagen, so setzt GR. Marek fort, welche Arbeiten vordringlich sind. Das Vorrangproblem sei je nach der individuellen Auffassung verschieden. In der Sowjetunion allerdings herrsche ein anderes System, dort könne der Staat den Vorrang einseitig bestimmen. Wir aber haben in freier Aussprache die Interessen der Bevölkerung wahrzunehmen und in die Tat umzusetzen.

Im folgenden weist der Redner darauf hin, welch große Probleme sich die Gemeinde Wien als Dienstgeber stellt. Fast 54.000 Bedienstete sind in der Gemeindeverwaltung tätig (34.689 Bedienstete in der Hoheitsverwaltung, 19.164 in den Stadtwerken). Zählt man die Zahl der Pensionisten (mehr als 36.000) sowie die Zahl der Familienangehörigen hinzu, so ergibt sich eine Summe, die etwa der Bevölkerungszahl einer Landeshauptstadt wie Graz oder Linz entspricht.

Der Löwenanteil der Investitionen entfalle auf den Bausektor. Die enormen Summen sind heir die Voraussetzung für die Vollbeschäftigung und die Auslastung der Kapazität des Baugewerbes. Es

müsse darauf hingewiesen werden, daß wesentliche Beträge auch zur Förderung des nichtstädtischen Wohnungsbaues aufgewendet werden, die Stadt Wien jedoch keineswegs ein Monopol im Wiener Wohnbauwesen anstrebe.

Es wurde gesagt, Wien als Weltstadt finde keine Anerkennung. Aber gerade die Gäste aus dem nahen und fernen Ausland sind positiver Meinung und stellen uns dieses Zeugnis aus. Der Wiener Fremdenverkehr hat einen unerhörten Aufschwung genommen. Was uns jedoch fehlt, sind preisgünstige Unterkunftsmöglichkeiten, die wir brauchen, um auch die Gäste aus kapitalschwachen Ländern zu uns zu bringen. Der Redner begrüßt daher den Ausbau des Internationalen Studentenheimes in Döbling, denn dieser Bau wird während der Sommermonate für die Unterbringung von Gästen verwendet.

Bedauerlicherweise wurde unser Bemühen um die Gäste aus dem Osten in der Wahlzeit bewußt falsch ausgelegt. Die Diffamierung der "Ostanfälligkeit" sollte endlich aus dem Tagesprogramm der ÖVP verschwinden. Wenn unser Vizekanzler Dr. Pittermann versucht, wirtschaftliche Beziehungen mit den östlichen Staaten herzustellen, und Sozialisten bemüht sind, neue Absatzgebiete der österreichischen Wirtschaft zu erschließen, so liegt das im Interesse eines gemeinschaftlichen Konzeptes.

Es wurde auch davon gesprochen, daß Wien eine stagnierende Stadt sei. Der Redner hält dem entgegen, daß Wien eine steigende Geburtenzahl aufweist.

GR.Marek nahm dann zu anderen wirtschaftlichen Problemen Stellung. Er unterstrich die große Aufgabe der Hafenbetriebsgesellschaft, die vor Jahresfrist gegründet wurde. Mit 1. Jänner werde der erste Schritt zur Zollfreizone gemacht werden können.

Im Zusammenhang mit der 500-Millionen-Investitionsanleihe betonte der Redner, daß dieser Betrag für die Stadtwerke nicht ausreichen werde, um die Investitionen innerhalb von fünf Jahren zu bestreiten. Es muß auch mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß diese Anleihen verzinst werden müssen und man darüber auch beraten muß, wie die Tilgung zu erfolgen hat. Jedenfalls kann die Tilgung in den derzeit geltenden Tarifen keine Deckung finden. Da gibt es keine Demagogie, denn man kann die Stadtwerke nicht in den Abgrund gehen lassen.

./.

Der Redner beschäftigt sich dann mit der Wahlpropaganda der anderen Parteien, um wie er sagt, Richtigstellungen vorzunehmen und die Atmosphäre zu reinigen. Den Freiheitlichen wirft er vor, daß sie Wien als Bewahrerin deutscher Kultur sehen wollen. Alle Achtung vor der deutschen Kultur, die wir genauso schätzen wie die französische, wie die italienische Kultur. Aber wir haben eine österreichische Kultur! ruft der Redner unter dem Beifall der beiden großen Parteien aus. Wir werden im Geist dieser österreichischen Kultur leben, Kultur und Heimat sind untrennbare Begriffe. (Beifall bei SPÖ und ÖVP)

Die Freiheitlichen haben auch auf einem Plakat mit einem rot angestrichenen Rathaus den Text gehabt: "Holt sie herunter!" Ein Teil ihrer Wähler, sagt GR. Marek zu den Freiheitlichen gewendet, hat ihnen die Antwort gegeben, nur dürfte der Schuß nach hinten losgegangen sein: Jetzt waren es nur mehr drei! Auch bei den Kommunisten sind es jetzt nur mehr zwei!

Der Redner nimmt dann kritisch zur ÖVP-Wahlpropaganda Stellung, wobei er sich insbesondere mit dem Fernsehinterview von Stadtrat Dr. Drimmel auseinandersetzt, in dem dieser erklärte, nach dem ersten Weltkrieg habe sich Wien unter der sozialistischen Stadtverwaltung als Rotes Wien aus Österreich verabschiedet. Das bedarf einer Erwiderung: Wien hat sich nicht losgelöst. Das Wien nach 1918 ist andere Wege gegangen, Wege der Gerechtigkeit. Wir haben uns vom Privilegienwahlrecht verabschiedet, von einer Finanzpolitik, die die Ärmsten zur Erfüllung der Kommunalpolitik herangezogen hat, wir haben uns verabschiedet von einem Wien des Bettgeherunwesens und einer Wohltätigkeit bürgerlicher Couleur. Es wurden die Werke eines Professors Julius Tandler auf dem Gebiete der Fürsorge verwirklicht und unter Minister Hanusch die sozialpolitische Gesetzgebung geschaffen. Und wir haben uns verabschiedet von einem Wien, in dem 80 Prozent der Wohnungen Zimmer-Küche-Wohnungen waren. Das Rote Wien ist geschaffen worden mit Kindergärten und Bädern und in der Tbc-Bekämpfung. Dieses Wien hat Werke geschaffen, die auch im Ausland gewertet werden.

./.

Wir haben also überhaupt nur schlechte Werke getan, ich staune, daß das heute nicht erwähnt wurde, zum Beispiel die 20 Millionen für das Belvedere. (Stadtrat Dr. Drimmel: Das Belvedere stammt aus dem Wien, von dem Sie 1918 gesagt haben, daß es auf dem Schindacker krepiert ist!) Da müßten wir jetzt über die Nationalitätenfrage sprechen, darüber, daß in dem guten gemütlichen Wien die arbeitenden Menschen keine Rechte hatten, daß Bettgeher und Tuberkulose zum Charakteristikum dieser Stadt gehörten. Die Bezeichnung Rotes Wien ist gegenwärtig und wird von uns gar nicht propagiert. Wenn die Volkspartei sagt: Mehr Ideen ins Rathaus, muß man erwidern: Die Ideen sind von uns ausgegangen, denn Sozialismus ist ein Bekenntnis zum Humanismus. Wir wollen gemeinsam arbeiten, aber dann ist es kein Privileg, gute Ideen anzukündigen, sondern sie müssen in die Tat umgesetzt werden. Man kann die Arbeit im Wiener Gemeinderat nicht aus der Zahl der Anträge und Anfragen ablesen, sondern aus den Leistungen, aus der Arbeit, zu der wir uns zusammenfinden mögen. In dem Wahlprogramm der ÖVP steht der Satz, daß wir auf den Schultern unserer Großväter anno 1918 stehen. (Stadtrat Dr. Drimmel: Wir auch!) Alle können nicht auf den Schultern der Großväter stehen, das wäre eine artistische Leistung. Wir stehen nicht auf den Schultern unserer Großväter, sondern auf dem Boden der Realität, aber mit dem Blick auf Morgen. Bevor wir uns aber wieder zur Zusammenarbeit zusammenfinden, die wir bejahen, müssen wir diese Wahlpropagandaargumente entrümpeln (Ruf bei der ÖVP: Sie haben ja angefangen!), diese verhatschten Schuhe, den tropfenden Wasserhahn!

Wir müssen den Menschen auch ihre Verpflichtungen dem Gemeinwesen gegenüber aufzeigen. Wir sind dafür, daß die Menschen besser leben, sie müssen aber auch ihren Beitrag leisten. Freilich müssen wir ihnen dann zeigen, was wir mit dem Geld optimal leisten. Wir wollen an die Arbeit gehen. Mit der Erklärung, daß die sozialistische Fraktion vorbehaltlos und mit Genugtuung den Ansätzen des Voranschlages zustimmt, verbinden wir den Dank an Vizebürgermeister Slavik für die Erstellung des Voranschlages und für die Verantwortung, die er als Stadtrat für Finanzen trägt.

Das Schlußwort von Vizebürgermeister Slavik

Nach Beendigung der Debatte betrat Vizebürgermeister Slavik das Rednerpult zu seinem Schlußwort. Er sagte, daß er für die

./.

Diskussion sehr dankbar sei. Sie wurde in verhältnismäßig freundlicher Art geführt, wofür er sich selber in seinem Schlußwort nach Möglichkeit revanchieren werde. Vizebürgermeister Slavik nahm darauf zu den aufgeworfenen Fragen im einzelnen Stellung:

Der Sprecher der KLS-Fraktion hat die "Schuldenwirtschaft" der Gemeinde kritisiert. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß der Vermögensstand der Stadt Wien Ende 1962 2.641 Millionen, Ende 1963 dagegen 2.863,6 Millionen betrug. Der Vermögensstand hat somit in einem Jahr einen Zuwachs von 222,6 Millionen Schilling erfahren, ohne daß dabei etwa das Grundeigentum neu bewertet worden wäre.

In dem Vergleich der Gemeindepolitik der Ersten Republik mit der nach 1945 wurde die erstere gepriesen und die letztere verdammt. Demgegenüber muß man sich an die Zeit zurückerinnern, da die heutigen KLS-Vertreter dem damaligen "Kommunistischen Jugendverband" angehörten und die "Rote Fahne" lasen. Dieses Blatt polemisierte seinerzeit gegen Breitner, Tandler oder Seitz in einer Art, der gegenüber die heutige Schreibweise der "Volksstimme" geradezu als gutmütig bezeichnet werden kann. Wäre damals die Tarifpolitik der Stadt Wien von den heutigen KLS-Vertretern so gelobt worden, wie dies heute geschah, hätten sie mit ihrem Ausschluß aus den kommunistischen Organisationen rechnen müssen. Es soll damit vor einer politischen Legendenbildung gewarnt werden. Politiker finden je meist erst Anerkennung, wenn sie gestorben sind.

Die Tarifpolitik der Stadt Wien könnte heute Vorbild für viele Städte in der Welt und in Österreich sein. Ihr Grundsatz ist, der Bevölkerung nicht mehr aufzulasten, als unbedingt notwendig. Der Strompreis ist gegenwärtig sowohl relativ als auch absolut niedriger als in der Ersten Republik. Der Gastarif liegt weit unter dem Durchschnitt. Es gibt freilich keine Wirtschaftsform, bei der ein Wohltäter alle Kosten für die Bevölkerung übernimmt. Man kann die notwendigen Mittel entweder in Form von Entgelten für erwiesene Leistungen oder durch Steuern hereinbringen. Man kann auch, so wie in den Ostblockländern, das Geld über die Betriebe und Geschäfte beziehungsweise durch die Preise der Waren, die alle kaufen müssen, herbeischaffen.

./.

Wir in Wien wünschen uns dieses System allerdings nicht. Unsere Bevölkerung ist nicht so unvernünftig, daß sie nicht wüßte, daß das Geld für die gemeinsamen Aufgaben auch durch die Öffentlichkeit aufgebracht werden muß.

Auch der kommunale Wohnbau und die Mietzinsbildung der Ersten Republik wurden als vorbildlich hingestellt. Damals wurden im Washington-Hof 57 Groschen Miete pro Quadratmeter verlangt. Das war der Gegenwert für ein kleines Gulasch und eine Semmel. Die gegenwärtigen Mietzinse von zwei Prozent der Baukosten im Jahr erreichen zweifellos nicht diese relative Höhe. Daher nochmals: Keine Legendenbildung! In der Ersten Republik wurden für die damals zwei Millionen Einwohner von Wien 5.000 Wohnungen pro Jahr gebaut. 1965 sollen ebenfalls 5.000 Gemeindewohnungen für 1,65 Millionen Einwohner errichtet werden, was eine um 17 Prozent höhere Kopfquote bedeutet.

In den Ostblockländern stehen gegenwärtig acht Quadratmeter Wohnraum pro Person zur Verfügung, in Wien dagegen 22 Quadratmeter.

Zum Eigenheimbau muß gesagt werden, daß auch Wien Eigenheimsiedlungen errichtet und gefördert hat. Jedoch kann sich eben nur ein sehr kleiner Bevölkerungsteil die trotz aller Förderungsmaßnahmen damit verbundenen Aufwendungen leisten.

In der Ersten Republik waren die Bedingungen im genossenschaftlichen Wohnbau etwa dieselben wie heute. Man mußte zehn Prozent Eigenmittel aufbringen. Damals konnten sich das nur wenige leisten. Um die Beteiligung zu fördern, gab man die Möglichkeit, die Eigenmittel einzuarbeiten, wobei die Arbeitsstunde mit 50 Groschen bewertet wurde. Viele konnten auch die zwei Prozent Annuitäten nicht bezahlen und man mußte versuchen, hier durch Nebenerwerbssiedlungen Abhilfe zu schaffen. So war in Wahrheit die Wirtschaftssituation der Ersten Republik. Man soll also bei Vergleichen nicht auf die Vergeßlichkeit spekulieren!

Zu der Frage einer zweiten Montagebaufabrik ist zu sagen, daß diese nicht von der Gemeinde direkt, sondern von einer Gesellschaft unter finanzieller Beteiligung der Stadt Wien realisiert wird. Nach Fertigstellung des Gesellschaftsvertrages wird diese Frage wieder im Gemeinderat behandelt werden.

Was die Pflegegelder in den Spitälern betrifft, muß betont werden, daß noch keine Verbesserung des Krankenanstaltengesetzes

./.

erreicht werden konnte. Da es sich dabei um ein Bundesgesetz handelt, müßte für eine Novellierung eine entsprechende Mehrheit im Parlament gefunden werden. Es ist das gemeinsame Streben aller Gebietskörperschaften, höhere Leistungen des Bundes für die Spitäler zu erreichen. Diesbezügliche Verhandlungen sind im Gange. Wien hat die Pflegegebühren erhöht, aber auch die Krankenkassen zu einer Erhöhung ihrer Leistungen um zehn Schilling pro Verpflegstag bewogen. Das kann für die Stadt Wien Mehreinnahmen bis zu 30 Millionen jährlich bedeuten.

Die Frage der Bettennot ist immer relativ. In der UNO-Liste über die relative Zahl der Spitalsbetten steht Wien ganz an der Spitze und zählt gewiß in der Gesundheitsbetreuung der Bevölkerung zu den führenden Städten der Welt. Das ändert nichts an der Tatsache, daß die Modernisierung unserer Spitäler eine notwendige Aufgabe ist.

Was die Schnellbahn anlangt, ist sie ein Projekt der ÖBB, ebenso die Verbindung Gumpendorfer Straße-Meidlinger Hauptstraße. Die Bundesbahn hat ein Schnellbahnprojekt, das über die Grenzen Wiens hinausgeht, geplant.

Für die Unterführung der Inneren Stadt sind im Budget 1965 noch keine Beträge vorgesehen, weil diese Unterführung im kommenden Jahr noch nicht begonnen werden kann, da erst einmal die Unterführung der Zweierlinie fertig sein muß. Man kann schließlich nicht die ganze Stadt auf einmal aufreissen, da die Wirtschaft und der Verkehr sehr darunter leiden würden. Wenn gesagt wurde, daß man manche Verkehrslösungen erst zu spät in Angriff nimmt, so stimmt auch das nicht. Wir gehen mit dem Stadtbild der Inneren Stadt nicht leichtfertig um und konnten die Unterführung erst ins Auge fassen, als die Techniker durch die Erfindung neuer Baumethoden die Gewähr dafür geben konnten, daß die historischen Bauten dadurch nicht in Mitleidenschaft gezogen werden.

Daß der Finanzausgleich nur ein Kompromiß ist, ist selbstverständlich. Wenn alle mit ihm unzufrieden sind, dürfte dies jedoch ein Zeichen dafür sein, daß er wenigstens halbwegs gerecht ausgefallen sein muß. Aufgabe beim Finanzausgleich ist es, die gegenseitigen Interessen und Wünsche abzuwägen und auszugleichen. Man muß jedoch in diesem Zusammenhang immer wieder darauf hinweisen, daß nicht die anderen Steuerzahler für Wien zahlen, sondern

./.

eher umgekehrt. Man kann auf den Schilling genau feststellen, wieviel von den gemeinschaftlichen Abgaben von Wiener und wieviel von anderen Steuerzahlern aufgebracht wird.

Kritik wurde auch an der Bundesfinanzpolitik geübt. Natürlich kann man zu ihr die verschiedensten Einstellungen haben. Man muß jedoch auch zur Kenntnis nehmen, daß der Bund ein anderes Verwaltungssystem hat als eine Gebietskörperschaft. In Wien ist es der Kollegialbehörde vorbehalten, darüber zu entscheiden, was mit den Einnahmen geschieht und wie hoch die Ausgaben sein können. Deswegen muß man auch die Finanzpolitik der Stadt Wien von einem anderen Gesichtspunkt aus betrachten. In Wien wird zum Unterschied zum Bund nicht ein vorsichtiges Budget erstellt, damit der Finanzreferent über die Mittel verfügen kann, sondern damit die Kollegialbehörden im Laufe des Jahres notwendig erscheinende Leistungen beschließen können. Im übrigen wurde bei der Budgetierung der wirtschaftlichen Entwicklung Rechnung getragen.

Bezüglich des Kulturgroschens wurde vor kurzem in einer Stellungnahme der Verbindungsstelle der Bundesländer darauf hingewiesen, daß die Bundesländer nicht auf die Erträge aus dem Kulturgroschen verzichten können, es sei denn, daß ein finanzieller Ausgleich durch andere Einnahmen geschaffen würde.

Für den Montagebau sind etwa 180 Millionen Schilling vorgesehen.

Das Verkehrsproblem: Es ist mit Ausnahme der Ostblockstaaten noch keinem Land, bzw. keiner Großstadt gelungen, den sprunghaft angestiegenen Verkehrsverhältnissen Rechnung zu tragen. Es kann eben nicht jeder eine Autobahn bis zu seiner Tür und einen Parkplatz überall dort haben, wo er gerade parken will. In den Ostblockstaaten besteht das Problem nur deshalb nicht, weil es dort Kontingente für die Zulassung von Fahrzeugen gibt. Berlin als Beispiel für gute Verkehrslösungen anzuführen, sei ein Vergleich, der nicht möglich ist. Wien war zu etwa 15 Prozent durch Kriegseinwirkungen zerstört. In Berlin war die Zerstörung so groß, daß vom alten Berlin fast nichts übriggeblieben ist. Man konnte also auf ebenem Boden anfangen die Verkehrsprobleme zu lösen. In Wien waren die Zerstörungen glücklicherweise nicht so arg und wir konnten unser historisches Stadtbild bewahren, müssen ihm aber auch bei Verkehrslösungen Rechnung tragen.

./.

Die Wasserknappheit war lange Zeit ein ausgezeichnetes demagogisches Gesprächsthema. Man kann jedoch nicht wegdiskutieren, was auf dem Gebiet der Wasserversorgung alles geschehen ist. Selbst in ärgsten Krisenzeiten hatten wir täglich rund 400 Millionen Liter Leitungswasser für die Wiener Bevölkerung zur Verfügung. Trotzdem ist die Stadtverwaltung bemüht, immer mehr Wasser zur Verfügung zu stellen. Es wurde auf diesem Gebiet keinesfalls etwas verabsäumt. Man hat beim neuen Grundwasserwerk die Rohre bereits verlegt, als die Bewilligung für die Wasserentnahme noch nicht gegeben war.

Wenn wir die Finanzen unserer Stadt während der letzten zehn Jahre prüfen, werden wir daraufkommen, daß wir weder Sparkasse gespielt haben, noch leichtfertig waren. Wir haben den Grundsatz eisern durchgehalten, mit dem das Auslangen zu finden, was wir einnehmen, und das einzunehmen, was wir brauchen, um unsere Pflichten zu erfüllen.

Das Problem der Restzahlungen hängt nicht von uns ab. Hier spielt auch die Steuerpolitik mit hinein, die Bilanzgestaltung einzelner Unternehmer. Manche warten nämlich mit der Rechnungslegung oft bis zum nächsten Jahr, daher sind dann erst die Abrechnungen über lang zurückliegende Arbeiten möglich.

Zum Problem der "vorsichtigen Schätzungen": Der Gemeinderat bemüht sich stets im Lauf des Jahres, das, was eingespart wurde - wenn man also will, die Reserven -, immer wieder zu verbrauchen. Bei aller Vorsicht der Schätzungen ist es noch nie vorgekommen, daß eine Steigerung der Reserven erreicht wurde.

Einen Überblick über die Bauleistungen kann man sich leicht verschaffen, wenn man den Voranschlag genau liest.

Für irgendwelche Beiträge der Stadt Wien zum Jubiläum der Wiener Hochschulen ist im Budget für 1965 tatsächlich nichts vorgesehen, so auch noch nichts dafür, um dem Wunsch des Rektors der Wiener Universität nach Überlassung der Gründe des alten Allgemeinen Krankenhauses zu entsrpechen.

Bürgermeister Jonas hat jedoch gestern erklärt, daß vom Gemeinderat erst besondere Beschlüsse darüber gefaßt werden sollen. Erst wenn solche Beschlüsse vorliegen, dann wird dafür Sorge getragen werden, daß die entsprechenden Beträge entweder aus der Post "Unvorhergesehene Ausgaben" oder aus der Rücklage zur Verfügung stehen.

./.

Ganz allgemein muß zu dieser Frage jedoch festgestellt werden, daß diese Gründe ja erst dann zur Verfügung gestellt werden könnten, wenn das alte Allgemeine Krankenhaus geräumt sein wird. Und das wird wohl noch einige Zeit dauern. Vor allem aber: Was könnte die Universität dann mit dem Baugrund anfangen, wenn ihr kein Geld für die Bebauung zur Verfügung gestellt werden sollte? Wir wollen keine neue Mistgstetten in Wien haben! Der Bund hat Baugründe genug, aber sie sind leer und unbebaut, sie sind Mistgstetten, wie zum Beispiel die Aspangbahngründe, der Freihofgrund und andere. Das sind alles Bundesgründe, auf denen nichts, aber schon gar nichts geschieht. Warum werden die nicht verbaut?

Zum Wohnungsbau: Es wurde in der Debatte von Differenzen in den Schätzungen gesprochen. Es gibt zweierlei Versprechungen, und zwar solche, die gemacht werden, ohne daß man davon überzeugt ist, daß man sie halten kann; und es gibt Versprechungen, die man in der festen Überzeugung abgibt, daß man sie halten kann. Wir sind der Überzeugung, daß wir das, war wir auf dem Wohnungssektor versprochen haben, nämlich 45.000 Wohnungen zu bauen, auch halten können. Darauf kann die Bevölkerung bauen! Die Wiener werden sich freuen, wenn wir mehr bieten können als wir versprochen haben. Sie würden sich aber nicht freuen, wenn es weniger wäre. Bei den 45.000 Wohnungen haben wir die absolute Sicherheit, daß wir sie errichten können.

Familiengerechte Wohnungen: Es ist klar, daß diese Frage in nächster Zeit nicht gelöst werden kann. Die Größe einer Wohnung richtet sich nämlich nicht nach einem Wunschbild, sondern nach dem Einkommen des Wohnungswerbers, nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Volkes, denn für das Volk werden die Wohnungen gebaut. Daher werden wir auch in Zukunft genau beobachten müssen, wie sich die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit entwickelt, und erst danach können wir die Größe der Wohnungen bestimmen. Gegenwärtig ist das Lohnniveau der Arbeitnehmer in Österreich leider nicht hoch genug, um für sie Wohnungen mit einer Durchschnittsgröße von etwa 130 Quadratmeter bauen zu können.

./.

Einkommensgrenze: Wenn die Forderung nach einer Festlegung der Einkommensgrenze für Wohnungswerber erhoben wird, so muß zuerst die Frage beantwortet werden, was eigentlich das Einkommen ist. Ist es das, was auf der Lohnsteuerkarte aufscheint, oder das, was in der Einkommenssteuererklärung steht, oder das, was uns von "guten Freunden" hinterbracht wird? Wir können keinen riesigen Apparat zur genauesten Überprüfung des Einkommens jedes einzelnen Mitbürgers aufstellen. Abgesehen davon, ist auch NR. Prinke nicht bereit, eine Einkommensgrenze für seinen Verein der Wohnungsfreunde festzulegen. Warum er nicht bereit ist, hat er mir nicht gesagt!

Abschließend sagt Vizebürgermeister Slavik: Für oberflächliche Beobachter mag das Budget nur aus vielen Zahlen und Ziffern bestehen. Hinter jeder Zahl und hinter jeder Ziffer aber steht das Schicksal Wiens, das Schicksal der Bevölkerung, das Schicksal jedes einzelnen Wieners. Wir glauben, daß wir mit Hilfe dieses Budgets die Aufgaben meistern können, die uns gestellt wurden. Wir glauben, daß wir mit diesem Budget den entscheidenden Schritt in der ersten Etappe tun, um uns der Erfüllung dessen, was wir uns für die kommenden fünf Jahre vorgenommen haben, näherzubringen.

Da keine Abänderungsanträge vorliegen, kommt es gleich zur Abstimmung, bei der die Ansätze des zweiten Hauptstückes (Finanzen) mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen werden.

Der Antrag des Berichterstatters, die Erinnerungen den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zur Erledigung zuzuweisen, wird einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende, GR. Dr. Bohmann, unterbricht die Sitzung und teilt mit, daß die Beratungen über den Voranschlag 1965 übermorgen Montag, den 14. Dezember, um 9 Uhr, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe I (Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform) und der Geschäftsgruppe III (Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung) fortgesetzt werden. Referenten sind Stadtrat Bock (SPÖ) und Vizebürgermeister Mandl (SPÖ).

(Ende des Sitzungsberichtes.)

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Geehrte Redaktion!

In dieser Woche wird Bürgermeister Jonas noch drei von der Wiener Stadtverwaltung geschaffene wichtige Verkehrsbauten eröffnen. Wir bitten Sie, folgende Termine vorzumerken:

Donnerstag, 17. Dezember, 8.30 Uhr, Eröffnung der Spetterbrücke über die Vorortelinie in Ottakring. Die Spetterbrücke ist ein wichtiges Zwischenglied der kommenden Schnellverkehrsstraße von der Autobahn-West über Flötzersteig-Gablenzgasse zur Burggasse. Zufahrt zur Spetterbrücke: Straßenbahnlinien 10 und 46.

Freitag, 18. Dezember, 8.30 Uhr, Übergabe des soeben ausgebauten Teiles des Mariahilfer Gürtels, der die Linke Wienzeile mit der Gumpendorfer Straße verbindet (Gürteldurchbruch). Treffpunkt: Ecke Linke Wienzeile und Eisvogelgasse.

Samstag, 19. Dezember, 15.30 Uhr, Eröffnung der Wiener Nordeinfahrt (Prager Straße-Nordbrücke-Nußdorfer Brücke-Donaukanalbegleitstraßen-Gürtelbrücke). Treffpunkt: 21, Prager Straße bei der Einmündung des neuen Straßenzuges zur Nordbrücke.. Zufahrt: Straßenbahnlinie 132.

Sie sind herzlich eingeladen, zu diesen wichtigen Veranstaltungen Berichterstatter und Fotoreporter zu entsenden.

\- - -

Bürgermeister Franz Jonas:

Appell an alle Wiener: Interessieren Sie sich für das Gemeindebudget!

Das Bemerkenswerteste in diesem Jahr - Weihnachtswünsche an alle

14. Dezember (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien gab Bürgermeister Jonas Sonntag, den 13. Dezember, einen Bericht über die soeben erfolgte Konstituierung des neuen Wiener Gemeinderates und über die wichtigsten Ereignisse im nunmehr ablaufenden Jahr. Der Bürgermeister führte aus:

"Am vergangenen Freitag hat der neue Gemeinderat seine Konstituierung vorgenommen. Es wurden der Bürgermeister, die Vorsitzenden des Gemeinderates und die Schriftführer gewählt. Dann erfolgte die Wahl der Mitglieder der Gemeinderatsausschüsse und der anderen gemeinderätlichen Körperschaften. In der Landtagssitzung, die am gleichen Tag stattfand, wurden die drei Präsidenten, die Schriftführer und die Mitglieder der Landtagsausschüsse gewählt. Außerdem wurden zwölf Mitglieder des Bundesrates gewählt, die das Land Wien in diese Körperschaft entsendet. Somit sind der Gemeinderat und der Landtag nach den Neuwahlen vom 25. Oktober dieses Jahres in ihre Rechte und Pflichten eingetreten und können die Arbeiten sofort aufnehmen.

Leider sind die beiden großen Parteien im Wiener Gemeinderat bei ihren Verhandlungen zur Bildung des neuen Stadtsenates noch nicht so weit gekommen, daß auch schon die Stadträte, das sind die Mitglieder des Stadtsenates, beziehungsweise der Landesregierung, gewählt werden konnten. Es wäre für die Wähler verständlicher,

./.

würden bei der Konstituierung des Gemeinderates auch schon die Stadträte gewählt worden sein. Es soll aber diese Verzögerung kein Anlaß zu einer Beunruhigung sein. Es ist begreiflich, daß die beiden Parteien das Kräfteverhältnis, das durch die Wahlen vom 25. Oktober geschaffen wurde, sehr genau abwägen und sich im Rahmen der gemeinsamen Arbeit eine günstige Stellung sichern wollen. Nachdem das Arbeitsübereinkommen, das zwischen den beiden Koalitionsparteien abgeschlossen werden soll, sich nicht auf kurze Zeit, sondern auf alle fünf Jahre der neuen Wahlperiode erstreckt, ist es verständlich, daß alles genau überlegt, geprüft und dann das Ergebnis der Verhandlungen den beschlußberechtigten Körperschaften der beiden Parteien zur Genehmigung vorgelegt wird. Es ist also dagegen nichts einzuwenden, sondern vielmehr zu begrüßen, wenn die Verhandlungen so geführt werden, daß keine Unklarheiten bestehen bleiben, sondern die Verhandlungspartner und die Wähler wissen, woran sie sind. Hoffentlich werden die Verhandlungen doch in kurzer Zeit abgeschlossen sein, damit dann die Mitglieder des neuen Stadtsenates gewählt werden können. In unserer Stadtverfassung ist wohl die Bestimmung enthalten, daß die Stadträte auch nach Ablauf der regelmäßigen Amtsdauer bis zur Neuwahl ihrer Nachfolger im Amte verbleiben. Aber allzu lange darf die Neuwahl der Nachfolger nicht verzögert werden, damit die Arbeit im Rathaus in einer klaren und zweifelsfreien Atmosphäre vor sich gehen kann.

Inzwischen waren die Vorarbeiten für die nächsten Sitzungen des neuen Gemeinderates bereits so weit gediehen, daß nach der Konstituierung alle vor Jahresablauf noch notwendigen Verhandlungen durchgeführt werden können. Es sind dies vor allem Berichte über das Jahr 1963, und zwar der Rechnungsabschluß, der Bericht des Kontrollamtes und die Bilanz der Wiener Stadtwerke. Anschließend daran wird bis voraussichtlich 19. Dezember das Budget für das Jahr 1965 beraten und beschlossen. Über dieses Budget wurde in den Tageszeitungen und im Rundfunk zwar schon einiges berichtet, doch wird es gut sein, wenn Sie die Beratungen im Gemeinderat genau verfolgen. Ich lade Sie deshalb ein, an den

./.

kommenden Tagen die Gemeinderatssitzungen zu besuchen, soweit es Ihre Zeit erlaubt, auch wenn es nur für ein oder zwei Stunden ist. Die Sitzungen beginnen immer um 9 Uhr. Die Eintrittskarten sind im Präsidialbüro des Rathauses im ersten Stock zu beheben.

Seitdem wir in Wien Vollbeschäftigung haben, also seit ungefähr zehn Jahren, wird der Umfang des Budgets immer größer und erreicht jedes Jahr eine neue Rekordhöhe. Das ist auch für 1965 so. Die Einnahmen werden sich auf 8,6 Milliarden und die Ausgaben auf 8,8 Milliarden Schilling belaufen. Die Stadtwerke, die ein eigenes Budget vorlegen, werden Einnahmen in der Höhe von 3,7 Milliarden und Ausgaben von 3,9 Milliarden Schilling verzeichnen. Es sind also Gesamtausgaben von zwölfeinhalb Milliarden Schilling, die im nächsten Jahr direkt oder indirekt der gesamten Wiener Wirtschaft wieder zufließen werden. Damit werden neuerdings zehntausende Arbeitsplätze gesichert, aber vor allem wird damit vorgesorgt, daß die Ausbau- und Modernisierungsarbeiten in unserer Stadt weitergeführt werden können. Viele Wünsche und Bedürfnisse werden befriedigt, aber doch nicht alle. Dem Gemeinderat geht es ungefähr so wie dem gewissenhaften Familienvater oder der Hausfrau, die darauf zu achten haben, daß die Gelder vernünftig eingeteilt werden, damit das Notwendige angeschafft wird ohne sich in Schulden einzulassen. Ich bitte Sie also, sich für die Beratungen im Gemeinderat zu interessieren, und zwar auch deshalb, weil es sich in erster Linie um die Steuergelder der Wiener Bevölkerung handelt. Lassen Sie sich von den vielen Zahlen nicht abschrecken. Denken Sie daran, daß hinter den Zahlen das Leben und das Arbeiten unserer Stadt stehen, die im nächsten Jahr wieder um einen großen Schritt vorwärtskommen soll.

Wenn das Jahr zu Ende geht, benütze ich meine Sendung dazu, um Ihnen über die wichtigsten Merkmale und Ereignisse des ablaufenden Jahres zu berichten. Es wäre verlockend, Sie im einzelnen daran zu erinnern, daß im Jahre 1964, mehr als in den vorhergehenden Jahren, große Vorhaben der Gemeinde Wien fertiggestellt wurden. Das hat seinen Grund darin, daß eben am Ende der abgelaufenen fünfjährigen Arbeitsperiode des Gemeinderates auch jene Vorhaben fertig wurden, die einer mehrjährigen Arbeit bedurften.

./.

Das traf bei den großen Verkehrsbauten zu, also zum Beispiel bei der Albertina-Passage, bei der Grünbergstraße und bei der Kennedy-Brücke, bei der Prager Straße und beim Flötzersteig, ebenso bei der Gürtelbrücke und Adalbert Stifter-Straße, bei der Nordbrücke mit allen Anschlußstücken, bei der Spetterbrücke und bei der Vollendung der Gürtelstraße. Besonders erfreulich waren die Erfolge im Spitalswesen, weil im Wilhelminenspital und im Franz Josef-Spital große Erweiterungen vorgenommen werden konnten. Das Ereignis, das nach außen hin am stärksten in Erscheinung trat, war wohl die Internationale Gartenausstellung, die vom April bis Oktober stattfand und 2,1 Millionen Besucher aus dem In- und Ausland anlockte. Sie bedeutete für alle Blumenfreunde ein unvergeßliches Erlebnis.

Besonders erfolgreich war wieder die Kongreßtätigkeit in unserer Stadt. Unsere Fremdenverkehrsstelle berichtet in ihrem letzten Ausweis, daß in diesem Jahr 163 Kongresse und Tagungen der verschiedensten Größe stattfanden, deren bedeutendster der Weltpostkongreß war, der sechs Wochen dauerte. Auch der Bericht über die Entwicklung des Fremdenverkehrs ist außerordentlich erfreulich, denn die Zahl der gemeldeten Fremden ist gegenüber dem Vorjahr um 14½ Prozent gestiegen und erreicht insgesamt 930.600 Personen. Ihre Übernachtungen stiegen um 9,7 Prozent und erreichten 2,707.000. In diesen Zahlen sind Gäste, die Privatunterkunft fanden, nicht enthalten. Auch die Jugendherbergen und die Campingplätze wiesen steigende Besucherzahlen auf. Alles in allem ein erfreulicher Bericht, der uns zeigt, daß Wiens Anziehungskraft für internationale Veranstaltungen und für Besucher aus dem Ausland weiterhin gewachsen ist.

Und nun, will ich Ihnen, wie ich das jedes Jahr tue, jene wenigen Zahlen zur Kenntnis bringen, die am deutlichsten die Situation unserer Stadt und das Leben seiner Bewohner charakterisieren. Vorerst die Feststellung, daß die Stabilität unserer Wirtschaft am deutlichsten darin zum Ausdruck kommt, daß die Zahl der Beschäftigten, die bei der Gebietskrankenkasse, und die Zahlen der Arbeitssuchenden, die beim Arbeitsamt gemeldet sind, im Vergleich zum Vorjahr fast gleich geblieben sind.

./.

Die Gebietskrankenkasse meldet 653.340 Versicherte und das Arbeitsamt meldet 12.720 vorgemerkte Arbeitssuchende. Es scheint, daß die Arbeitskraftreserven völlig ausgeschöpft sind, und daß unsere Wirtschaft eine Ausweitung der Erzeugungskapazität fast nur mehr durch eine weitere Rationalisierung und Mechanisierung erreichen kann.

So wie in den vergangenen Jahren muß ich auch heuer berichten, daß die Zahl der motorisierten Fahrzeuge neuerlich gewachsen ist. Ende Oktober 1964 war sie im Vergleich zum Vorjahr um 15.560 auf 321.180 gestiegen, obwohl Motorräder und Mopeds um 3.430 weniger wurden. Das Tempo des Zuwachses an Kraftfahrzeugen hat sich gegenüber den vergangenen Jahren doch schon etwas verlangsamt. Ist das schon ein Zeichen einer gewissen Sättigung? Die Verkehrsunfälle sind in ihrer Gesamtzahl trotz der Vermehrung der Autos gleichgeblieben, doch ist die Zahl der verletzten Verkehrsteilnehmer um 540 auf 9.720 gestiegen und leider hat sich die Zahl der tödlich Verletzten um 38 auf 216 erhöht. Wir registrieren diese Tatsache mit größtem Bedauern, aber auch mit der Aufforderung an alle Verkehrsteilnehmer, sich der Verantwortung bewußt zu sein und gegenseitig ein Höchstmaß von Rücksichtnahme zu üben.

Zum erstenmal seit zehn Jahren muß ich Ihnen leider mitteilen, daß die Zahl der Geburten sich im Vergleich zum Vorjahr kaum erhöht hat. Bisher stiegen wir von Jahr zu Jahr um ungefähr 1000 Geburten. Im ablaufenden Jahr ist das leider nicht mehr der Fall. Wir werden voraussichtlich 20.200 Geburten haben, was gegenüber dem Vorjahr ungefähr gleichbleibend ist. Ich weiß nicht, ob diese Stagnation auf einen Zufall oder auf andere Ursachen zurückzuführen ist. Eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung könnte als Begründung nicht angeführt werden, eher noch eine Veränderung der Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter. Jedenfalls wäre es wert, die Tendenz der Geburtenzahlen genau zu prüfen. Hoffentlich ist das Jahr 1964 nur eine vorübergehende Unterbrechung der Geburtensteigerung in Wien.

Und nun wieder ein erfreuliches Kapitel, das uns zeigt, daß das Vertrauen der Bevölkerung in den Schilling anhält und daß Sparen weiterhin modern bleibt. Die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien meldet mir, daß sich heuer die Summe der Spärein-

./.

lagen wieder erhöht hat, und zwar um 847 Millionen auf 6.585 Millionen. An dieser Erhöhung nimmt auch das Jugendsparen teil, das heuer bereits auf einen Sparbetrag von 111 Millionen Schilling hinweisen kann. Und ein weiterer erfreulicher Bericht: die Stadt Wien hat im Rahmen ihres sozialen Wohnbauprogramms heuer 5.000 Wohnungen fertiggestellt und beinahe alle den neuen Mietern bereits übergeben. Ein Teil dieses Erfolges ist der neuen Montagebauweise zuzuschreiben, deren erste große Baustelle in Neu-Kagran sich schon zu einem eigenen Stadtteil entwickelt.

Meine heutige Sendung ist die letzte vor dem Weihnachtsfest. Ich will deshalb die Gelegenheit benützen, Ihnen, der ganzen Wiener Bevölkerung und allen österreichischen Landsleuten ein recht frohes und glückliches Weihnachtsfest zu wünschen. Ich denke dabei besonders an jene Wienerinnen und Wiener, die wegen Erkrankung während der Festtage im Spital sein müssen oder die in den Altersheimen Zuflucht gefunden haben. Sie mögen sich nicht vereinsamt und vergessen vorkommen, sondern überzeugt sein, daß sie mit eingeschlossen sind in dem Gedanken aller gutgesinnten Wienerinnen und Wiener."

\- - -

Die Budgetberatungen im Rathaus:

Das Personal der Stadt Wien

14. Dezember (RK) Am zweiten Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde die Verwaltungsgruppe I (Personalwesen, Verwaltung und Betriebsreform) behandelt. Stadtrat Bock (SPÖ) erstattete das Referat. Er führte aus:

"Die Vorbereitung und die Realisierung der im Budget gestellten Aufgaben liegen zum überwiegenden Teil in den Händen des städtischen Personals - unserer rund 54.000 Gemeindebediensteten. Auf sie kann sich die Stadt Wien stets verlassen. Das war bisher so und ich bin überzeugt, es wird auch in Zukunft der Fall sein. Einsatzbereitschaft und Pflichterfüllung gehen oft über das normale Maß hinaus.

Daraus ergibt sich aber für uns eine Verpflichtung: Wir müssen Vorsorge treffen, daß auch unser Personal am sozialen Fortschritt teilnehmen kann und am gesteigerten Sozialprodukt seinen gerechten Anteil erhält. Freilich, die Lösung dieser Probleme ist für den öffentlichen Dienstgeber ungleich schwieriger als für den privaten Dienstgeber. Die Privatwirtschaft legt erhöhte Lohnkosten unbeschwert sofort auf die Preise um. Die öffentliche Hand kann nicht bei jeder Lohnbewegung im selben Ausmaß Abgaben und Gebühren erhöhen. Ein weiteres Moment, das berücksichtigt werden muß, ist das unbedingt gemeinsame Vorgehen mit anderen Gebietskörperschaften. Trotzdem gilt Wien auf dem Gebiet des Dienst- und Besoldungsrechtes als ein Motor des Fortschritts.

2,4 Milliarden für das Personal

Der Wiener Magistrat rechnet für das Jahr 1965 mit Personalausgaben von 2.428,22 Millionen Schilling, das sind um 169,57 Millionen Schilling mehr als im Vorjahr. Dieser Mehraufwand hat verschiedene Ursachen. Mit 1. Jänner 1964 wurden die Bezüge um zwei Prozent und mit 1. August 1964 um weitere vier Prozent erhöht. Im gleichen Ausmaß wurden die Bezüge der Vertragsbediensteten erhöht. Weiter die Bezüge der jugendlichen Stenotypistinnen, der Sondervertragsbediensteten, der Abteilungsärzte und anderer. Auch die Nebengebühren wurden entsprechend erhöht. Außerdem trat eine Erhöhung der großen Haushaltszulage von 100 Schilling auf 150 Schilling ein. ./.

Eine weitere Erhöhung ergibt sich durch die heuer geschaffenen Verwendungszulagen und die ab Juli 1965 zugesagte teilweise Anrechenbarkeit dieser Zulage für die Bemessung des Ruhegenusses.

Die Wiener Stadtwerke rechnen für das kommende Jahr mit einem Personalaufwand von insgesamt 1.493,63 Millionen Schilling, das sind um 95,86 Millionen Schilling mehr als im laufenden Jahr.

Der Personalstand

Der Dienstpostenplan für das Jahr 1965 sieht beim Magistrat einen Personalstand von insgesamt 34.689 Aktivbediensteten vor. Das sind nur um sieben mehr, als im Voranschlag 1964. Obwohl die Vermehrung von verschiedenen sozialen Einrichtungen einen Mehrbedarf ergeben würde, konnte durch Reformen und Einsparungen der Personalstand für das Jahr 1965 fast gleich hoch gehalten werden wie für 1964.

Bei den Wiener Stadtwerken beträgt der Personalstand für 1965 19.425, das sind um 152 weniger als für 1964 vorgesehen waren; infolge Personalmangel wurde diese Zahl wirtschaftlich abgesetzt. Im kommenden Jahr wird der Stand der Pensionisten beim Magistrat voraussichtlich 17.214 erreichen, das sind um 417 mehr als 1964.

Die Wiener Stadtwerke rechnen 1965 mit 18.844 Pensionisten, somit um 30 weniger als im abgelaufenen Jahr.

Situation auf dem Arbeitsmarkt

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt ist in Wien durch verschiedene Umstände noch angespannter als in den übrigen Bundesländern. Ende August 1964 waren 34 Prozent der österreichischen Bevölkerung, das sind 2,418.334, unselbständig erwerbstätig. 36,6 Prozent davon waren Frauen. Vergleicht man diesen Prozentsatz mit dem anderer Länder, so erkennt man, daß Österreich weit vorne liegt. Von 100 Frauen sind in Italien 23 berufstätig, in den USA 26, in der Bundesrepublik Deutschland 33, in Österreich 36 und in der UdSSR 49.

In Wien betrug der Anteil der Frauen der unselbständig Erwerbstätigen sogar 42,8 Prozent. Somit hat Wien den höchsten Stand an unselbständig beschäftigten Frauen Österreichs. Dabei ist besonders erwähnenswert, daß von den 866.856 unselbständig erwerbstätigen Frauen 80,5 Prozent kein Kind haben, 14,2 Prozent ein Kind, 4,1 Prozent zwei Kinder, 0,9 Prozent drei Kinder und 0,3 Prozent vier und mehr Kinder haben.

./.

Diese Aufstellung zeigt deutlich, welche schwierige Situation sich auf dem Arbeitsmarkt noch ergeben könnte, wenn Frauen mit Kindern allmählich aus dem Berufsleben ausscheiden. Immerhin handelt es sich dabei um rund 168.700 unselbständig erwerbstätige Frauen in ganz Österreich. Die genannten Zahlen zeigen deutlich, daß die Reserven des Arbeitsmarktes, besonders in Wien, schon sehr ausgeschöpft wurden und wir dort, wo es möglich ist, verstärkt rationalisieren und automatisieren müssen, wenn wir unsere Aufgaben voll erfüllen wollen.

Diese Situation wird noch dadurch erschwert werden, daß die schwachen Geburtsjahrgänge der Nachkriegsjahre und das neunte Schuljahr wirksam werden, sodaß die Nachwuchsfrage besonders akut werden wird.

Wenn auch die augenblickliche Situation auf dem Arbeitsmarkt für uns sehr unangenehm ist - das sei auch mit aller Deutlichkeit festgestellt - ist sie uns doch lieber, als jene in den dreißiger Jahren, als Hunderttausende arbeitslos waren: Nach wie vor muß unsere Aufgabe sein: Erhaltung der Vollbeschäftigung!

Nachwuchsproblem

Um dem Mangel an Kanzleipersonal beim Magistrat in Zukunft begegnen zu können, haben wir heuer damit begonnen, 150 Kanzleilehrlinge einzustellen, welche nach dreijähriger Lehrzeit und gleichzeitigem Besuch der Berufsschule als jugendliche Stenotypisten und ab dem 18. Lebensjahr als Kanzleibeamte eingesetzt werden.

Die Kanzleilehrlinge erhalten - wie bei den Wiener Stadtwerken - im ersten Jahr monatlich 400 Schilling, im zweiten Jahr 550 Schilling und im dritten Jahr 700 Schilling.

Da die Kanzleilehrlinge alle sechs Monate die Dienststelle wechseln, werden sie im Laufe ihrer Lehrzeit die vielen Aufgabenbereiche der Verwaltung kennenlernen, was ihnen später als junge Kanzleibeamte sehr zugute kommen wird. Im kommenden Jahr sollen wieder 150 Lehrlinge aufgenommen werden, da im Jahre 1966 wegen des neunten Schuljahres keine Jugendlichen die Schule verlassen werden.

Halbtagsbeschäftigung

Der Gedanke, durch Einstellung von Halbtagskräften den personellen Engpaß bei der Stadt Wien zu mildern, wurde von der Verwaltung bereits im Jahre 1956 aufgegriffen und in die Praxis umgesetzt. Beginnend mit der Gruppe des Reinigungspersonals (auch Abteilungshelferinnen) wurden Halbtagsposten geschaffen, wobei hier ein gewisser Erfolg gezeitigt werden konnte. ./.

Der gleiche Versuch wurde in weiterer Folge mit halbtagsbeschäftigten Fürsorgerinnen, Kinderwärterinnen, Volksbibliothekaren, Ordinationsgehilfinnen unternommen, wobei dieser Versuch damit geendet hat, daß mangels ausreichender Bewerber ein Großteil der Halbtagsposten wieder in Ganztagsposten umgewandelt werden mußte.

Im Sommer 1963 wurde der Entwurf eines Bundesgesetzes über die Zulässigkeit der Herabsetzung der Arbeitszeit bestimmter Bundesbeamter weiblichen Geschlechtes von der Verbindungsstelle der Bundesländer versandt. Die Gemeinde Wien hat sich dazu positiv geäußert, wobei allerdings gewisse Bedenken auf Grund des großen Personalmangels in den Kranken- und Wohlfahrtsanstalten angemeldet wurden. Bezüglich des Kanzlei- und Verwaltungspersonals ist zu sagen: Hier könnte die Verkürzung nur bei Dienstposten zugelassen werden, die nicht auf enge Zusammenarbeit aufgebaut sind.

Trotz der bisher geringen Erfolge wollen wir 1965 versuchen, diplomierte Krankenschwestern, die wegen Eheschließung, aus Gründen der Mutterschaft oder aus anderen Gründen aus dem Gemeindedienst ausgeschieden sind, aber auch von außen kommende diplomierte Krankenschwestern halbtags zu beschäftigen.

Um aber wegen der angespannten Situation in den Spitälern eine Abwanderung vollbeschäftigter Krankenschwestern in teilbeschäftigte zu verhindern, müssen wir noch sorgfältig untersuchen, unter welchen Bedingungen wir teilbeschäftigte Schwestern aufnehmen. An entsprechenden Vorschlägen wird derzeit gearbeitet.

Ob und unter welchen Bedingungen eine ähnliche Regelung für Schaffnerinnen bei den Verkehrsbetrieben möglich ist, wird gleichfalls noch geprüft.

Fremdarbeiterproblem

Im Zusammenhang mit der Arbeitskräftebeschaffung wurde bereits mehrmals von verschiedenen Stellen gefragt, wie die Stadt Wien zur Frage der Beschäftigung von Fremdarbeitern steht.

Wie aus der Statistik des Sozialministeriums über die Durchführung der zwischen dem Österreichischen Gewerkschaftsbund und der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft abge-

schlossenen Fremdarbeitervereinbarung 1963 ersichtlich ist, wurde das gesamte Kontingent von 36.860 bei weitem nicht ausgeschöpft, sondern waren im September 1963 14.863 Fremdarbeiter, das sind 40,3 Prozent des Kontingents beschäftigt. Die Ursache, daß nicht das gesamte Kontingent ausgeschöpft wurde, dürfte sein, daß das Lohngefälle zwischen Österreich und anderen westeuropäischen Ländern noch immer groß ist und es daher die Fremdarbeiter in diese L nder zieht.

Bevor die S adt Wien sich ernst mit der Frage der Beschäftigung von Fremdarbeitern befaßt, müssen wir versuchen, die wenn auch schon sehr geringen Reserven des inländischen Arbeitsmarktes zu erschließen.

Automation bei der Stadtverwaltung

Das Rechnungswesen ist bei den Wiener Stadtwerken weitgehend automatisiert. So werden die Rechnungen des Gas- und Stromverbrauches der mehr als einer Million Stromkonsumenten und mehr als 700.000 Gaskonsumenten gemeinsam auf einer elektronischen Datenverarbeitungsanlage bei den E-Werken erstellt.

Die Verrechnung der Bezüge der mehr als 18.000 Bediensteten und der mehr als 19.000 Pensionsparteien der Wiener Stadtwerke und die gesamte Materialverrechnung sowie eine Anzahl weiterer Arbeiten werden auf der zentralen Datenverarbeitungsanlage mit Magnetbandeinheit durchgeführt. Diese Anlage befindet sich im Gebäude der Direktion der Gaswerke.

Aber auch für die Elektronenanlage der Hoheitsverwaltung ist die Zeit nicht stillgestanden und ihr Aufgabenbereich wurde ständig erweitert.

Schritt für Schritt wurde die Liquidierung von Aktivbezügen vorangetrieben und mit der bargeldlosen Gehaltsauszahlung begonnen.

Auch die Wassergebührenverrechnung für ganz Wien (180.000 Konten) wird durch die Elektronenanlage vorgenommen.

Für die 'Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen 1964' wurden die erforderlichen Wählerverzeichnisse, Hauskundmachungen und Hausstreifen hergestellt.

Die lochkartenmäßige Verrechnung der Pflegegebühren,

Blutersatz- und Transportkosten, die bisher für das Allgemeine Krankenhaus erfolgt ist, wird seit Mai für das Krankenhaus Lainz und seit Juni für das Wilhelminenspital durchgeführt. Die Voraussetzungen für die Umstellung weiterer Anstalten werden geschaffen.

Die Stadtverwaltung ist ständig bestrebt, organisatorische Verbesserungen durchzuführen. Ein Beispiel sei herausgegriffen: Im Frühjahr dieses Jahres wurde eine Reorganisation bei der Müllabfuhr durchgeführt. Die Belademannschaften umfaßten neun verschiedene Gruppen, die jeweils aus zwei bis sieben Mann bestanden. Nun bestehen diese nur mehr aus drei und sechs Müllauflegern.

Werbung

Infolge der Knappheit an Arbeitskräften hat sich ein Konkurrenzkampf um die Arbeitskräfte entwickelt. Verfolgt man den Anzeigenteil der Zeitungen, so merkt man, daß die Inserate für Arbeitskräfte immer größer, auffallender und zahlreicher werden. Dies zwingt auch die Stadtverwaltung Personalwerbung in verstärktem Maße zu betreiben.

Wir begeben uns damit auf ein Gebiet, auf dem wir noch wenig Erfahrung besitzen, da bisher für den Gemeindedienst nur im geringen Umfang Werbungen durchgeführt wurden. Wir haben aber in diesem Jahr bereits einige Werbungen mit gutem Erfolg abgeschlossen.

Jugendbetreuung

Neben der Lehrlingsbetreuung im engeren Sinne, wie sie bei den Wiener Stadtwerken schon bisher durchgeführt wurde und jetzt auch für unsere Kanzleilehrlinge erforderlich ist, werden wir einen Jugendbetreuungsplan ausarbeiten, der ab 1965 schrittweise verwirklicht werden soll. Diese Betreuung soll alle Vierzehn- bis Einundzwanzigjährigen erfassen. Das Programm wird voraussichtlich Vorträge aller Art, Exkursionen, Rundfahrten, Großveranstaltungen und Filmvorführungen umfassen.

Betriebsklima

Eine betrübliche Erscheinung unserer Zeit ist, daß die Kunst des Zusammenlebens in der menschlichen Gesellschaft gegenüber dem übrigen Fortschritt zurückgeblieben ist. Die menschlichen Beziehungen funktionieren nicht so perfekt, wie die mechanischen und bürokratischen Funktionen.

Zusammenarbeit, Verständnis und Vertrauen sind Grundvoraussetzungen eines guten Betriebsklimas. Dieses zu erreichen und zu erhalten, bemühen wir uns. Vieles ist bereits geschehen, manches gibt es noch zu tun. Freundlichkeit, Höflichkeit, Zusammenarbeit, Toleranz müssen vielfach anerzogen werden, sind ein Erziehungsproblem. Oberster Grundsatz einer demokratischen Verwaltung muß daher die sorgsame Pflege echter menschlicher Beziehungen sein. Im Mittelpunkt unserer Handlungen steht der Mensch.

Diesem Umstand Rechnung tragend, hat der Gemeinderatsausschuß I eine Kommission zur Überprüfung der bei der Stadt Wien verwendeten amtlichen Formulare eingesetzt. Diese hat folgende Anregungen, die auf Grund von Erlässen bereits gehandhabt werden, beschlossen: Bei dem in Briefform gehaltenen (formularlosen) Schriftverkehr soll grundsätzlich mit der Anrede 'Sehr geehrte Frau!', 'Sehr geehrter Herr!' begonnen und mit einer Höflichkeitsformel wie 'Hochachtungsvoll' und dergleichen geendet werden. Falls die Unterschrift nicht leserlich sein sollte, soll unter der Unterschrift der Name in Maschinschrift hinzugefügt werden.

Wenn auch infolge der Fülle der Formulare die Kommission nur langsam vorankommt, wird eine gewisse Beschleunigung dadurch eintreten, daß Entwürfe für neue Formulare bzw. für die Neuauflage von Formularen der Kommission zur Begutachtung vorgelegt werden müssen. Bei der Abfassung solcher Entwürfe sollen bereits folgende Grundsätze beachtet werden: Höflichkeit gegenüber den Parteien; Verständlichkeit und Einfachheit der Ausdrucksweise; ähnlich wie im formularlosen Schriftverkehr soll, soweit möglich, eine Anrede gebraucht und mit einer Höflichkeitsformel geendet werden; die Formulare sollen so abgefaßt werden, daß Streichungen sowohl in der Anrede als auch im Text möglichst vermieden werden.

Unsere Bemühungen die Verwaltung zu vermenschlichen, sollen jedoch nicht auf den Schriftverkehr beschränkt bleiben. Auch im persönlichen Kontakt der Bevölkerung mit den Beamten muß Höflichkeit oberstes Gebot sein! Die Bevölkerung hat ein Recht auf höfliche Behandlung und klare, erschöpfende und wahrheitstreue Auskünfte. Wenn es aber dennoch da und dort zu einer schlechten Atmosphäre kommt, sind nicht immer die Beamten schuld. Dem Recht der Bevölkerung auf Höflichkeit etc. steht die Pflicht gegenüber, auch den Beamten als Menschen zu behandeln.

Einen erheblichen Teil des Lebens verbringt der Mensch an seinem Arbeitsplatz. Deshalb hat die Wiener Stadtverwaltung schon vor einigen Jahren damit begonnen, die Büroräume zu verschönern - sie besser und zweckmäßiger einzurichten. Aber auch die Warteräume in den Amtshäusern werden zur Schaffung einer angenehmeren Atmosphäre zwischen der Verwaltung und der Wiener Bevölkerung ständig verbessert.

Abschließend dankte Stadtrat Bock allen Bediensteten der Gemeinde Wien dafür, daß sie ihre Kraft eingesetzt haben, um die Erfordernisse ihres Dienstes zu erfüllen und der Wiener Bevölkerung zu dienen."

\- - -

Debatte über das Personal

14. Dezember (RK) Erster Diskussionsredner ist GR. Maller (KLS). Er stellt fest, daß sich Stadtrat Bock zweifellos bemüht hat, Härten und Ungerechtigkeiten seiner Vorgänger zu korrigieren. Trotzdem hat sich in den großen Problemen der Personalpolitik keine wesentliche Verbesserung ergeben. So sind die Gehälter trotz der vierprozentigen Erhöhung mit 1. August dieses Jahres noch immer weit hinter den Lebenshaltungskosten zurückgeblieben. Die Gemeindebediensteten, die viel zur Steigerung des Sozialproduktes beigetragen haben, haben nicht den geringsten Anteil an diesem gestiegenen Sozialprodukt erhalten.

Laut Kontrollamtsbericht ist der Stromverkauf seit 1952 um 148.7 Prozent gestiegen, der Gasverbrauch um 115 Prozent und die Zahl der Gasmeßstellen von 128.043 im Jahre 1952 auf 714.418 angewachsen. Der Personalstand beim E-Werk stieg jedoch im gleichen Zeitraum nur um 4 Prozent und verringerte sich bei den Gas-Werken um 23.9 Prozent. Hier zeigt sich also ein krasses Mißverhältnis. Derartige Leistungssteigerungen sind in fast allen Bereichen der Gemeindeverwaltung zu verzeichnen. Die Reorganisation ist also fast ausschließlich auf dem Buckel der Gemeindebediensteten vor sich gegangen.

Da die Gehälter der Gemeindebediensteten noch immer um durchschnittlich 15 bis 20 Prozent hinter den Lebenshaltungskosten zurückgeblieben sind, müßte man sich ehestens um Lösungen für die Nachziehung bemühen. Der Redner schlägt die Erstellung eines Drei- oder Fünf-Jahresplanes vor, nach dem eine jährlich automatische Erhöhung der Bezüge um 5 Prozent erfolgen müßte. Neu auftretende Preissteigerungen müßten separat berücksichtigt werden. Nach Erreichung der Gleichstellung wäre sofort der Indexlohn zu fixieren. In diesen Plan wären auch die Pensionisten, Witwen, Versorgungsgenußbezieher und Waisen einzubeziehen. Nach dieser Lösung müßte endlich ein modernes, den heutigen Verhältnissen entsprechendes Gehaltsrecht geschaffen werden, in welchem die Verantwortung und Leistung der Gemeindebediensteten ihren Niederschlag findet.

./.

Derzeit stehen wir vor der Schaffung eines neuen Pensionsgesetzes. Scheinen in dem Entwurf auch einige Verbesserungen auf, so ist der Witwenversorgungsbezug noch immer mit 50 Prozent festgelegt und die Mindestversorgungsbeträge sowie die Waisenversorgung mit den alten Ansätzen. Der Witwenbezug wäre auf 60 Prozent zu erhöhen, die Mindestversorgungsbeträge auf 1200 Schilling, der Beitrag für die Gattin auf 500 Schilling, der Erziehungsbeitrag pro Kind auf 300 Schilling und analog dazu die Waisenversorgung. Der Hilflosenzuschuß müßte endlich einmal ein Rechtsanspruch werden und Richtsätze mit 500 bzw. 1000 Schilling wären gerechtfertigt.

Ein brennendes Problem ist der Personalmangel. Um ernste Schäden in der Verwaltung und in den Versorgungsbetrieben zu vermeiden, müßte hier ehestens Abhilfe geschaffen werden. Auch die große Zahl der Dienstentsagungen wirkt sich ungünstig aus. Eine Erhöhung der Anfangsbezüge, bessere Aufstiegsmöglichkeiten, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse, Einhaltung der 45-Stunden-Woche und entsprechende Überstundenentgelte für Feiertagsleistungen würden sicherlich einen Anreiz für den Gemeindedienst geben. Die Unterbezahlung führte zum Beispiel auf dem Sektor der Hausarbeiterinnen dazu, daß die Gemeinde Firmen mit der Durchführung dieser Arbeiten betraut. Diesen Firmen muß sie pro beigestellte Arbeitskraft und Stunde einen Lohn bis angeblich 28 Schilling bezahlen. Die Hausarbeiterin selbst soll von der Firma dann 13.50 Schilling pro Stunde erhalten. Ein derartiges Vorgehen sei unverständlich. Würde die Gemeinde selbst bessere Löhne bezahlen, wäre der kostspielige Umweg über fremde Firmen nicht nötig.

Eine weitere Ungerechtigkeit liege darin, daß zum Beispiel Amtsgehilfen Kanzleiarbeiten machen müssen und Hilfsschwestern als qualifizierte Krankenschwestern verwendet werden, trotzdem aber nur nach der niedrigen Gehaltsstufe bezahlt bekommen. Das gelte für viele Dienststellen. Ebenso ungerecht sei es, daß oft, so zum Beispiel im Fürsorgewesen, für ein und dieselbe Dienstleistung verschiedene Entlohnungssätze gelten. Hier müßte dem Prinzip, gleicher Lohn für gleiche Leistung, zum Durchbruch verholfen werden.

./.

Im folgenden richtet GR.Maller an Stadtrat Bock die Bitte, das bestehende Dienstrecht kritisch zu überprüfen. Er bezeichnet dieses Dienstrecht als ein Abhängigkeitsrecht, in dem keinesfalls Qualifikation und Leistung maßgebend sei. Oft habe nur eine Person das Entscheidungsrecht, so daß Diskriminierungen vorkommen. Es müßte daher ein Dienstrecht geschaffen werden, das jedem Bediensteten Rechtssicherheit gewährleistet. Sodann fordert GR. Maller Haushaltszulagen für alle Bediensteten und kritisiert das System, nach dem die Personalzulagen - seiner Meinung nach, in ungerechter Weise - vergeben werden.

Der Redner kommt anschließend auf die Absicht der Gemeindeverwaltung zu sprechen, wonach weitere Autobuslinien in private Hände übergeben werden sollen. Die Gemeindeverwaltung wolle diese Linien wegen Personalmangels aufgeben. Hier erhebe sich die Frage, wieso die Privatfirmen, die die Autobuslinien betreiben sollen, genügend Personal zur Verfügung haben.

GR.Maller unterstreicht sodann die Forderung des Berichterstatters, daß der Amtston höflicher sein sollte. Er will aber diese Forderung nicht nur an die Beamten am Schalter im Parteienverkehr gerichtet sehen, sondern auch an die Vorgesetzten in ihrem Umgang mit den Untergebenen. Zur Illustration erinnert der Redner an einen Fall, der sich Ende November im Gaswerk Simmering zugetragen hat. Im Zusammenhang mit der Stillegung der Kohlengaserzeugung habe der Direktor dieses Gaswerkes den Auftrag erteilt, daß ihm bis Freitga, den 28. November, die Vollzugsmeldung über die Stillegung zu erstatten sei. Anstatt sich mit der Personalvertretung zu beraten, sei hier nur verfügt und Meldung verlangt worden. Das habe mit Höflichkeit nichts zu tun.

Solche Mehtoden seien ebenso veraltet wie verschiedene Amtsräume, vor allem in den Magistratischen Bezirksämtern, die der Stadt Wien nicht würdig seien. Abschließend teilt GR.Maller mit, daß die KLS-Fraktion den Ansätzen in dieser Geschäftsgruppe nicht zustimmen werde.

Der nächste Redner, GR. Dr. Hirnschall (FPÖ), befaßt sich zunächst mit der Senkung des Personalaufwandes, der im nächsten Jahr 29,4 Prozent der gesamten Ausgaben betragen wird, gegenüber 30 Prozent im Jahr 1964. So erfreulich diese Senkung sei, so unrealistisch sei sie auch, wenn man dabei annimmt, daß die Gehälter im kommenden Jahr auf der gleichen Höhe gehalten werden könnten wie jetzt. Im Budget für 1965 aber rechne man mit den gleichen Bezügen, berücksichtigt sei nur die Nachziehung vom August 1964. Im Voranschlag für 1964 sei wenigstens die erste Nachziehung des laufenden Jahres berücksichtigt gewesen.

./.

Es bestehe nicht die geringste Aussicht, daß die Lebenshaltungskosten im nächsten Jahr stabil bleiben werden. Wir befänden uns ganz im Gegenteil am Vorabend einer Preislawine, die Preise für Milch und Milchprodukte wurden erhöht, der Brotpreis wackelt, die Strompreise sollen erhöht werden usw. Da man es hier mit politischen Preisen zu tun habe, würden sie weitere Erhöhungen nach sich ziehen. Zumindest in diesem Punkt also sei der Voranschlag für 1965 unrealistisch.

Der Redner erinnert in diesem Zusammenhang an eine Resolution der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, in der festgestellt wurde, daß die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten Nachziehungen fordern werde, sollte das Stabilisierungsprogramm des Gewerkschaftsbundes erfolglos bleiben. Diese Nachziehungen würden auch verlangt werden, wenn keine Bedeckung dafür da sei.

Der Redner bezeichnete es als erfreulich, daß der Dienstpostenstand mit einer Vermehrung um nur sieben Stellen praktisch gleichgeblieben sei. Desgleichen hob er lobend hervor, daß die vom Kontrollamtsbericht aufgezeigten Personal- Ersparungsmöglichkeiten in dem neuen Dienstpostenplan größtenteils bereits berücksichtigt sind. Er bemängelte hingegen, daß die elektronische Datenverarbeitungsanlage noch nicht voll im Einsatz stehe.

Im allgemeinen sei der Personalstand beträchtlich unter dem Soll, was eine ständige Überlastung der Bediensteten mit sich bringe. Der Voranschlag sehe erstmalig zwei Millionen für Personalwerbung vor. Die FPÖ-Fraktion habe schon im Frühjahr angeregt, alle freiwerdenden Dienstposten in Zeitungsannoncen bekanntzumachen. Die vorgesehenen zwei Millionen würden es ermöglichen, diese Anregung im nächsten Jahr zu verwirklichen.

Der Redner ging auch auf die Frage der Bewertung des Krankenschwestern- Dienstes ein. Das Beamtenschema sei hierfür nicht geeignet. Es sei daher ein eigenes Besoldungsschema für Pflegeberufe erforderlich, in das alle Zuschläge eingearbeitet werden müßten, um sie für Ruhegenüsse anrechenbar zu machen. Auf die Dauer werde man den Krankenschwestern das Schema B nicht vorenthalten können, da die Schwesternausbildung mit einer Beamtenmatura durchaus gleichwertig sei. Auch müsse man nicht materielle Faktoren, wie etwa

./.

das Tragen eines Abzeichens für diplomierte Krankenschwestern, das in manchen Bundesländern bereits üblich ist, berücksichtigen.

Vor allem müsse eine gerechte Abgeltung der Überstunden gefordert werden. Die Besoldungsordnung der Stadt Wien sieht ein Mehrdienstleistungs-Entgelt nur bis zu 51 Wochenstunden vor. Die Diensteinteilung mancher Krankenschwestern verpflichte diese jedoch zu einer Arbeitszeit bis zu 63 Wochenstunden. Samt der Bereitschaftsstunden kämen manche auf 80 Wochenstunden. Es sei eine Ungerechtigkeit, die über das Ausmaß von 51 Stunden hinausgehende Arbeit nicht zu bezahlen.

Zum Mangel an Reinigungspersonal in den Spitälern sagte GR. Dr. Hirnschall, daß durch die Angestellten der Firma Comes ein Nebeneinander von verschieden entlohnten Bediensteten in den Betrieben entstehe. Dies erzeuge bei den städtischen Arbeitskräften vielfach Unzufriedenheit. Der Redner schlug vor, anstelle des Vertrages mit der Firma Comes, den Bediensteten von Seiten der Stadt Wien ähnliche Bezüge zu gewähren, wie diese Firma sie auszahlt.

Erfreulicherweise konnten sich die medizinisch-technischen Assistentinnen, wie auch die Fürsorgerinnen mit Vollmatura beziehungsweise mit Beamtenmatura die Einstufung in die Verwendungsgruppe B erkämpfen. Es wäre allerdings zweckmäßig, alle Fürsorgerinnen, die die Beamtenmatura positiv abgelegt haben, in das B-Schema aufzunehmen. Darüber hinaus wäre die Gewährung der Zulagen bei den Sonderzahlungen für die nicht in 'B' eingestuften Fürsorgerinnen durchaus gerechtfertigt.

Während bei den niedrigeren Verwendungsgruppen infolge der minderen Bezüge und der ungünstigen Arbeitszeit schon Nachwuchsschwierigkeiten bestehen, sehen die Akademiker noch ihren beruflichen Aufstieg in Frage gestellt, wenn sie nicht über das richtige Parteibuch verfügen. Dadurch gehen viele fähige Menschen, die für die Stadt Wien und ihre Bewohner wertvolle Arbeit leisten könnten, für diese Berufe verloren. Da hierin auch für das kommende Jahr keine Änderung zu erwarten ist, wird die FPÖ-Fraktion dem zur Debatte stehenden Kapitel die Zustimmung versagen.

GR. Dr. Marga Hubinek (ÖVP), die sich den Belangen der weiblichen Dienstnehmer der Gemeinde Wien zuwendet, erklärt, daß man dem eklatanten Mangel des Krankenpflegepersonals vor allem durch

./.

eine Neuordnung der Verwaltung innerhalb der Krankenhäuser begegnen müsse. Insbesondere sollte man durch die Schaffung zentraler Einrichtungen das Ausmaß der administrativen Arbeiten der Krankenschwestern beschränken und auch die Wegstrecken, die bei den Krankenschwestern im Tag oft bis zölf Kilometer ausmachen, verkürzen. Über diese Rationalisierung hinaus wäre eine finanzielle und personalrechtliche Besserstellung dringend erforderlich.

In diesem Zusammenhang bringt die Rednerin einen von ihr und GR. Nora Hiltl gezeichneten Beschluß(Resolutions)antrag ein, in dem für alle Krankenschwestern, die mit Erfolg eine Krankenpflegeschule absolviert haben, die Zuerkennung einer Diplomzulage sowie deren Einrechnung in den Ruhegenuß verlangt wird. Da sich nach den derzeitigen Vorschriften der Unterschied zwischen den diplomierten und den nichtdiplomierten Schwestern nach einer zehnjährigen Dienstzeit auf lediglich 254 Schilling verringert, könnte durch eine solche Maßnahme die hohe Verantwortung der diplomierten Schwestern besondere Anerkennung finden.

Vor allem sollte aber auch bei der Gewährung des Urlaubs die überaus große physische Belastung der Krankenschwestern mehr Berücksichtigung finden. Völlig unverständlich muß ein Ukas erscheinen, der durch eines der größten städtischen Spitäler ging und in dem den Krankenschwestern eingeschärft wurde, für den Urlaub keine Quartierbestellungen vorzunehmen, weil immer erst 14 Tage vor Antritt des eingereichten Urlaubs gesagt werden könne, ob er nach Maßgabe des Dienstes auch tatsächlich möglich sein werde. Offensichtlich wollte sich der Dienstgeber gegenüber den Spesen, die durch die Quartierbestellung für einen dann nicht angetretenen Urlaub erwachsen, klag- und schadlos halten. Ein solcher Ukas sei ein Fehler in der Organisation, aber auch ein Versagen in der Menschenführung! Für die geringe Bedeutung, die der Dienstgeber den Krankenschwestern beimißt, ist auch kennzeichnend, daß im Dienstpostenplan der Stadt Wien bei der Magistratsabteilung 17 seit Jahren wohl der Posten einer Landesoberin vorgesehen ist, bisher aber nicht besetzt wurde.

In einem weiteren Beschluß(Resolutions)antrag setzt sich die Gemeinderätin im Hinblick auf die erzieherische Funktion der Kindergärtnerin dafür ein, daß diesen ähnlich wie den Lehrpersonen eine Bildungszulage gewährt wird.

./.

GR. Weisz (SPÖ) meint, nach den Ausführungen der Vorredner müsse man sich wundern, daß die Gemeindebediensteten überhaupt noch etwas arbeiten, denn bei jeder Kategorie wurde aufgezählt, wie schlecht sie behandelt, wie schlecht sie eingereiht und besoldet ist, kurz lauter Nachteile. Der Redner hält dem entgegen, daß das Jahr 1964 in Wien ein Jahr der Lohnbewegungen für den gesamten öffentlichen Dienst gewesen sei. Der Redner hebt auch besonders die Unterstützung der berechtigten Forderungen der Bediensteten durch die Gemeinde Wien hervor, die sich bei verschiedenen Verbesserungen als Schrittmacher und Wegbereiter erwiesen hat. Neben den Lohnerhöhungen wurden auch Zulagenverbesserungen vorgenommen, Verbesserungen im Urlaubsrecht und auch bei den Ärzten große Fortschritte in der dienstrechtlichen Stellung gemacht.

Sicherlich gibt es eine Reihe von Problemen, die noch offen sind. Aber auch wenn im Budget keine Deckung vorhanden ist, so sei er sicher, daß die Gemeinde Wien ihren Verpflichtungen restlos nachkommen wird.

Der Gewerkschaft bereitet die Entwicklung auf dem Preissektor besonders schwere Sorgen. Es muß unser aller Bestreben sein, jene Stabilität zu erreichen, die das Sinken des Reallohnes verhindert. Sollte jedoch keine Wendung zum besseren eintreten, wird mit Forderungen auf Erhöhung der Bezüge gerechnet werden müssen.

Der Redner beschäftigt sich auch mit dem Personalmangel und verweist auf ausländische Beispiele. Es ist also nicht so, daß der Personalmangel eine Spezialität der Wiener Gemeindeverwaltung ist. Es handelt sich dabei mehr um eine Frage der Vollbeschäftigung.

Wir begrüßen die Maßnahmen, wie die Einstellung von Kanzleilehrlingen und anderes, die Stadtrat Bock zur Förderung des Nachwuchses getroffen hat. Jedoch haben wir Sorge vor dem Versuch, volle Dienstposten in Teilbeschäftigungen umzuwandeln. Es besteht die Gefahr, daß gerade unter den Krankenschwestern allzu viele diese angenehmere Art des Dienstes anstreben könnten.

Im übrigen hat die soziale Einstellung der Gemeinde Wien verhindert, daß der Personalmangel hier so drückend geworden ist, wie in anderen öffentlichen Diensten.

./.

Die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten strebt nach einem besseren Gesundheitsschutz und einer umfassenden Unfallversicherung. Die diesbezüglichen unklaren Bestimmungen müssen neu formuliert werden, die Unfallrente muß eine echte Barleistung erbringen und wirksame Rehabilitationsmöglichkeiten müssen geschaffen werden. Das sind wir den Bediensteten schuldig, die bei der Arbeit für die Öffenlichkeit gesundheitlich Schaden genommen haben.

Die Stadt Wien ist als Dienstgeber ferner an einem neuen Personalvertretungsgesetz im höchsten Maße interessiert. Die Vorarbeiten sind soweit gediehen, daß alle Voraussetzungen vorhanden wären. Nun müßte ein Bundesgesetz die juristischen Grundlagen für die Personalvertretung im öffentlichen Dienst schaffen. Die Gewerkschaft würde ein solches Gesetz begrüßen, wenn es echte Verbesserungen bringt. Sie werden sich allerdings nicht ihre hart erworbenen Rechte durch ein schlechtes Gesetz schmälern lassen. Vor allem müßte ein solches Gesetz klarstellen, daß die Personalvertretung nicht eine Vereinigung lästiger Bittsteller ist.

Die Personalvertretung der städtischen Bediensteten in Wien hat ein gewisses Maß an Vollkommenheit erreicht und steht als Beispiel für viele andere öffentliche Dienste da. Wenn unserem Wunsche entsprechend, die Gesetzgebung über die Personalvertretung in die Hände der Länder gelegt würde, dann würde Wien ein musterhaftes Personalvertertungsgesetz für den öffentlichen Dienst schaffen, nicht wie das von Niederösterreich oder das von Vorarlberg.

Es wird für die städtischen Bediensteten das Möglichste getan, dafür verlangt die Bevölkerung auch den vollen Einsatz zum Wohle der Stadt. Der Redner schloß, indem er ein Zitat aus der Rede von Bürgermeister Jonas abwandelte und sagte: "Wenn es der Stadt Wien gut geht, wird es auch dem Personal gut gehen".

Der nächste Debattenredner war GR. Dr. Bauer (ÖVP). Er wies einleitend darauf hin, daß die Ansätze dieser Verwaltungsgruppe das Schicksal von tausenden Menschen darstellen. Den gleichbleibenden Personalstand bezeichnete er als erfreulich. Auch beweise der veranschlagte Personalaufwand, daß das Sprichwort nicht mehr stimmt, demzufolge ein Beamter nichts habe, aber das sicher. Die ÖVP sei immer für eine sparsame und vorausschauende Personalpolitik, aber auch für eine ordentliche Entlohnung der Bediensteten eingetreten. Die Forderung laute: gerechter Lohn und günstiges Arbeitsklima!

./.

Die Entlohnung der städtischen Bediensteten sei keineswegs so schlecht, wie die Vertreter der kleinen Parteien in diesem Haus es immer behaupten. Der Hinweis von GR. Weisz auf den ÖVP-Abgeordneten Grundemann sei unzutreffend, weil dieser die kleinen Gemeinden im Auge gehabt habe. Viele von der ÖVP verwalteten Gemeinden zeigten ein vorbildliches Besoldungswesen.

Dr. Bauer wies auf die umfangreiche und komplizierte Zulagenordnung hin und empfahl sie Stadtrat Bock zur Lektüre. Er trat dafür ein, daß das Zulagenwesen überhaupt abgeschafft werde, und die Einstufung nach Können, Leistung und Dienstverwendung erfolge. Die meisten Zulagen würden in den Ruhegenuß nicht eingerechnet. Jedoch müßte wenigstens die Verwendungszulage in die Pensionsansprüche einkalkuliert sein. Denn auch für die Bediensteten im Ruhestand müsse man Gehaltspolitik betreiben.

Die Personalpolitik erschöpfe sich nicht in der Frage der Besoldung. Sie sei in Wien zu sehr "bemascherlt". Der Redner forderte in diesem Zusammnhang, die Dienstposten nach den Fähigkeiten und nicht nach der politischen Gesinnung der Bewerber zu besetzen. Es sei ein Fehler, zu meinen, die eine oder die andere Partei wäre ausschließliche Besitzerin des Bundeslandes, in dem sie die Mehrheit besitzt (Zwischenrufe bei der SPÖ). Auf beiden Seiten müßten die Grundsätze einer gesunden Ordnung die üble Parteibüchl-Wirtschaft und die abstoßende Proselytenmacherei ablösen. Beförderungen nach Parteigesichtspunkten seien abzulehnen.

Aus der Verantwortung der Gesamtheit gegenüber lehnt die Volkspartei eine einseitige, nach parteipolitischen Gesichtspunkten ausgerichtete Personalpolitik ab. Aus diesem Grund bringt der Redner einen Beschluß- und Resolutionsantrag seiner Fraktion ein, in dem verlangt wird, daß der Amtsführende Stadtrat für Personalangelegenheiten umgehend Richtlinien für die Ausschreibung freiwerdender Dienstposten ausarbeiten läßt, die nicht durch Zeitvorrückung automatisch erreicht werden können und diese Richtlinien dem Gemeinderat vorzulegen. Er beantragt die Zuweisung des Antrages an den Gemeinderatsausschuß für Personalangelegenheiten. Dieser Antrag werde nicht zuletzt deshalb eingebracht, weil seine Fraktion damit ein klares Bekenntnis zu einem freien Beamtentum, einer freien Angestellten- und Arbeiterschaft ablegen will und jedem Wiener, auch dem Nichtsozialisten, möglich sein müßte, diesem Berufs-

./.

stand anzugehören. In dem Antrag finde sich unausgesprochen aber auch eine Würdigung der hohen ethischen Verpflichtungen, die allen städtischen Bediensteten eigen sein sollten. In einer Zeit des Sozialprestiges, des Wohlstandes um jeden Preis, muß der Stand des städtischen Bediensteten nicht nur eine finanzielle, sondern auch eine echte moralische Aufwertung erfahren. Wenn vor allem auch unsere jüngeren Bediensteten stolz darauf sind, ihre Arbeitskraft unserer geliebten Vaterstadt zur Verfügung stellen zu dürfen, werden sie weniger leicht den Verlockungen einer im Augenblick vielleicht besseren Bezahlung in der Privatwirtschaft erliegen. Wer seinen Arbeitsplatz liebt, wird sich wahrscheinlich auch viel schwerer zu einer Dienstesentsagung entschließen. Als zweckmäßig erachtet der Redner die Schaffung einer Stelle, die sich ausschließlich mit Dienstesentsagungen, eventuell unter Heranziehung eines Psychologen, beschäftigen sollte. Manche würden vielleicht doch noch gehalten werden können. Durch entsprechende Möglichkeiten zur Fortbildung könnten Personalengpässe überwunden werden.

Eine Betrachtung der Dienstposten innerhalb der Hoheitsverwaltung zeigt eine gewisse stiefmütterliche Behandlung der Magistratischen Bezirksämter und der Stadtbauamtsabteilungen auf dem Gebiet der leitenden Posten. Es mußte hier für bessere Aufstiegsmöglichkeiten gesorgt werdeh.

Leider wurde dem Verlangen, die Dienstbeschreibungen den betroffenen Bediensteten zugänglich zu machen, nicht Rechnung getragen.

Die Bemühungen, die Verwaltung der Stadt zu rationalisieren, könnten durch die Heranziehung großer Institute beschleunigt werden. Große Unternehmen ziehen in aller Welt immer wieder Büro- und Betriebsberater bei, um ein Optimum bei der Organisation ihrer Betriebsstruktur zu erzielen.

Abschließend stellt GR. Dr. Bauer fest, daß er sich über den Dank des Stadtrates hinaus im Namen seiner Fraktion verpflichtet fühle, den städtischen Bediensteten den Dank und die Wertschätzung der Österreichischen Volkspartei auszusprechen. Den Ansätzen des Hauptstückes I werde seine Fraktion zustimmen.

./.

GR. Maller (KLS) erklärt, zu den Ausführungen des GR. Weisz einige sachliche Feststellungen machen zu müssen. So hat dieser behauptet, daß von einem Pensionsgesetz 1965 keine Rede sei. Anscheinend dürfte ihm nicht bekannt sein, daß es sich um ein Bundesgesetz handelt, dessen Entwurf bereits der Arbeiterkammer übermittelt wurde. Nach Beschlußfassung im Parlament wird es Aufgabe der Länder sein, ihre diesbezüglichen Beschlüsse auf Landesebene zu fassen.

Von GR. Weisz wurde ihm auch vorgeworfen, daß er viel über den Personalmangel gesprochen hat, jedoch nicht auf Möglichkeiten für seine Beseitigung hingewiesen hat. Diese Möglichkeiten wurden aufgezeigt, und zwar durch die Forderung auf Schaffung des erwähnten Drei- oder Fünfjahresplanes mit einer automatischen jährlich Lohnerhöhung um fünf Prozent und Berücksichtigung gleichzeitig erfolgender Preissteigerungen, bessere Bezahlung von Sonn- und Feiertagsarbeiten durch eine 200prozentige Honorierung usw.

Wenn die gemachten Vorschläge dem Kollegen Weisz vielleicht nicht genehm sind, sol sollte das trotzdem nicht dazu verleiten, zu sagen, daß keine Vorschläge gemacht wurden.

Stadtrat Bock stellt im Schlußwort mit Befriedigung fest, daß bis auf ein Problem sachlich diskutiert wurde. Gerade in Personalangelegenheiten sei eine Diskussion sehr nötig und Demagogie nicht am Platz, denn nur in gemeinsamer Arbeit werden schwierige Probleme gelöst werden können. Die Schwierigkeit bei der Lösung von Einzelproblemen liegt aber darin, daß Einzellösungen eine Welle von neuen Problemen aufwerfen.

Gemeinderat Dr. Bauer sei es in seinen Ausführungen nicht ganz gelungen, Personalprobleme allgemein zu behandeln, er hat auch Einzelfälle herausgegriffen und versucht, gewisse Beförderungen der letzten Zeit als politisch darzustellen, obwohl sie keinesfalls politisch erledigt wurden. Auch GR. Dr. Hirnschall hat von Glanzing, der Semmelweiß-Klinik usw. gesprochen. Bei der Amtseinführung von Dr. Rosenkranz hat jedoch Prof. Dr. Kundratitz, der der Lehrer von Dr. Rosenkranz war, darauf hingewiesen, daß die Stadt Wien mit dieser Wahl die beste getroffen hat. Was hat das also mit Politik zu tun? Kann denn ein Sozialist kein Fachmann sein?

./.

Wenn ein Sozialist befördert wird, dann sagen Sie, das ist ein politischer Fall, wenn ein anderer Bediensteter befördert wird, dann heißt es, das war ein Fachmann.

Grunsätzlich soll hier festgestellt werden, daß jeder einzelne Vorschlag und jede Anregung berücksichtigt werden. Eine Reihe von Fragen aber, die hier angeschnitten wurden, wird schon seit längerer Zeit behandelt, so zum Beispiel das Feiertags-Problem für die Bediensteten der Straßenbahn. Wenn alles gut geht, könnten schon in nächster Zukunft Abschlüsse auf diesem Gebiet getroffen werden.

Zur Gehaltsfrage wäre festzustellen, daß man hier auch vom Bund abhängig ist. Bezüglich der Nebengebühren: Wie kann man etwas abbauen, wenn ständig Neues gefordert wird? (Zwischenrufe aus den ÖVP-Bänken: "Vereinheitlichung! Vereinfachung!") Natürlich bin auch ich für eine Vereinheitlichung, man muß aber stets bedenken, daß auch dabei immer wieder neue Härten entstehen.

Dienstentsagungen hat es auch früher gegeben, sogar in Zeiten der Arbeitslosigkeit. Viele Leute wollen ihren Posten wechseln, viele werden auch abgeworben, zum Beispiel auch seitens Dienststellen des Bundes. Andererseits ist es bekannt, daß auch Bedienstete des Bundes und der Länder bemüht sind, bei der Gemeinde Wien aufgenommen zu werden, weil sie wissen, daß sie hier oft schneller vorwärtskommen als anderswo. Man kann es niemandem verwehren, seine Arbeitskraft dort zu verkaufen, wo er will.

Rückreihungen werden stets mit Zustimmung der Personalvertreter durchgeführt, außerdem gibt es da nur sehr wenige Fälle.

Zum Comes-Problem: Ich hoffe, daß das nur eine Episode ist und nur als Übergangsmethode angewendet werden kann. Unsere Bemühungen gehen dahin, daß die Reinigung unserer Spitäler von Reinigungsanstalten übernommen wird. Derzeit sind Verhandlungen mit Reinigungsfirmen im Gang. Wie man hört, haben aber auch diese Firmen große Personalsorgen. Die Frage, wieso eigentlich die Firma Comes genügend Personal zu haben scheint, muß dahingehend beantwortet werden, daß dort Personal eingestellt wird, das wir auf Grund unserer Dienstordnung niemals aufnehmen könnten.

./.

Es sind vielfach Taglöhner, die nur vorübergehend arbeiten wollen, manchmal aber sind es auch Leute, die in der Gesellschaft gestrauchelt sind und deren Vorleben eine Anstellung bei der Gemeinde Wien unmöglich machen würde. Es ist richtig, daß diese Leute etwas mehr bezahlt bekommen als unsere Bediensteten. Dabei muß man aber bedenken, daß ihnen keine Privilegien zustehen, wie sie die Bediensteten der Stadt Wien sehr wohl haben, so zum Beispiel billigeres Essen, Urlaubsgeld, 13. und 14. Gehalt, Dienstkleidung usw. Die Comes-Leute haben auch schon des öfteren die Forderung nach Gewährung dieser Privilegien gestellt; es ist klar, daß diese Forderungen abgelehnt werden mußten. Wie man sieht, kann man diese Dinge also nicht miteinander vergleichen. Unseren Spitälern fehlen etwa 400 Leute beim Hauspersonal. Von der Firma Comes haben wir hier rund 300 eingestellt. Wenn wir dieses Personal zurückziehen müßten, wie könnten wir dann unsere Spitäler weiter betreiben?

Das Problem des Personalmangels kann keineswegs allein von der Lohnseite her gelöst werden. Personalmangel gibt es überall, auch bei allen privaten Dienstleistungen, obwohl man bei den privaten Firmen oft viel verdienen kann. Aber auch das Ausland kennt dieses brennende Problem zur Genüge. In den Schweizer Spitälern zum Beispiel sind 29 Prozent des Personals Fremdarbeiter. Trotz der hohen Löhne, die in der Schweiz bezahlt werden, kann man also kein Personal im Inland selbst auftreiben. In Zürich und in Winterthur mußten je ein Spital wegen Personalmangels gesperrt werden, auch in Deutschland, England und anderen Ländern mußte man Spitalsabteilungen schließen.

Ausgestaltung der Amtsräume in den Magistratischen Bezirksämtern: Wir sind dabei, diese Räume überall zu verbessern und zu verschönern. Aber auch hier muß man bedenken, daß diese Arbeiten eine Unmenge Geld kosten, und wie schwierig es ist, Arbeitskräfte zu bekommen.

Wenn hier kritisiert wurde, daß im Voranschlag keine Vorsorge für mögliche Gehaltserhöhungen im kommenden Jahr getroffen wurde, so muß man fragen: Wer weiß schon von vornherein, welche Forderungen im nächsten Jahr gestellt werden? Wer weiß schon jetzt, was das Jahr 1965 bringen wird? Betont werden muß, daß sich die Stadt Wien ihren Verpflichtungen auf diesem Gebiet niemals entzogen hat!

./.

In erster Linie aber ist jetzt eine Stabilisierung wichtig und notwendig.

Werbung von Personal durch die Presse und Postenausschreibung sind zwei verschiedene Dinge. Wir sind dabei, die Frage zu untersuchen, ob Nachwuchskräfte in Form von Ausschreibungen angeworben werden können. Postenausschreibungen im öffentlichen Dienst aber sind sehr kompliziert und an die Dienstordnung gebunden. Nicht überall im öffentlichen Dienst kann diese Methode angewandt werden, wenn man nicht gegen die Dienstordnung oder sogar gegen die Verfassung verstoßen will.

Die Stadt Wien kann nicht von sich aus ein eigenes Gehaltsschema für Krankenschwestern einführen. Dies kann nur in Zusammenarbeit mit anderen Stellen geschehen. Abgesehen davon, sind unsere Krankenschwestern gar nicht schlecht bezahlt, und es ist zu begrüßen, daß Stadtrat Dr. Glück kürzlich im Fernsehen das gesamte Problem sehr offen aufgezeigt und dabei ebenfalls gesagt hat, daß man es nicht allein von der Gehaltsseite her betrachten kann.

Einen Ukas, betreffend den Urlaub in Spitälern, kenne der Stadtrat nicht; er könnte höchstens - fügt er hinzu - durch das Büro des Herrn Stadtrates Dr. Glück ergangen sein. (Allgemeine Heiterkeit.) Bei allen Schwierigkeiten, die sich bei der Urlaubseinteilung ergeben, müsse man den Dienstnehmern die Möglichkeit lassen, rechtzeitig alle Vorbereitungen zu treffen.

Die Gemeinde Wien beabsichtigt, an alle diplomierten Krankenschwestern, die schon in ihrem Dienst standen und dienstentsagt haben, heranzutreten, um einmal festzustellen, wie weit bei ihnen Bereitschaft für einen Kurzdienst gegeben ist.

In der Frage der Einsichtnahme in die Dienstbeschreibung gibt es viele Für und Wider. Stadtrat Bock vertritt den Standpunkt, daß derjenige, der seinen "Untergebenen" schlecht beschreibt, auch den Mut haben müsse, dazu zu stehen. Vor allem aber müßte der Vorgesetzte seine Aufgabe darin sehen, bevor er eine schlechte Beschreibung gibt, den Betreffenden zu mahnen, und ihm so Gelegenheit schaffen, seine Fehler auszumerzen. Im übrigen gebe es eine solche Einsichtnahme in die Dienstbeschreibung nirgends. Die Gemeinde Wien sei jedoch nicht abgeneigt, die Einsicht zu gewähren, wenn sich dazu auch die anderen Gebietskörperschaften bereitfinden würden.

./.

Bei der folgenden Abstimmung, die der Vorsitzende GR. Marek vornimmt, werden die Ansätze des Hauptstückes Personalangelegenheiten mit den Stimmen der Gemeinderäte der SPÖ und der ÖVP angenommen.

Die drei von der ÖVP eingebrachten Anträge werden einstimmig dem zuständigen Ausschuß zugewiesen.

\- - -

Die Budgetberatungen im Wiener Rathaus:

Wiener Kulturleben

14. Dezember (RK) Als zweite Verwaltungsgruppe am heutigen zweiten Tag der Budgetberatungen wurde die Gruppe III (Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung) behandelt. Vizebürgermeister Mandl (SPÖ) referierte:

"Ich freue mich, feststellen zu dürfen, daß die Ziffern des Ansatzes 1965 wieder erhöht werden konnten. Sie betragen 490,157.600 Schilling, liegen also um 46,536.200 Schilling höher als die des Jahres 1964. Das ist eine Steigerung um 10,5 Prozent.

Von diesem Ansatz entfallen auf den Sektor 'Kulturförderung und Sport' 153,782.000 Schilling und auf die 'Schulverwaltung' 336,375.300 Schilling.

Sie sehen schon aus diesen beiden Zahlen, daß sich in den letzten beiden Jahren das Schwergewicht unserer Arbeit auf das Gebiet der Schulverwaltung verlagert hat, weil uns unter anderem durch die gesetzlich bestimmte Einführung des neunten Schuljahres - oder wie es in der Terminologie der Schulgesetze richtig heißt, des polytechnischen Jahres - große Aufgaben erwachsen.

Vorbereitungen für das neunte Schuljahr

Wir haben nun den Ehrgeiz - wie auch im Wahlprogramm versprochen -, unsere Vorbereitungen so zu treffen, daß in Wien das polytechnische Jahr zeitgerecht, also mit dem Schuljahr 1966/67 wirksam wird. Da wir über Wunsch und im Einvernehmen mit dem Stadtschulrat für Wien das polytechnische Jahr an eigens dafür bestimmten Gebäuden und an den drei großen Zentralberufsschulen absolvieren lassen wollen, erwachsen der Schulverwaltung, aber auch dem Bauamt, außerordentlich große Belastungen.

Nach unseren Berechnungen werden für das neunte Schuljahr 150 bis 160 Klassen notwendig sein, für deren Unterbringung Vorsorge getroffen werden muß. Nach unseren Plänen werden folgende Schulgebäude dafür zur Verfügung stehen:

Polytechnische Schulen

Wien 2, Wolfgang Schmälzl-Gasse 13 (für den 1. und 2. Bezirk), 2, Pazmanitengasse 26 (1. und 2. Bezirk), 3, Hainburger Straße 40 (3. und 11. Bezirk), 6, Mollardgasse 87 (4., 5., 6., 7., 8., 12. und 15. Bezirk), 9, Galileigasse 3 (9., 17., 18. und 19. Bezirk)

./.

10, Erlachgasse 91 (10. Bezirk), 10, Pernerstorfergasse 30-32 (10. Bezirk), 12, Malfattigasse (4. und 12. Bezirk), 14, Meiselstraße 47 (13. und 14. Bezirk), 15, Hütteldorfer Straße 7-17 (5., 6., 7., 8. und 15. Bezirk), 16, Lorenz Mandl-Gasse 56 (16. und 17. Bezirk), 16, Roterdstraße 1 (16. und 17. Bezirk), 18, Schopenhauerstraße 79 (9., 17., 18. und 19. Bezirk), 20, Vorgartenstraße 95 (20. Bezirk), 21, Leopold Ferstl-Gasse 9 (21. Bezirk), 22, Wagramer Straße, Neubau (22. Bezirk), 23, Anton Baumgartner Straße, Neubau (23. Bezirk).

Manche dieser Schulhäuser müssen noch einer Überholung unterzogen, die Gebäude 3, Hainburger Straße, 20, Vorgartenstraße, und 21, Leopold Ferstl-Gasse, generalrenoviert werden. Allerdings kann die Renovierung der Schule 21, Ferstlgasse, erst in Angriff genommen werden, wenn die beiden Neubauten 21, Dunantgasse, und 21, Prießnitzgasse, fertiggestellt sind. Ebenso sind die beiden Schulen 22, Wagramer Straße, und 23, Anton Baumgartner-Straße, Neubauten.

Es bedarf also aller Anstrengung, um zum geplanten Zeitpunkt fertig zu werden. Es stehen uns neue Baumethoden zur Verfügung, nämlich die verschiedenen Montagebauweisen, deren Leistungsfähigkeit in den letzten Jahren mehrfach erprobt werden konnte. Es war durch Anwendung dieser modernen Bauverfahren möglich, zehnklassige Schulhäuser, die allen Anforderungen entsprechen, in einer Bauzeit von fünf Monaten zu errichten.

Abschluß des Generalrenovierungsprogramms

Wir haben unser Schul-Generalrenovierungsprogramm in großen Zügen abgeschlossen. Einige Schulgebäude sind noch in Arbeit, bei einem kleinen Rest ist eine Renovierung wegen des Bauzustandes nicht mehr zu vertreten. Diese Schulgebäude müssen durch Neubauten ersetzt werden. Allein in diesem Jahr wurden 19 generalrenovierte Schulgebäude in Verwendung genommen, elf sind in Arbeit.

Im Jahre 1964 konnten auch fünf Schulneubauten mit insgesamt 44 Klassen ihrer Bestimmung übergeben werden. Derzeit befinden sich noch vier Schulen im Bau, die im Jahr 1965 ihrer Bestimmung übergeben werden (11, Enkplatz, 19, In der Krim, 21, Roda-Roda-Gasse, 12, Malfattigasse).

./.

Schulneubauten

Für folgende Schulneubauten mit insgesamt 84 Klassen wurden die Sachkredite in Höhe von 160,100.000 Schilling bereits genehmigt: 8, Pfeilgasse; 21, Dunantgasse; 21, Prießnitzgasse; 22, Düsseldorfstraße; 22, Wagramer Straße; 23, Altmannsdorfer Straße (II. Bauteil).

Die Planung folgender Schulneubauten mit insgesamt 40 Klassen ist abgeschlossen, die Sachkreditanträge (67,400.000 Schilling) bereits gestellt: 10, Eisenstadtplatz; 10, Migerkastraße; 23, Mangasse.

Die im Jahr 1964 fertiggestellten Schulen, die im Bau befindlichen und bereits genehmigten bzw. beantragten insgesamt 17 Schulneubauten beinhalten 214 Klassenräume und erfordern einen Aufwand von mehr als 463 Millionen Schilling. Die Gründe für diese in den letzten Jahren so stark forcierten Arbeiten auf dem Gebiet des Schulbaues sind vor allem: 1. die Wohnbautätigkeit der Gemeindeverwaltung, die zur Errichtung neuer Wohnviertel führte, so in Kagran, Eisenstadtplatz, Wienerfeld, Altmannsdorf, Strebersdorf usw.); 2. die erfreuliche Entwicklung der Geburtenziffern; und 3. die Einführung des neunten Schuljahres.

Die Schülerzahlen in Wien stiegen von 87.570 im Jahr 1959/60 (39.596 Volksschüler, 6.899 Sonderschüler und 41.075 Hauptschüler) auf 77.610 im Jahr 1964/65 (46.015 Volksschüler, 6.192 Sonderschüler und 25.403 Hauptschüler). Für das Schuljahr 1969/70 werden 102.000 Schüler erwartet (63.000 Volksschüler, 7.000 Sonderschüler und 32.000 Hauptschüler).

Berufs- und Fachschulen

Die Berufsschulen haben einen Schülerstand von 32.957 Schüler, die sinkende Tendenz hält also weiter an. Im kommenden Jahre werden die Schulen des Textilgewerbes im neuen 3. Zentralberufsschulgebäude konzentriert und damit die Neuordnung auf dem Gebiete der gewerblichen Berufsschulen abgeschlossen.

Unsere Fachschulen für gewerbliche und hauswirtschaftliche Frauenberufe und die Vorschule für soziale Frauenberufe zeigen eine gute Entwicklung. Die Fachschule für Damenkleidermacher Sperrgasse wird im kommenden Schuljahr ebenfalls in das neue Berufsschulgebäude übersiedeln und ihr jetziges Haus der Kindergärtnerinnen-Bildungsanstalt zur Verfügung stellen.

./.

Die Modeschule der Stadt Wien, die derzeit 235 Schülerinnen zählt, hat auch in diesem Jahr wieder an einer Reihe von Wettbewerben erfolgreich teilgenommen und unter anderem beim 'Recontre der jungen Mode' in St. Gallen zum zweiten Male den ersten Preis errungen.

Auch das Pädagogische Institut und die pädagogische Zentralbücherei sind gut besucht, die Zahl der inskribierten Hörer hat sich gegenüber dem Sommersemester 1964 um 486 auf 1.968 erhöht; sie haben 4.750 Vorlesungen belegt.

Die Landesbildstelle Wien und Burgenland hat sich in ihrem neuen Heim in der Zieglergasse eingelebt. Sie hat 2.300 Schulprojektionsgeräte zu betreuen und rund 71.000 Entlehnungen von Filmen, Diareihen, Projektionsgeräten usw. durchgeführt.

Bibliothek, Archiv und Museum

Die Stadtbibliothek konnte im abgelaufenen Jahr ihre Bestände wesentlich vermehren. Autographen im Werte von rund 22.000 Schilling konnten erworben werden, und es gelang vor allem fast, den gesamten künstlerischen Nachlaß Julius Bittners um den Betrag von rund 121.000 Schilling der Stadtbibliothek zu sichern.

Die Leserzahl hält jetzt bei rund 26.000 im Jahre 1964, das sind 86 im Tag. Wir haben die Absicht, den Benützerraum der Stadtbibliothek im nächsten Jahr einer gründlichen Renovierung zu unterziehen. Das Archiv der Stadt Wien zeigt gegenwärtig unter dem Titel "Archivalien aus acht Jahrhunderten" im Historischen Museum auf dem Karlsplatz eine Auswahl aus seinen Beständen. Das Archiv betreut 10.979 Urkunden, 48.267 Faszikel und Akten sowie 40.000 Bände Buchhandschriften.

Das Museum der Stadt Wien hatte im abgelaufenen Jahr eine rege Tätigkeit zu verzeichnen. Neben interessanten Ausstellungen, wie der Schau 'Bilder, die man nicht immer sieht' und der Festwochenausstellung 'Wien um 1900", sind vor allem die Einrichtungen des Pratermuseums im Gebäude des Planetariums, die Instandsetzung der Gedenkräume in der Wertheimsteinvilla und vor allem die Restaurierung des weltberühmten Uhrenmuseums zu erwähnen.

./.

Denkmalschutz und Stadtbildpflege

Nun ein paar Worte über den Denkmalschutz und die Stadtbildpflege. Die Mängel unseres Denkmalschutzgesetzes sind bekannt. Es werden Objekte unter Schutz gestellt, sie dürfen nicht verändert werden, aber keine Bestimmung des Gesetzes sagt, wer die Kosten der Erhaltung solcher Objekte zu tragen hat. Die Folgen kennen wir alle, die historisch wertvollen Häuser verfallen und alte Stadtviertel verlieren ihr Gesicht.

Es ist nun interessant, daß die Verwaltungen fast aller Städte Europas in den letzten Jahrzehnten große Anstrengungen machen, ihre Altstädte zu erhalten und zu sanieren. Die Methoden, die dabei angewandt werden, sind verschieden.

Wir haben im Viertel Blutgasse-Singerstraße-Grünangergasse und Domgasse einen Weg zu gehen versucht, der sich bewährt hat. Die Assanierung dieses Gebietes wird in nächster Zeit abgeschlossen. Ich glaube, wir sollten den Mut haben, den gelungenen Versuch fortzusetzen, um die wenigen, noch erhaltenen alten Bereiche unserer Stadt für die Zukunft zu retten.

Nach langwierigen Beratungen und Verhandlungen ist es gelungen, mit der 'Altfassaden-Aktion' einen weiteren Schritt zu tun. Wenn sich aus irgendwelchen Gründen die Notwendigkeit erweist, daß die Fassade eines Hauses erneuert werden muß, so hat der Besitzer des Gebäudes nach § 7 des Mietengesetzes die Möglichkeit, die Kosten auf die Mieter umzulegen. Allerdings werden nur die Kosten der einfachsten Fassadengestaltung bewilligt. Was geschieht nun in den meisten Fällen? Kunsthistorisch wertvolle Fassaden werden abgeschlagen, in glatter, einfachster Form neugestaltet und wieder ist ein Stück Altstadt-Antlitz verloren.

Hier will die 'Altfassaden-Aktion', die im Zusammenwirken mit dem Bundesdenkmalamt entstanden ist, helfen. Der Differenzbetrag zwischen der § 7-Fassade und den Kosten der Wiederherstellung der Altfassade wird von der Stadt Wien unter Mitwirkung des Bundesdenkmalamtes getragen. Neu ist an der Aktion noch, daß sie einigermaßen geschlossene Altstadtviertel erfassen will, wie wir sie in Wien zum Unterschied von anderen Großstädten Europas zum Glück noch haben. Diese Viertel können, je nach ihrem Aussehen, ein Schmuck der Stadt, eine wirkliche Sehenswürdigkeit oder aber auch ein Schandfleck sein.

Das Bundesdenkmalamt hat sich bereit erklärt, für 1965 einen Betrag von 250.000 Schilling für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen, die Stadt Wien hat den doppelten Betrag für diese Aktion, also 500.000 Schilling, ins Budget 1965 aufgenommen, sodaß nur für dieses Vorhaben 750.000 Schilling zur Verfügung stehen. Die Aktion soll fortgesetzt werden.

Noch ein Wort an unsere Ingenieure in allen Abteilungen des Magistrates, die den technischen Erfordernissen einer modernen Großstadt ihre Dienste leihen: Bitte, schonen auch Sie das Bild unserer Stadt, deren wunderbare Bauwerke und Plätze und deren alte lauschige Gassen von tausenden Fremden besucht und bestaunt werden.

Den 'Superdenkmalpflegern' aber, die jeden alten Stein erhalten wollen, denen selbst das Bundesdenkmalamt zu wenig streng und die Stadt Wien ein Muster an Verständnislosigkeit ist, möchte ich sagen: Es kann jedes Menschen Wille sein, in einem Museumsraum zu wohnen, aber eine Stadtverwaltung kann und darf ihre Stadt nicht zu einem Museum machen. Dann nämlich wäre Wien wirklich eine sterbende Stadt. Man muß auch in der Denkmalpflege Kompromisse schließen können.

Aufgaben kommunaler Kulturpolitik

Ich bin der Auffassung, daß ein Kulturamt, gerade auch ein solches im Stadtbereich, nicht nur als Geldverteiler angesehen werden darf, sondern daß von ihm auch Impulse ausgehen müssen, die das gesamte kulturelle Leben der Gemeinschaft befruchten.

Wir müssen uns, so glaube ich weiter, bemühen, jene Schichten anzusprechen, denen noch bis vor kurzem die Schönheiten des Lebens verschlossen waren, müssen ihnen Ansporn und Mut geben, sich auch jene Bereiche zugänglich zu machen, die vielen bisher verschlossen, fremd oder ungewohnt gewesen sind.

Wir müssen allen unseren arbeitenden Menschen helfen, die noch vielfach vorhandene 'Platzangst im kulturellen Bereich' zu überwinden, eine Scheu, die in Jahrhunderten der großen Masse unserer Bevölkerung anerzogen wurde, weil eben Kultur noch bis vor wenigen Jahrzehnten nur für eine kleine Oberschicht von Intellektuellen dagewesen ist und die auch heute noch vielfach gerne unter sich sein möchte.

Hier muß, so glaube ich, eine sehr wirksame Kulturpolitik einsetzen, die sich nicht allein in subsidiären Maßnahmen erschöpfen kann. Und sie muß auf breitester Basis alle Bereiche unseres gesellschaftlichen Lebens umschließen. Wenn Herkunft, Vererbung, Erziehung und Milieu die Stellung des Einzelmenschen in der Gesellschaft bestimmen, so bietet doch gerade die Wandelbarkeit des Milieus, in materiellem und geistigem Sinne gemeint, eine der besten Voraussetzungen für eine wirksame Kulturpolitik.

Schließlich müssen wir unserer Jugend helfen, hineinzuwachsen in jene reiche Welt, die ihr offen steht, und sie abschirmen gegen das, was lockend und verführerisch eine seichte Vergnügungsindustrie in überreichem Maße anzubieten hat.

Diese dreifache Zielsetzung ist es, was ich immer als meine und meiner Mitarbeiter Aufgabe angesehen habe: Erhalten des Wertvollen aus der Vergangenheit, Pflege alles dessen, was an geistigen Strömungen die Gegenwart erfüllt, und Reifmachen der Jugend für ihre Aufgaben in der Zukunft. Ich glaube, daß diese zielstrebige Arbeit in unserer Stadt auch sichtbar und wirksam geworden ist, wenngleich wir mit dem bisher Erreichten noch lange nicht zufrieden sein dürfen.

Wissenschaft, Volksbildung und Kunst bedürfen in ihrer vielschichtigen Einwirkung auf unser tägliches Leben größter Aufmerksamkeit. Alle drei Bereiche müssen in unserer Stadt ausreichende und wirkungsvolle Förderung finden, wollen wir einer allgemeinen Entwicklung nachkommen und das hohe kulturelle Ansehen der Bundeshauptstadt erhalten. Konjunktur und Wohlstandsgesellschaft bringen viele Schattenseiten und manche Gefahr im geistig-ethischen Felde; mehr denn je verlangt unsere Zeit den kritischen, urteilsfähigen, den gebildeten Menschen, der allein sich den negativen Auswirkungen einer Wohlstandsgesellschaft, der Versuchung einer völligen Passivität und Gleichgültigkeit gegenüber widerstandsfähig zeigt. Immer wieder müssen wir aufzeigen, daß es eine Demokratie der Ungebildeten nicht gibt. Unser Bekenntnis zur demokratischen Staatsform und Lebenshaltung ist daher auch ein Bekenntnis zur Kultur und Bildung.

./.

Förderung der Wissenschaft

Wir haben im Budget 1965 rund eine Million für die Förderung von wissenschaftlichen Einrichtungen zur Verfügung, darunter für den Notring wissenschaftlicher Verbände Österreichs, die Akademie der Wissenschaften, die Biologische Station Wilhelminenberg, die Internationale Stiftung Mozarteum, das Institut für Wissenschaft und Kunst u.a.m.

Daneben vergibt die Stadt jährlich 2o Förderungs- und Würdigungspreise, unterstützt wissenschaftliche Forschungen, vergibt Stipendien und Stiftungsplätze und baut immer mehr das System ihrer Wissenschaftsförderung aus.

Für besonders wesentliche Probleme der Kommunalpolitik werden auch eigene Forschungsaufträge erteilt, um notwendig erscheinende Unterlagen zu erhalten. In zahlreichen wissenschaftlichen Vereinigungen leistet die Stadt Wien über sogenannte Mitgliedsbeiträge zusätzliche Hilfe und Erleichterung.

Der Stipendienfonds der Stadt Wien, der mit 3,5 Millionen Schilling dotiert ist, wurde mit Beschluß des Wiener Gemeinderates vom 31. Juli 1964 umgebaut und der durch das Studienbeihilfegesetz 1963 geschaffenen Lage angepaßt. Auch er trägt wesentlich dazu bei, die Basis der Pyramide wissenschaftlichen Studiums zu verbreitern und sicherzustellen, nimmt er sich doch jetzt besonders des Mittelschulstudiums und des zweiten Bildungsweges an.

In dieser vor uns liegenden Arbeitsperiode soll auch das Studentenheim in Döbling auf den in der ursprünglichen Planung vorgesehenen Fassungsraum für 728 Studenten ausgebaut werden, sodaß dann für Studierende aus dem Ausland und den Bundesländern 728 Zimmer zur Verfügung stehen werden. Für Planungsarbeiten sind schon im Budget 1965 500.000 Schilling vorgesehen.

Die Wiener Volksbildung

Die Wiener Volksbildung erfreut sich auch im kommenden Jahr der großzügigen Förderung der Stadtverwaltung, ohne die sie ihre so wichtige Aufgabe überhaupt nicht erfüllen könnte.

2,810.000 Schilling sind an Subventionsbeträgen für das Jahr 1965 vorgesehen, das ist um rund eine Viertel Million Schilling mehr als 1964. Das Neubauprogramm der Stadt für die Wiener Volksbildung ist fast abgeschlossen. In diesem Jahr konnten die neuer-./.

bauten Volksheime Kaisermühlen und Siemensstraße sowie die generalrenovierten Häuser 9, Galileigasse 8, 2o, Raffaelgasse 13 und 19, Hutweidengasse ihrer Bestimmung übergeben werden. Im Bau und vor der Fertigstellung stehen die Volksheime Alt-Ottakring und Altmannsdorf, die im Frühjahr 1965 fertig werden. Offen sind dann noch die Probleme der Volkshochschulen 5, Margareten, und Wien-West, deren Gebäude nicht mehr den Anforderungen der heutigen Zeit entsprechen.

In Floridsdorf entsteht auf Anregung des Herrn Bürgermeisters ein großes "Haus der Begegnung", das auch der lokalen Volkshochschule und Musikschule ausreichend geeignete Räumlichkeiten bieten wird. Die Planungen sind im Gange.

In der Großsiedlung Kagran wird ein Bezirkszentrum gebaut, das auch ein Volksheim enthalten soll. Der Wettbewerb wurde vor kurzem abgeschlossen. Mit dem Raumsanierungsprogramm zugunsten der Wiener Volksbildung hat Wien internationales Ansehen erworben und der Erwachsenenbildung in unserer Stadt eine echte Chance für ihr Wirken gegeben.

Abschließend noch ein offenes Wort zur derzeitigen Situation der Wiener- vielleicht der gesamten - Volksbildung: Die Ziffern, die in den Jahresberichten gegeben werden, sind durchaus respektabel und es ist sicher eine große Leistung, die von unseren Volksbildnern vollbracht wird. Bei näherer Durchleuchtung des Besuches der Kurse und des Programmes scheint es aber, als würde die Volksbildung in manchen Bereichen an den Forderungen der Zeit vorübergehen. Es erscheint mir notwendig, in einer wissenschaftlichen Untersuchung die Situation in den einzelnen Zweigen der Wiener Volksbildung zu untersuchen, die Aufgabenstellung abzuklären und aus den Erkenntnissen die Konsequenzen zu ziehen. Das soll in nächster Zeit geschehen, und wir wollen mit dem Bau neuer Volksbildungseinrichtungen etwas zuwarten, bis uns die aus den Untersuchungen gewonnenen Erkenntnisse vorliegen.

Ein organischer Teil der Erwachsenenbildung ist auch die außerschulische Betreuung unserer Jugend. Das Landesjugendreferat hat sich auf diesem Gebiete außerordentliche Verdienste erworben.

Neben der Durchführung der verschiedenen Sing-, Tanz- und Redewettbewerbe obliegt ihm vor allem die Betreuung der Häuser der Jugend, die in einer Fülle von Neigungsgruppen tausende junge

./.

Menschen erfassen. Das Jugendzentrum Erdberg und das Haus der Jugend, 8, Zeltgasse, arbeiten in dieser Hinsicht vorbildlich. Im Oktober wurde auch das Jugendheim 5, Grünwaldgasse, seiner Bestimmung übergeben und erfreut sich schon jetzt regen Zuspruchs.

Kunstförderung: Musik

Wir unterstützen die beiden großen Musikgesellschaften direkt und indirekt, wir helfen dutzenden musikalischen Vereinigungen und wir subventionieren mit mehr als acht Millionen Schilling den Verein Wiener Symphoniker, den wir mit der Führung des Orchesters Wiener Symphoniker betraut haben.

Die Wiener Symphoniker haben im Februar dieses Jahres mit ihrem Chefdirigenten Dr. Wolfgang Sawallisch eine sehr erfolgreiche Tournee durch die Vereinigten Staaten absolviert. In fünf Wochen wurden 32 Konzerte veranstaltet, eine außerordentliche physische und künstlerische Leistung der Musiker! Ich glaube, wir sollten nach dem außerordentlichen Erfolg der Reise der Wiener Symphoniker beginnen, die nächste, größere Tournee vorzubereiten, denn diese Sendboten der Musik sind die besten Diplomaten, die wir für unsere Stadt und unser Land auf Reisen schicken können.

Besonders erwähnen möchte ich noch unsere Einführungskonzerte für die Wiener Schuljugend, für die wieder ein Betrag von 700.000 Schilling eingesetzt ist. Wir erwarten in diesem Frühjahr den 750.000. Besucher.

Im kommenden Jahr wollen wir den seinerzeit begonnenen Versuch "Meisterorchester spielen Meisterwerke" in der Wiener Stadthalle wieder aufnehmen, der durch organisatorische Mängel in diesem Jahre nicht stattfinden konnte.

Einen wesentlichen Beitrag zur Musikerziehung in Wien leisten die Musiklehranstalten. Für sie ist ein Betrag von 13,8 Millionen Schilling im Budget für 1965 vorgesehen. Die Gesamtschülerzahl hat sich innerhalb der letzten Jahre von 7.500 auf 9.750 erhöht. Im 20. Bezirk, Raffaelgasse, wird im kommenden Jahr eine neue Zweigstelle errichtet, für die im Budget Vorsorge getroffen wurde. Es ist der erste Versuch, in den Rahmen einer Volkshochschule auch eine Musikschule einzubauen.

./.

Literatur

Die Förderung wertvoller, besonders österreichischer Literatur geschieht im wesentlichen durch Ankauf von Neuerscheinungen. Meist wird es den Verlagen überhaupt erst möglich, ein Werk herauszubringen, wenn sie wissen, daß eine gewisse Anzahl von Büchern fix abgenommen wird. Unsere junge, zum Teil ausgezeichnete Lyrik müßte verdorren, hätte sie nicht diese Hilfe.

Durch unser Abonnement von Jugendbüchern kommt weiterhin guter Lesestoff in Spitäler und Heime und verdrängt so systematisch die Schundliteratur, die sich in den letzten Jahren dort breit gemacht hatte. Der Literaturförderung werden durch Buchankauf 250.000 Schilling und der Bekämpfung schlechter Jugendliteratur 130.000 Schilling zugeführt.

Die Städtischen Büchereien, für die im Jahr 1965 ein Betrag von 15,5 Millionen Schilling vorgesehen ist, zeigen weiterhin eine gute Entwicklung. Sie sind zu einem wesentlichen Faktor der Verbreitung guter Literatur geworden.

Im kommenden Jahr wird die dritte Lehrlingsbücherei im dritten Zentralberufsschulgebäude 12., Malfattigasse, eingerichtet werden, sodaß die städtischen Büchereien dann eine Hauptbücherei mit 35.000 Bänden, 49 Zweigstellen mit 400.000 Bänden, drei Lehrlingsbüchereien mit 17.000 Bänden, zwei Autobusbüchereien mit 14.000 Bänden, eine Pensionistenbücherei mit 4.000 Bänden, sowie 56 Ausgabestellen für Pensionistenklubs im Winter und sechs Ausgabestellen im Sommer umfassen werden.

In dieser Arbeitsperiode des Gemeinderates sollen die Städtischen Büchereien ein "Haus des Buches" erhalten, das auf dem Bunker im Schönbornpark gebaut werden soll und in dem neben der Hauptbücherei verschiedene andere, dem Buch dienende Einrichtungen Raum finden werden.

./.

Theater

Unsere Unterstützungen für die Privattheater sind schon fast zur Selbstverständlichkeit geworden. Keines der Theater könnte heute - ob große Bühnen oder Kellertheater - existieren, würden wir diese Unterstützung nicht geben. Die Wiener Privattheater erhielten 1964 aus Budget, Kulturgroschen, Vergnügungssteuerrefundierung und im Rahmen des kulturellen Sommerprogrammes mehr als 13,700.000 Schilling.

Ich freue mich, daß es nun endlich, nach jahrelangem Bemühen und langwierigen Verhandlungen gelungen ist, das 'Theater der Jugend' auf eine neue Basis zu stellen. Dadurch wurde es möglich, das 'Theater im Zentrum' in der Liliengasse zur Gänze dem Theater der Jugend zu öffnen und für die älteren Schüler das Theater an der Wien zugänglich zu machen. Für die nächsten Produktionen stehen 1,514.000 Schilling zur Verfügung.

Für das Jugendabonnement, das 15.000 Jugendliche umfaßt, mußte die Subvention um rund 400.000 Schilling erhöht werden, da die Bundestheater die Preise für das Theater der Jugend wesentlich gesteigert haben. Ob das echte Kulturpolitik ist, ob man nicht gerade bei diesen Bühnen an anderer Stelle besser hätte sparen können, sei dahingestellt.

Im Budget 1965 ist für Theaterförderung ein Betrag von rund 15 Millionen Schilling festgesetzt.

Film

Mit dem Filmfestival des heiteren Films, dem der Herr Bürgermeister den Namen 'Viennale" gab, ist es uns nach langen Versuchen in Zusammenarbeit mit den Filmjournalisten und den Filmfachverbänden gelungen, eine Veranstaltung zu schaffen, die eine Filmsparte in den Mittelpunkt des Interesses rückt, der in der heutigen Zeit besonders Bedeutung zukommt, nämlich den guten Unterhaltungsfilm.

Die bisherigen Versuche haben gezeigt, daß mit dieser Veranstaltung in der Reihe der Filmfestivale eine echte Lücke geschlossen und nicht nur einigen Filmästheten, sondern der Masse der Kinobesucher, gedient werden kann.

Wir wollen der 'Viennale 1965' zum erstenmal einen festlichen Rahmen leihen und die Veranstaltung auf eine breitere Basis stellen.

./.

Bildende Kunst

Unsere Förderungsmaßnahmen auf dem Gebiet der bildenden Kunst erstrecken sich von der Auftragserteilung an bildende Künstler über die Ankäufe von Kunstwerken bis zur Ausstellung von Bildwerken verschiedenster Art.

Im Jahr 1964 wurden 135 Arbeiten von 49 Künstlern abgenommen und 147 Arbeiten an 41 Künstler neu in Auftrag gegeben. 247 Arbeiten vor allem von Malern und Graphikern wurden angekauft und wandern nun in unsere Schulgalerien, von denen es an den diversen Schulen schon 63 gibt. 1965 wird diese Ankaufs- und Auftragstätigkeit fortgesetzt werden.

Mit den Festwochen 1964 wurde unsere große Ausstellungsserie abgeschlossen, die mit 'Van Gogh' begann und über 'Munch', 'Gauguin', 'Cézanne' und 'Hodler' in der Ausstellung 'Wien um 1900' in der renovierten Secession ihren Abschluß fand. Die Großausstellungen sind wirkliche Bahnbrecher zur Erlangung eines besseren Kunstverständnisses der Wiener Bevölkerung geworden. Für die Zeit der Wiener Festwochen 1965 ist eine Ausstellung 'Wiener Malerei seit 1945' geplant, die einen Überblick über die im Verlauf der letzten 20 Jahre aufgetretenen, modernen Strömungen in Wien geben soll.

Sportförderung

Unsere Sportförderung bewegt sich auch weiterhin in den gewohnten Bahnen. Es sind von der Stadt Wien 83 Sportanlagen und elf Spielplätze mit einem Flächenausmaß von 2,240.000 Quadratmeter an Sportverbände und Vereine verpachtet, die dafür zwei bis vier Groschen Pacht pro Jahr und Quadratmeter zu bezahlen haben. Für den Wintersportbetrieb sind von den 314 Turnsälen an den Schulen 215 an Vereine vergeben. Darüber hinaus betreut die Sportstelle der Stadt Wien 50 Jugend- und Kinderspielplätze, die von rund 470.000 Kindern besucht waren. In diesem Jahre konnten die Sportanlagen 19, Krottenbachstraße und 21, Fultonstraße sowie vier Spielplätze im 11., 14. und 19. Bezirk in Betrieb genommen werden. Im Bau befinden sich die Sportanlagen 10, Gußrieglstraße, 14, Achtundvierzigerplatz und 21, Schwarzlackenau. Außerdem werden die Renovierungsarbeiten im Stadion systematisch fortgesetzt.

Im Sommer 1965 wird in Wien das große europäische Turnfest die "Gymnaestrada" zur Austragung kommen, bei dem die Stadt und

./.

der Bund die Ausfallshaftung übernommen haben. 10.000 ausländische Sportler werden in Wien erwartet.

Im Voranschlag 1965 sind für den sportlichen Bereich insgesamt 21,598.200 Millionen Schilling enthalten.

Zum Schluß meiner Ausführungen möchte ich noch kurz über die Wiener Festwochen und den Wiener Fremdenverkehr berichten.

Wiener Festwochen 1965

Die Festwochen 1965 werden am 22. Mai durch den Herrn Bundespräsidenten feierlich eröffnet und am 20. Juni mit dem traditionellen Abschlußkonzert beendet. Sie stehen mit ihrem Gesamttitel 'Kunst in Freiheit' im Gedenken an die 20. Wiederkehr des Tages der Befreiung und das Zehn-Jahr-Jubiläum des Abschlusses unseres Staatsvertrages. Das Programm liegt in großen Zügen fest und verspricht unter Mitwirkung von Ensembles der Signatarmächte interessant und abwechslungsreich zu werden.

Das achte Europagespräch steht unter dem Titel 'Brücken zwischen Ost und West. Europa in Koexistenz oder Kooperation?' Vertreter aus Ost und West werden zu den Problemen Stellung nehmen.

Der Wiener Fremdenverkehr

Das Fremdenverkehrsjahr 1963/64 brachte wieder einen absoluten Rekord:

Personen insgesamt	1962/63	957.255
	1963/64	1,035.406
Nächtigungen insgesamt	1962/63	2,773.346
	1963/64	3,040.355

Wir haben also zum erstenmal seit dem Jahre 1918, der Gründung der Ersten Republik, bei den Nächtigungen die Dreimillionengrenze überschritten. Und während der gesamtösterreichische Fremdenverkehr eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 5,5 Prozent aufweist, ist der Wiener Fremdenverkehr um 8,5 Prozent gestiegen.

Die zur Verfügung stehende Bettenzahl hat sich weiter erhöht und betragt derzeit 14,058, wozu im Sommer noch die 420 Betten unseres Studentenheimes kommen, das unter dem Namen 'Haus Döbling' in der Hotelliste aufscheint.

Wir dürfen auch mit Genugtuung feststellen, daß sich die Ausstattung der Wiener Fremdenverkehrsbetriebe spürbar verbessert hat.

./.

Dazu haben sicher auch die 60 Millionen Schilling Kredite der Stadt Wien beigetragen, die bisher an 853 Betriebe gegeben wurden.

Für das kommende Jahr kann mit einer weiteren Steigerung des Fremdenverkehrs in Wien gerechnet werden. Es ist anzunehmen - alles spricht dafür -, daß nun auch die Oststaaten beginnen, im Wiener Fremdenverkehr eine bedeutsame Rolle zu spielen. Damit rückt aber unsere Stadt wieder aus der periphären Situation, in die sie 1945 unverschuldet gekommen war, in ihre alte zentrale Stellung, die sie jahrhundertelang inne hatte. Wir müssen uns mehr als bisher darauf vorbereiten, sowohl was das geistige Konzept als auch die materiellen Voraussetzungen betrifft.

Eine Schicksalsfrage unserer demokratischen Freiheit

Kulturpolitik zu betreiben und zu verantworten, ist eine schöne, faszinierende Aufgabe. Sie bedarf jedoch der ständigen Kontrolle des eingeschlagenen Weges. Vielfach ruft schon das Wort allein Unbehagen und Mißtrauen hervor. Aber kommt es nicht darauf an, lieber 'Lichter anzuzünden, als auf die Dunkelheit zu schimpfen', um ein altes chinesisches Sprichwort zu zitieren? Meine Mitarbeiter und ich müssen Kritik und lebhafte, oft leidenschaftliche Auseinandersetzungen in Kauf nehmen, wollen wir konsequent im Rahmen der Stadtverwaltung kulturpolitisch tätig der Bevölkerung dienen.

Ich wiederhole und kann es nicht oft genug sagen:
Unsere Demokratie kann nur dann gedeihen, wenn sie von einer breiten Schicht denkender, urteilsfähiger und charaktervoller Staatsbürger getragen wird. Es ist eine Schicksalsfrage unserer demokratischen Freiheit, ja eine Frage des Seins oder Nichtseins, daß der Bürger tätig helfend in seiner Gemeinschaft wirkt und wir uns alle mitverantwortlich für das Schicksal, für das Gedeihen unseres Landes fühlen. Damit ist heute Kulturpolitik die sinnvolle Ergänzung aller anderen kommunalpolitischen Maßnahmen geworden."

./.

Die Kulturdebatte

GR. Lauscher (KLS) hebt einleitend hervor, daß der Bericht Mandls den Eindruck vermittelte, daß auf dem kulturellen Sektor wertvolle Arbeit geleistet wird. Die Tätigkeit des Kulturamtes einer Stadt mit so großer kultureller Tradition müsse darauf gerichtet sein, vor allem den arbeitenden Menschen zu einer Beziehung zur Kultur zu verhelfen, ihnen die Platzangst im kulturellen Bereich zu nehmen und den Weg zum richtigen Kunstverständnis und zum richtigen Kunstgeschmack aufzuzeigen.

Wenn die Europa-Gespräche 1965 unter dem Motto "Brücke zwischen Ost und West" stehen werden, so sehen die Kommunisten und Linkssozialisten darin lediglich einen Anfang, die bisherige Einseitigkeit dieser Gespräche zu überwinden, sie zu einer Einrichtung Gesamteuropas zu machen und damit der weiteren Entspannung, Verständigung sowie der gegenseitigen kulturellen, geistigen, politischen und wirtschaftlichen Befruchtung zu dienen.

Für die in das nächste Jahr fallende 20. Wiederkehr des Jahres der Befreiung Österreichs unterbreitet der Redner den Vorschlag auf Schaffung einer repräsentativen Anthologie schriftstellerischer Bekenntnisse zu Wien und Österreich unter dem Blickwinkel der Befreiungskämpfe und der Idee des Antifaschismus und des Friedens, die Veranstaltung einer Matinee "Unbesiegtes Wort - unbesiegtes Wien", wobei die Werke der von den Faschisten ums Leben gebrachten und vertriebenen Dichter besondere Berücksichtigung finden sollten, eine ausstellungsmäßige Zusammenstellung österreichischer antifaschistischer Bücher in der Stadtbibliothek und in den städtischen Büchereien sowie eine Würdigung jener Dichter und Schriftsteller, deren Thematik und gesamte Haltung Wiens Befreiung und Freiheit gilt, in Zusammenhang mit der Vergebung des Literaturpreises der Stadt Wien im Jahre 1965.

Darüber hinaus würde Wien Österreich einen großen Dienst erweisen, wenn von Wien die Initiative zur Herstellung eines Filmwerkes über den österreichischen Freiheitskampf ausginge. Es wäre aber auch dankenswert, wenn bei den Wiener Festwochen die derzeit lebenden österreichischen Komponisten mehr zum Zuge kämen, als das bisher der Fall war. Der Redner stellt in diesem Zusammenhang zur Überlegung, einer Anregung Gottfried Einems und Kurt Blaukopfs

./.

zu folgen, wonach die Gemeinde Wien in ähnlicher Weise, wie sie ein Prozent der Bausumme für die künstlerische Ausstattung der Bauten verwendet, ein Prozent aller öffentlichen Subventionen für die Aufführung von Werken lebender österreichischer Komponisten widmet.

Wenn Wien im Gegensatz zu den anderen Bundesländern derzeit auch keinen Lehrermangel hat, so werden sich im Hinblick auf die steigende Geburtenzahl, auf die Einführung des neunten Schuljahres und nicht zuletzt auch in Anbetracht der Tatsache, daß mit dem Einsetzen der Lehrerausbildung an den Pädagogischen Akademien zwei Jahre hindurch mit keinen neuen Lehrern gerechnet werden kann, auf diesem Sektor auch für die Bundeshauptstadt Schwierigkeiten ergeben. Um diesem kommenden Notstand rechtzeitig abzuhelfen, schlägt der Redner vor, die Lehrer vom Militärdienst zu befreien, die Besucher der Pädagogischen Akademien in das Studienförderungsgesetz einzubeziehen und heute schon die Schüler der musisch-pädagogischen Realgymnasien bevorzugt mit Stipendien zu bedenken. In dieser Richtung würde sich aber sicherlich auch eine entsprechende Berücksichtigung der Lehrer bei der Vergabe von Gemeindewohnungen positiv auswirken.

Nach Auffassung der Kommunisten wird das neunte Pflichtschuljahr im Rahmen des polytechnischen Lehrganges nur dann die erwarteten Erfolge bringen, wenn man es im Sinne einer Erweiterung des Lehrzieles der Pflichtschule an die Hauptschule angliedert. Auch zur Verbesserung des Unterrichtes in Zeitgeschichte sollte die Gemeinde Wien richtungweisende Schritte unternehmen, etwa in der Form, daß sie für das beste Jugendbuch, das die Helden des österreichischen und des internationalen Widerstandkampfes gegen den Nazismus vor unseren Kindern lebendig werden läßt, einen Preis stiftet, oder, wie das in vielen anderen Ländern bereits geschieht, jährlich einmal einen Widerständskämpfer zur Schuljugend sprechen läßt. Die 20. Wiederkehr des Jahres der Befreiung wäre sicherlich ein geeigneter Anlaß, diese Übung auch in Wien zu übernehmen.

Zu Radio und Fernsehen: Es steht außer Frage, daß die Meinungsfreiheit eine Grundfrage unserer Demokratie ist. Für die Gewährleistung der Meinungsfreiheit hat die Arbeiterklasse einen jahrzehntelangen Kampf geführt. Heute beeinflussen Massenmedien

./.

wie Radio und Fernsehen die Meinungsbildung der Menschen und sie dürfen daher kein Monopol der beiden Regierungsparteien sein.

Das mäßige Abschneiden unserer Sportler bei den Olympischen Sommerspielen hat die Aufmerksamkeit aller auf die Verhältnisse im Sport gelenkt. Bund, Länder und Gemeinden tun leider viel zu wenig zur Sportförderung, obwohl ein enger Zusammenhang zwischen der sportlichen Betätigung der Jugend und ihrem Gesundheitszustand besteht. Viele Jugendliche leiden heute unter eine Muskelschwäche und ein hoher Prozentsatz ist, wie sich bei den Assentierungen herausgestellt hat, nicht voll tauglich. Die Liebe zum Sport müßte bereits im Kindesalter geweckt werden. Zwei Turnstunden wöchentlich, wie es in den meisten Schulen der Fall ist, sind viel zu wenig. Außerdem ist ein Teil der Lehrerschaft sportlich nur mangelhaft ausgebildet. In manchen Schulen gibt es auch keine Turnsäle, sondern nur Turnzimmer. Die Errichtung einer Landessportschule wäre dringend notwendig.

In Wien gibt es derzeit auch nur vier Hallenschwimmbäder, von denen das Margaretenbad mit seinem 18 Meter-Becken für die Sportler ebenso wenig geeignet ist wie das Jörgerbad. Das Dianabad soll mit 30. April 1965 gesperrt werden. Das bedeutet für den Schwimmsport einen schweren Schlag, den 70 bis 80 Prozent aller Spitzenschwimmer hatten ihre Heimat im Dianabad. Das Theresienbad, das überdacht wird, ist kein ausreichender Ersatz. Der Neubau des Dianabades wird einige Jahre dauern und auf die Eröffnung des neuen Bades in Floridsdorf werden die Sportler ebenfalls noch warten müssen. Auch dieses Bad wird über keine 50 Meter-Bahn verfügen. Von den Sommerschwimmbädern ist nur das Stadionbad mit seinen 50 Meter-Bahnen für die Sportler halbwegs geeignet. Leider hat es noch keine Vorwärmeanlage, obwohl Simmering mit seinen Energiequellen in der Nähe liegt. Jedoch auch die anderen Sportarten kämpfen mit großen Schwierigkeiten. Es mangelt an Hallen für den Ballsport und an Rasensportanlagen, besonders an Fußballplätzen. Der Redner urgiert die Novellierung des Spielplatzschutz- und Anforderungsgesetzes, das eine Garantie gegen die weitere Verbauung von Rasensportstätten bietet. Den Vereinen müßten auch die Turnsäle kostenlos überlassen werden. In größerem Ausmaß müßten ihnen auch Jugendfahrscheine zur Verfügung gestellt, deren Gültigkeit bis 22 Uhr verlängert und auf die Sonntage erstreckt

./.

werden. Schließlich müßten auch alle sportlichen Veranstaltungen von der Vergnügungssteuer befreit werden.

Wenn in Wien Olympische Sommerspiele abgehalten werden sollen, dann dürfen wir keine Zeit versäumen, um die hierfür nötigen Sportstätten zu schaffen.

Abschließend spricht der Redner über die Zeitung des Österreichischen Turnerbundes, die deutsch-nationalen Geschichtsunterricht erteile. Diese Zeitung verbreite deutsch-nationales Gedankengut und verneine die österreichische Nation. Der Turnerbund bietet keine Gewähr für die Erziehung unserer Jugend zu aufrechten Österreichern. Es sei unverständlich, daß die Gemeinde Wien einer derartigen Organisation 50 Turnsäle zur Verfügung stellt. Was muß noch geschehen, bis die Mehrheit dieses Hauses aus dem deutsch-nationalen Charakter des Vereines und seiner anti-österreichischen Tätigkeit die Konsequenzen zieht und den Jugendverführern unter der Sporttarnkappe das Handwerk legt.

Abschließend spricht der Redner die Hoffnung aus, daß die positive Kritik seiner Fraktion Berücksichtigung finden möge. Den Ansätzen werde die KLS-Fraktion zustimmen.

GR. Peter (FPÖ) erklärt einleitend, seine Fraktion sei mit den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe im großen und ganzen einverstanden, er habe jedoch einige Fragen, die er dem Berichterstatter stellen müsse.

Eine dieser Fragen sei, welche Gründe es für die alljährliche Erhöhung der Entschädigungsbeiträge für die Mitglieder des sogenannten Filmbeirates gebe. Diese Beiträge seien von 35.800 Schilling im Jahr 1963 auf 50.000 Schilling im Jahr 1964 gestiegen, und für 1965 sehe der Voranschlag 90.000 Schilling vor. Nichts aber sei von Seiten des Filmbeirates bisher geschehen, um bessere Verhältnisse auf dem Filmsektor zu schaffen. Immer wieder seien von allen Seiten Klagen über die schlechten Filme zu hören, die man in unseren Kinos sieht. Wenn schon die Schnulzenfilme keinen besonderen Schaden anrichten, so müßte es doch möglich sein, die Vorführung jener Krimifilme zu verhindern, die einen schlechten Einfluß auf unsere Jugend ausüben.

./.

Aber die Vergnügungsindustrie sei bereits zur Kulturindustrie geworden, und es habe den Anschein, als ob wir alle nicht energisch genug seien, um diese Entwicklung aufzuhalten.

Eine andere Frage sei, worauf die Senkung der Einnahmen aus den Schulgeldern an den Wiener Musiklehranstalten zurückzuführen sei.

Bezüglich der Modeschule der Stadt Wien, der städtischen Büchereien, der Stadtbibliothek, der städtischen Museen und des Archivs der Stadt Wien erklärt sich GR. Peter mit der Führung dieser Institutionen einverstanden und lobt die Erfolge, die auf diesen Gebieten erreicht werden. An die Wiener Bevölkerung richtet er den Appell, das neue Planetarium und das darin untergebrachte Pratermuseum zu besuchen, da dies Sehenswürdigkeiten ersten Ranges seien, die mehr Besuch verdienen als bisher.

Auf dem Gebiet der Denkmalpflege geschehe zwar einiges, das sei aber noch zu wenig. So wäre es zum Beispiel unbedingt notwendig, das Tegetthof-Denkmal auf dem Praterstern, das in keinem schönen Zustand sei, herzurichten.

Zum Kapitel Sport bemängelt der Redner unter anderem, daß das Kinderturnen im Rahmen des Österreichischen Turnerbundes von der Gemeinde Wien benachteiligt werde, obwohl dort das Turnen ohne jegliche politische Tendenz durchgeführt werde. Die Vorwürfe, die sein Vorredner, GR. Lauscher, gemacht hat, weist der Redner energisch zurück.

Der Redner bezeugt sein Einverständnis mit umfassender Kunstförderung, nicht aber mit der geplanten Ausstellung der modernen Malerei nach 1945, von der er sich viel Greuliches und Grausliches erwarte. Die Bilderstürmereien in der "Grünen Galerie" seien Ausdruck der Ablehnung durch das Volk, wenn auch mit verwerflichen Mitteln, gewesen.

Zum Lehrermangel an den Mittelschulen und zur Abwanderung der Akademiker wolle er sich nicht äußern, denn "es hieße Tauben nach Athen tragen, wenn man immer und immer wieder dasselbe sagt." Der Redner sprach sich gegen die modernistische Kunst aus, die sich das Wort "modern" arrogiert habe, ohne wirklich modern zu sein, aber dennoch von der Stadt Wien subventioniert werde. "Der selige Mäcenatas" wäre bei seinen kunstfördernden Maßnahmen ganz anders vorgegangen als die Stadt Wien.

./.

Auf seine diesbezüglichen Ausführungen habe GR. Peter von Kollegen anderer Fraktionen verschiedene Antworten erhalten. Manche hätten ihm draußen im Speisesaal gesagt, daß sie seinen Ansichten gerne applaudiert hätten. (Zwischenruf bei der ÖVP.) Zu den seinerzeit vorgebrachten Argumenten von GR. Liwanec und GR. Dr. Stemmer, daß auch weltweit anerkannte große Künstler von ihren Zeitgenossen abgelehnt worden seien, sagt GR. Peter, daß es keineswegs das Volk gewesen sei, das einen Beethoven oder einen Bruckner nicht verstanden habe, sondern nur die Kritiker und die sogenannten Fachleute. Der Redner faßt seinen Standpunkt in dem Satz zusammen: "Kunst ist, was dem Volk gefällt". (Zwischenruf von GR. Leinkauf im Hinausgehen: "Kunst ist, Ihnen zuzuhören!" An den Zwischenruf schließt sich ein erregtes Wortgefecht mit dem Redner an.)

Der Redner geht schließlich auf eine Stelle des Debattenbeitrags von Landtagspräsident Marek ein, der von "österreichischer Kultur" gesprochen hat. Die Existenz einer solchen habe die FPÖ nie bestritten. Sie denke aber auch in dieser grundsätzlichen Frage anders als die Mehrheit des Hauses. GR. Peter betont, "daß wir uns selbstverständlich zum deutschen Volk bekennen". Dies solle aber keine Spitze gegen die territoriale Selbständigkeit Österreichs darstellen. (Zwischenruf Stadtrat Schwaiger: "Auch das ist eine Kunst!") So wenig es eine künstliche, gleichsam in der Retorte fabrizierte Nation geben könne, so wenig gäbe es eine österreichische Nation. Zugegebenermaßen hätten die Deutschnationalen den Denkfehler begangen, Staat und Nationen zu sehr zu identifizieren. Der Redner zitiert darauf Dr. Renner und Dr. Seipel, die von der Zusammengehörigkeit Österreichs und Deutschlands gesprochen haben. Heftige Zwischenrufe aus den Bänken der SPÖ, ÖVP und KLS unterbrechen an dieser Stelle den Debattenredner immer wieder. "Wir bekennen uns", fährt GR. Peter fort, "zu einem freien, unabhängigen neutralen Österreich. Wer uns andere Tendenzen unterschiebt, der lügt!" Der Redner schließt mit Zitaten von Hoffmannsthal und Wildgans. Während er das Rednerpult verläßt, begleitet ihn der Zwischenruf aus den Bänken der ÖVP: "Vom Gauredner zum Gaudiredner". GR. Peter antwortet: "Ich war Reichsredner - das könnten Sie eigentlich wissen!"

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

./.

Jonas ersucht Figl Bisamberg-Verbauung zu verhindern

14. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas hat heute an Landeshauptmann Dr. Ing. Figl ein Fernschreiben folgenden Inhaltes gerichtet:

"Zeitungsmeldungen zufolge soll die Gemeinde Bisamberg bereits eine Baubewilligung für die Errichtung eines Großhotels auf dem Bisamberg erteilt haben. Gegen die Errichtung eines solchen Hotels werden von berufenen amtlichen Stellen und aus weiten Kreisen der Bevölkerung der umliegenden Gebiete schwerste Einwände erhoben. Ich schließe mich den Bestrebungen, den Bisamberg als Erholungsgebiet zu bewahren, rückhaltlos an und bitte Sie, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, alle Kompetenzen, die dem Land Niederösterreich zur Verfügung stehen, anzuwenden, um die geplanten Hotelprojekte zu verhindern!"

\- - -

Eine Million Arbeitsstunden für hilfsbedürftige Wiener

14. Dezember (RK) Der Verein "Wiener Hauskrankenpflege", der für die Stadt Wien die Heimpflege und Heimhilfedienste leistet, hat vor wenigen Tagen seine millionste Arbeitsstunde geleistet. Die Anfänge dieser Institution reichen ziemlich weit zurück.

In den ersten Monaten nach dem Ende des Krieges trat neben vielem anderen ein brennendes Problem zutage: Teile mehrerer Krankenhäuser und Altersheime waren von den Besatzungsmächten in Anspruch genommen, obwohl gerade in dieser Zeit die ausgehungerte und durch den Schock des letzten Krieges arg mitgenommene Bevölkerung mehr denn je ärztlicher und pflegerischer Hilfe bedurfte. Insbesondere unsere Alten waren davon schwerstens betroffen. Viele von ihnen wollten in ein Altersheim gehen, weil sie unter den gegebenen schwierigen Verhältnissen nicht in der Lage waren, ihren bescheidenen Haushalt weiterzuführen. Sie waren nicht krank, es fehlte nur eine hilfreiche Hand, die ihnen Besorgungen abnahm und im Haushalt beistand. Es war aber in den Anstalten kein Platz frei. Dieses Problem drängte zu einer Lösung.

Zu diesem Zweck wurde der Verein "Wiener Hauskrankenpflege" ins Leben gerufen. Er begann im Jahre 1947 mit seiner Tätigkeit. Auf Grund eines Arbeitsvertrages mit der Stadt Wien übernahm diese die Kosten für die Heimpflege- und Heimhilfedienste. Der Anfang war sehr bescheiden. Das erste Jahr schloß mit 14.000 geleisteten Pflege- oder Hilfestunden ab. Diese Zahl stieg von Jahr zu Jahr und überschritt 1963 die Hunderttausend-Grenze. Vor wenigen Tagen war nun die erste Million Gesamtstunden erreicht.

Der Verein "Wiener Hauskrankenpflege" will dieses "Jubiläum" seiner Tätigkeit mit seinen Mitarbeitern und mit den Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, durch deren Förderung seine Arbeit erst möglich wurde, festlich begehen.

Die Veranstaltung findet am Donnerstag, dem 17. Dezember, um 17 Uhr, im Saale des Gasthofes "Grünes Tor", 7, Lerchenfelder Straßer 14, statt.

\- - -

70. Geburtstag von Regierungsrat Hans Radl

14. Dezember (RK) Stadtschulratspräsident Dr. Neugebauer beglückwünschte heute in Anwesenheit des ehemaligen Präsidenten des Stadtschulrates Hofrat Dr. Zechner und vieler leitender Beamten den als Mitbegründer des Wiener Sonderschulwesens bekannten Regierungsrat Hans Radl zu dessen 70. Geburtstag. Er überreichte ihm ein Ehrengeschenk in Form eines Kupferstiches des Stadtschulratsgebäudes. In seiner Ansprache würdigte Präsident Dr. Neugebauer die hervorragenden Leistungen des weit über Österreich hinaus namhaften Pädagogen, der nach dem ersten Weltkrieg, aus dem er selbst als Invalide heimkehrte, in Wien mit dem Aufbau eines Sonderschulwesens begann, das heute zu den besteingerichteten der ganzen Welt gehört und das durch die Schulgesetze des Jahres 1962 vervollständigt wurde. Regierungsrat Radl, der heuer auch die 50jährige Wiederkehr seiner Anstellung als Lehrer feiern kann, gehört dem Stadtschulrat als Konsulent an und betreut die in- und ausländischen Besucher, die das Wiener Schulwesen studieren wollen und unter denen sehr viele Sonderschullehrer aus aller Welt sind, die sich in den Wiener Sonderschulen Anregungen für ihre heilpädagogische Arbeit holen.

Mit seinen Glückwünschen verband Präsident Dr. Neugebauer den herzlichen Dank der Wiener Schulbehörde für ein Leben, das Regierungsrat Radl ganz in den Dienst der hilfebedürftigen, behinderten Kinder gestellt hat.

\- - -

Keine Wiener Schule ohne Radio, Filmvorführgerät und Bildwerfer

14. Dezember (RK) Die Landesbildstelle Wien-Burgenland verfügt derzeit über 988 Bildwurfgeräte, 712 Stummfilmgeräte und 13 Tonfilmprojektoren, die in den Schulen der Bundeshauptstadt und in den Lehranstalten des Burgenlandes ständig verwendet werden.

Praktisch gibt es heute in Wien keine Pflichtschule mehr, die nicht über einen Kleinbildwerfer, einen Filmvorführapparat, ein Rundfunkgerät und öfters auch über ein Tonbandgerät und eine Tonfilmmaschine verfügt. Diese Apparate sind entweder Leihgaben der Landesbildstelle oder Eigentum des betreffenden Institutes. In jedem Fall aber stammen die Diapositive, Filme, Tonbänder usw. von den Entlehnstellen der Landesbildstelle Wien-Burgenland.

\- - -

Arbeitstagung des Verbandes Österreichscher Volksbüchereien

14. Dezember (RK) Vom 14. bis 16. Dezember hält der Verband Österreichischer Volksbüchereien im Anschluß an seine Jahreshauptversammlung eine Arbeitstagung ab, auf der vordringlich wichtige Fragen der Literaturkunde bzw. der Büchereiverwaltung behandelt werden. Diesem Leitmotiv Rechnung tragend, zeigt das Programm folgende Vorträge und Referate bzw. Veranstaltungen:

Dr. Heinz Rieder: "Dichtung - Untere Grenze - Kitsch" als Stilproblem. Proben mit Diskussion.

Karl Ajdovic: Verwaltungsarbeiten beim Übergang von der Theken- zur Freihandbücherei.

Dr. Alfred Focke: Der zeitgenössische religiöse Roman. Seine Thematik und seine Verwendbarkeit in der Ausleihe.

Leopold Schindler: Kataloge für die Leser. Grundsätzliches und ihre Herstellung.

Gerhard Fritsch: Über den sozialen Roman der Gegenwart.

Heinrich Pokorny: Notwendigkeit und Erstellung einer Statistik.

Im Rahmen einer Diskussion mit dem Thema: "Verlag, Buchhandel und Volksbücherei — Konkurrenz oder Zusammenarbeit?" sprechen Dr. Hans Eberhard Goldschmidt (Buchhandel), Dr. Friedrich Kornauth (Verlag "Styria") und Dr. Rudolf Müller (Verband Österreichischer Volksbüchereien). Die Besichtigung zweier niederösterreichischer Büchereien (Zweigstelle Weikersdorf der Stadtbücherei Baden und die Stadtbücherei Tulln) ist vorgesehen.

Im letzten Arbeitsjahr konnte der Büchereiverband seine beratende und helfende Tätigkeit weiter ausbauen. Büchereien in allen Bundesländern wurden mit Buch- und Sachspenden unterstützt; eine besondere Intensivierung wurde der Förderung kleiner Gemeindebüchereien zuteil. Die Mittel zu dieser Hilfe kamen einerseits aus Subventionen des Bundesministeriums für Unterricht, andererseits aus eigener Aufbringung des Verbandes.

./.

In den Vordergrund seiner Bestrebungen und Interessen stellte der Verband Österreichischer Volksbüchereien auch in diesem Jahr die fachliche Fundierung der Büchereiarbeit in Österreich. Mit der Konstituierung des Ausbildungsbeirates, einem Dreier-Kollegium bestehend aus je einem Vertreter des Bundesministeriums für Unterricht (Abteilung Volksbildung), des Österreichischen Städtebundes (Kulturausschuß) und des Verbandes Österreichischer Volksbüchereien, dem die Behandlung aller Ausbildungs-Angelegenheiten obliegt, ist ein wichtiger Schritt zur fachlichen Konsolidierung unserer Arbeit getan.

\- - -

NÖ-Krankenhausverwalter besichtigen Wiener Spitäler

14. Dezember (RK) Die Verwalter der in Niederösterreich gelegenen Krankenanstalten sind nach Wien gekommen, um hier einige Spitäler und Schwesternheime unter fachkundiger Führung zu besichtigen.

Gesundheitsstadtrat Dr. Glück begrüßte heute mittag die Krankenhausverwalter im Wilhelminenspital und informierte sie über das Sanierungsprogramm der Wiener städtischen Spitäler, über die Modernisierungsbauten und über die Pläne für den Neubau von Krankenhäusern. Dr. Glück begrüßte dieses Verwaltertreffen, das deshalb von Bedeutung sei, weil bei einem unmittelbaren Meinungsaustausch mehr Erfahrungen gesammelt werden können als beim theoretischen Studium. Die niederösterreichischen Gäste zeigten sich von den Leistungen auf dem Gebiet des Wiener Spitalsbaues sehr beeindruckt.

\- - -

Rinderhauptmarkt vom 14. Dezember

14. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche. 0. Neuzufuhren Inland: Ochsen 108, Stiere 344, Kühe 609, Kalbinnen 156, Gesamtauftrieb: 1.217; Polen: Stiere 24. Gesamtauftrieb: 108 Ochsen, 368 Stiere, 609 Kühe, 156 Kalbinnen, Summe: 1.241. Verkauft wurde alles.

Preise: Ochsen 13.50 bis 15.80 S, extrem 16 bis 16.50 S, Stiere 13 bis 16.60 S, extrem 16.80 bis 16.90 S, Kühe 10.50 bis 13 S, extrem 13.20 bis 13.80 S, Kalbinnen 13.50 bis 16 S, extrem 16.20 bis 16.40 S; Beinlvieh Kühe 8.bis 10.50 S, Ochsen und Kalbinnen 10 bis 13.30 S.

Der Durchschnittspreis erhöhte sich bei Ochsen um sechs Groschen, bei Stieren um zwei Groschen, bei Kalbinnen um drei Groschen je Kilogramm. Der Durchschnittspreis ermäßigte sich bei Kühen um zwei Groschen je Kilogramm. Er beträgt bei: Ochsen 14.20 S, Stieren 15.22 S, Kühen 11.10 S, Kalbinnen 14.64 S. Beinlvieh notierte unverändert. Polnische Stiere notierten zu 13.50 S je Kilogramm.

\- - -

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:

GR. Fröhlich (ÖVP) beschäftigte sich vor allem mit dem Fremdenverkehr und seiner wirtschaftlichen Bedeutung. Wien hat noch immer nur einen bescheidenen Anteil am fruchtbringenden Strom des gesamtösterreichischen Fremdenverkehrs. Es gäbe daher noch eine Reihe von Aufgaben zu lösen, um die Wachstumsrate steigern zu können. Der Redner würdigt die Arbeit der Fremdenverkehrsstelle der Stadt Wien, bedauert jedoch, daß für Werbemaßnahmen keineswegs reichliche Mittel vorhanden sind.

GR. Fröhlich beschäftigt sich auch mit der Steuerbelastung der Fremdenverkehrsbetriebe, die in Österreich 9,3 Prozent beträgt. In Italien werden diese Betriebe jedoch nur mit drei bis vier Prozent besteuert und in der Schweiz gar nur mit 1,2 Prozent. Auch der Kreditbedarf der Fremdenverkehrsbetriebe ist sehr groß, und auch hier ist die Lage in den Konkurrenzländern besser. Man sollte daher das fiskalische Denken den wirtschaftlichen Gegebenheiten besser anpassen. So gibt es zum Beispiel bei der Getränkesteuer mehrere Ungereimtheiten. Je nachdem, ob einem Gast eine Orange serviert oder ausgepreßt als Saft gereicht wird, muß der Wirt keine Getränkesteuer oder er muß Steuer zahlen.

Ein bezeichnendes Licht auf die Situation des Gastgewerbes wirft die Tatsache, daß 48 Prozent aller Gaststätten und Beherbergungsbetriebe in Österreich einen Jahresumsatz von nur 100.000 Schilling haben. Bloß drei Prozent haben mehr als eine Million Schilling Umsatz.

Der Redner regt an, bei der Straßenbeschilderung auch Hinweise auf Zentren des Fremdenverkehrs anzubringen, wie zum Beispiel den Prater und den Steffl.

Neben dem Kultur- und dem Wirtschaftsbereich sind es letzten Endes auch die Zentren der Wissenschaft, die in ihrer Wechselwirkung zum Fremdenverkehr echte Anhaltspunkte darstellen. Als Drehscheibe bietet Wien auch für den Massentourismus - und das gilt nicht zuletzt auch gegenüber dem Osten - viele offene Möglichkeiten. Es ist zu hoffen, daß die echten Bemühungen der Fremdenverkehrsbetriebe dadurch Anerkennung finden, daß die Magistratsbehörden besonders bei Neugründungen auf die Einhaltung der Mindestausstattungsrichtlinien achten.

./.

Bei der Privatbettenvergabe wäre wünschenswert, daß schon in absehbarer Zeit hinsichtlich der sanitären Voraussetzungen jene Anpassung vollzogen wird, die einer Fremdenverkehrsstadt im Range Wiens entspricht.

Unendlich vielfältig sind die Verflechtungen des Fremdenverkehrs und seiner Wirtschaft, unendlich vielfältig sind aber auch die Probleme. Lassen Sie uns darangehen, appelliert der Redner abschließend, Wien als Weltstadt und damit als Fremdenverkehrsbegriff auszubauen.

GR. Dipl.-Ing. DDr. Strunz (ÖVP) erklärt, daß der Spitzensport von der Breite des Massensportes abhängig ist. Ein Leben ohne Bewegung in der Großstadt kann nur zu Zivilisationskrankheiten führen, vor allem ist das wohlbehütete Dasein für die Jugend nicht immer das Beste. Im Sinne einer Verstärkung und Festigung des Massensportes war daher der Zwei-Brücken-Lauf, an dem halb Wien teilgenommen hat, sehr zu begrüßen. Es wäre sicherlich zum Nutzen aller, wenn sich hier die Stadt Wien aktiv einschalten würde, damit diese sportliche Veranstaltung nicht einmalig bleibt.

Der Redner kommt sodann auf verschiedene Wiener Sportstätten zu sprechen, bezeichnet sie als teilweise unzulänglich und als teilweise überaltet und gibt zu bedenken, daß man heute kaum jemanden mit schlechter Ausrüstung auf einen Achttausender schicken würde, es aber genauso verkehrt sei, unsere Spitzensportler schlecht gerüstet zu den Olympischen Spielen zu entsenden.

Als Angehöriger der Turn- und Sportunion setzt sich der Redner für eine eigene Verwaltung der Sportplätze ein. Das wäre sicherlich auch für den ASKÖ günstig, weil er sich dann nicht sosehr mit verwaltungstechnischen Aufgaben befassen müßte und sich mehr dem Sport widmen könnte. Einer Platzwertung zufolge fallen nämlich auf den ASKÖ. 6,6 Prozent, auf den ASVÖ 20,4 Prozent und auf die Turn- und Sportunion 73 Prozent der Punkte. Diese Ziffern sind nicht zuletzt ein Beweis dafür, daß die Union, da sie weniger mit Verwaltungsagenden beschäftigt ist, mehr Zeit hat, Meisterschaften zu gewinnen.

./.

GR. Liwanec (SPÖ) stellt fest, daß die Zahl der Künstler aller Kunstrichtungen Legion ist, die zu Lebenszeiten verunglimpft wurden. Ihren Wert hat man oft viel später erkannt. Die Stadtverwaltung ist heute und auch in Zukunft bestrebt, für den lebenden Künstler zu sorgen und alle Kunstrichtungen zu fördern.

Ein Wort zu den Kinderspielplätzen, denen die gesamte Wiener Bevölkerung mit mehr Toleranz gegenüberstehen müßte. Im verbauten Gebiet haben die Kinder meist keine andere Möglichkeit als sich eben auf diesen Spielplätzen auszutollen. Manchmal geht es da natürlich etwas lauter zu und dann ertönen wahre Schimpfkanonaden Erwachsener. Der Redner appelliert an die Bevölkerung, hier mehr Einsicht zu haben.

Zum Europa-Gespräch: Wien ist auf diesem Gebiet bahnbrechend und das nicht erst seit gestern und heute, sondern schon seit vielen Jahren. Wenn darauf verwiesen wird, daß Wien am Rande der freien Welt liegt, sollten wir eindringlich daran erinnern, daß es nur der geographischen und verkehrstechnischen Lage nach am Rande ist. Wien ist schon lange in den Mittelpunkt Europas vorgestoßen und wird auch als solcher in der Welt anerkannt. Wenn Madariaga zweimal in Kongressen sagen konnte, daß es seine und die Meinung vieler echter Europäer ist, daß die Bedingungen einer europäischen Hauptstadt nur von Wien erfüllt würden, so soll uns dieses Urteil eines Philosophen, der über Interessengruppen und Parteien steht, stolz werden lassen. Es scheint, daß die Stadt Wien ihre Verdienste auch auf diesem Gebiet zu bescheiden erachtet. Durch die Europa-Gespräche ist ein echter und ehrlicher Anfang gemacht worden, um dieses vereinte Europa, das sich nicht nach der Landkarte richtet,und auch die Länder hinter dem Eisernen Vorhang miteinschließt, einmal schaffen zu können. Wir haben allen Grund, den Initiatoren und Veranstaltern der Europa-Gespräche, die mustergültig durchgeführt werden, von dieser Stelle aus herzlichst zu danken.

GR. Eleonora Hiltl (ÖVP) bezeichnet die Gruppe Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung als die umfassendste und vielschichtigste unserer Geschäftsgruppen. Es ist jene Gruppe, die sich mit Aufgaben zu befassen hat, die das Angesicht unserer Stadt prägen, den Menschen formen und ihm Gelegenheit geben, sich mit dem zu beschäftigen, was über das rein Materielle hinausgeht.

./.

Erfreulich sei die Aktion zur Erhaltung erhaltenswerter Gebäude. Man könnte noch etwas weiter gehen und - ähnlich wie in Berlin - bei Lückenverbauungen auf den Charakter der Umgebung Rücksicht nehmen. Vielleicht könnte die Stadt Wien durch die Zuerkennung von Förderungspreisen an Architekten diesen die Möglichkeit geben im Ausland derartige Probleme und ihre Lösung zu studieren.

Auch durch die Erhaltung und Restaurierung von Gedenkstätten erwachse der Gemeinde Wien eine große Verpflichtung, ebenso in der Zurverfügungstellung von Räumen für die Heimatmuseen. Dort, wo in einer Bezirksvertretung entsprechende Räume vorhanden sind, ist die Frage der Unterbringung eines Heimatmuseums ja leichter zu lösen. Die Rednerin hofft, daß beim geplanten Bau eines neuen Bezirksgebäudes auf der Wieden, auch Räume für ein Heimatmuseum gebaut werden.

Auf dem Schulbau und Schulrenovierungssektor ist viel geschehen, sodaß wir auch der Einführung des polytechnischen Jahres ruhig entgegensehen können.

Erfüllt müßte endlich auch ein immer wieder vorgebrachter Wunsch werden, nämlich die gleiche Behandlung aller Schüler, egal ob sie öffentliche oder private Schulen besuchen. Die kostenlose Vergabe der Lernmittel an die Schüler der öffentlichen Schulen ist sehr zu begrüßen, das gleiche Recht müßte aber auch für die Schüler der privaten Schulen gelten, denn auch ihre Eltern sind Steuerzahler in unserer Stadt. Auch bei der Vergabe von Stipendien sei es eine Ungerechtigkeit, wenn man Schüler von öffentlichen Schulen in das Stipendienwerk einbezieht, Schüler privater Schulen aber nicht. Hier dürfte allein die soziale Bedüftigkeit der Eltern entscheidend sein und nicht die Tatsache, welche Schule die Kinder besuchen.

Besonders erfreulich seien die Leistungen unserer Modeschule, die auch im Ausland Anerkennung finden.

Neben der Schulbildung und neben der Sorge um die heranwachsende Jugend müsse uns auch die Erwachsenenbildung am Herzen liegen.

./.

Die Volksbildung hat heute über die Berufsfortbildung hinaus eine große Bedeutung, da sie das Weltbild der Menschen erweitert und die Erwachsenen mit der technischen und naturwissenschaftlichen Entwicklung bekannt mache. Eine wichtige Aufgabe der Erwachsenenbildung ist die Erziehung aller unserer Bürger zu einem echten Österreichertum. Haben wir den Mut, unser Österreichertum immer wieder zu betonen und gerade auch die Volksbildung noch mehr als bisher darauf aufmerksam zu machen, was für eine wichtige erzieherische Aufgabe sie hier zu erfüllen hat.

Es wurde davon gesprochen, daß Wien eine Weltstadt ist, die Hauptstadt Europas werden soll. Wir werden nur dann in Europa ernst genommen werden, wenn wir uns als echte, aufrechte Österreicher bekennen, denn in diesem Zusammenklang der Vereinten Nationen wird der umso mehr gelten, der umso bewußter sich zu seiner eigenen Nation bekennt. Wir müssen auch hier von den Gemeinderäten verlangen, daß sie sich als österreichische Staatsbürger und Mandatare der Stadt Wien der Verpflichtung bewußt sind, sich zu diesem Österreichertum zu bekennen.

Der Erwachsenenbildung im Rahmen der Volksbildung hat vor allem die Aufgabe, zur Diskussion hinzuführen, zur Toleranz, zum Verständnis für die Probleme der Vergangenheit und der Gegenwart. Sie hat die Aufgabe, richtiges Wissen zu vermitteln und zur Toleranz und damit zur Demokratie zu erziehen. Daher muß sich die Tätigkeit der Volksbildungshäuser immer mehr ausbreiten, und wenn dadurch auch die finanziellen Lasten ständig wachsen, muß sich die öffentliche Hand in steigendem Ausmaß einschalten. GR. Nora Hiltl tritt dann für eine rasche Lösung der Probleme im Zusammenhang mit der Errichtung der Volkshochschule Wien-West ein.

Zu den Musikschulen bemerkt die Rednerin, sie freue sich besonders, daß im Haus der Jugend in Floridsdorf eine Zweigstelle des Konservatoriums eröffnet werden soll. Solche Schulen müßten jedoch nicht nur in Floridsdorf, sondern überall dort geplant werden, wo neue Wohnviertel entstehen. Sie regt an, eine Art "Tag der offenen Tür" in den Musikschulen einzuführen, einen Tag wöchentlich etwa, an dem Erwachsene im Interesse der Pflege der Hausmusik und des Chorsingens musizieren könnten.

./.

Es sei ja bekannt, daß es heute viel zu wenig Möglichkeiten zur Ausübung der Hausmusik gibt.

Die Wiener Festwochen bezeichnet GR. Nora Hiltl als eine gute Einrichtung, die auch ein positives Bild bei unseren Gästen aus dem Ausland hinterläßt. Es wäre jedoch gut, könnten die Vorbereitungen für die im Rahmen der Festwochen stattfindenden Europa-Gespräche auch im Kuratorium der Wiener Festwochen besprochen werden. Bisher habe man immer erst im letzten Augenblick erfahren, wer als Referent oder Diskussionsredner eingeladen wurde. Zu den Bezirksveranstaltungen, die eine ebenfalls gute Einführung seien und auf immer größeres Interesse stoßen, meint die Rednerin, daß die Programme für diese Veranstaltungen nicht allein vom Bezirksvorsteher und seinem Stellvertreter erstellt werden sollten, wie dies in einigen Bezirken geschieht, sondern man sollte in eigenen Ausschüssen gemeinsam darüber beraten.

Über das Theater an der Wien habe der Berichterstatter etwas zu wenig gesagt. Es wäre nämlich unbedingt notwendig, daß dieses Theater als ein echtes Theater der Stadt Wien geführt wird, und nicht wie jetzt, als Gastspieltheater. Es müßten vor allem Eigenproduktionen herausgebracht werden und man sollte dem Theater ein eigenes Gesicht geben. Dies müßte auch finanziell möglich sein, ohne daß die Subventionen für die anderen Theater gekürzt werden.

Überhaupt könnte in Wien besonders auf kulturellem Sektor viel mehr geschehen. So zum Beispiel könnte man in enger Zusammenarbeit mit der UNESCO ein internationales Dokumentationszentrum für Musik in unserer Stadt errichten. Ein anderer Vorschlag, den man realisieren sollte, wäre die Einrichtung einer internationalen Sprachenhochschule in Zusammenarbeit mit der Wiener Universität. So könnte noch vieles geschehen, um Wien das wahre Gepräge einer Weltstadt zu geben. Die ÖVP wird den Ansätzen des Wiener Kulturbudgets zustimmen.

Als nächster Redner nahm GR. Pfoch (SPÖ) das Wort.

Der Redner betont sein Einverständnis mit den Ansätzen des Kulturbudgets, weil es ein Anhalten der erfreulichen Entwicklung garantiert. Auch zeigt es, daß die Stadtverwaltung das Möglichste für die Schuljugend tut. Die Kulturpolitik von Wien hat nie mit Verboten operiert, sondern war von dem Gedanken getragen, das Schlechte durch positive Maßnahmen zurückzudrängen.

./.

Besonders gilt es, den Menschen den Wert ihrer Freizeit vor Augen zu führen. Hiezu dienen die Büchereien, die Förderung des guten Jugendbuches, die Musik- und Filmerziehung und die Häuser der Jugend. Freilich soll man nicht alles von Maßnahmen der Gemeinde erwarten. Vielmehr muß eine aktive Familienpolitik die Familien so stark machen, daß sie das ihre zu einer sinnvollen Freizeitgestaltung beitragen können.

Im Rahmen der Rundfahrten "Neues Wien" haben bisher nicht weniger als 440.000 Besucher die Leistungen der Stadtverwaltung mit eigenen Augen sehen können. Durch die Aktion "Jugend lernt Wien kennen" sind 220.000 Schüler in die Bundeshauptstadt gekommen und mit nachhaltigen positiven Eindrücken nach Hause zurückgekehrt.

GR. Dr. Strunz hat ein Sportgesetz, eine Radrennbahn und eine Regattastrecke gefordert. Ihm kann hier gesagt werden, daß im Budget bereits 5,5 Millionen für die Errichtung einer Radrennbahn vorgesehen sind. Mit der Regattastrecke wird Wien allerdings bis zur Fertigstellung des Hochwasserschutzprojektes warten, dann soll eine Regattastrecke entstehen, auf die alle Wiener stolz sein können.

Was die Frage des Landessportgesetzes betrifft, kann dazu gesagt werden, daß Wien bereits 1927 einen Sportbeirat geschaffen hat, der wesentlich mehr Möglichkeiten zu einer umfassenden Sportförderung besitzt, als beispielsweise die Landessportgesetze von Salzburg, Steiermark, Oberösterreich und Tirol eröffnen.

Manchen erzieherischen Bestrebungen wirken die Einflüsse der Massenmedien entgegen. Wir sehen dies beispielsweise am steigenden Alkoholverbrauch. 1950 wurden 58 Liter alkoholischer Getränke pro Kopf konsumiert, 1962 waren es bereits 109 Liter. 1950 wurden für Alkohol 3,1 Milliarden ausgegeben, 1962 dagegen 8,5 Milliarden.

In einer Auseinandersetzung mit einem Zwischenruf von GR. Lauscher tritt GR. Pfoch für volle Meinungs- und absolute Redefreiheit ein. Von konservativer Seite wird behauptet, daß die Ziele der Sozialisten zu Kollektivierung und Vermassung führen müßten. Auch wird die Meinung vertreten, der Sozialismus wolle nur einen gerechten Anteil am Sozialprodukt garantieren und sonst nichts.

./.

Beides ist falsch. Die Geschichte der Arbeiterbewegung zeigt, daß an ihrer Wiege die Arbeiter-Bildungsvereine standen. Immer und überall vertrat der Sozialismus ein Menschenbild der Ganzheit. Der Mensch kann zwar nicht vom Brot allein, aber auch nicht ohne Brot leben. So führte der Sozialismus einen ständigen Zweifrontenkampf, einerseits für die soziale Integration und andererseits für die kulturelle und geistige Freiheit aller Menschen.

An Hand von Beispielen aus der Gründerzeit und des Arbeitsrechtes im Hochliberalismus zeigt GR. Pfoch, daß der soziale Fortschritt keineswegs ein so selbstverständlicher Prozeß ist, wie Stadtrat Schwaiger dies in einem Zwischenruf glaubhaft machen wollte. Fortschritt ist ja nicht eine anonyme automatisch wirksame Macht, sondern wird stets ausgelöst durch die progressiven Kräfte, die bei uns immer durch die Sozialdemokratie repräsentiert, dagegen von den Konservativen gebremst wurden.

GR. Pfoch kommt auf die Kulturenquete der ÖVP vor den Wahlen zu sprechen und verwahrt sich gegen die Behauptung, die Sozialisten hätten das kulturelle Kontinuum der Haupt- und Residenzstadt Wien unterbrochen. Dieses Kontinuum wurde durch die Schüsse von Sarajewo, die vom Liberalismus heraufbeschworene Weltwirtschaftskrise, den Ständestaat, die Nazidiktatur und den zweiten Weltkrieg unterbrochen. Auf die Leistungen des "Roten Wien" in der Zwischenkriegszeit seien die Sozialisten mit Recht stolz. Nach dem zweiten Weltkrieg waren es ebenfalls die Sozialisten, die das Kontinuum des kulturellen Lebens in Wien fortgesetzt haben, wobei Vizebürgermeister Hans Mandl eine führende Rolle zugekommen ist. Das Ziel der Sozialisten sind optimale Lebensbedingungen für alle Menschen. In diesem Ziel liegt der Ansporn zu neuen Anstrengungen. Das Budget 1965 gibt diesen Anstrengungen die finanzielle Basis, weshalb die Sozialisten ihm gerne ihre Zustimmung geben werden.

Nach Beendigung der Debatte sagte Vizebürgermeister Mandl in seinem Schlußwort, es gehöre gleichsam schon zur Tradition, daß sich die Kulturdebatten in die Länge ziehen. Dies sei gut so und er dankt allen Debattenrednern mit Ausnahme von GR. Peter.

Zu der Befürchtung von GR. Lauscher, daß das neunte Schuljahr einen Lehrermangel hervorrufen würde, kann gesagt werden, daß Wien derzeit einen Überhang von 500 Lehrkräften hat.

./.

Auch die Berufsschullehrer werden durch die neue Schulordnung für drei Jahre frei und können im Pflichtschulwesen eingesetzt werden. Die von GR. Lauscher geforderten Stipendien für Schüler der musisch-pädagogischen Akademien sind im neuen Stipendienfonds der Stadt Wien bereits vorgesehen.

Was die Lehrpläne betrifft, muß betont werden, daß sie nicht in die Kompetenz der städtischen Schulverwaltung fallen. Für den inneren Schulbetrieb ist der Stadtschulrat, für die bundeseinheitlichen Lehrpläne das Unterrichtsministerium zuständig.

In Hamburg geht man so vor, daß man Schulen baut, nur die Unterrichtsräume, ohne Physiksäle, ohne Handarbeitssäle, ohne Lehrwerkstätten und ohne Turnsäle. Wir hingegen bauen keine Schulen ohne entsprechende Nebenräume.

Von den Anregungen des GR. Lauscher werden wir uns einige Dinge überlegen.

Zu wenig Sportförderung: Das ist nicht nur eine Angelegenheit des Materiellen. Ich glaube viel eher, daß wir uns in einer Funktionärskrise befinden. Es ist heute beinahe so, daß man einem Fußballer eine goldene Uhr geben muß, damit er auf das Spielfeld geht. (GR. Strunz, ÖVP: "Nur?")

Dianabad: Hier geht es darum, ob ein Neubau entstehen soll oder das Bad renoviert wird. (VBgm. Slavik (SPÖ): "Nein, es geht darum, ob wir den Grund überhaupt bekommen.")

Die vielgesuchte 50 Meter-Schwimmbahn wird im Stadthallenbad eingebaut werden.

Film: Wir haben keine andere Möglichkeit, als unsere Jugend durch Schutzbestimmungen zu schützen. Diese sind im Kinogesetz 1955 gestgelegt worden.

Fremdenverkehr: Es gilt für alle Länder, die in der russischen Zone lagen, daß sie hinter den westlichen Bundesländern nachhinken. Was Verkehrshinweise zu Bauwerken betrifft, so ist die Polizei dagegen, denn neue Schilder bringen nur Verwirrung in das Verkehrsgeschehen.

Für die Wiener Festwochen arbeiten wir schon an der Programmierung 1966. Sie sollen unter dem Titel "Wien und der Donauraum" veranstaltet werden. Die Bezirksveranstaltungen werden wir weiter ausbauen, damit die Wiener ihre Festwochen auch wirklich als ihre Festwochen bezeichnen können.

./.

Das Theater an der Wien ist sicher ein Sorgenkind von uns allen. Aber ein eigenes Ensemble ist nicht möglich, weil die von der Gewerkschaft geforderten Jahresverträge nicht gegeben werden können. Wir brauchen das Haus fünf Wochen für die Festwochen und acht Wochen für die Sommerveranstaltungen. Ursprünglich war vorgesehen, ein Drittel des Jahres für die Staatstheater, ein Drittel für Sommerveranstaltungen und Festwochen und ein Drittel für Theater der Jugend. Dann wäre die Kapazität des Theaters voll ausgenützt gewesen. Leider sind die Bundestheater ausgesprungen.

Abschließend nimmt Vizebürgermeister Mandl zur Rede von GR. Peter Stellung, dessen Ausführungen ihn, wie er sagt, erschüttert hätten, weil sie eine Geisteshaltung gezeigt haben, die wir als überwunden angesehen haben. Wir waren der Meinung, daß das alles wie ein böser Traum hinter uns liegt. Er habe sich an die Zeit erinnert, in der wir alle viel gelitten haben, um unser Vaterland Österreich, in der Tausende in die Konzentrationslager gegangen sind, um für ihr Österreich zu sterben und Tausende ihr Heimatland verlassen mußten. GR. Peter hat Hofmannsthal zitiert. Aber das sind die Leute, die er und seine Freunde auf dem Gewissen haben. Er sei glücklich, betonte Vizebürgermeister Mandl, mit einem Zitat entgegnen zu können, das von der Großzügigkeit und der neuen gesunden Einstellung zwischen dem deutschen und dem österreichischen Volk spricht: Bundespräsident Dr. Lübke hat den österreichischen Bundespräsidenten als den Repräsentanten der österreichischen Nation apostrophiert.

Wir lieben dieses Österreich, schloß der Vizebürgermeister, wir lieben unser Vaterland aus ganzem Herzen und wir wollen ihm alle unsere Kraft geben und schenken, der wir fähig sind!

Bei der Abstimmung werden die Ansätze zum dritten Hauptstück einstimmig angenommen. Der Vorsitzende GR. Dr. Bohmann unterbricht die Sitzung. Die Beratungen werden morgen Dienstag, den 15. Dezember, um 9 Uhr, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe IV, Wohlfahrtswesen, fortgesetzt. Im Anschluß daran wird die Geschäftsgruppe V, Gesundheitswesen, behandelt.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

1964: Rekordjahr der Wiener Ehejubiläen

15. Dezember (RK) Heute, morgen und übermorgen wird Bürgermeister Jonas jeweils um 14 Uhr im Stadtsenatssaal des Wiener Rathauses 204 Wiener Ehepaare beglückwünschen, die in diesen Wochen ein besonders bemerkenswertes Ehejubiläum begehen. Es werden sich 182 "goldene", 19 "diamantene", ja sogar ein "eisernes" und ein "steinernes" Hochzeitspaar einfinden.

Damit hat die Zahl der Ehejubiläen in Wien, von der Goldenen bis zur Gnadenhochzeit, in diesem Jahr die bisher noch niemals registrierte Höhe von 1.200 erreicht. Es gab heuer 1.104 goldene, 85 diamantene (60 Ehejahre), acht eiserne (65 Jahre) und eine steinerne Hochzeit (67 1/2 Jahre), ja sogar das besonders seltene Fest einer Gnadenhochzeit (70 Ehejaare). In den letzten beiden Jahren gab es drei Gnadenhochzeiten in Wien, während vorher in der Geschichte unserer Stadt ein solches Jubiläum seit Menschengedenken noch nie registriert worden ist.

Überhaupt spiegelt sich in den Zahlen der Ehejubiläen eindrucksvoll die steigende Lebenserwartung. Vor knapp 50 Jahren, im Jahre 1916, hat die Wiener Stadtverwaltung erstmalig alle goldenen und höheren Ehejubiläen systematisch erfaßt. Damals gab es im ganzen Jahr 47 goldene Hochzeiten. Im Jahre 1922 waren es 170 und erstmalig kamen zwei diamantene dazu. 1935 wurde die erste eiserne Hochzeit registriert. Wenn Wien heuer 1.200 Ehepaare feiern kann, die 50 und mehr Jahre miteinander durchs Leben gehen, ist dies ein eindrucksvoller Beweis für die veränderte demographische Situation und die neuen Aspekte, mit denen wir für unseren "dritten" Lebensabschnitt" zu rechnen haben.

\- - -

Antrittsbesuch des niederländischen Botschafters

15. Dezember (RK) Der neue niederländische Botschafter in Wien, Dr. Hans R. van Houten, stattete heute vormittag Bürgermeister Jonas im Rathaus seinen Antrittsbesuch ab. Bürgermeister Jonas benützte die Gelegenheit und führte seinen Gast in den Gemeinderatssaal, wo der Botschafter eine zeitlang der Budgetdebatte beiwohnte.

\- - -

Sechzig Schulen im Geräteturnwettkampf

15. Dezember (RK) Der Stadtschulrat für Wien hat einen Vergleichswettkampf im Geräteturnen ausgeschrieben, zu dem sich von den rund hundert höheren Schulen Wiens - die berufsbildenden eingeschlossen - sechzig gemeldet haben. Die Teilnahme ist freiwillig.

Der Wettkampf hat am Montag, dem 14. Dezember, begonnen und wird am Dienstag, dem 22. Dezember, abgeschlossen sein. Er wird etwa 21.000 Schüler und Schülerinnen erfassen.

Die Ergebnisse des Vergleichswettkampfes - bei dem immer die gesamten Schüler einer Anstalt klassenweise antreten - werden in Form einer Schulwertung gereiht.

Diese Veranstaltung soll die Jugend anregen, über die Alltagsarbeit im Schulturnen hinaus sich in einer erzieherisch wertvollen Art körperlich zu betätigen. In diesem Sinne veranstalten die höheren Schulen auch in bestimmten Zeitabständen Wettkämpfe in der Leichtathletik, in Schwimmen und in Spielen.

\- - -

Weihnachtsfeiern für unsere Alten

15. Dezember (RK) Am Montag, dem 21. Dezember, findet um 15 Uhr im Altersheim Baumgarten, 14, Hütteldorfer Straße 188 (Einfahrt Seckendorfstraße), eine Weihnachtsfeier statt.

Für den folgenden Tag, Dienstag, den 22. Dezember, ist gleichfalls für 15 Uhr eine Weihnachtsfeier im St. Rochus-Heim, 14, Cumberlandstraße 53, vorgesehen.

Zur Verschönerung dieser alljährlich abgehaltenen stimmungsvollen Feiern für unsere Alten wirken die Mozart-Sängerknaben und Schüler der Volksschule 2, Czerninplatz, mit.

\- - -

Die Budgetberatungen im Wiener Rathaus:

Der Dienst an den Wienern auf der Schattenseite des Wohlstandes

15. Dezember (RK) Am heutigen dritten Tage der Budgetberatungen wurde zuerst die Verwaltungsgruppe IV, Wohlfahrtswesen, behandelt. Es referierte Amtsführender Stadtrat Maria Jacobi (SPÖ):

"Der Voranschlag für das Wohlfahrtswesen der Stadt Wien für das Jahr 1965 ist auch in meinem Ressort die erste Stufe des von uns in den nächsten fünf Jahren durchzuführenden Arbeitsprogrammes. Wie in den vergangenen fünf Arbeitsjahren bietet auch dieses ein Bild der kontinuierlichen Weiterentwicklung unserer Arbeit, unserer sozialen Leistungen.

Gleichzeitig widerspiegeln die Zahlen aber auch einen wesentlichen Bereich des Lebens von Wien. So werden wir sehen, daß einerseits die Zahl der Befürsorgten wohl langsam, aber doch stetig sinkt andererseits der für die Befürsorgten der Stadt Wien aufgewendete Betrag steigt.

Die für die einzelnen Positionen ausgeworfenen Beträge und die für das Wiener Wohlfahrtswesen veranschlagte Gesamtsumme beweisen jedoch, welche Bedeutung der Sozialarbeit im Rahmen des Gesamtbudgets zuerkannt wird, auch in einer Zeit der Vollbeschäftigung und des steigenden Lebensstandards.

Wurden 1960, dem ersten Jahr der letzten fünfjährigen Arbeitsperiode ohne Alters- und Lehrlingsheime, 421 Millionen Schilling aufgewendet, so waren es 1961 470 Millionen, 1962 490 Millionen und 1963 524 Millionen.

Im Voranschlag für 1964 war ein Betrag von 540 Millionen vorgesehen, der aber voraussichtlich überschritten werden wird, denn wir erhöhten rückwirkend ab 1. Jänner 1964 die Fürsorgerichtsätze, für die ein Mehrbetrag von rund fünf Millionen Schilling notwendig wurde. Der Voranschlag für 1965 sieht Einnahmen von 98,5 Millionen Schilling und Ausgaben in der Höhe von mehr als 548 Millionen Schilling vor.

./.

Dies scheint im ersten Moment gegenüber dem Ansatz für 1964 als eine, im Vergleich zu den Vorjahren, verhältnismäßig geringe Steigerung von nur rund 8,2 Millionen Schilling. Tatsächlich aber sind für 1965 für das Wiener Wohlfahrtswesen - auch wieder ohne Alters- und Lehrlingsheime - 40 Millionen Schilling mehr und nicht, wie eine Wiener Tageszeitung schrieb, weniger vorgesehen, und zwar 27,9 Millionen für die Jugendfürsorge und 12,1 Millionen für die Erwachsenenfürsorge und für die Betreuung unserer alten Mitbürger.

Diese Erhöhung ist deshalb nicht sofort erkennbar, weil jener Betrag, den das Land Wien auf Grund des Familienlastenausgleichsgesetzes an den Bund zu leisten hat, bisher auf der Post 412 geführt wurde. Nachdem es sich aber um eine ausgesprochen finanzielle Transaktion handelt, erscheint er nun im Budget der Verwaltungsgruppe II auf.

Will man jedoch einen echten Vergleich zwischen dem Budget 1965 und 1964 erhalten, muß dieser Betrag, es handelt sich um nicht weniger als 31,8 Millionen Schilling, bei der Gegenüberstellung auch im Budget 1964 unberücksichtigt bleiben.

Aber nicht das Finanzielle allein charakterisiert das Wiener Wohlfahrtswesen und unser Sorgen für die Menschen unserer Stadt. Bestimmend für unser Planen, für unsere zielgerichtete Sozialarbeit ist heute, wie seit dem Jahre 1920 - mit Ausnahme jener Jahre, in denen wir nicht arbeiten durften, da die Menschlichkeit zum Tode oder zumindest zum Schweigen verurteilt war - unser Grundsatz, mit dem Ausbau unserer Einrichtungen für die Jugend, für die Hilfsbedürftigen und für die alten Menschen, allen Mitbürgern unserer Stadt die Sicherheit zu geben, daß die Gemeinschaft jederzeit bereit ist, zu helfen, wenn Hilfe benötigt wird.

Dieser Grundsatz leitet uns, wenn es gilt, unsere Arbeit immer aufs neue anzupassen den aktuellen gesellschaftlichen Notwendigkeiten und Bedürfnissen Hilfsbedürftiger und Gefährdeter, seien es nun Einzelne oder Gruppen.

So sollen auch die Leistungen im Jahre 1965 ein Verbindungsglied mehr sein im fortschreitenden Ausbau des Wiener Wohlfahrtswesens, mit den Zielen manch bedrängte Familie zu stützen, Kinder und Jugendliche vor Gefährdung zu bewahren und den alten Mitbürgern zu einem glücklichen Lebensabend zu verhelfen.

./.

Unsere Jugendfürsorge

Was wollen wir nun im kommenden Jahr für unsere Jugend und damit für die Familie tun? 356 Millionen Schilling sollen für unsere Arbeit in der Jugendfürsorge aufgewendet werden, um 27,9 Millionen mehr als im Vorjahr! Nach wie vor muß und wird unser besonderes Augenmerk darauf gerichtet sein, die Gesundheit der werdenden Mütter und deren Kinder zu sichern.

Es ist erfreulich, daß nach den bisher vorliegenden Zahlen in diesem Jahr wieder ein leichter Rückgang der Säuglingssterblichkeit zu erwarten ist, und es bleibt selbstverständlich unser Bestreben, das Bemühen der Ärzte nach einer weiteren Senkung der Säuglingssterblichkeit durch unsere Säuglingsfürsorge auch in Zukunft bestens zu unterstützen.

Mutterberatungsstellen

Dabei erfüllen nach wie vor unsere Mutterberatungsstellen eine besondere Aufgabe. Sie werden von unseren Müttern auch gern in Anspruch genommen. Ihre Frequenz stieg gegenüber dem Vorjahr um neun Prozent.

Wie bisher werden aber auch im kommenden Jahr wieder bestehende Mutterberatungsstellen renoviert und modernisiert, eine neue Mutterberatungsstelle wird im 12. Bezirk eröffnet und drei Mutterberatungsstellen werden in neue Räume übersiedeln. Wenn wir nun einerseits mit Freude berichten können, daß der in den letzten Jahren zu beobachtende Rückgang der Säuglingssterblichkeit in Wien anhält, so müssen wir andererseits in diesem Jahr feststellen, daß die Zahl der Geburten erstmalig nach sechs Jahren, leider stagnierend, wenn nicht sogar leicht rückgängig sein wird. Dies zeigt schon der Vergleich der Geburtenzahl vom Jänner bis Oktober - es wurden in diesen zehn Monaten gegenüber dem Vorjahr um 81 Kinder, das sind 0,5 Prozent, weniger geboren.

Auch diese Feststellung ist für unser Planen, für unsere Arbeit in der Jugendfürsorge von großer Bedeutung und es gilt daher, die Ursachen dieser Entwicklung zu suchen. Sehen wir uns nun zum Beispiel das Alter der Mütter an, dann können wir feststellen, daß das Sinken der Geburtenrate mit den schwächeren Geburtenjahrgängen der heute 20- bis 30jährigen Frauen zusammenhängt. Die Zahlen der letzten Jahre beweisen dies deutlich.

./.

Für unsere Jugendfürsorge, wie für unsere gesamte Sozialarbeit, ist es daher wichtig, die demographische Entwicklung genau zu beobachten, um voraussorgen und auch wirtschaftlich arbeiten zu können.

So steht am Beginn unserer Jugendfürsorge die Fürsorge für Schwangere und Säuglinge. Unsere Jugendfürsorgerinnen haben aber nicht nur die Aufgabe, den Müttern nach der Geburt ihres Kindes die Säuglingsausstattung als ersten Gruß unserer Stadt zu überbringen, und zur Verfügung zu stehen, wenn sie unmittelbar nach der Geburt des Kindes Hilfe benötigen. Sie haben sich auch und besonders um Kinder zu kümmen, wo die Kraft der Familie nicht ausreicht, die Sorge um Pflege und Erziehung ihrer Kinder allein zu tragen. Insgesamt werden derzeit fast 38.000 Kinder und Jugendliche von den Jugendämtern ständig betreut.

Das außerehelich geborene Kind

Zu den besonderen Aufgaben gehört auch die Betreuung der derzeit 23.000 unehelich geborenen Kinder und Jugendlichen, über die das Jugendamt die Vormundschaft führt. Übrigens ist weiterhin ein leichtes Sinken der Zahl der außerehelich geborenen Kinder festzustellen. 1960 waren es noch 10,5 Prozent, 1963 nur mehr 9,3 Prozent; heuer werden es voraussichtlich nur mehr neun Prozent sein. 1910 waren es 31,8 Prozent. Auch diese Zahlen zeigen die bedeutende Veränderung der gesellschaftlichen Entwicklung in den letzten Jahrzehnten.

Unsere Vormünder sorgen vor allem für die wirtschaftliche Sicherung der Kinder.

Nach wie vor unterstützen wir aber auch alle Bestrebungen, die Stellung des außerehelichen Kindes zu verbessern. Ist es doch trotz mancher Fortschritte unbestritten, daß die außerehelich geborenen Kinder es auch heute noch im Leben schwerer haben. Wir begrüßen daher mit aufrichtiger Freude, daß das Justizministerium im Rahmen der Reform des Familienrechts auch die Rechtsstellung des außerehelichen Kindes neu ordnen will.

Für unsere jüngsten unverheirateten Mütter hat sich unser Mutter-Kind-Heim wirklich ausgezeichnet bewährt. Zehn Mütter konnten im letzten Jahr wieder das Heim verlassen. Sieben davon haben geheiratet, drei sind wirtschaftlich und auch charakterlich so gefestigt, daß sie nun mit ihrem Kinde allein leben können.

./.

Zum Heim aber, das ihnen in ihrer schwersten Zeit Schutz und Geborgenheit gab, halten alle engen Kontakt. Auch wenn sie nicht mehr dort wohnen, holen sie sich hier Rat und Hilfe in allen Lebensfragen.

Immer öfter übertragen auch die Pflegschaftsgerichte den Bezirksjugendämtern die Aufgabe, Kinder aus geschiedenen Ehen in ihren Unterhaltsansprüchen gegen ihren ehelichen Vater zu vertreten. 1963 waren es 1.051 Fälle und in diesem Jahr bis Ende Oktober bereits 1.063 Fälle.

Ehescheidungen und die Folgen für die Kinder

Ehescheidungen gefährden nicht nur die wirtschaftliche Situation der nun auf sich allein angewiesenen Mütter und ihrer Kinder. Wirtschaftlichen Schwierigkeiten kann durch Bevorschussung der Alimente - wie es in unzähligen Fällen in Verbindung mit dem § 22 des Jugendwohlfahrtsgesetzes geschieht - verhältnismäßig leicht abgeholfen werden. Viel stärker gefährden zerbrochene und gestörte Ehen die seelische Entwicklung und damit oft das Lebensglück der Kinder.

Im Interesse der Kinder muß ich darum an alle jungen Menschen dringend appellieren, sich genau zu prüfen, bevor sie die Ehe schließen und vielleicht auch vorher Rat zu suchen.

Die Statistik sagt uns nämlich, daß 31 Prozent der geschiedenen Männer und 37 Prozent der geschiedenen Frauen jung, zwischen 21 und 30 Jahren waren. Die Ehe war also in diesen Fällen sicher von Beginn an nicht gut fundiert.

Kinder, die wegen Schwererziehbarkeit, Verwahrlosung, gesundheitlicher und sittlicher Gefährdung in Gemeinpflege übernommen, für die gerichtliche Erziehungshilfe beantragt werden muß, sind häufig Kinder aus geschiedenen Ehen, zumindest aus gestörten Familienverhältnissen. Es ist erschütternd, festzustellen, mit welcher Gleichgültigkeit und Ahnungslosigkeit manche Eltern ihren Kindern gegenüberstehen. Sie wissen vielfach nicht, was ihre Kinder in der Freizeit tun. Sie kennen deren Freunde und Freundinnen nicht, kümmern sich oft auch nicht darum, wo ihre Kinder waren, wenn sie spätabends nach Hause kommen.

Aber auch in harmonischen Ehen tauchen Erziehungsschwierigkeiten mit den Kindern auf - die Ursachen sind vielfältig - und

./.

wir freuen uns, daß in diesen Fällen viele Eltern vertrauensvoll in unsere Erziehungsberatung kommen. In 9.000 Fällen konnte Erziehungshilfe erfolgreich gewährt werden. Für 1.550 Kinder und Jugendliche aber, meist aus nicht gefestigten Familien, mußte gerichtliche Erziehungshilfe und für 810 Kinder und Jugendliche Fürsorgeerziehung beantragt werden.

Wien ist stolz auf seine Jugend

Leider werden diese rund 800 Kinder und Jugendlichen (also junge Menschen im Alter von etwa 12 bis 19 Jahren), die in Fürsorgeerziehung in einem Heim sind und die 1.550 Kinder, für die gerichtliche Erziehungshilfe veranlaßt werden mußte, also rund 1,4 Prozent der Wiener Jugend dieser Altersgruppe, oft als Maß für unsere Wiener Jugend genommen. Dies ist außerordentlich bedauerlich, denn ich glaube doch sagen zu können, daß wir im großen und ganzen mit unserer Jugend nicht nur zufrieden, sondern vielfach auch wirklich stolz auf sie sein können. In diesem Zusammenhang darf ich an unser Jugendschutzgesetz erinnern, das am 1. Jänner 1964 in Kraft getreten ist.

Das Jugendschutzgesetz kann sich aber nur dann wirksam durchsetzen, wenn Eltern, Lehrer und Erzieher das Gesetz kennen und bejahen. Wir riefen darum zu einer Jugendschutzwoche auf und ich kann dankend erwähnen, daß sich alle Eltern- und Familienverbände, alle Lehrer und Erzieher, aber auch alle Jugendorganisationen und Jugendverbände an dieser Jugendschutzwoche beteiligten. Unsere Broschüre wurde an alle Pflicht-, Mittel- und Berufsschüler verteilt und auch den einzelnen Organisationen und Verbänden übergeben.

Nach Ablauf der ersten zehn Monate bezeichneten die befragten Organisationen und Verbände, die mit dem Jugendschutzgesetz gemachten Erfahrungen als durchaus positiv. Nur bezüglich der Vollziehung wird allgemein gewünscht, die Polizei möge die Überwachung der Kinobesucher und der Besucher bestimmter Lokale verstärken.

Vom 1. Jänner bis Ende Oktober wurden 416 Jugendliche, 176 Aufsichtspersonen und 62 Unternehmer bestraft. Wobei die Strafen bei den Jugendlichen zwischen Verwarnung und den Betrag von 100 Schilling lagen, dagegen zum Beispiel ein Espressobesitzer bereits dreimal bestraft werden mußte, da Jugendliche nachts in seinem Lokal angetroffen wurden. Infolge der wiederholten Beanstandung wurden Strafen bis zu 1.200 Schilling verhängt.

./.

Unsere Kinder- und Jugendheime

Unsere Heime sind so organisiert, daß wir jedem Kind und seinen Fähigkeiten gerecht werden können. Eine große Hilfe leistet dabei unser psychologischer Dienst. In der Beobachtungsstation der Kinderübernahmestelle und in den Heimen selbst wird entschieden, in welches Heim das Kind kommen oder wo es bleiben soll, um möglichst erfolgreich gefördert zu werden.

Im Heim für körperbehinderte Kinder in Rodaun - jetzt das neue Dr. Adolf Lorenz-Heim in Mauer - haben drei Mädchen ihre Ausbildung für Wäschewarenerzeugung vollendet. Ein Mädchen erhielt bei der Innungsprüfung sogar den ersten Preis!

In unserem Lindenhof aber, wo unsere schwierigsten Jugendlichen sind, haben in diesem Jahr 46 ihre Lehrzeit mit gutem Erfolg beendet.

Einen besonderen Erfolg kann dabei die Schlosserwerkstätte verzeichnen. Sie konnte im Berufswettbewerb der Landesinnung für Niederösterreich den zweiten Landesmeister stellen.

Der pädagogische Erfolg wird aber, wie wir wissen, von der Umgebung stärkstens beeinflußt und wir sind daher bemüht, unsere Kinder- und Jugendheime auch baulich der heutigen Zeit anzupassen. Veränderte Einrichtung der Heime, Verbesserung der Kleidung, erzieherisch wertvolle Freizeitgestaltung der Zöglinge tragen dazu bei, daß die Kinder und Jugendlichen bei uns jene Geborgenheit finden, die sie so dringend benötigen.

Unseren schwer körperbehinderten Kindern konnten wir ein wunderschönes neues Heim übergeben, das nach allgemeiner Ansicht und nach der Meinung der Fachleute zu den modernsten Einrichtungen dieser Art zählt. Auch der Umbau unserer Kinderübernahmestelle ist weitgehend durchgeführt und wird im kommenden Jahr vollendet. Im Zentralkinderheim wird mit dem Umbau des letzten Pavillons begonnen. Nach seiner Fertigstellung wird im Jahre 1966 die Generalinstandsetzung abgeschlossen sein.

Beim Umbau des Lindenhofes wurden weitere vier Gruppen erneuert. Damit ist der Gesamtumbau um ein großes Stück weitergekommen. Es bleibt als größeres Vorhaben nur noch der Ausbau des Ostflügels.

Aber unsere jungen Sorgenkinder, die oft viele Jahre, ja oft ihre ganze Kinder- und Jugendzeit in unseren Heimen verbringen,

./.

brauchen manchmal, besonders wenn sie keine, oder keine geeignete Familie haben, noch weiter eine schützende Hand, bevor sie auf eigenen Füßen stehen können.

Als Übergang zur vollen Selbständigkeit dieser unserer jungen Mädchen und Burschen, die ihre Berufsausbildung abgeschlossen haben, aber nicht in die Familie zurückgeführt werden können, sollen unsere Wohnheime für junge Menschen helfen. Ein Heim für Mädchen wurde vor kurzem fertiggestellt, das für Burschen wird im kommenden Jahr seiner Bestimmung übergeben.

Diese Wohnheime bieten den jungen Menschen in allen Fragen ihres Lebens Rat und Hilfe. Aber dies muß nun wieder betont werden, diese Heime können nur eine Übergangshilfe von der erreichten Erwerbsfähigkeit zum vollen, selbständigen Leben sein.

Darum hat jeder Bewohner eine Bedingung anzuerkennen: Mindestens zehn Prozent des Nettoverdienstes sind zu sparen. Bei einem Aufenthalt von etwa zwei Jahren kann damit immerhin eine Summe erreicht werden, die den Eintritt in ein neues eigenes Leben, in dem Hilfe nicht mehr beansprucht werden kann und soll, erleichtert.

Mit diesen Wohnheimen wird unsere Jugendfürsorge sinnvoll ergänzt. Die Möglichkeit, daß gefährdete junge Menschen in ein geordnetes Leben in der Gemeinschaft zurückfinden, wird damit, soweit es nur möglich ist, gesichert.

105,5 Millionen Schilling sind für die Führung und Verbesserung der Kinder- und Jugendheime der Stadt Wien im Voranschlag vorgesehen, das sind um fast sieben Millionen Schilling mehr als im Vorjahr.

Ich hoffe, daß ich Sie, meine Damen und Herren, mit meinen Ausführungen davon überzeugen konnte, daß dieser Betrag so angelegt ist, daß er die besten Zinsen trägt, nämlich jungen Menschen zu einem sinnvollen, darum glücklichen Leben zu verhelfen.

Unsere Pflegekinder

Für unsere mehr als 1.300 Kinder, die bei Pflegeeltern aufwachsen sind im Budget 77,8 Millionen Schilling vorgesehen.

Die Mehrzahl dieser Kinder ist zwischen sechs und 14 Jahren, also im schulpflichtigen Alter. Im vorschulpflichtigen Alter sind nur 159 Kinder, davon vier Säuglinge.

./.

146 Pflegekinder sind zwischen 14 und 18 Jahren. Mit den Kindern, die in der Pflegefamilie zu Jugendlichen herangewachsen sind, sind aber auch die Pflegeeltern älter geworden, und sie können nun keine jüngeren Pflegekinder mehr übernehmen. Jüngere Frauen aber melden sich heute immer seltener als Pflegemütter - die meisten Frauen sind ja berufstätig. Das ist die Ursache, daß immer weniger neue Pflegeeltern als Ersatz für zu alte Pflegeeltern gefunden werden können. So müssen wir in diesem Jahr, bis Ende Oktober in Wien eine Verminderung von 33 Pflegeplätzen feststellen. Erfreulicherweise haben wir aber dafür in den Bundesländern, und zwar auch in Städten, 98 Pflegeplätze dazu gewonnen und so konnten wir die gleiche Anzahl Kinder in Pflegestellen unterbringen.

Allen Pflegeeltern, insbesondere aber jenen, die eine Pflegegroßfamilie führen, gebührt unser herzlicher und aufrichtiger Dank dafür, daß sie Kindern elterliche Liebe schenken, die diese sonst entbehren müßten.

210 Kinder wurden uns zur Adoption freigegeben, um die sich 218 Wahleltern bewerben. Bis Ende Oktober konnten bereits 192 Adoptionsverträge abgeschlossen werden.

Kindergärten und Elternschulen

Eigentlich sind auch unsere Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen Pflegemütter bester Art, die täglich mehr als 20.000 Kinder betreuen, wenn auch nur tagsüber. Die Kinder nennen sie Tanten, aber sie ersetzen doch die Mütter im Kindergarten oft zwölf Stunden täglich. Sie versuchen, die Anlagen und Fähigkeiten der Kinder zu erkennen und zu fördern. Sie machen die Eltern darauf aufmerksam, worauf deren Erziehung ihrer Meinung nach besonders achten soll. Der Kontakt zwischen den meisten Müttern und unseren Kindergärtnerinnen ist sehr gut, manchmal aber würden viele Kindergärtnerinnen und wir mit ihnen wünschen, daß das gegenseitige Verstehen noch besser wäre.

Um die Bindung zwischen Eltern und Kindertagesheim zu fördern, wurden Elternrunden abgehalten. In 16 Wiener Kindergärten wurden 71 Elternabende durchgeführt, die gut besucht waren. 560 Eltern nahmen an den vier, bzw. fünf Abenden unserer Elternschulen in Kindergärten teil und es ist erfreulich, daß oft Mutter und Vater kamen.

./.

Bei diesen Veranstaltungen wurde weniger Wert auf theoretisch-pädagogische Vorträge gelegt. Es wurden Themen aus dem Alltag des Kindes, der Familie und des Kindergartens gewählt, deren pädagogischer Wert dann gemeinsam beleuchtet wurde. In diesem Arbeitsjahr werden diese Elternrunden oder Elternschulen in 21 Kindergärten fortgesetzt. Wir hoffen, damit besonders den jungen Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder entscheidend zu helfen.

Die Kindergärten sind eine dringende soziale Forderung, besonders heute, da die Zahl der berufstätigen Mütter ständig steigt. So sind die Kindergärten bei uns als eine wichtige Hilfsinstitution der Familie anzusehen und diese Tatsache gibt ihrer Arbeit Ziel, Inhalt und Form.

Wir konnten im Jahre 1964 wieder 35 Gruppen für mehr als 800 Kinder eröffnen. Im kommenden Jahr werden zehn neu erbaute Kindertagesheime fertiggestellt.

Zwei Neubauten sind Ersatz für bisher benützte Schulräume, die nun - wir haben mehr Schulkinder in Wien - von der Schule wieder benötigt werden. Aber es ist trotzdem im Jahre 1965 mit einer Vermehrung von 44 Gruppen für rund 1200 Kinder zu rechnen.

155,3 Millionen sind für unser Kindergarten- und Hortwesen für 1965 vorgesehen, um 15,3 Millionen mehr als im Vorjahr. Diesen Aufwand von 155,3 Millionen stehen 23,5 Millionen als Einnahmen gegenüber, sodaß 131,8 Millionen für die Kindergärten von der Stadt getragen werden.

Erwachsenen- und Altenfürsorge

Ich habe bereits zu Beginn meiner Ausführungen darauf verwiesen, daß 31,8 Millionen Schilling, die auf Grund des Familienlastenausgleichsgesetzes an den Bund zu leisten sind, aus der Post 412 herausgelöst wurden. Dadurch ergibt sich eine scheinbare Verminderung des Ansatzes für diese Post. Tatsächlich sind aber für das kommende Jahr um 12,1 Millionen Schilling mehr für die Bewältigung dieses Aufgabenbereiches, insgesamt also 119,5 Millionen Schilling vorgesehen.

Aus bekannten, oft zitierten Gründen geht die Zahl unserer Dauerbefürsorgten zurück. Auch im Berichtsjahr ist wieder ein leichter Rückgang zu verzeichnen.

./.

Wieder wird, trotzdem weniger Personen zu betreuen sind und zu betreuen sein werden, für diese auch im Jahre 1965 eine größere Summe aufgewendet.

Diese Entwicklung - die Tendenz zu höheren Ausgaben bei sinkender Zahl der betreuten Personen - auf die wir seit Jahren verweisen können, ist auch ein Zeichen dafür, daß wir unsere Fürsorgetätigkeit sehr überlegt der jeweiligen gesellschaftlichen Situation anpassen. Damit werden wir im Wiener Wohlfahrtswesen jene Dynamik erreicht haben, um die man sich bei den Pensionen jetzt bemüht.

Für 1965 ist ein Betrag von 68 Millionen Schilling vorgesehen. Voraussichtlich wird es aber im nächsten Jahr wieder zu einer Uberschreitung kommen, denn nach Beschlußfassung der 14. Novelle zum ASVG konnten wir mit Zustimmung des Finanzreferenten heute an die Wiener Landesregierung den Antrag stellen, die Fürsorgerichtsätze wieder im gleichen Ausmaß wie für die Ausgleichsrenten zu erhöhen. Dafür wird für das Jahr 1965 ein Betrag von rund 5,3 Millionen Schilling notwendig sein.

Urlaubsaktion - Lichtstrahl ins Leben der Bedürftigsten

Unsere Urlaubsaktion für alte Mitbürger erfreut sich großer Beliebtheit. Diese zwei Wochen Urlaub bedeuten gerade für alte Menschen, die oft ein ganzes Leben lang ein solches Ausspannen, eine solche Erholung, nicht kennengelernt hatten, sehr viel. Sie bedeuten nicht nur körperliche, sondern auch seelische Gesundung. Bei unseren Zusammenkünften am Ende der Urlaubsaktion können wir immer mit freudiger Genugtuung feststellen, wie gut erholt und gepflegt unsere Befürsorgten aussehen. Daran hat auch unsere Erholungsaktion ihren gebührenden Anteil.

Unsere Urlaubsaktion begann im Sommer 1952. Seither waren 32.111 Frauen und Männer als Gäste der Stadt Wien auf Erholung. Wie bereits angedeutet, war für viele der erste Urlaub mit uns auch gleichzeitig der erste Urlaub ihres Lebens. Einstweilen sind manche Betreute schon zum achten, ja zum zehntenmal unsere Urlaubsgäste.

Auch im nächsten Jahr wird unsere Urlaubsaktion spezialisiert geführt - zwei Turnusse sind wieder für die Besucher unserer arbeitstherapeutischen Kurse und ein Turnus für jene Bezieher

./.

einer wirtschaftlichen Tbc-Hilfe bestimmt, deren Leiden nicht infektiös ist. Für die Urlaubsaktion 1965 ist im Budget der Betrag von 1,8 Millionen Schilling vorgesehen - wir wollen übrigens das übliche Taschengeld auf 60 Schilling erhöhen.

Arbeitstherapeutische Kurse

Unsere arbeitstherapeutischen Kurse wurden im letzten Kursjahr von 89 Teilnehmern besucht, von 30 Frauen und 59 Männern. Von ihnen konnten 30 (acht Frauen und 22 Männer), also fast ein Drittel, an geeignete Arbeitsplätze vermittelt werden - dies ist ein sehr schöner Erfolg, wenn wir die Schwierigkeit dieser Aufgabe kennen.

Seit dem Jahre 1959 besuchten 529 Personen diese Kurse. Davon konnten 272 soweit geschult - fast könnte man sagen, körperlich und seelisch fähig gemacht werden, daß sie eine ihnen entsprechende Arbeit übernehmen konnten. Das sind mehr als 51,5 Prozent. Für diese wichtige Spezialarbeit ist im Budget 1965 ein höherer Betrag vorgesehen, nämlich 520.000 Schilling gegenüber 490.000 Schilling im Berichtsjahr.

Fürsorge für unsere betagten Mitbürger

Wissenschaftliche Erkenntnisse und unsere täglichen Erfahrungen auf dem Gebiet der Sozialarbeit sind uns wertvolle Hilfen bei unserem Bemühen, die betagten Menschen in ihrem Wesen und ihren Bedürfnissen immer besser kennen zu lernen und ihnen zu helfen, sich nach dem Abschied von einer lang gewöhnten Berufsarbeit an den neuen Lebensabschnitt zu gewöhnen. Das Wichtigste ist, daß sie lernen, ihr Dasein selber so zu gestalten, wie es ihrer Individualität entspricht.

Die Notwendigkeit einer freien Auswahl der sozialen und kulturellen Hilfen, die unseren alten Mitbürgern zur Verfügung steht, kann gar nicht genug betont werden.

So entstand, organisch wachsend und sich stets verändernd, ein Wiener Sozialplan, in dem die Hilfeleistung für betagte Mitbürger einen immer größeren Raum einnimmt.

./.

Worauf es ankommt ist: unseren alten Menschen soziale Sicherheit zu geben. Sie müssen wissen, daß sie die Möglichkeit haben, ihre gesellschaftlich berechtigten und wirtschaftlich möglichen Wünsche erfüllt zu erhalten. Gleichzeitig sollen sie sich dabei aber weitgehend unabhängig fühlen können.

Dieses Gefühl der persönlichen Freiheit, garantiert durch soziale Sicherheit, läßt den betagten Menschen, unabhängig von seinem Alter, erleben, daß er als Persönlichkeit gewertet wird.

Eine der bedeutendsten Hilfen, die wir unseren älteren Wienern und Wienerinnen bieten können, sind unsere Pensionistenklubs. Sie erfreuen sich immer größerer Beliebtheit und es bestätigt sich immer wieder, wie richtig es war, das Wort 'Pensionistenklub' zu wählen. Nicht nur, daß dadurch die Institution als solche eine Werterhöhung erfahren hat, kennzeichnet dieser Titel auch das Freiwillige, das Informelle, also genau das für die Menschen Wichtige.

Derzeit führen wir 92 Pensionistenklubs, die täglich von 6.134 Personen, und zwar von 855 Männern und 5.279 Frauen besucht werden. Von diesen Besuchern sind 297 Ehepaare. 463 verheiratete Frauen und 465 verheiratete Männer kommen ohne ihren Ehepartner. Die übrigen Besucher sind alle alleinstehend.

Um nun das Klubleben den Besuchern besser anzupassen, haben wir uns das Alter und den Beruf der 'Klubmitglieder' angesehen. Und es ist interessant, daß alle sozialen Schichten vertreten sind und zwar so weit gestreut, daß nicht gesagt werden kann, wer das Bild, die äußere Form, die Atmosphäre eines Klubs prägt. Ähnlich ist es beim Alter. Da es derzeit aber auch bereits in einigen Wiener Volksbildungshäusern klubartige Zusammenkünfte von Pensionisten gibt und wir es als unsere Aufgabe betrachten, das Programm für unsere Klubs möglichst elastisch und abwechslungsreich zu gestalten, haben wir uns mit den Vertretern dieser Volksbildungshäuser, des Rentnerverbandes und einiger Fachexperten, wie zum Beispiel Frau Primaria Dr. Stengl, zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengefunden.

./.

Wir sind überzeugt, daß gerade die Verbindung mit der Volksbildung zu einer wertvollen Brücke werden kann, vom Bereich der älteren Menschen zum ewig jungen Land des kulturellen Erlebnisses.

So sind die Wiener Pensionistenklubs aus unserer Stadt nicht mehr wegzudenken und für 1965 sind 5,2 Millionen Schilling dafür vorgesehen, das sind um 1,3 Millionen Schilling mehr als im Vorjahr, aber wir konnten endlich einen schon seit Jahren von fast allen Klubbesuchern vorgebrachten Wunsch erfüllen und die Klubs für sechs Monate anstatt für fünf, also von Mitte Oktober bis Mitte April öffnen. Ich bitte Sie daher, auch diesem Ansatz zuzustimmen.

Die Pensionistenheime

Von unserem ersten Pensionistenheim, das nun ein Jahr in Betrieb ist, können wir mit großer Genugtuung feststellen, daß die Planung dieses Heimes nicht nur im Grundsatz, sondern auch in allen Details richtig war.

Der Bau des zweiten Heimes geht planmäßig vor sich. Wir konnten noch vor Beginn der kalten Jahreszeit die Heizung und die Einglasung des Hauses vornehmen, so daß während der Wintermonate weitergearbeitet werden kann und wir voraussichtlich im Spätsommer das Heim der Benützung übergeben werden können.

Es erweist sich immer mehr, daß die Errichtung dieser Heime eine dringende Notwendigkeit für unsere Stadt ist und wir ließen uns im Stadtbauamt einige Plätze für die Errichtung weiterer Heime sichern.

Waren es in den ersten Wochen dieses Jahres, nach Fertigstellung des Heimes im 22. Bezirk, nur wenige Frauen und Männer, die sich für die Aufnahme in ein Heim meldeten, so sind derzeit bereits mehr als 2.100 Personen vorgemerkt.

Auf dem Gebiet der Heimhilfe ist es uns gelungen, trotz größter Personalschwierigkeiten zehn neue Helferinnen zu gewinnen und unsere Heimhilfe weiter auszubauen. Derzeit verfügen wir über 74 Heimhelferinnen und 28 diplomierte Schwestern und konnten bis Ende Oktober 105.963 Stunden leisten. Wir rechnen bis Ende Dezember mit 128.000 Stunden. Gegenüber dem Vorjahr ist das jetzt schon eine Steigerung von 10.000 Stunden und bis Ende Dezember werden es um rund 32.000 Stunden mehr sein.

./.

Vor wenigen Tagen wurde durch den Heimhilfedienst die einmillionste Arbeitsstunde seit seinem Bestehen im Jahre 1947 geleistet und wir hoffen, auch 1965 neue sozial fühlende Menschen zu finden, die bereit sind zu helfen, so daß wir auch im nächsten Jahr die Zahl der Arbeitsstunden weiter vermehren können. Waren für 1964 zwei Millionen Schilling vorgesehen, so finden Sie im Voranschlag 1965 einen Betrag von drei Millionen Schilling.

Vergiß den Nachbar nicht!

Die Tatsache,daß viele alte Menschen unserer Stadt allein leben, haben mich veranlaßt, eine Appell an das Gefühl der Zusammengehörigkeit aller Wiener zu richten, sie zu bitten, den Nachbarn nicht zu vergessen.

Das Echo auf unseren Aufruf war wirklich erfreulich. In hunderten Briefen schilderten uns alte, alleinstehende Menschen ihre Sorgen, die bei vielen - wahrscheinlich im Hinblick auf den bevorstehenden Winter - mit den Worten endeten: "Ich muß im Winter oft in einem kalten Raum leben, nur deshalb, weil ich mir nicht mehr selbst Brennmaterial aus dem Keller holen kann'.

Erfreulicher jedoch waren die Schreiben junger Menschen, auch von älteren Frauen, und von Organisationen, die sich als Helfer anboten. Ein Wunsch war dabei fast allgemein: die Helfer wollen nicht selbst den Menschen suchen, dem sie helfen könnten. Ich habe mich daher an die Fürsorgeräte eines Bezirkes gewendet und sie gebeten , mitzuhelfen. Mein Vorschlag hat volle Zustimmung gefunden.

Der Gedanke ist: Die Fürsorgeräte werden in ihrem Sprengel feststellen, wo ein alleinstehender, alter Mensch wohnt, dem man etwa mit einer halbstündigen Hilfeleistung, einmal in der Woche, wie zum Beispiel Kohlen tragen, helfen könnte. Demselben Fürsorgerat werden dann die Namen jener genannt, die sich als Helfer angeboten haben. Diese haben dann die Möglichkeit, den Helfer bei den einzelnen Fällen einzusetzen. Das System wäre so wie beim Roten Kreuz. Die Hilfe wird freiwillig und kostenlos gewährt, die Helfer werden aber natürlich unfallversichert.

Sollte der Versuch in dem einen oder anderen Bezirk gelingen, könnten wir daran denken, einen Wiener Helferkreis für unsere ganze Stadt zu organisieren, ob als Arbeitsgemeinschaft, ob als Kuratorium, ob als Verein, das müßte dann beraten werden.

./.

Immer aber, auch wenn es nicht allzu viele Fälle sein werden, wo wir die helfende Hand reichen können, wird es ein Beitrag sein, so manchen Mitbürger unserer Stadt wieder den Glauben an die Hilfsbereitschaft der Wiener zu geben. In vielen, ja in ungezählten Fällen besteht zwar eine solche persönliche Hilfsbereitschaft. Es haben Familien und einzelne Personen die Sorge für alleinstehende Menschen längst übernommen. Sie finden ihr Tun selbstverständlich und es gebührt ihnen unser herzlicher Dank, der Dank der ganzen Gemeinschaft. Unser Aufruf soll aber dazu beitragen, neue Helfer zu gewinnen und die Hilfsbereitschaft auch bei jenen wieder wachzurufen, wo aus irgendeinem Versehen sie nicht genug aktiv ist.

So knüpft unser Arbeitsplan für das kommende Jahr an das bisher Aufgebaute an. Wir werden weiterhin unsere Arbeit, unser Planen für die Jugend, für die Familie, für die Behinderten und Hilfsbedürftigen und für unsere betagten Mitbürger den aktuellen, gesellschaftlichen und kulturellen Gegebenheiten anpassen, die sozialen Notwendigkeiten unserer Tage berücksichtigen."

An den Schluß ihrer Rede stellte Stadtrat Maria Jacobi den Dank an alle Mitarbeiter ihres Ressorts und schloß mit der Bitte an den Gemeinderat, den Ansätzen die Zustimmung zu erteilen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

\- - -

Neue Wohnbaudarlehen der Wiener Landesregierung

15. Dezember (RK) In der heute unter Vorsitz von Landeshauptmann Jonas abgehaltenen Sitzung der Wiener Landesregierung wurden auf Antrag von Landeshauptmann-Stellvertreter Slavik Darlehen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954 in Höhe von 48,195.000 Schilling genehmigt. Mit diesem Betrag werden Projekte gefördert, durch die 357 Wohnungen und Eigenheime gebaut werden können. Der größte Teil der Darlehen entfällt auf gemeinnützige Bauvereinigungen.

Eine Million Schilling für Kulturförderung

In der gleichen Sitzung wurden zehn von Vizebürgermeister Mandl vorgelegte Subventionsanträge für kulturelle Institutionen mit einer Gesamtsumme von rund einer Million Schilling bewilligt.

87.000 Schilling werden zur Durchführung der Ausstellung "Das gute Bild für jeden", die gegenwärtig in der Secession zu sehen ist, bereitgestellt.

700.000 Schilling sind für die Durchführung von 29 musikalischen Veranstaltungen für die Schüler der zweiten, dritten und vierten Haupt- und Mittelschulklassen in diesem Schuljahr bestimmt. Die organisatorische Durchführung dieser Veranstaltungen wurde bekanntlich dem Theater der Jugend übertragen.

Für die Drucklegung des Bandes XXII der Wiener Schriften "Die Musikdynastie Strauß" werden 60.000 Schilling an den Verlag für Jugend und Volk gegeben. 120.000 Schilling für den gleichen Zweck wurden bereits heuer im Frühjahr bewilligt.

Das Institut für Wissenschaft und Kunst erhält zur Durchführung der Forschungsaufgaben der Arbeitsgemeinschaft "Großstadtprobleme" einen einmaligen Förderungsbeitrag von 30.000 Schilling.

Der Hausfrauenverein "Die Frau und ihre Wohnung", der die interessante Ausstellung "Dein Kind daheim" im Österreichischen Bauzentrum veranstaltet hat, erhält einen Zuschuß von 30.000 Schilling.

Dem unter Leitung von Dr. Friedrich Cerha stehenden Ensemble "die reihe" wird zur Anschaffung von Instrumenten ein Betrag von 10.000 Schilling bewilligt.

./.

Die Biologische Station Wilhelminenberg erhält einen Förderungsbeitrag von 25.000 Schilling.

Für die Aktion "Der gute Film" wird zur Weiterführung ihrer Tätigkeit im Dienste des künstlerischen Films ein Betrag von 20.000 Schilling zugesprochen.

Der Leitung der "Meraner Hochschulwochen" wird ein Förderungsbeitrag von 10.000 Schilling bewilligt.

Die Wiener Beethovengesellschaft erhält anläßlich ihres zehnjährigen Bestandes 5.000 Schilling.

Wieder höhere Fürsorgerenten in Wien

Auf Antrag von Stadtrat Maria Jacobi genehmigte heute die Wiener Landesregierung eine neuerliche Erhöhung der Fürsorgerenten ab 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli 1965. Die Richtsätze sind zuletzt am 17. Dezember 1963 erhöht worden. Die neuerliche Erhöhung hängt damit zusammen, daß die Richtsätze der Ausgleichszulagen in der Sozialversicherung mit 1. Jänner und 1. Juli 1965 neuerlich steigen. Die Richtsätze der öffentlichen Fürsorge in Wien für alte und arbeitsunfähige Personen werden nun im gleichen Ausmaß erhöht.

Ab 1. Jänner erhalten somit in der Gehobenen Fürsorge die Alleinstehenden 695 Schilling (bisher 660 Schilling), Hauptunterstützte im Familienverband 675 Schilling (bisher 640 Schilling), Mitunterstützte erhalten 345 Schilling so wie bisher. Ab 1. Juli erhalten die Alleinstehenden 730 Schilling, die Hauptunterstützten im Familienverband 710 Schilling und die Mitunterstützten wie bisher 345 Schilling.

In der Allgemeinen Fürsorge erhalten ab 1. Jänner die Alleinstehenden 605 Schilling (bisher 570 Schilling), Hauptunterstützte im Familienverband 575 Schilling (bisher 540 Schilling) und Mitunterstützte 275 Schilling so wie bisher. Ab 1. Juli 1965 erhöhen sich diese Beträge bei den Alleinstehenden auf 640 Schilling, bei den Hauptunterstützten im Familienverband auf 610 Schilling, während die Mitunterstützten mit 275 Schilling unverändert bleiben.

In den Genuß der Erhöhung kommen jene hilfsbedürftigen Männer, die das 65. Lebensjahr, und hilfsbedürftige Frauen, die das 60. Lebensjahr überschritten haben oder arbeitsunfähig sind.

./.

Die für die Gemeinde Wien sich daraus ergebenden Mehrauslagen betragen unter Berücksichtigung von 14 Monatsbezügen für das Jahr 1965 schätzungsweise 5,3 Millionen Schilling.

Neue Kuratoriumsmitglieder für "Wiener Pensionistenheime"

In der darauffolgenden Sitzung des Wiener Stadtsenates wurden zwölf Mitglieder und der Präsident des Vorstandes des Kuratoriums "Wiener Pensionistenheime" bestellt. Acht Mitglieder entfallen auf die SPÖ, diese sind: Stadtrat Maria Jacobi, die Gemeinderäte Maria Hlawka, Herbert Mayr, Leopoldine Schlinger, Bezirksvorsteher Leopold Mistinger, Direktor Peter Hack, Senatsrat Dr. Leopoldine Jahudka und Chefarzt Dr. Emil Tuchmann. Die vier Mitglieder der OVP sind: Stadtrat Dr. Otto Glück und die Gemeinderäte Eleonora Hiltl, Dr. Helene Stürzer und Franz Walzer.

Präsident wird wieder Stadtrat Maria Jacobi.

Die Zusammensetzung der Gemeinderätlichen Stadtplanungskommission

Der Wiener Stadtsenat hat heute auch sechs Gemeinderäte für die Dauer der Wahlperiode des Gemeinderates zu Mitgliedern der Gemeinderätlichen Stadtplanungskommission bestellt. Vier Gemeinderäte gehören der SPÖ an, und zwar Dkfm. Alfred Hintschig, Ing. Fritz Hofmann, Hubert Pfoch und Adolf Planek, die ÖVP wird durch Stadtrat Dr. Pius Prutscher und Gemeinderat Ing. Johann Lust vertreten.

Zwei neue Schulen der Stadt Wien

Vizebürgermeister Mandl legte dem Wiener Stadtsenat die Entwürfe und Kostenvoranschläge für zwei neue städtische Schulen vor. Über die dazugehörigen Baubewilligungen referierte Stadtrat Dr. Drimmel.

Ein Schulhaus für Volks- und Hauptschüler mit 24 Klassenzimmern und sämtlichen anderen dazugehörigen Einrichtungen wird im 10. Bezirk in der Migerkastraße gebaut. Die Kosten werden mehr als 43 Millionen Schilling betragen.

Ein weiterer Schulbau ist für den 23. Bezirk, Mauer, in der Mangasse projektiert. In diesem Gebiet herrscht eine sehr rege Bautätigkeit, sowohl seitens der Gemeinde Wien als auch der Genossenschaften. In den drei letzten Jahren sind dort 700 neue Wohnungen besiedelt worden, 740 Wohnungen werden in den nächsten

./.

zwei Jahren bezogen werden und bis zum Jahre 1968 sollen noch weitere 1.044 Wohnungen an der Mangasse fertiggestellt sein. Schulraumreserve gibt es dort keine, darum ist es notwendig, schon jetzt vorzusorgen. Der geplante Schulneubau umfaßt acht Klassenzimmer mit sämtlichen dazugehörigen Spezial- und Nebenräumen. In diesem Fall werden die Kosten auf mehr als 14 Millionen Schilling geschätzt.

\- - -

Personalnachrichten

15. Dezember (RK) Auf Antrag des städtischen Personalreferenten Stadtrat Bock hat heute der Wiener Stadtsenat den ärztlichen Anstaltsleiter Dr. Clemens Langer (Magistratsabteilung 17) in die Dienstklasse VIII befördert.

Außerdem hat der Wiener Stadtsenat die Magistratsräte Dr. Walter Prohaska (Magistratsabteilung 11), Dr. Richard Sehnal (Magistratsabteilung 65) und Dr. Hans Vorrath (Magistratsabteilung 1) zu Obermagistratsräten befördert.

\- - -

J-Wagen wieder über den Ring

15. Dezember (RK) Ab Donnerstag, den 17. Dezember, wird die Linie J, die wegen des Umbaues der Kreuzung Lastenstraße-Stadiongasse über die Zweierlinie abgelenkt wurde, wieder über den Ring geführt.

\- - -

Die Budgetberatungen im Rathaus:

Das Wiener Gesundheitswesen

15. Dezember (RK) Als zweite Verwaltungsgruppe am heutigen dritten Tag der Budgetberatungen wurde die Gruppe V (Gesundheitswesen) behandelt. Stadtrat Dr. Glück (ÖVP) referierte:

"Durch die außerordentliche Entwicklung und Vermehrung unserer Erkenntnisse in der Medizin beginnen sich neue Aufgaben herauszukristallisieren. Diesen sind wir nur dann gewachsen, wenn wir rechtzeitig dafür sorgen, daß diese überreiche Fülle von neuen Arbeitsgebieten auch eine entsprechende Einordnung, nicht nur in der Universitätsklinik, sondern auch in unseren großen Krankenhäusern erfährt.

Die Fortschritte im Bereich - man kann wohl sagen aller medizinischer Disziplinen - haben eine ungeheure Zersplitterung der Forschung und damit auch der angewandten Medizin mit sich gebracht. Im Sinne der Erzielung von Höchstleistungen ist die Errichtung von hochdifferenzierten Spezialkliniken und Spezialabteilungen eine unbedingte Notwendigkeit.

Das ist - scheint mir auch - der entscheidende Grund dafür, daß wir in unseren großen Spitälern mithelfen müssen, einerseits die Gründung von Spezialabteilungen anzustreben, andererseits durch Förderung der wissenschaftlichen Forschung den immer größer werdenden Aufgabenkreis der medizinischen Wissenschaft zu erfassen.

Dazu gehört vor allem, daß zur Leitung unserer großen Primariate nicht nur Fachärzte, sondern auch wissenschaftlich aktive und dementsprechend geschulte Ärzte herangezogen werden. Wir dürfen mit Recht behaupten, daß hier in Wien dieser wissenschaftliche ärztliche Nachwuchs vorhanden ist.

Die großen internationalen medizinischen Vereinigungen veranstalten nicht deshalb ihre Kongresse in unserer Stadt, weil es hier die Oper und den Heurigen gibt, sie kommen zu uns, weil sie damit die Leistungen der Wiener medizinischen Schule anerkennen.

./.

Neben der kurativen Medizin entwickelt sich ein neuer Schwerpunkt, die prophylaktische Medizin, also jene medizinische Tätigkeit, die das Auftreten einer Krankheit von vornherein verhindern soll.

Kinderlähmung ausgerottet

Wenn wir uns an die Budgetberatungen der früheren Jahre erinnern, waren am Beginn die Infektionskrankheiten besonders eindrucksvoll, allen voran die Kinderlähmung mit ihren furchtbaren Folgeerscheinungen und Nachwirkungen.

Die Feststellung, daß die übertragbare Kinderlähmung in ihrer schweren Form praktisch als ausgerottet betrachtet werden kann, ist wohl die erfreulichste, die ich Ihnen heute mitteilen darf. Die überzeugende Wirkung der ersten Aktion zur oralen Schutzimpfung hält weiterhin voll an. Seit Beginn des Jahres 1963 war kein Fall mehr zu verzeichnen, bei dem auf Grund des klinischen Bildes die Diagnose 'Poliomyelitis mit dauernden Lähmungen' zu stellen gewesen wäre.

Mehrere kinderlähmungsähnliche Erkrankungen des heurigen Jahres konnte mittlerweile als nicht durch einen Erreger der Kinderlähmung verursacht, aufgeklärt werden.

Auf Grund dieser überzeugenden Erfolge der Schutzimpfungen gegen Kinderlähmung wurde und wird diese Aktion heuer und im kommenden Jahr fortgesetzt. An dieser Aktion beteiligten sich in diesem Jahr insgesamt 79.000 Personen, darunter 37.760 Erwachsene.

Seit Mitte November läuft wieder eine derartige Aktion unter den gleichen Bedingungen.

Von unter Umständen entscheidender Bedeutung scheint mir zu sein, immer wieder die Bevölkerung aufzurufen, von der Pockenimpfung Gebrauch zu machen. Nicht warten bis diese gefährliche Infektionskrankheit eingeschleppt ist.

'Rattenkampftage'

Eng in Verbindung mit der Bekämpfung der Infektionskrankheiten und Seuchen steht in dem Referat der allgemeinen Hygiene die Rattenbekämpfung.

Über mein Ersuchen hat der Leiter des Veterinäramtes mit verschiedenen Professoren der Tierärztlichen Hochschule darüber Gespräche geführt.

./.

Über unseren Vorschlag wurde die 'Verordnung über die planmäßige Bekämpfung der Ratten von Wien' dahingehend geändert und ergänzt, daß außer der zweimonatlichen Begehung und Nachschau in befallenen oder gefährdeten Gebieten kürzere Zeiträume festgelegt werden. Wenn es zur Abwendung der Gefahr eines Überhandnehmens von Ratten erforderlich ist, können auch fallweise zusätzliche Bekämpfungsmaßnahmen, sogenannte Rattenkampftage, angeordnet werden.

Nach den von der Innung vorgelegten Berichten wurden 1963 103.159 Giftauslegungen durchgeführt, im ersten Halbjahr 1964 71.941 Auslegungen. Eine umfangreiche Liste mit besonders befallenen Stellen in ganz Wien wurde erst vor einigen Tagen von der Innung der Schädlingsbekämpfer erstellt. Entsprechend dieser Liste wird nun diese forcierte Rattenvertilgungsaktion ober und unter dem Kanalgitter, wenn ich so sagen darf, durchgeführt.

Hand in Hand mit der Rattenplage geht in Wien auch die Taubenplage. Durch das Füttern finden aber nicht nur diese Tiere, sondern auch die Ratten reichlich Nahrung.

Reine Luft und keinen Lärm

Ein wichtiges Problem des Gesundheitsschutzes ist die Reinhaltung der Luft. Luftverschmutzung ist gesundheitsschädigend. Nicht nur Menschen, auch Pflanzen und Tiere werden davon betroffen.

Der Feldzug gegen die Luftverschmutzung hat einen technischen als auch vor allem einen gesetzlichen Gesichtspunkt. Klare Gesetze müssen endlich geschaffen werden. Meines Erachtens genügen die bestehenden Vorschriften nicht, abgesehen davon, daß diese Vorschriften ja auch nicht immer eingehalten werden. Besondere Vorkehrungen für Industrie, für die Hausfeuerungen und vor allem für die Motorfahrzeuge müssen nicht nur vorhanden sein, ihre Wirksamkeit hängt vor allem auch davon ab, wie sie von den ausführenden Organen ausgelegt werden.

Wollen wir hoffen, daß ein entsprechendes Luftreinhaltegesetz möglichst bald geschaffen wird.

./.

Auch die Notwendigkeit der Lärmbekämpfung muß von der Gesundheitsbehörde immer wieder gefordert werden. Lärmbelästigung ist häufig Ursache vegetativer Funktionsstörungen.

Soweit es am Gesundheitsamt liegt, die Frage zu klären, ob eine vorhandene Lärmbelästigung noch zumutbar ist oder nicht, werden diese Gutachten nach strengsten Maßstäben behandelt.

Die bestehenden ausgezeichneten Vorschriften, die die Lärmbekämpfung ermöglichen, werden aber meines Erachtens von den Exekutionsorganen in viel zu geringem Ausmaß gehandhabt.

Kampf gegen Krebs und Tbc

Unsere Gesundenuntersuchungsstellen finden nach wie vor regen Zuspruch. Auch im abgelaufenen Jahr konnten bei 7.735 Personen, die die Gesundenuntersuchungsstellen besuchten, wieder 187 carzinomverdächtige Befunde erhoben werden. Was aber vielleicht nicht weniger von Bedeutung ist, daß 5.177 Personen davon wegen anderweitiger Erkrankungen ihren behandelnden Ärzten zugewiesen worden sind.

Die Tuberkulosebekämpfung war auch in diesem Jahr erfolgreich. Die Zahl der Personen mit offener Tuberkulose verringerte sich um 6,4 Prozent, die Zahl der Neuerkrankungen um 10,86 Prozent.

Eine überaus wichtige Maßnahme zur Ausrottung dieser Seuche stellt die BCG-Impfung unserer Säuglinge dar. Und hier kann ich Ihnen die erfreuliche Mitteilung machen, daß bereits 94,4 Prozent aller in Wien Geborenen diese Schutzimpfung bekamen.

Die zweite ebenso wichtige Aufgabe stellt die Auffindung der unbekannten Tuberkulösen dar, die ihrerseits wieder ihre Umgebung gefährden. Diese Aufgabe kann nur durch Röntgenreihenuntersuchungen in großem Maßstab gelöst werden. In diesem Jahr konnten an die 50.000 Personen nach dem Schirmbildverfahren einer Untersuchung der Lunge unterzogen werden. Dabei wurden 73 an Tuberkulose erkrankte Personen festgestellt. Im kommenden Jahr ist die Aufstellung weiterer Schirmbildgeräte und Anschaffung eines zweiten fahrbaren Röntgengerätes vorgesehen.

./.

Alkoholiker

Unsere Fürsorge für Alkoholiker betreut bereits nahezu 10.000 Patienten.

Im kommenden Arbeitsjahr wird die weitere Erfassung Alkoholkranker noch mehr intensiviert werden.

Der psychiatrische Rehabilitationsdienst hat in diesem Jahr seine Zusammenarbeit mit dem Betreuungsdienst für Alkoholkranke, vor allem in personeller Hinsicht vertieft. Dadurch war es möglich, die Betreuungstätigkeit für Geisteskranke auf zwei Beratungsstellen im Bereich der Stadt Wien auszudehnen. Mit diesen zwei Beratungsstellen kann allerdings das Gesamtgebiet Wiens nicht erfaßt werden und es ist unser unmittelbares Ziel, eine Erweiterung des Betreuungsnetzes, durch Schaffung von Beratungsstellen im 2. und 11. Bezirk durchzuführen. Praktische Ärzte und Kassen anerkennen und schätzen unseren neugegründeten Rehabilitationsdienst. Unsere Kartei erfaßt schon 5.966 Patienten.

Auch die Arbeit unseres schulärztlichen Dienstes kann auf schöne Erfolge hinweisen. Im vergangenen Jahr wurden mehr als 131.000 Kinder einer Untersuchung unterzogen. 74.000 Schulkinder wurden der oralen Poliomyelitisimpfung zugezogen. Ebenso sind die Erfolge unserer Schulzahnkliniken außerordentlich erfreulich. Nachdem die derzeit wirkungsvollste Cariesprophylaxe in Fluorverabreichung besteht, wird diese im kommenden Jahr wesentlich erweitert. In Zukunft werden nun in allen Schulen bis zum 15. Lebensjahr die Fluortabletten verabfolgt. Die Verhandlungen zur Errichtung einer Kieferorthopädie sind noch nicht abgeschlossen. Ich hoffe aber, daß es gelingen wird, eine derartige Station einrichten zu können.

In unseren Schwangerenberatungsstellen wurde zur Erlangung des Säuglingswäschepaketes nicht nur wie bisher Wassermannreaktion vorgeschrieben, ab Juli 1964 ist auch der Nachweis der Rhesusfaktor- und Blutgruppenbestimmung erforderlich. Ich bin der Überzeugung, daß diese für die Geburtshelfer und für die Kinderärzte so wichtige Maßnahme sich schon im kommenden Jahr sehr erfolgreich auswirken wird.

./.

Messung der Radioaktivität

Auch die Hygienisch-bakteriologische Untersuchungsanstalt wird im kommenden Jahr um einen für eine Großstadt unter Umständen sehr wichtigen Apparat bereichert. Es ist im Jahre 1965 die Anschaffung eines Vielkanal-Analysators vorgesehen, der zur qualitativen und quantitativen Analyse von strahlenden Stoffen jeder Art dient. Die Messungen, wie sie derzeit möglich sind, erstrecken sich nur auf die Gesamtaktivität der Strahlung, geben aber noch keinen Aufschluß über die gesundheitsschädliche Auswirkung. Die richtige Beurteilung des Grades der Gefährdung der Bevölkerung, z.B. durch Genuß von radioaktiv verseuchtem Wasser kann aber erst bei genauer Kenntnis von Art und Menge der vorhandenen Radioisotopen gegeben werden.

Tausende Untersuchungen wurden im Zusammenhang mit der Trinkwasserversorgung Wiens durchgeführt, sowohl im Bereich der künftigen dritten Wiener Wasserleitung, als im Zusammenhang mit der Erweiterung der Wiener Wasserversorgung auf der Schneealpe und schließlich auch noch für das im Bau befindliche Grundwasserwerk in der Lobau.

Weitere wichtige bakteriologische Großuntersuchungen wurden im Bereich der Donau und auch der Alten Donau durchgeführt.

Alle Kräfte dieser Abteilung werden im kommenden Jahr für diese so wichtigen Untersuchungen, die an Zahl von Jahr zu Jahr ansteigen, eingesetzt werden müssen.

Die Bettensituation

Der Referent berichtete dann über die für das Jahr 1965 vorgesehenen Arbeiten im Bereich des Anstaltenamtes.

Die Bettensituation des Jahres 1964 war auch im Sommer angespannt, weil durch umfangreiche Um- und Zubauten eine beträchtliche Zahl von Krankenbetten nicht belegbar war. Es war daher eine besonders schwierige Aufgabe, durch eine zentrale Lenkung dafür zu sorgen, daß trotz der Bauarbeiten in fast allen Krankenhäusern ein gefährlicher Engpaß im Hinblick auf die Bettenversorgung nicht eingetreten ist. Der neue Aufnahmemodus hat sich bisher gut bewährt. Diese Neuregelung besteht nun fast über ein Jahr und ich kann die erfreuliche Feststellung machen, daß seit dieser Zeit - von wenigen umstrittenen Einzelfällen abgesehen - alle vorgemerkten Patienten

./.

untergebracht werden konnten.

Für das Jahr 1965 wird in der Bettensituation durch die zwei neuen medizinischen Abteilungen zu je 130 Betten im Wilhelminenspital eine gewisse Erleichterung eintreten. Andererseits können sich Schwierigkeiten in der Bettenversorgung 1965 dadurch ergeben, daß die umfangreichen Adaptierungs- und Umbauarbeiten an der II. Chirurgischen und der I. Universitäts-Frauenklinik Bettenverluste mit sich bringen, ferner auch die Umbauten im Zuge der Errichtung der Kieferchirurgischen Klinik, der Orthopädischen Klinik und der Urologischen Klinik.

Die Schwierigkeiten, die volle Bettenkapazität zur Verfügung zu halten, liegen aber nicht nur auf dem Bausektor, sondern ebenso auch auf dem Personalsektor. Es fehlt an Krankenschwestern und an Hauspersonal.

Neue Spitalsbauten

Nach der Größe und Bedeutung unserer Bauvorhaben steht der Neubau der Universitätskliniken - Allgemeines Krankenhaus - an der Spitze. 90 Millionen Schilling sind als Rate für das Jahr 1965 vorgesehen.

Mit dem Neubau der Personalhäuser in der Front Lazarettgasse wurde bereits der Anfang gemacht und diese Bauten schreiten rasch vorwärts. Im kommenden Jahr wird mit dem Bau der Psychiatrisch-neurologischen Universitäts-Klinik und der Universitäts-Kinderklinik begonnen; letzterer wird eine heilpädagogische Station sowie eine Kinder- und jugendpsychiatrische Klinik angeschlossen sein. Ebenso ist die Errichtung einer Krankenpflegeschule, wie einer medizinisch-technischen Schule und Vorschule im kommenden Jahr geplant.

Daneben dürfen wir aber nicht außer acht lassen, daß das alte Haus noch mindestens zehn Jahre seine Aufgabe als Krankenhaus zu erfüllen hat und wie außerordentlich groß diese Aufgabe ist, ersehen Sie daraus, daß pro Jahr cirka 21.000 Patienten stationär aufgenommen und 300.000 Patienten ambulant behandelt werden.

Es ist klar, daß für die Instandhaltung, beziehungsweise Sanierung dieses alten Hauses immer wieder beträchtliche Beträge aufgewendet werden müssen, da ja bis zur Vollendung des Neubaues das alte Haus voll belegt sein wird. Als besonders wichtiges und erfreuliches Ereignis im Rahmen des alten Allgemeinen Krankenhauses möchte ich die Eröffnung der Neurochirurgischen Universitäts-Klinik

./.

unter ihrem Vorstand Professor Dr. Herbert Kraus hervorheben. Diese Neurochirurgische Klinik konnte nach einer Gesamtbauzeit von 18 Monaten in Betrieb genommen werden, die Kosten werden zwölf Millionen Schilling betragen.

Im Allgemeinen Krankenhaus wurde auch eine Abteilung für experimentelle Chirurgie in diesem Jahr in Betrieb genommen. Hier können hochspezialisierte Operationsverfahren am Tier erlernt werden, experimentelle Untersuchungen durchgeführt und neue chirurgische Methoden entwickelt werden.

Im kommenden Jahr wird auch eine Betatronbestrahlungsanlage im Allgemeinen Krankenhaus geschaffen.

Abgesehen von den baulichen Modernisierungsarbeiten der I. Chirurgischen Universitäts-Klinik, der Operationssaaltrakt ist bereits fertiggestellt, wird im kommenden Jahr die Urologische Klinik, die Kieferchirurgie und die Orthopädie, ebenso auch die I. Universitäts-Hautklinik überholt.

Gerade wegen dieser umfangreichen Adaptierungen in den ehrwürdigen Kliniken des alten Hauses stehe ich nach wie vor auf dem Standpunkt, daß eine Kommission ins Leben gerufen werden müßte, die Vorschläge über die weitere Verwendung dieses Hauses prüfen und unterbreiten sollte.

Das gewaltige Bauvorhaben im Bereich der I. Universitäts-Frauenklinik und der II. Chirurgischen Universitäts-Klinik ist bereits so weit fortgeschritten, daß der Gesamtumbau der Klinik im Jahre 1966 vollkommen abgeschlossen sein wird.

Das zweite große Bauvorhaben ist das Rudolfspital. Das neue Schwesternhaus wurde bereits am 23. Mai eröffnet.

Die umfangreichen Planungsarbeiten für dieses Schwerpunktspital sind nahezu abgeschlossen. Es werden 26 Stationen geschaffen, pro Station sind 37 Krankenbetten vorgesehen. Die Stationen verteilen sich auf: acht chirurgische, acht interne, drei gynäkologische (mit Geburtshilfe), zwei Augen-, drei urologische, eine HNO- und eine Strahlenstation.

Die Ambulanzen und Behandlungsräume sind als sogenannter Breitfuß im Erdgeschoß vorgesehen. Für den Bau dieses Breitfußes wird derzeit ein sehr interessantes Problem genau studiert: Es besteht die Möglichkeit, die Ambulanzräume durch Wände zu unterteilen, die in Fertigbauweise hergestellt sind, wobei eine Ände-

./.

rung der Raumeinteilung, so sie sich später als notwendig erweist - und die Entwicklung der Medizin läßt das ja eher erwarten - mühelos durchgeführt werden kann. Die Wände bestehen aus Metallrahmen und können ohne wesentliche Maurerarbeit und vor allem auch ohne Staubentwicklung umgebaut und entsprechend wieder eingesetzt werden.

Eines der wichtigsten Projekte, das derzeit von der Planungskommission bearbeitet wird, ist das neuzuerrichtende Krankenhaus jenseits der Donau, das vorläufig den Arbeitstitel 'Wien - Ost' trägt. Der ganze Krankenhauskomplex soll rund 1.000 Betten umfassen, davon sind 500 für das Akutkrankenhaus vorgesehen, 500 Betten für chronisch Kranke, beziehungsweise alte pflegebedürftige Menschen. Diese vorgesehene Aufgliederung bietet große Vorteile, da es dadurch möglich ist, Patienten, die keine intensive Spitalsbehandlung mehr brauchen, vom Akutkrankenhaus in die Pflegeabteilung zu verlegen.

Dieses Krankenhaus wird die notwendigen Hauptabteilungen (Chirurgie, Interne, Gynäkologie und Geburtshilfe, eine Kinder- sowie eine urologische Abteilung) umfassen, außerdem eine wichtige Funktion für die Versorgung der Unfallverletzten des Stadtgebietes jenseits der Donau erfüllen.

Für dieses Krankenhaus wird es außerdem notwendig sein, ein Schwesternhaus und eine Krankenpflegeschule mit Vorpraktikum im Ausmaß von cirka 150 Plätzen einzuplanen.

Ein weiteres großes Bauvorhaben betrifft das Elisabeth-Spital. Der Neubau des Prosekturgebäudes und des Zentrallabors wurde heuer vollendet. Im kommenden Jahr wird nun zunächst der Neubau der chirurgischen Abteilung in Angriff genommen.

Im Krankenhaus Lainz sind die baulichen Arbeiten zur Schaffung eines mit den modernsten Geräten ausgestatteten Strahlenzentrums beachtlich weit fortgeschritten. Im kommenden Jahr wird mit dem Bau eines modernen Zentral- und Isotopenlabors begonnen, die schwierigen Vorarbeiten dazu wurden in diesem Jahr abgeschlossen. Ein Betrag von drei Millionen Schilling konnte im neuen Budget für dieses Projekt bereitgestellt werden.

./.

Im Wilhelminenspital konnte der Pavillon 29 seiner Bestimmung übergeben werden. Das Wilhelminenspital, das ja zu den Schwerpunktspitälern Wiens zählt und jährlich cirka 350.000 Verpflegstage aufzuweisen hat und pro Jahr mehr als 16.000 Patienten aufnimmt, ist damit um einen wichtigen Pavillon vergrößert worden. Dieser große Pavillon besteht aus zwei internen Abteilungen zu je 130 Betten.

Besonders erwähnenswert scheint mir die Errichtung einer Spezialabteilung für lebensbedrohliche Stoffwechselstörungen im Rahmen einer der internen Abteilungen. Diese Spezialabteilung wurde mit einer künstlichen Niere ausgestattet.

Der große chirurgische Pavillon, der 275 Betten aufnehmen wird, wird in der ersten Hälfte des Jahres 1965 fertiggestellt.

Neben der besonders sorgfältigen Ausgestaltung der Krankenzimmer wurde allergrößter Wert auf die Vereinfachung der Arbeitsbedingungen des Krankenpflegepersonals gelegt. Die Gesamtkosten für diese Neubauten betrugen 180 Millionen Schilling.

Das neue Zentralröntgeninstitut mit eigener Bettenstation von 20 Betten ist im Rohbau fertig. Die Ausstattung allein wird etwa fünf Millionen Schilling kosten, außerdem erhält dieses Institut eine Kobaltkanone.

Eine entscheidende Maßnahme zur Verbesserung der Unfallverletzten wird der Neubau einer großen Unfallstation im Wilhelminenspital sein. Mit diesem Neubau wird im kommenden Jahr begonnen. Die bereits fertiggestellten Pläne werden derzeit noch von der Planungskommission überarbeitet. Diese Unfallstation wird cirka 120 Betten umfassen.

Im **Franz Josef-Spital** ist es gelungen, nun den Neubau einer urologischen Abteilung sicherzustellen. Dieser neue Pavillon, der außer der urologischen Abteilung auch noch die Fachambulanzen für Gynäkologie, für Hautkrankheiten und für Kieferchirurgie aufnehmen soll, ist das letzte große Bauvorhaben, das wir dort verwirklichen wollen. Der Neubau wird 100 Betten umfassen und ist schon mit Rücksicht auf den steigenden Anfall der altersbedingten urologischen Erkrankungen eine dringende Notwendigkeit.

./.

Das Raumprogramm sieht folgende Aufgliederung des Pavillons vor: drei Stationen mit je 35 Krankenbetten, die urologische Ambulanz mit Einrichtung für Cystoskopie und Röntgen, Operationseinheit, Laboratorium und Räume für die künstliche Niere.

Ein weiteres erfreuliches Ereignis im Franz Josef-Spital war die Eröffnung der III. Medizinischen Abteilung im Pavillon H, die wir im Herbst heurigen Jahres vornehmen konnten. Der ganze Bau konnte nach der relativ kurzen Bauzeit von 25 Monaten vollendet werden, die Gesamtkosten betrugen ohne Inventar 17,5 Millionen Schilling.

Ein großes Projekt, welches 1965 in Angriff genommen wird, ist die Errichtung eines Sonderkinderkrankenhauses für gehirngeschädigte Kinder im Gelände des Rosenhügels. Diese Abteilung ist derzeit behelfsmäßig im Areal des Altersheimes Lainz untergebracht. Für diese besonders bedauernswerten Kinder soll eine neue moderne Anstalt errichtet werden, die eine Einheit von Krankenhaus, Schule und Arbeitstherapie bildet.

Auch in der Lungenheilstätte Baumgartner Höhe werden im kommenden Jahr umfangreiche Bauarbeiten durchgeführt.

Die Altersheime

In den sogenannten Altersheimen besteht derzeit ein systemisierter Bettenstand von 6.315 Betten. Es war trotz des Umbauens von Krankenabteilungen ein Durchschnittsbettenbelag von mehr als 90 Prozent gegeben.

Die Aufnahmen betrugen in den ersten neun Monaten des Jahres 1964 insgesamt 3.276, davon 2.756 aus Wohnungen und 520 aus Krankenhäusern. Die durch die Magistratsabteilung 12 genehmigten Aufnahmen waren im Durchschnitt des Jahres 1964 um etwa 600 höher als freie Betten zur Aufnahme von Patienten zur Verfügung standen. Die Bettenverknappung hat sich gegenüber dem Vorjahr verschärft.

Die Bettenknappheit in den Altersheimen bewirkt ferner vor allem, daß ausgesprochene Pflegefälle oft monatelang in Spitalspflege verbleiben müssen und nicht auf Krankenabteilungen von Altersheimen überstellt werden konnten. Diese Tatsache ist die Ursache unserer Spitalsbettennot.

./.

Nur durch Neubau von Pflegeheimen kann dem abgeholfen werden.

Derzeit wird an der Planung eines Altersheimes links der Donau im städtebaulichen Entwicklungsgebiet gearbeitet.

Im Altersheim Lainz wird der Umbau des Pavillons XI (Neurologische Abteilung) fortgesetzt.

Mit dem Einbau einer Zentralheizung in die noch ofenbeheizten Pavillons IV, VI und XIV mit einem Gesamtkostenaufwand von 24 Millionen Schilling wurde heuer begonnen, die Fortführung dieses für das Wohlbefinden der Patienten so wichtigen Projektes ist auch im Jahr 1965 in vollem Umfang gewährleistet.

Im Altersheim Baumgarten wird die Installation der Zentralheizung, die Gesamtkosten dafür betragen 23 Millionen Schilling, fortgeführt. Die Adaptierung des Pavillons VI (ehemaliges Polizeikommissariat) wird mit einem Gesamtaufwand von 8,6 Millionen Schilling im kommenden Jahr vollendet.

Im Jahr 1963 konnte der Pavillon III - in diesem Pavillon befand sich lange Zeit das Anstaltenhauptlager - in eine Krankenabteilung für alte Patienten umgebaut werden. Auf Grund des großen Erfolges dieser Umwidmung werden heuer und im kommenden Jahr Pläne erarbeitet, die nun auch den Pavillon IV in eine schöne, moderne Abteilung umwandeln sollen.

Zur Verbesserung der sanitären Situation im Altersheim Liesing werden neue Bäder und Teeküchen sowie eine Schwesterngarderobe eingerichtet. Auch der Anschluß einiger noch ofenbeheizter Räume an die Zentralheizung ist vorgesehen. Darüber hinaus bestehen jedoch Pläne, das Altersheim Liesing, dessen Umbau- und Modernisierungsarbeiten Unsummen verursachen und dabei doch nicht recht befriedigen würden, an anderer Stelle vollkommen neu zu bauen.

Auch im Altersheim St. Andrä werden verschiedene Arbeiten durchgeführt, die vor allem bessere sanitäre Verhältnisse und eine Vermehrung der Bettenzahl von 200 auf 270 mit sich bringen. Es sind nunmehr endlich alle Räume zentralbeheizt.

In den Heil- und Pflegeanstalten für Geisteskranke bleibt der systemisierte Bettenstand mit 3.850 Betten auch im Jahr 1965 unverändert. Es entfallen auf das Psychiatrische Krankenhaus (ehemals Steinhof) 2.650 und auf die Heil- und Pflegeanstalt Ybbs an der Donau 1.200 Betten.

./.

Unter den aufgenommenen Patienten möchte ich die große Zahl von Alkoholikern hervorheben, nämlich 1.199, davon 1.039 Männer und 160 Frauen. Aus dieser Zahl allein können Sie, meine Damen und Herren, die Bedeutung der Frage des chronischen Alkoholismus für unser Gemeinwesen ablesen.

Im Psychiatrischen Krankenhaus wird der Umbau und die Adaptierung des Pavillons 24 im Sommer 1965 vollendet sein. Erstmals wird dabei der Versuch einer Pavillonseinteilung nach neuen Gesichtspunkten unternommen, die den Patienten kleinere Schlafräume und gleichzeitig größere Bewegungsfreiheit innerhalb der Abteilung bieten soll.

Schon im Vorjahr wurde in der Anstalt ein Nachtspital eingerichtet. Bis zur völligen Rehabilitierung verbleiben die Patienten des Nachts noch in der Anstalt, gehen aber tagsüber schon einer Beschäftigung nach. Die ärztliche und pflegerische Überwachung bleibt gewahrt, bei Eintritt von negativen Einwirkungen kann sofort ärztlich eingeschritten werden.

Auch ein Tagspital wurde eingerichtet. Die Patienten werden in häusliches Milieu entlassen, schlafen bei ihrer Familie und kommen tagsüber zur medizinischen und arbeitstherapeutischen Behandlung in die Anstalt.

In der Heil- und Pflegeanstalt Ybbs an der Donau sind wir dabei, die auf dem Anstaltsgebäude befindliche Ökonomie den sanitären Erfordernissen entsprechend neu zu errichten.

Rettung: Weniger Kilometer

Nun einige Worte zu unserem Rettungs- und Krankenbeförderungswesen. Trotz bedauerlicher Zunahme, vor allem der schweren Verkehrsunfälle und trotz Ausbau der städtischen Wohngebiete gerade am Stadtrand ist ein leichter Rückgang der Ausfahrten sowohl bei der Rettung, als auch beim Krankenbeförderungsdienst feststellbar. Interessant dabei ist, daß die Anzahl der zurückgelegten Kilometer im Vergleich zur Anzahl der Ausfahrten in einem stärkeren Ausmaß zurückgegangen ist. Ich führe das sowohl auf die Einführung des Sprechfunks zurück, als auch auf die Neuregelung der Spitalseinweisung beziehungsweise auf das Bestehen der Bettenzentrale, die ein gezieltes Einweisen des Patienten in ein Spital ermöglicht.

./.

Im vorigen Jahr und heuer wurde mit der Generalsanierung unseres Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes begonnen. Ich möchte hier besonders hervorheben den Umbau und die Ausgestaltung der Rettungszentrale selbst, den Umbau und die Übernahme der neuen Station Wienerberg, der Station Aspern, den Umbau und die Verlegung der Station Penzing in das Objekt Baumgartner Straße 1. Alle diese Stationen wurden auch mit einer Zentralheizungsanlage versehen. Weiter konnte mit dem völligen Neubau einer Rettungs- und Sanitätsstation im Arsenal begonnen werden.

Im kommenden Jahr werden der Neubau der Station Arsenal sowie in der Rettungszentrale die Erweiterungs- und Modernisierungsarbeiten fortgesetzt. Nach Fertigstellung der Station Penzing wird der Abbruch des alten Hauses durchgeführt. Aber auch bereits in der Station Mariahilf wird mit dem notwendigen Umbau begonnen werden.

Außerdem wurden die Planungs- und Vorbereitungsarbeiten für den Bau einer neuen Rettungsstation auf den Gründen in Wien 17, Lidlgasse, bewilligt.

Derzeit werden die Wagen des Krankenbeförderungsdienstes mit Sprechfunkanlagen ausgerüstet und eine ortsfeste UKW-Station geschaffen, da sich beim Rettungsdienst diese Einrichtung schon seit Jahren bestens bewährt hat.

Lehrlingsheime

Zur Geschäftsgruppe V zählen auch die Lehrlingsheime. Im Jahr 1964 konnten von den in den drei Lehrlings- und einem Lehrmädchenheim untergebrachten Zöglingen 72 Burschen und 16 junge Mädchen mit sehr gutem Erfolg ihre Lehrzeit abschließen.

Personalprobleme

Es ist verständlich, daß unsere besondere Obsorge dem Nachwuchs an Krankenschwestern gilt. Wir dürfen nicht vergessen, daß im Gesundheitswesen von morgen die Krankenschwestern eine noch viel größere Rolle spielen als heute. Eine wirksame und wissenschaftlich fundierte Werbung durchzuführen ist deshalb eine Conditio sine qua non. Wir haben uns deshalb auch mit dem werbewissenschaftlichen Institut an der Hochschule für Welthandel in Verbindung gesetzt, und ich möchte an dieser Stelle dem Ordinarius dieses Instituts für seine wertvollen Anregungen herzlichst danken. Anfang Juli wurde eine groß angelegte Werbeaktion in allen

./.

Tages- und Wochenzeitungen von Wien, Niederösterreich und Burgenland durchgeführt, als deren Ergebnis mehrere 100 Anfragen schriftlich und telefonisch beantwortet werden konnten. Auch im Rundfunk und im Fernsehen wurde eine Werbeaktion eingeschaltet. Als Ergebnis dieser Werbung kann ich jetzt schon feststellen, daß sich diese in den Aufnahmezahlen der Krankenpflegeschulen im Herbst 1964 deutlich niederschlägt. Die Zahl der in die allgemeinen Krankenpflegeschulen neueintretenden Schülerinnen ist gegenüber 1963 um 50 Prozent gestiegen.

Durch den Erfolg dieser ersten Werbeaktion ermutigt, haben wir die Absicht, auch im nächsten Jahr eine intensive Werbeaktion durchzuführen, um weiterhin den Zugang zu den Krankenpflegeschulen in dieser Höhe halten zu können.

Als sehr günstig hat sich auch die Einführung des sogenannten Vorpraktikums erwiesen. Die bestehenden Vorpraktika in den Krankenpflegeschulen am Allgemeinen Krankenhaus und an der Krankenanstalt Rudolfstiftung haben sich gut eingeführt. Der Andrang zu diesen Vorpraktika ist so groß, daß nun auch im Franz Josef-Spital und im Krankenhaus Lainz ein weiteres Vorpraktikum eröffnet werden kann. Dieser erfreuliche Erfolg der erst seit zwei Jahren bestehenden Vorschulen ist ebenfalls ein Produkt der intensiven Werbung. Es wurden eigene illustrierte Prospekte geschaffen und an die Hauptschulen und Arbeitsämter zur Verteilung gebracht.

Alles in allem sind wir meines Erachtens aber mit unserer Werbung erst am Anfang. Daß sie wesentlich ist, das zeigen bereits unsere Erfolge. Diese Werbung für unser Personal muß eine ständige Einrichtung werden, die auf wissenschaftlicher Basis aufgebaut, genaue soziologische Untersuchungen durchführt, ein langfristiges Werbeprogramm entwickelt und uns auch dementsprechende Vorschläge unterbreitet.

Ich würde deshalb vorschlagen, einen eigenen Werbeausschuß im Interesse dieser systematischen Untersuchungen zur Durchführung einer gezielten Werbung ins Leben zu rufen.

./.

Die modernen und neuen Unterkunftsmöglichkeiten für unser Krankenpflegepersonal werden zweifellos auch dazu beitragen, bei vielen Mädchen den Entschluß, Krankenschwester zu werden, positiv zu beeinflussen. Im Mai vergangenen Jahres konnten wir das schöne neue Schwesternheim im Franz Josef Spital eröffnen, weiter konnte inzwischen das neue Schwesternhaus im Rudolfspital vollendet werden, ebenso das neue Schwesternheim im Wilhelminenspital. Beim Neubau des Allgemeinen Krankenhauses wurde mit dem Bau der Personalwohnungen der Anfang gemacht.

Im Preyer'schen Kinderspital wird mit dem Bau eines schönen modernen Schwesternheimes im kommenden Jahr begonnen.

Am Schluß meiner Ausführungen will ich es nicht versäumen, allen Bediensteten meiner Verwaltungsgruppe für ihre Arbeit herzlichst zu danken und sie zu bitten, auch im kommenden Jahr ihre ganze Kraft zur Realisierung unserer Vorhaben einzusetzen."

\- - -

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:

Die Debatte über das Wohlfahrtswesen

Der Vorsitzende, GR. Marek, eröffnet die Spezialdebatte über die Ansätze der Verwaltungsgruppe IV, Wohlfahrswesen, und erteilt GR. Lauscher (KLS) das Wort.

Zunächst spricht der Debattenredner zum Kapitel Jugendfürsorge und betont, daß in Wien ein ernster Mangel an Tagesheimstätten herrsche. Dieser Mangel habe sich sogar weiter verschärft. Der Zuwachs von 3.000 Plätzen in den Kindertagesheimstätten innerhalb der letzten fünf Jahre genüge keinesfalls den wachsenden Anforderungen. Ihm sei bekannt, daß allein im 10. Bezirk 2.000 Vormerkungen, im 20. und 21. Bezirk mehr als 1.000 Vormerkungen vorlägen. Ein besonders krasser Mangel an Tagesheimplätzen bestehe auch in den Bezirken 2, 3, 7, 11, 12, 18 und 19. Hier sei es den berufstätigen Müttern kaum möglich, ihre Kinder in einem Tagesheim unterzubringen. Ferner sollen angeblich 14.000 Kinder in Wien für eine Aufnahme in die Horte vorgemerkt sein. Er wisse nicht, so sagt GR. Lauscher, ob dies stimme. Wenn es aber stimme, dann sei es klar, daß auch auf dem Gebiet der Kinderhorte in manchen Teilen Wiens ein ernster Notstand herrscht.

Vor den Wahlen habe Stadtrat Maria Jacobi eine rasche Vermehrung der Kindertagesheimstätten versprochen. Sie erklärte, das Ziel sei, 30.000 neue Plätze in Tagesheimstätten zu schaffen. Nun aber sei man enttäuscht, weil die Berichterstatterin heute nichts darüber gesagt habe. Wie ernst also war dieses Wahlversprechen gemeint? In welcher Zeit sollen die 30.000 versprochenen Plätze geschaffen werden? Besteht bereits ein konkreter Plan dafür?

Eine weitere Frage sei, wie sich die Berichterstatterin die Lösung des Personalproblems in den Kindertagesheimen vorstelle. 30.000 Plätze mehr bedeute nämlich 333 neue Abteilungen mit 500 neuen Kindergärtnerinnen. Wie stelle man es sich vor, dieses Personal zu bekommen? Jedenfalls habe man nicht rechtzeitig genug begonnen, auf diesem Sektor für Nachwuchs zu sorgen. Zehn Prozent der Kindergärtnerinnen scheiden alljährlich aus dem Dienst aus. 1965 werden nur etwa 70 ausgebildete Kindergärtnerinnen die Schulen verlassen, das seien um 30 weniger als der Abgang.

./.

Man versuche zwar, durch Aufnahme von Laienhelferinnen dem Problem beizukommen. Dies könne jedoch keine Lösung sein. Die Kindertagesheimstätten hätten heute eine andere Funktion zu erfüllen als früher. Sie müßten heute vielfach die Familie ersetzen. Daher würden auch an das Personal, das oft Mutterstelle vertreten muß, höhere Anforderungen gestellt. Die Kindertagesheime dürften nicht zu Aufbewahrungsstätten für Kinder herabsinken. Man brauche keine Aufpasser, sondern gut geschultes Personal, die Laienhelferinnen könnten daher nur eine Übergangslösung sein. Die Errichtung neuer Kindertagesheime müßte also gemeinsam mit der Ausbildung des Personals geplant werden. Dies sei gegenwärtig nicht der Fall. Darüber hinaus aber entspreche auch die Bezahlung der Kindergärtnerinnen keineswegs ihrem verantwortungsvollen Beruf. Eine bessere Bezahlung sei auch aufs engste mit der Sicherung des Nachwuchses verbunden.

Bei der Errichtung von Betriebskindergärten bestehen nicht zu unterschätzende Probleme, denn sie bewähren sich in den meisten Fällen nur dort, wo der Wohnort und der Betrieb räumlich sehr eng beieinander liegen. Anderenfalls wäre die Mutter gezwungen, ihr Kind zeitig früh und womöglich von einem Ende der Stadt zum anderen, mitzunehmen.

Unsere Sonderkindergärten sind ein Schmuckstück in der Jugendfürsorge, jedoch in ihrer Zahl nicht ausreichend. Mehr solcher Sondereinrichtungen wären dringend notwendig.

Ein Sorgenkind auf dem Sektor der Jugendfürsorge sind die Erziehungsheime, von denen es viel zu wenig geschlossene Heime mit Lehrwerkstätten gibt. Der Lindenhof, der sich bestens bewährt, ist leider überfüllt. Als ungünstig erachtet es der Redner, daß im Lehrmädchenheim Nußdorf nette, anständige Lehrmädchen in einer sogenannten indifferenten Gruppe mit schwierigen Mädchen ihre Freizeit verbringen müssen. Es wäre notwendig, ein eigenes Lehrmädchenheim für ordentliche Mädchen einzurichten, ähnlich wie die Arbeiterkammer eines hat. Erfreulich ist die Errichtung je eines Gesellenheimes für Burschen und Mädchen. Derartige Einrichtungen müßten gleichfalls in größerer Zahl geschaffen werden.

Bei den städtischen Fürsorgerinnen hat sich arbeitsmäßig leider nichts geändert. Es herrscht hier nach wie vor krasser Personalmangel und die Fürsorgerinnen sind starken beruflichen

./.

Belastungen ausgesetzt. Ihrer Forderung nach Einreihung in Gruppe B müßte endlich Rechnung getragen werden.

Auf dem Sektor der Erwachsenenfürsorge muß man für die Schaffung altersgerechter Wohnungen eintreten, für einen Kampf gegen die Einsamkeit, Vermehrung der Zahl der Haushaltshilfen und Hauskrankenpflegerinnen. Zu den städtischen Pensionistenheimen besteht ein großer Andrang, der auch durch den Bau von zwei weiteren Heimen **nicht** befriedigt werden kann. Auch in den Altersheimen ist ein Bett oft nur nach monatelanger Wartezeit zu bekommen. Man müßte daher den alten Menschen durch die Zurverfügungstellung einer Heimhilfe oder einer Hauskrankenpflegerin viel länger die Möglichkeit geben, im eigenen Haushalt bleiben zu können. Mehr derartige Helferinnen wären durch bessere Bezahlung und durch individuellere Arbeitszeit sicherlich eher zu gewinnen.

Es wurde auch von einer sogenannten nachgehenden Fürsorge gesprochen. Hier könnten die Fürsorgeräte und sicherlich auch die Magistratischen Bezirksämter mithelfen, die in ihren Bereichen sicher besser darüber informiert sind, wo es einsame **alte** und hilfsbedürftige Menschen gibt.

Bei den Opferfürsorgeanträgen sind von den 170.000 eingebrachten Ansuchen noch immer 17.000 nicht erledigt. Hier sollte schneller und weniger bürokratisch gearbeitet werden.

Abschließend stellt der Redner fest, daß die KLS-Fraktion den Ansätzen dieses Kapitels ihre Zustimmung geben werde.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) bedauert die zu geringen Mittel des Wohlfahrtsbudgets, **besonders** angesichts der Probleme, die sich im Zusammenhang mit der Altenbetreuung ergeben. Auch die Zahl der Kindergartenplätze müßte seines Erachtens um 50 Prozent höher sein. Mit manchen Erscheinungen bei den Pflegeheimen ist der Redner ebenfalls nicht zufrieden.

In der Altenbetreuung sind wir weder für die gegenwärtigen Aufgaben noch für die Zukunft gerüstet. Dr. Hirnschall fragt, ob es sinnvoll sei, die Planung eines großen Altersheimes vorzunehmen, wo doch die alten Menschen lieber in einem kleineren Lebenskreis zu Hause sind. Die beste Form wäre, die alten Leute bleiben in ihren Wohnungen und werden von der Heimhilfe betreut.

Über die Fürsorgeräte sagt der Redner, er habe den Eindruck gewonnen, daß diese an und für sich schöne Einrichtung der Stadt Wien immer mehr verkümmert.

./.

Er urgiert die Beschlußfassung eines Behindertengesetzes für das Land Wien. Salzburg und Oberösterreich haben ein solches Gesetz bereits verabschiedet.

Abschließend gibt Dr. Hirnschall die Zustimmung der FPÖ-Fraktion zu dem vorliegenden Budgetkapitel.

GR. Srp (SPÖ) spricht über die einsamen Menschen. Hier erwächst der Gemeinschaft eine sehr wichtige Aufgabe. Wir müssen die alten Menschen von der Angst vor der Einsamkeit befreien. Was wir planen wird sicher dazu beitragen, eine echte Abhilfe zu schaffen. Die bisherigen Einrichtungen des Wohlfahrtswesens haben jedenfalls wesentlich dazu beigetragen, daß sich die Lebenserwartung in Wien auf ein europäisches Niveau gehoben hat.

Der Redner hebt hervor, daß die Zahl der Besucher der Wiener Pensionistenklubs, nämlich mehr als 6.000 täglich, fast so groß ist wie die Zahl aller Dauerbefürsorgten Wiens. Die Errichtung des 1. Wiener Pensionistenheimes sei eine hervorragende Idee gewesen. Ein Beweis dafür sei vor allem, daß bereits der Bau eines zweiten solchen Heimes beschlossen und weitere geplant seien. Die Heimbewohner fühlen sich dort sehr wohl, sie fühlen sich nicht wie in einem Heim, sondern wie zu Hause. Verpflegung und Betreuung seien ausgezeichnet.

GR. Srp regt sodann an, zu erwägen, ob es möglich wäre, jedem Pensionistenheim ein Pflegeheim für kranke Bewohner anzuschließen. Wenn die Pensionisten in das Heim kommen, seien sie noch sehr rüstig. Was geschieht aber später? Bei vorübergehenden Krankheiten hilft wohl die Hausgemeinschaft, bei ernsten und dauernden Krankheitsfällen aber bleibe nichts anderes übrig, als die Überweisung in ein Altersheim. Hier wäre also ein Pflegeheim äußerst wünschenswert, wobei noch dazukäme, daß sich viele gesunde Heimbewohner sicherlich für die Pflege der Kranken zur Verfügung stellen würden.

GR. Steinwels (ÖVP) betont als nächster Debattenredner, daß die Betreuung unserer Alten nicht Sache der Parteipolitik sein dürfe. Es könnten von keiner Seite Urheberrechte dafür angemeldet werden.

Der Appell von Stadtrat Maria Jacobi an die Wiener Bevölkerung, Nachbarschaftshilfe zu leisten, sei zwar zu begrüßen, man dürfe aber trotzdem nicht glauben, daß damit schon genug geschehen ist.

./.

Der Debattenredner richtet sodann die Frage an StR. Maria Jacobi, ob geplant sei, eine Aktion "Essen auf Rädern" auch in Wien einzuführen. Solche Aktionen würden zum Baispiel in Graz und in verschiedenen Städten des Auslandes mit großem Erfolg durchgeführt.

Auf dem Gebiet der Heimhilfe müßten neue Wege gefunden werden, damit sich mehr Personen dafür zur Verfügung stellen. Es sei erfreulich, daß die Zahl der Pensionistenklubs vermehrt werden konnte, leider aber gebe es noch immer gewisse Mängel in diesen Klubs. So sei zum Beispiel das Essen, das für die Klubbesucher herangebracht wird, oft schon kalt, und auch die Beheizung der Räume ließe manches zu wünschen übrig. Gut wäre es ferner, wenn den Klubbesuchern Straßenbahnfahrscheine für Ausflüge usw. zur Verfügung gestellt und Theater- oder Kinobesuche für sie arrangiert werden könnten.

Die Urlaubsaktion für die Dauerbefürsorgten bezeichnet der Redner als sehr begrüßenswert. Während ein Urlaub heute selbstverständlich sei, war dies früher für viele Menschen, die heute alt sind, nur ein Wunschtraum. Um so schöner sei es, daß dieser Wunschtraum unseren Alten jetzt in Erfüllung geht.

Auch die Kurse für die Betagten sollten noch mehr gefördert werden. Denn die Untätigkeit ist die größte Gefahr für das Alter. Es sei zu begrüßen, daß mit dem Umbau der bestehenden Altersheime begonnen wurde, mit der Tendenz, vom Massenquartier abzurücken und den Alten ein individuelles Zuhause zu schaffen.

Die Zahl der Plätze in den Pensionistenheimen ist noch viel zu gering. Obwohl nicht jede Einzelperson 1.500 Schilling und jedes Ehepaar 2.500 Schilling aufzubringen vermöge, sei der Kreis derer, die das bezahlen können, doch ziemlich groß. Der Redner bemängelt, daß in Kagran nur Einzelappartements vorgesehen waren und fordert bei Neuplanungen von vornherein Wohneinheiten für Ehepaare vorzusehen (Zwischenruf: Ehepaar-Wohnungen sind in Kagran ohnehin vorhanden! GR. Steinweis: Sie wurden nachträglich durch Zusammenlegung von Einzelzimmern geschaffen!).

Auch auf die ethischen Gefühle der Alten sollte man Rücksicht nehmen und eine Kapelle oder einen Andachtsraum in den Pensionstenheimen schaffen (Zwischenruf von der SPÖ: In Kagran ist unmittelbar neben dem Pensionistenheim die Kirche!) Der Redner kritisiert auch,

./.

daß der Fernsehraum im Obergeschoß liege und für die Alten schwer erreichbar sei, wenn der Aufzug nicht geht (Zwischenruf: Wenn kein Strom ist, gibt es auch kein Fernsehen!).

Vor allem sei es erstrebenswert, in jedem Bezirk ein Pensionistenheim zu schaffen, da die Bevölkerung in ihrem Heimatbezirk meist sehr verwurzelt sei.

Der Redner begrüßt den Beschluß der Wiener Landesregierung, die Richtsätze für die Dauerbefürsorgten zu erhöhen. Er berührt das Problem des Bettenmangels in den Altersheimen und der langen Wartezeiten für die Aufnahme in ein solches. Er empfiehlt, dafür zu sorgen, daß die alten Leute in ihren eigenen Wohnungen verbleiben können, so lange es geht. Damit hängt die Frage jener Betagten zusammen, die in Obergeschoßen von Häusern ohne Lift wohnen. Von diesem Probelm nähme das Wohnungsamt keine Notiz (Zwischenruf GR. Herbert Mayr, SPÖ,: Das stimmt nicht, das Wohnungsamt nimmt sehr wohl darauf Rücksicht und geht dabei sehr objektiv vor!)

Den Bau von Alterswohnungen habe man erst wieder im Jahr 1964 über einen Antrag der ÖVP aufgenommen.

Der Redner fordert, den Ertrag der Haussammlungen, der im Budget als Einnahmepost aufscheint, zur Gänze den privaten Fürsorgeeinrichtungen zukommen zu lassen. Die Durchführung der Haussammlungen werde immer schwieriger, da viele Häuser keine Hausbesorger mehr haben. Man soll neue Wege suchen, um den Ertrag der Sammlungen zu erhöhen, den Fürsorgeräten aber die Mühen seiner Aufbringung zu ersparen (Zwischenruf GR. Hasenkopf, SPÖ,: Wenn Sie so etwas sagen, müssen Sie auch konkrete Lösungsvorschläge bieten!)

Der Redner schließt mit der Versicherung, seine Fraktion werde gerne allem zustimmen, was zum Wohle der alten Mitbürger in unserer Stadt geschieht.

GR. Gertrude Sandner (SPÖ) stellt einleitend fest, daß trotz der vielen sozialpolitischen Gesetze die Aufgaben der Gemeindeverwaltung auf sozialem Gebiet nicht kleiner geworden sind. Sie haben sich nur gewandelt. Während Wohltätigkeit der Ausdruck einer Gesellschaftsordnung ungleicher Rechte und starker sozialer Unterschiede war, ist die Fürsorge der Ausdruck echter demokratischer Gesinnung, hinter der Toleranz und tiefe Menschlichkeit stehen. Die Sozialisten haben sich immer zur Fürsorge bekannt und die Wohltätigkeit abgelehnt. Nicht umsonst fällt die Geburtsstunde der

./.

modernen Fürsorge in unserer Stadt mit dem Beginn des demokratischen Lebens in dieser Stadt zusammen und welche Gültigkeit hat der Ausspruch von Professor Tandler auch heute noch "Wer Kindern Paläste baut, reißt Kerkermauern nieder". Was bedeutet dieser Ausspruch denn anderes, als Kindern ein Milieu zu schaffen, das ihnen alle Möglichkeiten zur gesunden und körperlichen Entwicklung bietet.

Wer die Leistungen der Fürsorgearbeit in Wien erlebt und wer den Voranschlag genau studiert hat, wird erkennen, daß im Grunde genommen dieser Ausspruch schon seit Jahren zum Leitbild unserer Jugendbetreuung geworden ist. Unermüdlich wird auf dem Gebiet, allen Kindern die Möglichkeit zu einer gesunden Entwicklung zu geben, gearbeitet. Moderne Jugendfürsorge bedeutet Hilfe, bedeutet Schutz, Pflege und Förderung und untrennbar damit verbunden natürlich auch Erziehung. Wie haben sich in Befolgung dieser Grundsätze doch in den letzten Jahren die Verhältnisse in den städtischen Jugendheimen gebessert. Früher waren diese Häuser Anstalten für Kinder, heute, unter der Führung von Menschen mit kinderfreundlichen Herzen, sind sie zu echten Heimen der Geborgenheit für die jungen Menschen geworden. Der Bau unserer Kinderheime ist eine echte Demonstration guter Zusammenarbeit zwischen Architekten, Ärzten, Fürsorgern, Psychologen und Pädagogen. Auch bei der Auswahl der Spielzeuge wird allen pädagogischen Erkenntnissen Rechnung getragen und um die Kindergärten werden Miniaturlandschaften für die Kinder angelegt. Man sollte jedoch auch dem Spielbedürfnis jener Kinder Rechnung tragen, die keinen Kindergarten besuchen und auch für sie Spielreservate schaffen, in denen sie sich austollen können. Garagenplätze sind notwendig und wichtig, aber echtes Spielgelände für die Kinder ist lebensnotwendig.

Die Einstellung von Kindergartenhelferinnen, die bestens geschult werden, hat sich gut bewährt. Allen Schülerinnen, die soziale Berufe ergreifen wollen, steht das großzügige soziale Stipendienwerk offen.

Die oft zitierte Berufstätigkeit der Frau ist keine Erfindung von heute. Dieser Wandel setzte zu einer Zeit an, als unsere Gesellschaft durch die Industrialisierung nach dem Prinzip des Profitinteresses geformt wurde.

./.

Eine gute Einrichtung, die Eltern über die Wünsche und Bedürfnisse ihrer Kinder zu informieren, sind die Elternschulen. Diese Einrichtung müßte weiter ausgebaut werden.

Um das Jugendschutzgesetz wieder in Erinnerung zu rufen, regt die Rednerin die neuerliche Abhaltung einer Jugendschutzwoche in Wien an. Es sei erschreckend, wieviele Jugendliche bereits Alkohol und Nikotin regelmäßig konsumieren. Man müßte den Erwachsenen ihre Verantwortung der Jugend gegenüber immer wieder in Erinnerung rufen. Zum neuen Kindertagesheimgesetz: Das Wiener Gesetz dürfte keinesfalls so aussehen wie das Vorarlberger, das den von privater Hand geführten Heimen den Vorzug gibt. Das Vorarlberger Gesetz besagt, daß Kinder mit Gebrechen in einem Kindergarten nur dann aufgenommen werden, wenn die anderen Kinder dadurch nicht gestört werden.

Wir können stolz auf die Einrichtungen sein, die Wien für seine körperbehinderten Kinder hat und daß hier soviel getan wird, um auch diesen Kindern den Start ins Leben zu ermöglichen.

Abschließend dankt die Rednerin allen, die mitgeholfen haben, das Leben in unserer Stadt für alle lebenswert zu machen. Den Ansätzen des vierten Hauptstückes werde die SPÖ-Fraktion zustimmen, denn sie sind die beste Demonstration der Erfüllung unseres Versprechens, der Jugend eine Chance und dem Alter Sicherheit zu geben.

GR. Dr. Marga Hubinek (ÖVP) erklärt, daß ihrer Ansicht nach die Zeit des Wahlkampfes vorbei sei und sie daher auch kein Wahlprogramm ihrer Partei mitgebracht habe.

Viel Lobendes wurde heute bereits über das Wohlfahrtswesen gesagt, an manchen Dingen sei jedoch auch eine Kritik notwendig. Sicherlich ist es heute weniger die materielle Not, die im Vordergrund steht, und der Kreis der zu betreuenden Personen hat sich stark geändert. Heute ist es mehr die seelische Not der hilflosen und alten Menschen und der vielen Kinder aus zerrütteten Ehen. Die Zeit der Hochkonjunktur kennt eben andere Probleme, leider haben sich die Methoden unserer Fürsorge diesen Problemen nicht entsprechend angepaßt. In den westlichen Demokratien finden wir eine vertiefte Einzelhilfe und individuelle Betreuung, während bei uns die Fürsorge in einen Beamtenapparat eingebaut ist, und die Kontrollorgane Verwaltungsjuristen sind.

./.

Die öffentliche Fürsorge, die weniger Einfühlungsvermögen zeigen kann, hat sicherlich den Vorteil des besseren Verwaltungsapparates und der besseren Finanzierungsmöglichkeit. Die Fürsorgetätigkeit wird bei uns ja nicht allein aus Steuergeldern geleistet, sondern es tragen darüber hinaus alle Wiener durch ihr Scherflein bei den Haussammlungen dazu bei. Aus diesem Ergebnis der Haussammlungen wird in Wiener erst die zusätzliche Fürsorgetätigkeit ermöglicht. Daher müßte man allen Wienern danken, die für die Armen unserer Stadt spenden.

Die Rednerin meint, daß in westlichen Ländern eine andere Denkungsart in Fürsorgefragen herrsche. Man halte es dort nicht für das Optimum, daß die öffentliche Fürsorge allein tätig ist, sondern strebt eine echte Partnerschaft mit freien Fürsorgeverbänden an. In Holland habe sich das Subsidiaritätsprinzip durchgesetzt und auch in England mit seiner Labour-Regierung sei man davon nicht abgegangen. Auf der gesamtösterreichischen Sozialarbeitertagung habe man es ausdrücklich als falsch bezeichnet, von einer nur ergänzenden Leistung der freien Verbände zu sprechen. Die beste Lösung bestehe in einer Partnerschaft, in einem Miteinander von öffentlicher und privater Fürsorge und nicht in einem Monopol der ersteren.

In der Frage der Kindergärten bemängelt die Rednerin die Personalknappheit, die zur Bildung großer Gruppen zwinge, unter denen die erzieherische Funktion der Kindergärtnerinnen leide. Auch gäbe es noch immer viel zu wenig Kindergartenplätze. 200.000 Kindern unter 14 Jahren in Wien stünden nur 20.000 städtische Kindergartenplätze zur Verfügung und den 103.000 schulpflichtigen Kindern gar nur 5.492 Hortplätze. Die Rednerin regt an, durch Kreditaktionen und Subventionen die Zahl der privaten Kindergärten zu vermehren und erhebt die Forderung nach einem Kindergartengesetz für Wien.

Die Heime für die behinderten Kinder ließen in Wien viel zu wünschen übrig. Von 150 behinderten Kindern im Psychiatrischen Krankenhaus können nur 32 eine Sonderschule besuchen, weil zu wenig Raum und zu wenig Personal dafür vorhanden ist.

./.

Auch gäbe es in Lainz und Steinhof keinen Kindergarten für Behinderte. Der Sonderkindergarten habe zu wenig Plätze. Da das behinderte Kind noch mehr als das gesunde ein Familienähnliches Milieu benötigte, regt die Rednerin die Schaffung eines Kinderdorfes für behinderte Kinder an, wie eines in St. Isidor bei Linz besteht.

Auch dem Problem der Rehabilitation von Behinderten sei größeres Augenmerk zuzuwenden, da die Rehabilitation im Endeffekt billiger sei, als die Gewährung einer Rente. Abschließend betonte die Rednerin die Bereitschaft der ÖVP-Fraktion, den Budgetansätzen für das Wohlfahrtswesen zuzustimmen.

In ihrem Schlußwort dankt Stadtrat Maria Jacobi allen Debattenrednern für deren übereinstimmend zum Ausdruck gebrachte positive Einstellung zur Sozialarbeit. In der Ersten Republik wardas anders. Damals hat das konservative Lager alle Wohlfahrtsmaßnahmen vehement abgelehnt und von einer "Fürsorgeinflation" gesprochen. Noch nach 1945 hat eine Vertreterin der Rechten die Wiedereinführung der Säuglingswäschepaket-Aktion heftig bekrittelt. Die heutige Debatte dagegen hat gezeigt, daß aus jedem Saulus ein Paulus werden kann. Auch kann man daraus ersehen, wie stark das sozialistische Gedankengut sein muß, daß heute selbst seine ärgsten Gegner es für sich reklamieren. Es ist bekannt, daß jeder Bekehrte sich doppelt fanatisch für seine neue Überzeugung einsetzt. So ist auch die heutige Stellungnahme der ÖVP zum Fürsorgewesen zu werten. Wenn es die ÖVP ablehnt, daß 'Urheberrechte' für soziale Maßnahmen angemeldet werden, so ist zu fragen, warum sie solche Urheberrechte für die Pensionistenheime oder die Altershwohnungen in Anspruch nehmen will (Zwischenruf GR. Dr. Marga Hubinek: Sie haben zuerst ein privates Altersheim besucht und dann erst das Pensionistenheim geplant. - Antwort von Vizebürgermeister Slavik: Private Altersheime gibt es schon länger, als die ÖVP existiert!). Natürlich haben wir vor der Planung der Pensionistenheime derartige Einrichtungen im In- und Ausland besucht und studiert. Aber wir haben aus diesen Beobachtungen etwas durchaus Besonderes und Einzigartiges gemacht (Zwischenruf von der ÖVP: Mit dem Geld aller Steuerzahler! - Antwort von Stadtrat Jacobi: Natürlich mit dem Geld aller Wiener, zugunsten aller Wiener!)

./.

Auf den Vorhalt, daß sich nicht jeder den Verpflegsbeitrag in den Pensionistenheimen leisten könne, muß daran erinnert werden, daß der Gemeinderat beschlossen hat, durch eine Ausfallshaftung der Stadt Wien allen Wienern zu ermöglichen, in ein Pensionistenheim einzuziehen. Heuer ist dafür ein Betrag von mehr als 300.000 Schilling aufgewendet worden.(Zwischenruf Vizebürgermeister Slavik, zur ÖVP gewendet:Auch Steuergelder!)

Der Ertrag von Sammlungen stellt das Geld aller Wiener dar und soll darum auch für alle und nicht nur für einzelne Gruppen verwendet werden.

An der Stellungnahme zu dem Verhältnis zwischen öffentlichen und privater Fürsorge zeigt sich, wie sehr sich die Grundsätze der Sozialisten von denen der Konservativen unterscheiden. Es gehört zu unseren unverrückbaren Grundsätzen, daß die Fürsorgeleistungen ein Recht für jeden darstellen, das er beanspruchen kann. Keineswegs darf daraus ein Akt der Wohltätigkeit vonseiten privater Verbände gemacht werden. Auch in England werden private Institutionen durch die öffentliche Hand nicht subventioniert, wie GR. Dr. Hubinek meinte.

Der Vorhalt von GR. Hirnschall, daß das im Auftrag von Bürgermeister Jonas geplante Altersheim in Floridsdorf mit 500 Plätzen zu groß sei, beruht ebenfalls auf einem Irrtum. Professor Dr. Hoff, auf den sich GR. Hirnschall stützte, hat mit seiner Forderung nach kleinen Heimen nämlich nicht Pflegeheime und Altersspitäler, sondern Altenwohnheime, wie unsere Pensionistenheime es sind, gemeint. In Floridsdorf ist die Errichtung eines Pflegeheimes für kranke und bettlägerige Alte geplant.

Die Heimhilfe kann nur dann eingesetzt werden, wenn es sich nicht um chronisch Erkrankte handelt. Wer aber pflegebedürftig ist, dem dienen wir mehr und besser in den Pensionistenheimen. Im übrigen gibt es im Pensionistenheim nicht nur einen, sondern zwei Aufzüge, und die Pensionisten fahren gerne mit dem Aufzug.

Die Fürsorgeräte werden Anfang Jänner angelobt werden. Bei dieser Gelegenheit werde ich den Fürsorgeräten meine Bitte hinsichtlich der Betreuung der Einsamen vortragen. Wir wollen aber zunächst nur in einem Bezirk Erfahrungen sammeln.

Beim Pensionistenheim hat sich auch das Mitnehmen der eigenen Möbel bestens bewährt. Das Kuratorium hat sich schon mit der Frage beschäftigt, auch Pflegeheime zu schaffen.

./.

Von Mängeln in den Pensionistenklubs höre ich zum erstenmal.

Das Behinderten-Gesetz wurde am 19. Juli den zuständigen Stellen übermittelt. Leider haben wir noch immer nicht alle Stellungnahmen bekommen. Erst dann können wir den Entwurf zur weiteren Begutachtung vorlegen.

Wegen der Kinder in Steinhof und im Altersheim Lainz möge sich die ÖVP-Rednerin an ihren zuständigen Stadtrat Dr. Glück wenden.

Daß es noch immer zu wenig Kindergärten gibt, habe ich selbst zum Ausdruck gebracht.

Die Jugendschutzwoche wird in Zukunft einheitlich in ganz Österreich durchgeführt werden.

Daß unser Kindergartengesetz nicht fertig ist, liegt ebenfalls an den noch nicht verarbeitenden Stellungnahmen. Stadtrat Jacobi hofft jedoch, daß dieses Gesetz in Kürze dem Landtag vorgelegt werden kann.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des vierten Hauptstückes einstimmig angenommen.

./.

Debatte über Gesundheitswesen

Als erster Debattenredner meldet sich GR. Maller (KLS) zu Wort: Viele Probleme des Wiener Gesundheitswesens seien noch ungelöst. Obwohl jeder fünfte Mensch an Krebs stirbt, habe man die KLS-Vorschläge zur Krebsbekämpfung ignoriert.

Problem Nummer eins sei jedoch die unvermindert weiter bestehende Spitalsbettennot. Die Bettenzentrale für dringende Fälle habe das Problem nur verschoben, aber nicht gelöst. Die Lage zwinge die Spitäler, manche Patienten vorzeitig zu entlassen. Daher sei eine Vermehrung der Zahl der Spitalsbetten in Wien dringend geboten. Der Neubau im Wilhelminenspital habe nur so viel Betten gebracht, wie gleichzeitig im Rudolfspital ausgefallen sind. Das neue Allgemeine Krankenhaus bekommt um 500 Betten weniger als das alte. In einem Interview für die Zeitschrift der Gemeindebediensteten im November 1964 habe Stadtrat Dr. Glück gesagt, daß der Bettennotstand auch in Zukunft vorhanden sein werde. Dies zeuge von Planlosigkeit und mangelnder Voraussicht.

Dasselbe gelte für die Personalfrage. Nach Stadtrat Dr. Glück sind 200 Schwesternstellen unbesetzt. Wieviele neue Schwesternschülerinnen konnten aber durch die jüngste Werbekampagne gewonnen werden? Die beste Werbeaktion wäre eine dienstrechtliche und finanzielle Besserstellung des Personals. Wie Bürgermeister Jonas kürzlich in einer Rede sagte, müßten die Wiener Spitäler auch viele tausend Nichtwiener aufnehmen. Von den Krankenkassen bekommt die Gemeinde dagegen pro Verpflegstag weniger, als die Selbstkosten ausmachen. Dies sei ein Beweis für die verkehrte Organisation und die unsinnige Zersplitterung des österreichischen Gesundheitswesens. Daher plädiert der Sprecher für ein einheitliches nationales Gesundheitswesen, ähnlich, wie es in England existiert.

Der Redner übt dann Kritik am mangelhaften Bereitschaftsdienst mancher Ärzte an Wochenenden. Hier herrscht ein Mißstand, der dringend beseitigt werden muß. Heute kommt es immer wieder vor, daß ein Angehöriger eines plötzlich schwer Erkrankten manchmal stundenlang von einem Arzt zum anderen laufen muß, bis er Hilfe findet. Von Seiten des Gesundheitsamtes könnte vielleicht eine

./.

Kontrolle ausgeübt werden. Beschwerden bei der Ärztekammer hatten bisher keinerlei Wirkung.

Auch heuer wurde wieder eine Schluckimpfungsaktion gegen Kinderlähmung durchgeführt. Leider hat man diesmal zu wenig für diese Aktion geworben und daher keinen entsprechenden Zuspruch gefunden. Um eine Ausbreitung der Kinderlähmung zu verhindern, müßten aber 70 Prozent der Bevölkerung geimpft sein. Der Redner fragt, wieviel Prozent der hinzugekommenen Jahrgänge an der diesjährigen Schluckimpfung teilgenommen haben.

Größeres Augenmerk mußte auch der Rattenbekämpfung zugewendet werden. Ein Großteil der Schädlingsbekämpfer nimmt seine Arbeit zwar ernst, der andere Teil aber verlegt sich weniger auf die Bekämpfungsmaßnahmen, dafür aber mehr auf das Kassieren. Eine wirksame Kontrolle durch die Gesundheitsbehörde wäre zweckmäßig.

Der Redner tritt auch für die Errichtung einer modernen Beratungsstelle für die Probleme der Empfängnisverhütung und der Mutterschaft ein. Viele Ärzte, Fürsorgerinnen, Frauen und Frauenorganisationen bedauern die Tatsache, daß es in Wien derzeit keine derartige Beratungsstelle gibt. Es gibt zwar im Wohlfahrtsamt eine sogenannte Eheberatungsstelle, die sich aber nur sehr am Rande mit medizinischen Fragen beschäftigt und auf die Frage der Empfängnisverhütung überhaupt nicht eingeht. Gerade in letzter Zeit aber wurden neue Methoden zur Empfängnisverhütung ausgearbeitet und in der ganzen Welt erprobt. Durch eine solche Beratungsstelle könnte viel menschliches Leid, könnten viel Ängste und viel Unheil verhindert und dem Ideal gewollter Elternschaft nähergekommen werden. Der Stadtrat solle mit seinen Fachleuten dieses Problem beraten und bei Gelegenheit den Gemeinderat darüber informieren.

Den Ansätzen des 5. Hauptstückes werde seine Fraktion zustimmen.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ): Es sei notwendig, alle Anstalten und Heime, die zur Verwaltungsgruppe V gehören, in Zukunft auch in dieser Gruppe zu budgetieren.

Auf das Defizit der Spitäler ist bereits hingewiesen worden. Hier handelt es sich wirklich um eine gewaltige Subvention des Wiener Steuerzahlers an das Land Niederösterreich und die nicht spitalerhaltenden Gemeinden dieses Bundeslandes. Der Zustrom

./.

aus den Bundesländern wird aber in dem Maß steigen, in dem unsere Spitäler schöner und moderner werden. Unser Ziel kann es nicht sein, einen solchen Zustrom zu bremsen, wir können auf ihn sogar stolz sein. Möglichst rasch müssen wir aber für einen Ausgleich dieser Kosten sorgen, denn eine Erhöhung der Bundesbeiträge nach dem Krankenanstaltengesetz, die nicht einmal ein Zehntel des Defizites decken würde, wäre keine dauerhafte Lösung. Es müßte vielleicht an eine Regelung im Rahmen des Finanzausgleiches gedacht werden.

Der Rabatt, der den Krankenkassen von den Anstalten eingeräumt wird, habe sich bei den neuen Pflegegebühren auf 23 Prozent erhöht. Eine solche Steigerung sei nicht vertretbar; das gleiche gelte für die Rabatte des Rettungsdienstes.

Es sei erfreulich, daß es beim Neubau des Allgemeinen Krankenhauses sehr rasch weitergeht. Zum Standort des neuen Rudolfspitals meint der Redner, wenn dieses Spital schon im Zentrum stehe, dann müßte es wenigstenes ein ruhiges Wohnviertel sein. Die Großgarage der Post in der Nähe des Standortes bringe aber große Belästigungen für die Kranken mit sich und müßte daher verlegt werden. Vielleicht ließe sich hier eine Regelung mit der Post finden.

Anschließend kritisiert GR. Dr. Hirnschall die Tatsache, daß die Beträge für Inventaranschaffungen in den Spitälern von 29 Millionen auf 16 Millionen gekürzt werden. Diese Kürzung sei keineswegs gerechtfertigt, da die Einrichtungen in vielen Spitälern noch lange nicht den modernen Anforderungen entsprechen. So fehlen fast überall Bildverstärker im Röntgen, die Röntgengeräte selbst seien oft Jahrzehnte alt, künstliche Nieren gebe es bei weitem noch nicht in allen Spitälern usw.

Eine weitere Gefahr für den Kranken erwachse aus dem empfindlichen Mangel an geschultem Pflegepersonal. Die Aufnahme von Hilfspersonal erhöhe diese Gefahr sogar noch mehr. Ein anderes ungelöstes Problem sei ferner die bereits von der FPÖ-Fraktion geforderte Einrichtung von Betriebskindergärten in den Spitälern. Solche Kindergärten wären für viele Krankenschwestern und anderes Pflegepersonal eine große Hilfe.

./.

Stadtrat Dr. Glück habe im Zusammenhang mit dem diesbezüglichen FPÖ-Antrag erklärt, es herrsche Mangel an Kindergärtnerinnen, Stadtrat Maria Jacobi aber habe festgestellt, daran herrsche kein Mangel, wohl aber sei die Raumfrage sehr schwierig zu lösen. Vielleicht könne man sich darüber einigen, wo tatsächlich die Schwierigkeiten liegen.

Zur Rattenbekämpfung meint der Redner abschließend, die vorgesehenen 100.000 Schilling seien in Anbetracht der 12.000 Kilometer langen Wiener Kanäle entschieden zu wenig. Einzelaktionen hätten hier wenig Sinn; nur eine umfassende Bekämpfung könne Abhilfe schaffen; dies erfordere jedoch zweifellos mehr Geld.

Die FPÖ-Fraktion wird den Ansätzen in dieser Geschäftsgruppe ihre Zustimmung geben.

Der nächste Debattenredner ist GR. Josef Bauer (ÖVP). Er beschäftigt sich mit den Verbesserungen auf dem Gebiet des Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes sowie bei der Vergebung von Spitalsbetten.

Im Rettungsdienst sei es gelungen, die Kompetenzstreitigkeiten endgültig abzuschaffen. Heute haben wir einen mustergültig funktionierenden Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst. Auch bei der Bettenvergebung habe es früher ungute Zustände gegeben. Auf Initiative von Stadtrat Dr. Glück sei jedoch eine Bettenzentrale geschaffen worden, mit der man vielen Mißständen ein Ende bereiten konnte. Die Bettenzentrale verfügt über 74 Betten täglich, der durchschnittliche Bettenbedarf betrage jedoch 105 Betten pro Tag. Vielleicht wäre es möglich, durch weitere Verbesserungen des neuen Systems diese Diferenz auszugleichen.

In den vergangenen elf Monaten seien über Vermittlung der Bettenzentrale 3.441 Kranke von den Wiener Privatspitälern übernommen worden. Darin zeige sich die große Bedeutung der Privatspitäler, und man sollte daran denken, diesen Spitälern in ihrer schwierigen Situation durch Subventionen zu helfen.

Abschließend kommt GR. Josef Bauer auf die Kranken-Seelsorger zu sprechen. Von den 83 Kranken-Seelsorgern Wiens seien 30 in den städtischen Spitälern tätig. Eine kleine Subvention seitens der Gemeinde Wien würde diesen 30 Anstaltsgeistlichen viele materielle Sorgen abnehmen.

GR. Ascherl (SPÖ) erinnert daran, daß immer weniger Menschen an Tuberkulose erkranken und auch immer weniger Menschen daran

./.

sterben. Welchen großen Fortschritt man hier verzeichnen kann, geht daraus hervor, daß im 19. Jahrhundert die Sterblichkeit noch 20 bis 25 Prozent betrug. Besonders erfreulich ist, daß kein Kind mehr an Tbc sterben mußte. Trotzdem wäre es falsch, anzunehmen, daß die Tbc in unserer Stadt schon im verschwinden ist. Auch heute noch werden fast 15.000 Wiener und Wienerinnen in den Tbc-Fürsorgestellen betreut. Der Redner begrüßt alle Maßnahmen des Gesundheitsamtes um eine Weiterverbreitung dieser Krankheit zu verhindern. Wie sieht es jedoch mit gesetzlichen Maßnahmen aus, die die Bakterienausscheider im Interesse der Allgemeinheit zur Behandlung zwingen können?

Auf anderen Gebieten treten allerdings neue Krankheiten mehr in den Vordergrund, so Gefäßerkrankungen, Herzerkrankungen, und vor allem Krebs. Gerade beim Krebs wird noch sehr viel zu tun sein. 1925 gab es 3.000 Todesfälle, heute sind es bereits 5.700. Der Redner begrüßt daher, daß so große Beträge für die Anschaffung modernster Geräte zur Krebsbekämpfung vorgesehen sind. Dies wird zweifellos dazu beitragen, den Menschen zu helfen. Entscheidend aber bleibt beim Krebs die Frühdiagnose, bei der bis zu 95 Prozent der Krebserkrankten gerettet werden können; bei einer Spätdiagnose sind es jedoch oft nur 14 Prozent. Man muß daher alles daransetzen, um die Menschen rechtzeitig zum Arzt zu bringen und immer wieder auf die Gesundenuntersuchungsstellen hinweisen.

Auch die Schulzahnkliniken haben vorbeugend zu wirken. Der Wert der Fluortablettenaktion ist unbestritten.

Erfreulich auch, daß das Psychiatrische Krankenhaus immer besser ausgestattet wird.

Abschließend unterstreicht der Redner die Zielsetzung der Sozialisten, über Parteibarrieren hinwegen den Menschen, dem geholfen werden soll, in den Mittelpunkt des Planens und Helfens zu stellen. (Beifall bei der SPÖ).

GR. Dr. Helene Stürzer (ÖVP) meint, der Vorwurf, daß nicht auf weitere Sicht, als auf ein Jahr geplant werde, könne man in dieser Geschäftsgruppe nicht erheben. Wir haben unter dem starken Einfluß von StR. Dr. Glück eine fachliche Planungskommission geschaffen, die genau den Grad der Dringlichkeit für ein Unternehmen berät.

./.

Auf dem Bausektor sei der Gesundheits-Stadtrat in den letzten Jahren vor schweren Aufgaben gestanden. Die Sünden vergangener Jahrzehnte, der Zwischenkriegszeit und des zweiten Weltkrieges haben im Wiener Gesundheitswesen manch unhaltbare Zustände hinterlassen. Auch nach dem Krieg hat man zunächst andere Dinge als wichtiger empfunden. Gegenwärtig und für die Zukunft sieht es viel besser aus: in den nächsten fünf Jahren werden für das Gesundheitswesen mehr Mittel zur Verfügung stehen.

Freilich bringt der forcierte Umbau von Spitälern notwendigerweise auch eine vorübergehende Verminderung der Bettenanzahl mit sich.

Durch Werbeaktionen habe man erreicht, daß mehr Mädchen sich für den Schwesternberuf entschlossen haben. Das Ausscheiden mancher Schwesternschülerinnen aus den Krankenpflegeschulen ist nur auf fachliche Auslese zurückzuführen. Sehr erfreulich sei es, daß sich noch immer geistliche Schwestern für den Pflegedienst finden. Die Kosten einer geistlichen Schwester betragen nur ein Drittel der Kosten einer weltlichen. Als an einer Stelle zehn geistliche Schwestern ausschieden, mußten an ihrer Statt 15 weltliche eingestellt werden. Das Experiment mit einem Externat der Krankenpflegeschule im Franz Josef-Spital hat die darein gesetzten Hoffnungen leider nicht erfüllt. Man hat es darum in ein zusätzliches Internat umgewandelt, mit dem Lehrerinnen und Schülerinnen zufriedener sind.

Die Rednerin streift das Problem der Verpflegung in den großen Spitälern, wo durch lange Transporte die Speisen oft unansehnlich werden. Man hat sich darum entschlossen, versuchsweise das amerikanische Dry-Heat-System einzuführen.

Sehr erfreulich ist, daß im Budget Mittel für den Neubau der Küche in Lainz vorgesehen sind, der schon dringend erforderlich war. Was den Einsatz privater Reinigungsfirmen in Spitälern betrifft, seien die Verantwortlichen froh, daß jemand da ist, der die Arbeit macht. Die Personalwerbung sollte man der Magistratsabteilung 17 überlassen.

Von den Neubauten hebt die Rednerin das Sonder-Kinderkrankenhaus am Rosenhügel hervor, das in Lainz nicht zufriedenstellend untergebracht war. Manche der dort behandelten bedauernswerten Kinder konnte man arbeitsfähig machen.

./.

Auch das Schwerpunktspital jenseits der Donau findet Erwähnung. Es ist wegen der dort entstandenen neuen Wohnviertel besonders wichtig und soll zweckmäßigerweise mit einem Altersspital und mit einer Krankenpflegeschule verbunden werden.

Der Einbau der Zentralheizung im Altersheim Lainz wird fortgesetzt. Ausständig ist noch die Modernisierung des Pavillon 13. Da Umbauten und Modernisierungen die Bettenanzahl jedoch verringern, sei neben der Errichtung von Pensionistenheimen auch der Neubau von Pflegeheimen mit möglichst wohnlichem Charakter erforderlich. Die Hauskrankenpflege könnte in Wien weiter ausgebaut werden.

Die Rednerin verweist auf die Wichtigkeit der Rehabilitation und erwähnt in diesem Zusammenhang die Möglichkeiten eines sogenannten Tag-Nacht-Spitals. Es könnte solchen, die kein Zuhause haben und untertags arbeiten, ein mit gesundheitlicher Betreuung verbundenes Nachtquartier bieten und umgekehrt jenen Menschen, die während des Tages einsam sind, tagsüber Pflege bieten.

Die Rednerin nimmt gegen die Diskriminierung der geistig Kranken Stellung, unter denen nicht immer Schwachsinnige zu verstehen seien. Auch die vielen an Multipler Sklerose Erkrankten gehören hierher.

Zu den Lehrlingsheimen: In diesen Heimen leben junge Menschen, die entweder aus sehr tristen Familienverhältnissen kommen, die keine Familie haben oder wo die Wohnung der Eltern nicht ausreichend ist. Sicherlich ist gerade in den letzten Jahren auf dem Gebiete der Lehrlingsheime viel geschehen. Trotzdem sind noch viele Wünsche offen, deren Erfüllung gerade für die jungen Menschen, die kein leichtes Schicksal haben, viel bedeuten würde.

GR. Dr. Habl (ÖVP) stellt fest, daß man nicht oft genug darauf hinweisen kann, daß die zur Verfügung stehenden Mittel nach dem Grundsatz der größtmöglichen Zweckmäßigkeit und der nötigen Sparsamkeit verwaltet werden müssen. Dieser Grundsatz müßte auch bei den Spitälern eingehalten werden und es ist daher notwendig, daß der ärztliche Leiter einer Anstalt außer seiner fachlichen Qualität Organisationstalent, die Gabe der Menschenführung und Verständnis für alle Verwaltungsfragen hat. Es kommt daher immer wieder zu heftiger Kritik in der Öffentlichkeit, wenn bei der Bestellung von Primarii nicht mitgeteilt wird, welche Gesichtspunkte für die Berufung ausschlaggebend waren. Besonders heftig ist diese Kritik dann, wenn die vom Landessanitätsrat vorgenommene Reihung unbeachtet blieb.

./.

Wenn die auswählende Stelle von sich aus keine ausreichende Begründung gibt, wird sie sich den Vorwurf gefallen lassen müssen, daß für die Bestellung parteipolitische Erwägungen ausschlaggebend waren. Leider gab es in letzter Zeit eine Reihe solcher Fälle. So wurde in der Spezialkinderklinik für Frühgeborene in Glanzing nicht der vom Landessanitätsrat an erster Stelle gereihte internationale Fachmann und Experte für Frühgeborene Professor Dr. Thalhammer, zum Primarius bestellt, sondern Dozent Dr. Rosenkranz, der Spezialist für Stoffwechselerkrankungen bei Kindern ist. Der Kinderinternist wird sich also erst für seine neue Aufgabe spezialisieren müssen. So eine ungewöhnliche Auswahl ist es nun, die den Unwillen der Bevölkerung erregt. Sicherlich hat der Landeshauptmann das Recht, einen Bewerber auszuwählen. Wenn man aber von der Gepflogenheit, den vom Landessanitätsrat an erster Stelle genannten Bewerber zu wählen, abgeht, sollte man Aufklärung darüber geben, warum man das getan hat.

Unmöglich sei es auch, für die Besetzung einer Primararztstelle eine Altersgrenze vorzuschreiben, wie das bei Ausschreibung eines Primariates an der Semmelweis-Klinik der Fall war. Mit der Bestellung eines jüngeren Arztes sei doch keineswegs die unbedingte Gewähr gegeben, daß er länger lebt. Semmelweis ist schließlich schon mit 47 Jahren gestorben. Derartige Beschränkungen könnten dazu führen, daß man einen nicht genehmen Bewerber mit der Begründung ablehnt, daß man zum Beispiel einen Primararzt sucht, der zwei Meter groß sein muß, damit alle zu ihm aufschauen können. Derartige Methoden wären lächerlich und untragbar. Gerade in der ärztlichen Betreuung kommt es besonders darauf an, daß das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patienten nicht dadurch getrübt werden soll, daß der Patient annehmen muß, der Arzt wäre nicht aus fachlichen Gründen bestellt worden.

Beim Arzt, beim Lehrer und beim Richter will die Bevölkerung die Gewissheit haben, daß die Auswahl für leitende Funktionen nur nach fachlichen Gesichtspunkten erfolgt. (Zwischenruf Stadtrat Sigmund: Haben Sie jetzt von Niederösterreich geredet?)

./.

GR. Dr. Habl stellt fest, daß es heute unbestritten ist, daß der Landesschulrat ein Vorschlagsrecht für die Anstellung von Lehrern hat, die Hochschule einen Dreier-Vorschlag bei Vakanz einer Lehrkanzel machen kann, Richter durch eine Ernennungskommission bestellt werden, usw. Nur auf dem Gebiete des Sanitätswesens gilt heute noch das veraltete Reichsgesetz aus dem Jahre 1870. Notwendig wäre es auch, daß der jeweilige Gesundheitsstadtrat dem Landessanitätsrat angehört.

Abschließend stellt der Redner fest, daß ihm daran lag, auf vermeidbare Mißstimmigkeiten in ärztlichen Kreisen und in der Öffentlichkeit hinzuweisen. Man kann schließlich weder dem Arzt mit einer Altersgrenze bescheinigen, daß er für ein Primariat mit 46 Jahren zu alt wäre, noch daß er, um dieses Ziel zu erreichen, ins Ausland gehen müsse. Man kann der Bevölkerung auch nicht übel nehmen, wenn sie für eine solche Behandlung ihrer Behandler kein Verständnis hat. Die Verwaltung möge daher in Hinkunft die Vorschläge des Landessanitätsrates berücksichtigen.

Die ÖVP-Fraktion werde den Ansätzen die Zustimmung erteilen.

GR. Dr. Gisel (SPÖ) antwortet zunächst auf die Ausführungen seines Vorredners. Er stellt fest: Es ist Sache des Landessanitätsrates, die Bewerbungen zu prüfen und einen Dreier-Vorschlag zu erstellen. Der Landeshauptmann ist an die Reihung in diesem Dreier-Vorschlag nicht gebunden, es kann ihm also auch der an zweiter oder dritter Stelle Genannte als ernennenswert erscheinen. Der Landeshauptmann hat auf Grund des Vorschlages des Landessanitätsrates vor allem zu entscheiden, welche Ernennung die beste Lösung für den Spitalserhalter darstellt.

Wenn schon Namen genannt wurden, dann muß bezüglich Professor Thalhammer folgendes gesagt werden: Der Vorstand Professor Thalhammers sei zu ihm, Dr. Gisel, gekommen, und habe erklärt, es wäre eine Katastrophe, würde Thalhammer nicht ernannt werden. Vier Stunden später habe ein Mitglied des Professorenkollegiums Dr. Gisel gesagt, man würde die größten Schwierigkeiten mit Prof. Thalhammer haben, wenn er ernannt werden würde, da er nicht an die Kinderklinik passe und nicht jenes umgängliche Wesen habe, das dort unbedingt notwendig sei. Dozent Dr. Rosenkranz aber besitze alle Fähigkeiten, die ihn zum Leiter der Kinderklinik Glanzing prädestinieren. Bei der Amtseinführung von Dozent Dr. Rosenkranz habe sich auch Prof. Dr. Kundratitz ausdrücklich zu dieser Lösung bekannt.

./.

Zur Ausschreibung eines Primariats an der Semmelweis-Klinik stellt GR. Dr. Gisel fest: Mit der Klausel über die Altersgrenze habe man sich in Wien zum erstenmal und vielleicht auch zum einzigen Mal der in allen anderen Bundesländern geübten Praxis angeschlossen, bei Ausschreibungen über die Besetzung eines Primariats eine Altersgrenze festzusetzen. Es sei jedem klar gewesen, was es bedeutet hätte, wäre in diesem Fall keine solche Klausel in die Ausschreibung aufgenommen worden. Vom Standpunkt des Spitalserhalters aus sei es vollkommen richtig gewesen, nach einem Jüngeren Ausschau zu halten. Es sei unverständlich, wieso man bei all diesen Dingen an politische Hintergründe denke. Ehe man solche Verdächtigungen ausspricht, müsse man sich doch ernsthaft erkundigen, welche Motive für den Spitalserhalter maßgebend gewesen seien. (Zwischenruf GR. Dr. Habl: "Warum nimmt der Sanitätsrat Reihungen vor, wenn man sich dann nicht daran hält?" - Zwischenruf VBgm. Slavik: "Der Landessanitätsrat ist eine dem Landeshauptmann zugeteilte beratende Körperschaft!" - Nach mehreren weiteren Zwischenrufen bittet der Vorsitzende, Ing. Lust, die Zwischenrufe zu unterlassen. Auf den Vorhalt VBgm. Slaviks, daß Zwischenrufe erlaubt seien, stellt der Vorsitzende fest, daß es sich hier nicht um Zwischenrufe, sondern um Zwiegespräche in den Bänken der Gemeinderäte gehandelt habe.)

GR. Dr. Gisel schildert dann als "erschreckenden Ausblick auf die Zukunft" das Funktionieren des ersten elektronisch gesteuerten diagnostischen Apparats, genannt "Computer medicus", der im nächsten Jahr in den Vereinigten Staaten aufgestellt werden soll. Dieses Gerät hat die Form eines sechseckigen Zylinders mit sechs Untersuchungszellen. Der Patient tritt ein, schließt die Tür hinter sich, und schon erteilt ihm der Apparat folgende Anweisungen: "Machen Sie den Oberkörper frei! Führen Sie die Manschette A/B langsam von links nach rechts über die Brust! Drücken Sie die Taste C und entnehmen Sie der Klappe D den Becher mit der grünen Flüssigkeit! Trinken Sie den Inhalt und führen Sie den Taster E zuerst über die Magengegend, dann kreisförmig über die linke und rechte Seite Ihres Leibes! Pressen Sie die Zunge gegen das Folienpapier F und reißen Sie es beim Aufleuchten der gelben Lampe an der Perforation ab!

./.

Treten Sie mit den Augen dicht an die Pupillenspiegel G, bis der Signalton kommt! Nach Untersuchung Ergebniskarte und Kennzeichenkugel abwarten!" Bei weißer, gelber, grüner, violetter und dunkelblauer Plastikkugel, die der "Computer Medicus" mit der Diagnosenkarte hergibt, erhält der Patient ein Rezept sowie genaue Behandlungsanweisungen. Bei hellblauer Plastikkugel muß er einen Spezialarzt aufsuchen, der die Diagnose des Computers verwertet. Hat der Computer diagnostische Zweifel, dann verabfolgt er eine rote Plastikkugel, die mit der Empfehlung einer genauen klinischen Untersuchung verbunden ist.

Anschließend befaßte sich im Gemeinderat Dr. Gisel mit der Staub- und Lärmplage in unserer Stadt. Er unterstreicht die große Bedeutung des Grüngürtels für die Reinigung der Luft und bedauert, daß es keine gesetzliche Regelung gegen die Luftverschmutzung gäbe.

Zur Lärmbekämpfung: Vielleicht werden wir auch bei der Stadt Wien bald soweit sein, daß wir den bauausführenden Firmen raten können, wie übermäßige Staub- und Lärmentwicklung verhindert werden könnte.

Auch gegen die Beleuchtung ist das menschliche Gehirn viel stärker empfindlich als man glaubt.

Es wurde heute von dem Kampf gegen verschiedene Krankheiten berichtet. Es gilt aber auch, dem Herztod Schach anzusagen. Eine Änderung der Großwetterlage hat zum Beispiel Einfluß auf das Kreislaufsystem vieler Menschen. Plötzlicher Herztod kann dann erfolgen. Der Redner verweist auf ausländische Spitäler, in denen deshalb klimaunabhängige Krankenzimmer eingerichtet wurden.

Dr. Gisel verteidigt dann die praktischen Ärzte, die zu den schwerst arbeitenden Menschen in unserer Stadt gehören. Wenn trotzdem zu gewissen Zeiten Patienten keinen Arzt finden, so wäre eine Verbesserung der Organisation am Platze.

Viele Patienten blockieren auch die Krankenbetten, bloß weil sie zur Diagnose gekommen sind. Dies deshalb, weil sich manche Primarii weigern, Untersuchungsergebnisse, die nicht in ihrer Anstalt erzielt wurden, anzuerkennen. Es müßte doch möglich sein, festzustellen, welche Befunde welcher Art aus welchen Institu ten von welchen Primarii anerkannt werden. Besonders erwähnt der Redner die Schwestern in den Intensivpflegestationen. Was sie dort leisten, ist unerhört, das ist noch nie in der Geschichte

./.

der Heilkunst von einem Laien verlangt worden. Vor allem die psychische Belastung ist sehr hoch.

GR. Dr. Gisel beschäftigt sich dann mit den alten Menschen. Er zitiert Nestroy: "Das miserabelste Leben ist besser als der brillanteste Tod!" und betont, die Ärzte wollen für die alten Menschen so viel tun wie sie können. Was täten wir in dieser Stadt, angefangen vom Sparverein bis zu den höchsten politischen Gremien, wenn wir die über Sechzigjährigen nicht hätten. Das Ausschalten aus dem Arbeitsprozess kann zu einem Hinausstoßen in das Siechtum werden.

Der Redner faßt seine Erfahrungen und Beobachtungen dahingehend zusammen, daß eine sinnvolle Beschäftigung für die Menschen im Ruhestand von ausschlaggebender Bedeutung ist. Vor allem darf man keineswegs alle Betagten über einen Leisten schlagen. Ihre Fähigkeiten und Möglichkeiten sind individuell außerordentlich verschieden, worauf auch alle geriatrischen Maßnahmen Rücksicht nehmen müssen.

Jedenfalls stimmt es nicht, wenn man sagt, die Wiener würden älter! Medizinisch und biologisch richtiger müßte es heißen: die Wiener leben länger! Da die mittlere Lebenserwartung bei Frauen 70 und bei Männern 67 Jahre beträgt, muß ein Ableben vor diesem Zeitpunkt als Zufallstod oder Unfallstod bezeichnet werden. Die Psychologie des Hochbetagten betont die Bedeutung einer sinnvollen Arbeit, die auch bezahlt werden kann sowie auch die Wichtigkeit der Beschäftigung mit dem Tier.

Jedenfalls sollen die vielen Millionen, die für das Gesundheitswesen ausgegeben werden, gut angelegt sein. Die Wiener sollen sich jedoch darüber klar werden, wieviel die Stadt für jeden Einzelnen tut; sie sollen sich dessen bewußt werden, daß man die Gesundheit nicht in der Apotheke kaufen und nicht von der Krankenkasse geliefert bekommen kann. Vielmehr muß jeder Einzelne das Seine zur Erhaltung seiner Gesundheit beitragen. Aufgabe der Stadtverwaltung ist es hingegen, mit den Geldern für das Gesundheitswesen gut zu wirtschaften. Die Budgetansätze des nächsten Jahres geben die Garantie, daß dies der Fall sein wird. Deshalb wird die SPÖ-Fraktion dem Voranschlag der Gruppe V ihre Zustimmung erteilen.

Stadtrat Dr. Glück beginnt sein Schlußwort mit dem Dank an alle Debattenredner für dere anerkennende und deren kritische

./.

Worte. Er bedauerte es, daß in der Auseinandersetzung um den Vorstand der Kinderklinik Glanzing Namen genannt worden sind. Er selbst sei bestrebt gewesen, den Bürgermeister zur Ernennung des vom Landessanitätsrat primo loco gereihten Bewerbers zu veranlassen. Dem Bürgermeister steht jedoch unbestrittenermaßen das Recht zu, auch den Kandidaten secundo loco zu bestellen. GR. Doz.Dr. Gisel hätte seine kritischen Bemerkungen auch im Landessanitätsrat machen können. Er sei mit ihm jedoch einer Meinung darin, daß das Wettoperieren an den Wiener Kliniken vom ärztlichen Standpunkt aus abzulehnen sei. Er könne es ferner nicht verstehen, daß bei der Neuernennung des Vorstandes einer einzigen Wiener Klinik eine Altersgrenze von 45 Jahren festgesetzt sei, die für die Leiter aller anderen Kliniken nicht gelte. Zwischenruf GR. Dr. Gisel: Herr Stadtrat, haben Sie die 45-Jahre-Klausel nicht mitunterschrieben? - Antwort von Stadtrat Dr. Glück: Nur mit einem Vorbehalt!)

Große Bedeutung habe das Problem der Luftverunreinigung und des Lärmes. Diesen Fragen kommt nicht nur in der Öffentlichkeit sondern auch in den Wohnungen der einzelnen Familien große Bedeutung zu. Die Rücksichtslosigkeit in der Frage der Lärmerregung sei grenzenlos. Doch werde man ihr nicht durch Gesetze allein beikommen. Erziehung und Aufklärung in den Schulen ist hier vonnöten. Vor allem muß jeder bei sich selbst damit beginnen, die Lärmplage zu bekämpfen.

Wien steht zwar mit der Anzahl seiner Spitalsbetten an der Spitze, da es über 12.000 Betten für akute Erkrankungen, über 4.000 für psychiatrische und außerdem über die Betten der Privatspitäler verfüge. Dennoch ist die Stadt Wien auf eine Vermehrung der Spitalsbetten bedacht. Dem wurde durch den Neubau zahlreicher Kliniken in der letzten Zeit und mit den Vorarbeiten für das Krankenhauses Ost Rechnung getragen.

Die Tätigkeit der Hauskrankenpflege sollte der Kompetenz der Verwaltungsgruppe V übertragen werden. Für diese Aufgabe könnte man viel mehr Werbung betreiben. In England und Schottland werde mit der Hauskrankenpflege beispielsweise sehr viel erreicht.

./.

Für die Krankenschwestern werde vonseiten der Stadtverwaltung viel getan. Es sei jedoch nicht zu verstehen, daß der Grundgehalt einer diplomierten Krankenschwester in den städtischen Spitälern schlechter ist als einer bei der Sozialversicherung Angestellten.

Auch müßte man die diplomierte Schwester gegenüber der nicht-diplomierten in der Bezahlung und auch in der Schwesterntracht stärker herausheben.

Man könne und solle nicht verhindern, daß auch Nichtwiener in die städtischen Spitäler aufgenommen werden. Denn auch in den niederösterreichischen Spitälern liegen zahlreiche Patienten aus Wien.

Zu dem Einwand, daß das Rattenbekämpfungs-Budget zu niedrig sei, kann auf die Zusicherung des Finanzreferenten verwiesen werden, dafür mehr Mittel flüssig zu machen, wenn es sich als nötig erweist.

Dr. Hirnschall könne mit seiner Kritik, daß in Wien die Planungsarbeit für die Spitäler zu lange dauert, nur auf das neue Allgemeine Krankenhaus angespielt haben. Hier war es den Vertretern der Stadt Wien leider nicht möglich, das Tempo zu forcieren. Die Planung für die spezifisch städtischen Spitäler dagegen vollzieht sich in Wien wesentlich rascher, als in allen anderen Großstädten Europas.

Nach Ansicht maßgeblicher Experten genügen für Wien zwei künstliche Nieren. Sie sind glücklicherweise auch gar nicht ausgelastet. Sollte sich eine dritte als notwendig erweisen, so wird sie angeschafft werden.

Was die Arbeit der Wiener Rettung betrifft, kann gesagt werden, daß sie wirklich mustergültig ist. "Ich kenne keine andere Stadt", sagte der Referent," die ein so gut funktionierendes Rettungswesen hat, wie Wien". (Beifall bei allen Fraktionen). Auch die Leistungen der Privatspitäler und des Krankenseelsorgedienstes müßten gewürdigt werden. Die Kirche in Lainz wird mit einer elektrischen Heizung ausgestattet werden, sobald das Versorgungskabel entsprechend verstärkt worden ist.

Der Redner dankt sodann GR. Ascherl für die anerkennenden Worte, die er vor allem für das Tbc-Referat gefunden hat. Sicherlich machen hier die asozialen Tuberkulösen bzw. die tuberkulösen Alkoholiker die größten Sorgen, stellen sie doch für die Gesunden eine immense Gefahr dar. Es ist zu hoffen, daß man bald durch gesetzliche Bestimmungen eine Möglichkeit hat, diese asozialen Kranken in die Hand zu bekommen.

Unsere Gesundenuntersuchungsstellen sind mit den derzeit besten Untersuchungsmethoden ausgestattet. Die dort angewandte Methode ist die Beste, wenn natürlich auch sie keine hundertprozentige Sicherheit für die Frühaufdeckung eines Krebses darstellt.

Anerkennende Worte wurden auch für die Fluortablettenaktion gefunden. Es ist richtig, daß man den Wert dieser Aktion gar nicht hoch genug einschätzen kann.

Zum Psychiatrischen Krankenhaus: Natürlich ist man ständig bemüht, auch dort erfolgreich zu arbeiten. Unbedingt geregelt muß auf diesem Gebiet noch die Bezahlung der Pflegegebühren für Geisteskranke werden. Es sei ausgeschlossen, daß gerade ein Geisteskranker aus dem üblichen Pflegegebührenschema herausgenommen wird. Im ASVG ist die Grundsatzbestimmung, daß für die Unterbringung eines Geisteskranken in einer öffentlichen Anstalt für Nerven- und Geisteskranke der Versicherungsträger die halben Verpflegskosten zu tragen und der Rechtsträger der öffentlichen Krankenanstalten gegenüber dem Geisteskranken und seinen Angehörigen keinen Anspruch auf Ersatz der zweiten Hälfte der Verpflegskosten hat. So ist das Gesetz. In Wien ist es jetzt so, daß ein Erlaß aus dem Jahr 1942 gilt, nach dem die Verpflegskosten der Geisteskranken zur Hälfte vom Krankenversicherungsträger und zur anderen Hälfte vom Fürsorgeverband getragen werden. Der Fürsorgeverband läßt sich die entstandenen Kosten soweit als möglich vom Geisteskranken oder von seinen Angehörigen ersetzen. In der Praxis ist es so, daß ein Patient nach seiner Entlassung eine Abrechnung erhält, gegen welche er allerdings Berufung einbringen kann. Diese Lösung sei absolut falsch. Schließlich müßte für die Geisteskranken, vielleicht mit Ausnahme von ganz chronischen Fällen, das selbe gelten, wie für andere Kranke.

Gesprochen wurde auch über die Spitalsküchen. Der Redner begrüßt es, daß in Lainz und im Franz Josef-Spital die Küchenanlagen

./.

und alle damit zusammenhängenden Einrichtungen neu geplant werden können. Derartige Maßnahmen kosten natürlich viel Geld und müssen daher gut überlegt werden. Es sei daher zweckmäßig, wenn ein Ausschuß von Fachleuten die notwendigen Pläne erstellt, wie die Küche gestaltet werden soll und wie der Weg der Speisen von der Küche zum Patienten sein muß.

Abschließend spricht Stadtrat Dr. Glück die Hoffnung aus, alle Fragen beantwortet zu haben und ersucht, den Ansätzen seiner Geschäftsgruppe die Zustimmung zu erteilen.

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze des 5. Hauptstückes einstimmig angenommen.

Die Beratungen über den Voranschlag 1965 werden morgen früh um 9 Uhr mit den Beratungen über die Geschäftsgruppe VI, Bauangelegenheiten, fortgesetzt.

(Ende des Sitzungsberichtes)

\- - -

1.300 Sparvereine sparten 120 Millionen Schilling

15. Dezember (RK) - Wie aus dem Novemberbericht der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien hervorgeht, sind die Spareinlagen bei diesem Institut auch im November trotz Weihnachtsabhebungen und Sparvereinsauszahlungen um sieben Millionen Schilling auf insgesamt 6.585 Millionen Schilling gestiegen. Seit Jahresbeginn sind damit die Spareinlagen bei der Zentralsparkasse um 848,9 Millionen Schilling, das sind 206 Millionen Schilling mehr als im Vorjahr, angestiegen. Von der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien wurden Ende November 13.883 Prämiensparverträge betreut, auf denen eine Gesamtsparsumme von 110,3 Millionen Schilling angespart wurde. Damit haben sich die Prämienspareinlagen seit November 1963 verdoppelt.

In den Monat November fallen auch die meisten Auszahlungen an die Sparvereine. Die Zentralsparkasse hat im abgelaufenen Jahr 1.300 Sparvereine betreut, die zusammen 120 Millionen Schilling gespart hatten. In den letzten Wochen mußten fast drei Tonnen Münzgeld sowie mehr als 780.000 Stück Banknoten von der Hauptkasse des Institutes unter Polizeischutz ausgeführt werden, um die Auszahlungen an die Sparvereine bewältigen zu können. Wie alljährlich, so stellt auch heuer dieser Betrag wieder einen kräftigen Impuls für die heimische Wirtschaft dar.

Da auch die sonstigen Einlagen bei der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien seit Jahresbeginn um 422,4 Millionen Schilling gestiegen sind, haben sich die Gesamteinlagen bei diesem Institut seit Jahresbeginn um 1.271,3 Millionen Schilling erhöht.

\- - -

Schweinehauptmarkt vom 15. Dezember

15. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche. 0. Neuzufuhren Inland: 10.149; Bulgarien 250, Rumänien 50, Ungarn 210, Gesamtauftrieb: 10.659. Verkauft wurde alles.

Preise: Extremware 14.60 bis 15 S, 1. Qualität 14 bis 14.50 S, 2. Qualität 13.50 bis 14 S, 3. Qualität 13 bis 13.50 S, Zuchten extrem 12.60 bis 12.80 S, Zuchten 11 bis 12.50 S, Altschneider 10 bis 11 S.

Ausländische Schweine notierten: Bulgarien 13,20 bis 13.40 S, Rumänien 13.40 S, Ungarn 13.50 bis 14.20 S.

Der Durchschnittspreis erhöhte sich für inländische Schweine um drei Groschen je Kilogramm und beträgt nunmehr 13.79 S. Der Durchschnittspreis für bulgarische Schweine ermäßigte sich um sieben Groschen je Kilogramm und beträgt nunmehr 13.26 S. Der Durchschnittspreis erhöhte sich bei rumänischen Schweinen um 17 Groschen je Kilogramm und beträgt nunmehr 13.40 S. Der Durchschnittspreis erhöhte sich für ungarische Schweine um zwölf Groschen je Kilogramm und beträgt nunmehr 13.85 S. Der Gesamtdurchschnittspreis für ausländische Schweine beträgt 13.51 S.

\- - -

Pferdehauptmarkt vom 15. Dezember

15. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 109 Stück, hievon fünf Fohlen und ein Maultier. Als Schlachttiere wurden 91 Stück, als Nutztiere sechs Stück verkauft. Unverkauft blieben zwölf Stück.

Herkunft der Tiere: Wien 1, Niederösterreich 72, Oberösterreich 5, Burgenland 23, Steiermark 8.

Preise: Schlachttiere Fohlen 12 bis 14.50 S, Pferde extrem 8.80 S, 1. Qualität 8 bis 8.40 S, 2. Qualität 7 bis 7.80 S, 3. Qualität 6 bis 6.80 S; Nutztiere Pferde 6 bis 8 S.

Auslandsschlachthof: 19 Stück aus der CSSR, 5.50 S; 100 Stück Eseln aus der UdSSR unverkauft.

Der Durchschnittspreis für inländische Schlachtpferde ermäßigte sich um 17 Groschen je Kilogramm. Der Durchschnittspreis für inländische Schlachtfohlen erhöhte sich um 170 Groschen. Er beträgt für Schlachtpferde 7.43 S, Schlachtfohlen 13.70 S, Schlacht- und Nutzpferde 7.41 S, Pferde und Fohlen 7.59 S.

\- - -

Rathaus-Verhandlungen abgeschlossen

15. Dezember (RK) Die Parteienvertreter haben heute abend nach einer zweieinhalbstündigen Sitzung die Verhandlungen über die künftige Zusammenarbeit in der Wiener Stadtverwaltung abgeschlossen. Die Fraktionen des Verhandlungskomitees werden den zuständigen Parteigremien einen vereinbarten Abschlußbericht vorlegen. Wenn die Parteikörperschaften dem Bericht ihre Zustimmung geben, dann wäre noch in dieser Woche mit der Neuwahl der Mitglieder des Wiener Stadtsenates zu rechnen.

\- - -

60984 81800

Guido Bauer
Wien XX

5988

Wiener Stadtbibliothek

57291 F

16.-31. Dez. 1964
F 57.291

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

"Hendeln, Ganseln, Anten, Fisch .....!"

Tausende Tonnen guter Sachen für den Wiener Weihnachtstisch

16. Dezember (RK) Der Lebensmittelmarkt wird auch heuer zu den Weihnachtsfeiertagen reichlich beschickt den Wienern zur Verfügung stehen. Auf dem Geflügelsektor werden neben einem entsprechenden Angebot an Inlandsware aller Art 2.360 Tonnen Importe von Truthühnern, Gänsen, Enten, Hühnern sowie Hühnerteilen bei verhältnismäßig günstiger Preislage zum Verkauf bereitgehalten. An Wildbret liegt ein Angebot von 220 Tonnen vor.

Der zu Weihnachten erfahrungsgemäß gesteigerte Bedarf an Eiern wird nebst der Inlandsproduktion durch Importe von 58 Waggons (zirka achteinhalb Millionen Stück) zollbegünstigter Frischeier gedeckt.

Zur Befriedigung der Nachfrage nach Fischen stehen einem Angebot von 245 Tonnen inländischen Karpfen und weiteren sechs Tonnen Importen noch 630 Tonnen frischer und gefrorener Seefische (Filets) zu gleichbleibenden Preisen zur Verfügung, die durch 16 Tonnen Sortenfische ergänzt werden.

Hinsichtlich der Versorgung des Marktes mit frischem Rind-, Kalb- und Schweinefleisch wird weiterhin ausreichende Beschickung bei ziemlich unveränderter Preissituation erwartet. Selchwaren sind in genügenden Mengen vorhanden. Weiter lagern in den Kühlhäusern rund 2.300 Tonnen Fleisch aller Gattungen.

Die Zufuhren von saisonbedingtem Frischgemüse sind ausreichend. Die Preise sind gleichbleibend. Lediglich das geringe Angebot an inländischem Glashaussalat wird den Bedarf nicht decken und daher die Ware enorm verteuern. Italienischer Karfiol wird infolge größerer Zufuhren billiger verkauft.

./.

Speisekartoffeln, darunter auch Kipfler, sind in genügenden Mengen zu unveränderten Preisen am Markt.

Die Marktbeschickung mit inländischen Äpfeln ist reichlich, doch herrscht an besserer Tafelware Mangel. Das geringe Angebot an heimischen Birnen wird durch Importe auserlesener Ware wettgemacht. Die Preise sind gleichbleibend. Weintrauben ausländischer Herkunft werden nur mehr in geringen Mengen zugeführt und zu hohen Preisen verkauft werden. Das lebhafte Kaufinteresse für Agrumen hat zu umfangreichen Importen veranlaßt. Neben vorhandenen Lagerbeständen werden noch weitere 770 Tonnen Orangen, Mandarinen, Klementinen und Zitronen erwartet. Mit Preisänderungen wird kaum zu rechnen sein.

An tiefgekühltem Obst und Gemüse liegen in den Kühllagerhäusern insgesamt zirka 1.420 Tonnen bereit.

\- - -

100.000 Exemplare "Wir und unsere Stadt"

16. Dezember (RK) Im Jahre 1960 hat die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien auf Anregung aus Lehrerkreisen erstmals die Broschüre "Wir und unsere Stadt" als Unterrichtsbehelf für den Heimatkundeunterricht der Volksschulen herausgegeben. Diese Broschüre bringt Texte über die bedeutenden Bauwerke, Plätze und Einrichtungen unserer Stadt, die dazugehörigen Bilder werden in Form von Ausschneidebögen bereitgestellt. Die Broschüre wurde vom Bundesministerium für Unterricht für den Unterrichtsgebrauch zugelassen und steht seither im Heimatkundeunterricht der 3. und 4. Volksschulklassen in Verwendung. Sie ist zu einem unentbehrlichen Unterrichtsbehelf für die genannten Schulstufen geworden und wurde von der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien jedes Jahr neu aufgelegt. Mit der fünften Auflage, die überarbeitet und auf den neuesten Stand gebracht wurde, wird bereits das 100.000. Exemplar verteilt. Die Broschüre ist nur ein Teil des umfangreichen Programms der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien an Lehr- und Lernbehelfen, die den Wiener Schulen alljährlich zur Verfügung gestellt werden.

\- - -

Die Budgetberatungen im Wiener Rathaus:

Das Wiener Bauwesen

16. Dezember (RK) Am vierten Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde die Geschäftsgruppe VI (Bauangelegenheiten) behandelt. Stadtrat Kurt Heller (SPÖ) erstattete das Referat:

"Das Bauprogramm 1964 konnte trotz der bekannten, durch die Hochkonjunktur im Bau- und Baunebengewerbe bestehenden Schwierigkeiten restlos erfüllt werden. Die Bauvorhaben des kommenden Jahres sind nicht nur einem großen städtebaulichen Konzept untergeordnet, sondern leiten auch ein bauliches Arbeitsprogramm für die nächsten fünf Jahre ein. Einige dieser Projekte werden infolge ihres Umfanges in baulicher und finanzieller Hinsicht sogar in die nächste Funktionsperiode des Gemeinderates hinüberreichen. Doch davon später.

Überwindung konjunktureller Schwierigkeiten

Vorerst möchte ich doch ganz kurz die Schwierigkeiten erwähnen, die sich auch im Jahre 1964 der Erfüllung des Bauprogrammes entgegengestellt haben. Wie bereits erwähnt, treten die Schwierigkeiten vor allem durch die Probleme der Hochkonjunktur im Bau- und Baunebengewerbe auf, aber auch die Tatsache, daß an die wenigstens teilweise Lösung dieser Probleme nicht mit der nötigen Einsicht und Energie herangegangen wird, bereitet uns manche Sorge. Ich will allerdings nicht verschweigen, daß gerade in diesem Jahre die verschiedensten Versuche unternommen wurden, um die derzeitigen Zustände zu verbessern. So hat der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen im heurigen Jahr eine Arbeitsgruppe 'Bauwirtschaft' gegründet, deren Aufgabe es unter anderem war, Vorschläge zur Koordinierung und Stabilisierung im Bauwesen zu erstatten. Ich darf mit Befriedigung feststellen, daß alle vorgeschlagenen Maßnahmen von den Abteilungen des Wiener Stadtbauamtes bereits seit langem gehandhabt werden und daß wir diesen Vorgang auch in Zukunft beibehalten wollen.

Wir haben seit langem dafür vorgesorgt, daß unsere Bauarbeiten während der Wintermonate weitergeführt werden können. Wir bemühen uns, im Rahmen eines langfristigen Programmes, das sich im allgemeinen auf eine Funktionsperiode des Gemeinderates erstreckt, die

./.

Projekte zeitgerecht vorzubereiten. Auch die Aufschließung der Baustellen wird so forciert, daß sie bei Baubeginn schon abgeschlossen ist und daher keinerlei Verzögerungen oder Bauschwierigkeiten entstehen. Alternativangebote nehmen wir auch dann entgegen, wenn die Arbeiten in der ausgeschriebenen Form nicht angeboten werden. Es braucht nicht besonders erwähnt zu werden, daß die Gemeinde Wien für durchgeführte Bauleistungen sehr rasch zahlt und die Erledigung von Teil- und Schlußrechnungen trotz genauester Überprüfung bei den Stadtbauamtsabteilungen nur sehr kurze Zeit in Anspruch nimmt. Verzögerungen treten in der Regel nur dann ein, wenn die Rechnungslegung nicht rechtzeitig erfolgt, oder die Rechnungen nicht ausreichend belegt sind.

Die Baumaßnahmen der Stadt werden seit langem auch zeitlich so eingeteilt, daß sie möglichst kontinuierlich auf das ganze Jahr aufgeteilt sind, so daß auch dadurch eine Verminderung der Winterarbeitslosigkeit eintritt und eine rationellere Ausnutzung der Baukapazität erfolgt. Unser Bauprogramm, vor allem das Wohnbauprogramm, wird seit Jahren in Baustufen eingeteilt. Auch die Aufträge für Professionistenarbeiten werden meist so zeitgerecht erteilt, daß eine entsprechende Einteilung der Arbeiten durch die einzelnen Firmen möglich ist. Ich glaube, mit Recht sagen zu können, daß die Stadt Wien schon jetzt alles dazu beiträgt, um zu einer Verbesserung auf dem Baumarkt zu kommen. Einem weiteren Vorschlag der Arbeitsgruppe 'Bauwirtschaft' des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen, nämlich eine interne Koordinierung der Bauarbeiten auf Bundes- und Länderebene anzustreben, stehen wir ebenfalls positiv gegenüber.

Wenig Arbeitskräfte, hohe Baukosten

Bedauerlicherweise haben sich die Voraussetzungen für eine Steigerung der Baukapazität auf personellem Sektor kaum gebessert. Es gibt nach wie vor zu wenig Lehrlinge im Baugewerbe und wir werden alles unternehmen müssen, um diesen schönen Beruf auch für junge Menschen attraktiver zu machen. Auch die bewilligten Fremdarbeiterkontingente konnten nicht ausgenützt werden, weil die Fremdarbeiter aus erklärlichen Gründen lieber in der Bundesrepublik und in der Schweiz arbeiten.

Obwohl im Jahre 1964 nur im Maler- und Anstreichergewerbe sowie beim Steinmetz und beim Beton- und Kunststeingewerbe Kollek-

./.

tivvertragsänderungen stattfanden, die eine theoretisch errechnete Steigerung des Baukostenindex um nur ein Prozent rechtfertigen würden, konnte eine weitere allgemeine Steigerung der Gesamtbaukosten festgestellt werden. Die Ursachen dafür liegen zweifellos auch in der anhaltenden Überhitzung im Baugewerbe.

Rationalisierung durch Fertigteilbau

Wie in den vergangenen Jahren darf ich auch heuer berichten, daß das Stadtbauamt die bisherigen Rationalisierungsmaßnahmen systematisch fortsetzt, und zwar mit dem Ziel, anstelle des handwerklichen Bauens immer mehr und mehr das industrielle Bauen mit vorgefertigten Bauelementen anzuwenden. Während die Montagebaugesellschaft die Anfangsschwierigkeiten überwunden hat und nunmehr ihre Kapazität voll ausschöpft, treten immer mehr Firmen an uns mit dem Vorschlag heran, für die Stadt Wien ebenfalls in Fertigteilbauweise zu bauen. Wir verfolgen diese Entwicklung mit großer Befriedigung , da wir uns davon eine Steigerung der Baukapazität, eine gewisse Entlastung des Arbeitsmarktes und nicht zuletzt auch eine gesunde Konkurrenz der Fertigteilbauweisen erwarten.

Wir haben heuer die ersten Kindergärten in Fertigteilbauweise ausgeschrieben und konnten schon bei diesen ersten Versuchen eine, allerdings noch geringfügige, Kostenverminderung feststellen. Die Bauzeiten werden dabei weitestgehend verkürzt. Dies ist besonders für das große Schulbauprogramm wichtig, da es uns nur dadurch möglich ist, die Schulobjekte kurzfristig fertigzustellen.

Das Stadtbauamt hat seine Bemühungen zur vollen Beschäftigung der Arbeitskräfte auch während des Winters intensiv fortgesetzt. Seit vielen Jahren sind die Ausschreibungen und die Baubeginne im Hochbau so fixiert, daß möglichst viele Häuser noch vor Einbruch des Winters im Rohbau fertiggestellt werden, damit mit Hilfe von Thermoblocs und Gebläseaggregaten im Winter weitergearbeitet werden kann.

Baulandschwierigkeiten

Wie alljährlich muß ich auf die herrschenden Baulandschwierigkeiten hinweisen. Die wirtschaftliche Erschließung jener Neubaugebiete am Rande der Stadt, deren Bebauung Voraussetzung für die Möglichkeit einer Auflockerung und Entmischung der innerstädtischen Gebiete ist, stößt auf immer größere Hindernisse.

./.

Wenn es nicht in Bälde gelingt, dieser Schwierigkeiten Herr zu werden, wird auch jede Rationalisierung des Wohnungsbaues etwa durch weitere Forcierung der Montagebauten illusorisch. Große Flächen zu bebauen, die Planung und die Bauvorbereitungen rechtzeitig durchzuführen, ist nur dann möglich, wenn man bereits lange vor Baubeginn über große zusammenhängende Grundflächen verfügen kann.

Ich will auch nicht verschweigen, daß für die Entwicklung einer Stadt, die sich anschickt, Sitz großer internationaler Organisationen zu werden, gewisse Flächenreserven unerläßlich sind. Leider gibt es zahlreiche Beispiele dafür, daß die Lösung brennender Probleme an der Verständnislosigkeit von Grundeigentümern scheitert. Ein besonders krasses Beispiel hierfür gibt es beim Bau der rechtsufrigen Donaukanalschnellstraße im Bereich der Heiligenstädter Brücke. Zur Fertigstellung dieses wichtigen Straßenzuges wird eine Fläche benötigt, die zu zirka 16 Prozent im Eigentum der Stadt Wien steht und deren restliche Anteile verschiedenen Eigentümergruppen gehören. Es handelt sich um eine 'Gstetten'. Seit 1960 werden Erwerbsverhandlungen geführt, die anfangs mangels Verkaufsbereitschaft, später wegen außerordentlich überhöhter Preisforderungen zu keiner Einigung führten. Einer der Miteigentümer begehrte im April dieses Jahres für seinen Anteil von zirka 392 Quadratmeter 12,6 Millionen Schilling, das sind zirka 32.000 Schilling pro Quadratmeter. Nun ist bereits seit längerer Zeit ein Enteignungsverfahren anhängig, das hoffentlich bald zu einem Ergebnis führen wird, damit der wichtige Straßenbau vollendet werden kann.

Beinahe noch schwieriger als der Erwerb von Liegenschaften ist die Freimachung derselben. Dazu ist viel Geduld und noch mehr Geld nötig. Allein im Jahr 1964 mußten 156 zum Teil sehr große Liegenschaften mit einem erheblichen Kostenaufwand für Bauzwecke freigemacht werden.

Kontinuität der Planungsarbeit blieb gewahrt

Die Zusammenlegung der ehemaligen Gruppe Stadtplaner mit der Stadtregulierung, über die ich bereits anläßlich der vorjährigen Budgetdebatte berichtet habe, hat sich auf die Planungsarbeit sehr positiv ausgewirkt. Entgegen den in manchen Zeitungen lautgewordenen Besorgnissen bedeutet die angebliche 'Verbeamtung' der

./.

Stadtplanung keinen Rückschritt, sondern eine Anerkennung der Tatsache, daß die Stadtplanung eine dauernde Lenkungsaufgabe darstellt.

Vor allem aber sei noch einmal darauf hingewiesen, daß hier ein organisatorischer Wechsel vor sich gegangen ist, ohne daß dadurch die Kontinuität der Planungsarbeit gestört worden wäre. Diese Kontinuität ist nicht nur in personeller Hinsicht gewahrt worden, da die Mitarbeiter der seinerzeitigen Gruppe Stadtplaner nach wie vor an der Arbeit sind, sondern es gilt selbstverständlich der Beschluß des Gemeinderates vom 30. November 1961 über das städtebauliche Grundkonzept als Richtlinie für unsere gesamte Planungs- und Bautätigkeit.

Wie sehr die städtebauliche Tätigkeit der Stadt Wien auch im Ausland anerkannt wird, mögen Sie bitte aus der Tatsache entnehmen, daß der Internationale Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung der Stadt Wien die Treuhandschaft über seinen ständigen Ausschuß für Stadterneuerung übertragen hat. Dieser Ausschuß, der aus Städteplanern der ganzen Welt besteht, hat im Dezember seine erste Welttagung in Wien abgehalten.

Stadtplanung auf Grund statistischer Untersuchungen

Die 'Flächenbilanzen' für die Randgebiete der Stadt sind abgeschlossen, die Flächenbilanz für das dicht bebaute Stadtgebiet wird in den nächsten Monaten fertiggestellt werden. Eine weitere, sehr wichtige Arbeit, stellt in diesem Zusammenhang die Auswertung der Häuser- und Wohnungszählung sowie der Volkszählung des Jahres 1961 dar. Wir werden mit Hilfe des in Auswertung befindlichen Zahlenmaterials zum erstenmal ein genaues Bild über die Unterschiede in den Wohnungsverhältnissen der einzelnen Stadtteile erhalten. Ganz allgemein gesprochen, handelt es sich bei diesen Untersuchungen darum, die unbestrittenen Grundsätze des städtebaulichen Grundkonzeptes, wie die Auflockerung der zu dicht bebauten Gebiete einerseits und die Verdichtung zu locker bebauter Gebiete andererseits, zahlenmäßig festzulegen.

Für die gesamte weitere Planung werden aber auch jene Überlegungen und Untersuchungen maßgebend sein, die sich mit dem Ausmaß der zu erwartenden Zuwanderung nach Wien befassen. Auch hier sind Untersuchungen auf Grund der Volkszählung 1961 bereits im Gange.

./.

Wir sind uns aber klar darüber, daß das Ausmaß der Wanderungsbewegung weitgehend von dem abhängig ist, was wir selbst aus unserer Stadt machen. Dazu kommt nicht nur die Fortsetzung des Wohnungsbaues und der Wohnbauförderung, sondern in steigendem Maße auch die Förderung von Betriebsbauten und Betriebsgründungen, durch entsprechende Planung und durch entsprechende Aufschließungsmaßnahmen. Das trifft vor allem für die Entwicklungsgebiete am Rande der Stadt zu, die nicht zuletzt infolge der starken Zunahme der Wohnungen in diesem Bereich, heute bereits innerstädtische Auspendlerbezirke sind. Bei dieser Arbeit hat sich die am 28. Februar 1964 beschlossene Bauordnungsnovelle über die Einführung des Widmungsbegriffes 'Betriebsbaugebiete' als sehr nützlich erwiesen.

Die Innere Stadt und die Randgebiete Wiens

Wenn auch das Schwergewicht der Arbeit der Stadtplanung in jenen Randgebieten liegen mußte, wo die Entwicklung am raschesten verläuft, wurde darüber die planerische Vorsorge für die inneren Bezirke nicht vernachlässigt. Für den Bereich der Inneren Stadt ist die Überarbeitung des Bebauungsplanes im wesentlichen abgeschlossen, so daß die Gemeinde den in ihren rechtlichen Möglichkeiten liegenden Beitrag zur Sicherung des historischen Stadtbildes geleistet hat. Ein Bebauungsplan für den Bereich des Spittelberges am Neubau ist in Arbeit.

An den Stadträndern wurden im vergangenen Jahr Bebauungspläne für den oberen Teil von Sievering, für Salmannsdorf und für Inzersdorf genehmigt. Ein Antrag für den Bereich des Ortskernes von Strebersdorf ist an den Gemeinderat unterwegs. Für eine wesentlich größere Anzahl von alten Ortskernen sind Anträge in Arbeit, die im Verlauf des kommenden Jahres dem Gemeinderat zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Es handelt sich um das Kahlenberger Dorf, Heiligenstadt, Pötzleinsdorf, Stammersdorf, Groß-Jedlersdorf, Kagran und Kaiser-Ebersdorf.

Diese Arbeiten, die an den Bebauungsplänen der alten Ortskerne durchgeführt werden, sind ihrerseits nur ein Teil des Programms, große zusammenhängende Flächen, hinsichtlich des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes völlig zu überarbeiten. Zu diesen Flächen zählen etwa die Neubaugebiete nördlich und südlich von Kagran, für dessen Zentrum ein erfolgreicher städtebaulicher Wettbewerb durchgeführt wurde, oder für die Neubaugebiete östlich Stadlau und südlich Strebersdorf. ./.

'Wilde Siedlungen'

Bei der Neubearbeitung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes in den Randgebieten soll auch das brennende Problem der sogenannten 'Wilden Siedlungen' geklärt werden. Für jede einzelne Siedlung muß untersucht werden, ob es möglich ist, durch eine Änderung des Bebauungsplanes ihren Bestand zu sichern oder ob städtebauliche Rücksichten gegen eine Legalisierung sprechen. Erschwert wird diese Aufgabe dadurch, daß es unter Umständen Siedlungen gibt, die sich zwar in ihrem Charakter in die städtebauliche Entwicklung einbauen lassen, bei denen aber die einzelnen Gebäude oder der Zuschnitt der Gebäude der Bauordnung nicht entsprechen.

Es wurde daher eine Koordinierungsstelle zwischen Stadtplanung und Baupolizei geschaffen, um jede dieser Siedlungen im Laufe der nächsten Jahre zu untersuchen. Diese Arbeit kann allerdings nicht isoliert durchgeführt werden, weil unter Umständen zwei an sich völlig gleiche 'Wilde Siedlungen' je nach ihrer Lage im Stadtkörper unterschiedlich behandelt werden müssen. Jedenfalls bemühen wir uns auch hier um die Herbeiführung klarer, rechtlicher Verhältnisse, wobei wir auch in dem einen oder anderen Fall darauf bestehen werden müssen, daß illegal errichtete Bauten abgetragen werden, vor allem wo sie die Erholungsmöglichkeiten der Öffentlichkeit beeinträchtigen.

Neue Grünflächen mitten in der Großstadt

In dicht verbauten Stadtteilen wird es ein besonderes Anliegen der Stadtplanung sein, Flächen für die Schaffung neuer Grünanlagen auszuweisen. Die Stadt Wien hat bereits in einigen Fällen auf die Bebauung ihr gehöriger Baugründe in den inneren Bezirken verzichtet, um dort Grünanlagen zu schaffen. Die Forderung nach einer Auflockerung dieser Gebiete bedeutet ja nicht etwas Abstraktes, eine zunächst auf dem Papier stehende Herabsetzung der zulässigen Gebäudehöhen und der zulässigen bebaubaren Fläche, sondern etwas sehr Konkretes, nämlich die Schaffung neuer Freiflächen. Diese Schaffung zusätzlicher neuer Grünflächen im dicht bebauten Gebiet ist vor allem in jenen Bereichen von Wichtigkeit, wo in absehbarer Zeit bestimmte Grünflächen, auch wenn sie heute schon durch den Verkehrslärm stark entwertet sind,

./.

wie etwa die Anlagen am Gürtel, zugunsten von Verkehrsbauwerken geräumt werden müssen, die nur an dieser Stelle errichtet werden können.

Es gibt gewisse Straßenzüge im Stadtgebiet, die sich eindeutig für die Führung übergeordneter Straßenzüge anbieten und es wäre unrealistisch und in gewisser Hinsicht unaufrichtig, nur den damit verbundenen Verlust von Grünflächen, die damit verbundene Fällung von Bäumen zu beklagen. Es erscheint uns richtiger und sachdienlicher, wenn wir rechtzeitig für neue Grünflächen sorgen, die infolge ihrer ruhigen Lage, einen vollwertigen Ersatz für jene darstellen, die der Verkehrsentwicklung geopfert werden müssen.

Ständige Kontakte mit Niederösterreich

Obwohl die Planungsgewalt der Stadt an ihren Grenzen endet und durch Gesetze sogar im Stadtgebiet zum Teil eingeengt ist, müssen wir bei unseren Planungsarbeiten natürlich auch die Möglichkeiten jenseits dieser Planungsgrenzen beachten. Zur Sicherung der eigenen Planungsziele ist es unbedingt erforderlich, mit den fremden Planungsgewalten im Stadtbereich und jenseits der Landesgrenzen, ständig Kontakt zu halten und die Planungsziele zu koordinieren. Es wäre unter Umständen sinnlos, am Stadtrand Erholungflächen zu widmen, wenn anschließend auf niederösterreichischem Gebiet ein Industriegebiet angelegt werden soll. Alle diese Probleme werden in gemeinsamen Ausschüssen der Länder Wien und Niederösterreich und in Gesprächen mit den Umlandgemeinden behandelt. Besondere Bedeutung haben die Arbeitsgebiete Wienerwald und die Probleme der Wasserversorgung. In einem eigenen Unterausschuß wird derzeit versucht, die dem Bisamberg auf niederösterreichischem Gebiet drohende Versiedlung zu bannen. Daß diese Koordination auch im Stadtgebiet, insbesonders gegenüber den Eisenbahngrundflächen von großer Bedeutung ist, liegt auf der Hand.

Die Arbeiten des vergangenen Jahres haben eine Reihe bedeutender städtebaulicher Detailprobleme entscheidungsreif gemacht, sodaß sich die gemeinderätliche Stadtplanungskommission schon in Kürze wird damit beschäftigen können.

./.

Für Arbeiten der Stadt- und Landesplanung stehen im kommenden Jahr 4,250.000 Schilling zur Verfügung.

Im Jahre 1965 werden auch die Beratungen über den Referenten-Vorentwurf des Stadtbauamtes für eine große Bauordnungsnovelle in der zuständigen legistischen Dienststelle fortgesetzt werden. Es ist sicher verständlich, daß diese Beratungen im Hinblick auf den Umfang der Materie und den einschneidenden Charakter der Bestimmungen sehr schwierig sein werden.

Einnahmen steigen um 9, Ausgaben um 8,1 Prozent

Im Voranschlag für das Jahr 1965 sind sowohl die Einnahmen- als auch die Ausgabenansätze der Verwaltungsgruppe VI wieder beachtlich erhöht worden. Die Einnahmen steigen von 167,168.600 Schilling auf 182,372.200 Schilling, das sind 15,203.600 Schilling oder neun Prozent. Die Ausgaben erhöhen sich von 1.478,589.600 Schilling, um 120,402.000 Schilling auf 1.598,991.600 Schilling, das sind 8,1 Prozent. Ein Teil dieser erhöhten Mittel muß leider zur Abdeckung der inzwischen eingetretenen Preiserhöhungen verwendet werden.

Neben diesen gewaltigen Ausgaben im Rahmen der Verwaltungsgruppe VI wird das Stadtbauamt auch für andere Verwaltungsgruppen Bauvorhaben mit einem präliminierten Gesamtaufwand von rund 575 Millionen Schilling durchführen.

Für die Beschäftigung im Bau- und Baunebengewerbe sieht der Voranschlag einen Betrag von insgesamt 3.052,027.000 Schilling vor, das sind um 336,180.000 Schilling mehr als im Jahre 1964 oder rund 36,9 Prozent der bereinigten Gesamtausgaben des Jahres 1965.

11.300 neue Wohnungen

Die größten Ausgaben werden auch im Jahre 1965 wieder für den kommunalen Wohnungsbau aufgewendet. 921,7 Millionen Schilling sind für Zwecke des Wohnungsbaues enthalten. Mit den zur Verfügung stehenden Beträgen werden im Jahre 1965 wieder rund 5.000 Wohnungen gebaut werden. Davon werden rund 1.000 Wohnungen durch unsere Montagebaugesellschaft errichtet. Von den verbleibenden 4.000 Wohnungen wird ebenfalls ein Teil in Fertigteilbauweise gebaut.

./.

Neben diesen 5.000 Wohnungen sollen noch im Wege von Wohnbauförderungsdarlehen nach dem Bundesgesetz aus dem Jahre 1954 und durch Zusatzdarlehen zu Krediten des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds weitere 4.300 Wohnungen und im Rahmen der Neuen Wiener Wohnbauaktion 1964 weitere 2.000 Wohnungen, insgesamt also 11.300 Wohnungen gebaut werden.

Im Jahre 1964 wurden insgesamt 5.009 Wohnungen fertiggestellt. Gleichzeitig wurde mit dem Bau von 4.879 Wohnungen begonnen. Mehr als 9.000 Wohnungen befinden sich Ende dieses Jahres im Bau.

Wie im vergangenen Jahr wollen wir auch im Jahre 1965 die Baubeginne in einzelne Baustufen aufteilen, und zwar sollen in der Baustufe I, das ist bis April, mit dem Bau von 1.500 Wohnungen, in der Baustufe II, das ist von Mai bis August, mit dem Bau von 1.200 Wohnungen und in der Baustufe III, das ist von September bis November, mit dem Bau von 1.300 Wohnungen begonnen werden. Dazu kommen noch die 1.000 Wohnungen unserer Montagebaugesellschaft.

Montagebau funktioniert klaglos

Es hat gewaltiger Anstrengungen bedurft, um das gesteckte Wohnbauziel des Jahres 1964, nämlich die Fertigstellung von 5.000 Wohnungen zu erreichen. Viel dazu hat auch das nunmehr klaglose Funktionieren der Montagebaugesellschaft beigetragen. Diese Gesellschaft hat seit dem 3. Mai 1962, dem Tage der Produktionsaufnahme, bis heute insgesamt 67.300 Fertigteilplatten, das sind Fertigteile für 2.243 Wohnungen, vorfabriziert, und seit dem 6. Juli 1962, das war der Tag des Montagebeginnes, auf der Baustelle 64.000 Fertigteilplatten, das sind insgesamt 2.130 Wohnungen, montiert.

Was die Einhaltung der Baufristen betrifft, so wird die Montagebaugesellschaft übermorgen der Gemeinde Wien die 1.427. Wohnung schlüsselfertig übergeben. Von diesen 1.427 Wohnungen wurden allein im Jahre 1964 1.009 Wohnungen übergeben, so daß in diesem Jahr das der Montagebaugesellschaft gesteckte Ziel mit einem Jahres-Soll von 1.000 schlüsselfertigen Wohnungen nicht nur erreicht, sondern erstmals überschritten wurde. Die Bauzeiten liegen bekanntlich weit unter den heute üblichen.

./.

Hohe Qualität, niedrige Kosten, kurze Bauzeiten

Die Qualität des Innenausbaues, bei dem gleichfalls neue Wege beschritten wurden, ist hochwertig und liegt heute nicht nur in Wien, sondern auch bei internationalen Vergleichen an der Spitze des Wohnhausbaues. Diese Feststellung wird nicht nur von den Mietern dieser Wohnungen getroffen, sondern sie wird auch durch das Urteil zahlreicher internationaler Baufachleute, Soziologen und Wohnungswirtschafter unterstrichen, die aus Ost und West immer häufiger nach Kagran kommen, um Werk und Baustelle zu besichtigen.

Diese Feststellungen treffen aber nicht nur in qualitativer Hinsicht, sondern auch hinsichtlich der Baukosten zu. Die während der letzten zwei Jahre eingetretenen Preissteigerungen konnten bei den Montagebauten vor allem auf der Materialseite weitgehend aufgefangen werden.

Es ist auch bezeichnend, daß es gelungen ist, die Baukosten der von ihr errichteten Fertigteilwohnungen gegenüber den heute traditionellen Baukosten um mehr als acht Prozent zu senken, und daß bei den nunmehr abgeschlossenen Lieferungen und Subunternehmerleistungen für das nächste Bauprogramm Kostensenkungen erreicht werden konnten, die bis zu zwei Prozent unter den im Jahre 1962 erzielten Erstanboten für gleiche Leistungen liegen. Dies trotz inzwischen eingetretener Lohnerhöhungen und Materialkostensteigerungen.

Bei der Beurteilung dieser Zahlen ist zu beachten, daß im kommenden Jahr durch zusätzliche Rationalisierung der Arbeitsmethoden der Montagebaugesellschaft eine weitere Verkürzung der Bauzeiten und damit die Erhöhung der Kapazität des Werkes Stadlau möglich sein wird.

Wie Sie wissen, besteht die Absicht, im Süden unserer Stadt ein zweites Montagebauwerk zu errichten, nach dessen Anlaufen Wien über eine beachtliche Montagebaukapazität verfügen wird.

./.

Assanierung "Blutgasse" vor dem Abschluß

Mit Freude kann ich dem Gemeinderat heute berichten, daß die Arbeiten im Assanierungsviertel Blutgasse vor dem Abschluß stehen und daß auch die Assanierungsarbeiten im Lichtental und am Braunhirschengrund, wenn auch langsam, so doch weiter gehen. Die Schwierigkeiten liegen auch dort vor allem beim Grunderwerb und der Freimachung der einzelnen Bauplätze.

Wie ich bereits gesagt habe, hat das Stadtbauamt auch im Jahre 1965 für fast alle anderen Verwaltungsgruppen große bauliche Erhaltungsarbeiten, aber auch große bauliche Investitionsarbeiten durchzuführen. Unter anderem werden Volksheime, Sportanlagen, Kindergärten, Heime für Kinder und Jugendliche, Schulen, Gesellenheime, Krankenanstalten, Bäder, Märkte, Feuerwachen und viele andere Objekte baulich erhalten oder neu gebaut. Auf dem Sektor des Schulbaues konnte das Stadtbauamt den Anforderungen des Stadtschulrates nach neuen, rasch benützbaren Schulen nur durch Anwendung der Montagebauweise entsprechen.

Neubau des Allgemeinen Krankenhauses

Es gehört nunmehr schon zur Tradition der Budgetberatungen, auch über den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses zu berichten. Ich darf allerdings heuer mit Befriedigung darauf hinweisen, daß dieser Neubau nunmehr tatsächlich von den Reißbrettern der Projektierungsbüros auf die Baustelle verlegt werden konnte. Die Arbeiten an der I. Frauen- und an der II. Chirurgischen Klinik sind sehr weit gediehen. Mit dem Neubau der Personalwohnhäuser wurde begonnen. Derzeit befinden sich bereits alle drei Objekte des sogenannten Wohnbereiches in Bau, wobei der Baufortschritt Dank der intensiven Vorbereitungsarbeiten sehr gut ist. Wir verwenden dort erstmals ein Gleitschalverfahren, das in ähnlicher Weise bisher nur beim Donauturm verwendet wurde. Die Gleitschalung wird kontinuierlich durch Pressen hochgedrückt. Dabei ergibt sich bei den Stiegenhäusern ein täglicher Baufortschritt von drei Höhenmetern. Da die Arbeiten ununterbrochen weitergeführt werden, war es nötig, einen Drei-Schicht-Betrieb einzuführen.

./.

Vielleicht darf ich kurz in Erinnerung rufen, welche Objekte jetzt gebaut werden; es sind die beiden Personal-Wohnhäuser, in denen 700 bestausgestattete Garconnieren für Schwestern und Ärzte untergebracht sind. Das dritte Objekt des Personalwohnbereiches ist die Krankenpflegeschule mit dem dazugehörigen Internat sowie den Räumen für die Vorschule und die Schule für Röntgenassistentinnen. Die Planungsarbeiten für den Neubau der Psychiatrischen Klinik und der Kinderklinik sind ebenfalls sehr weit fortgeschritten, sodaß wir mit Befriedigung feststellen können, daß der so lang besprochene und diskutierte Neubau des Allgemeinen Krankenhauses Wirklichkeit geworden ist.

Das Spitzenkomitee für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses wird sich in einer seiner nächsten Sitzungen mit der Frage beschäftigen müssen, ob der Bau des Hauptgebäudes auf einmal oder in zwei Bauetappen errichtet werden soll.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch darauf hinweisen, daß wir in den alten Kliniken das Sanierungs- und Klinikerprogramm weiterführen. Mit dem Bau des Hauptgebäudes des Rudolfspitals wird in Kürze begonnen werden. Auch die Vorarbeiten für den Bau eines Krankenhauses und eines Alterspflegeheimes links der Donau sind im vollen Gange.

Vorarbeiten für den Bau des neuen Großmarktes und Schlachthofes

Auch über die Planung des Zentralgroßmarktes und des neuen Schlachthofes möchte ich ein paar Worte sagen: Wie ich bereits im vergangenen Jahr berichten konnte, hat die seinerzeit gebildete Planungskommission ihre Arbeiten abgeschlossen. Da die von der Kommission geschaffenen Unterlagen zwar eine brauchbare Grundlage für weitere Vorarbeiten darstellten, für eine endgültige Detailplanung aber nicht ausreichten, haben die zuständigen Stellen des Stadtbauamtes im vergangenen Jahr und in der ersten Hälfte des Jahres 1964 in Zusammenarbeit mit dem Markt- und Veterinäramt die Unterlagen soweit ergänzt, daß nunmehr ein Wiener Planungsbüro vor zirka einem Monat eine Vorstudie für das Raum- und Funktionsprogramm und für das Grundsatzkonzept vorlegen konnte, das der Herr Bürgermeister den beiden zuständigen Verwaltungsgruppen zur raschen Weiterbearbeitung übergeben hat.

./.

Die Vorarbeiten für diese Marktplanung werden dadurch besonders erschwert, daß möglichst viele brauchbare Objekte erhalten werden sollen und der Markt- und Schlachthofbetrieb in den vorhandenen Anlagen auch während des Neubaues voll aufrechterhalten werden muß. Der Neubau wird daher, ähnlich wie das beim Allgemeinen Krankenhaus der Fall ist, in einzelnen Bauabschnitten durchgeführt werden müssen.

Instandsetzungsarbeiten

Das Budget der Verwaltungsgruppe VI sieht auch wieder viele bauliche Erhaltungsarbeiten vor. Neben Instandsetzungen in einigen Magistratischen Bezirksämtern sind die Fortführung des Umbaues der Objekte in der Bartensteingasse sowie Instandsetzungen größeren Umfanges in den Amtshäusern am Schlesingerplatz, Am Hundsturm, in der Speckbachergasse und in der Grünentorgasse erwähnenswert. Für den Neubau eines Werkstättenhofes in der Katharinengasse in Favoriten steht als zweite Baurate ein Betrag in der Höhe von sieben Millionen Schilling zur Verfügung.

Besonders bemerkenswert sind zwei Arbeiten, die hier im Hause durchgeführt werden. Es sind dies die Generalinstandsetzung des Rathauskellers, die heuer begonnen wurde und die Erneuerung der Kesselanlage der Wärmezentrale des Rathauses.

Fernheizung

Das Hauptaugenmerk unserer Heizungstechniker konzentrierte sich in diesem Jahr auf die Planungsarbeiten für die Wärmeversorgung des Neubaues des Allgemeinen Krankenhauses. Nach umfangreichen, zeitraubenden und komplizierten Ermittlungen und Berechnungen wurde nunmehr endgültig festgelegt, daß der Neubau des Allgemeinen Krankenhauses aus einem Fernheizwerk mit Wärme zu versorgen ist.

Im Vorjahr konnte ich Ihnen berichten, daß das Fernheizwerk in Kagran in einer Bauzeit von 15 Monaten fertiggestellt werden konnte. Ich kann Ihnen nun mitteilen, daß bis Ende dieses Jahres voraussichtlich 2.500 Wohnungen an das Werk angeschlossen sein werden. Außerdem wird das Pensionistenheim in der Viktor Kaplan-Straße und die Ladenzeile in der Siebenbürgenstraße von der gleichen Anlage mit Wärme versorgt.

./.

Verkehrsplanung

Nun auch einiges über die Verkehrsprobleme unserer Stadt und die Absichten, die die Verkehrsplanung im nächsten Jahr zur Verbesserung der Verhältnisse auf diesem Gebiete hat.

Auch im Jahre 1964 wurde der Ausbau unserer Verkehrsflächen weiter vorangetrieben. Dabei werden bei den Verkehrsbauwerken die neuesten Erkenntnisse aus Wissenschaft und Praxis angewendet.

Daß sich alle diese Verkehrsbauwerke den großen, vom Gemeinderat beschlossenen Grundsätzen des Generalverkehrsplanes unterordnen, wird bei der Betrachtung der Verkehrsbauwerke im Nordosten unserer Stadt jetzt auch langsam dem Uneingeweihten verständlich.

Von den größeren Bauten des vergangenen Jahres möchte ich außer den gewaltigen Straßen- und Brückenbauten im Nordosten unserer Stadt, vor allem die von der Reichsbrücke zur Floridsdorfer Brücke führende verlängerte Hubertusdammstraße, die Fertigstellung der Altmannsdorfer Straße und der Grünbergstraße, und die Kennedy-Brücke erwähnen. Weiter darf ich an die Albertina-Passage, den Durchbruch des inneren Gürtels, die Beseitigung der Straßenenge der Wattgasse, an den weiteren Ausbau des Flötzersteiges, an die Fertigstellung der Raxstraße, an die Arbeiten zur Unterfahrung der Breitenfurter Straße, an die Brünner Straße, Prager Straße und die Erzherzog Karl-Straße erinnern.

Im Jahre 1964 wurden insgesamt 1,492.000 Quadratmeter Straßen und Gehsteige instandgesetzt und 1,084.000 Quadratmeter Straßen und Gehsteige neu hergestellt, das heißt mit anderen Worten, 94 Kilometer Straßen und 73 Kilometer Gehsteige wurden neu gebaut beziehungsweise 145 Kilometer Straßen und 60 Kilometer Gehsteige instandgesetzt.

An 16.500 Stellen wurden Straßen und Gehsteige unserer Stadt im Jahre 1964 aufgegraben. Ich weiß, daß es darüber immer wieder zum Teil auch berechtigte Klagen gibt, bitte Sie aber zu bedenken, daß auch bei bester Vorplanung und genauester Koordinierung aller Einbautendienststellen, die Bedürfnisse der Wirtschaft, oder aber Gebrechen diese Aufgrabungen erforderlich machen.

Den jahrelangen Bemühungen ist es in diesem Jahr auch gelungen, den Bund zu einer Änderung seines bisherigen Verhaltens auf dem Sektor des Autobahn- und Bundesstraßenbaues gegenüber der Bundeshauptstadt zu bewegen. Ab 1. Juli 1964 entfallen von den insgesamt

./.

zirka 9.570 Kilometer Bundesstraße in Österreich auf das Wiener Stadtgebiet 33 Kilometer Bundesstraßen und 54,5 Kilometer Autobahnen. Wenn auch bei einem Wiener Straßennetz von insgesamt 2.300 Kilometer diese 87,5 Kilometer Bundesstraßen unbedeutend zu sein scheinen, so muß doch dieser bescheidene Fortschritt mit Freude vermerkt werden.

Es wird allerdings Aufgabe des Bundes sein, die Beschlüsse des Nationalrates in den nächsten Jahren in die Tat umzusetzen. Wir haben dem Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau unsere Wünsche für das kommende Jahr bereits bekanntgegeben, wobei wir für den Autobahnbau im Jahre 1965 einen Finanzbedarf von 152,6 Millionen Schilling und für den Bundesstraßenbau einen solchen von 68 Millionen Schilling angemeldet haben. Ich darf dem Gemeinderat auch berichten, daß ab 1. Juli 1964 bereits ein Betrag von ungefähr 57 Millionen Schilling aufgelaufen ist, der von der Stadt vorläufig für den Autobahn- und Bundesstraßenbau ausgegeben wurde, dessen Refundierung wir aber vom Bund erwarten.

Autobahnpläne

Wir stellen uns den Ausbau des vorläufig vom Bund übernommenen Autobahn- und Bundesstraßennetzes so vor, daß zuerst die Fertigstellung der begonnenen Arbeiten an der Nord-, Süd- und Westautobahn vorgenommen werden. Sodann soll die sogenannte Süd-Ost-Tangente, das ist der Autobahnzug von Inzersdorf bis zur vierten Donaubrücke, einschließelich dieser Brücke, und der Anschluß der Südautobahn an die Altmannsdorfer Straße in Angriff genommen werden. Als nächstes erschiene uns der Bau der Osteinfahrt vom Flughafen Schwechat in die Stadt, dann die Nordeinfahrt, von der Stadtgrenze in Stammersdorf bis zur Prager Straße, mit Anschluß an die bereits fertiggestellte Nordbrücke und als letztes die Westautobahn als vordringlich. Der Autobahnbau vom Auhof bis zum Gürtel soll deshalb als letztes in Angriff genommen werden, weil zunächst das Verkehrsaufkommen durch den Ausbau der sogenannten Wientalbegleitstraßen, vom Knoten Auhof bis zur Grünbergstraße, bewältigt werden kann. Im Jahre 1965 ist bekanntlich mit der Aufnahme des Kraftfahrzeugverkehrs auf der Westautobahn im Bereich zwischen Preßbaum und Auhof zu rechnen. Ich muß bereits heute mit

./.

aller Deutlichkeit darauf hinweisen, daß durch die langwierigen Verhandlungen mit dem Bund der Bau der Wienflußbegleitstraße am linken Ufer des Flusses im Bereich des Hütteldorfer Bahnhofes erst im Jahre 1965 begonnen werden kann, sodaß für die Weiterleitung des Westverkehrs in das Stadtinnere noch für einige Zeit nur die Wientalstraße am rechten Ufer des Flusses, zwischen Nikolaisteg und St. Veit-Brücke zur Verfügung stehen wird.

Das vom Land Wien erarbeitete Straßennetz erster Ordnung ist auch darauf abgestimmt, nicht nur das innerstädtische Verkehrsaufkommen zu befriedigen, sondern auch jenes des Landes Niederösterreich, dessen Quellen und Ziele rund um Wien liegen. Als Aufgabe höchster Ordnung wird das gleiche System auch den Anforderungen eines Schnittpunktes im Europastraßennetz der Linien Warschau - Rom und London - Istambul gerecht.

Neues Schnellbahnnetz

Die Generaldirektion der Österreichischen Bundesbahnen und das Stadtbauamt haben in gemeinsamer Arbeit ein Schnellbahnnetz von 160 Kilometer Länge mit 95 Haltepunkten erarbeitet, das eine optimale Verbindung der einzelnen Stadtteile miteinander garantiert und vor allem auf die im Stadtplanungskonzept vorgesehene Entwicklung neuer Siedlungsgebiete Rücksicht nimmt. Auch die beiden Verbindungen zwischen Margaretengürtel und Philadelphiabrücke und Heiligenstadt - Engerthstraße sind in diesem Netz vorgesehen.

Dieses übergeordnete Netz des öffentlichen Verkehrs wird in einem engeren Zusammenhang mit dem Netz der Wiener Verkehrsbetriebe zu bringen sein. Beide müssen sich unter Berücksichtigung ihrer besonderen Aufgaben und ihrer verschiedenen Möglichkeiten sinnvoll ergänzen.

Besonders intensiv wurden die Projektierungsarbeiten im Zusammenhang mit der Versorgung der zentralen Bereiche unserer Stadt mit öffentlichen Verkehrsmitteln fortgesetzt. Völlig unbestritten ist dabei die Nord-Süd-Verbindung einer Unterpflasterstraßenbahn von der Wiedner Hauptstraße durch die Innere Stadt zur Praterstraße. Ergänzungen zu diesem Projekt werden derzeit untersucht. Ich hoffe, daß wir das Ergebnis dieser Untersuchungen und auch eine Reihe weiterer im Jahre 1964 erarbeiteter Verkehrsprojekte der Gemeinderätlichen Planungskommission bereits in Kürze zur Beratung vorlegen werden können.

./.

Die Stadtentwicklung bringt es mit sich, daß in zunehmendem Maße Gebiete erschlossen werden, deren Zufahrtswege über Eisenbahnstrecken führen. Obwohl die Auseinandersetzungen zwischen der Stadtverwaltung und den Österreichischen Bundesbahnen über die Teilung der Kosten der Sanierung einer schienengleichen Kreuzung sehr schwierig sind, hoffen wir doch, auch im kommenden Jahr zu Vereinbarungen über die weitere Sanierung schienengleicher Kreuzungen zu kommen. Als besonders erfreulich darf ich vielleicht mitteilen, daß die beiden schienengleichen Kreuzungen in der Altmannsdorfer Straße in Zukunft verschwinden werden, da die Österreichischen Bundesbahnen die Absicht haben, einen dieser Kreuzungspunkte gänzlich aufzulassen und den zweiten durch eine Unterführung der Bahnlinie schienenfrei zu gestalten.

Straßenbauprogramm 1965

Vizebürgermeister Slavik hat bereits darauf hingewiesen, daß die für den Straßenbau vorgesehenen Ausgaben im Jahre 1965 niedriger sein werden als im Jahre 1964. Er hat allerdings gleichzeitig darauf aufmerksam gemacht, daß die Ausgaben beim Brückenbau sehr wesentlich erhöht werden und daß gerade im Jahre 1965 ein Teil unseres Verkehrsbauprogrammes durch die Brückenbauabteilung abgewickelt werden wird. Vielleicht darf ich ergänzend noch darauf hinweisen, daß wir uns, wie ich bereits berichtet habe, im Jahre 1965 vom Bund weitere Straßenbaumittel in der Höhe von mehr als 200 Millionen Schilling erwarten und daß daher in Summe gesehen, auf dem Straßenbausektor im kommenden Jahr mehr geschehen wird als in den Jahren vorher.

Für die bauliche Erhaltung unserer Straßen, die uns große Sorgen bereitet, sind 45 Millionen Schilling vorgesehen.

Für Neubauten soll ein Betrag von 142 Millionen Schilling ausgegeben werden. Für die Regenerierung alter Asphaltbeläge ist erstmalig ein Betrag von 7,8 Millionen Schilling vorgesehen. Für den Neubau beziehungsweise Umbau von Groß- und Hauptverkehrsstraßen stehen 42,5 Millionen Schilling zur Verfügung. Damit sollen der Ausbau des Lastenstraßenzuges von der Linken Wienzeile bis zur Burggasse in Angriff genommen werden, ebenso der Ausbau des Gürtels zwischen Eichenstraße und Südtiroler Platz, der Matzleinsdorfer

./.

Platz und die Linke Wienzeile von der Hofmühlgasse bis zur Morizgasse. In Meidling wird nach Fertigstellung der Stütz- und Futtermauern im Bereich der Unterführung der Breitenfurter Straße unter die Donauländebahn das Straßenbahngleis in die neue Trasse verlegt und von der Wienerbergstraße bis zur Hetzendorfer Straße die Fahrbahn mit einem Asphaltbetonbelag versehen werden. Ferner wird die Schloßallee von der Mariahilfer Straße bis zur Westbahnbrücke, die Felberstraße vom Gürtel bis zur Schweglerstraße, die Lorenz Müller-Gasse und Dresdner Straße von der Brigittenauer Lände bis zur Schongauergasse und die Erzherzog Karl-Straße von der Industriestraße bis zur Rugierstraße ausgebaut. Im 16. Bezirk werden die Asphaltbeläge auf den Rampen zur Spetterbrücke und auf dem Flötzersteig vom Joachimsthalerplatz bis zur Ameisbachbrücke aufgebracht werden.

Die Taborstraße wird bis zur Nordbahnstraße fertiggestellt werden. Der Margaretenplatz soll eine Hartgußasphaltdecke erhalten. In Ottakring wird die Sandleitengasse von der Thaliastraße bis zur Wilhelminenstraße gleichzeitig mit der Verlängerung der Straßenbahnlinie 10 ausgebaut. Im 22. Bezirk wird die Fahrbahn der Breitenleer Straße mit einem neuen Asphaltbelag versehen werden. Im 23. Bezirk wird die Ketzergasse nach Fertigstellung des Unterführungsbauwerkes unter die Südbahn von der Brunner Straße bis zur Perchtoldsdorfer Straße ausgebaut und auf dem Schillerplatz mit der Herstellung eines Autobusbahnhofes begonnen werden.

Weitere Arbeiten werden auf Straßen örtlicher Bedeutung durchgeführt.

Auf den Bundesstraßen werden vor allem die Arbeiten auf der Bundesstraße I größeren Umfang annehmen. Es werden dort die Grünbergstraße von der Schönbrunner Straße bis zur Linken Wienzeile und die Linke Wienzeile von der Grünbergstraße bis zur Schönbrunner Schloßbrücke umgebaut werden. Außerdem ist der Ausbau der linksufrigen Wientalbegleitstraße von der Hochsatzengasse stadtauswärts und der Ausbau der rechtsufrigen Wientalbegleitstraße im Abschnitt Brauhausbrücke bis Knoten Auhof vorgesehen. Im Zuge der neuen Tullner Bundesstraße von Nußdorf Richtung Klosterneuburg wird mit den Vorbereitungsarbeiten für den Ausbau der Heiligenstädter Straße vom Nußdorfer Platz bis zur Stadtgrenze begonnen werden. Auf der Autobahn-Süd werden die Arbeiten am Zubringer Triester

./.

Straße in Inzersdorf bis Ende 1965 abgeschlossen sein. Mit den Arbeiten zur Fortführung der Autobahn von Inzersdorf zum Knoten Favoritenstraße - Grenzackergasse wird begonnen werden.

Brückenbauten

Ein wesentlicher Bestandteil des Straßenbauprogrammes ist in diesem Jahr auch das Brückenbauprogramm. Für den Brückenbau stehen insgesamt 226,036.300 S zur Verfügung, davon 13 Millionen Schilling für die Erhaltung der baulichen Anlagen. Für bauliche Herstellungen ist ein Betrag von 206,650.000 S im Budget enthalten.

Namhafte Beträge sind für die Tunnelarbeiten für die Unterpflasterstraßenbahn eingesetzt, so 60 Millionen Schilling für den Lastenstraßenzug und 70 Millionen Schilling für den Gürtelausbau zwischen Flurschützstraße und Südtiroler Platz. Die Stationen Mariahilfer Straße, Burggasse, Lerchenfelder Straße und Friedrich Schmidt-Platz werden 1965 im Rohbau fertiggestellt sein, sodaß mit dem Innenausbau begonnen werden kann.

Auch die Arbeiten am Gürtel verlaufen plangemäß. Mitte September wurde mit den Arbeiten zur Herstellung der Tunnelwände angefangen. Die Verlegung der Einbauten im Raume des Matzleinsdorfer Platzes sind so gut wie abgeschlossen.

Im Jahre 1965 sollen auch die Umbauarbeiten der Lobkowitzbrücke begonnen werden. Zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse und als Voraussetzung für den späteren Ausbau der Philadelphiabrücke ist eine Brücke über die Südbahn im Zuge der Wienerbergstraße - Ruckergasse im Bau. Die Fertigstellung des Fußgehersteges über den Flötzersteig ist ebenfalls schon in Kürze zu erwarten. Als weitere Brückenbauwerke möchte ich noch die Schierlinggrundbrücke über das Mühlwasser im Zuge des Kapellenweges und ein Brückenbauwerk über die Stadtbahn und den Wienfluß in Verlängerung des Margaretengürtels zur Linken Wienzeile erwähnen. Zur Verbesserung des Fußgeherverkehrs am Praterstern ist der Bau eines weiteren Personentunnels geplant. Für die Brückenbauwerke, durch die der Flötzersteig an die Westeinfahrt angebunden werden soll, sind Vorarbeiten vorgesehen. Das generelle Projekt der vierten Strombrücke vom Kaisermühlendamm bis zur Wehlistraße ist so weit entwickelt, daß es dem Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau vorgelegt werden kann. Mit den Arbeiten an dieser Brücke könnte, sofern der Bund damit

./.

einverstanden ist, noch im Jahre 1965 begonnen werden.

Schutzwasserbau

Für den Schutzwasserbau werden wir 21,750.000 Schilling ausgeben. Unter den wichtigsten Arbeiten sind der Umbau der Nußdorfer Schleuse, die Liesingbachregulierungsarbeiten im Baulos Liesing-Ost und ein Betrag von zwei Millionen Schilling zu nennen, mit dem die Arbeiten zum verbesserten Hochwasserschutz am rechten Donauufer begonnen werden sollen. Zur Erschließung eines bedeutenden Schwefelwasservorkommens in Ober-Laa werden in Kürze Bohrungen aufgenommen werden.

Für den Verkehrswasserbau steht ein Betrag von 14,1 Millionen Schilling zur Verfügung. Damit soll in den Häfen Freudenau, Albern und Lobau weiter gebaut werden. Nicht unerwähnt sei auch die Errichtung der Tankerreinigungsanlage, die auf Grund von Empfehlungen der Donaukommission und im Einvernehmen mit der Obersten Schifffahrtsbehörde am westlichen Ufer des Zufahrtskanales zum Hafen Lobau entstehen wird.

Ich habe bereits anläßlich der letzten Budgetdebatte über die Wassergüteuntersuchungen der Donau berichtet und kann heute mitteilen, daß das Ergebnis dieser Untersuchung bereits vorliegt. Auf Grund der Ergebnisse besteht kein Zweifel, daß der Donaukanal einer Sanierung bedarf. Auch bei einer gewissen Verlagerung der Stadtentwicklung auf das linke Ufer der Donau werden in Zukunft am rechten Ufer mehr als 80 Prozent der Bevölkerung wohnen, sodaß mit der geplanten Errichtung einer Kläranlage am Donaukanal der weitaus größte Teil der Verunreinigungen der Donau beseitigt werden wird. Im Vergleich zu den Abwässern am rechten Ufer der Donau, sind die Abwässer aus dem Gebiet links der Donau mengenmäßig von untergeordneter Bedeutung. Erschwerend ist nur, daß in Abwässern der Industrie und des Gewerbes Stoffe in die Donau gelangen, die deren Selbstreinigungskraft nachteilig beeinflussen. Es ist daher im Rahmen des Projektes zur Verbesserung des Hochwasserschutzes auch die Errichtung eines Hauptsammelkanals entlang dem Hubertusdamm von Jedlesee bis zu einer Kläranlage in der Nähe des Lobgrundtores geplant.

./.

Hochwasserschutz

Den Schutz des Stadtgebietes gegen Hochwässer der Donau hat derzeit im wesentlichen ein System von Dämmen zu übernehmen. die den Strom zu beiden Ufern begleiten. Dieses Schutzsystem setzt am linken Ufer am Fuße des Bisamberges, am rechten Ufer der Donau beim Leopoldsberg an. Es wurde in den Jahren 1870 1875 errichtet und für die Abfuhr von zirka 10.000 Kubikmeter pro Sekunde bemessen.

Obwohl in den zurückliegenden Jahrzehnten gewisse Verbesserungen an den Schutzanlagen durchgeführt und mit ihnen zum Teil auch eine Vergrößerung des Abflußquerschnittes erreicht wurde, haben Untersuchungen seit der Jahrhundertwende und insbesondere die Erfahrungen aus dem Hochwasser 1954 ergeben, daß eine Verbesserung des Hochwasserschutzes der Bundeshauptstadt unbedingt notwendig ist.

Da im Raum von Wien mit einer Hochwassermenge bis zu 14.000 Kubikmeter pro Sekunde gerechnet werden muß, muß das bestehende Schutzsystem wesentlich verbessert werden. Die Bundeswasserbauverwaltung ist der Meinung, daß eine Erhöhung der bestehenden Dammanlagen unter grundsätzlicher Beibehaltung des Profiles der Donau zwischen rechtem Ufer und Hubertusdamm am linken Ufer des Stromes diesen Anforderungen genügen würde.

Das Stadtbauamt steht hingegen auf dem Standpunkt, daß die bloße Erhöhung der Dämme, deren Zustand bereits anläßlich des Hochwassers 1954 Anlaß zu großen Sorgen gegeben hat, nicht ausreicht, um jede Gefährdung der Stadtgebiete links und rechts der Donau mit Sicherheit auszuschließen. Das Projekt, welches von der Stadt Wien ausgearbeitet wurde und mit aller Konsequenz vertreten wird, sieht die Vergrößerung des Abflußquerschnittes der Donau durch Schaffung eines Hochwasser-Entlastungskanales im heutigen Überschwemmungsgebiet vor, der etwa 6.000 Kubikmeter von den zu erwartenden 14.000 Kubikmeter pro Sekunde abzuführen in der Lage ist. Das Aushubmaterial dieses neuen Gerinnes würde einerseits zur Verstärkung des Huberutsdammes, anderseits zur Anschüttung einer etwa 200 Meter breiten Insel im Überschwemmungsgebiet verwendet werden, deren Niveau wesentlich höher als das höchste zu erwartende Hochwasser liegen würde. Die heute weitab vom Handelskai

./.

im Zuge der Wehlistraße - Engerthstraße verlaufende sogenannte Hochkante würde in Form eines etwa drei Meter hohen Dammes unmittelbar an die rechte Uferkante der Donau herangerückt werden. Dieser Damm würde auf weit ausgezogenen flachen Böschungen die Möglichkeit zur Schaffung von Grünanlagen und Erholungsflächen zwischen den Bahnanlagen am Handelskai und dem Donaustrom ergeben.

Die neu entstehende hochwasserfreie Insel zwischen Entlastungskanal und Donaubett würde auf einer Fläche von etwa 3,5 Millionen Quadratmeter die Befriedigung dringender Bedürfnisse der erholungssuchenden Bevölkerung aus den dicht bebauten Bezirken Wiens ermöglichen. Bädern, Sport- und Gartenanlagen in einem Gebiet, das mitten in der Stadt liegt, dessen verkehrsmäßige Erschließung ausgezeichnet gewährleistet ist, kommt vom Standpunkt der Gesundheit der durch Abgase und Lärm immer mehr gefährdeten Großstadtbevölkerung die allergrößte Bedeutung zu. Die Stadt Wien kann daher auf den mehrfachen Wert dieses Projektes nicht deutlich genug hinweisen.

Das große Jahr des Gartenamtes

Das große Jahr des Wiener Stadtgartenamtes ist vorüber. Die Wiener Internationale Gartenschau 1964 war, so wird uns von in- und ausländischen Fachleuten immer wieder versichert, in jeder Beziehung ein großer Erfolg. Der Donaupark ist seit Mitte Oktober als öffentliche Parkanlage in Betrieb. Er wird im kommenden Jahr gewisse Umgestaltungen erfahren. Ich betone ausdrücklich, daß nicht daran gedacht ist, den Donaupark für den Kraftfahrzeugverkehr zu öffnen. Lediglich zum Donauturm und zum Seerestaurant werden beschränkte Zufahrtsmöglichkeiten bestehen. Zu meinem großen Bedauern muß ich berichten, daß der Donaupark nach Beendigung der Internationalen Gartenschau Woche für Woche von Vandalen heimgesucht wird, die nicht nur Blumen samt ihren Wurzeln ausreißen, sondern auch mutwillig Pflanzen und Einrichtungen demolieren.

Wir hatten im Jahre 1964 in Wien wieder einen Grünflächenzuwachs von 1,2 Millionen Quadratmeter zu verzeichnen. Das Stadtgartenamt verwaltet und betreut derzeit 15,4 Millionen Quadratmeter Gärten und Grünflächen. Für die Erhaltung dieser Anlagen steht im Jahre 1965 ein Betrag von 10,050.000 Schilling zur Verfügung. Für bauliche Herstellungen soll ein Betrag von

./.

58.5 Millionen Schilling aufgewendet werden.

An bedeutenden Arbeiten darf ich erwähnen den weiteren Bau von Grünanlagen am linken und rechten Donaukanalufer im 1., 2., 3., 9., 19. und 20. Bezirk, die Fertigstellung des Schulverkehrsgartens im Prater, die naturverbundene Sanierung des unteren Heustadlwassers, die Errichtung kleiner Grünanlagen in den Assanierungsgebieten Lichtental und Braunhirschengrund und die Umgestaltung einiger Gartenanlagen in verschiedenen Bezirken.

Öffentlichkeitsarbeit

Wie in den vergangenen Jahren haben wir auch 1964 versucht, die Wiener Bevölkerung über die Absichten, Pläne und Projekte des Wiener Stadtbauamtes zu informieren, und zwar unter Zuhilfenahme der verschiedensten Informationsmittel. Das Jahr 1964 war - nicht zuletzt durch die Wiener Internationale Gartenschau - vor allem durch eine außerordentlich starke Führungstätigkeit gekennzeichnet. Mehr als 1600 Führungen wurden heuer von den Ingenieuren des Stadtbauamtes durchgeführt; unter den Besuchern waren zahlreiche ausländische Persönlichkeiten und Personengruppen.

Auch die rege Publikationstätigkeit des Stadtbauamtes konnte im Jahre 1964 fortgeführt werden. Über einige interessante Einzelobjekte wurden Broschüren hergestellt, und die Kurzinformationen über Wien, eine vor allem bei ausländischen Besuchern beliebte Unterlage, wurden völlig neu überarbeitet. Für die Fachzeitschrift des Wiener Stadtbauamtes 'Der Aufbau' war das heurige Jahr durch den Tod seines Hauptschriftleiters Senatsrat Rudolf Boeck überschattet. Er wurde als Hauptschriftleiter durch ein Redaktionskomitee ersetzt, dessen Vorsitzender der Stadtbaudirektor ist. Ich möchte entgegen anderslautenden Meldungen ausdrücklich festhalten, daß sich dadurch am Wesen der Fachzeitschrift des Wiener Stadtbauamtes nichts ändern wird. Der 'Aufbau' wird das bleiben, was er immer war, ein Mittler für Wissen, ein Organ für objektive Kritik und eine Plattform zur fachlichen und sachlichen Diskussion.

Die Ausstellungstätigkeit des Stadtbauamtes war auch in diesem Jahr wieder sehr rege. Die Stadt Wien zeigte ihre Ausstellungen 'Wien Stadt der Arbeit, Stadt der Kunst" und 'Festliches Wien' in den dreifinnischen Städten Helsinki, Tampere und Turku sowie in

./.

Bern und in Rotterdam und die Darbietung der Ausstellungen kann sowohl was die Besucherzahl, als auch was das Presseecho betrifft, als voller Erfolg für die Stadt Wien bezeichnet werden. Aber auch in Wien wurde heuer eine große Zahl von Informationsschauen abgehalten.

Zahlreiche Herren des Stadtbauamtes wirkten an den Forschungsarbeiten in- und ausländischer Fachorganisationen mit und erläuterten auf Kongressen und Arbeitstagungen die Bautätigkeit in unserer Stadt.

Die Großstadtkritik ist nachgerade zu einer lieben Mode geworden. Immer wieder bekommt man zu hören, unsere großen Städte seien - beschleunigt durch Industrialisierung und Motorisierung - zum Absterben verurteilt, sie seien Verfallserscheinungen in der Entwicklungsgeschichte der Menschheit, Wucherungen am Volkskörper und vieles mehr. Da wird das gesunde, idyllische Landleben den verpesteten Großstädten gegenübergestellt und immer wieder werden von durchaus ernstzunehmenden Kreisen Vorschläge für ihre friedliche Zerstörung gemacht. Man möge mich nicht falsch verstehen: Wir sind weit davon entfernt, unsere Stadt für die beste aller denkbaren zu halten, wir wissen nur zu gut um ihre Mängel und Fehler. Aber eines sei hier mit aller Deutlichkeit festgestellt: ungeachtet der Kassandrarufe in sogenannten österreichischen Nachrichtenmagazinen, die sich dann brav in solchen anderer Länder "spiegeln', glauben wir an unsere großen Städte, glauben wir an unser Wien und an seine Zukunft. Wenn Oswald Spengler formuliert: '..... Weltgeschichte ist die Geschichte des Stadtmenschen. Völker, Staaten, Politik und Religion, alle Künste, alle Wissenschaften beruhen auf einem Urphänomen menschlichen Daseins: der Stadt', dann bekennen wir uns zu diesem Gedanken. Die Stadt hat menschlichen Geist, menschliche Kultur zu ihren größten Höhen geführt; Staaten werden nach ihren großen Städten beurteilt, von deren Wirtschaftskraft, von deren kulturellem Potential sie getragen sind - nicht umgekehrt, wie man uns manchmal glauben machen will.

Wenn wir aber die Stadt als notwendig und positiv erkannt haben, dann müssen wir alles in unserer Macht stehende unternehmen und an ihrer planmäßigen Erneuerung, ihrer systematischen Anpassung an die Erfordernisse der Zeit arbeiten. Wir müssen die Entwicklung der kommenden Jahrzehnte unserer Stadt vorbereiten, wobei wir das menschliche Maß dieser schönen Stadt unter allen Umständen erhalten wollen. Wien muß Weltstadt bleiben, sie darf keine 'Aller-Weltstadt' werden."

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

Überreichung der Kainz-Medaille an Hilde Krahl und Gustav Manker

16. Dezember (RK) Im Rahmen einer Feierstunde im Stadtsenatssaal des Rathauses überreichte heute vormittag Bürgermeister Jonas die Josef Kainz-Medaille der Stadt Wien 1964 an die Schauspielerin Hilde Krahl und Oberregisseur Professor Gustav Manker. Der Schauspieler Hans Holt, der ebenfalls zu den diesjährigen Trägern der Kainz-Medaille zählt, ist gegenwärtig auf Tournee. Er erhielt daher die Auszeichnung bereits am 26. November überreicht.

An der musikalisch umrahmten Feier - das Europäische Streichquartett spielte Musik von Josef Haydn und W.A. Mozart - nahmen seitens der Stadt Wien neben Bürgermeister Jonas die Vizebürgermeister Slavik und Mandl, die Stadträte Bock, Dr. Drimmel, Glaserer, Koci und Schwaiger sowie Magistratsdirektor Dr. Ertl teil. Unter den Festgästen sah man mehrere Mitglieder des Gemeinderates und zahlreiche prominente Vertreter des Wiener Kunst- und Theaterlebens.

Nach der musikalischen Einleitung las Kammerschauspieler Hans Thimig aus den Tagebuchaufzeichnungen von Hugo Thimig "Der Schauspieler Josef Kainz".

Dann stellte Vizebürgermeister Mandl die diesjährigen Träger der Josef Kainz-Medaille vor. Er sagte:

"Vor fast sieben Jahren, am 2. Jänner 1958, hat der Wiener Gemeinderat anläßlich des 100. Geburtstages des großen österreichischen Schauspielers Josef Kainz die Stiftung einer Kainz-Medaille beschlossen. Seither wird diese repräsentative Auszeichnung der Theaterstadt Wien jedes Jahr einer Schauspielerin, einem Schauspieler und einem Regisseur verliehen, und zwar für die besten schauspielerischen bzw. regielichen Leistungen an einer Wiener Bühne in dem jeweils vorangegangenen Spieljahr.

Die Kainz-Medaille soll durch ihren Namen Vergangenheit und Gegenwart des Wiener Theaters verbinden. Sie wurde in der löblichen Annahme gestiftet, daß wir die glanzvolle Tradition des Wiener Theaters am besten dadurch ehren, daß wir jene Theaterpersönlichkeiten auszeichnen, die diese Tradition in unserer Zeit fortsetzen, neu beleben und weiter ausbauen.

./.

Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, hat eine aus namhaften Wiener Theaterkritikern zusammengesetzte Jury, der ich auch in diesem Jahr für ihre nicht leichte und unentgeltlich geleistete Arbeit herzlichen Dank sage, für das Jahr 1964 einstimmig folgende Entscheidung getroffen und dem Herrn Bürgermeister vorgeschlagen:

Frau Hilde Krahl erhält die Josef Kainz-Medaille für die Darstellung der Karin in der Komödie "Kolportage" von Georg Kaiser und für die Darstellung der Martha in dem Stück "Wer hat Angst vor Virginia Woolf...?" von Edward Albee, beide im Theater in der Josefstadt.

Herr Hans Holt für die Darstellung des George in dem Stück "Wer hat Angst vor Virginia Woolf...?" und

Herr Professor Gustav Manker für die Inszenierung von Shakespeares "Troilus und Cressida" und von dem Schauspiel "Verbrecher" von Ferdinand Bruckner, beide im Volkstheater.

Die Kainz-Medaillen werden für spezielle persönliche Leistungen vergeben, das schließt aber nicht aus, daß ihre Verleihungen auch eine Ehrung für die Theater bedeuten, an denen die Ausgezeichneten ihre Leistungen vollbrachten. Unser Gruß und Dank gilt daher auch in diesem Jahr den Ensembles jener Theater, an denen Hilde Krahl, Hans Holt und Gustav Manker in Wien tätig sind, den Mitgliedern des Theaters in der Josefstadt und des Volkstheaters.

Vorstoß in neue Dimensionen des Charakterfaches

Herr Hans Holt kann infolge einer Gastspielverpflichtung an der heutigen Feier nicht teilnehmen; er hat die Kainz-Medaille bereits im Rahmen einer kleinen intimen Feier im Arbeitszimmer des Herrn Bürgermeisters erhalten.

Holts schauspielerische Leistung in dem berühmten Stück von Edward Albee würdigten Kritiker und Juroren vor allem als einen bedeutsamen Vorstoß des beliebten und geschätzten Künstlers in ganz neue Dimensionen des Charakterfaches.

./.

Eine 'Schauspielerin voller Wunder'

Hilde Krahl, die wir in unserer Mitte herzlich begrüßen, ist eine Schauspielerin, die sich nicht leicht einordnen und charakterisieren läßt. Ein deutscher Regisseur hat sie als eine 'Schauspielerin voller Wunder' bezeichnet, deren virtuoses Spiel jede innere Entwicklung, alle Wandlungen und Schwankungen der Gefühle glaubhaft zu machen versteht.

Geboren in Kroatien, in Brod an der Save, kam sie schon als Kind nach Wien, besuchte hier das Gymnasium und dann die Musikakademie, um Pianistin zu werden. Aus dem Musikunterricht wurde aber bald ein Schauspielunterricht und aus der Schauspielschülerin 1935 eine Debütantin in dem in unserer Erinnerung nun schon verklärten Kabarett 'Literatur am Naschmarkt'. Ihre Paula Wessely-Parodie auf dieser Kabarettbühne ist zumindestens lokalberühmt geworden. Über die Scala kam Hilde Krahl bereits 1936 an das Theater in der Josefstadt, zwei Jahre später wurde sie von Heinz Hilpert auch an das Deutsche Theater Berlin verpflichtet. Von 1945 bis 1952 war Frau Krahl Mitglied der Hamburger Kammerspiele, dann wieder des Theaters in der Josefstadt, später des Burgtheaters.

In den letzten Jahren spielte sie neben verschiedenen deutschen Bühnen auch im Volkstheater und erneut im Josefstädter Theater, in dem ihr Aufstieg begonnen hat und in dem sie, unserer Erinnerung nach, auch einige ihrer bedeutendsten Rollen gespielt hat, denken wir nur an ihre Nora, ihre Königin Christine, später an ihre Johanna von Lothringen in dem Stück von Maxwell Anderson, an ihre Mariana Pineda von Lorca, an 'Die Dame ist nicht fürs Feuer' von Christopher Fry.

Der berühmte schwedische Theater- und Filmregisseur Ingmar Bergman bezeichnete das Theater als seine Liebe und den Film als seine Leidenschaft. Ich weiß nicht, wie das bei der Schauspielerin Hilde Krahl ist; es gab jedenfalls eine Zeit im deutschen Film, da bedeutete der Name Hilde Krahl das eine wie das andere. Ich erwähne nur die wichtigsten Titel dieser großartigen Filmkarriere: 'Mädchenpensionat' - Österreich 1936: 'Serenade', ein Film von Willi Forst; 'Der Postmeister'; 'Komödianten', ein Film von Georg Wilhelm Pabst; 'Träumerei'; 'Liebe 47' und 'Der Weibsteufel' nach dem Schauspiel von Karl Schönherr. Von den späteren Filmen sind

./.

dann, glaube ich, vor allem der Suttner-Film 'Herz der Welt', '1.April 2000', 'Kinder, Mütter und ein General' und 'Ein Glas Wasser' hervorzuheben. Es spricht aber für die Schauspielerin Hilde Krahl, daß sie niemals zum Filmstar wurde, daß es für ihr Publikum selbstverständlich war, sie zwischen zwei Filmen auf der Bühne als Maria Stuart oder Lady Macbeth zu sehen.

Die beiden Rollen, für die Hilde Krahl nun die Kainz-Medaille der Stadt Wien erhält, sind zwei weitere Gipfelpunkte ihrer Theaterkarriere. Wir alle sind davon überzeugt, sehr verehrte gnädige Frau, daß noch viele weitere Gipfelpunkte folgen werden und hoffen, daß Ihre familiäre Bindung an Wien wieder zu einer verstärkten Theatertätigkeit in unserer Stadt führen wird.

Ein Beweis künstlerischer Vielfalt

Daß Professor Gustav Manker die Kainz-Medaille für eine Shakespeare-Inszenierung und für eine geglückte Verlebendigung eines Ferdinand Bruckner-Stückes erhält, ist ein Beweis seiner künstlerischen Vielfalt. Es gi t nur wenige Regisseure, die so wie er in keiner Weise festgelegt sind. Seine Inszenierung von Schillers 'Räubern' ist ebenso berühmt geworden wie die meisten seiner Nestroy-Inszenierungen und, was dabei ebenso wichtig ist, Nestroy-Ausgrabungen. Seine bedeutendsten Regieleistungen umfassen neue Blickpunkte auf deutsche und österreichische Klassiker, ein tiefes Einfühlungsvermögen in moderne amerikanische Bühnenstücke, den Kampf um die bleibende Geltung Frank Wedekinds und die liebevolle Pflege des wienerischen und darüber hinaus österreichischen Volksstückes. Da Professor Manker von der Bühnenbildnerei kommt und daher von der optischen Sicht her zum Regisseur geworden ist, hat er jene unmittelbare, direkte Beziehung zum Theater, die man aus jeder seiner Inszenierungen herauslesen kann.

Zu Beginn seiner Bühnenlaufbahn war Gustav Manker auch Schauspieler und zwar in Bielitz, wohin er 1936 nach dem Besuch des Reinhardt-Seminars für zwei Jahre verpflichtet wurde. Als Bühnenbildner war er Schüler von Roller und Strnad.

./.

1938 kam Manker zunächst als Bühnenbildner ans Volkstheater, dem er nun mehr als 25 Jahre angehört. Er arbeitete daneben aber auch für andere Wiener Bühnen; es gibt, glaube ich, kaum ein Wiener Theater, für das Gustav Manker nicht schon Bühnenbilder entworfen hat. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde aus dem originellen Bühnenbildner immer mehr der ebenso originelle wie profilierte Regisseur und schließlich der Oberregisseur des Volkstheaters, dem wir in den letzten Jahren so großartige Inszenierungen wie 'Frühlingserwachen', 'Musik' und 'König Nicolo' von Frank Wedekind, 'Frau Suitner' von Karl Schönherr, 'Viel Lärm um Nichts' von Shakespeare, 'Mutter Courage und ihre Kinder' und 'Der kaukasische Kreidekreis' von Bert Brecht, 'Gespenster' von Ibsen, 'Eine Wohnung zu vermieten' und vor kurzem 'Liebesgeschichten und Heiratssachen' von Nestroy zu verdanken haben. Wir freuen uns auch schon auf seine Inszenierung von Nestroys 'Haus der Temperamente' im Theater an der Wien für die Wiener Festwochen 1965.

Gustav Manker ist auch im Ausland, in Berlin, Stuttgart, Zürich und Basel ein beliebter Regisseur; er ist jedoch dem Volkstheater, der Stätte seines Aufstieges, stets treu geblieben und wird dieser Bühne hoffentlich, das wünschen wir ihr und uns, auch in Zukunft die Treue bewahren.

Ich beglückwünsche die beiden neuen Träger der Kainz-Medaille und bitte nun den Herrn Bürgermeister, die Verleihung vorzunehmen."

Anschließend hielt Bürgermeister Jonas die Festrede, in der er sagte: "Der schöne, heute zitierte Schiller-Satz, daß der Menschheit Würde in die Hand des Künstlers gegeben ist, sollte nicht einfach als klassisches Zitat, sondern als eine Forderung und als eine Aufgabe verstanden werden. Der erfolgreiche Künstler, besonders der am Theater tätige Künstler, stand in Wien schon immer im gesellschaftlichen Mittelpunkt und ist auch heute ein Leitbild, vor allem für junge Menschen.

Der Beruf des Schauspielers - und seit Reinhardt auch der des erfolgreichen Regisseurs - wird mit vollem Recht als etwas Besonderes, als eine Berufung angesehen. Allerdings sind manchmal abenteuerliche Vorstellungen damit verbunden. Unter dem Einfluß der Sensationspresse und des Starwesens haben sich diese Leitbilder zum Teil verschoben oder haben Formen angenommen, die nichts mehr mit Kunst, sondern nur mehr mit Geschäft zu tun haben.

./.

Dem im positiven Sinn entgegenzuwirken, im Sinne der Forderung Schillers nach der Bewahrung der Würde des Menschen durch die Künstler, ist eine Aufgabe unserer Zeit, eine Aufgabe vor allem im Dienste der Jugend.

Anerkennung der ernsten künstlerischen Arbeit

Wenn wir die Stiftung der Kainz-Medaille einmal von dieser Seite betrachten, so dient sie gewiß auch in dieser Weise einem guten Zweck, nämlich dem Herausstellen, dem Hervorheben der wahren Leistungen, der öffentlichen Anerkennung der ernsten künstlerischen Arbeit, der, fast möchte ich sagen, pädagogischen Reduzierung auf die echten Werte.

Wenn wir uns die Namen der bisherigen Träger der Kainz-Medaillen ansehen, so haben wir eine von Jahr zu Jahr wachsende Auslese vor uns, die nicht nur sich allein, sondern alle jene repräsentiert, für die ihr schöner Beruf wirklich eine Berufung ist.

Auch die neuen Träger der Kainz-Medaille reihen sich hier würdig ein.

Hilde Krahl ist eine Schauspielerin, der man es am Beginn ihrer Karriere sehr leicht gemacht hat. Wir haben gehört: es kamen bald die großen Theater; es kam bald der Film, es kam bald Anerkennung und damit die Möglichkeit, es sich nun selbst sehr leicht zu machen. Hätte sie das getan, wäre wahrscheinlich ihre Begabung, wie die so vieler Anderer, im Laufe der Jahre versandet, wäre sie nicht die Krahl geworden.

Ähnliche Gesichtspunkte gelten für den Schauspieler Hans Holt.

Der jetzige Oberregisseur des Volkstheaters, Professor Gustav Manker, hat einst als Bühnenbildner des Volkstheaters seine eigentliche Karriere begonnen und sich dort im besten Sinne des Wortes emporgearbeitet, Leistung an Leistung gereiht, bis er zu einer wesentlichen Persönlichkeit des Wiener Theaterlebens geworden ist.

Ich überreiche Ihnen nun, verehrte Ehrengäste, die Kainz-Medaille für das Jahr 1964 in Würdigung der erwähnten besonderen Leistungen in der vorigen Theatersaison, in Würdigung Ihrer Vorbildlichkeit für Ihre Kollegen und mit den besten Wünschen für weitere Erfolge.

./.

Ich überreiche sie aber auch als Auszeichnung für Sie, die Sie dem Wiener Theater seit mehr als 25 Jahren nicht nur alle Ehre gemacht haben, sondern auch dem Theaterpublikum unzählige schöne Stunden zu bereiten wußten. Ähnlich schöne Stunden erhoffen wir uns auch in Zukunft."

Nach der Überreichung der Medaillen durch Bürgermeister Jonas dankte Professor Gustav Manker im Namen der Ausgezeichneten. In seinen Dankesworten sagte er:

"Es erscheint mir kein Zufall, daß von allen den zahlreichen erlauchten österreichischen Schauspielernamen gerade Josef Kainz einen so alles überstrahlenden Nimbus sich erhalten konnte. Er ist uns, scheint mir, ein Symbol geworden, ein Symbol für den emanzipierten autonomen Schauspieler, der aus eigener Kraft und genialer Begabung Theater verwirklichen kann, Theater, das ganz aus sich selbst besteht, frei und lebendig, unbelästigt von Literaten und Dramaturgen, zwar im Dienste der Dichtung, aber nur der wirklichen Theaterdichtung, die ihre eigenen Gesetze hat und aus sich selbst bestehen kann und muß.

Diese stolze Selbständigkeit ist in Wien nie ganz verloren gegangen, sie hat sogar einmal sichtbaren Ausdruck gefunden in dem Namen, den sich ein Ensemble gegeben hat: Die Schauspieler im Theater in der Josefstadt unter der Führung - auch eines Genies des österreichischen Theaters - Max Reinhardts. Bewahren wir uns diese Freiheit und Selbständigkeit des Komödiantischen an sich, wir werden damit meiner Meinung nach Josef Kainz lebendig erhalten und den Sinn dieser Verleihung erfüllt haben!"

\- - -

Historisches Museum ergänzt Schwind-Sammlung

16. Dezember (RK) Mitte Oktober fand in München bei der Firma Karl & Faber eine Versteigerung von Kunstwerken statt, bei der sich die Leitung des Historischen Museums der Stadt Wien wertvolle Bestände sichern konnte. Die Auktion umfaßte unter anderem die letzten und schönsten Stücke aus dem Nachlaß der mit 94 Jahren verstorbenen jüngsten Tocher des berühmten Malers Moritz von Schwind, Frau Helene von Ravenstein. Schon bei der Vorbesichtigung ergab sich, daß Zeichnungen und Aquarelle aus der Wiener Zeit Schwinds vorlagen, deren Erwerbung für das Historische Museum von besonderer Bedeutung ist. Es handelte sich um eine Abrundung sehr bedeutender Bestände an Wiener Arbeiten des Meisters, die bereits im genannten Hause gesammelt werden konnten.

Bei der Versteigerung fielen dem Historischen Museum sechs Blätter zu, die Moritz von Schwind 1825 zu dem Epos "Rudolf von Habsburg" von Ladislaus Pyrker angefertigt hat. Ferner wurden Zeichnungen Schwinds, die nach noch nicht zur Gänze erklärten romantischen Vorbildern entstanden sind, angekauft.

Im Verlauf der Auktion konnte auch ein Blatt des Wiener Malers Josef Binder erstanden werden, der damit zum erstenmal im Historischen Museum aufscheint. Weiter wurde ein Blatt von Friedrich Overbeck angekauft, das dieser in den wenigen Jahren, die er als junger Künstler in Wien verbrachte, angefertigt und signiert hat. Schließlich konnte ein kleines, auf eine Kupferplatte gemaltes Olbild des berühmten Landschaftsspezialisten Johann Christian Brand in den Besitz des Historischen Museums gebracht werden, das entgegen den Katalogsangaben volle Signatur und Datierung aufweist.

In seiner letzten Sitzung hat der Gemeinderatsausschuß III die bei der Teilnahme an der Münchner Auktion notwendig gewordene Überschreitung der zur Verfügung stehenden Geldmittel um 120.000 Schilling gutgeheißen.

\- - -

Wiener Stipendien für die Diplomatische Akademie

16. Dezember (RK) In seiner letzten Sitzung hat der Gemeinderatsausschuß III beschlossen, daß die Stadt Wien drei Jahresstipendien für jene begabten, unbemittelten, graduierten Akademiker stiftet, welche die Diplomatische Akademie in Wien besuchen wollen. Die Vergebung dieser Stipendien erfolgt über das Kuratorium des vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten errichteten Stipendienfonds der Diplomatischen Akademie.

Die genannten Stipendien sollen für die Dauer des Studiums an der Akademie, also derzeit für drei Semester vergeben werden. Ihre Flüssigmachung wird jedes Semester vom Nachweis des Fortbestandes der Voraussetzungen für die Verleihung des Stipendiums abhängig gemacht. Die finanzielle Zuwendung schließt sowohl die Studien- wie auch die Internatskosten in der Diplomatischen Akademie ein.

\- - -

Georg Oeggl zum Gedenken

16. Dezember (RK) Auf den 17. Dezember fällt der 10. Todestag des Opernsängers Georg Oeggl.

Er wurde am 2. August 1900 in Innsbruck geboren und fiel bereits als Knabe durch seine schauspielerische Begabung auf. Nach Gesangsstudien in München und Mailand begann er seine Laufbahn als Chorsänger des Stadttheaters Zürich und erhielt schon im ersten Jahr Solopartien. Oeggl, der über eine wohltimbrierte, sorgsam geführte Baritonstimme verfügte, eignete sich rasch ein großes Repertoire an und ging über die Bühnen von Koburg und Würzburg 1939 an die Wiener Volksoper, wo er sich als überaus verwendungsfähiger Künstler erwies. Er sang alle Hauptpartien des lyrischen Baritonfachs, und wurde auch zu Gastspielen in der Staatsoper, später im Theater an der Wien verpflichtet. Georg Oeggl war aber auch ein feinsinniger Liedersänger und ein vorzüglicher Interpret volkstümlicher Singweisen. Mit ihm hat das Wiener Musikleben eine profilierte, in weiten Kreisen hochgeschätzte Künstlerpersönlichkeit verloren.

\- - -

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:

Die Debatte über Bauangelegenheiten

GR. Lauscher (KLS) verweist darauf, daß auf dem Bausektor für den größten Teil der Bevölkerung vor allem der Wohnhausbau interessant ist. Versprochen wird für das kommende Jahr der Bau von 5000 Wohnungen, 1000 davon in Montagebauweise. Wenn man aber die Budgetansätze für diesen Zweck, es sind 875 Millionen, mit den tatsächlichen Baukosten laut Kontrollamtsbericht, unter Berücksichtigung der Steigerung des vergangenen Jahres vergleicht, so würden für den Bau dieser 5000 Wohnungen 910 Millionen Schilling benötigt werden. Da man also kaum mit einer Baukostensenkung rechnen kann, muß angenommen werden, daß man plant, kleinere Wohnungen zu bauen, was überaus bedauerlich wäre. Im Interesse der Bevölkerung wäre eine Kapazitätssteigerung beim kommunalen Wohnhausbau dringend notwendig. Nach den glänzenden Erfolgen auf dem Montagebausektor, müßte die Anwendung dieser Bauweise in größeren Maße erfolgen. Durch die Errichtung von zwei bis drei weiteren Montagebaufabriken könnten jährlich zusätzlich um 2000 bis 3000 Wohnungen mehr errichtet werden. Es hat sich ja bekanntlich auch bereits eine private Firma angeboten, eine derartige Fabrik zu errichten, wenn die Gemeinde die Abnahme einer gewissen Zahl von Wohnungen garantiert. Die Wohnbaukapazität könnte also erhöht werden. Da Vizebürgermeister Slavik gesagt hat, daß es sich beim Wohnbau nicht um eine Geldfrage handelt, sondern die voll ausgenützte Baukapazität keinen stärkeren Wohnungsbau ermögliche, wäre die verstärkte Verwendung der Montagebausweise vielleicht ein Hoffnungsschimmer.

Der Redner verweist sodann auf die Bautätigkeit der Bundesregierung, die leider nicht die versprochene Höhe erreicht hat. Die Stadtverwaltung müßte ihren Einfluß geltend machen und auch die Bundesregierung zur Einhaltung der versprochenen Wohnbautätigkeit veranlassen. Ein diesbezügliches Verhandlungskomitee der beiden Regierungsparteien auf Bundesebene über Wohnbaufragen ist leider bisher noch zu keinem Ergebnis gekommen. Es ist zu hoffen, daß zumindest die Sozialistische Partei bei diesen Verhandlungen nicht von ihrem Standpunkt abgehen wird, daß eine allgemeinde Mietzinserhöhung nicht zum Bau von mehr Wohnungen führen würde und eine

./.

derartige Belastung der Bevölkerung auch nicht zumutbar wäre. Als unleidliches Kapitel bezeichnet der Redner die Bauzeitüberschreitungen. Es müßten ernste Maßnahmen getroffen werden, um diesem Übel zu Leibe zu rücken. Wenn man 5.000 Wohnungen jährlich verspricht, dann muß man alles daransetzen, um dieses Versprechen auch zu halten. Eine verstärkte Heranziehung der Fertigteilbauweise wäre daher sehr zweckmäßig. Sie würde nicht nur eine Bauzeitverkürzung ermöglichen, sondern auch eine Senkung der Baukosten.

Der Redner bemängelt, daß man zum Beispiel am Eisenstadtplatz bei acht vier Stock hohen Häusern entgegen der ursprünglichen Planung davon abgegangen ist, eine Zentralheizung einzubauen. Man müßte auch in bereits bestehenden Wohnhausanlagen an die Installierung einer Zentralheizung herangehen.

Beim Straßenbau wäre mehr Konzentration notwendig; große Bauzeitüberschreitungen könnten damit vermieden werden. Es ist zum Beispiel unverständlich, daß schon drei Jahre hindurch an einem einzigen Kilometer der Erzherzog Karl-Straße gearbeitet wird.

Er hoffe, daß recht bald mit dem Bau der vierten Donaubrücke begonnen werden kann, und daß die Grundstücke schon gesichert sind. Falls aber nicht, dann sollte man rechtzeitig Enteignungsverfahren einleiten.

Der Redner fragt, wie es mit der Schaffung der Neben-Cities steht. Es ist zu hoffen, daß die Neugestaltung des Nordbahngeländes nach den Plänen von Professor Rainer keine Utopie bleibt. Es wäre auch hoch an der Zeit, mit den Bundesbahnen zu verhandeln, damit der Franz Josef-Bahnhof verlegt werden kann.

Ein Sorgenkind vieler Wiener sei nach wie vor die Alte Donau. Baggerungsarbeiten genügen nicht. Hier sei eine großzügige Sanierung erforderlich.

Abschließend erklärt GR. Lauscher, seine Fraktion werden den Ansätzen des Baubudgets zustimmen.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) anerkennt, daß das Bauen in unserer Stadt recht groß geschrieben wird. Leider werden aber auch die Baupreise wieder steigen und einen Teil der Erhöhung des Baubudgets auffressen. Ein Beweis, daß die Geldverdünnung doch besteht.

Er begrüßt, daß das Montagebauverfahren endlich "auf Touren" läuft und fragt, ob die neue Fabrik im Süden Wiens auch nach dem

./.

Camus-Verfahren oder nach einem anderen Verfahren arbeiten wird. Lobende Worte findet der Redner für die hohe Qualität der Kagraner Wohnungen. Leider gibt es nur zwei Wohnungstypen, und es fehlt auch der Abstellraum. Man sollte auch künftig darauf achten, nicht erst die Wohnungen herzustellen und dann mit den zum Wohnen notwendigen Bedarfsdeckungseinrichtungen solange nachzuhinken. Das Einkaufen war dort sehr schwierig.

Die Schwierigkeiten bei der konventionellen Bauweise sind nach wie vor dieselben. Die Bauzeiten werden von Jahr zu Jahr länger.

Der Redner bezeichnet die Auftragsvergebung durch das Stadtbauamt als ein merkwürdiges Kapitel und bezieht sich auf Äußerungen des Kontrollamtes, die bemängeln, daß zu wenig Anbote eingeholt werden, wo eine öffentliche Ausschreibung erfolgen sollte. Auch divergiere die amtliche Kostenschätzung stark zu den Anboten der Firmen. Eine bessere Kontrolle wäre hier sowie auch bei der Baudurchführung am Platz, damit nicht an neuerrichteten Häusern nach kurzer Zeit Bauschäden auftreten.

Im Straßenbaubudget stellt der Render eine Verminderung von 18 Millionen fest. Die geringeren Ansätze für Großverkehrsstraßen um rund 30 Millionen gingen wohl auf die Übernahme einiger Straßenzüge durch den Bund zurück. Dr. Schmidt gibt der Hoffnung Ausdruck, daß der Bund für die von ihm übernommenen Straßen auch etwas tun werde.

Als besonders wünschenswert wird eine bessere Koordinierung bei den Straßen-Einbauten bezeichnet, damit nicht neuerrichtete Fahrbahnen immer wieder aufgegraben und gesperrt werden müßten. Bei manchen Wohnhausneubauten werde mit der Fertigstellung der Zufahrtsstraßen zu lange gewartet.

Das Schnellstraßenprogramm werde den Individualverkehr den Zielen des Generalverkehrsplanes näherbringen. Der Redner hebt die neue Gürtelbrücke und die Adalbert-Stifter-Straße als besonders gelungen lobend hervor. Nach Fertigstellung der dritten Donaubrücke und der Schnellstraßen würden sich die Verkehrsteilnehmer hoffentlich noch mehr auf die Benützung der Gürtelbrücke einstellen.

Dr. Schmidt gibt seiner Befriedigung über die Pläne der ÖBB Ausdruck, die Altmannsdorfer Straße zu unterführen. Er richtet jedoch an die Bundesbahnen die Anfrage, was sie mit den Kohlen-

./.

halden am Nordbahnhof zu unternehmen gedenke. Daß auf diesem Gelände nach wie vor Lagerhallen neu errichtet werden, sei als Zeichen dafür anzusehen, daß von einer Beseitigung dieses unschönen Geländes noch nicht die Rede sein könne. Hier sollte der Bund der Stadt Wien helfen.

Im Brücken- und Wasserbau lasse der Voranschlag eine beträchtliche Ausweitung des Kommunalprogrammes erkennen. Die unterschiedliche Dotierung verschiedener Großprojekte beweise jedoch den Mangel an einem gründlich durchdachten Gesamtkonzept. Vor allem fehle eine Konzept für den Massenverkehr. Die Pläne für die Umgestaltung des Karlsplatzes hätten sich im Verlauf von nur zwei Jahren völlig geändert. Die Tieflegung der Straßenbahn auf der Zweierlinie passe nicht in das übrige derzeit ins Auge gefaßte Verkehrskonzept. Die Unterpflasterstraßenbahn werde nur dem Individualverkehr dienen, nicht aber dem Massenverkehr, da damit die Reisegeschwindigkeit der Straßenbahn lediglich um zehn Prozent erhöht werde.

Er sei der Meinung, so sagt GR. Dr. Schmidt weiter, daß keine solchen Detailprojekte mehr verkündet werden sollten, ehe ein wirkliches Gesamtkonzept vorliege. Durch Unentschlossenheit und Zögern habe man in der Vergangenheit schon genug Zeit verloren. Er regt an, Rainers Generalverkehrsplan in Bezug auf den Massenverkehr einer Generalüberholung zu unterziehen und das revidierte Konzept bald dem Gemeinderat vorzulegen. Im übrigen werde seine Fraktion den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe ihre Zustimmung geben.

Der nächste Redner, GR. Dr. Macher (ÖVP), zeigt an Hand des Voransohlages für 1965 die Finanzierungsmethoden des Wohnhausbaues im kommenden Jahr auf. Er stellt an Hand vieler Vergleichszahlen fest, daß im Rahmen der verschiedenen Wohnbauaktionen unter Mithilfe des Bundes rund 3.200 Wohnungen entstehen sollen, also ein Viertel des gesamten Wohnbauprogrammes (11.600 Wohnungen). Der Bundesbeitrag sei jedoch nicht nur ein materieller Beistand, sondern auch Ausdruck einer ökonomischen Konzeption.

Die Zahl dieser 3.200 Wohnungen im Rahmen der Wohnbauaktionen zeige auch, daß zumindest 3.200 Wohnungsuchende offenbar doch in der Lage seien, beträchtliche Eigenmittel aufzubringen. Im Rahmen der Neuen Wiener Wohnbauaktion, von der man sich den Bau von 2.000 Wohnungen erwarte, müsse die Differenz von rund 240 Millionen auch von privater Seite aufgebracht werden.

./.

Bei der Schaffung der Wiener Wohnbauaktion habe man sich durch ähnliche Maßnahmen auf dem Bundessektor inspirieren lassen. Sie könnte als Dokumentation dafür angesehen werden, daß es nicht nur eine Koalition zwischen den beiden großen Parteien gäbe, sondern auch eine Koaltion zwischen Bund und Ländern im gemeinsamen Kampf gegen die Wohnungsnot auf materieller Grundlage und durch den wechselseitigen Beitrag von Gedanken für die Lösung dieses großen Problems.

GR. Dipl.-Ing. DDr. Strunz (ÖVP) stellt fest, daß unser Budget bedeutende Mittel für Wasserbauten enthält. Es sei erfreulich, daß man im Zusammenhang mit dem Hochwasserschutz gleich verschiedene andere Probleme auf diesem Sektor lösen will. So ist gleichzeitig ein sogenannter Inundationskanal geplant, der den größten Teil des überschüssigen Wassers aufnehmen wird. Es ist auch daran gedacht, in die Alte Donau Donauwasser einzuleiten. Dazu müßte das Donauwasser jedoch aufbereitet werden, da sonst eine Verlandung der Alten Donau erfolgen würde und die im Donauwasser enthaltenen Mengen an Phenol und Mineralöl zu einer Vergiftung der Fauna und Flora der Alten Donau führen könnten.

Dazu kommt noch, daß die Alte Donau ein Gewässer einer anderen Güteklasse ist. Ist die Donau oberhalb Wiens noch zum Baden geeignet, so ist das Baden unterhalb der Einleitungen aus dem Hauptsammler keinesfalls zu empfehlen. Die Abwasserreinigung der Donau wird jedenfalls eines der größten und teuersten Probleme sein und wird uns in nächster Zukunft stark belasten. Diesbezügliche Untersuchungen wurden bereits in vorbildlicher Weise durchgeführt. Die Klärung wird vorläufig nur eine mechanische sein müssen. Bei der Errichtung von Staustufen würde sich das Gütebild der Donau vollkommen verändern. Dann kämen wir mit einer mechanischen Klärung allein keinesfalls mehr aus. Die Klärung der Abwässer dürfte sich nicht nur auf das rechte Ufer beschränken, sondern müßte auch das linke Ufer miteinbeziehen, da gerade dort Phenole und Mineralöle in die Donau gelangen könnten. Schlammansammlungen, die aus dieser mechanischen Kläranlage resultieren, müssen unbedingt einer Verbrennung zugeführt werden.

./.

So groß die Mittel auch sein werden, die wir zur Lösung all dieser Probleme brauchen, muß es doch unsere oberste Aufgabe sein, für die Reinhaltung der Gewässer zu sorgen, da damit die Gesundheit unserer Bevölkerung eng verbunden ist.

GR. Ing. Lust (ÖVP) erklärt, er wolle sich in seinen Ausführungen nur auf einige kritische Bemerkungen beschränken. Am meisten liege ihm die Stadtplanung am Herzen, die er als Ordnungssystem für das menschliche Zusammenleben in unserer Stadt erachtet. Es gibt kaum eine Sitzung des Gemeinderates, in der man sich nicht mit einem Teilproblem der Planung beschäftigt. Nach dem Ausscheiden von Professor Rainer wurde die Abteilung 18 und die Stadtplanung zusammengezogen. Die Abteilung ist weisungsgebunden und muß mit einem ungenügenden Apparat arbeiten. Dieser Planungsapparat entspricht einer Stadt mit einigen hunderttausenden Einwohnern, aber keineswegs der bedeutendsten Großstadt im südöstlichen europäischen Raum. Städte mit ähnlichem Aufgabenbereich haben sich längst einen entsprechenden Planungsapparat geschaffen, wohl wissend, daß verspätete Planungsmaßnahmen Milliarden kosten können. Bei uns sind Monate vergangen, ohne daß die Stadtplanungskommission einberufen werden konnte, da keine Vorlagen zur Beschlußfassung vorhanden waren. Die Ausgaben für die Grundlagenforschung würden hundertfach hereinkommen, wenn man durch sie nur eine einzige Fehlplanung vermeiden könnte. Bei der Planung neuer Entwicklungsgebiete müßten im verstärkten Maße selbständige Architekten und Ingenieure beigezogen werden, denn sie können eine ganz andere Initiative entwickeln als die Beamten, die weisungsgebunden und in ihrer schöpferischen Arbeit dadurch behindert sind.

Leider hat man diesbezügliche Vorschläge bis jetzt immer abgelehnt. Man müßte wenigstens den Fachbeirat für Städteplanung auf eine entsprechende breitere Basis stellen und eine rechtliche Fundierung ermöglichen. Der Fachbeirat müßte auch über alle Beschlüsse des Gemeinderates auf dem Bausektor informiert werden. Bei unseren Großbaustellen müßte man von der monotonen Bauweise, die bereits vielfach vom Ausland kritisiert wird, abgehen. Bei geschlossenen Baueinheiten, die für mehr als 300 Wohnungen bestimmt sind, müßte man städtebauliche Wettbewerbe ausschreiben und bei kleinen Bauten wenigstens Ziviltechniker beiziehen. Solche Maßnahmen würden das ohndies sehr beanspruchte Personal der Magistrats-

./.

abteilung 18 entlasten und den Strukturplänen jene Lebendigkeit geben, die den modernen Auffassungen und der Zweckmäßigkeit entsprechen. Bei der Festlegung von Strukturplänen müssen jedoch auch die Eigentumsverhältnisse berücksichtigt werden. Der Redner verweist auch auf die Dringlichkeit der Schaffung eines Kommassierungsgesetzes.

Abgehen müßte man von dem Grundsatz, daß nur die Gemeinde Assanierungen durchführen kann und großflächige Verbauungen ebenfalls nur Sache der Gemeinde seien.

Als bedauerlich bezeichnet es der Redner, daß sich die Bautätigkeit immer weiter in die Landschaft erstreckt. Große Siedlungsgebiete müßten sich am Südrand der Stadt, aber auch im Norden und Osten erstrecken. Auf die Bildung von Zentren wäre größter Wert zu legen. Eine weitere große Sorge müsse der dringend notwendigen Einplanung von Grünflächen in den Bezirken zwischen der Zweierlinie und dem Gürtel gelten. Anscheinend besteht keine Absicht, hier etwas zu tun. Man kauft wohl in diesen Gebieten Liegenschaften, schafft aber nicht den notwendigen Erholungsraum, sondern verbaut sie abermals.

Umfassend vorgesorgt müßte auch für Hochschulbauten werden. Wien hat bis jetzt derartige Planungen sehr stiefmütterlich behandelt.

Eine dringliche Aufgabe der Stadtplanung ist es, sich mit den zuständigen Stellen des Bundes mit der Frage einer Hochschulstadt eingehend zu befassen.

Zum Wohnungsbau: Nicht 45.000 Wohnungen sollten in den nächsten fünf Jahren in Wien gebaut werden, sondern 60.000, um zu einer Lösung des Wohnungsproblems beizutragen. Leider wurde die Zeit versäumt, gute ausländische Arbeitskräfte hereinzubekommen. (GR. Windisch, SPÖ:"Das glauben Sie aber selbst nicht!") Wir müssen uns daher im klaren sein, daß eine verstärkte Wohnbautätigkeit nur durch die Forcierung des industriellen Wohnungsbaues möglich sein wird. Auch andere Baufirmen sollte man zur Montagebauweise heranziehen. Mehrere Großfirmen haben sich der Gemeindeverwaltung bereits angetragen. Dies wäre eine zusätzliche Möglichkeit, die Kapazität des Wohnungsbaues zu vergrößern.

./.

Der Redner stellt in diesem Zusammenhang einen Antrag auf Vergleichsuntersuchungen von Montagebauverfahren, um dem Gemeinderat eine Möglichkeit zu geben, sich ein Urteil zu bilden.

Zur Verkehrsplanung: Wir haben noch immer keinen Generalverkehrsplan. Es sollte daher alles darangesetzt werden, diesen Plan im Jahre 1965 fertigzustellen.

Die Fragenkomplexe "Parken" und "Bau von Parkgaragen" seien ebenfalls dringend zu behandeln.

Der Redner verlangt auch, städtebauliche und architektonische Wettbewerbe zu einer ständigen Einrichtung der Stadtplanung zu machen. Heuer wurde nur ein einziger Architektenwettbewerb abgehalten.

Abschließend lobt GR. Ing. Lust die gute Zusammenarbeit im Bauausschuß und gab im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zu den Ansätzen des Baubudgets.

GR. Planek (SPÖ) betont, mit Recht wurde gesagt, daß in Wien das Bauen großgeschrieben wird. Es ist das erste Jahr einer Verwaltungsperiode, die mit diesem Budget eingeleitet wird. Der Redner erinnert deshalb an das Wahlversprechen der Sozialisten, in dem das Planen und Bauen für die Zukunft Wiens eine große Rolle spielt. Es liegt ein gewaltiges Programm vor, aber ein Programm, das er als ein Programm der Redlichkeit bezeichnen möchte. Die vergangenen Wahlperioden haben es deutlich gezeigt, daß das, was Sozialisten versprechen, von ihnen auch gehalten wird. Sie werden das neue Programm auch so halten, wie sie es versprochen haben.

Demgegenüber kann das Wahlprogramm der ÖVP nicht als Ausdruck der Redlichkeit bezeichnet werden. Was in verschiedenen Wahlbroschüren, wie "Wien - eine Stadt hat eine Chance" oder "Wien funktioniert nicht", oder in dem sogenannten Sofortprogramm gefordert worden ist, zeugt nicht von redlichem Willen und ist keine echte Kritik. Es sind dies vielmehr Versprechungen, die sich zum Teil gegenseitig aufheben.

Man hört auch oft die Kritik, wir hätten nur ein Budget für ein Jahr, aber keinen Plan für einen längeren Zeitraum. Man muß jedoch zwischen einem Sachplan und einem Finanzplan unterscheiden. Die Verfassung fordert einen Jahresvoranschlag, aber die Stadtverwaltung hat auch einen Sachplan für einen längeren Zeitraum erstellt, der schon in den bereits begonnenen Großprojekten in Erscheinung tritt.

./.

Auch bei der Erfüllung dieses weitschauenden Planes werden wir beweisen, daß wir unsere Versprechungen halten. Jedenfalls ist das Wort "Wien funktioniert nicht" eine maßlose Übertreibung.

Bei der Generaldebatte hat der Redner der ÖVP gesagt, daß die Vorstellungen der ÖVP sich von denen der SPÖ im Grundsätzlichen gar nicht wesentlich unterscheiden. Wenn dies so ist, fragt man sich, warum dann so viel Schaum geschlagen und propagandistisch übertrieben wird. Der christliche Humanismus, von dem so oft die Rede ist, verpflichtet auch zu [illegible] Redlichkeit und Wahrhaftigkeit und zur Vermeidung von Falschmeldungen und Übertreibungen.

Ein Sprecher der Volkspartei hat von der Notwendigkeit gesprochen, die neuen Wohnungen auch in Qualität und Größe den modernen Erfordernissen anzupassen. Dahinter steht das alte Wort von den "familiengerechten Wohnungen". Dies ist zu unterstreichen. Jedoch muß man die Problematik dessen erfassen, was "familiengerecht" ist. Die Größe der Familie ändert sich ja dauernd. Auch die Frage des Mietzinses ist zu berücksichtigen. Wenn auch nur zwei Prozent der Baukosten jährlich zuzüglich der Betriebskosten als Miete verlangt werden, würden allzu große Wohnungen die finanziellen Möglichkeiten der Mieter doch sehr stark belasten. Da nur ein bestimmter Betrag für den Wohnbau vorgesehen werden kann, würde die Errichtung von noch größeren Wohnungen auch bedeuten, daß weniger Wohnungen gebaut werden könnten. Wir streben deshalb eine Wechselwirkung zwischen den Leistungen der Gemeinschaft und Eigenleistungen des einzelnen an. Die durchschnittliche Wohnungsgröße der im Jahre 1959 gebauten Gemeindewohnungen betrug 53,1 Quadratmeter. Im Jahre 1963 waren es bereits 60,4 Quadratmeter. Die Durchschnittsgröße der am häufigsten gebauten Typen B und C, die 77,7 Prozent der Gemeindewohnungen ausmachen, beträgt 57,2 Quadratmeter. Im Montagebauverfahren sind die Wohnungen etwas größer, weil hier die Baukosten um etwa acht Prozent niedriger liegen, als bei der herkömmlichen Bauweise.

Der Sprecher der Opposition hat kritisiert, daß die Montagebauwohnungen keinen Abstellraum enthalten. Das hat bautechnische Gründe Dagegen hat man einen zwei Meter breiten Vorraum geschaffen, dessen eine Wand mit einem großen Kasten verbaut werden kann, der gleichsam einen geordneten Abstellraum bildet. Diese Lösung ist also wohl durchdacht.

./.

Ein Oppositionssprecher hat auf die Möglichkeit der Verlegung von Straßeneinbauten in sogenannten Kollektoren verwiesen. Die bei uns gültigen Sicherheitsvorschriften erlauben eine solche Lösung nicht. Dagegen hat der Herr Baudirektor seinerseits die Anlegung von Sammelgräben mit festen Decken vorgeschlagen, die freilich nur bei Neuplanungen von Straßen Anwendung finden können.

Das Ausmaß der 879 öffentlichen Gärten mit 15.000 Quadratmetern Grünfläche gibt zu dem Bedenken Anlaß, daß dadurch in wachsendem Maß fixe Kosten entstehen. Pflege und Verwaltung dieser Gärten könnten einmal ernste Schwierigkeiten bereiten.

Zur Frage der Unterpflasterstraßenbahn wurde meine Äußerung zitiert, daß man eine solche nur dort bauen sollte, wo es unbedingt nötig ist. Das habe ich gesagt und ich stehe auch heute noch dazu. Die Opposition und die ÖVP haben es leicht, Forderungen zu stellen und hinaufzulizitieren. Ich selbst habe mich immer für die zweite Verkehrsebene, aber nicht über, sondern unter dem Straßenniveau eingesetzt. Jedoch gilt es, hier vorerst Erfahrungen zu sammeln um gewaltige Fehlinvestitionen zu vermeiden. Man kann nicht das unterirdische Verkehrskreuz unter dem ersten Bezirk wild drauf los zu bauen beginnen, denn 800 Millionen sind schließlich keine Kleinigkeit.

- Wir glauben zu wissen, in welchem Ausmaß sich die Motorisierung in den nächsten Jahrzehnten entwickeln wird. Damit allein aber kann man noch nicht planen, denn es ist völlig ungewiß, ob es für die Stadt überhaupt eine Möglichkeit geben wird, den Ansturm der Fahrzeuge aufzunehmen. Andererseits aber kann man den Verkehr aus der City nie völlig ausschließen, da sonst die Innenstadt veröden würde.

Als verfehlte Entwicklung vom Standpunkt der Stadtplanung aus bezeichnet GR. Planek die Tatsache, daß sich auf den Radialstraßen die Geschäftswelt immer mehr ausbreitet. Die richtige Lösung im Sinne der Stadtplanung wäre hingegen, Zentren zu schaffen, Einkaufszentren, wie sie es bei uns auch schon gibt und wie sie für die Zukunft geplant sind. Die Ideallösung wäre eine Konzentrierung verschiedener Zentren, wie zum Beispiel in Schweden.

In der Diskussion hat sich gezeigt, daß es nur äußerst geringe Kritik am Wiener Bauwesen gibt.

./.

Im wesentlichen seien wohl alle mit den Bestrebungen einverstanden. Man ist also auf dem besten Weg, ein Programm für die gesamte Bevölkerung Wiens zu verwirklichen. Die SPÖ-Fraktion wird den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe ihre Zustimmung geben.

Damit ist die Debatte über das Bauwesen zu Ende und der Berichterstatter, Stadtrat Heller (SPÖ), hält das Schlußwort. Er dankt allen Diskussionsrednern für ihre Ausführungen. Er sei, so fährt er fort, lediglich von der Kritik des Gemeinderates Ing. Lust an dessen eigener Arbeit erschüttert. Und zwar deshalb, weil Ing. Lust als einer der Vorsitzenden des Bauausschusses des Wiener Gemeinderates von Fehlplanungen spricht, obwohl er in jenem Gremium sitzt, das diese "Fehlplanungen" beschlossen hat. Abgesehen davon habe er auch Forderungen aufgestellt, die schon längst erfüllt seien, wie zum Beispiel die Mitarbeit von Hochschulen und Freischaffenden an der Tätigkeit des Stadtbauamtes und der übrigen Abteilungen seiner Geschäftsgruppe.

Zum Problem der ausländischen Arbeitskräfte: Bisher ist es nur gelungen, 16 Prozent des gesamten Kontingents ausländischer Arbeitskräfte nach Österreich zu bringen. Diese Arbeitskräfte gehen lieber nach Deutschland oder in die Schweiz, wo höhere Bauarbeiterlöhne bezahlt werden können.

Zur Forderung, mehr Grundstücke oder Baulücken an Private zu vergeben: Wir tun dies ohnehin, man darf jedoch nicht vergessen, daß wir auch gesetzliche Verpflichtungen zu erfüllen haben und oft selbst gezwungen sind, Baulücken zu schließen. Was hätte außerdem ein Privater zum Beispiel mit dem Skala-Grundstück getan? Von privater Seite lagen Pläne vor, an dieser Stelle im verbauten Stadtgebiet ein 22geschossiges Bürohochhaus zu errichten. Die Stadtverwaltung hat dort jedoch eine kleine Grünanlage mit Ruheplätzen errichtet, was in diesem Fall zweifellos viel klüger war als der Bau eines Hochhauses.

Zur Kritik an der Weisungsgebundenheit der Magistratsabteilung 18 (Stadt- und Landesplanung): Wollte man diese Weisungsgebundenheit aufheben, dann müßte man auch die Bundesverfassung ändern. Im übrigen war auch der Stadtplaner Prof. Rainer weisungsgebunden.

Den Vorwurf, er habe durch sein angebliches Desinteresse an Wettbewerbsausschreibungen "die Architekten beleidigt", weist Stadt-

./.

rat Heller energisch zurück und verliest ein Schreiben der Ingenieurkammer, Sektion Architekten, in dem ihm für die Wettbewerbsausschreibung über das Bezirkszentrum Kagran in herzlichen Worten gedankt wird. Ich glaube nicht, daß jemand, der beleidigt ist, in dieser Art schreiben würde, meint er dazu. (Zwischenruf Ing. Lust: "Es wurde hier lediglich für einen einzigen Wettbewerb gedankt!" - Stadtrat Heller antwortet: "Ich glaube nicht, daß die Architekten Ihrer Meinung sind, Herr Präsident!")

Gelände des Nordbahnhofs: Derzeit sind auf diesem Gelände Magazine, Kohlenrutschen und andere Einrichtungen der Bundesbahnen untergebracht. Der Wert dieser Einrichtungen erreicht einige Milliarden Schilling. Wir haben vom Institut für Raumforschung eine wissenschaftliche Untersuchung über die damit im Zusammenhang stehenden Fragen ausarbeiten lassen. Diese Untersuchung wurde bereits den Österreichischen Bundesbahnen zum Studium und zur Stellungnahme übermittelt.

Franz Josefs-Bahnhof: Die Bundesbahnen haben sich bisher noch nicht zu einer Verlegung dieses Bahnhofs entschließen können. Sie planen jedoch die Errichtung eines sogenannten Schnellbahn-Bahnhofs Nordbrücke.

Wohnbau: Zum Vergleich zwischen den Ausgaben für den Wohnbau (832 Millionen gegenüber 921 Millionen Schilling) ist zu sagen, daß in den 921 Millionen Schilling nicht nur die Beträge für den kommunalen Wohnhausbau, sondern auch Beträge für andere bedeutsame Arbeiten enthalten sind, und zwar: 21,8 Millionen Schilling für den Wiederaufbau, 15,5 Millionen für Fertigstellungs- und Ergänzungsarbeiten, 14,6 Millionen für Vorbereitungsarbeiten für die kommenden Aufgaben, vier Millionen für Demolierungen von Objekten. Daraus erklärt sich die Differenz. Es besteht keineswegs die Absicht, kleinere Wohnungen zu bauen. In der vergangenen Funktionsperiode wurden im übrigen nicht 20.000 Wohnungen gebaut, sondern 48.148 gegenüber 45.000 versprochenen.

Montagebau: Wir sind dabei, auch andere Monatebauverfahren als das der Firma CAMUS in der Praxis zu erproben, da wir an allen guten Methoden auf diesem Gebiet interessiert sind.

Es stimmt nicht, daß wir immer nur die gleichen Gewerbe- und Baufirmen beschäftigen. Wir beschäftigen fast alle Firmen, die es in Wien gibt. Für bestimmte Arbeiten müssen öffentliche Ausschreibungen vorgenommen werden, bei denen sich aber leider oft nur ein einziger Bieter meldet.

./.

Es ist nicht so, daß wir uns die Firmen aussuchen können, sondern die Firmen suchen sich die Arbeiten aus, die sie durchführen wollen. Ich bin bereit, jede Firma, von der man glaubt, daß sie vernachlässigt wurde, sofort einzuladen.

Der Antrag Ing. Lusts wird dem zuständigen Gemeinderatsausschuß zur Behandlung zugewiesen werden.

Zur Lösung von Verkehrsfragen: Hier wurde von Konzeptlosigkeit gesprochen, von geringer Koordinierung, nicht ausreichender Konzentration und es wurden auch einige Beispiele genannt. Der Stadtrat erklärt, hier keinesfalls etwas beschönigen zu wollen, denn bei der großen Zahl von Bauvorhaben kann es hin und wieder vorkommen, daß da oder dort ein Mangel auftritt. Beim kritisierten Straßenbau im 2. Bezirk war es zum Beispiel so, daß dort nicht nur eine Straßendecke zu bauen war, sondern auch neben allen anderen Einbauten ein mehr als ein Meter starker Wasserrohrstrang in Ordnung gebracht werden mußte, und zwar unter ständiger Aufrechterhaltung der Wasserzufuhr. Während dieser Arbeiten kam es dann noch zu Wassersparmaßnahmen, die den Umbau unter gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Wasserzufuhr nicht gestatteten, so daß man einige Zeit zuwarten mußte. Daß dann beim Straßendeckenbau ein Baufahrzeug ein altes Kabel der E-Werke abgerissen hat und dadurch zusätzliche Arbeiten notwendig waren, sei nur am Rande vermerkt. Gerade bei diesem Bauvorhaben hat man auch festgestellt, daß ein Teil der Pläne über unterirdische Einbauten nicht mehr gestimmt hat, weil die Einbauten, die während des Krieges vorgenommen wurden, in den Plänen nur zu einem geringen Teil eingezeichnet waren. Derartige Tatsachen müßte man bei einer Kritik auch berücksichtigen.

Bemängelt wurde auch, daß nach privaten Bauvorhaben die Straßendecken- und Gehsteigherstellungen sehr lange auf sich warten lassen. Nach den gesetzlichen Bestimmungen muß die Höhenlage der Straße durch den Anrainer hergestellt werden, ebenso hat die Gehsteigherstellung durch diesen zu erfolgen. Es sind jedoch oft monatelange Verhandlungen notwendig, bis sich die Anrainer dazu bereitfinden. Der Auftrag zu einer Gehsteigherstellung kann immer nur im Zusammenhang mit einem Bauansuchen gegeben werden.

./.

Zur Flemingstraße: Im Mai 1964 ist in dieser Straße mit den Kanalbauarbeiten begonnen worden, dann haben die Gaswerke gearbeitet, dann die Wasserwerke, so daß die Magistratsabteilung 28 erst spät mit den eigentlichen Straßenbauarbeiten beginnen konnte. Bis Weihnachten wird jedoch die Tragschicht der Fleminggasse fertig werden.

Zur Alten Donau: Sie ist tatsächlich ein Sorgenkind in unserer Verwaltung. In den letzten Jahren hat man die Anlandung durch Ausbaggerungen zu beseitigen versucht. Der Wasserstand der Alten Donau ist jedoch ausschließlich vom Wasserstand der Donau abhängig und wenn sie wenig Wasser führt, ist bedauerlicherweise auch in der Alten Donau wenig Wasser. Man hat sich schon mit allen möglichen Vorschlägen für eine Abhilfe beschäftigt, Donauwasser einzuleiten, wäre aber, wie bereits von GR.DDr. Strunz erwähnt wurde, nicht zweckmäßig.

Der Stadtrat stellt abschließend fest, daß mit der Beschlußfassung über diesen Voranschlag wieder große Aufgaben erfüllt werden können, für deren klaglose Durchführung alle Bediensteten des Stadtbauamtes gerne sorgen werden. Unsere Stadt wird dadurch nicht nur schöner, es werden auch die Lebensbedingungen für alle Wiener dadurch besser. In diesem Sinne ersucht der Referent, den Ansätzen die Zustimmung zu erteilen.

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze des 6. Hauptstückes einstimmig angenommmen. Der Beschlußantrag der Gemeinderäte Ing. Lust und Dipl.-Ing. Dr. Strobl, betreffend Überprüfung der Zweckmäßigkeit der Errichtung einer neuen Montagebaufabrik im Süden Wiens, wurde zur weiteren Behandlung einstimmig dem Gemeinderatsausschuß VI zugewiesen.

\- - -

Die Budgetberatungen im Rathaus:

Baupolizei, Verkehrsprobleme, Friedhöfe und Forste

16. Dezember (RK) Als zweite Verwaltungsgruppe am heutigen vierten Tag der Budgetberatungen wurde die Gruppe VII (Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten) behandelt. Stadtrat Dr. Drimmel (ÖVP) referierte:

"Die Gliederung der Geschäftsgruppe für Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten ist in ihrer Entwicklung zum Beweis für die Notwendigkeit einer besseren Geschäftseinteilung im Zuge einer Verwaltungsreform geworden. Sie werden daher verstehen, daß ich als derzeitiger Amtsführender Stadtrat dieser Geschäftsgruppe in die angekündigte Verwaltungs- und Betriebsreform und eine bessere Geschäftseinteilung einige Erwartungen setze.

In dieser Geschäftsgruppe sind Magistratsabteilungen vereinigt, die sehr bedeutende Leistungen im Interesse der Stadt Wien zu erbringen haben:

Die Plan- und Schriftenkammer

Die Plan- und Schriftenkammer hat heuer mit dem Druck der Stadtkarte 1 : 2.000 begonnen. Zu diesem Zweck wurde zunächst eine handbetriebene Offsetandruckpresse angeschafft, die nebenbei auch andere Plandrucke, so zum Beispiel solche, die bei der Darstellung des städtischen Grundbesitzes sowie als größere Plandokumente der Stadtplanung benötigt werden. Um die zahlreicher und komplizierter werdenden Druckaufträge termingerecht liefern zu können, ist für 1965 eine Verbesserung der technischen Ausstattung der Offsetpresse budgetmäßig vorgesehen.

Die Plan- und Schriftenkammer ist in dem vor uns liegenden Jahr auf die Herstellung eines Rohrnetzplanes vorbereitet, über dessen Sinn und Bedeutung im Zusammenhang mit den Aufgaben der Magistratsabteilung 41 zu sprechen sein wird.

./.

Die historisch vielleicht interessante, aber unpraktisch gewordene Büroausstattung wird im Jahre 1965 und darnach durch eine moderne Einrichtung ersetzt werden, die es gestattet, die Benützung der Bibliothek, der Sachkarteien, des Aktenmaterials und der Archivbestände zu vereinfachen und dem Raummangel besser Herr zu werden.

Nicht unerwähnt möchte ich lassen, daß die Archiv- und Bibliotheksbestände der Plan- und Schriftenkammer nicht nur den Architekten, Ingenieuren und Technikern zugute kommen, sondern vor allem zahlreichen Wissenschaftlern und Studierenden, für die der Leiter der Abteilung ein aufmerksamer Betreuer ihrer wissenschaftlichen Arbeiten ist.

Wien "ins rechte Licht setzen"!

In der Magistratsabteilung für öffentliche Beleuchtung hat das abgelaufene Geschäftsjahr die Vollendung zahlreicher Neu- und Umbauten gebracht. Sie finden dazu sowie über verschiedene weitere Details aller Magistratsabteilungen der Geschäftsgruppe nähere Einzelheiten in den schriftlichen Unterlagen, die ich vor Beginn der Sitzung an die Damen und Herren des Wiener Gemeinderates zur Verteilung bringen ließ. Darin ist unter anderem auch ein Hinweis auf das Fünf Jahres-Programm zur Verbesserung der Beleuchtung in den Wiener Hauptstraßen enthalten. Dieses Programm wird 1965 im zweiten Jahr der Durchführung stehen. Die Durchführung dieses Fünf Jahres-Programmes wird daher in den nächstfolgenden Jahren ein Schwerpunkt in der Verwaltung meiner Geschäftsgruppe bleiben.

Die Verdichtung der Besiedlung in den Randgebieten unserer Stadt zeigt sich am besten auch in der Errichtung neuer Lichtstellen, die im vollen Umkreis von Mauer bis Stadlau und Stammersdorf geschaffen werden. Mit Ablauf dieses Jahres werden 128.300 elektrische Lampen in rund 93.100 Leuchten in Betrieb sein. In diesem Jahr wird die Glühlampenbeleuchtung neuerdings um acht Prozent zurückgehen und die Beleuchtung mittels Gasentladungslampen entsprechend anwachsen. Trotz des Zuwachses an Lampenzahl und Lampengüte wird aber der Gesamtanschlußwert der Wiener Straßenbeleuchtung in diesem Jahr, so wie in den nächsten Jahren,

./.

voraussichtlich zurückgehen. Die Wirtschaftlichkeit neuer Leuchtmittel wird damit bewiesen.

Nicht unerwähnt soll bleiben, daß eine Reihe von Kunst- und Verkehrsbauten durch Anleuchtungsanlagen in ihrer vollen architektonischen Schönheit kenntlich gemacht worden sind. Einige davon sind noch im Bau; im Laufe des Jahres 1965 werden die Stephanskirche, die Votivkirche, die Gürtelbrücke, die Nußdorfer Donaukanal-Brücke und die dritte Strombrücke vollends ins rechte Licht gesetzt sein.

Im Jahre 1965 werden Schwerpunkte in der Durchführung des Fünf-Jahres-Programmes, im Ausbau der Straßenbeleuchtung und insbesondere in der Ausstattung neu geschaffener Verkehrsflächen, so etwa im Umkreis der durch den Montagebau forcierten Bautätigkeit zu suchen sein; die großen Straßen- und Verkehrsbauten (West- und Südautobahn, Lastenstraße, Matzleinsdorfer Platz usw.) werden trotz der verhältnismäßig beschränkten zusätzlichen Ausstattung mit Budgetmitteln mit den gleichlaufenden Arbeiten des öffentlichen Beleuchtungswesens durchgeführt werden können. Der beginnende Ausbau des Netzes der Bundesstraßen im Bereich der Stadt Wien wird wenigstens vorläufig eine verhältnismäßige Restringierung der den Straßenbau der Gemeinde Wien begleitenden Tätigkeit der Magistratsabteilung 33 zur Folge haben. In diesem Zeitabschnitt wird daher die besondere Obsorge der qualitativ besseren Ausstattung des schon vorhandenen öffentlichen Beleuchtungswesens zukommen müssen.

Probleme der Baupolizei

Was die Baupolizei betrifft, so leidet sie seit Jahren unter stagnierenden Personalverhältnissen. Es ist nicht allein das Bestreben, die Leistungen der Magistratsabteilungen meiner Geschäftsgruppe gegenüber anderen Leistungen im Wiener Magistrat herauszustreichen, wenn ich an dieser Stelle bemerke, daß die dienst- und besoldungsrechtliche Lage der sogenannten Baupolizisten doch einige Aufmerksamkeit verdienen würde.

./.

Trotz der vor Jahr zu Jahr steigenden Zahl der Hörer an den Technischen Hochschulen, sowie jener der Schüler an technischen höheren und gewerblichen Schulen werden wir in der Baupolizei in diesem Jahr 1965, aber vielleicht auch in folgenden Jahren mit vakanten Dienstposten und daher mit einer Aufstauung von Arbeitsvorgängen rechnen müssen. Das Dilemma in Österreich liegt nicht sosehr darin, daß zu wenig derartige Fachkräfte herangebildet werden; sie dem Land, dem öffentlichen Dienst zu erhalten, das ist das Problem!

Ich habe daher vorgeschlagen, für die Berufsfortbildung und den Berufsaufstieg geeigneter langjähriger Funktionäre der Baupolizei Sorge zu tragen. Es sollte möglich sein, in Zusammenarbeit mit dem Stadtschulrat für Wien weitere Lehrveranstaltungen ins Leben zu rufen, die es den Beamten und Angestellten ermöglichen, mit Unterstützung der Dienstbehörden mehr zu erreichen als etwa die sogenannte Beamtenmatura gewährleistet. Die im neuen Schulgesetz systemisierte bisherige Arbeitermittelschule könnte als Vorbild des allgemein bildenden Schulwesens dienen und Anregung für Parallelveranstaltungen auf dem Gebiet des technischen und gewerblichen Bildungswesens sein.

Die zweite Sorge, die an dieser Stelle wenigstens kurz angedeutet werden sollte, ist mit dem Ruf nach einer Neuregelung der Bauordnung für Wien gekennzeichnet. Die Wiener Bauordnung vom Jahre 1930 hat damals bekanntlich eine aus dem Jahre 1883 ersetzt. Mit Recht wurde damals vor 34 Jahren auf den eingetretenen Wandel der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, insbesondere aber auch auf die Verlagerung der Gewichte zwischen den an der Bauordnung interessierten Kreisen des privaten und öffentlichen Lebens und der öffentlichen Hand hingewiesen. Ich glaube daher, daß das vor uns jetzt liegende Jahrfünft der gemeinsamen Arbeit in erster Linie auch dazu bestimmt sein soll, der Baupolizei ein neues und besseres Instrument für die Handhabung ihrer schweren und verantwortungsvollen Aufgabe in die Hand zu geben. Alle Beteiligten werden dafür nur Dank wissen.

./.

In den vorliegenden Materialien findet sich ein provisorischer Leistungsbericht der Baupolizei für das Jahr 1964.

Von geradezu schicksalhafter Bedeutung für diese Stadt ist die Zusammenarbeit der Baupolizei mit anderen Abteilungen, namentlich in einer Zeit, in der nicht nur eine konjunkturbedingte kolossale Ausweitung des Baugewerbes stattfindet, sondern in einer entscheidenden Umwandlung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens der geschichtlich gewordene Charakter dieser Stadt zur Diskussion gestellt ist. Sie werden daher verstehen, daß ich für eine gute Nachbarschaft zwischen der Baupolizei und der Denkmalpflege sorgen werde. Es ist zu hoffen, daß die bundesgesetzliche Regelung der Denkmalpflege recht bald erfolgen möge und daß der Streit zwischen den Kompetenzen des Bundes und der Länder eine Lösung nach sachlichen Grundsätzen und nicht zufolge des Kompetenzprestiges finden möge.

Die Baupolizei und die Magistratsabteilung für technische Verkehrsangelegenheiten, sowie die Magistratsabteilung für öffentliche Beleuchtung haben sich mit einer schwierigen Aufgabe zu befassen: Die historisch interessanten Teile unserer Stadt, bei deren Behütung und Bewahrung die öffentliche Meinung auf Wache steht, sind nicht nur Gegenstände ästethischer Betrachtung. Über Verkehrsflächen, auf denen sich einmal neben dem Gehverkehr der Pferdefuhrwerksverkehr und die Personenbeförderung in Sänften vollzogen hat, soll nunmehr der moderne rasante Massenverkehr der Großstadt rollen. Das muß zur Folge haben, daß die Technik dort zu Wort kommt, wo bei allem Respekt vor dem Fortwirken der Vergangenheit das Leben in der Gegenwart geschützt werden muß. Über den Neon-Faschismus bei der Beleuchtung historischer Plätze wird viel geredet, aber nicht weniger darüber, wenn das Problem des modernen Verkehrs an Punkten akut wird, wo sich die Straßen und Gassen aus dem Mittelalter kreuzen und bündeln. Es ist daher zu begrüßen, daß in modernen und fortschrittlich geleiteten Behörden und Unternehmungen mehr und mehr zu dem Grundsatz übergegangen wird, die Bürogebäude außerhalb

./.

des historischen Stadtkernes, vor allem in den hoffnungsvollen Neulandgebieten im Süden und Osten unserer Stadt zu errichten.

Die Städtische Prüf- und Versuchsanstalt

Für die Städtische Prüf- und Versuchsanstalt, wird das Jahr 1965 ein gewisser Markstein in der Entwicklung sein. Nach der Raumprogrammbesprechung vom Oktober dieses Jahres wird für den Neubau der Prüfanstalt in Wien 11, Rinnböckstraße 15, im nächsten Jahr die Planung und die Grundfreimachung zu besorgen sein. Die Mittel dafür sind vorgesehen.

Der Neubau verdient nicht allein wegen der Unzukömmlichkeiten der bisherigen Art der Unterbringung und der beengten Raumverhältnisse im Rathaus Förderung und Aufmerksamkeit, sondern auch deswegen, weil das Arbeitsvolumen quantitativ und qualitativ anwächst. Zugleich mit der Erstellung des Raumfunktionsprogramms gingen die Bemühungen zur Neuordnung von Struktur und Organisation der Prüfanstalt Hand in Hand. Obwohl der Neubau und dessen Ausstattung bevorsteht, konnte für die unabweisbar gewordene instrumentarische Ausstattung schon im Jahre 1964 ein gewisser Beitrag geleistet werden; auch im Jahre 1965 wird einiges hinzukommen.

Stadtvermessung

In der Magistratsabteilung für Stadtvermessung ist die Arbeit seit 1951 auf das Dreifache gestiegen, der Personalstand aber nur um ein Drittel. Mit Ende dieses Jahres werden in Wien etwa 5.500 Höhenfestpunkte zur Verfügung stehen, das ist dreimal so viel als vor dem Eintritt der Kriegsschäden. Ihr Gebrauch ist für jedermann kostenlos.

Zur Herstellung der neuen Stadtkarte 1 : 2.000 wurden die fotogrammetrischen Arbeiten der Stadtvermessung planmäßig weitergeführt. Für die Stadtkarten wurden 27 Blätter neu ausgewertet, die durchaus dichte Verbauungsgebiete betreffen. Erstmalig wurden probeweise zusätzlich zehn Stadtbildkarten durch Luftbildmessung nachgeführt. Bei besserer Personalausstattung könnte diese Arbeit forciert werden.

./.

Es wird erforderlich sein, im kommenden Frühjahr ein weiteres Gebiet im Südwesten Wiens, etwa 80 km^2 für städtische Zwecke überfliegen zu lassen. Die erforderlichen Mittel sind in diesem Haushaltsplan vorgesehen.

Für das kommende Jahr 1965 sind ferner folgende interessante Arbeiten vorgesehen: Verdichtung der Festpunktnetze. Weiterführung der Arbeiten an der Stadtkarte unter möglichster Intensivierung der kartographischen Arbeiten. Beginn der Arbeiten für einen neuen 'Rohrnetzplan' der städtischen Wasserwerke, gemeinsam mit den Magistratsabteilungen 20 und 31. Regelung der Fortführungsarbeiten an der Stadtkarte, zumal die bisher bei der Magistratsabteilung 18 geführte graphische Registratur aller bekanntgegebenen Veränderungen dort aufgelassen wurde. Weiterführung der Ingenieurmessungen bei allen im Gang befindlichen großen Verkehrsbauten. Voraussichtlicher Beginn der Berechnungs- und Absteckarbeiten am nahezu 12 Kilometer langen Wasserleitungsstollen durch die Schneealpe. Bei den sonstigen, mehr oder weniger schon routinemäßigen Arbeitsaufgaben der Magistratsabteilung 41 ist im kommenden Jahr sicher mit wenigstens dem gleichen Arbeitsanfall wie heuer zu rechnen.

Städtische Friedhofsverwaltung

Bei meiner Übersiedlung vom Minoritenplatz auf den Rathausplatz hat man sich den Jux gemacht, ganz besonders auf jene Änderung meiner Tätigkeit hinzuweisen, die mit der künftigen Betreuung der Friedhöfe dieser Stadt im Zusammenhang steht.

Meines Erachtens gehört der Totenkult zu den Kennzeichen, die ein Kulturvolk im Laufe seiner Geschichte auszeichnen oder diffamieren können. In einer Zeit, in der neben dem Erdbegräbnis die uralte Feuerbestattung im besonderen Maße verschiedenste Kirchen- und Religionsgesellschaften befaßt, ist es notwendig, mit dem gebotenen Takt und mit Behutsamkeit dafür vorzusorgen, daß künftige Entwicklungen nicht unversehens Aufgaben entstehen lassen, zu deren momentaner Bewältigung die Verwaltung nicht gerüstet ist.

Ich habe großen Wert darauf gelegt, daß die Friedhofsverwaltung in Zusammenarbeit mit der Abteilung für Stadt- und Landesplanung unter Anleitung des Stadtbaudirektors ein Einvernehmen hinsichtlich jener Pläne herstellt, wonach etwa für die

./.

nächsten 30 Jahre die Erdbestattung unter durchaus geordneten Verhältnissen ermöglicht werden wird. Obwohl die geschäftsordnungsmäßige Abwicklung dieses Vorganges im Augenblick noch nicht feststeht, glaube ich, dem Gemeinderat versprechen zu dürfen, daß wir im Laufe des Jahres 1965 die beratenden und beschlußfassenden Körperschaften dieser Stadt mit den Ergebnissen der einschlägigen Pläne befassen werden können.

Um einiges vorweg zu nehmen, glaube ich heute schon sagen zu dürfen, daß mit der Neuanlage großräumiger Friedhöfe, etwa im Ausmaß des Zentralfriedhofes nicht zu rechnen sein wird. Die geplanten Trassierungen in der nächsten Umgebung des Zentralfriedhofes setzen der räumlichen Ausdehnung dieses im Laufe seiner fast hundertjährigen Geschichte bereits weit ausgedehnten Friedhofes ein Ende.

Von den bestehenden ehemaligen Ortsfriedhöfen, die nunmehr bereits längst zu kommunalen Friedhöfen geworden sind, werden nur einige wenige in der jetzt beginnenden Generation aufgelassen werden.

Die bessere Arealausstattung der noch verbleibenden, sowie Planung vorhandener, jenseits der Donau gelegener Friedhöfe lassen im Gesamtergebnis erwarten, daß von einem bestimmten Zeitpunkt angefangen, der jährlich anfallende Bedarf an Gräbern auf eine Generation hinaus gesichert zu sein scheint. Zu diesem Punkt finden Sie in den vor Ihnen liegenden Materialien nähere zahlenmäßige Hinweise.

Auf der Wiener Internationalen Gartenschau wurden unter anderem beachtenswerte und wertvolle Beispiele der gärtnerischen Ausgestaltung der Friedhöfe sowie der zeitgemäßen Erneuerung des monumentalen Schmuckes gezeigt. Ich weiß, daß gerade in dieser Hinsicht die Pietät der Hinterbliebenen die Achtung und den Respekt verdient. Indessen glaube ich, daß vor allem dort, wo wir die langfristigen Pläne zur Ausgestaltung des Friedhofwesens dieser Stadt realisieren können, bei der Neuanlegung von Begräbnisstätten dem Geschmack vor der Quantität des Aufwandes den Vorzug werden verschaffen können.

Das nunmehr fertiggestellte Planungsergebnis läßt eine Befriedigung des Gräberbedarfes für mehr als 30 Jahre gewährleistet erscheinen. Nach diesem Zeitabschnitt wird es, wie die

./.

Durchrechnung unter Berücksichtigung der für die Rückgewinnung von Gräbern maßgeblichen Faktoren ergibt, aller Voraussicht nach möglich sein, den Jahresbedarf an neuen Gräbern durch Heimfallsgräber zu decken.

Daß die städtischen Friedhöfe eine Aktivgebarung aufweisen, ist bekanntlich ein Anlaß für sehr unterschiedliche kritische Bemerkungen. Das Schlagwort vom Geschäft mit dem Totenkult ist leichthin gesprochen. Bei zunehmendem Personalmangel und manchen Unzukömmlichkeiten aus der Vergangenheit ist es ungleich schwerer, die Verwaltung ordnungsgemäß in Gang zu halten und sich auf die Verwertung von Zuschüssen, die zunächst fragwürdig sind, einzulassen.

Sicherheit und Flüssigkeit des Verkehrs

Nach wie vor stehen wir in der Magistratsabteilung für Technische Verkehrsangelegenheiten vor dem Problem der Quadratur des Kreises, das im konkreten Falle mit der Kurzformel zu bezeichnen ist: Wie soll auf den vorhandenen Verkehrsflächen der Verkehr auf Grund der Zunahme der Kraftfahrzeuge ermöglicht werden.

Nach der vor zehn Jahren geäußerten Fehlmeinung, der Höhepunkt in der Zunahme der Motorisierung sei bereits erreicht, wenn nicht überschritten, treibt nunmehr die Entwicklung auf einen Engpaß zu, der sich leicht ergeben könnte, wenn die Meinung entstünde, technische und zuletzt automatische Verkehrslichtsignalanlagen könnten im Stande sein, ein Chaos auf engstem Raume zu bändigen.

Wir erleben gerade jetzt eine Phase der Entwicklung, in der die ersten Ergebnisse der Überwachung automatischer Verkehrslichtsignalanlagen - ich erinnere Sie an die während der Amtszeit meines Vorgängers eingerichtete Zentrale in der Rossauer Kaserne -, des Systems der 'Grünen Welle' und der Einrichtung von Fernsehkontrollpunkten überprüft werden können. So wenig die allzu kritische Beurteilung, ja Verurteilung von Anfangsschwierigkeiten hingenommen werden sollte, dürfte das echte Dilemma, nämlich daß die geordnete Bändigung des Verkehrsstromes aus verschiedenen Gründen noch nicht gelungen ist, übersehen werden.

./.

An dieser Stelle sei erwähnt, daß die Verampelung keineswegs als Allheilmittel angesehen werden darf. Sicher darf einiges begründetes Vertrauen in die technische Entwicklung der Verkehrslichtsignalanlagen gesetzt werden. In diesem Sinne waren wir bemüht, die Vorbereitungsarbeiten zur Einführung der Steuerung der Wiener Verkehrslichtsignalanlagen mit elektronischen Rechengeräten (Computer) im Jahre 1965 budgetär zu sichern.

Aber jede Automatisierung technischer Vorkehrungen kann im besten Falle nur ein bestimmtes Ausmaß von Fehlauswirkungen eines bestehenden Mangelzustandes reduzieren, keinesfalls aus der Welt schaffen.

Es blieb und bleibt daher vorläufig bei einschränkenden Maßnahmen wie Kurzparkzonen und Einbahnerklärungen, Park- und Halteverboten, Verkehrsbeschränkungen, Ladezonen, Parkplatz- und Aufstellungsanordnungen usw. Durch ein sorgfältiges Ermittlungsverfahren und durch kommissionelle Entscheidungen ist es möglich, die in solchen Fällen unvermeidbaren Interessenkollisionen möglichst gerecht und sachlich auszugleichen. Bei all diesen einschneidenden Maßnahmen und Verboten bleiben aber so viele mehr oder minder berechtigte Verkürzungen von Interessen übrig, daß deren Gesamtzahl oft ebenso viel Ärger und Mißstimmung in der Bevölkerung hervorruft wie der anfängliche Mißstand, der durch sie beseitigt worden ist.

Vielleicht ist es gestattet, eine These aufzustellen: Das Verkehrsproblem, so wie es jetzt besteht, ist das Ergebnis der sich tausendfach kreuzenden Auswirkungen wirtschaftlicher und sozialer Veränderungen. Eine Steuerung mit Hilfe technischer und juristischer Handhaben ist wohl möglich, eine Lösung nicht.

So lange für den Individualverkehr der Großstadt auf Grund eines Sozialprestiges den Autotypen der Vorrang gegeben wird, bei deren Benützung der Fahrer als alleiniger Insasse auf vier oder fünf weitere Fahrgäste verzichtet und so lange die Fabrikation aus verständlichen Gründen die Herstellung dieser Typen forciert, wird das Raumproblem auf den Verkehrsflächen weiterhin nach und nach verschärft werden.

./.

Es gehört zu den interessanten soziologischen Erscheinungen, daß in dem Augenblick als viele Bürger aus den verschiedenen Staaten mit 'Wirtschaftswunder' aus dem Volkswagen ausgestiegen und auf anspruchsvollere Typen übergegangen sind, in den Vereinigten Staaten die Nützlichkeit und Zweckmäßigkeit des Volkswagentyps breiteste Anerkennung gefunden hat.
Es muß bedacht werden, daß 50 Personenwagen einen Raum von 3.800 Quadratmetern erfordern, 100 Motorräder, die üblicherweise nicht viel weniger Personen befördern, nur 1.850 Quadratmeter, während ein Straßenbahnzug und zwei Kraftomnibusse für die Beförderung von 200 Personen nur 180 bis 230 Quadratmeter einnehmen.

Eine Verschärfung des Problems tritt im Raume Wien noch dadurch ein, daß in der sogenannten City die meisten Zentralen des staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens auf verhältnismäßig engem Raum konzentriert sind. Wien ist neben Prag die einzige Stadt in Mitteleuropa, in der der historische, auf das Mittelalter zurückgehende Stadtkern inmitten der Zerstörungen des zweiten Weltkrieges Bestand behalten hat. Dieses wertvolle, aber empfindliche Erbe gestattet keine zu drastischen Experimente auf der traditionellen ersten Verkehrsebene. Wenn dies aber allgemein anerkannt wird, dann müssen sich alle Einsichtigen auch darüber klar sein, daß jedwede weitere Anhäufung von Zentralstellen innerhalb dieses historischen Raumes zu unterbleiben hat.

Wird dies bedacht, dann wird eher eine erträgliche Ausnützung der bestehenden Verkehrsflächen an den bereits jetzt bestehenden Massierungspunkten möglich sein, als wenn etwa dem Bestreben Raum gegeben würde, in den bisherigen Zentren unserer Stadt neue Tintenburgen, neue Paläste des wirtschaftlichen Managements und andere verkehrsakkumulierenden Zentralstellen unterzubringen.

Die städtischen Forste als wichtige Erholungsgebiete

Die Stadt Wien ist bekanntlich nach der Republik Österreich der bedeutendste Forstbesitzer unseres Landes. Der Besitz dieser Forste ist für die Stadt nicht nur ein wirtschaftliches Problem ersten Ranges, sondern in Verbindung mit den

./.

Aufgaben der Quellschutzforste ein bedeutendes kommunalpolitisches Anliegen. Der Wald, während zweier Kriege und in der Not der Zwischenkriegszeit schwersten Devastierungen ausgesetzt, braucht heute den Schutz bedeutender und leistungsfähiger Gebietskörperschaften, damit er nicht noch mehr als bisher aus der Kulturlandschaft unserer Zeit verdrängt wird.

Unsere Forste am Rande und in der Umgebung Wiens und in der Lobau sind heute die Stützpunkte eines Erholungsraumes, dessen Bedeutung die Massen der großstädtischen Bevölkerung bereits ungleich besser einzusehen vermögen als damals vor 60 Jahren, als der Wald- und Wiesengürtel geschaffen worden ist.

Es gehört heute ein gewisser Heroismus dazu, in der großstädtischen Region den Baum und den Wald verteidigen zu wollen. Ein Monument dafür steht auf der Kuppe des Laaer-Berges im zehnten Wiener Gemeindebezirk, wo unter den ungünstigsten Bedingungen mit einer Aufforstung begonnen worden ist. Daneben ist auch die Ausgestaltung der städtischen Wienerwaldforste zu erwähnen, insbesonders der Lainzer Tiergarten und der Anteil am Schwarzenbergpark in Neuwaldegg.
Fast 250.000 Menschen haben im laufenden Jahr den Lainzer Tiergaren besucht; das sind die letzten Nachzügler der großen Wanderbewegung nach dem ersten Weltkrieg und die ersten derer, die es bereits wieder verstehen, am Sonntag aus dem Auto auszusteigen. Alles, was daher getan werden kann, um auch nach der Rückverlegung der Tiergartenmauer im Zuge des Ausbaues der Wientalbegleitstraße den Fußwanderern neue Möglichkeiten zu bieten, sollte und wird unterstützt werden.

Aber Forste im Umkreis der Großstadt brauchen eine umsichtigere und nachhaltigere Betreuung, als unsere fernab in den Bergen liegenden Quellschutzforste. Wenn in diesem Budget daher für den Ausbau von Forsthäusern, für Unterstandshütten, für die Unterbringung der Forstverwaltung Instandsetzungskredite verlangt werden, dann geben Sie diese bitte nicht nur im Hinblick auf die Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit, sondern auch im Hinblick auf das eingangs gesagte Grundsätzliche.

Ziel all dieser Bemühungen ist es, der Wiener Bevölkerung Erholungsgebiete zu erhalten und diese verbessern zu können;

./.

durch eine entsprechende Bewirtschaftung der Quellschutzforste die Gewähr für eine nachhaltige und optimale Schüttung der Quellen zu erreichen.

Nunmehr darf ich Sie, sehr geehrte Damen und Herren des Wiener Gemeinderates bitten, dem Voranschlag für die Geschäftsgruppe VII Ihre Zustimmung zu erteilen."

Die Debatte über Geschäftsgruppe VII

Nach dem Referat von Stadtrat Dr. Drimmel ergreift als erster Debattenredner GR. Lauscher (KLS) das Wort. Er nimmt zunächst zu den Fragen der Verkehrssicherheit für die Fußgänger Stellung und betont, daß Zebrastreifen mit und ohne Blinksignal keinen ausreichenden Schutz darstellen. Zebrastreifen und Dreieckstafeln würden durch Schnee beziehungsweise haltende Fahrzeuge leicht verdeckt und auf die gelben Blinklichter nähme ein Großteil der Kraftfahrer keine Rücksicht. Über- und Unterführungen wären zwar ein ausreichender Schutz, aber auch sehr kostspidig; Überführungen zudem auch unschön. Der Redner schlägt dagegen die Anbringung kompletter Lichtsignalanlagen mit automatischer Schaltung oder mit Selbstbetätigung an frequentierten Übergängen vor. Er bezeichnet die Kreuzungen bei der Augartenbrücke und Spitalgasse-Sensengasse als besonders neuralgische Punkte. Gegen rücksichtslose Autofahrer müsse rigoroser vorgegangen und mehr für die Verkehrserziehung der Fußgänger getan werden. Namentlich die älteren Leute könnten durch Radio, Fernsehen und Plakate in Straßenbahnwagen entsprechend aufgeklärt werden.

Die Baupolizei gäbe zu Klagen Anlaß, die namentlich in den Mieterorganisationen immer wieder laut würden. Die derzeit feststellbare Grundeinstellung innerhalb der Geschäftsgruppe VII müßte sich ändern. Die Magistratsabteilungen 36 und 37 (Baupolizei) sollten daher der Leitung durch einen ÖVP-Stadtrat entzogen und der Geschäftsgruppe für das Bauwesen unterstellt werden. An zwei Beispielen schildert der Redner Unzukömmlichkeiten bei der Tätigkeit der Baupolizei und betont abschließend, daß die KLS-Fraktion den Ansätzen dieser Verwaltungsgruppe die Zustimmung versagen werden.

Der nächste Debattenredner ist GR. Dr. Schmidt (FPÖ). Er gibt seiner Sorge über Neuparzellierungen im Wald- und Wiesengürtel, namentlich im niederösterreichischen Raum, Ausdruck und fordert, diesen entgegenzuwriken.

Auch die Gemeinde Wien müsse sich an ihre eigenen Grundsätze der Erhaltung des Wald- und Wiesengürtels halten. Der Redner bezieht sich auf die Errichtung der Biomull Ges.mbH am Laaer Berg, der ein jüngst ergangenes Urteil des Verwaltungsgerichts-

./.

hofes die Baubewilligung versagt habe. Die Magistratsabteilung 37 dagegen habe im Jahre 1955 die Baubewilligung erteilt, die dann von Anrainern erfolgreich beim Verwaltungsgerichtshof angefochten wurde. Dennoch arbeite der Betrieb seit Jahren, ohne überhaupt über eine Bewilligung zu seiner Errichtung zu verfügen. Der Redner richtet an Stadtrat Dr. Drimmel die Frage, was er in dieser Sache zu tun gedenke.

Dr. Schmidt tritt ferner für eine verstärkte Verkehrserziehung ein und fordert eine strengere Bestrafung aller Verkehrssünder. Gerade der technische Fortschritt, nämlich die automatischen Lichtsignalanlagen, hätte die Undiszipliniertheit der Kraftfahrer gefördert. Diese verhielten sich bei automatischen Ampeln, wo sie sich nicht überwacht fühlen, vorschriftswidrig. Man müßte dem durch Aufsichtsbeamte abhelfen, die nicht sofort sichtbar sind.

GR. Dr. Schmidt bezeichnet es als sicherlich angenehmer und einfacher, Parksünder zu bestrafen oder bei Verkehrsfallen auf die Opfer zu warten, als einen Rowdy am Lenkrad zu stoppen und zur Verantwortung zu ziehen. Dies sei kein Weg zur Lösung der Probleme der Verkehrssicherheit, und die Stadt Wien sollte daher Fühlung mit dem Polizeipräsidenten aufnehmen, um hier eine Regelung zu treffen.

Es gebe noch immer zu wenig Bodenmarkierungen, manche der bestehenden seien sogar verkehrsbehindernd angebracht. Die Grüne Welle sei vielfach noch Zukunftsmusik; es sei nicht einzusehen, warum nicht mehr Ampeln aufeinander abgestimmt werden.

Dann fordert der Redner den Ausbau eines wirklich brauchbaren und umfassenden Einbahnsystems. Er verweist dabei auf die Lösung, die in London getroffen worden sei und weitgehend die Flüssigkeit des Verkehrs gewährleiste. Bezüglich der Parkraumnot werde wohl nichts anderes mehr übrigbleiben, als ganze Bezirke, so etwa den ersten Bezirk, zur Kurzparkzone zu erklären.

Die Ausführungen Stadtrat Dr. Drimmels seien sehr düster gehalten gewesen und zeigten eigentlich kaum Lösungsmöglichkeiten für die dringendsten Probleme auf. Die FPÖ-Fraktion müsse daher den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe ihre Zustimmung versagen.

Der nächste Redner ist GR. Neusser (ÖVP). Er anerkennt, daß die Beleuchtung der Straßen Wiens von Jahr zu Jahr besser wird,

./.

meint jedoch, daß hier noch viele Aufgaben zu lösen seien. So müßte man sich bei der Verbesserung der Lichtverhältnisse nicht nur auf die Hauptstraßen konzentrieren, sondern das Augenmerk auch den Nebenstraßen zuwenden, wo keine zusätzliche Beleuchtung durch Schaufenster vorhanden sei. Auch die bewährten Quecksilberdampflampen an Kreuzungen müßten in verstärktem Maß in Nebenstraßen angebracht werden. Verschiedentlich aufgezeigte Störungen des Radio- und Fernsehempfangs durch die Leuchtstoffröhren in der Straßenbeleuchtung müßten behoben werden. Die Anbringung von Leuchtstoffröhren an sich sei jedoch von großem Vorteil. Der beste Beweis für ihre Wirtschaftlichkeit sei, daß der Stromverbrauch trotz Vermehrung der Lichtstellen zurückgegangen ist.

Voraussichtlich werde im kommenden Jahr auch das Gebäude der Wiener Universität angeleuchtet werden. Verhandlungen darüber seien noch im Gange.

Im weiteren stellt GR. Neusser fest, daß eine Anhäufung von Verkehrslichtsignalen nicht zur Flüssigkeit des Verkehrs beitrage, sondern ganz im Gegenteil zu Stauungen führen könne. Sodann kritisiert er, daß bei vielen Ampelanlagen das Grünblinken uneinheitlich sei und bei anderen überhaupt fehle. Manche Grünlichter blinken viermal, manche sechsmal und manche überhaupt nicht. Hier müsse rasche Abhilfe geschaffen werden. Auch für die Abschaltung der Ampelanlagen während der Nacht müßte ein einheitlicher Modus gefunden werden. Es sei unverständlich, daß oft in ein und derselben Straße eine Ampel noch in Betrieb sei, eine andere nicht mehr.

Zum Thema Stadtvermessung macht GR. Neusser folgende Vorschläge: Modernisierung des veralteten Katasters der Stadt Wien und des Leitungskatasters, verstärkte Heranziehung von Ingenierukonsulenten für Vermessungswesen. Auch die Absteckung der Fluchtlinien sollte von Ingenieurkonsulenten vorgenommen werden, um den Beamtenapparat zu entlasten und ihm mehr Zeit zur Erfüllung seiner eigentlichen Aufgaben, nämlich der Überwachung und Überprüfung, zu geben.

GR. Ing. Lust (ÖVP) stellt fest, daß er es während seiner 15jährigen Tätigkeit im Wiener Gemeinderat unterlassen hat, persönliche Angriffe zu starten. Stadtrat Heller war es vorbehalten

./.

dies zu tun. Er hat ihn in seiner Eigenschaft als Präsident der Ingenieurkammer apostrophiert, als er sagte: "Ich glaube nicht, daß die Architekten Ihrer Meinung sind, Herr Präsident, und ich bitte, vorsichtig zu sein, denn bei der letzten Kammerwahl hat es bereits einen großen Knacks gegeben. Er könnte sich bei diesen Ansichten bei den nächsten Kammerwahlen wiederholen". Eine derartige Äußerung müßte schärfstens zurückgewiesen werden, entsteht doch durch sie der Eindruck, als wenn meine Stellung bei der Ingenieurkammer in ein schiefes Licht gekommen wäre. Der Redner versichert, daß er das vollste Vertrauen der Ingenieurkammer für Wien und Niederösterreich genieße.

Er geht sodann auf die großen Aufgaben ein, die die Baupolizei zu bewältigen hat und auf die großen personellen Schwierigkeiten, unter denen diese ihre Arbeiten durchführen muß. Besonders groß ist der Akademikermangel. Der Baupolizei werden durch den technischen Fortschritt, viele neue Baumethoden und Baumittel, immer mehr Arbeiten aufgebürdet. Für die 13 Außenstellen sind jedoch nur vier Dienstposten der Dienstklasse sieben vorhanden. Die Arbeit und Verantwortung eines Außenstellenleiters sei nicht geringer als eines Bezirksamtsleiters und er müßte daher die selben Aufstiegsmöglichkeiten haben. Bei der Baupolizei besteht aber nicht nur ein Mangel an Akademikern, sondern auch an guten Kanzleikräften. Sie müssen nicht nur besonders genau arbeiten, sondern auch großes Einfühlungsvermögen in die technische Begriffswelt haben. Entsprechend ihren Leistungen müßten sie in Verwendungsgruppe C eingestuft werden. Mangel herrscht bei der Baupolizei auch an Amtsgehilfen, worunter Parteienverkehr und Einsicht in die Planarchive leiden. Der Redner ersucht die Amtsinspektion um Überprüfung und Abschaffung dieser Mängel.

Er urgiert sodann eine schon lange bei der Baudirektion liegende Eingabe der Standesvertretung der Zivilingenieure auf Erhöhung der Beschaugebühren. Sie erhalten für eine Beschau, einschließlich Fahrzeit, Fahrtspesen und Erstellung eines Protokolls eine Vergütung von 75 Schilling. Dieser Gebührensatz blieb seit zehn Jahren unverändert und entspricht keineswegs den heutigen Verhältnissen.

./.

Der Redner verlangt auch die endliche Vorlage einer Bauordnungsnovelle, dessen Entwurf seit März 1964 irgendwo schlummert. Die vorhandene Bauordnung ist nicht mehr zeitgemäß und muß daher abgeändert werden, um bei allen Planungen, so vor allem bei der Durchführung von Großflächenassanierungen, Großflächenverbauungen und Ausarbeitung von Strukturplänen eine brauchbare, gerechte und juristische Grundlage zu haben.

Auch das Kanaleinmündungsgesetz, das im Jahre 1955 auf Verlangen der ÖVP novelliert wurde und damals eine gerechte Belastung für die einzelnen Bauwerber brachte, entspreche nicht mehr dem heutigen Stand und müsse daher baldigst überarbeitet werden. Ebenso wäre das Garagengesetz neu zu fassen.

Abschließend spricht der Redner die Hoffnung aus, daß die Zusammenarbeit im Gemeinderatsausschuß VII auch in Zukunft so gut sein möge wie bisher. Den Ansätzen der Geschäftsgruppe werde seine Fraktion die Zustimmung erteilen.

GR. Binder (SPÖ) erklärt, daß man auf eine Frage der Bevölkerung, was die Gruppe VII zur Lösung der Verkehrsprobleme unternommen hat, nur folgendes antworten kann: Man hat versucht, den Verkehr zu zählen, hat dann Wissenschaftler und Mathematiker mit der Auswertung dieser Verkehrszählungen beauftragt und auf Grund dieser Auswertung Techniker mit der Erstellung von entsprechenden Vorschlägen betraut. Die ausgearbeiteten Vorschläge zur Verflüssigung des Verkehrs hat man dann den Vertretern der Verkehrspolizei und den betroffenen Bezirken vorgelegt. Nach Berücksichtigung ihrer Meinung hat man dem Gemeinderatsausschuß VII die Pläne vorgelegt, die dort dann beraten, nötigenfalls abgeändert und beschlossen oder abgelehnt wurden. Man hat also alles getan, um zu wirklich guten Lösungen zu kommen. Man hat viele Ampeln installiert, die Grüne Welle auf dem Gürtel eingeführt, eine Fernsehanlage in der Rossauer Kaserne eingerichtet, mit einem Wort also alles versucht, um den Verkehr flüssiger und für den Verkehrsteilnehmer sicherer zu gestalten. Die Stadt Wien hat zur Schulung der Verkehrspolizei auch ein Schulungszimmer in der Marokkanerkaserne eingerichtet. Eines aber konnte man bis heute nicht klären, das ist das Verhalten mancher Verkehrsteilnehmer, wenn sie ihr Fahrzeug besteigen. Es sei unverständlich, welche charakterlichen Änderungen da bei manchen Menschen vor sich gehen und wie aggressiv sie werden.

./.

Wir wissen aus Statistiken, daß es in Wien im Jahre 1963 9.500 Verletzte und 182 Tote durch Verkehrsunfälle gegeben hat. Nach einer internationalen Statistik soll es in Europa jährlich rund 40.000 Verkehrstote geben. Das ist eine entsetzliche Tatsache. Auf der einen Seite ist man bemüht, Kriege auszuschalten, auf der anderen Seite werden dann aber tausende Menschen durch den Verkehr getötet. Der Redner bittet daher den Stadtrat, zu überlegen, ob nicht durch Beiziehung von Psychologen, Verhaltensforschern und Wissenschaftlern erforscht werden könnte, was zu tun sei, um Menschen, die ihren Charakter bei Besteigen eines Fahrzeuges so verändern, für den Verkehr nicht zuzulassen.

Der Redner ersucht auch, den kleinen Wünschen der Bezirke Aufmerksamkeit zu widmen. Er wendet sich dagegen, daß die Verkehrsampeln nicht einheitlich abgeschaltet werden und macht überhaupt Bedenken gegen zuviele Ampeln und Verkehrszeichen geltend.

Wir wissen, daß Wien beleuchtungsmäßig eine hervorragende Stadt ist, doch solle man bei der Anbringung der Beleuchtung auf das Stadtbild Rücksicht nehmen. Der Redner meint auch, Stadtrat Dr. Drimmel habe sich ein Eigentor geschossen, als er im Wahlkampf die Peitschenleuchten kritisiert habe. Er dürfe feststellen, daß die Beleuchtung immer einem Stadtrat der ÖVP unterstand.

Er freue sich, daß die Friedhofsverwaltung auf der WIG zeigen konnte, wie moderne Grabgestaltung aussehen kann. Auch Friedhöfe können also modern gestaltet werden.

Ein sehr positives Kapitel sind unsere Stadtforste.

GR. Lust hat die Personalpolitik bei der Baupolizei erwähnt. Wir kennen natürlich die Schwierigkeiten, wir wissen, daß die Baupolizei berechtigte Wünsche hat, und unsere Unterstützung zur Behebung dieser Schwierigkeiten kann jederzeit gefunden werden. Aber auch die Beamten der Baupolizei wissen, daß sie im Rahmen des Besoldungssystems stehen. Man muß und wird jedoch einen Weg finden, diese Fragen zu lösen, doch gehören sie eigentlich nicht in das Budgetkapitel.

Ansonsten habe er auch bei der Baupolizei einige kleine Bitten. So sollte man die kleinen Bauwerber besser beraten. Wundern müsse er sich jedoch, daß die Architekten und Baumeister scheinbar keine Ahnung von der Bauordnung haben, und Beschwerden einreichen, obwohl sie wissen, daß die Baupolizei ihre Wünsche nicht erfüllen kann.

./.

Er habe es selbst erlebt, daß die Architekten mit Plänen gekommen sind, die ihnen abgelehnt werden mußten.

Stadtrat Dr. Drimmel nimmt im Schlußwort zu den Diskussionsbeiträgen Stellung.

Der Einwand, daß die Zebrastreifen bei Schneelage unsichtbar werden, kann nicht widerlegen, daß es sich um Maßnahmen handelt, die in der internationalen Erfahrung so bewährt sind, daß sie durch bessere nicht ersetzt werden konnten. Der ehemalige Gemeinderat Bolaffio hat den Vorschlag gemacht, die Zebrastreifen speziell zu beleuchten. Es wird daher ein solcher Versuch unternommen werden.

Der Referent meint, er habe auch die Erfahrung gemacht, daß die "Verampelung" kein Allheilmittel darstelle. Er glaube, daß wir es doch einmal versuchen und einiges Vertrauen in die bürgerlichen Tugenden setzen sollten. Dies umso mehr, als auch die neue Straßenverkehrsordnung auf einem Vertrauensprinzip aufgebaut ist.

Vor allem zwingt auch der Personalmangel bei der Polizei, durch technische Perfektion den Menschen möglichst weitgehend zu ersetzen. Bei der Neuerrichtung von Verkehrssignalanlagen sollen die Wünsche der einzelnen Bezirke Berücksichtigung finden. Dasselbe gilt auch für die öffentliche Beleuchtung, für die wir im Budget gern mehr gehabt hätten. In allen jenen Fällen aber wo die zuständigen Magistratsabteilungen eine Entscheidung gegen das ausdrückliche Votum der Bezirke fällen müssen, werden die Bezirksvorsteher von mir ein persönliches Schreiben erhalten, in dem diese Entscheidung eingehend begründet wird.

Das Vorgehen gegen rücksichtslose Autofahrer fällt nicht in die Kompetenz dieser Geschäftsgruppe. Jedoch versuchen wir eine optimale Koordination aller befaßten Stellen zu erreichen. Ich habe bei meinem Amtsantritt daher sofort mit der Bundespolizeidirektion Wien und mit Präsidenten Holaubek persönlichen Kontakt hergestellt.

In der Verkehrserziehung wird bereits sehr viel getan, vor allem in den Schulen und Jugendorganisationen. Auch die Massenmedien leisten hierzu ihren Beitrag. Vielleicht könnten die Tages- und Wochenzeitungen auf ihren Motorseiten als Beigabe zu den technischen Details auch auf Fragen der Verkehrserziehung stärker eingehen. Das Fernsehen bringt eine spezifische Sendung über die

./.

Gefahren der Straße und das Kuratorium für Verkehrssicherheit bildet eine gut organisierte Koordinationsstelle. Ein neues Mittel zur Verkehrserziehung neben den bereits praktizierten konnte noch nicht gefunden werden. Man muß auch bedenken, daß der Österreicher kein geborener Autofahrer ist.

GR. Lauscher, der über die Baupolizei geklagt hat, kann versichert sein, daß meine persönliche politische Einstellung den Beamten keine Schwierigkeiten bei der Ausübung ihres Dienstes bereiten wird. Die von ihm beigebrachten Beispiele lassen verschiedene Erklärungen zu. Das enthebt freilich die Baupolizei nicht der Verpflichtung, alle Vorfälle auf das sorgfältigste zu prüfen.

Ihre Tätigkeit ist freilich eine schwierige. Über ihr steht ein Gesetzesauftrag, der ebenso gewichtig ist, wie ihre soziale Verpflichtung. Außerdem gibt es ein Amtshaftungsgesetz, das sie haftbar macht, wenn rechtzeitige Maßnahmen verabsäumt werden. Die rechte Mitte zwischen Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit zu finden ist eben das Geheimnis der Bürokratie. Es sei gerne zugegeben, daß es Beamte gibt, die es glänzend verstehen, ihren Mitmenschen die Last des Gesetzes nicht spürbar werden zu lassen, und andere Beamte, die das einfach nicht zusammenbringen. Als ich in meiner Jugend dem Wunsch meines Vaters entsprechend, bei der Polizei eintreten sollte, erläuterte mir ein Polizeirat, daß man in diesem Beruf nur drei Dinge können müsse: Absperren, Einsperren und Zusperren. Auch heute noch gibt es Beamte mit einer ähnlichen Einstellung. Ich habe aber nicht den Eindruck, daß eine Pauschalbeschuldigung gegenüber den Beamten der Baupolizei am Platze ist. Ich glaube daher, den von GR. Lauscher vorgebrachten Pauschalvorwurf mit voller Überzeugung zurückweisen zu können.

Nach der Schaffung des Wald- und Wiesengürtels hat man es leider versäumt, das ganze Areal rechtzeitig in den Besitz der Stadt Wien zu bringen. Dies zeitigte vor allem nach dem ersten Weltkrieg fatale Folgen. Was die Firma Biomull betrifft, bin ich der persönlichen Überzeugung, die in diesem Hause sicher ungeteilte Zustimmung findet, daß ein Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes buchstabengetreu ausgeführt werden muß.

./.

Die Gebäude der Biomull Ges.mbH. sollen deshalb innerhalb zweier Jahre abgetragen werden.

Es muß in diesem Zusammenhang aber gesagt werden, daß Wald- und Wiesengürtel nicht überall dasselbe ist. Die desolaten und devastierten Regionen im Süden und Südosten müssen zuerst einmal saniert werden, bevor man sie zum Wald- und Wiesengürtel rechnen kann. Bezüglich der Erhaltung des Grüngürtels dürfte es in diesem Hause überhaupt keine Meinungsverschiedenheit zwischen den Fraktionen geben. Ich werde mich in meiner Geschäftsgruppe jedenfalls rückhaltslos dafür einsetzen.

Stadtrat Dr. Drimmel spricht dann von den Mängeln in der Simultanschaltung und ihren technischen Ursachen.

Er sehe das Problem der Verkehrsregelung in Wien nicht so schwarz - er sehe es freilich auch nicht rot, weil sonst seine Freunde für ihn schwarz sehen würden!

Durch Einzelmaßnahmen könne viel erreicht werden, aber gelöst werde das Verkehrsproblem nur durch eine große städtebauliche Konzeption, die über den Aufgabenbereich der Geschäftsgruppe VII hinausgeht. Viel erhoffe er sich auch von einer sich vielleicht langsam anbahnenden veränderten Einstellung zum Automobil. So lange das Auto die Hochwassermarke des Lebensstandards bilde und nicht als nützlicher Gebrauchsgegenstand gewertet werde, sei keine Besserung zu erwarten. Auch beim Telefon, das seinerzeit als Symbol äußerster Arriviertheit gegolten hat, und heute zu einer Selbstverständlichkeit, ja zu einer Last geworden sei, war die Entwicklungstendenz zum Gebrauchsgegenstand hin zu beobachten. Etwas ähnliches müsse sich in der Einstellung gegenüber dem Kraftfahrzeug durchsetzen.

Nächtliche Abschaltung der Verkehrsampeln: Ich habe mich in den letzten Monaten bemüht, das Geheimnis des Systems zu ergründen, nach dem das geschieht. Ich muß bekennen, es ist mir nicht gelungen. Jedenfalls sind die Abschaltungen regional verschieden.. Ganz allgemein gesprochen, gibt es zwei voneinander grundsätzlich verschiedene Standpunkte in dieser Angelegenheit.

./.

In New York sind alle automatischen Lichtsignalanlagen ausnahmslos die ganze Nacht in Betrieb - nach dem Prinzip, daß nur die konsequente Handhabung eines Systems höchste Sicherheit gewährleistet. Viele andere hingegen vertreten den Standpunkt, daß gerade diese Konsequenz zu einer bedeutenden Verlangsamung des Verkehrs führen kann. Wir werden uns bemühen, richtig zu entscheiden. Bei der Frage des Grünblinkens bin ich jedoch absolut der Ansicht, daß man hier konsequent vorgehen muß. Allerdings ist dabei zu beachten, daß aus technischen Gründen nicht alle Ampelanlagen sofort auf Grünblinken umgestellt werden können.

Störungen des Radio- und Fernsehempfangs werden nicht durch die Lampen verursacht, sondern durch verschiedene Schaltanlagen. Jährlich werden etwa 20 Fälle solcher Störungen gemeldet. Man ist ständig dabei, die Störquellen zu beseitigen.

Stadtvermessung: Es ist keine Frage, daß das kartographische Werk der Stadt Wien auf den neuesten Stand gebracht werden muß. Der Personalmangel bedingt, daß auch Konsulenten dazu herangezogen werden. Ganz allgemein zur Frage der Konsulenten: Jede öffentliche Verwaltung braucht sie. Ich möchte hier jedoch vor Extremen in beiden Richtungen warnen.

Leitungskataster: Der Rohrnetzplan, der geschaffen werden soll, ist der Anfang dazu, um das unterirdische Wien auch kartographisch besser erfassen zu können.

Zur Frage der Novellierungsmaßnahmen in der Bauordnung und im Garagengesetz stellt Stadtrat Dr. Drimmel fest, daß ihm die internen Dienstinstruktionen der Baudirektion zugänglich seien und er alle Anfragen in dieser Hinsicht zu beantworten bereit sei.

Hinsichtlich des Bestattungswesens erklärt der Berichterstatter, er freue sich, daß in letzter Zeit eine friedliche Stimmung zwischen den verschiedenen Weltanschauungen in dieser Frage herrsche. Daß die Schachtgräber ein tragisches Problem seien, wisse er. Ein bißchen mehr pietätvolle Ordnung in den Schachtgräberabteilungen der Friedhöfe könnte jedoch nicht schaden.

Gestaltung der Leuchtkörper auf historischen Plätzen: Ich bin stets generell gegen die sogenannten Peitschenleuchten gewesen. Man muß jedoch bedenken, daß auch die kleinen Gäßchen der Altstadt, in denen früher nur ein paar Kutschen gefahren sind, durch die aber jetzt der Großstadtverkehr rollt, eine moderne Beleuch-

./.

tung brauchen. An historisch besonders wertvollen Plätzen aber muß es möglich sein, daß das typisch Wienerische auch im Zeitalter der Technik nicht gestört und schon gar nicht zerstört wird.

Abschließend erklärt der Berichterstatter, er wiesse, daß er einigen Diskussionsrednern die Antwort auf verschiedene Fragen schuldig geblieben sei. Er werde sich jedoch erlauben, diese Antworten schriftlich nachzuholen.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze der Geschäftsgruppe VII mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen. Abänderungsanträge lagen keine vor.

Der Vorsitzende, GR. Dr. Bohmann (SPÖ) unterbricht die Sitzung.

Die Beratungen werden morgen Donnerstag, den 17. Dezember, um 9 Uhr, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe VIII (Öffentliche Einrichtungen) und der Geschäftsgruppe IX (Wohnungswesen) forgesetzt. Referenten sind Stadtrat Koci (SPÖ) und Stadtrat Glaserer (SPÖ).

(Ende des Sitzungsberichtes)

\- - -

Kreuzung Stadiongasse-Zweierlinie wieder befahrbar

16. Dezember (RK) Wir berichteten bereits gestern, daß ab morgen Donnerstag, 17. Dezember, nach Fertigstellung der Kreuzung Stadiongasse-Lastenstraße die Linie J wieder so fahren wird wie vorher, nämlich durch die Stadiongasse und über den Ring. Selbstverständlich können auch die Autofahrer diese Kreuzung stadtein- und -auswärts wieder benützen. Erfreulich dabei: Das Kreuzungsplateau ist früher fertig geworden als vorgesehen war, was besonders beim starken Weihnachtsverkehr angenehm sein wird.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Die Budgetberatungen im Rathaus:

Öffentliche Einrichtungen

17. Dezember (RK) Am fünften Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde zuerst die Geschäftsgruppe VIII (Öffentliche Einrichtungen) behandelt. Stadtrat Franz Koci (SPÖ) erstattete das Referat:

"Der Voranschlag für das achte Hauptstück sieht Einnahmen in der Höhe von 380,374.100 Schilling und Ausgaben von 891,274.100 Schilling vor. Der Gebarungsabgang für die als Betrieb organisierten sowie betriebsmäßig geführten Abteilungen, wie Kanalisation, Wasserwerke, Bäder, Wäschereien, die Stadtreinigung und den Fuhrpark, ergibt 510,900.000 Schilling und wird um 65,019.200 Schilling, das sind 14,5 Prozent höher sein als im Jahre 1964.

Um ein klagloses Funktionieren der öffentlichen Einrichtungen der Großstadt Wien zu erreichen, muß dieser Gebarungsabgang aus allgemeinen Steuergeldern gedeckt werden.

Die Erhöhung des Abganges im Vergleich zum Vorjahr zeigt deutlich die großen baulichen Herstellungen, welche hauptsächlich bei den Wasserwerken veranschlagt sind. Für die Kanalisation sind 51,715.000 Schilling, für die Wasserwerke 130,850.000 Schilling, die Bäder 33,250.000 Schilling, die Wäschereien 5,300.000 Schilling und die Stadtreinigung mit dem Fuhrpark 29,891.000 Schilling vorgesehen.

Kanalisation

Die Kanalisation erwartet aus den Kanaleinmündungs-, Kanalbenützungs-, Senkgrubenräumungs- und Verstopfungsbehebungsgebühren Einnahmen in der Höhe von 62,940.600 Schilling und rechnet mit Ausgaben in der Höhe von 104,928.800 Schilling. ./.

Für die Erhaltung der Kanalisationsanlagen wurden 17 Millionen Schilling aufgewendet und sind im Voranschlag 1965 17,5 Millionen Schilling vorgesehen. Darunter fallen die laufenden Erhaltungsarbeiten am Kanalnetz, der Umbau der schadhaften Kanäle, die Auswechslung unzulänglicher Kanäle sowie größere Kanalinstandsetzungen. So wird beispielsweise bei dem geplanten Kanalumbau im ersten Bezirk in der Postgasse in den alten großdimensionierten Ziegelkanal ein Betonprofil, eiförmig, im Durchmesser von 80 Millimeter lichte Weite und 120 Millimeter lichte Höhe, eingebaut und der Hohlraum zwischen dem Ziegelkanal und dem Betonprofil mit alten Ziegeln ausgefüllt. Der um die Jahrhundertwende hergestellte Donaufelder Sammelkanal zeigt in steigendem Maße Verfallserscheinungen, die die Fortsetzung von der Wagramer Straße gegen die Bellinigasse notwendig machen. Auch eine Reihe sonstiger aus dieser Zeit stammender Kanäle, unter anderem überaltete Ziegelkanäle, zeigen so schwere Baumängel, daß ihr Umbau fortgesetzt werden muß.

Für die Ausgestaltung der Kanalisationsanlagen wurden im laufenden Jahr 44,8 Millionen Schilling ausgegeben; im Verwaltungsjahr 1965 sind 51 Millionen Schilling veranschlagt. 13 Millionen Schilling sind für die Kanalisierung städtischer Wohnhausanlagen gedacht. Die Kanalisierung von Hadersdorf-Weidlingau wird fortgesetzt. Die schon lang projektierte Einwölbung des Erbsenbaches in der Sieveringer Straße bis zur Agnesgasse kann nunmehr begonnen werden.

Weiter wird die Kanalisierung der Nordrandsiedlung im 21. Bezirk fortgeführt. Damit werden zwei Drittel der gesamten Kanalisierung dieser Siedlung erreicht werden. Es wird aber auch die Kanalisierung des Siedlungsgebietes, 22, Hirschstetten, Quadenstraße, begonnen.

Im laufenden Jahr wurden vier Millionen Schilling für die Kanalumbauten im Zusammenhang mit dem Umbau des Matzleinsdorfer Platzes aufgewendet. Für 1965 sind weitere sechs Millionen Schilling veranschlagt. Für die Tiefführung der Straßenbahn im Bereich Getreidemarkt-Landesgerichtsstraße waren im laufenden Jahr für die Kanalumbauten 5,3 Millionen Schilling erforderlich. Diese Arbeiten werden im kommenden Jahr elf Millionen Schilling benötigen.

./.

Obwohl im laufenden Jahr rund 17 Kilometer Kanäle neu verlegt wurden hat sich die Zahl der Senkgruben um 3.070 auf 28.989 erhöht. Bis 31. Oktober wurden 19.550 Senkgrubenräumungen vorgenommen.

Wasserwerke

371,344.400 Schilling werden für die Ausgaben der Wasserwerke veranschlagt. Demgegenüber stehen Einnahmen in der Höhe von 150,991.500 Schilling, somit beträgt der Gebarungsabgang 220,352.900 Schilling. Der Personalaufwand ist mit 61,996.800 Schilling, der Sachaufwand mit 163,497.600 und die Investitionen mit 130,850.000 Schilling errechnet.

In der Verwaltung der Wasserwerke stehen die I. und II. Hochquellenleitung mit einer 319 Kilometer langen Leitungsstrecke, die Grundwasserwerke in Matzendorf und Pottschach, die Wientalwasserleitung, die Wasserkraftwerke in Hirschwang, Kaiserbrunn und Naßwald, die sechs Wasserkraftwerke, zwei Grundwasserwerke und ein Hebewerk in Wildalpen, der Speicher Neusiedl mit einem Fassungsraum von 600.000 Kubikmeter und in Wien das 2.332 Kilometer lange Rohrnetz, die 31 Behälter mit einem Fassungsraum von 550.000 Kubikmeter, zehn Grundwasserwerke, 13 Hebewerke, sechs Drucksteigerungswerke und fünf Wasserkraftwerke.

Die Zahl der Anschlüsse der Wasserabnehmer beträgt rund 84.000. Dazu kommt noch der rund 22.680 Hektar große Grundbesitz, welcher zum Schutz der Quellengebiete von den Wasserwerken erworben wurde.

Bei je zwei Abkehrungen an der I. und II. Hochquellenleitung konnten im Jahre1964 zahlreiche Zeitschäden ausgebessert werden. Diese Abkehrarbeiten sind jeweils auf 60 Stunden begrenzt und werden meistens über das Wochenende, wenn geringere Wassermengen verbraucht werden, durchgeführt.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf einen schweren Tankwagenunfall hinweisen, der sich am 14. August im Quellengebiet der Stixensteiner Fassungsanlagen ereignet hat. Dieselöl trat in den Leitungskanal der Stixensteiner-Leitung und es mußte diese abgeschaltet werden. Das erdölgetränkte Erdreich an der Unfallstelle wurde ausgebaggert und abgeführt.

./.

Das ölvermengte Grundwasser wurde laufend abgepumpt und gleichfalls abgeführt. Die Sanierungsarbeiten dauerten bis 12. Oktober, das sind 61 Tage, in welchen täglich rund 10.000 Kubikmeter Trinkwasser abgeleitet werden mußten. Durch diesen einen Tankwagenunfall ging also eine Menge von rund 600.000 Kubikmeter Wasser verloren, das ist der Fassungsraum des Großspeichers in Neusiedl im Steinfeld.

Im Hinblick darauf wurde von der Magistratsdirektion die Weisung erteilt, bei den Bezirkshauptmannschaften den Antrag zu stellen, verschiedene Verkehrsbeschränkungen im Bereich von Wasserleitungsanlagen zu erlassen.

Die Quellschüttung war ausnahmsweise heuer sehr günstig. Bis zum Oktober 1964 wurde eine Wassermenge von 140,069.422 Kubikmeter gewonnen, das sind im Mittel pro Tag 459.189 Kubikmeter. Es konnten durchschnittlich 71,5 Prozent Quellwasser einschließlich der Triestingtalleitung, 27,5 Prozent Grundwasser und ein Prozent aus der Wiental-wasserleitung aufgebracht und dem Verbrauch zugeführt werden. Bis zum Oktober 1964 wurden 137,434.146 Kubikmeter dem Wiener Verbrauch zugeführt, das sind 449.842 Kubikmeter im Durchschnitt pro Tag. Die Wiener haben im Vergleich zu dem gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres um 1,423.384 Kubikmeter weniger verbraucht.

An 134 Tagen dieses Jahres wurden mehr als 300 Liter Wasser pro Kopf verbraucht und der höchste Verbrauch wurde am Dienstag, dem 21. Juli, mit 571.900 Kubikmeter oder 369 Liter pro Kopf gemessen. Der geringste Verbrauch ergab sich am Sonntag, dem 29. März, mit 333.100 Kubikmeter oder 215 Liter pro Kopf. Der Gesamtverbrauch ist demnach im Vergleich zu 1963 um rund ein Prozent zurückgegangen. Sämtliche Bemühungen der Wasserwerke hängen schließlich doch auch von der Großwetterlage ab.

Die Wasserwerke treiben aber mit aller Energie die Maßnahmen zur zusätzlichen Wassergewinnung voran. 130,8 Millionen Schilling sind im Voranschlag 1965 für Investitonen veranschlagt.

Auf Grund der wasserrechtlichen Bewilligung zur Wasserentnahme aus dem Grundwasservorkommen der Unteren Lobau konnten bereits im Februar die Arbeitsausschreibungen durchgeführt und am 6. April der Bau des Grundwasserwerkes Lobau begonnen werden.

./.

Die genaue Überwachung aller dieser Arbeiten durch einen sogenannten "Netzplan" gibt die Gewähr, daß, abgesehen von unvorhergesehenen Katastrophen, zum Jahresende 1965 das erste Wasser aus der Lobau nach Wien gepumpt werden kann.

Für die III. Wasserleitung sind im Voranschlag 1965 1,5 Millionen Schilling festgelegt. Im Auftrag der Obersten Wasserrechtsbehörde sind weitere Vorarbeiten erforderlich, die zu einer Wasserbilanz des Steinfeldes führen sollen.

Auch die Vorbereitungsarbeiten für die Fassung und Einleitung der 'Sieben Quellen' machten große Fortschritte.

Durch Ankauf von Fremdwasser und Vertiefung von Brunnen an der I. Hochquellenleitung konnte die Wasserführung um 10.000 Kubikmeter pro Tag erhöht werden.

Durch den Erlaß einer Schutzgebietsverordnung für das Einzugsgebiet des Wienerwaldsees wurde die Grundlage zur Verbesserung der hygienischen Verhältnisse geschaffen.

1,5 Millionen Schilling sind für die Vorarbeiten zur Errichtung eines Grundwasserwerkes im 20. Bezirk, Klosterneuburger Straße, auf den Gründen der ehemaligen Eisfabrik, im Budget aufgenommen.

Zur Verbesserung der Wasserverteilung und Vergrößerung der Behälter in Wien wurde ebenfalls viel Arbeiten geleistet.

Für die Errichtung der Unterpflasterstraßenbahn im Bereich der Lastenstraße wurden Rohrstrangumlegungen der verschiedensten Durchmesser von insgesamt bisher 2,3 Kilometer Länge erforderlich.

Ebenso konnte beim Ausbau der Grünbergstraße ein Kilometer der neuen Spannbetonrohrleitung als Ersatz für die im Krieg schwer getroffene und gebrechenanfällige Leitung verlegt werden.

Im Zuge des großzügigen Umbaues des Matzleinsdorfer Platzes sind große Umlegungen und Neuverlegungen von Rohrsträngen notwendig, die derzeit in Arbeit sind. Die Hauptarbeiten dafür werden im Jahre 1965 durchgeführt.

Bäder

Die städtischen Bäder rechnen mit Einnahmen von 23,360.900 Schilling. Die seit 1. Jänner in Geltung stehenden neuen Bäderpreise rechtfertigen diese höheren Einnahmen. So konnte bei der Gegenüberstellung zum entsprechenden Zeitraum des Vorjahres beim Kartenerlös eine Mehreinnahme von rund 4,421.000 Schilling, das ist um rund 29 Prozent mehr, erzielt werden.

./.

An Ausgaben rechnen die Bäder mit 85,724.500 Schilling somit ein Gebarungsabgang von 62,363.600 Schilling. Allein der Personalaufwand beträgt 28,798.600 Schilling. Der Sachaufwand 23,674.900 Schilling. Die Investitionen werden mit 33,250.000 Schilling veranschlagt.

Im laufenden Betriebsjahr standen 68 Badeanstalten im Betrieb: 18 Volksbäder, vier Dampf-, Wannen- und Hallenbäder, drei Warm- und Sommerbäder, elf Sommerbäder und 32 Kinderfreibäder. Die Sommerbäder wurden am 6. Mai eröffnet und blieben bis zum 20. September, das Strandbad Alte Donau bis 30. September im Betrieb.

1,461.639 Badegäste besuchten die Sommerbäder, das ist ein Rückgang der Besucherzahl von 108.570 im Vergleich zu dem trockenen Sommer des Jahres 1963. Wir hatten heuer einen niederschlagsreicheren Sommer, und das drückt sich natürlich in der Besucherzahl der Sommerbäder aus.

Die Kinderfreibäder wurden am 1. Juni 1964 eröffnet und schlossen ihre Pforten am 4. September. 590.610 Kinder waren eifrige Besucher dieser kleinen Paradiese.

Durch den Neubau des Kinderfreibades im 14. Bezirk, Reinlgasse und den Umbau der Kinderfreibäder im 11. Bezirk, Hyblerpark, sowie Stammersdorf standen heuer 32 Kinderfreibäder den badelustigen Wiener Kindern zur Verfügung.

Die Besuchsziffer bei den Warmbädern ist nach wie vor sinkend. 3,352.809 Badegäste suchten unsere Badeanstalten bis zum 31. Oktober auf.

Für den Neubau des Floridsdorfer Hallenbades werden 18 Millionen Schilling für das Jahr 1965 veranschlagt.

Im Jörgerbad wird mit der Neuerung der gesamten wärmetechnischen Anlage begonnen.

Der Schwimmhallenbau im Theresienbad hat bisher mehr als 13 Millionen Schilling gekostet. Für das kommende Jahr sind 6,5 Millionen Schilling für die Fertigstellung vorgesehen.

Und nun noch etwas zu den Sommerbädern: Das ganz veraltete Sommerbad Hütteldorf soll nach und nach modernisiert werden. Der Anschluß des Sommerbades Ottakring an die Fernheizleitung der Müllverbrennung soll fertiggestellt und damit die Möglichkeit geschaffen werden, das Schwimmbeckenwasser zu erwärmen.

./.

Wäschereien

Aus dem Voranschlag 1965 ist zu ersehen, daß Einnahmen in der Höhe von 27,096.100 Schilling und Ausgaben von 32,396.100 Schilling erwartet werden, wovon allein der Personalaufwand 18,989.300 Schilling beträgt. 5,3 Millionen Schilling werden an Investitionen ausgegeben werden.

Die städtische Zentralwäscherei, 12, Schwenkgasse, hat für den Großteil der städtischen Spitäler, Wohlfahrtsanstalten, Kindergärten, Ämter und Betriebe die Wäschereinigung zu besorgen. Daneben hat der genannte Wäsch reibetrieb die Chemischreinigung und Desinfektion von Wolldecken der städtischen Spitäler und Anstalten sowie der städtischen Kindergärten durchzuführen.

Der städtischen Wäscherei 'Heimhof' ist neben der Wäsche der Mieter, die Wäsche der städtischen Feuerwehren, der Berufsschulen, der Wasserwerke und der Obdachlosenherbergen bis auf weiteres zur Reinigung zugewiesen.

Die Waschleistung für das laufende Jahr wird 5,800.000 Kilogramm Reinwäsche betragen.

Der Bau der zweiten Zentralwäscherei konnte noch nicht begonnen werden, da bezüglich der Baugestaltung noch Verhandlungen im Gange sind.

Stadtreinigung

Und nun zur letzten Abteilung, die hauptsächlich erst im Winter Beachtung findet.

Der Voranschlag 1965 weist Einnahmen in der Höhe von 115,985.000 Schilling und Ausgaben von 296,880.300 Schilling aus. Der Gebarungsabgang beträgt 180,895.300 Schilling. Der Sachaufwand beträgt 98,066.200 Schilling und die Investitionen werden sich auf 29,891.000 Schilling belaufen. Für den Personalaufwand werden 165,823.100 Schilling benötigt.

Vor allem bei der Straßenreinigung, deren Aufgabe es ist, rund 20 Millionen Quadratmeter Straßenfläche im Sommer und Winter zu reinigen, ist - trotz dem Einsatz von technischen Mitteln und verschiedenen Rationalisierungsmaßnahmen - der Arbeitskräftemangel äußerst fühlbar.

Da der Einsatz aller Arten von Kehrmaschinen bei Tag durch die verparkten Gehsteigränder immer schwieriger wird, wurde das Hauptgewicht des Kehrmaschineneinsatzes in die Nacht verlegt.

./.

Im Wintereinsatz hat sich die verstärkte Anwendung von Auftausalz zur Bekämpfung von Glatteis gut bewährt. Aber auch bei Einsetzen von Schneefällen wird durch das Streuen von Salz ein guter Erfolg erzielt sowie das Festfrieren des Schnees auf der Unterlage vermieden und so seine rasche Beseitigung bei der Räumarbeit erreicht. Eine neuartige Schneepflugtype, die im vergangenen Winter versuchsweise eingesetzt war und die Abfederung des Pfluges mittels Druckluft besorgt, hat sich als gut verwendbar erwiesen, weshalb von dieser Type eine große Zahl neu beschafft wurde.

Die Anzahl der Abfallsammelkörbe ist mit rund 6.500 Stück gleichgeblieben. Dazu kommen als Neuerung noch 25 Groß-Abfallsammelkörbe mit einem Inhalt von 70 Liter, die auf frequentierten Plätzen der Stadt aufgestellt wurden. Da sich diese Einrichtung gut bewährt hat, wurden weitere 110 Körbe dieser Type in Auftrag gegeben.

Für die kommende Winterperiode stehen 185 betriebseigene und 75 private Schneeräumgeräte zur Verfügung. An Streufahrzeugen zur Glättebekämpfung stehen 160 Fahrzeuge mit automatischer Streuvorrichtung, zehn Großraumstreuer und 25 Salzstreuanhänger bereit. Für die Beladung mit Streumaterial werden zwei Überkopflader, drei Frontlader, neun Förderbänder, acht Becherwerke eingesetzt, weiter stehen zwei Sandsilos hierfür zur Verfügung.

An Streumaterial für die kommende Winterperiode sind 24.600 Kubikmeter Streuriesel und 3.700 Tonnen Auftausalz eingelagert.

Zur Einsammlung des Mülls stehen 165 Müllwagen sowie zwei Kübeltauschwagen und ein Kübelwaschwagen zur Verfügung. Die Anzahl der Müllgefäße beträgt 270.800. Davon sind 152.000 90-Liter Gefäße, 55.800 110-Liter Gefäße, die geräuschärmer sind, 61.500 35-Liter Gefäße und 1.500 Stück mit einem Fassungsraum von 1.100 Liter Inhalt.

Die 1.100 Liter Großbehälter, die im Vorjahr versuchsweise eingeführt wurden, haben sich sehr gut bewährt. Die Bevölkerung hat diese Neueinführung im allgemeinen sehr begrüßt, da diese sowohl Vorteile für die Hausbewohner als auch für die Müllabführ bringen. Der voraussichtliche Müllanfall für 1964 beträgt mindestens 1,200.000 Kubikmeter.

./.

Zur sanitären Verbesserung wurde die Abholzeit des Mülls weiter verkürzt und wird immer mehr auf die zwei- und dreimal wöchentliche Müllsammlung übergegangen.

Erstmals wurde im Berichtsjahr eine kostenlose Sperrmüllsammlung im großen Stil durchgeführt. Insgesamt wurden bis jetzt 16 Wiener Gemeindebezirke erfaßt. In 65 Tagen wurden insgesamt 6.545 Sperrmüll-Ladungen abgeführt. Die für die Stadt Wien hierfür aufgelaufenen Kosten waren nicht unbeträchtlich, sie belaufen sich auf rund zwei Millionen Schilling.

Die Müllverbrennungsanlage zeigte, daß sie die in sie gesetzten Erwartungen erfüllt hat. Es wurden in den ersten zehn Monaten dieses Jahres rund 90.000 Tonnen Müll verbrannt und daraus eine Dampfmenge von 135.000 Tonnen erzielt. Es wird versucht werden, die Leistung der Anlage, vor allem im Hinblick auf die Verwertung der Sommerwärme, zu erhöhen.

Die Studien für die Errichtung einer zweiten Müllverbrennungsanlage werden fortgesetzt.

Im abgelaufenen Jahr wurden zehn neue Bedürfnisanstalten errichtet. Es stehen zur Zeit 128 Anlagen in Verwendung. Sieben neue Anlagen werden im kommenden Jahr errichtet.

Die fahrbaren Toilettenwagen haben sich in einer großen Anzahl von Einsätzen bewährt. Die jährliche Kilometerleistung des Fuhrparks beträgt 5,2 Millionen Kilometer. Die Fahrzeuganzahl des städtischen Fuhrparks beträgt derzeit 552 Motorfahrzeuge und 115 Anhänger.

Der Dienstkraftwagenbetrieb verfügt über 61 Personenkraftwagen und vier Kommissionswagen und bewältigt derzeit eine jährliche Kilometerleistung von zirka 950.000 Kilometer.

Die Errichtung einer vierten Großgarage, die jenseits der Donau im 22. Bezirk gelegen sein soll, wird vorbereitet."

Abschließend dankte Stadtrat Koci für die gute Zusammenarbeit und ersuchte um Annahme des Budgets seiner Verwaltungsgruppe.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

\- - -

Die Budgetberatungen im Rathaus:

Wohnungswesen

17. Dezember (RK) Als zweite Verwaltungsgruppe am heutigen fünften Tag der Budgetberatungen wurde die Gruppe IX (Wohnungswesen) behandelt. Stadtrat Glaserer (SPÖ) referierte:

"Der Bericht zum Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen wird heute von mir zum elften Male referiert. Ich erwähne das nur deshalb, weil mich meine zehnjährige Tätigkeit in diesem Ressort veranlaßt, einmal Bilanz zu machen. Zu sehen: Hat sich die Wohnungssituation unserer Stadt in diesen zehn Jahren verändert, verbessert, oder ist sie gleich geblieben?

In diesem Haus wurde oftmals die Meinung geäußert, daß seit Jahr und Tag alles unverändert ist, daß wir bestenfalls imstande sind, den neu hinzukommenden Notstand aufzusaugen.

Ich habe mir nun die Vormerkungsstatistik des Jahres 1955 ausgehoben, um diese der Statistik von heute gegenüberzustellen.

Wohnungsnot gemildert

Ich verzichte absichtlich, die Endsummen dieser Statistiken zu vergleichen, da die Vormerkungsbedingungen im Laufe der Jahre nicht gleichgeblieben sind. Gleichgeblieben aber sind die Vormerkungsbedingungen für Einsturz, für bestehende oder drohende Obdachlosigkeit und für Seuchenerkrankungen. Und hier hat sich doch eine deutlich erkennbare Veränderung ergeben.

Während wir 1955 noch 14.839 sogenannte sehr dringende Fälle in unserer Statistik anführen mußten, weist die Statistik mit Ende November 1964 6.307 solcher Fälle auf. Wir sind also mindestens in der Beseitigung des akuten Notstandes nicht ohne Erfolg geblieben.

Gleichgeblieben hingegen sind die Vormerkungen wegen Überbelag und gesundheitsschädlicher Wohnungen. Das bedeutet, daß der qualitative Notstand unserer Stadt nach wie vor das Problem Nummer Eins ist.

Nach meiner bescheidenen Auffassung würde ich daher meiner Aufgabe nicht gerecht werden, würde ich nicht diese sich jährlich einmal bietende Gelegenheit wahrnehmen, um vor diesem, die Verantwortung tragenden Forum auf die Dringlichkeit unseres Wiener Wohnungsproblems aufmerksam zu machen. ./.

Darf ich zum Beispiel darauf hinweisen, daß die Bewohner der aus der sogenannten Spekulationszeit stammenden Häuser, angesichts der vielen modernen Neubauten, den Zustand, in dem sie zu hausen gezwungen sind, immer drückender empfinden, oder daß sie infolge des immer schlechter werdenden Bauzustandes dieser Objekte zu immer höheren Zahlungen verpflichtet werden.

Ein anderes Kapitel: Die geburtenstarken Jahrgänge sind bereits ins heiratsfähige Alter gekommen. Wieder haben wir in der Berichtszeit 42.3 Prozent unserer Neubauwohnungen an junge Ehepaare vergeben. Aber auch dieser hohe Prozentsatz reicht bei weitem nicht aus, den Wohnbedarf dieser Generation zu decken.

Hiezu gehört auch das Kapitel der Wanderbewegung. Viele auf dem Land aufgewachsene junge Menschen - vor allem junge Ehepaare - ziehen nach der Stadt, hauptsächlich nach Wien. Es soll gar nicht bestritten werden, daß sie uns aus verschiedenen Gründen willkommen sind, aber ebenso unbestreitbar ist, daß sie den Wohnbedarf der jungen Generation beträchtlich vermehren.

Oder das Problem unserer alten Mitbürger, die in hochgelegenen Stockwerken wohnen oder aus Einsturzhäusern abgesiedelt werden müssen und mit ihrem Wohnort ein ganzes Leben lang verbunden sind.

Auf dem privaten Wohnungssektor hat sich nichts geändert, außer daß die Ablöseforderungen für eine Wohnung noch weiter gestiegen sind. Für diesen Bereich ist das Wohnungsproblem nach wie vor eine kommerzielle Angelegenheit.

Ich halte es daher für meine Pflicht, neuerlich eine gesetzliche Regelung auf dem Gebiete des Wohnungswesens dringendst zu fordern.

5.371 Wohnungen vergeben

Nun zur Zuweisungstätigkeit. In der Zeit vom 1.Jänner bis 30.November 1964 wurden 5.371 Wohnungen an Bedürftige übergeben. Und zwar: 1.604 an Familien aus einsturzgefährdeten oder wegen Assanierung freizumachenden Häusern und Obdachlose, 46 an Tbc gefährdete Familien, 1.697 an Familien aus überbelegten oder gesundheitsschädlichen Wohnungen, 134 an getrennt

./.

wohnende Ehepaare und 1.890 an Fälle wegen sozialen Notstandes und Mietrechtsübertragungen.

Die soziale Stellung der Wohnwerber: 446 Bundesangestellte, 465 Angestellte der Gemeinde Wien, 948 Pensionisten und Rentner, 2.225 Arbeiter in der Privatwirtschaft, 997 Angestellte in der Privatwirtschaft und 290 Freie Berufe und Selbständige.

Die Zahl der Wohnungssuchenden hat keine wesentliche Änderung erfahren, denn es mußten bis Ende November 1964 wieder 5.253 Fälle in Vormerkung genommen werden.

In der gleichen Zeit wurden 6.307 Fälle abgelehnt, weil bei ihnen die notwendigen Voraussetzungen für eine Vormerkung fehlten.

Beurteilt wurden die eingebrachten Anträge nach wie vor nach den Bestimmungen des Bundesgesetzes vom Dezember 1956, in Verbindung mit der Verordnung der Wiener Landesregierung vom Dezember 1956. Wir halten an diesen Richtlinien fest, weil es einfach kein einwandfrei besseres Vormerkungssystem gibt.

Insgesamt standen am 30.November 1964 noch 29.745 wohnungssuchende Familien in Vormerkung.

Wohnhäuserverwaltung

Die Gruppe Wohnhäuser konnte in der Zeit vom 1.Jänner bis 30.November durch die Bautätigkeit der Stadt 4.851 Mietobjekte in ihre Verwaltung übernehmen, so daß mit Stichtag 30.November die Zahl der Mietobjekte,einschließlich der 70 Althäuser mit 463 Wohnungen, auf 157.667 angestiegen ist (150.174 Wohnungen und 7.493 Geschäftslokale).

Die Grünflächen, die Kinderspielplätze und Kinderspielgeräte, die Lifts und die maschinell eingerichteten Waschküchen sowie die 4.126 mit Zentralheizung versehenen Wohnungen bringen einen wesentlich höheren Verwaltungs- und Erhaltungsaufwand mit sich. Die Wohnhäuserverwaltung muß daher immer wieder verlangen, daß die Mieter die ihnen zur Verfügung gestellten Einrichtungen sorgfältig und schonend behandeln.

Für die Erhaltung unserer Wohnhausanlagen und ihrer Einrichtungen haben wir 90 Millionen Schilling vorgesehen.

Der nachträgliche Einbau von Aufzügen in schon bestehende, gemeindeeigene Wohnhäuser wird 1965 ebenso fortgesetzt, wie die

./.

durch den stark angestiegenen Stromverbrauch notwendig gewordene Erneuerung der elektrischen Ring- und Steigleitungen.

Auch die Modernisierung der mit bereits etwas veralteten Waschmaschinen ausgestatteten Waschküchen wird weiter fortgesetzt werden.

Im gleichen Zeitraum wurden 627 Wohnungstauschansuchen eingereicht. Davon konnten 465 genehmigt, 162 mußten abgelehnt werden.

In der Regel werden solche Ansuchen nur dann abgelehnt, wenn durch den Tausch ein neuer Vormerkungsgrund wegen Überbelag entstehen würde, oder daß von den in die Gemeindewohnung Tauschenden Geld verlangt wird. Wobei wir gerechtfertigte Ablösen für Investitionen oder einen Übersiedlungsbeitrag anerkennen.

Im Jahre 1965 rechnet die Wohnhäuserverwaltung mit rund 313 Millionen Schilling Einnahmen. Die Ausgaben sind mit 373 Millionen Schilling veranschlagt. Das ergäbe einen Abgang von 60 Millionen Schilling. In den Ausgaben steckt aber auch die einprozentige Wertabschreibung, die für 1965 96 Millionen Schilling ausmacht.

Kleingärten

Bei der Gruppe Kleingarten- und Siedlungswesen darf ich berichten, daß wir im abgelaufenen Zeitraum Baurechte auf einer Bodenfläche von 110.137 Quadratmetern bestellt haben, so daß zur Zeit 5,564.812 Quadratmeter baurechtlich genützt werden.

Den Kleingärtnern stehen derzeit 5,971.000 Quadratmeter zur Verfügung, das sind um 37.593 Quadratmeter weniger als im Vorjahr. Die Bodenfläche mußte für Wohnhausanlagen und zum Teil auch für Verkehrsregelungen herangezogen werden.

Das Ernteland ist mit einer Bodenfläche von 593.800 Quadratmeter gegenüber dem Vorjahr fast unverändert geblieben.

Obdachlosenheime

Nun zu den Herbergen für Obdachlose: In den Herbergen für Obdachlose wurden vom 1.Jänner bis Ende November insgesamt 453.963 Nächtigungen gezählt. Die Zugänge und die Abgänge in den einzelnen Herbergen halten einander ungefähr die Waage.

./.

In den Familienherbergen Gänsbachergasse und Kastanienallee gab es in diesem Zeitraum 214 Zugänge und 243 Abgänge. Derzeitiger Stand in der Gänsbachergasse 86 Familien, in der Kastanienallee 81 Familien.

Im Frauenheim in der Arsenalstraße 78 Zugänge und 66 Abgänge.

In der Herberge für Männer in der Meldemannstraße 499 Zugänge und 512 Abgänge. In der Männerherberge hatten mit Stichtag Ende November 527 Personen Unterkunft, davon ungefähr 200 Männer, die schon seit Jahren dort Stammgäste sind. Zur Weiterführung der bereits begonnenen Verbesserungen und Instandhaltung dieser Heime ist ein Betrag von 1,231.000 Schilling vorgesehen.

Im Lager Auhof bewohnen derzeit ungefähr 300 Familien 431 Objekte.

Zur Gänze werden wir die Obdachlosigkeit nie beseitigen können. Eine Großstadt ohne Obdachlosigkeit gibt es leider nicht. Unsere Aufgabe muß es sein, sie so gering wie möglich zu halten und unschuldig in Not geratene Menschen in hygienisch einwandfrei geführten Obdachlosenheimen unterbringen zu können.

Das Lager Auhof, in der größten Notzeit entstanden, muß, wenn auch langsam, wieder beseitigt werden. Die dort wohnenden Menschen müssen zum Teil in Wohnungen, zum Teil in anderen Heimen untergebracht werden. Auch deshalb, weil, wie wir hoffen, in Bälde dort die Autobahn-West Wiener Boden erreichen wird.

Amtshäuser

Die Amtshäuserverwaltung schließlich verwaltet mit dem Stand vom 30.November 138 gemeindeeigene Objekte,und zwar in Wien 88 Amtshäuser und 44 Häuser für verschiedene Zwecke, sowie außerhalb Wiens 6 Amtshäuser. Schloß Tribuswinkel, Emmersdorf a.d.Donau, Klamm-Schottwien, Unter-Oberndorf, Gaaden, alles Niederösterreich und Sulzbach bei Bad Ischl in Oberösterreich. Diese 6, außerhalb von Wien gelegenen Amtshäuser, sind Kindererholungsheime.

./.

Wohnhäuserhaltung

Der Aufgabenkreis dieser Abteilung ist überaus vielseitig: Die Beseitigung jeglichen Gebrechens, die Vornahme des Sicherungsdienstes am Mietbestand und Objekt, die laufende Erhaltung, die periodisch wiederkehrende Instandsetzung der verschiedenen Baubestandteile sind wohl die wesentlichsten Arbeiten.

Darüber hinaus stehen im Arbeitsprogramm dieser Abteilung auch Adaptierungen, Umbauten bei Widmuhgsänderungen, die Sanierung denkmalgeschützter Wohnobjekte, die Sanierung der unzureichenden Versorgung mit elektrischer Energie, der Umbau von gewöhnlichen Waschküchen auf vollmechanisierte, der nachträglich Ein- oder Anbau von Personenaufzügen in Wohnbauanlagen, die Erhaltung und funktionelle Betriebssicherung der Waschmaschinen, Aufzüge, sonstiger maschineller Einrichtungen - mit Ausnahme der Zentralheizungsanlagen - der wohnhauseigenen Klär- und Sickeranlagen, die Freimachung städtischer Liegenschaften von alten, abbruchreifen Wohnobjekten, der nachträgliche Anschluß an neu errichtete öffentliche Kanäle und anderes mehr. Das alles sind Arbeiten am Objekt.

Arbeiten am Mietgegenstand selbst waren in der Zwischenkriegszeit sehr selten. Vielleicht insgesamt 200 jährlich für alle städtischen Anlagen.

Die Konjunktur am gesamten Bausektor führt leider auch zu Spannungen zwischen den Angehörigen der Erhaltungsabteilung und den beschäftigten Firmen und auch Mietern. Vielfach wird Unmut über die lange Dauer der Instandsetzung gestörter Waschmaschinen und Aufzüge laut. Zugegeben, es dauert heute lange, weil nur der Erzeuger des Fabrikats die Mängel beheben soll und diesem fehlen wieder die notwendigen Facharbeiter. Unter den vielen gemeldeten Schäden sind aber auch solche, die sich bei einer gewissen Aufmerksamkeit des Benützers dieser Gegenstände leicht hätten vermeiden lassen. Etwas mehr Rücksicht, die Schäden wären weniger und die Zeit zu deren Behebung automatisch kürzer."

Abschließend dankte der Referent für die gute Zusammenarbeit und für die Leistung seiner Mitarbeiter, die immer ihr Bestes im Interesse der Wohnungsuchenden geben.

\- - -

Musikveranstaltungen in der Woche vom 21. bis 27. Dezember

17. Dezember (RK)

Montag, 21. Dezember:

19.30 Uhr, Gr.M.V.Saal: ÖVP-Frauenbewegung: Weihnachtskonzert; Niederösterreichisches Tonkünstlerorchester, Dirigent Karl Etti, Chorvereinigung "Jung Wien", Dirigent Leo Lehner (Gluck: Ouverture zu "Iphigenie in Aulis"; Brahms: Haydn-Variationen; Liadow: "Der verzauberte See"; Sibelius: "Finlandia"; A-cappella-Chöre)

Dienstag, 22. Dezember:

11.00 Uhr, Gr.K.H.Saal: Kulturamt - Theater der Jugend: 2. Aufführung des Tanzspiels "Das Waldfest"; Kindertanzkreis des Konservatoriums der Stadt Wien, Leitung Ilka Peter; Niederösterreichisches Tonkünstlerorchester, Dirigent Karl Hudez (für Schüler der zweiten Klassen)

19.30 Uhr, Gr.M.V.Saal: Weihnachtskonzert der Zollwache Österreichs; Niederösterreichisches Tonkünstlerorchester, Hedi Klug (Sopran), Dirigent Dr. Wilhelm Schönherr (Werke aus Operetten)

Mittwoch, 23. Dezember:

19.30 Uhr, Radio Wien, Gr. Sendesaal: Österreichische Rundfunk - Radio Wien: 3. Konzert im Zyklus III; Chor und Orchester von Radio Wien, Ruth Hesse (Alt), Franz Wimmer (Bariton), Jean Claude Zehnder (Orgel), Dirigent Anton Heiller (Eric Satie/Poulenc: Deux Préludes posthume uns gnossienne; Francis Poulenc: Orgelkonzert; Darius Milhaud: Choralsymphonie "Pacem in terris")

\- - -

2

Wichtiges Teilstück der Westeinfahrt fertiggestellt:

Neue Spetterbrücke und Gablenzgasse dem Verkehr übergeben

17. Dezember (RK) Heute früh wurde die neuerrichtete Spetterbrücke, die im Zuge der Schnellstraße Flötzersteig-Wernhartstraße über die Verbindungsbahn zur Gablenzgasse führt, durch Bürgermeister Jonas dem Verkehr übergeben.

Der Ottakringer Bezirksvorsteher Ing. Hobl konnte neben dem Bürgermeister die Stadträte Heller und Schwaiger, Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Dr. Koller, Vertreter des Gemeinderates, der Bezirksvertretungen, des Stadtbauamtes und zahlreiche Ottakringer begrüßen. Er sagte, daß es ihm bereits schwerfalle, sich an das wenig erfreuliche Bild der alten Spetterbrücke zu erinnern, was ein Zeichen dafür ist, wie sehr sich das Bild von Ottakring durch die Leistungen der Wiener Stadtverwaltung verändert hat.

Stadtrat Heller betonte, daß durch den Neubau der Spetterbrücke jahrzehntelange Absichten der Stadtverwaltung verwirklicht worden sind. Als Bub habe er auf diesem Gelände in der sogenannten Polizeigrubn Fußball gespielt und damals hieß es schon: 'die Gablenzgassn wird grad gmacht'. Heute stellt diese Brücke einen Schlußpunkt für die neue Westeinfahrt von der Autobahn dar. Sie überquert vom Gutraterplatz den Frachtenbahnhof Ottakring der Vorortelinie, den Straßenzug Paltaufgasse-Kendlerstraße, überspannt mit zwei weiteren Brückenfeldern das tieferliegende Gelände zwischen dem Helfortplatz und der Autobusbetriebsgarage und führt mit einer von Stützmauern eingefaßten Rampe in leichtem Bogen in die Gablenzgasse.

Die alte Brücke, die in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts errichtet wurde, war 81 Meter lang und 14.20 Meter breit und hatte eine Fahrbahn von nur 8.20 Meter Breite. Sie wies bedeutende Zeitschäden auf und mußte daher für den Fahrzeugverkehr ab November 1961 gesperrt werden.

Der Gemeinderat hat am 3. Mai 1963 den Neubau der Spetterbrücke beschlossen. Der Baubeginn erfolgte im August 1963, die reine Bauzeit betrug 14 Monate.

Nach dem Terminplan war mit der Fertigstellung der Brücke Ende April 1965 zu rechnen. Es konnte die vorgesehene Bauzeit also um mehr als vier Monate unterschritten werden, obwohl während der strengen Wintermonate Jänner und Februar nicht gearbeitet werden konnte. ./.

Die Gesamtlänge der neuen Brücke beträgt 125 Meter, ihre Breite 21,5 Meter. Sie weist eine 15 Meter breite Fahrbahn und zwei Gehwege von je drei Meter Breite auf, und wurde vollkommen neu auf Betonstreifenfundamenten gegründet.

Der Fahrbahnbelag ist zweischichtig und besteht aus einer 3,5 Zentimeter dicken Asphaltbinderschicht mit darüberliegendem 2,5 Zentimeter dicken sandpapierrauhen Belag. Die Gehwege sind mit einem zwei Zentimeter dickem Gußasphalt versehen.

Gleichzeitig mit dem Brückenbau wurden auch sie Stützmauern für die Rampe zur Gablenzgasse mit einer Gesamtlänge von 60 Meter und einer mittleren Höhe von vier Meter errichtet. Für die Fußgänger wurden als Verbindung von der Spetterbrücke zu dem Straßenzug Kendlerstraße-Paltaufgasse zwei Stiegenabgänge gebaut, die durch je fünf Leuchtstoffröhren beleuchtet sind. Unter den beiden östlichen Brückenfeldern ist ein Parkplatz für rund 50 Personenkraftwagen geschaffen worden. Beim Bau der Brücke ereigneten sich erfreulicherweise keinerlei Unfälle von Bedeutung, was wir wie immer mit besonderer Genugtuung feststellen.

Die Baukosten betrugen rund elf Millionen Schilling.

Im Zusammenhang mit dem Neubau der Spetterbrücke wurden die Anschlußrampen bis zur Pfenninggeldgasse mit einer Fahrbahnbreite von 15 Meter und zwei Gehsteigen von 300 Meter Länge sowie der Anschluß an die Hüttengasse hergestellt. Um die Rampe von der Pfenninggeldgasse in gerader Fortsetzung zur Gablenzgasse ausbauen zu können, war es notwendig, einen Teil des Helfortplatzes und andere Grundstücke zu erwerben. Die Kosten für die Grundfreimachung einschließlich der Absiedlung einer Firma betrugen 3,2 Millionen Schilling.

Die Gablenzgasse, die vom Gürtel bis zur Possingergasse eine zwölf Meter breite Fahrbahn aufweist, hatte in dem Teilstück von der Possingergasse bis zur Pfenninggeldgasse nur eine acht Meter breite Fahrbahn und einen vier Meter breiten Grünstreifen, in dem sich die Versorgungsleitungen der Gaswerke und die Telefonkabel befanden. Durch die Schnellstraße Flötzersteig und die neue Spetterbrücke war jedoch eine so starke Zunahme des Verkehrs zu erwarten, daß sich die Straßenbauabteilung entschlossen hat, nach Sanierung der Gasrohre und Verlegung des Telefonkabels in den Gehsteig, die Fahrbahn der Gablenzgasse von der Possingergasse bis zur Pfenninggeldgasse ebenfalls auf zwölf Meter zu verbreitern.

./.

Die Länge der Ausbaustrecke beträgt 370 Meter, von denen 270 Meter in Kleinsteinpflaster mit einer Fahrbahnbreite von zwölf Meter und 100 Meter als Asphaltbetondecke mit einer Fahrbahnbreite von 15 Meter angelegt wurden. Die Fläche der Neu- und Umpflasterungen beträgt 4.600 Quadratmeter. Die Gesamtkosten für dieses Bauvorhaben betragen inclusive der Grundfreimachungskosten 6,950.000 Schilling.

"Glück auf für die Zukunft Ottakrings"

Bürgermeister Jonas verwies in seiner Eröffnungsansprache auf die hohen Kosten dieses Projektes. Er wolle damit der Wiener Bevölkerung deutlich machen, was es heißt, den Verkehr zu sanieren. Immer wieder werde gesagt, daß für die Autofahrer so viel, für die Fußgänger dagegen nichts geschehe. Dabei hat man immer die Sonntagsfahrer im Auge, die zu ihrem Vergnügen hinausfahren. Dies ist jedoch nicht die einzig mögliche Betrachtungsweise. Das Kraftfahrzeug spielt vor allem für unser Wirtschaftsleben eine immer größere Rolle. In Wien wird heute doppelt so viel produziert wie vor dem Krieg, weshalb auch das Problem des Transportes der Wirtschaftsgüter eine immer größere Rolle spielt.

Bei dieser neuen Brücke handelt es sich um ein Gelenkstück für die Einfahrt von und die Zufahrt zur Westautobahn. Es war darum eine gute Idee, das Gelände rund um diese Brücke so schön zu gestalten, daß es dem, der in die Stadt kommt, ein freundliches Bild darbietet.

Bürgermeister Jonas gedachte an dieser Stelle des kürzlich nach 20jähriger Tätigkeit aus dem Amt geschiedenen Ottakringer Bezirksvorstehers Scholz, der sich um das Zustandekommen der neuen Brücke sehr bemüht habe.

Auch für die Polizei möge das Bauwerk eine Erleichterung schaffen, die hoffentlich dadurch weniger Unfallmeldungen zu erstatten haben wird. Abschließend dankte Bürgermeister Jonas den Baufirmen und den Mitarbeitern des Stadtbauamtes dafür, daß die Bauzeit der Brücke um vier Monate kürzer geworden ist als vorgesehen und wünschte "Glückauf für die Zukunft Ottakrings".

Anschließend durchschnitt Bürgermeister Jonas das rot-weiße Band in der Mitte der Brücke und räumte die Straßensperren der Gablenzgasse beiseite, um durch diesen symbolischen Akt dieses wichtige Teilstück der Wiener Westeinfahrt dem Verkehr zu übergeben.

\- - -

Rumänische Baufachleute in Wien

17. Dezember (RK) Heute vormittag besuchte der rumänische Botschafter in Wien, Mircea Ocheana, in Begleitung einer Delegation rumänischer Baufachleute Bürgermeister Jonas im Wiener Rathaus. Der Botschafter stellte dem Bürgermeister die sechs Mitglieder der Delegation vor, die sich gegenwärtig auf einer Besichtigungsreise in Wien aufhalten. Bürgermeister Jonas hieß die Gäster herzlich willkommen und unterhielt sich mit ihnen in einem längeren Gespräch über kommunale Baufragen. Die Delegationsmitglieder, die bereits zahlreiche Bauten in Wien besichtigt haben, zeigten sich vor allem von unseren Verkehrsbauten und besonders von den Fußgängerpassagen am Ring sehr beeindruckt. Die Delegation wird morgen Wien verlassen.

\- - -

Erster Bauabschnitt der Erzherzog Karl-Straße ist fertig

17. Dezember (RK) Der von der Wagramer Straße bis zur Industriestraße reichende erste Bauabschnitt der Erzherzog Karl-Straße ist fertig. Die Straße mit ihren beiden voneinander getrennten Richtungsfahrbahnen kann ab morgen Freitag benützt werden.

\- - -

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:

Debatte über die Geschäftsgruppe Öffentliche Einrichtungen

Als erster Redner bezeichnet GR. Maller (KLS) die Aufgaben dieser Geschäftsgruppe als lebenswichtig für die Bevölkerung. Sie würden freilich als Selbstverständlichkeiten aufgefaßt und man spreche nur davon, wenn etwas nicht funktioniere. Der Redner lobt die Magistratsabteilung der städtischen Wäschereien, die ihren Aufgaben voll gerecht werde.

GR. Maller kritisiert, daß die Abfallkörbe in Wien immer weniger würden. 1962 seien es laut Rechnungsabschluß 6.702, 1963: 5.730 gewesen, nach Mitteilung im gestrigen Gemeinderatsausschuß VIII gäbe es jetzt nur mehr 5.200 Abfallkörbe. Dieser Rückgang werde mit Personalmangel begründet. Man sollte jedoch Mittel und Wege finden, um hier mehr für die Reinhaltung unserer Straßen zu tun.

Wien trage den Beinamen einer Bäderstadt. Was die Zahl der Besucher betrifft, sei diese Bezeichnung berechtigt. Die Besucherzahlen steigen von Jahr zu Jahr, es steigen aber auch die Bäderpreise. Die Sommerbäder leiden auch unter Überfüllung. Wien habe 1,7 Millionen Einwohner, die städtischen Bäder fassen zusammen nur 60.000 Personen. Nach 1945 sei ein einziges Bad neu gebaut worden, das sehr schöne Laaer Berg-Bad. Dies könne aber nicht ersetzen, was der Bevölkerung an Bäderplätzen durch den Ausfall des Eden-Bades, des Waldbades Purkersdorf, des Hietzinger Bades oder des Rohrer-Bades entzogen worden ist.

Der Plan einer Donauinsel sei allzu ferne Zukunftsmusik.

Seit 1934 kenne man in Ober Laa eine schwefelhältige Thermalquelle. Mit ihrer Nützung habe sich eine Anfrage der KLS- Fraktion vom September 1963 befaßt. Darauf sei geantwortet worden, daß man das Projekt prüfe. Es sei zu hoffen, daß der neue Amtsführende Stadtrat der Geschäftsgruppe diese Anregung aufgreifen werde. Immerhin seien im Budget 1,5 Millionen Schilling für Probebohrungen vorgesehen.

Ein KLS-Antrag vom 10. März 1961 habe die Errichtung einer Sauna im Volksbad Stadlau, das unter starkem Freuqenzrückgang leide, betroffen. Auch dieser wohlfundierte Antrag habe noch keinen Erfolg gezeitigt.

./.

Der Redner kritisiert, daß in der Angelegenheit des Dianabades nichts weitergehe und in dieser Sache nicht mit offenen Karten gespielt werde. Da gesagt worden ist, daß es sich um eine Frage der Grundstücksbeschaffung handle, fordere er Stadtrat Sigmund auf, bei der Behandlung seiner Geschäftsgruppe dazu Stellung zu nehmen.

Als nach wie vor ungelöst bezeichnet der Redner das Problem der Wasserversorgung. Nach dem Bericht des Kontrollamtes stieg der Wasserverbrauch in Wien zwischen 1952 und 1963 um 39,6 Millionen Kubikmeter. Der Bedarf der Haushalte stieg in diesem Zeitraum um 18 Prozent, der des Gewerbes und der Industrie um 51 Prozent und der Verbrauch der Hoheitsverwaltung um 11 Prozent. Es müssen daher alle für die zusätzliche Bereitstellung von gutem Wasser bestehenden Projekte ehestens verwirklicht werden. Unter dieser Voraussetzung stimme die KLS-Fraktion den Ansätzen zu.

Auch GR. Peter (FPÖ) beschäftigt sich mit der Wasserversorgung und stellt fest, daß alle nur erdenklichen Vorkehrungen getroffen werden müssen, um Versorgungschwierigkeiten zu vermindern. Heuer waren uns die Naturgewalten günstig gesinnt und es blieben uns Sparmaßnahmen erspart. Der Redner stellt fest, daß ein von ihm seinerzeit gemachter Vorschlag auf Errichtung von Nutzwasserleitungen von der Presse falsch verstanden und dementsprechend falsch kommentiert wurde. Er habe nicht vorgeschlagen, ganz Wien mit einer Nutzwasserleitung auszustatten, was selbstverständlich unmöglich sei, sondern lediglich angeregt, bei der Aufschließung neuer Gebiete, vor allem neuer Industriegebiete, einen zweiten Rohrstrang, und zwar für Nutzwasser, zu verlegen.

Zur Chlorierung des Trinkwassers: Daß bereits durch den geringsten Chlorzusatz eine Qualitäts- und Geschmacksverminderung eintritt, ist eine bekannte Tatsache. Es wird aber immer wieder von Ärzten, Chemikern und anderen Fachleuten darauf hingewiesen, daß durch die Chlorierung auch gesundheitliche Schäden für die Bevölkerung erwachsen können. So wurde zum Beispiel darauf verwiesen, daß der zum Abdichten verwendete Teer sich mit dem Chlor zu Phenol verbinden, und sich dieses Phenol auf die Dauer für den menschlichen Körper als schädlich erweisen könnte. Eine Aufgabe des Chlors ist es, Bakterien zu töten. Es wäre auf die Dauer gesehen jedoch

./.

auch durchaus möglich, daß damit auch die für den menschlichen Körper wichtigen Bakterien getötet werden. Es wird auch für möglich gehalten, daß mit Wasser eingenommene Medikamente mehr oder weniger in ihrer Zusammensetzung und Wirkung durch das Chlor beeinflußt werden.

Der Redner ersucht, alle diesbezüglichen Gutachten und Meinungen untersuchen zu lassen, denn die Stadtverwaltung hätte die Verpflichtung, jede Gefährdung durch die Chlorierung auszuschließen. Im übrigen erfolgte die Chlorierung des Wiener Wassers erst auf einen Auftrag der Besatzungsmächte. Die meisten Städte sind davon bereits wieder abgegangen, mit Ausnahme von Wien und Linz ohne Urfahr. Überdies werde das Wiener Wasser erst im Behälter Rosenhügel chloriert, also alle Gemeinden, die schon vorher Wasser aus unseren Leitungen entnehmen, beziehen es ebenfalls unchloriert und haben noch keinen gesundheitlichen Schaden davongetragen.

Vorteilhafter als die Chlorierung bezeichnet der Redner eine Ozonisierung des Wassers, wie es Salzburg bereits macht. Bei der Ozonisierung wird das Wasser innerhalb von 30 bis 60 Sekungen keimfrei, während die Entkeimung bei der Chlorierung vier bis sechs Stunden dauert und außerdem noch die aufgezeigten Nebenwirkungen verursacht. Die Wasserkosten bei dieser Ozonisierung würden sich alles inbegriffen, auch die Amortisation, auf 10,4 Groschen je Kubikmeter belaufen.

Den Frequenzrückgang bei den städtischen Bädern bezeichnet GR. Peter als Anlaß zur Freude, weil er zeige, daß es in den Wohnungen doch schon mehr Badezimmer gibt als früher. Zur Frage der Kinderfreibäder wiederhole er "bereits zum dritten oder vierten Mal" seinen Vorschlag, in dicht verbauten Gebieten, wo Kinderbäder wegen Platzmangels nicht errichtet werden können, probeweise Dachgärten für diesen Zweck herzurichten und dort Planschbecken für Kinder einzubauen. In anderen Städten gäbe es so etwas schon, und man sollte es in Wien wenigstens einmal probieren.

Als eine der größten Schwierigkeiten für die Stadtreinigung bezeichnet GR. Peter den ruhenden Verkehr. Man müsse sich daher den Kopf zerbrechen, was man gegen den ruhenden Verkehr vor allem in der Inneren Stadt unternehmen könnte. Verbote würden einmal nicht mehr zu umgehen sein.

./.

Es nütze gar nichts, wenn man an die Dauerparker immer noch appelliere, ihre Wagen nicht den ganzen Tag über in der Stadt zu parken. Dies sei in erster Linie auch vom Standpunkt der Stadtreinigung aus ein unhaltbarer Zustand. Es werde die Zeit kommen, da man hier zu rigorosen Maßnahmen, ja sogar zu Zwangsmaßnahmen greifen werden müssen.

Im Zusammenhang mit der Müllverbrennung zitiert der Redner einen Zeitungsartikel, der unter dem Titel "Zu wenig Müll, zu wenig Wärme" die projektierte zweite Müllverbrennungsanlage im 9. Bezirk als Fehlplanung bezeichnete. Er stellt dazu die Frage, ob es sich tatsächlich so verhalte, wie es im Artikel geschildert werde, und warum man nicht berichtigt habe, wenn der Artikel falsch war.

Solange Wiens Wasserversorgung noch nicht endgültig sichergestellt sei, könne die FPÖ-Fraktion den Ansätzen nicht ihre Zustimmung geben.

GR. DDr. Strunz (ÖVP) stellt als nächster Debattenredner fest, die Lage des Grundwasserwerkes Lobau sei leider so, daß man nur mit uferfiltriertem Wasser rechnen könne. Bei Uferfiltraten aber sei es notwendig, das Wasser besonders sorgfältig vor Verunreinigungen zu schützen. Abgesehen von bakteriologischen Verunreinigungen müsse dabei auch mit der Gefahr der Verunreinigung durch Mineralöle und Phenole gerechnet werden. Die umliegenden Kanalanlagen müßten also besonders gut von Phenolen und Mineralölen gesäubert werden. Im übrigen gebe es jetzt ein neues Mittel, mit dem es möglich sei, Öl aus ölverseuchten Gewässern zu entfernen. Gegen eine Phenolverseuchung des Trinkwassers gebe es außerdem bessere Zusätze als das Desinfektionsmittel Chlor, das den Geschmack des Wassers bei Phenolverunreinigungen nur noch verschlechtert und das Trinkwasser vollkommen ungenießbar macht.

Beim Ausbau der Grundwasserwerke und der Sieben Quellen des Karlgrabens gebe es ja die Möglichkeit, Schutzgebiete einzuplanen. Die Vorarbeiten dafür seien bereits getroffen.

Zur Planung und Fertigstellung der dritten Trinkwasserleitung spricht der Redner von Schwierigkeiten hydrogeologischer Art in den Brunnengebieten von Moosbrunn und Ebreichsdorf.

Zur ersten Hochquellenleitung: Leider ist seit 1945 die Qualität des Hochquellenwassers stark zurückgegangen.

./.

Wir müssen mit einer Verschmutzung im Rax- und Schneeberggebiet durch ein halbes Kilo menschlicher und 40 Kilo tierischer Fäkalien rechnen. Der Redner verweist darauf, daß in den USA mehrere Epedemien von ansteckender Leberentzündung auch durch starke Chlorung nicht aufzuhalten waren. Er tritt daher für eine Verbesserung der Desinfektion ein. Chlor genügt nicht!

Auch bei den Grundwasservorkommen, die auf dem Gebiet der Eisfabriken erschlossen werden sollen, müssen besonders strenge Maßstäbe angelegt werden, weil sich das Territorium im voll verbauten Gebiet befindet.

Dr. Strunz macht auf die Tiefenwässer aufmerksam, die in 200 bis 250 Meter Tiefe fließen. Die Stadtverwaltung sollte sich diese sichern. Täglich 15.000 Kubikmeter Wasser könnten daraus gewonnen werden.

Zur Gewässerreinhaltung haben wir in Wien noch nichts getan, doch wird schon davon gesprochen, daß eine Kläranlage gebaut werden muß. Der Redner glaubt, daß eine mechanische Anlage genügt, doch beim Bau einer Staustufe wäre es notwendig, das Wasser vollbiologisch zu reinigen.

Abschließend erklärt der Redner, es sei erfreulich, daß die Finanzierung der Wasserversorgung Wiens gut funktioniert hat. Er hoffe, daß in Zukunft der Gewässerschutz genau so behandelt wird.

GR. Dr. Ebert (ÖVP) spricht über Probleme der Stadtreinigung. Die Schwierigkeiten zur Sauberhaltung der Straßen werden immer größer. Der Redner macht den Vorschlag, eine Reinigungsmethode auszuprobieren, wie sie in Paris gehandhabt wird, nämlich Wasserausmündungen am Straßenrand vorzusehen und mit dem fließenden Wasser den Schmutz wegzuspülen.

Dr. Ebert lobt die gute Zusammenarbeit zwischen Gemeinde und Privatfuhrwerkunternehmern im Winter. Auch der Einsatz von Militär war ein guter Erfolg.

Stimmt es, fragt der Redner, daß wir nur zwei Schneefräsen in Wien haben?

Zur Müllabfuhr: es freue ihn, daß nun doch geräuscharme Müllgefäße verwendet werden. Am Stadtrand sollte man Papiersäcke statt der Kübel verwenden.

Die Kanäle in Wien sind veraltet, Besonders durch die Ziegelkanäle wird die Rattenplage gefördert, Wien hat mehr Ratten als Einwohner, man müsse daher schnellstens etwas unternehmen. ./.

Der Redner verweist auch auf die Bedeutung der Privatsommerbäder und stellt den Antrag, für die Privatbäder eine Kreditaktion zu schaffen, damit die notwendigen Investitonen vorgenommen werden können.

Ein wenig erfreuliches Kapitel sind die Biomull-Anlage und die Müllschüttung im Wald- und Wiesengürtel des 10. Bezirkes. Der Redner schildert die "autoritäre Art", in der hier seitens der Gemeinde Wien offenbar in der Erwartung vorgegangen wurde, daß sich die dort wohnenden Siedler den Anordnungen beugen werden oder ihnen, falls sie den Beschwerdeweg gehen sollten, das Geld ausgehen werde. Der Verwaltungsgerichtshof hat nun in einem zweiten Bescheid die Baubewilligung aufgehoben und man steht vor der Kalamität, die Anlage abreißen zu müssen. Der zuständige Stadtrat möge sagen, was er zur ehesten Befolgung des Verwaltungsgerichtshoferkenntnisses zu tun gedenkt, und in welcher Weise diese Angelegenheit saniert werden soll. Solche Probleme kann man nicht allein im Amtston erledigen. Hätte man von vornherein die Anrainer zur ersten Bauverhandlung eingeladen - ein solches Recht steht ihnen nach dem Gesetz zu -, dann wäre es sicherlich nie zu diesen Schwierigkeiten gekommen. Mehr Herz, mehr Vernunft und mehr Einfühlungsvermögen gegenüber den Wienern wäre hier sicherlich am Platz gewesen.

Abschließend erklärt Dr. Ebert, daß die ÖVP-Fraktion der in Verhandlung stehenden Verwaltungsgruppe die Zustimmung geben wird.

GR. Ing. Hofmann (SPÖ) spricht zunächst Stadtrat Koci den Dank für seine Tätigkeit aus. Er verweist darauf, daß die beiden für die Kanalisation und die Wasserwerke zuständigen Magistratsabteilungen sich mit Problemen zu befassen haben, die einer wesentlich längeren Vorbereitungszeit bedürfen, als das bei den übrigen Bauarbeiten der Fall ist. Die Kritik, die heute immer wieder an der mangelnden Wasserversorgung geübt wird, richte sich daher letzten Endes gegen jene, die vor 20 und 30 Jahren schlecht gearbeitet haben oder aus den Umständen der Zeit heraus nicht anders handeln konnten. Genauso müsse man aber die Aufgabe heute darin sehen, die Vorkehrungen so zu treffen, daß in 20 bis 30 Jahren die verschiedenen Engpässe, die derzeit da und dort zu verzeichnen sind, beseitigt sein werden.

./.

Dem Wiener Gemeinderat kommt dabei die Verpflichtung zu, die Voraussetzungen für die Arbeit der Fachleute zu schaffen. Hinsichtlich der Wasserversorgung wird man sich in erster Linie um ein größeres Entgegenkommen seitens des Landes Niederösterreich bemühen und für die Bereitstellung der erforderlichen Geldmittel Sorge tragen müssen.

Eine heute einberufene Pressekonferenz des Grundstückbesitzers, der am Bisamberg ein Hotel bauen will, läßt das Problem der Erhaltung der Grünflächen im Umland von Wien besonders aktuell erscheinen. Leider haben diesbezügliche Verhandlungen mit Niederösterreich kein Ergebnis gezeitigt. Es ist nicht damit getan, daß das Land Niederösterreich den größten und schönsten Weihnachtsbaum für Wien stiftet und dabei schöne Reden gehalten werden. Vielmehr geht es um echte Ausgleichsverhandlungen. Dem Bisamberg droht eine Verbauung. Hier sollte die Gemeinschaft der rot-weißen "Mascherlträger" eine Lösung suchen. Die Floridsdorfer jedenfalls werden sich zu wehren wissen. Sollte der Bisamberg wirklich verbaut werden, wird man im Stadtgebiet Ersatz-Grünland suchen, das nach Möglichkeit von dem selben Grundbesitzer abgetreten werden sollte, der den Bisamberg verbaut. Wie verlautet, ist dieser Grundbesitzer aber auch heute noch durchaus zu Verhandlungen bereit. Die Stadtverwaltung wird gebeten, in den morgigen Besprechungen mit den Vertretern des Landes Niederösterreich alles zu tun, um zu einem für die Wiener Bevölkerung günstigen Ergebnis zu gelangen.

Zum Problem der Finanzierung macht GR. Hofmann die Anregung, die Anliegerleistungen schon zum Zeitpunkt der Grundaufschließung als Vorauszahlungen zu verlangen. Auch könnte eine sorgfältige Abstimmung von Grundeinkäufen und Grundaufschließungen zu Ersparnissen bei den Bodenpreisen führen.

In der Wasserversorgung hat Wien gegenwärtig eine Ruhepause. Da man jedoch mit einer durchschnittlichen jährlichen Verbrauchszunahme von drei Prozent rechnen muß, und wir ja auch Jahrzehnte vorausplanen müssen, ist heute schon praktisch für eine Verdoppelung des Wasserverbrauches vorzusorgen. Glücklicherweise ist die Anschauung bald verstummt, daß man die Ausstattungen der Wohnungen nach dem Gesichtspunkt des Wasserverbrauches vornehmen sollte. Denn ins Gewicht fällt ja vor allem der Wasserverbrauch der Betriebe. Die Haushalte folgen erst in weitem Abstand.

./.

Im Floridsdorfer Wasserpark leben bereits etwas zu viele Wasservögel, die zur Wasserverschmutzung beitragen.

Die Errichtung der Schnellbahnstation "Strandbäder" führte zu einer Frequenzsteigerung des Angelibades. Ein Ausbau dieses Sommerbades sollte daher erwogen werden.

Beim städtischen Fuhrpark wird man neue Wege zu suchen haben, da man die Rezepte anderer Städte nicht einfach übernehmen kann. Es ist wichtig, einen einheitlichen, vereinfachten Gerätepark aufzubauen und eine Monopolstellung einzelner Lieferfirmen zu verhindern.

Die Wäschereien liefern zwar keine Schlagzeilen, was aber eher ein Beweis für deren einwandfreie Leistungen ist. In der neuen Zentralwäscherei wurden angenehmere und schönere Arbeitsplätze für die Mitarbeiter geschaffen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Ansätze der Geschäftsgruppe VIII einen weiteren Schritt in dem Bestreben darstellen, Wien bis an den Stadtrand zu einer wahrhaft wohnlichen Stadt zu machen. Die SPÖ-Fraktion wird ihnen daher ihre Zustimmung erteilen.

Stadtrat Koci geht in seinem Schlußwort zuerst auf die Frage der Trinkwasserversorgung ein: Für die Chlorierung des Wassers sind in erster Linie die Gesundheitsbehörden zuständig. Zum Problem einer Ozonierungsanlage kann man nicht auf das Beispiel Salzburg mit einer Wasseraufbringung von 30.000 Kubikmetern verweisen. Damit kann man die 460.000 bis mehr als 500.000 Kubikmeter Wasser, die in Wien pro Tag verbraucht werden, nicht vergleichen. Jedenfalls hat die Stadt Hamburg keine Ozonierungsanlage bauen können, weil die betreffende Firma sich außerstande sah, mit den derzeitigen technischen Mitteln eine Anlage für eine so große Wassermenge zu erstellen. Das Geld ist also in dieser Frage gar nicht das Entscheidende, sondern würde von der Stadt Wien sicher aufgebracht werden, wenn die technischen Voraussetzungen gegeben wären.

Die Verantwortung für ein einwandfreies Trinkwasser muß letzlich von den Hygienikern und medizinischen Fachleuten getragen werden. Ihre Meinung ist, daß von einer Chlorierung derzeit nicht abgegangen werden kann. Übrigens hat auch die Niederösterreichische Landesregierung alle Gemeinden, die derzeit ein nicht desinfiziertes Wasser abgeben, angewiesen, ihr Trinkwasser auf diese oder jene Art zu desinfizieren.

./.

Zur Gefahr der Phenolbildung durch eine Verbindung von Chlor mit Teerdichtungen des Wasserleitungsnetzes ist zu sagen, daß die städtischen Wasserwerke keinerlei Teerdichtungen verwenden. In Wien steht als Dichtungsmaterial nur mit Leinöl getränkter Hanf in Gebrauch. Bei neueren Leitungen werden Gummidichtungen verwendet, die von außen mit Blei verstemmt werden.

Zur Frage der Bäderpreise wird GR. Maller sicher bekannt sein, daß nach der Preisregelung von 1951 13 Jahre lang keine Nachziehung der Preise erfolgte. Wenn also am 1. Jänner 1964 nach 13 Jahren die sehr notwendige Regulierung der Bäderpreise erfolgte, kann nicht von ihrem ständigen Steigen gesprochen werden. Es waren ja gerade die niederen Tarife der städtischen Bäder, die die Privatbäder in Schwierigkeiten gebracht haben.

Stadtrat Koci empfiehlt dem Gemeinderat, den Antrag der GRe. Dr. Ebert und Dr. Weninger dem Gemeinderatsausschuß II zu überweisen.

Zum Thema Thermalquellen in Ober-Laa: Diese Quellen wurden vor etlichen Jahren bei Bohrungen nach Erdöl entdeckt, dann aber wieder zugeschüttet. Die Grundstücke befanden sich damals in privaten Besitz und es ist der Gemeinde erst vor kurzem gelungen, die Gründe zu kaufen und für sie das Wasserrecht zu erhalten. Wie bei der Geschäftsgruppe VI bereits mitgeteilt wurde, stehen für das kommende Jahr 1,5 Millionen Schilling für Versuchsbohrungen zur Verfügung. Im Interesse der Wiener Bevölkerung ist zu hoffen, daß diese Bohrungen erfolgreich sind, damit man die Volkskrankheit Rheuma auch auf Wiener Gebiet durch Errichtung einer Kuranstalt bekämpfen kann.

Zur Errichtung einer Sauna auf dem Genochplatz: Alle Gemeinderäte werden wissen, wie groß der Verschleiß gerade bei den Bädern ist und welche hohen Beträge für ihre Instandsetzung, Erneuerung und Modernisierung ständig aufgewendet werden müssen. Auch die großen Bauvorhaben, Theresienbad und Floridsdorfer Bad, erfordern große Mittel, sodaß man auf die Verwirklichung kleiner Vorhaben im Augenblick verzichten muß.

Zur Errichtung von Dachkinderfreibädern: Derartige Bäder könnten nur eine Größe haben, die für 20 bis 30 Kinder ausreichen würde, müßten aber über den selben Personalstand verfügen wie Kinderfreibäder mit einer Größe für 500 Kinder. Trotzdem wird sich in Zukunft auch hier ein Weg finden lassen können.

./.

Bemängelt wurde, daß die Magistratsabteilung 48 nur über zwei Schneefräsen verfügt. Derartige Geräte können infolge des dichten Verkehrs nur mehr in den Außenbezirken eingesetzt werden. Wie es sich in den vergangenen Jahren herausgestellt hat, wurden sie auch nur ganz selten beansprucht. Es erweist sich daher als zweckmäßiger, bei den wenigen wirklichen starken Schneefällen die private Bauwirtschaft mit ihren Maschinen und ihrem Personal für die Schneebeseitigung einzusetzen.

Zu den Müllverbrennungsanlagen: Man war sich bereits bei der Errichtung der Anlage am Flötzersteig bewußt, daß bei krassen Temperaturen die gelieferte Wärme nicht für alle Anstalten ausreichen wird und hat daher im Psychiatrischen Krankenhaus entsprechende Hochdruckkessel eingebaut, die jederzeit zusätzlich verwendet werden können. Bei dieser ersten Müllverbrennungsanlage hat man auch alle Erfahrungen gesammelt, die man für die Errichtung von weiteren Anlagen braucht. Für die Versorgung des neuen Allgemeinen Krankenhauses mit Wärme wird also nicht nur die Errichtung einer zweiten Müllverbrennungsanlage geplant, sondern auch die Errichtung eines Fernheizwerkes.

Zum Dianabad: Das Grundstück ist nicht im Besitz der Stadt Wien und die Verhandlungen mit den Eigentümern sind leider schon einige Male gescheitert. Die Gemeinde macht seit Jahren die größten Anstrengungen, hier zu einem Verhandlungsabschluß zu kommen. Natürlich kann sie aber nicht unter allen Umständen abschließen, da es nicht gleichgültig ist ob man etliche Millionen mehr oder weniger aus Steuergeldern ausgeben muß.

Bei der Firma Biomull handelt es sich um einen gemischtwirtschaftlichen Betrieb, an dem die Stadt Wien zwar beteiligt, jedoch nicht für ihn verantwortlich ist. Man muß das Gebiet in dem sich dieser Betrieb befindet jedoch kennen, um darüber reden zu können. Es waren dort früher Ziegeleien, in deren Ruinen Menschen wohnten, die mit Hilfe der Gemeinde abgesiedelt wurden. Die Gemeinde Wien hat dieses Gebiet, die sogenannte Löwy-Grube aufgekauft, um dort eine Planierung vorzunehmen und eine Müllschüttung zu ermöglichen. Man war damals noch nicht so weit, eine Müllverbrennungsanlage errichten zu können, und so kam es zur Errichtung des Betriebes, der heute unter dem Namen Biomull bekannt ist. Das anschließende Gebiet war früher gleichfalls eine Gstetten

./.

und die Gründe daher sehr billig, so daß die Menschen dort zu Bauen begonnen haben. Aber bereits damals haben die Löwy-Gründe der Gemeinde Wien gehört und waren für die Mistablagerung bestimmt. Es ist schließlich in einer Großstadt nicht so einfach, den anfallenden Mist zu beseitigen. Für die Errichtung der Firma Biomull wurde die Gewerbegenehmigung erteilt und das war die Voraussetzung für die Errichtung der umstrittenen Anlage. Auch die Baubehörde hat die Bewilligung gegeben. Daß die Anrainer von der Bezirksvorstehung und von ihm selbst nicht angehört wurden, sei unrichtig. Man hat versucht, den Menschen begreiflich zu machen, worum es hier geht. Um Belästigungen der Anrainer zu vermeiden hat man alle nur möglichen Vorkehrungen getroffen. Natürlich fliegen bei starkem Wind einzelne Papierfetzen durch die Luft. Die Vorschreibung, daß die Anrainer Müllgefäße verwenden müssen, war gleichfalls keine Schikane. Es zeigt sich immer wieder, daß in Siedlungsgebieten ohne Müllgefäße die Siedler nachts auf Wägelchen ihren Mist irgendwohin führen. Die Obmänner des Siedlungsvereines hatten daher für die Wünsche der Stadtverwaltung Verständnis und haben die Aufstellung der Müllgefäße zur Kenntnis genommen.

Abschließend ersucht der Redner um Annahme der Ansätze der Geschäftsgruppe VIII.

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze des 8. Hauptstückes mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und KLS angenommen.

Der Antrag der GR. Dr. Ebert und Dr. Weninger, betreffend begünstigte Kreditgewährung für Wiener Privatbäder wird auf Empfehlung des Referenten einstimmig zur weiteren Behandlung dem Gemeinderatsausschuß II zugewiesen.

Abschiedsapplaus für Stadtrat Koci

Stadtrat Koci verläßt unter lang anhaltendem, lebhaften allgemeinem Beifall das Rednerpult. In seiner Bank angekommen, erklärt er: "Ihr überrascht mich, so freunlich ward ihr noch nie zu mir!"

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

\- - -

Wien hat wieder einen Hundertjährigen mehr

17. Dezember (RK) Mit dem heutigen Tag gesellt sich wieder einer unserer Mitbürger in den illustren Kreis der Hunderjährigen Wiens, in dem er noch dazu das in der Minderheit befindliche "männliche Element" verstärken wird. Es ist dies Herr Ernest Hanke, der heute in seiner Wohnung im 3. Bezirk, Khunngasse 14, in geistiger und körperlicher Frische seinen 100. Geburtstag feiert. Stadtrat Maria Jacobi gratulierte ihm im Namen des Bürgermeisters und der Stadtverwaltung und überreichte ihm einen großen Blumenstrauß und die Ehrengaben der Stadt Wien. Die Glückwünsche der Bewohner des 3. Bezirkes überbrachte Bezirksvorsteher Seitler.

Herr Hanke ist wie alle echten Wiener in der Tschechoslowakei (Klein-Mohrau) geboren, lebt aber bereits seit dem Jahr 1896 in Wien. Sein Beruf war Schneidermeister. Er ist seit dem Jahr 1914 verheiratet. Seinen Ehrentag feiert er im Kreis seiner Nachkommenschaft: zwei Enkelkinder, zwei Urenkel und ein Ururenkel; von seinen drei Kindern ist leider nur mehr eines am Leben.

\- - -

Teilweise früherer Ladenschluß am 24. und 31. Dezember

17. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas hat in seiner Eigenschaft als Wiener Landeshauptmann für einige Geschäftszweige den Ladenschluß am 24. und 31. Dezember um eine Stunde vorverlegt. Folgende Ladenzeiten gelten:

24. Dezember 1964: Verkaufsstellen für Lebensmittel 15 Uhr, für andere Waren als Lebensmittel 15 Uhr, für Süßwaren und Naturblumen 17 Uhr und für Christbäume 20 Uhr.

31. Dezember 1964: Verkaufsstellen für Lebensmittel 17 Uhr, für andere Waren als Lebensmittel 16 Uhr, für Süßwaren 19 Uhr und für Naturblumen und Silvesterartikel 20 Uhr.

\- - -

Ein Stück Lastenstraße für den Verkehr freigegeben

17. Dezember (RK) Erst gestern konnten wir melden, daß auf der Zweierlinie die Kreuzung bei der Stadiongasse für den Verkehr stadtein- und stadtauswärts freigegeben wurde. Nun erhalten wir die Mitteilung, daß es gelungen ist, die Straßendecke des Getreidemarktes zwischen Gumpendorfer Straße und Linke Wienzeile ebenfalls vorzeitig fertigzustellen. Dieser Abschnitt ist ab morgen, Freitag 18. Dezember, 12 Uhr mittag, als Einbahn in Richtung zur Wienzeile befahrbar.

\- - -

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:

Debatte über Wohnungswesen

17. Dezember (RK) GR. Maller (KLS) erklärt, die Ausführungen des Amtsführenden Stadtrates hätten gezeigt, daß sich in quantitativer Hinsicht an der Wohnungsnot in Wien nichts verändert hat. Er wirft die Frage auf, wo wir in Wien heute mit der Wohnkultur wären, wenn es nicht den sozialen Wohnbau gegeben hätte. Es ist keine Übertreibung, wenn man sagt, daß man ohne den Wohnbau der Stadt Wien den überwiegenden Teil der Mieter der Gemeindebauten zu den Wohnungsuchenden hinzurechnen müßte. Jene, die sich so eifrig dafür aussprechen, daß die öffentliche Hand für die Wohnraumbeschaffung nicht verantwortlich sei, mögen einmal darüber nachdenken, ob man es auf die Dauer zulassen kann, daß raffinierte Geschäftemacher aus der Wohnungsnot der Menschen Kapital schlagen. Die Hausherren und die ÖVP und die FPÖ vertreten den Standpunkt, daß die Wohnung eine Ware sei und leider ist sie durch die Politik der Koalitionsparteien auch tatsächlich immer mehr zur Handelsware geworden. Grund hierfür ist, daß die Mehrheit dieses Hauses die sozialen Grundsätze der Wohnungspolitik der Ersten Republik preisgegeben hat. Die Kommunisten und Linkssozialisten sind der Ansicht, daß es in Notzeiten möglich sein muß, daß nur die öffentliche Hand über die Vergabe von Wohnungen entscheidet.

Zu den derzeit von Vertretern der beiden Regierungsparteien geführten Verhandlungen um eine Neuregelung der Mietzinsfrage erklärt der Redner, daß man mit der Geheimnistuerei Schluß machen solle. Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf, zu erfahren, worüber verhandelt wird und welchen Standpunkt die einzelnen Parteien vertreten. In diesem Zusammenhang sprechen sich die Kommunisten entschieden gegen Mietzinserhöhungen aus und fordern die Abschaffung der fünfjährigen Verfallsfrist sowie die Einführung eines zentralen Reparaturausgleichsfonds. An die Mehrheitsparteien im Wiener Gemeinderat richten sie den Appell, auf Wiener Boden zumindest darin gemeinsam vorzugehen, daß alle Parteien zusammen vom Parlament die sofortige Verabschiedung eines neuen Wohnungsanforderungsgesetzes verlangen. Beschließen wir, fordert der Sprecher der Kommunisten alle Mitglieder des Gemeinderates auf,

./.

in unserem eigenen Wirkungsbereich eine progressive Besteuerung freistehender Wohnungen, um so dem Horten von Wohnungen Einhalt zu gebieten.

Seit 1959 ist nicht nur der Bau von Gemeindewohnungen von Jahr zu Jahr geringer geworden, sondern es sind auch die Mietzinse in den neuen Gemeindebauten immer weiter gestiegen und haben jetzt eine Höhe von durchschnittlich sechs Schilling pro Quadratmeter erreicht; für Komfortwohnungen beträgt die Miete sogar zehn bis zwölf Schilling pro Quadratmeter. Es kann daher schwerlich noch von einem sozialen Wohnbau die Rede sein.

Die meistgestellte Frage in Wien ist: wie kommt man zu einer Gemeindewohnung? In den Augen der Öffentlichkeit besteht der Eindruck, daß die Wohnungsvergebung undurchsichtig ist. Der Redner kritisiert das Vormerkungssystem und fragt dann, warum die Gemeindewohnungen nicht unter öffentlicher Kontrolle vergeben werden. Er regt nochmals an, den seinerzeitigen Vorschlag der Kommunisten zu überprüfen.

Ausführlich beschäftigt sich GR. Maller mit den Auswirkungen des Paragraph 7 des Mietengesetzes, der dem Hauseigentümer die Möglichkeit gibt, Mietzinserhöhungen für Reparaturkosten zu beantragen. Auf diese Weise wurden die Zinskasernen der Vergangenheit ein gutes Geschäft. Der Mieter aber muß die Rechnung bezahlen. Die Kreditaktion der Gemeinde stellt nur eine Milderung aber keine Lösung dieses Problems dar. Außerdem wendet die Gemeinde Wien selbst diesen Paragraph 7 bei jenen Althäusern an, die sie verwaltet. Seit drei Jahren ist auch die Gemeinde nicht mehr bereit, bereits verzinslich aufgenommene Darlehen zu übernehmen und in zinsenfreie Kredite zu verwandeln.

Abschließend stellt der Redner die Forderung, mehr als bisher Grundstücke für Kleingartenanlagen bereitzustellen. Den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe gebe er nicht die Zustimmung.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ): im großen und ganzen müsse man sagen, die Wohnungsnot in ihrer Gesamtheit ist nach wie vor gleich geblieben. Er könne daher den Optimismus des Bürgermeisters bei seiner Antrittsrede nicht teilen. Die beiden großen Parteien im Parlament haben eine Lösung der Wohnungsfrage bisher nicht erreicht.

./.

Vielleicht haben aber diese Verzögerungen etwas Positives, da sich in der letzten Zeit von der linken Seite des Hauses her ein Gesinnungswandel einzustellen scheint. Man erkennt, daß die Lösung der Wohnungsfrage nicht allein im Neubau von Wohnungen zu finden ist, sondern daß man auch die Altbestände heranziehen muß. Für eine Neufestsetzung von Mieten hätten sich auch Vizebürgermeister Slavik in einer Broschüre und Stadtrat Glaserer in verschiedenen Äußerungen ausgesprochen. Dies bedeute einen Hoffnungsschimmer am Horizont. Erstmals nach 50 Jahren scheinen die erstarrten Fronten in Bewegung zu geraten.

Die FPÖ trete jedoch keineswegs für eine allgemeine Mietzinserhöhung ein, wie sie das ÖVP-Konzept vorsehe, und ebensowenig für eine Aufhebung des Kündigungsschutzes. Obwohl sich der ÖVP-Sprecher GR. Hahn von einer Lockerung des Kündigungsschutzes distanziert habe, sei einige Zeit darauf die Zeitschrift des Hausbesitzerverbandes dafür eingetreten und habe gesagt, daß auch die ÖVP unter gewissen Umständen für die Aufhebung des Kündigungsschutzes sei.

Der soziale Wohnbau soll nur den sozial Schwachen zugute kommen. Deshalb trete die FPÖ für die Schaffung einer Einkommensgrenze für die Zuweisung von Gemeindewohnungen ein. Diese Ansicht vertrete auch das Wohnbaukonzept der Gewerkschaft und auch die Stadt Graz habe bei einem Wohnbau für Gemeindebedienstete deren Einkommenverhältnisse bei der Wohnungsvergbung berücksichtigt. Es errege den Unwillen des kleinen Mannes, zu sehen, daß die Parkplätze bei neuen Wohnhausanlagen voll sind, Während eine Gruppe junger Menschen auf eine Wohnung spare, kaufen sich andere ein Auto und warten auf die Zuweisung einer Gemeindewohnung. Demgegenüber müsse sich der Grundsatz durchsetzen: Zuerst die Wohnung, dann das Auto. Auch der Bund zahle nur jenen Beamten Vorschüsse, die kein Auto besitzen. Man dürfe nicht mit den Millionen für den Wohnbau indirekt die Autoindustrie subventionieren.

Die Zuweisung von Gemeindewohnungen sei ins Dunkel gehüllt. Kein Ausschuß und auch nicht der Gemeinderat erfahre, wem die Wohnungen zugewiesen werden. Eine Veröffentlichung der Namen und Adressen der Empfänger von Gemeindewohnungen im Amtsblatt würde die Bevölkerung vergewissern, daß die Wohnungsvergebung in gerechter Weise erfolge. Solange diese Grundsätze in der Stadtverwaltung nicht angewendet würden, könnte die FPÖ-Fraktion den Ansätzen dieser Verwaltungsgruppe die Zustimmung nicht erteilen.

./.

GR. Dr. Ebert (ÖVP) beschäftigt sich mit der Vergebung von Geschäftslokalen in Gemeindebauten. Er bemängelt, daß jeder neue Wohnblock einen Konsumverein enthalte. Dies bedeute einwandfrei eine Subventionierung der keineswegs finanzschwachen GÖC. Dort, wo dem Konsum im Rahmen eines nach wirtschaftlichen Grundsätzen geführten Einkaufszentrums dieselben Mietbedingungen angeboten würden, wie anderen Geschäftsleuten, sei ihm dies zu teuer. Der Konsum vertrage auch keine gleichartigen Firmen in seiner Nähe, weil er nicht konkurrenzfähig sei (Zwischenrufe der GRe. Gertrude Sandner und Maria Hirschler, SPÖ: Das stimmt nicht, in Kagran und am Eisenstadtplatz sind neben dem Konsum andere Lebensmittelfirmen!)

Im Geschäftszentrum von Kagran würden 8.000 Quadratmeter verbaut, aber die Hälfte dieser Fläche sei bereits an die GÖC vergeben. Hier werde mit Steuergeldern Schindluder getrieben.
GR. Dr. Ebert richtet an Stadtrat Glaserer die Frage, wieviele Lebensmittelhändler, die dringend ein Lokal benötigen, bei ihm vorgemerkt sind.

Darüber hinaus aber müsse gesagt werden, daß der Konsum allein niemals eine preisregulierende Funktion haben könne. Manchmal habe er im Gegenteil sogar die höchsten Preise, wie es sich zum Beispiel im sogenannten Gemüseskandal gezeigt habe.

Jedenfalls müßten in den Einkaufszentren die Geschäftslokale nach echten sozialen und rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten vergeben werden. Dabei dürfte man auch nicht auf die Gewerbe- und Versorgungsbetriebe vergessen.

Zur Frage der Baurechte wäre es wohl nötig, zu überlegen, inwieweit die Gemeinde verpflichtet ist, am Stadtrand große Gebiete aufzuschließen, zu parzellieren und bauwilligen Wienern für die Errichtung von Ein- oder Zweifamilienhäusern zur Verfügung zu stellen. Der Bau solcher Eigenheime, nach denen sich viele Leute sehnen, könnte außerdem auch die Bauwirtschaft entlasten. (Zwischenruf GR. Windisch: "Wieviele können sich denn das leisten?") Es gebe sicherlich genug Leute, die das Geld dafür aufbringen könnten, allerdings nur dann, wenn sie auf Superkonsumgüter verzichten.

Im Zusammenhang mit den Montagebauwohnungen fragt GR. Dr. Ebert, ob es stimme, daß die Mieter, die in Montagebauwohnungen in der

./.

Siebenbürgerstraße einziehen, Einrichtungen um 16.100 Schilling miterwerben müssen. 6.100 Schilling müßten bar bezahlt werden, für die restlichen 10.000 Schilling könne man sich Kredite aufnehmen. Gleichzeitig aber - und das sei der springende Punkt - müßten die Mieter eine Versicherung nicht etwa auf 16.000, sondern auf 100.000 Schilling bei der Wiener Städtischen Versicherungsanstalt abschließen. Das seien reine Kopplungsgeschäfte, wobei man gezwungen sei, bei einer bestimmten Versicherung abzuschließen. Die Vergebung einer Gemeindewohnung dürfte jedoch keineswegs dazu dienen, auch noch ein Versicherungsgeschäft zu machen.

Im folgenden zeigt der Debattenredner Schwierigkeiten bei der Vergabe von Geschäftslokalen auf. Abschließend legt er einen Antrag vor, in dem die großflächige Erschließung von gemeindeeigenen Baugründen am Stadtrand und deren Vergabe an bauwillige Siedler im Baurecht verlangt wird.

GR. Leinkauf (ÖVP) befaßt sich mit der Wohnungsvergebung und bemerkt einleitend, daß die Zahl der Wohnungswerber keinesfalls geringer werde. Die Bevölkerung aber wisse nicht, nach welchen Richtlinien die Gemeindewohnungen vergeben werden. Frage man den einen oder anderen der Glücklichen, die eine Gemeindewohnung bekommen haben, wie sie zu dieser Wohnung gekommen seien, so höre man stets nur die häßlichen Wörter: "Beziehungen" und "Protektion". Dagegen aber sei die ÖVP immer gewesen, und sie habe immer wieder verlangt, daß die Wohnungsvergebung durch eine unabhängige Kommission mit einem unabhängigen Richter an der Spitze erfolgen müßte.

Wie werden also die Wohnungen wirklich vergeben? Werden wenigstens die krassesten Fälle bevorzugt? Was geschieht zum Beispiel mit dem Lager Auhof? Dort hausen 1.200 Leute, oft acht Personen auf einem Raum von knapp zwölf Quadratmeter, und oft müssen Familien jahrelang dort wohnen. Ein Artikel in der "Wiener Wochenausgabe" zeige zum Beispiel den Fall einer Familie auf, die neun Jahre dort leben mußte. Hier müsse raschestens Abhilfe geschaffen werden. Man müßte sich schnellstens überlegen, wie man etwa durch ein Punktesystem Gerechtigkeit bei der Wohnungsvergebung erreichen könnte.

./.

Ein anderes Problem sei die Vergebung von Garageplätzen in den Gemeindebauten. Die Mieter nämlich - und es gibt in den Gemeindebauten auch Mieter, die keiner Partei angehören - seien gewzungen, sich deswegen an eine der SPÖ nahestehende Organisation, und zwar an den ARBÖ, zu wenden. Auch hier müßte also ein anderer Weg gefunden werden.

Abschließend bringt Leinkauf zur Sprache, daß die Hauswarte in den gemeindeeigenen Wohnungen, die doch Angestellte der Stadt Wien sind, dazu verwendet werden, an die neueinziehenden Mieter SPÖ-Fähnchen zu verkaufen. Gemeindebedienstete sollen für parteipolitische Zwecke nicht mißbraucht werden. (Zwischenruf GR. Hans Mayr, SPÖ: Darf ein Gemeindebediensteter nicht Funktionär einer Partei sein?) Selbstverständlich, aber im Dienst darf er solche Fähnchen nicht verkaufen. Sie üben einen gewissen Zwang aus! (Zwischenruf GR. Hans Mayr, SPÖ: Das geht wohl zu weit!) Wenn sich ein Parteisekretär für diese Arbeit nicht mehr hergibt, und Sie Gemeindebedienstete dazu nehmen müssen, dann ist das traurig. Der zuständige Stadtrat möge daher diese Übung abstellen.

GR. Windisch (SPÖ) verweist auf die Ausführungen des Stadtrates Dr. Drimmel, die er im Anschluß an die Antrittsrede des Wiener Bürgermeisters gehalten hat und in denen er die Bereitschaft der ÖVP zu echter Zusammenarbeit zum Ausdruck brachte, und erklärt, daß man durch die heutige Rede des GR. Leinkauf an das Dichterwort erinnert wurde: Die Kunde hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube!

Der Redner habe längere Zeit hindurch festgestellt, wer in seinem Bezirk Gemeindewohnungen erhält, und sei dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß der Prozentsatz der Mitglieder der Sozialistischen Partei unter 50 liegt. Demgegenüber spricht die ÖVP seit fast 20 Jahren immer wieder von einem Mißbrauch bei den Wohnungszuweisungen, ohne auch nur ein einziges Mal dafür den Beweis angetreten zu haben. Wie wenig die Wiener Bevölkerung diesen Behauptungen glaubt, hat sich bei der letzten Wahl gezeigt.

Aus dem Bericht des Amtsführenden Stadtrates hebt GR. Windisch den Hinweis auf die Tatsache heraus, daß sich die Zahl der dringlichsten Wohnungsvormerkungen von 14.800 im Jahre 1955 auf nunmehr 6.300 verringert hat. Das ist ein eindeutiger Beweis dafür, daß hinsichtlich der Wohnungsnot in Wien einiges zum Guten gewendet werden konnte.

./.

Man muß sich darüber im Klaren sein, daß es in Wien wie in jeder Großstadt immer Wohnungssuchende geben wird. Man braucht ja nur daran zu denken, daß ein Großteil der Vorgemerkten aus der Zuwanderung in die Großstadt resultiert.

Wenn man sich vor Augen hält, daß von den 420.000 Altwohnungen in Wien 223.000 ohne eigene Wasserzuleitung sind, so beleuchtet das am deutlichsten das Ausmaß des qualitativen Notstandes am Wohnsektor.

Heute kostet eine Zimmer-Küche-Wohnung im Durchschnitt 30.000 Schilling, für eine Zwei-Zimmer-Wohnung werden zwischen 70.000 und 150.000 Schilling bezahlt. Es wäre sehr erfreulich, wenn sich einmal eine der Damen oder einer der Herren der Österreichischen Volkspartei, anstatt immer wieder ungerechtfertigte Kritik an der Wohnungszuweisung zu üben, zum Rednerpult stellen und erklären würde, daß die ÖVP das nicht gut heißt, daß sie aus den vergangenen 20 Jahren gelernt hat und bereit ist, gemeinsam mit der SPÖ Maßnahmen zu beraten und zu beschließen, die diese Sauerei verhindern. (Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ. - Widerspruch bei der ÖVP.) Man kann das ruhig so nennen, denn wenn sich jemand nicht ausdrücklich gegen eine Sache ausspricht, muß man annehmen, daß er dafür ist. (Zwischenruf GR. Dr. Bauer, ÖVP: Lesen Sie unsere Zeitungen! - Zwischenruf Stadtrat Dr. Prutscher, ÖVP: Es ist x-mal geschehen, daß wir uns dagegen ausgesprochen haben!) Wenn Sie sich nicht eindeutig dafür aussprechen, daß mit diesem Wohnungsschacher Schluß gemacht werden soll, müssen wir mit Recht annehmen, daß Sie dafür sind. Es kann mit Fug und Recht behauptet werden, daß es die Sozialisten waren, die in der Ersten und Zweiten Republik dafür sorgten, daß das größte und ärgste Wohnungselend in unserer Stadt verschwindet.

In seinen weiteren Ausführungen kommt der Redner auf die Modernisierung der Waschküchen in den Wiener Gemeindehäusern zu sprechen und richtet an die dort wohnenden Wiener Hausfrauen die Bitte, von dieser mit modernen Maschinen ausgestatteten Einrichtung mehr Gebrauch zu machen. Den zahlenmäßigen Belag der Wiener Obdachlosenasyle bezeichnet er im Verhältnis zu den anderen europäischen Städten als durchaus gering, spricht aber gleichzeitig die Hoffnung aus, daß diese Asyle eines Tages überhaupt zum Verschwinden gebracht werden können.

./.

Wenn vom Generalredner der Volkspartei von einem Gefälle in der Wohnungsqualität von Westen Österreichs nach Osten gesprochen wurde, kann dies vielleicht für ein Gefälle bezüglich der Wohnungsgröße gelten, jedoch keinesfalls für die Qualität der Wohnungen.

GR. Schmidt hat den Vorwurf erhoben, daß sich die beiden Koalitionspartner auf Bundesebene noch immer zu keinen entscheidenden Maßnahmen zur Behebung der Wohnungsnot einigen konnten. Eine Anpassung der Standpunkte war leider bisher nicht möglich, weil sich die Volkspartei noch immer nicht von einer generellen Mietzinserhöhung distanziert. Die Sozialisten sehen eine Lösung des Wohnungsproblems nur darin, daß der Bau von neuen Wohnungen verstärkt wird, nicht nur in Wien sondern in allen anderen Gemeinden Österreichs. Eine Besserung der Wohnungsverhältnisse durch den Umbau von Altwohnungen wird sich nur in wenigen Fällen erzielen lassen. Die meisten dieser unzulänglichen Wohnungen verfügen über eine Küche, die zirka acht Quadratmeter groß ist. Wo kann man denn da, ganz abgesehen von der Schwierigkeit der Installation, ein Vorzimmer, ein Klosett, eine Wasch- oder Badegelegenheit und eine Küche unterbringen?

Konsumvereinslokale in den Gemeindebauten: Wenn man zum Beispiel den Berta von Suttner-Hof zum Vergleich heranzieht; hier ist ein Konsumvereinslokal uns sieben Geschäfte für private Firmen. Der Redner richtet die Frage an die Vertreter der Volkspartei, wieviele Konsumvereinslokale es in Prinke-Bauten gibt, die ja gleichfalls aus öffentlichen Mitteln errichtet werden. (Zwischenruf Gemeinderat Leinkauf: Die haben es doch nicht nötig zum Prinke zu gehen, denn dort müßten sie ja was zahlen). Der Redner verweist darauf, daß auch bei Asanierung und Räumungen aus sonstigen Gründen die Gemeinde Wien die Ersatzlokale für die Geschäftsleute bereitstellt.

Der Eigenheimbau werde auch von ihm begrüßt, stellt GR. Windisch fest. Leider kommt er aber bereits so teuer, daß es für Siedlungsgenossenschaften fast unmöglich ist, den Eigenheimbau zu fördern. Die Zahl der vergebenen Baurechte ist nicht gering. Es seien jedoch nur bestimmte Gebiete unserer Stadt für die Verbauung mit Ein- oder Zweifamilienhäusern geeignet.

./.

Die Forderung nach einer Wohnungsvergebung durch eine unabhängige richterliche Kommission sei ein Mißtrauen gegen den Amtsführenden Stadtrat und die Beamten des Wohnungsamtes, die mit der Vergebung betraut sind. (Zwischenruf GR. Leinkauf: Das wäre eine Entlastung des Stadtrates!) GR. Windisch erklärt, daß GR. Leinkauf menschlich mitfühlend sei, er möge es aber ruhig dem Stadtrat überlassen, ob dieser die Arbeit noch "derpackt" oder nicht.

Was den Mißbrauch der Hauswarte anlangt: Man soll hier doch nicht übertreiben. Was ist denn schon dabei, wenn ein politischer Funktionär den Hausbesorger fragt, ob er die Fahnen verkaufen will oder nicht. Es ist noch kein Hausbesorger gemaßregelt worden, wenn er das abgelehnt hat. Den Hausbesorger als Gemeindebediensteten zu bezeichnen, ist wohl etwas weit hergeholt.

Abschließend appelliert der Redner an die ÖVP, im Parlament endlich für die Schaffung eines Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetzes und eines Reparaturausgleichsfondseinzutreten. Es sei grotesk, wenn im letzten Bundesgesetzblatt ein Gesetz verlautbart wird, das nur dem Zweck dient, daß die Bundesgebäudeverwaltung bei der Gemeinde Wien ein zinsenfreies Reparaturdarlehen für die Bundesbauten aufnehmen kann. Der reiche Bund kommt also zur Gemeinde Wien um ein Darlehen für eine Sache, die von ihm selbst gelöst werden müßte. Auf Bundesebene müßte zur Lösung aller Wohnungsprobleme noch viel getan werden. In einer generellen Regelung dürfte eine Mietzinserhöhung jedoch nicht enthalten sein.

In diesem Sinne werde seine Fraktion den Ansätzen die Zustimmung erteilen.

GR. Hahn (ÖVP) verweist auf eine Broschüre des Vereines "gut haushalten", die eine Statistik über die Lebensverhältnisse von 936 jungen Familien enthält.

./.

Sie beschäftigt sich auch mit dem Wohnungsproblem dieser Familien. Es wird festgestellt, daß von ihnen 481 Arbeiterhaushalte sind, und zwar mit einem Durchschnittseinkommen von monatlich 3.258 Schilling und einem durchschnittlichen Mietzinsaufwand von 123 Schilling. 455 sind Angestelltenhaushalte mit durchschnittlich 3.648 Schilling und einem durchschnittlichen Mietzinsaufwand von 162 Schilling. Es scheinen also nicht allzu viele der Befragten in einer neuen Gemeindewohnung des Sonderbauprogramms zu wohnen. 64 Prozent der Befragten haben eine eigene, meistens schlechte Wohnung, acht Prozent leben in Untermiete und 28 Prozent bei den Eltern oder Verwandten. Die durchschnittliche Personenzahl dieser Haushalte ist 2,5. Drei Viertel der Gattinen arbeiten. Was aber vielmehr als alle diese Zahlen ausdrückt, das sind die fünfzig abgedruckten Briefe, die unser Gewissen wachrütteln müssen. Die meisten schreiben, daß sie einen Wohnraum von acht bis zehn Quadratmeter zur Verfügung haben und für das Kind oft nicht einmal ein eigenes Kinderbett aufgestellt werden kann. Es ist also zu hoffen, daß alles zur Behebung der Wohnungsnot getan wird, daß man auch auf Bundesebene zu Lösungen kommt und die jetzt geführten Verhandlungen mit einem baldigen und guten Ergebnis abgeschlossen werden können. Die Verhandlungen werden vertraulich geführt, da sich sonst immer wieder alle Interessengruppen einschalten und das bisher Erreichte womöglich wieder zunichte machen. Wenn es zu einer vernünftigen Lösung kommen soll, werden aber die verschiedensten Seiten, auch die Vertreter der Hausherrenschaft, Konzessionen machen müssen.

Grundsätzlich müsse man feststellen, daß die Ungerechtigkeiten und die Schwierigkeiten in den vergangenen Jahren eher zugenommen haben. Eines ist sicher, die Zahl der vom Wohnungsproblem auf irgendeine Art Betroffenen steigt ständig.

Erfreulich ist beim Bericht von StR. Glaserer festzustellen, daß die Zahl der fertiggestellten Wohnungen gestiegen ist. Auffallend freilich, daß dies immer gerade in Jahren von Gemeinderatswahlen der Fall ist. Hier scheint also die Planung zu funktionieren.

./.

Freilich sind andererseits von den 5.000 übergebenen Wohnungen fast die Hälfte im Oktober, November und Dezember übergeben worden. Warum ist es nicht möglich, das Gros der Bauten im Sommer fertigzustellen?

Der Redner beschäftigt sich dann mit verschiedenen Fragen der Mietzinsbildung. Er stellt fest, daß in Altmannsdorf die Wohnungen zehn Schilling pro Quadratmeter kosten, in Kagran jedoch elf Schilling und fragt, wieso dann die Montagebauwohnungen um acht Prozent billiger sind. Aus einer Gegenüberstellung der Mieteneinnahmen und der Betriebskosten ist zu ersehen, daß die Mieten um 33 Prozent gestiegen sind, die Betriebskostensteigerung jedoch 60 Prozent beträgt. Allerdings sind hier die Zentralheizungskosten inbegriffen.

Der Redner meint dann, daß sich in der Mietenfrage die Meinungen der beiden Parteien schon weitgehend decken. Allerdings ist von der sozialistischen Seite noch kein Lösungsvorschlag gemacht worden.

Noch einmal zu den Mieteneinnahmen stellt der Redner fest, daß diese innerhalb von sechs Jahren auf fast das Doppelte gestiegen sind. In denletzten fünf Jahren betrugen die reinen Mieteneinnahmen im Durchschnitt 300 Schilling pro Wohnung; das ist das Vier- bis Fünffache der ursprünglich in Gemeindebauten verlangten Mieten.

Desgleichen sei die Wertabschreibung in den letzten sechs Jahren um fast 100 Prozent gestiegen. Allerdings konnte auch der Erhaltungsaufwand aus der Wertabschreibung gedeckt werden. Mit anderen Worten: es ist nunmehr möglich, die Gemeindebauten aus den Mieteneinnahmen zu erhalten, wobei der Großteil allerdings von den nach 1959 eingezogenen Mietern getragen wird. Viele alte Gemeindebauten würden einen höheren Erhaltungsaufwand erfordern, als die Mieten ergeben.

Ein unangenehmes Kapitel seien die Abbruchfälle. GR. Hahn zitiert aus dem Statistischen Jahrbuch für Wien die Zahl der Abbruchwohnungen in den Jahren 1959 bis 1963. 1964 seien bis Ende November von der Dreierkommission der Baupolizei bereits 478 Wohnungen als unbenützbar erklärt worden. Das Wohnungsamt bringe wohl einen Großteil der Abbruchfälle in neuen Gemeindewohnungen unter. Selten jedoch könnten die Betroffenen im selben Wohnbezirk verbleiben und meist bekämen sie eine kleinere Wohnung.

./.

Vielen wäre es zweifellos lieber, sich unter Heranziehung von Eigenmitteln eine Genossenschaftswohnung kaufen zu können und sie wären froh, würden sie von der Gemeinde einen fehlenden Differenzbetrag erhalten. Diese Absiedelungsbeihilfe müßte natürlich auf freiwilliger Grundlage gehandhabt werden.

Die Gemeinderäte Hahn, Kowarsch und Haag stellen daher folgenden Antrag, der zur Behandlung an die Gemeinderatsausschüsse II, VI und IX überwiesen werden soll:

"Für Mieter, die ihre Wohnung aus Gründen des Abbruches oder der Assanierung räumen müssen, soll von der Gemeinde auch die Möglichkeit geschaffen werden, anstelle der Zuweisung einer Gemeindewohnung eine zweckgebundene, ausschließlich zur Beschaffung einer neuen Wohnung dienende Absiedelungsbeihilfe zu erhalten, wobei der Familienstand zu berücksichtigen wäre."

GR. Hahn befaßt sich hierauf mit dem Wohnbauprogramm des ÖGB, das in einem Artikel von Josef Exel niedergelegt ist. Darinnen wird bemängelt, daß zu wenig für die kinderreichen Familien geschehe. Auch wird Kritik an dem System der öffentlichen Wohnbaufinanzierung geübt. Der Verfasser fordert die Umgestaltung des Förderungssystems und eine weitgehende Berücksichtigung der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Wohnungswerber. Er fordert ferner ein differenziertes Förderungssystem, das von der Wohnungs-Vollfinanzierung durch die öffentliche Hand für wirtschaftlich Schwache bis zur Subjektförderung der Bauwilligen reichen müsse.. Dieses Wohnbaukonzept des Gewerkschaftsbundes decke sich fast völlig mit den Vorstellungen der ÖVP.

GR. Hahn erinnert dann an einen im Vorjahr eingebrachten ÖVP-Antrag zur Neuorganisation des Wohnungsbaues und umreißt dessen Inhalt. Er beschäftigt sich auch mit den Wucherpreisen, die für Untermieten verlangt werden und spricht in diesem Zusammenhang namentlich von einem bestimmten Wiener Realitätenhändler, der im Zusammenhang mit der Neuen Wiener Wohnbauaktion hunderte Wohnungen errichtet habe. In einem von diesem gebauten Komforthaus in der Jacquingasse 34 würden für eine Wohnung Monatsmieten von 6.000 Schilling verlangt.

Abschließend verliest der Redner eine von den Gemeinderäten Hahn und Dr. Ebert gezeichnete, schriftlich an den Bürgermeister gerichtete Anfrage: "Was gedenkt der Herr Bürgermeister zu tun, um ehebaldigst die Behandlung des am 16. Dezember 1963

./.

in der Sitzung des Wiener Gemeinderates eingebrachten Antrages, betreffend die Neuorganisation des Wohnbaues in Wien, herbeizuführen?"

GR. Hahn schließt mit der Versicherung, daß die ÖVP-Fraktion den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe zustimmen werde.

GR. Dr. Bohmann (SPÖ) bezeichnet die Wohnungsfrage für Wien als nach wie vor das Problem Nummer eins. Es handelt sich dabei in erster Linie um einen qualitativen Wohnungsnotstand, zum Teil aber auch um einen quantitativen. Vor allem ist die ungleiche Zinsgestaltung, die Tatsache, daß die Bürger, die aus den gleichen Gesellschaftsschichten kommen, die den gleichen Einkommensschichten angehören, so different behandelt werden, aber auch die Empfindung, den damit zusammenhängenden Fragen und Problemen nur schwer an den Leib rücken zu können, die aufs schwerste bedrücken und Unbehagen erzeugen.

Die Sozialdemokraten haben, als sie 1919 in das Rathaus einzogen uhd mit dem damaligen Wohnungselend ein furchtbares Erbe übernahmen, geradezu seherisch ihre Aufgabe erkannt. Es war eine echte sozialistische Leistung, daß man den Mut aufbrachte, als Bauherr aufzutreten, und damit half, die Arbeiter und Angestellten aus der Enge und Dumpfheit, aus den elendsten und lichtlosen Wohnungen herauszuführen.

Heute müssen wir noch immer 250.000 Mietwohnungen als unserer Zeit nicht mehr entsprechend, als unsozial, gesundheitsschädlich und nicht familiengerecht bezeichnen. (Zwischenruf bei der ÖVP: Da ist die Siemensstraße dabei! - Zwischenruf GR. Dr. Bauer, ÖVP: Geben Sie das Kapital zum Modernisieren! Woher sollen die das nehmen?)

Die gesellschaftliche Entwicklung geht heute dahin, daß sich die Bürger unserer Stadt erwarten, daß man ihnen bei der Errichtung oder bei der Beschaffung einer Wohnung hilft. Man wird aber nicht weiterkommen, wenn man diese Frage dem Gesetz von Angebot und Nachfrage unterwerfen will. Die gesetzgebende Körperschaft hat aber die Verpflichtung, hier einzugreifen, und für die Sozialisten ist es unverständlich, daß es noch immer nicht gelingt, den privaten Wohnraum einer öffentlichen Bewirtschaftung zu unterziehen.

Die Sozialisten fordern schon seit Jahr und Tag, daß endlich ein modernes Bodenbeschaffungsgesetz beschlossen wird, mit dem es

./.

möglich ist, dringend benötigten Baugrund zu erhalten, keineswegs ohne Entschädigung, aber zu einem angemessenen, nach der Marktlage festgelegten Preis. Wir fordern seit Jahren dieses Gesetz, damit man sich nicht ständig mit Bodenspekulanten herumstreiten muß, wir verlangen dieses Gesetz, damit das ständige Lizitieren mit öffentlichen Mitteln endlich aufhört!

Die Forderung nach einer Kommission für die Wohnungsvergabe geht am Wesen der Sache vorbei. Ein Punktesystem haben wir überdies bereits gehabt, es hat sich jedoch als ungenügend herausgestellt.

Seit Jahr und Tag fordern wir auch die Schaffung eines Reparaturausgleichsfonds. Wir erheben erneut die Forderung nach diesem Fonds, mit dem allen jenen Familien geholfen werden soll, die in schlechten Wohnungen leben, aber die höchsten Zinse zahlen müssen. Wir hoffen, daß dieses Problem wirklich bald gelöst werden kann.

GR. Lauscher (KLS), der sich zu Wort gemeldet hat, befaßt sich mit den Stellungnahmen der einzelnen Fraktionen zum Wohnungsproblem. Die Forderung der FPÖ nach einer Neufestsetzung der Mietzinse bezeichnet er als "kapitalistischen Weg", mit dem man nicht die Wohnungsnot lindern könne, dafür aber den Hausherren entgegenkomme.

Die ÖVP habe heute "tiefe Töne von sich gegeben" über die schlimmen Auswirkungen der Wohnungsnot. Es komme jedoch nicht darauf an, was von den Rednern gesagt werde, sondern darauf, wie die Praxis der ÖVP aussehe. Zu dieser Praxis gehöre es, daß die ÖVP eine Verlängerung des Wohnungsanforderungsgesetzes verhindert habe. Dadurch flößen jährlich 300 Millionen Schilling steuerfrei in die Taschen der Hausherren. Die ÖVP habe ferner die Schaffung eines zentralen Reparaturausgleichsfonds abgelehnt, und sie befürworte die Drosselung des Wohnbaues der Gemeinde Wien. Außerdem sei sie für eine allgemeine Mietzinserhöhung, allerdings nicht sofort, sondern in Etappen. Darunter stelle sich die ÖVP also eine vernünftige Lösung der Wohnungsfrage vor. Die Vorschläge der ÖVP seien alles andere als vernünftig, dafür entsprächen sie jedoch den Interessen der Hausherren.

Mit der Forderung der SPÖ nach einer Verstärkung des Wohnungsneubaues sei seine Fraktion einverstanden, allerdings nur dann, wenn Wohnungen mit niedrigen Mietzinsen gebaut werden.

./.

Auch die übrigen Forderungen der SPÖ, so nach der Notwendigkeit einer richtigen Wohnungsbewirtschaftung, nach einem Bodenbeschaffungsgesetz usw., seien durchaus in Ordnung. Es erhebe sich jedoch die Frage: Wie könne man diese Forderungen, die ja nicht erst heute gestellt würden, endlich durchsetzen? Wie könnte man diese menschlichen Forderungen, die der christlichen Humanität entsprechen, in die Praxis umsetzen? Die Bevölkerung warte auf soziale Taten! Wie lange wolle man sich also der Taktik des guten Zuredens noch bedienen.

Wenn man glaubt, daß in Geheimverhandlungen die richtigen Methoden zur Lösung der Wohnungsnot gefunden werden, sei das unbegreiflich. Die Erfahrung hat doch gelehrt, daß die Arbeiterklasse alle ihre Forderungen nur mit Unterstützung der Massen durchsetzen konnte. Man müßte der ÖVP klar machen, daß es hier um Forderungen geht, die demokratisch gelöst werden müssen.

Stadtrat Glaserer erwidert in seinem Schlußwort auf den Vorwurf des GR. Maller, er habe auf das Wohnungsanforderungsgesetz verzichtet, daß man nur Lösungen verlangen kann, deren Verwirklichung man für möglich hält. Er halte es für möglich, daß in bestimmter Hinsicht gesetzliche Regelungen erlassen werden können ohne daß es ein Wohnungsanforderungsgesetz gibt. Bei der Mietzinsbildung seien die Sozialisten keinesfalls von ihren Grundsätzen abgegangen, nur sind heute manche Fälle anders gelagert als früher.

Öffentliche Kontrolle bei der Wohnungsvergabe: Man muß sich hier einmal darüber klar werden, welche Möglichkeiten einer öffentlichen Kontrolle es gibt und wie diese gehandhabt werden müßte. Zunächst die Zuweisung durch eine Kommission: Nachdem es sich hier um keine geheime Kommission handeln könnte, wären ihre Mitglieder also bekannt und alle Wohnungsuchenden würden sich an sie wenden. Die Kommissionsmitglieder kämen also bereits mit einer Tasche voll Wohnungsfällen und würden versuchen in der Kommission ihre Fälle durchzusetzen. Derartiges haben wir schon erlebt. Vergebung unter Vorsitz eines öffentlichen Richters: Was soll der Richter dort sagen. Es werden ihm tausende gleichgelagerte Fälle zum Beispiel von überbelegten Wohnungen vorgelegt. Er ist also wieder darauf angewiesen, daß der Beamte ihm sagt, welcher Fall eventuell doch der dringlichere wäre. Was würde eine Ausschreibung im Amtsblatt oder an einem Aushang nützen?

./.

Soll man da draufschreiben, dieser oder jener braucht wegen Seuchengefahr eine Wohnung? Das würde keinesfalls im Interesse der Betroffenen liegen.

Unser Bemühen muß daher sein, so gerecht als möglich bei den Wohnungszuweisungen vorzugehen. Das ist nachwievor die beste Methode.

GR. Dr. Schmidt hat davon gesprochen, daß vor den Gemeindewohnungen soviele Autos parken und daß die Bevölkerung zur Ansicht kommen müßte, die Anschaffung einer Wohnung wäre wichtiger als die eines Autos.

Man kann doch wahrlich ein Auto nicht als Maßstab für die Einkommensverhältnisse nehmen. Viele brauchen beruflich ein Auto, andere wieder kaufen ein altes, reparieren es die ganze Woche über, damit sie dann Sonntag wegfahren können. Vor ungefähr zwei Monaten hat eine Familie mit zwei Kindern in der Bartensteingasse in einem Auto ihr Quartier aufgeschlagen. Ja dürfte man denn dieser Familie keine Wohnung geben?

Zur Einkommensgrenze: Sie hat viel für sich und fürs erste können man dafür eintreten. Bei näherem Betrachten muß man jedoch sagen, es wird nicht leicht sein, die Höhe des Einkommens festzustellen. Man kann auch nur das Familieneinkommen als Grundlage nehmen. Was ist aber, wenn eine Frau nach der Geburt eines Kindes zu Hause bleibt oder der umgekehrte Fall eintritt, daß jemand zuerst ein geringes Einkommen hat und dann durch eine spätere Berufstätigkeit der Frau oder ein höheres Einkommen weitaus mehr verdient. Es ist also auch das keine geeignete Maßnahme.

Benachteiligung der Privaten gegenüber dem Konsumverein: Natürlich haben wir für die Gemeinwirtschaft etwas übrig. Aber das, was wir für den Konsum machen, ist doch sehr gering. Der Konsum hat sechseinhalb Prozent des Quadratmeter-Anteils. 93,5 Prozent sind also der Privatwirtschaft zugeführt worden.

Verkauf von Lokalen: Gerade hier achten wir sosehr darauf, daß nicht jemand, der ein Lokal umsonst von der Gemeinde erhalten hat, dann aus dem Verkauf Nutzen ziehen möchte. Aber man muß zubilligen, daß bestimmte Investitionen abgegolten werden.

Montagebauwohnungen: Wir stellen es jedem frei, ob er die Wohnung mit oder ohne Einbaumöbel haben will.

./.

Fensterschmuck: Welch große Aufregungen um so kleine Fähnchen. Um den Parteien die Besorgung zu erleichtern, hat der Hauswart solche Fähnchen: rot-weiß-rot, rot-weiß-rot und auch mit drei Pfeilen. Sollte es Ihnen etwa ganz neu sein, daß die überwiegende Mehrheit im sozialistischen Lager steht? (GR. Leinkauf, ÖVP: Wir kennen die Wohnungsvergebung seit 1918!) Wenn Sie sie kennen, dann verstehe ich die gehässigen Reden nicht, erwidert StR. Glaserer, denn dann müßten Sie das Bemühen anerkennen, die Wohnungen korrekt und anständig zu vergeben.

Zur Kritik am Lager Auhof: Es gibt keine Großstadt, in der es nicht eine gewisse Ansammlung von sagen wir, sozial Angeschlagenen gibt. Nun sind neben hochanständigen Menschen auch gewisse Asoziale im Auhof vorhanden, und deshalb das lange Zögern. Er sei bereit, sagte der Stadtrat, wenn er das Entgegenkommen der anderen Parteien annehmen dürfte, zu experimentieren. Aber Sie dürfen dann nicht schreien, wenn ich solche Leute aus der Wohnung wieder herausnehme.

Zur Anregung des GR. Windisch, die Instandsetzung größerer Wohnhausanlagen in einem Zug durchzuführen, kann gesagt werden, daß solche Aktionen vorbereitet werden. Ihr Zweck ist, zu vermeiden, daß sich die Reparaturarbeiten an größeren Wohnblöcken auf einen allzulangen Zeitpunkt ausdehnen.

Daß in Wahljahren mehr Wohnungen fertiggestellt werden, kann schon deshalb nicht wahlwerbend wirken, weil die Auswirkungen der fertiggestellten Wohnungen viel zu spät kämen.

Zu den Betriebskosten der Gemeindewohnungen ist zu sagen, daß es niemanden gibt, der so niedrige Betriebskosten verrechnet, wie die Gemeinde Wien. Dies ist nur deshalb möglich, weil wir die Betriebskosten pauschalieren. Derzeit beträgt das Pauschale 80 Groschen pro Quadratmeter. Es muß freilich erhöht werden, wenn die Betriebskosten steigen, denn eine Abdeckung dieser Kosten aus Budgetmitteln kommt nicht in Frage.

Der Mietzins in den Montagewohnungen hat genau dieselbe Höhe wie in allen übrigen Gemeindewohnungen, nämlich zwei Prozent des Bauaufwandes im Jahr. Da die Baukosten im Montagebauverfahren um acht Prozent unter dem Niveau der herkömmlichen Bauweise liegen,

./.

sind die Mieten dort sogar billiger. Hinzu kommt lediglich der Beitrag für die Zentralheizung. Dafür ersparen sich die Mieter Brennstoffkosten und die Anschaffung von Heizgeräten. Einschließlich der Zentralheizung werden 9.20 Schilling und 70 Groschen für den Lift pro Quadratmeter verlangt und keinesfalls mehr, sodaß es ein Rätsel ist, wie GR. Hahn auf 11 und 12 Schilling kommt (Zwischenruf Vizebürgermeister Slavik: "Kleiner Propagandaaufschlag!")

Ich stehe zu der Äußerung, daß Wohnungen wie die in der Montagebausiedlung die Arbeiterwohnungen der Zukunft sind. Die zentralbeheizte Wohnung wird in unserer Stadt für den arbeitenden Menschen einmal der Normalfall sein.

GR. Lauscher möchte ich sagen, daß es mir lieber ist, wenn heikle Probleme, wie die Wohnungsfrage eines ist, hinter geschlossenen Türen verhandelt werden und es kommt dabei etwas heraus, als wenn in der Öffentlichkeit mit allen Mitteln der Demagogie darüber gesprochen wird; denn dabei kommt bestimmt nichts heraus. Darum hoffen wir zuversichtlich auf Erfolge der Verhandlungen über die Wohnungsfrage.

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze der Geschäftsgruppe Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen. Die vorliegenden Beschlußanträge und die Anfrage wurden einstimmig den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zugewiesen.

Morgen Freitag, 9 Uhr, werden die Ansätze der Geschäftsgruppe X (Wirtschaftsangelegenheiten) und anschließend der Geschäftsgruppe XI (Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten) beraten. Referenten sind Stadtrat Dr. Prutscher und Stadtrat Sigmund.

(Ende des Sitzungsberichtes)

Puppen - Mütter - Puppenmütter

17. Dezember (RK) In einem der Wappensäle des Wiener Rathauses gab es heute nachmittag erwartungsvolle Kinderaugen. Puppen, Mütter und Puppenmütter gaben sich ein Rendezvous, um zu schenken und beschenkt zu werden. Es handelte sich um die Puppenadoptions-Aktion, die das Wohlfahrtsamt der Stadt Wien schon seit einigen Jahren durchführt. Kleine Mädchen bekommen ein Jahr lang ein Puppenkind zur Pflege, und wenn sie diesem eine gute Pflege geschenkt haben, dann erhalten die Puppenmütter ihre Puppenkinder als "adoptiertes Glück" geschenkt.

Die erste Veranstaltung dieser Art fand bereits in dieser Woche am Dienstag im Kindergarten Stadtpark statt. Stadtrat Maria Jacobi überreichte die Puppen und die Adoptionsurkunden an 25 Mädchen aus verschiedenen Horten der Stadt Wien. Heute nachmittag waren 50 Pflegekinder mit ihren Müttern eingeladen, die Stadtrat Maria Jacobi herzlich begrüßte. Die Kinder sollen an den Puppenkindern lernen, betonte die Wohlfahrtsstadträtin, daß man eine Verpflichtung übernimmt, wenn man etwas betreut. Hierauf begutachtete Stadtrat Jacobi die Puppen von 45 Kindern, die im Vorjahr ihre "Pflegekinder" bekommen hatten und überreichte ihnen die Adoptionsurkunden. Dann erhielten die neuen "Mütter" ihre Pflegepuppen.

\- - -

Konstituierung des Kollegiums des Stadtschulrates für Wien

17. Dezember (RK) Im Stadtsenatssaal des Wiener Rathauses fand heute abend die konstituierende Sitzung des Kollegiums des Stadtschulrates für Wien statt. An der Sitzung nahmen Landeshauptmann Jonas und die Mitglieder der Wiener Landesregierung teil.

Landeshauptmann Jonas führte in seiner Begrüßungsrede aus:

"Am 20. November 1963 wurde zum erstenmal das Kollegium des Stadtschulrates für Wien konstituiert. Durch die Neuwahl des Landtages ist eine Neubestellung der Mitglieder des Kollegiums notwendig geworden. Die im Landtag vertretenen Parteien haben die ihnen zukommenden Mitglieder und Ersatzmitglieder vorgeschlagen und die Landesregierung hat das Kollegium bestellt. Bevor ich die Angelobung der Mitglieder und Ersatzmitglieder vornehme, will ich einiges über die Tätigkeit des Kollegiums in der Zeit vom 20. November 1963 bis zum heutigen Tage berichten.

Das Kollegium hat in diesem Zeitraum drei Plenarsitzungen abgehalten. Die erste Sektion, die sich in der Hauptsache mit den Angelegenheiten der Volks-, Haupt- und Sonderschulen zu befassen hat, ist in acht Sitzungen zusammengekommen, die zweite Sektion, die für die Angelegenheiten der allgemeinbildenden höheren Schulen zuständig ist, ist dreimal zusammengetreten, die dritte Sektion hat sich einmal versammelt, um die Mitglieder der Untersektionen für die berufsbildenden Pflichtschulen und für die berufsbildenden mittleren und höheren Schulen zu nominieren. Die Untersektion für die berufsbildenden Pflichtschulen hielt sechs Sitzungen ab, die zweite Untersektion vier. Im ganzen sind Kollegium, Sektionen und Untersektionen 25 mal in einem Zeitraum, der ein Jahr und vier Wochen umfaßt, zusammengetreten. Eine umfangreiche Arbeit ist bewältigt worden. Einen breiten Raum nahmen die Personalangelegenheiten ein, bei denen es sich um Neuanstellungen von Lehrern, Definitivstellungen, Vorschlägen für Leiterernennungen, Auszeichnungen, Titelverleihungen und um die Anstellung von Schulaufsichtsbeamten handelte. Sehr gründlich wurden die Gutachten zu Gesetzesvorlagen behandelt. Es sei auf die Stellungnahme des Stadtschulrates zum Schulzeitgesetz, zum Gesetz über die Anstellungserfordernisse für die Kindergärtnerinnen, Erzieher an Horten

./.

und Erzieher an Schülerheimen, zum Gesetz über die definitive Anstellung der Bezirksschulinspektoren, und zum Entwurf eines Landesgesetzes betreffend die Zuständigkeit der Bundespolizeidirektion Wien auf dem Gebiete der Schulwegpolizei verwiesen. Ebenso wurden die Erlässe, die für die Wiener Schulen gelten, beschlossen. Die Form, in der sich die Arbeit des Stadtschulrates abwickelte, war sachlich und vom Geiste guter Zusammenarbeit erfüllt, so wie es für ein Schulwesen wünschenswert ist. Schulkörperschaften hat es schon in der Ersten Republik und auch vorher gegeben, aber nach der langen Zeit, in der es keinen Stadtschulrat und keine Landes- und Bezirksschulräte als Körperschaften gab, war es doch etwas Neues, neben das Amt dieser Behörden ein Gremium aus Vertretern des Volkes zu setzen. Die Ergebnisse der Arbeit zeigen, daß diese Form der Demokratisierung dem Schulwesen förderlich ist. An den Interessen der Schule nehmen nicht nur die Beamten der Schulbehörden und die Lehrer Anteil, sondern die Mitglieder und Ersatzmitglieder des Stadtschulrates und die Vertreter der Eltern.
In den kommenden Jahren wird die Schule mehr als bisher in den Vordergrund des öffentlichen Lebens treten. Am 1. September 1966 tritt die neunjährige Schulpflicht in Kraft. Etwa 150 neue Schulklassen des polytechnischen Lehrganges wird es von diesem Tage an geben, die in 14 Schulhäusern untergebracht werden sollen. Man muß den 1. September 1966 schon jetzt ins Auge fassen, damit keine Schulraumschwierigkeit entsteht. Im Haushaltsplan des Landes Wien für das kommende Jahr sind die Mittel enthalten, die zur Bereitstellung des notwendigen Schulraumes erforderlich sind.
Vom Herbst des Jahres 1968 an werden die Pädagogischen Akademien die Bildung des Lehrernachwuchses definitiv übernehmen. Es wird notwendig sein, das Kuratorium des Landes Wien für die Pädagogischen Akademien zu bilden, eine Körperschaft, die sich mit verschiedenen Aufgaben zu befassen hat, die diese Schulen betreffen. Aber auch um alle anderen Termine muß sich der Stadtschulrat kümmern. Die Schüler der berufsbildenden mittleren Lehranstalten werden um ein Jahr länger die Schulen besuchen, die Handelsschüler, die Fachschüler, die Schülerinnen der mittleren Lehranstalten für gewerbliche und hauswirtschaftliche Frauenberufe. Die Handelsakademien bestehen nicht mehr wie bisher aus vier Jahrgängen, sondern aus fünf. Der Umbau der alten Typen der Mittelschulen in die neuen

./.

der allgemeinbildenden höheren Schulen ist wichtig. Die Verteilung dieser Schulen in Wien, wo es noch zwei Gemeindebezirke gibt, die keine allgemeinbildende höhere Schule besitzen, muß gut überlegt werden. Im Schuljahr 1971/72 werden zum erstenmal die neunten Klassen dieser Schulen beginnen. Die Durchführung der neuen Schulgesetze wird fast ein Jahrzehnt umfassen. Für das Schulwesen ist das eine wichtige Epoche, die Zeit der Umgestaltung der Schule im Sinne der neuen Schulgesetze. Diese Arbeit muß ein Werk der gewissenhaften Vorbereitung sein, baulich, schulorganisatorisch und lehrplanmäßig. Das neue Kollegium des Stadtschulrates findet ein weites Gebiet der Arbeit vor. Ich wünsche den Mitgliedern des Kollegiums viel Glück zu dieser Arbeit.

Abschließend dankte Landeshauptmann Jonas den aus dem Kollegium des Stadtschulrates ausgeschiedenen 17 Mitgliedern und Ersatzmitgliedern. Nach der Rede des Landeshauptmannes erfolgte die Angelobung der Mitglieder und der Ersatzmitglieder des Kollegiums des Stadtschulrates für Wien durch den Präsidenten des Stadtschulrates, der nach dem Gesetz Landeshauptmann Jonas ist. Zum Amtsführenden Präsidenten wurde Abgeordneter zum Nationalrat Dr. Neugebauer wiedergewählt, zum Vizepräsidenten Landtagsabgeordneter Professor Markus Bittner bestellt.

Abschließend ergriff der Amtsführende Präsident des Stadtschulrates, Abgeordneter Dr. Neugebauer, das Wort. Er dankte dem Kollegium und Landeshauptmann Jonas für seine Bestellung, die er als einen Akt des Vertrauens bezeichnete, das die Verpflichtung nach sich zieht, alle Kräfte dem Wiener Schulwesen zur Verfügung zu stellen. Das Wiener Schulwesen ist in seiner Art etwas besonderes. Wien ist nicht nur die größte Schulstadt, sondern seiner Behörde kommt besonderes Gewicht zu, da sie Landes- und Bezirksschulbehörde in einem ist und alle Befugnisse in sich vereinigt. Das neue Kollegium wird die Arbeit dort fortsetzen, wo das alte Kollegium sie im Oktober dieses Jahres beendet hat. Es wird vor allem darauf ankommen, die Schulgesetze nicht nur den Terminen, sondern auch dem Geist entsprechend, von dem Sie erfüllt sind, durchzuführen. Man muß alle Energie auf dieses Ziel richten und die Kräfte nicht auf Nebenwegen und gegeneinander vergeuden, sonde n einigen und sammeln für dieses große Werk. Abschließend dankte der Stadtschulratspräsident dem scheidenden Vizepräsidenten und den ausgeschiedenen Mitgliedern des Kollegiums.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Die Budgetberatungen im Rathaus:

Wiens Wirtschaftsangelegenheiten

18. Dezember (RK) Am sechsten Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde zuerst die Geschäftsgruppe X (Wirtschaftsangelegenheiten) behandelt. Der Referent, Stadtrat Dr. Prutscher (ÖVP), führte aus:

"Die 189,490.500 Schilling Ausgaben der Verwaltungsgruppe X entfallen zu einem erheblichen Teil, nämlich mit 45,569.400 Schilling, auf den Allgemeinen Sachaufwand, weiter 31,162.100 auf das Beschaffungsamt und 9,442.800 auf die Bäckerei. Insgesamt ergibt dies einen Aufwand von 86,174.300, von denen man ungefähr sagen kann, daß sie als Treuhänder auch aller anderen Abteilungen ausgegeben wurden.

Die Zusammenstellung der Einkäufe durch das Beschaffungsamt ist zum Teil ein Spiegelbild der Preisentwicklung. Es ist eine Reihe von Artikeln angeführt, deren Preise gleich geblieben sind, bei manchen gab es Preissteigerungen, bei anderen Preissenkungen, hier wirken sich zum Beispiel auch vor allem das Stabilisierungsprogramm und die Zollsenkungen des Finanzministers aus.

Bei der Warengruppe II, bei den Textilien, spiegelt sich das Auf und Ab der Weltmarktpreise wider, während Sie in der Warengruppe III, bei der Preiserhöhung im Reinigungsgewerbe, bis zu 25 Prozent ein Spiegelbild der 'Konkurrenz um die Raumpflegerin' finden. Die gewerblichen Betriebe mußten auch die hohen Löhne nachziehen, die die privaten Haushalte bei der Direktbeschäftigung einer Bedienerin zahlen. Auch dort, wo es sich sonst um Reparaturen handelt, wirken sich Lohnregelungen entsprechend aus.

./.

Städtische Liegenschaften

Der Magistratsabteilung 57 obliegt die Verwaltung der städtischen Liegenschaften, der Stiftungsliegenschaften sowie der städtischen Gast- und Schankgewerbeberechtigungen, soweit diese nicht anderen Dienststellen vorbehalten ist.

Der Grundbesitz der Stadt Wien ist in Wien von 1,747.082,85 ar, und zwar der Alleinbesitz vom 15. November 1960, bis zum 15. November 1964 auf 1,827.621,13 ar, das ist um zirka fünf Prozent, gestiegen. Von der Gesamtfläche der Stadt umfaßt also der Grundbesitz, der von der Magistratsabteilung 57 verwaltet wird, zirka 30 Prozent von einem Gesamtgrundbesitz von 18.276 Hektar.

Um die Grundstücke rasch freimachen zu können, werden diese vielfach nur prekaristisch zur Benützung überlassen. Schwierigkeiten ergeben sich aus der Pachtschutzgesetzgebung mit den Pächtern verschiedener Grundstücke. Hier ist die Planung oft im Nachteil.

Andererseits aber ist es ein keineswegs unberechtigter Wunsch, daß seitens der Planung die landwirtschaftlichen Schutzgebiete entsprechend gesichert werden. Nur auf landwirtschaftlichen Schutzgebieten können Gärtner und Landwirte auch ihrerseits entsprechend planen, ihre Glashäuser errichten und ihren richtigen Beitrag für die Versorgung unserer Stadt erbringen.

Es ist zu hoffen, daß die Anlage Eßling - der ehemalige Habsburgerbesitz - recht bald hier den Gärtnern Wiens zur Verfügung stehen kann, die für diese Zwecke bereits eine Siedlungsgesellschaft gegründet haben. Die Stadt Wien hätte dadurch den Vorteil, in Hinkunft die Absiedlungen ohne Schwierigkeiten durchführen zu können.

Zur Verwaltungsgruppe X gehört auch die Verwaltung der meisten Gemeindegasthäuser, insbesondere jene, die durch die Eingemeindung verschiedener bisher selbständiger Gemeinden zu Wien gekommen sind. Die Verwaltung des Praters gehört hierher ebenso wie die des Rathauskellers, der derzeit in Renovierung begriffen ist, wie auch die neuen Ausflugsrestaurants, insbesondere das Bellevue, dessen Umsatz allerdings nicht den Erwartungen entspricht.

./.

Eine Zukunftsaufgabe ist das Schloßrestaurant in Laxenburg, an dem gearbeitet wird. Wir hoffen, daß es im Frühjahr 1965 dem Publikum wieder zur Verfügung stehen wird.

Die Land- und Forstwirtschaftsinspektion hat in den ersten zehn Monaten des laufenden Jahres 515, das ist rund ein Fünftel aller in Wien gelegenen land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, im Zuge von 530 Betriebskontrollen überprüft. Es ist interessant, daß hierbei 1.052 familieneigenen nur 416 familienfremde Arbeitskräfte gegenüberstanden.

Die Inspektion der Betriebseinrichtungen und Betriebsmittel im Hinblick auf die unfallsichere Beschaffenheit zeigte den Erfolg, daß immer weniger Anlaß zu Beanstandungen vorliegt. Die Anzahl der Unfälle weist zwar nur geringfügige Schwankungen auf. Es ist aber erfreulich, daß die Schwere der Unfallsfolgen eine stetige Milderung erfuhr.

Die Wiener Landwirtschaft

In der Wiener Landwirtschaft sind in 2.894 Betrieben rund 6.000 Menschen tätig. Inklusive der Betriebe der Stadt Wien werden 76,46 Quadratkilometer (7.646 Hektar) Ackerland bewirtschaftet.

Man würde es nicht glauben, daß in Wien auf 51,74 Quadratkilometer Ackerland 1963 schätzungsweise 1.400 Waggons Körnerfrucht geerntet wurden und daß weiter 410 Waggons Zucker, nicht Zuckerrüben, sondern Zucker, erzeugt worden sind.

Hingegen hat der Kuhbestand von 1.455 Stück 1963 auf 656 Milchkühe abgenommen, weil besonders in der Stadt zu wenig Personal für die Stallarbeit vorhanden ist. Trotzdem betrug die Jahresproduktion an Milch noch 2.240 Tonnen. Der Jahresverbrauch an Milch in Wien beträgt 279,552.834 Liter. Durch die Eigenproduktion werden zirka 0,9 Prozent des Gesamtbedarfes der Wiener Bevölkerung gedeckt.

Die 10,1 Quadratkilometer Gartenland aber bringen jährlich eine Gemüseproduktion von 33.000 Tonnen, das sind 3.300 Waggons, ein Faktor für die Bevölkerung der Millionenstadt Wien, der besonders für internationale Krisenzeiten nicht wegzudenken ist. Der Gesamtbedarf der Wiener Bevölkerung an Gemüse beträgt 63.120 Tonnen.

Von den zahlreichen wasserrechtlichen Angelegenheiten ist erwähnenswert, daß die Motorisierung auch 'am Wasser' fortschreitet.

./.

Wenn bei der vergangenen Budgetdebatte von 1.000 Motorbooten in Wien berichtet wurde, so haben nunmehr bereits 1.277 ihren Standort in Wien, davon 105 im öffentlichen Dienst.

Für und wider die Marktbindung

In der Marktbindung stehen stark gegensätzliche Standpunkte einander gegenüber. Diese resultieren aus grundsätzlichen Einstellungen für und wider eine solche Maßnahme und aus verschiedenen Interessentengruppen.

Es scheint notwendig, bei der Beurteilung dieser Maßnahme weder allein von Prinzipien noch auch von Interessentengruppen, sondern vom Nutzen einer solchen Maßnahme für die Versorgung der Wiener Bevölkerung auszugehen.

Die Befürworter der Marktbindung führen für diese an, daß vom Standpunkt der Veterinär-Polizei eine bessere Übersicht gegeben ist und damit auch eine bessere Kontrollmöglichkeit, ferner daß das gesamte Angebot auf den Markt kommt und dadurch eine bessere Preisbildung möglich sei.

Die Gegner der Marktbindung führen an:

1.) die einprozentige Kommissionsgebühr sowie die Kosten für das Schlachten, das zusätzliche Auf- und Abladen und zusätzliche Transportkosten verteuern das Fleisch.

2.) Durch die Schlachtung am Markt wird vielfach die Verwendung von frischem Fleisch (warmem Fleisch) für die Erzeugung der Würste verhindert.

3.) Durch die langfristigen Lieferverträge zwischen dem Fleischproduzenten, den Viehzüchtern und den Verarbeitern des Fleisches stellen sich die Vichzüchter auf eine bestimmte Qualität ein (das Schwein, das der Bauer selbst verzehrt, wird anders gefüttert, als das für den anonymen Markt bestimmte).

4.) Dadurch, daß die Marktbindung an der Grenze dieser Stadt endet, sind manche Betriebe besonders schlecht daran.

Für eine Beurteilung der Marktbindung und den unmittelbaren Nutzen für die Versorgung der Wiener Bevölkerung bieten sich die Zulieferungsergebnisse an.

Während der ersten Marktbindung, die 1962 bis 1963 eingeführt war, gab es zwar stärkere Zulieferungen, jedoch erfolgten diese teilweise infolge von zahlreichen Schlachtungen, die

./.

durch die gleichzeitig grassierende Maul- und Klauenseuche bedingt war. Weiters gab es zu dieser Zeit sowohl in Österreich als auch in der Deutschen Bundesrepublik eine starke Dürre. Infolge Futtermangels mußten zahlreiche Tiere geschlachtet werden. Dies brachte gleichzeitig ein Absinken des Exportes als auch ein Ansteigen des Inlandsangebotes.

Bei der derzeitigen Marktbindung gibt es ein zu geringes Angebot an Rindern. Dies ist darauf zurückzuführen, daß sich die übergroßen Schlachtungen während der vorerwähnten Dürre vor zwei Jahren - der sogenannte 'Kälber-Mord' - jetzt erst im Hinblick auf das Schlachtvieh auswirken und international ein zu geringes Angebot vorliegt. Weiters auch darauf, daß die Oststaaten in westlichen Ländern zum Beispiel in der Deutschen Bundesrepublik einen sehr ertragreichen Absatzmarkt gefunden haben und das Angebot auf dem österreichischen Markt nicht groß genug ist.

Auf dem Sektor der Schweine ist das Angebot gestiegen. Hier ist nicht nur das ausländische Angebot etwas besser, sondern auch die inländische Schweineaufzucht, die bekanntlich viel rascher vor sich geht als die der Rinder, hat sich gebessert. Wir haben zwar noch lange nicht den sogenannten 'Schweine-Berg', aber die Versorgung ist schon bedeutend günstiger.

So kann man die Marktsituation völlig unabhängig von der Marktbindung erklären, die nach dieser Argumentation, die ziemlich einleuchtend erscheint, praktisch keinen Einfluß ausübt.

Eine exakte und genaue Beurteilung der Folgen der Marktbindung erscheint nach dem derzeitigen Stand schwer möglich. Die angeführten Argumente sprechen aber eher dafür, daß die Marktbindung für den Konsumenten kaum eine Erleichterung bedeutet. Meine persönliche Ansicht ist, daß die Marktbindung - wie immer man zu ihr aus grundsätzlichen und praktischen Erwägungen stehen mag - als eine halbe Maßnahme wirkungslos bleibt und sozusagen die Nachteile zweier Wirtschaftssysteme in sich vereinigt, solange es sich um eine Maßnahme handelt, die nicht für ein geschlossenes Wirtschaftsgebiet angewandt wird.

Auch an diesem Beispiel müssen wir uns wieder darüber klar sein, daß die 'Region Wien' nicht an den Grenzen Wiens endet. Es erscheint kaum möglich, wirtschaftspolitische Maßnahmen einer solchen Art allein für Wien zu treffen, weil man dadurch den

./.

Wiener Betrieben Nachteile aufbürdet, die die Betriebe wenige Kilometer weiter nicht haben und auch die Überwachbarkeit außerordentlich erschwert. Weiters erscheint es auch unwirksam, solche Maßnahmen kurzfristig abzuwechseln. Auch das führt wiederum dazu, daß man die Nachteile beider Wirtschaftssysteme miteinander kombiniert.

Also abgesehen von der Frage, ob eine Marktbindung überhaupt zweckmäßig ist, halte ich sie unter den gegebenen Umständen lediglich für eine Alibi-Maßnahme, die dem Konsumenten zeigt, daß man bemüht ist, etwas zu tun, der praktische Nutzen sich aber nicht einstellt.

Kann man die Preise beeinflussen?

Überprüfen wir einmal am Beispiel der Fleischpreise, welche Möglichkeiten im allgemeinen zur Einflußnahme auf die Preise bestehen. Dies auch am Beispiel aus anderen Gebieten. Welche Möglichkeiten bestehen zur Einflußnahme auf die Preise?

1.) Wir haben amtliche Preisregelungen, die gleichzeitig hohe Stützungsbeträge aus Steuermitteln erfordern.

2.) Maßnahmen, wie sie kürzlich der Finanzminister durch Zollbegünstigungen traf, die bei einer Reihe von Waren Preisermäßigungen mit sich brachten.

3. Forcierung von Einfuhren, um den Preis im Inland zu drücken. Diese Einfuhren finden wie erwähnt ihre Grenze darin, daß sehr kaufkräftige Staaten - wie zum Beispiel die Deutsche Bundesrepublik - auf dem Weltmarkt als preissteigernde Konkurrenz auftreten. Das Stabilisierungsprogramm will diese Möglichkeit nutzen.

4.) Weiters führt auch bei den Lebensmitteln, die nicht subventioniert sind und der freien Preisbildung unterliegen, das Marktamt der Stadt Wien laufend Überprüfungen und Preiskontrollen durch. Dies auf Grund der Bestimmungen des Preisregelungs- und des Preistreibereigesetzes.

Sind Preise als 'offenbar übermäßiges Entgelt' anzusehen, so können sie beanstandet werden. In jedem einzelnen Fall muß geprüft werden, ob ein gefordertes Entgelt den Preis erheblich überschreitet, der für Bedarfsgegenstände der gleichen Art und Beschaffenheit am Ort des Verkaufs. im ordentlichen Geschäfts-

./.

verkehr jeweils üblich ist. Unter anderem konnte laut Bericht des Marktamtes festgestellt werden, daß die Handelsfirmen die gewährten Zollbegünstigungen in allen Handelsstufen dem Verbraucher als Preissenkung weitergegeben haben.

Sogenannte "Gusto-Stückln"

Bei den Fleischpreisen ist es ein preiserhöhender Faktor, daß die sogenannten 'Gusto-Stückln' der verschiedenen Tiere nur einen kleinen Teil des Lebendgewichtes beziehungsweise auch des Fleisches, das aus der Schlachtausbeute gewonnen wird, darstellen. Dieser geringe Teil an sogenannten Gusto-Stückln trägt immer die ganze Preiserhöhung und erscheint als Kennzeichen der Preiserhöhung, während anderes auf den Märkten schwer verkäuflich ist.

Steigende Fleischpreise führten schon im Jahre 1951 einmal dazu, daß die Fleischhauer selbst den Konsumenten einen teilweisen Käuferstreik empfohlen haben, um die Fleischpreise zu drücken. Genützt hat es nichts. Im vergangenen Sommer und im Herbst kam es wieder zu den bekannten Fleischpreissteigerungen. Alle die Maßnahmen, die ich eben geschildert habe, blieben praktisch wirkungslos und wieder haben die Verarbeiter, haben die Fleischhauer an seine Majestät den Kunden appelliert. Neben einer Probezerfällung, die zeigen sollte, wie wenig an Gusto-Stückln von einem Rind und einem Schwein anfällt, wurden Rezepte ausgegeben und ein Probekosten veranstaltet, um einen gezielten Einkauf der Hausfrau zu erleichtern.

Das Marktamt bemüht sich durch umfangreiche Wochenberichte die Marktsituation der breiten Öffentlichkeit bekannt zu geben. Leider Gottes werden diese wichtigen Hinweise für den Konsumenten viel zu wenig beachtet. Die Erhebungen der Preise durch das Marktamt werden bei standortgebundenen Betrieben in allen Bezirken Wiens - zum Beispiel für die Preise für sämtliche Fleisch- und Wurstwaren in zehn Prozent aller Wiener Fleischerbetriebe - vorgenommen. Sorgfältig ausgewählte Unternehmen geben ein objektives Bild.

./.

Die Lebensmittelpolizei

Die Lebensmittelpolizei führt ihre Voruntersuchungen in Form von Qualitätsprüfungen von Brot, Gebäck, Wurstwaren, Wein, Pilzen sowie von diversen Lebens- und Genußmitteln durch, von denen Proben sowohl in einzelnen Betrieben als auch bei Importen gezogen werden. Wenn Verdachtsmomente vorliegen, werden diese Proben an die Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung übersandt.

Große Schwierigkeiten bereitet es dabei, daß der Lebensmittel-Codex noch immer nicht novelliert ist. Die Codexkommission arbeitet seit Jahren nicht mehr, eine Reihe ihrer Mitglieder ist bereits verstorben, und am 22. Februar 1963 hat sie sich auf unbestimmte Zeit vertagt. Wir arbeiten also auf einer gesetzlichen Basis, die aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg stammt und vielfach überholt ist.

Leider haben wir auch noch immer keine Hygieneverordnung. Bei der derzeitigen Rechtslage muß man erst nachweisen, daß Lebensmittel verdorben oder verschmutzt sind. Wenn man bei der Lagerung oder im Verkaufslokal Unzulänglichkeiten, Unreinlichkeiten oder Verschmutzungen feststellt, kann die Behörde noch lange nicht einschreiten. Wenn Kartoffel und Mehl längere Zeit miteinander in Kontakt kommen, wo sich die Kartoffel noch im Rohzustand befindet, kann man nach der derzeitigen Lage faktisch nichts dagegen tun. Ebenso kann man nichts dagegen tun, wenn Waren so daliegen, daß jeder darauf niest oder sie anhustet.

Auch die Folgen von etwaigen Atomversuchen werden überprüft. Um eine allfällige radioaktive Verseuchung bei Gemüse, Obst oder Kartoffeln festzustellen, werden Proben aus mehreren Anbaugebieten gezogen und zu einer radiologischen Untersuchung geschickt.

Im Sinne des Lebensmittelgesetzes wird auch die Verwendung bestimmter Kunststoffe zur Herstellung von Geschirr und Geräten für den Lebensmittelverkehr und anderes mehr überprüft. Ebenso werden Erhebungen bei Heil- und Tafelwässern, bei Kosmetikas durchgeführt.

./.

Es kamen fallweise Präparate in den Verkehr, die als verfälscht, falsch bezeichnet oder als gesundheitsschädlich beanstandet waren.

Neue Märkte

Wesentlich ist aber nicht nur die Kontrolle des Verkaufes, sondern auch, daß die Waren auf ansprechenden Märkten dargeboten werden. So betreffen Investitionen des Budgets die teilweise Erneuerung der Marktflächen am Simmeringer Markt und am Nußdorfer Markt. Auch in verschiedenen Objekten der Großmarkthalle sind Instandsetzungsarbeiten vorgesehen.

Die Errichtung von Neumärkten ist vor allem dort vorgesehen, wo in den Randgebieten der Stadt eine große Anzahl von neuen Wohnvierteln entstand. Das vordringlichste Projekt ist die Errichtung eines Lebensmittelkleinmarktes auf dem Nothnagelplatz im 10. Bezirk. Als erste Baustufe sollen 24 feste Marktstände entstehen, mit einem Landparteienplatz, Lieferstraßen und Marktplätzen. Die Vergrößerung auf das Doppelte wird angestrebt. Sonst steht die Fertigstellung des Umbaues des Hannovermarktes im 20. Bezirk, ein Markt auf dem Obergfellplatz im 21. Bezirk und im neu zu schaffenden Bezirkszentrum Kagran im 22. Bezirk sowie der Umbau der Markthalle im 9. Bezirk im Vordergrund.

Eine allgemeine Untersuchung soll die Notwendigkeit beziehungsweise die Zweckmäßigkeit von neuen Märkten feststellen. Dies soll sowohl dem Konsumenten nützen, ohne andere Einkaufsmöglichkeiten zum Erliegen zu bringen oder zu schädigen. Im Zusammenhang mit den Untersuchungen soll auch das fernere Schicksal des Kleinmarktes am Naschmarkt untersucht werden, wie auch die Betriebe in der Umgebung des Wiener Naschmarktes, die funktionsmäßig dem Markt zugehören.

Zum Marktamt gehören auch die Gelegenheitsmärkte. Der Christkindlmarkt mit seiner reichen Tradition - er wurde im Jahre 1601 aus verkehrstechnischen Gründen das erstemal verlegt - ist in diesem Jahr in der Kalvarienberggasse und am St. Bartholomäus-Platz im 17. Bezirk untergebracht. Ein Projekt, den Markt auf dem Teilstück der unbenannten Straße zwischen Bellaria und Ballhausplatz unterzubringen, steht in Prüfung.

Bevor ich zu der brennenden Frage des Großmarktes komme, möchte ich noch folgendes erwähnen: Die Höhe der Eingänge an Marktgebühren ist vom Ausmaß der Marktbeschickung und vom Umfang

./.

der Marktbenützung abhängig. Für das Jahr 1964 war ein Ansatz von 15,730.000 Schilling genehmigt. Er wird aber voraussichtlich nicht erreicht werden. Darum wurde der Ansatz für das Jahr 1965 etwas niedriger mit 15,500.000 Schilling angenommen.

1965 ist ein Betriebsabgang von rund 38 Millionen Schilling zu erwarten. Er ist seit dem Jahre 1953 um das Sechsfache gestiegen und wir bemühen uns damit, einen Beitrag zur Preisstabilität zu leisten.

Großmarktplanung: Der Elefant am Elefantenhaar

Im Budget finden Sie einen Betrag von einer Million Schilling. Diese Million ist sozusagen ein Elefantenhaar. An diesem Haar hängt noch ein Schwanzerl von einigen weiteren Millionen, die uns die Vorbereitung dieses Großmarktes kosten wird. Damit ist es aber natürlich nicht getan, letztlich hängt an diesem Elefantenhaar von einer Million noch ein ganzer Elefant dran, der nach den seinerzeitigen Mitteilungen des Herrn Bürgermeisters ungefähr eine Milliarde für den neuen Zentralgroßmarkt ausmachen wird.

Am 11. März 1963 wurde das erste Ergebnis der Planungskommission, die unter Vorsitz von Hofrat Nechradola getagt hat, der Stadtbauamtsdirektion übermittelt. Am 6. August 1964 erfolgte durch die Magistratsabteilung 23 der Auftrag für die Ausarbeitung einer Grundsatzstudie und eines Funktionsplanes für die technologische und bauliche Planung des Zentralgroßmarktes sowie des Schlacht- und Viehhofes St. Marx. Anfang November hat das Planungsbüro des Bauringes ihre Pläne geliefert, die mit einiger Verspätung auch zu mir gelangten.

Die Planungsvorschläge der Interconstruct weichen wesentlich von den Vorschlägen ab, die seinerzeit von der Planungskommission erstellt wurden. Das Hauptargument dafür liegt darin, daß nach diesen Vorschlägen raschestens zu bauen begonnen werden kann, während nach der bisherigen Planung die Verlegung des Großmarktes vom Naschmarkt erst nach der Fertigstellung des Viehmarktes und der Schlachthöfe erfolgen könnte.

Dies ist ein sehr schwerwiegendes Argument, denn der Großmarkt am Naschmarkt ist schon im Zusammenhang mit der Schnellverkehrsstraße nicht möglich. Außerdem würde ein Weiterführen des Großmarktes am Naschmarkt praktisch die einzelnen Großhandelsbetriebe dazu zwingen, ihre Verkaufsstätten vom Naschmarkt wegzu-

./.

legen, weil dort ein geordneter Marktverkehr - schon aus verkehrstechnischen Gründen - kaum mehr möglich ist. Daß sich daneben am Matzleinsdorfer Bahnhof ein Nebenmarkt gebildet hat, wurde schon wiederholt erwähnt - kurz, die ehebaldigste Verlegung des Großmarktes am Naschmarkt ist von wesentlicher Bedeutung.

Trotzdem aber ist es bei einem Milliardenprojekt von grundlegender Bedeutung, daß richtig geplant wird. Derzeit bestehen gegen das vorliegende Projekt weitgehende Einwendungen seitens der Benützer des Blumenmarktes, aber auch des Viktualienmarktes.

Ich bin persönlich der Meinung, daß eine Debatte über diese Fragen der Planung von allen Benützern und allen, die etwas dazu zu sagen haben, von größter Bedeutung ist. Es wäre unverzeihlich, hier sehr große Geldmittel zu investieren und dabei wesentliche Meinungen der Fachleute, aber auch der Laien, vor allem aber der Benützer überhört zu haben.

Sicher wird es nicht zu vermeiden sein, daß auch der eine oder der andere Querulant etwas dazu zu sagen hat. Aber es ist besser, den einen oder den anderen noch zusätzlich und vielleicht umsonst anhören zu müssen, als vielleicht etwas Wichtiges und späterhin Kostspieliges zu überhören. Freilich die Methode, ein solches Projekt im stillen Kämmerlein auszuarbeiten und dann vorzulegen, ist manchem weniger lästig.

Neue Argumente kommen aber dann schlecht an, weil man etwas sozusagen Fertiges wieder neu beginnen muß und weil man in diesem Zusammenhang immer wieder das Argument der Verzögerung anwenden könnte.

Um hier alle Argumente zu sammeln, wollte ich mich schon im Stadium der Vorplanung nach der Erteilung des Auftrages an die Interconstruct einschalten. Dies wurde aber abgelehnt, weil man nicht wünschte, daß etwas vorzeitig in die Presse komme. Im übrigen wäre der Auftrag eine Sache der Magistratsabteilung der Verwaltungsgruppe VI, die den Auftrag vergibt, wenn er auch in der Verwaltungsgruppe X budgetiert ist. Ich war nicht der Meinung, daß das die richtige Form der Zusammenarbeit ist, denn wenn schon zwischen politischen Gegenspielern eine Zusammenarbeit möglich ist, so müßte sie doch auch zwischen Verwaltungsgruppen und Magistratsabteilungen möglich sein.

./.

Nun ergibt sich diese Diskussion der verschiedenen Standpunkte, nachdem das Vorprojekt vorgelegt wird. Diese Diskussion kostet natürlich Zeit, die wir vielleicht schon durch eine frühere Prüfung verschiedener Argumente hätten einsparen können. Neben der Diskussion bin ich aber der Meinung, daß die verschiedenen Argumente gewogen, mit anderen Worten, gerechnet werden müssen.

Ich bin der Meinung, daß ein solches Milliardenprojekt der Stadt nicht nur von bautechnischen Gesichtspunkten und vom Standpunkt der daran beteiligten Magistratsabteilungen aus beurteilt werden kann. Freilich wir haben dann das sogenannte Begutachtungsverfahren durch die Marktbenützer, durch die Kammerorganisation. Aber auch schon vor einem solchen Begutachtungsverfahren erscheint es mir wichtig, den Betriebsablauf vom Standpunkt der Marktbenützer, also der Käufer oder der Verkäufer durchzudenken.

Betriebswirtschaftliche Untersuchungen unerläßlich

Die Stadt Wien ist hier in der Lage eines Geschäftsmannes, der seinen Kunden Dienste anbietet. Jeder Geschäftsmann versucht sich, bevor er sein Verkaufsangebot beziehungsweise sein Dienstleistungsangebot erstellt, in die Ansprüche der künftigen Kunden hineinzudenken. Denn er fragt sich mit Recht, ob das Publikum seine Dienste auch annehmen wird.

Wenn nun die Stadt Anlagen für öffentliche Dienste aus Steuermitteln um Milliardenbeträge errichtet, so muß dies umso mehr der Fall sein. Denn jeder Fehler, der hier gemacht würde, bringt nicht nur den Benützern der Märkte späterhin tägliche Unbequemlichkeiten mit sich. Denn letztlich verteuert er das Marktgeschehen zu Lasten aller Konsumenten. Jeder Fehler in der Investition wirkt sich nämlich durch tägliche oder jahrzehntelange Wiederholung schließlich in Beträgen aus, die die Investitionen bedeutend übersteigen können und damit schließlich das Sozialprodukt aller Wiener mindern.

./.

Darum halte ich betriebswirtschaftliche Untersuchungen, wie sich die Marktplanung auf die konkrete Benützung der Märkte durch Käufer und Verkäufer auswirken, für unerläßlich. Solche Ziffern und solche Untersuchungen liefern erst die Grundlage für eine demokratische Diskussion. Dadurch kann man die Diskussion sachlicher gestalten. Auf keinen Fall wollen wir aber mit dieser Diskussion Schluß machen, wenn sie uns unbequem zu werden scheint. Jedenfalls freue ich mich, daß die Frage des Großmarktes nun endlich in Schwung gekommen ist, und werde gerne alles dazu tun, daß sie möglichst bald einer befriedigenden Lösung zugeführt wird.

Die Pläne für das "neue St. Marx"

Eine dringende Notwendigkeit stellt der Bau einer neuen Großmarktanlage auch für die Schlachthöfe, für den Viehmarkt und für den Fleischgroßmarkt dar. Sind doch die Anlagen sowohl in St. Marx als auch die Großmarkthalle rund 100 Jahre alt. Man merkt es nicht nur am Aussehen, an den ganzen Schwierigkeiten, über die schon im vergangenen Jahr ausführlich gesprochen wurde, angefangen vom Parkplatz bis zur sonstigen Abwicklung. Man merkt es vor allem an der Unwirtschaftlichkeit. Man hat das ja auch in verschiedenen Radio- und Fernsehsendungen überdeutlich vorgesetzt bekommen.

Seit Jahren werden deshalb auch sowohl in St. Marx als auch in der Großmarkthalle nur mehr die unbedingt notwendigen Instandhaltungsarbeiten gemacht. Dies muß wirtschaftlich von Seiten einer sparsamen Finanzverwaltung vertreten werden, ist aber im äußeren Ansehen gegenüber Käufern, Benützern und teilweise den dort Beschäftigten kaum zu vertreten.

Nun liegen die Pläne für den neuen Viehmarkt, den Fleischmarkt und die Schlachthäuser vor. Sie wurden unter Mitwirkung internationaler Fachleute erstellt und sollen in Kürze ebenso der allgemeinen Überprüfung durch die künftigen Benützer unterzogen werden. Vorinformationen dieser künftigen Benützer haben bereits begonnen.

Inzwischen wurde nicht versäumt, alle diejenigen technischen Verbesserungen durchzuführen, die jetzt schon - ohne spätere Verluste bei der Erbauung des Großmarktes - durchgeführt werden können. Dies betrifft die schon in den vergangenen Jahren angeschafften und jetzt vermehrten Kärchergeräte zur besseren Reinigung der

./.

Schlachthäuser, betrifft aber vor allem die neue Schlachtstraße, auf der am 10. Dezember bereits eine Probeschlachtung von zehn Rindern durchgeführt werden konnte. Es konnte dabei festgestellt werden, daß die gesamte technische Einrichtung klaglos und zur vollsten Zufriedenheit funktionierte. Auch verschiedene hygienische Einrichtungen haben sich bewährt. Ich hoffe, daß diese Einrichtung bereits in den ersten Monaten des kommenden Jahres dem Ausschuß vorgeführt werden kann und daß innerhalb des ersten Halbjahres 1965 mit dem vollen Einsatz zu rechnen ist.

Die Schaffung vorbildlicher Markt- und Schlachthofeinrichtungen ist nicht zuletzt deshalb von Bedeutung, weil die Streitfragen Schlachthofzwang, Marktbindung usw. ja auch von der Seite gesehen werden können, wie attraktiv man die Markt- und Schlachthofeinrichtungen für diejenigen macht, die sie benützen sollen.

Veterinärwesen

Im Veterinärwesen erwies sich die Zusammenlegung der Veterinäramtsabteilungen der Bezirke mit anderen Rationalisierungsmaßnahmen als Erfolg. Ein langjähriger Wunsch des Veterinäramtes, wonach alle Wiener Wiederkäuer gegen Maul- und Klauenseuche geimpft werden sollten, wurde vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft erfüllt. Im Dezember werden von den Amtstierärzten rund 1.800 Rinder und zirka 500 Schafe und Ziegen auf Kosten des Staatsschatzes geimpft.

Da zunehmend Rohwürste und andere Fleischwaren verzehrt und eingeführt werden, gewinnt die Trichinenbeschau besondere Bedeutung. Auch die Überbeschau, das ist die nochmalige Beschau der Tiere, die auswärts von Wien geschlachtet wurden, gewinnt zunehmend an Bedeutung.

Im Rahmen der veterinärpolizeilichen Überwachung der Milchmeiereien werden zur Zeit monatlich 348 Kühe in den Beständen der Milchmeier klinisch untersucht. Für verschiedene dieser Dienste werden zusätzlich Kräfte nötig sein, so insbesondere eine Erhöhung der Zahl der Trichinenbeschauer.

So gibt es in der Verwaltungsgruppe X unter den großen Problemen, die weit in die Planung unserer Stadt und in jeden einzelnen Haushalt hineinreichen, auch eine Reihe von Tätigkeiten, die alltäglich und unbemerkt sich vollziehen."

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

\- - -

Die Budgetberatungen im Rathaus:

Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

18. Dezember (RK) Als zweite Verwaltungsgruppe am heutigen sechsten Tag der Budgetberatungen wurde die Gruppe XI (Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten) behandelt. Stadtrat Rudolf Sigmund (SPÖ) referierte:

"Für die Verwaltungsgruppe XI, Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, die die Magistratsabteilungen 61 bis 66 und 68 bis 70 umfaßt, sind für 1965 385,986.500 Schilling in Ansatz gebracht. Dabei wird die Feuerwehr betriebsmäßig verrechnet, das heißt, der Aufwand für das Personal ist im Ansatz für die Feuerwehr enthalten, während bei den übrigen Magistratsabteilungen nur der Sachaufwand im Voranschlag aufgenommen wurde.

'Von der Wiege bis zur Bahre..."

Mit den Angelegenheiten des Staatsbürgerschafts- und des Personenstandswesens ist die Magistratsabteilung 61 betraut. Ihr gehören auch die Wiener Standesämter an. Sie zählt zu den Dienststellen des Magistrats, die einen sehr starken Kontakt mit der Bevölkerung haben. Rund 150.000 Personen sprechen jährlich bei dieser Abteilung vor.

Gegenüber 1955 haben die Eheschließungen um 1.596, das sind 13 Prozent, die Geburten um 8.049, das sind 61 Prozent, und die Sterbefälle um 1.636 Fälle, das sind sieben Prozent, zugenommen. Gegenüber dem Vorjahr ist nur mehr die Zahl der Eheschließungen steigend; die Geburten sind gegenüber 1963 um 2,6 Prozent, die Sterbefälle um 2,2 Prozent abgesunken. Ein besonders schwieriges Kapitel in der Arbeit der Standesämter und der Aufsichtsbehörde sind die Fälle mit Auslandsberührung, Fälle, die nach internationalem Privat- und Verwaltungsrecht zu beurteilen sind. Die Besonderheit liegt darin, daß hier nicht ausschließlich österreichisches Recht anzuwenden ist, sondern auch ausländisches. Diese Angelegenheiten zählen rechtlich zu den schwierigsten und stellen die Behörde oft vor fast unlösbare Aufgaben. Die Zahl dieser Fälle steigt in dem Maße, in dem die Zahl der ausländischen Gäste in Wien zunimmt. Dadurch heiraten immer mehr Ausländer vor Wiener Standesämtern und sind auch immer mehr Geburten zu beurkunden, bei denen ein Elternteil Ausländer ist.

./.

Der letzte Weltkrieg zeigt auf dem Gebiet des Personenstandsrechtes seine Auswirkungen. So befanden sich beim Bundesministerium für Inneres zu Beginn des Jahres 1964 zehntausend Kriegssterbefälle, die in die Sterbebücher eingetragen werden müssen. Die Eintragung ist aber noch von ergänzenden Erhebungen, wie Zeugeneinvernahmen und dergleichen abhängig, die von den Standesämtern durchzuführen sind. Eine starke Zunahme hat die Beurkundung von im Ausland erfolgten Eheschließungen nach § 41 des Personenstandsgesetzes zu verzeichnen.

Eine steigende Tendenz ist auch bei den Namensänderungen durch behördlichen Verwaltungsakt festzustellen. So wurden in diesem Jahr bisher 114 Fälle aufrecht erledigt.-

Der Arbeitsaufwand pro ausgestelltem Staatsbürgerschaftsnachweis wird von Jahr zu Jahr größer, weil die notwendigen Erhebungen, Einvernahmen und Nachtragungen, die zur Uberprüfung des tatsächlichen Staatsbürgerschaftsbesitzes erforderlich sind, immer schwieriger werden, je größer der Abstand vom gesetzlichen Stichtag, dem 13. März 1938, wird.

Seit 1945 bis 30. November 1964 wurden in Wien 97.881 Einbürgerungsansuchen und Staatsbürgerschaftserklärungen aufrecht erledigt. Die Zahl der Einbürgerungen sank von 658 im Jahre 1963 auf 579 im Jahre 1964. Der Personenkreis der Einbürgerungswerber ist ein anderer geworden. Waren es seinerzeit vor allem Volksdeutsche, denen auf schnellstem Wege eine Eingliederung in den Staatsverband ermöglicht werden sollte, so ist heute eine genauere Prüfung jedes einzelnen Einbürgerungswerbers notwendig. Die meisten der Einbürgerungswerber, denen die Staatsbürgerschaft verliehen wird, sind Flüchtlinge im Sinne der Menschenrechtskonvention. Diesen Flüchtlingen wird durch die Einbürgerung auch in rechtlicher Hinsicht eine neue Heimat gegeben und so ihre vollkommene Eingliederung in Österreich ermöglicht.

Viel Arbeit muß für die Feststellung der Staatsbürgerschaft in Zweifelsfällen aufgewendet werden.

Das Aufgabengebiet der Magistratsabteilung 62 umfaßt Wahlen, Polizeiwesen, Vereine und Verschiedenes. Die Umstellung der Sprengelkartei der Wählerevidenz auf Lochkarten wurde im Frühjahr abgeschlossen.

./.

Dadurch war es möglich, das Wählerverzeichnis für die Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen zur Gänze auf maschinellem Wege herzustellen. Die sonst durch die Verwendung zahlreicher Schreibkräfte der magistratischen Dienststellen eingetretene Störung des Dienstbetriebes konnte deshalb vermieden werden.

Im Zusammenhang mit der Gemeinderatswahl wurde die Wiener Gemeindewahlordnung der Rechtslage nach dem Wählerevidenzgesetz angepaßt. Da durch ein Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes die Verfassungsmäßigkeit der aus dem Jahre 1949 stammenden Gemeindewahlordnung in Frage gestellt war, erfolgte die Anpassung nicht in Form einer Novelle zur bestehenden Gemeindewahlordnung, sondern auf die Weise, daß das Gesetz als ganzes neu beschlossen und mit seinem Inkrafttreten am 17. August 1964 die bisher in Geltung gestandene Gemeindewahlordnung außer Kraft gesetzt wurde.

Im übrigen wird das Statistische Amt der Stadt Wien wie bei früheren Wahlen die Ergebnisse der Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen mit allen Aufgliederungen und mit entsprechenden Vergleichszahlen in einer Broschüre zusammenfassen, mit deren Erscheinen bis zur Mitte des kommenden Jahres gerechnet werden kann.

Auf dem Gebiet des Polizeiwesens ist die Magistratsabteilung 62 unter anderem in Vereinsangelegenheiten tätig. Seit Beginn des Jahres 1964 bis Ende November wurden 289 Vereinsanmeldungen, 266 Statuten- und Namensänderungen und 376 freiwillige Vereinsauflösungen und Löschungen behandelt. In 221 Fällen wurden Vereine behördlich aufgelöst, meistens wegen Einstellung der Vereinstätigkeit. Derzeit bestehen in Wien rund 7.700 Vereine als aufrecht gemeldet, wovon die größte Gruppe mit mehr als 1.600 Vereinen die Sparvereine bilden. Daneben gibt es in Wien noch 1240 Turn- und Sportvereine sowie etwa 900 Vereine, die sich auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet betätigen.

Gewerbe- und Zivilrechtswesen

Das Gewerberecht fällt in die Kompetenz der Magistratsabteilung 63.

Im Hinblick auf die geplante Neugestaltung des Gewerberechtes sind im Jahr 1964 auf diesem Rechtsgebiet keine bedeutsamen legislativen Maßnahmen getroffen worden.

./.

Zu erwähnen ist jedoch die Ladenschluß-Gesetz-Novelle vom 17. Juli 1964, BGBl. Nr. 203. Diese Novelle ist vor allem für die anderen Bundesländer von Bedeutung. Es wird darin auch der Landeshauptmann ermächtigt, für den 24. und 31. Dezember einen früheren Ladenschluß festzulegen. Von dieser Bestimmung wird auch in Wien für heuer Gebrauch gemacht werden.

In Wien gibt es derzeit 320 Realgewerbe. Von diesen jahrhunderte alten Realgewerben werden viele schon lange nicht mehr ausgeübt und nicht wenige dieser Rechte beziehen sich auf Tätigkeiten, die im heutigen Wirtschaftsleben nicht mehr vorkommen (zum Beispiel Wasserer, Fütterer, Bratelbrater). Im Interesse einer Bestandsaufnahme und zur Bereinigung dieser Materie wurde heuer eine Überprüfung aller Realgewerberechte in die Wege geleitet.

Bei Besprechung des Aufgabenkreises der Magistratsabteilung 64 muß bei Vergleich der Agenden mit den vergangenen Jahren festgestellt werden, daß infolge organisatorischer Änderungen die Zuständigkeit zur Entscheidung über Berufungen in administrativen Bauangelegenheiten an die Magistratsdirektion abgegeben wurde.

Auf legistischem Gebiet beschäftigt sich die Magistratsabteilung 64 mit der Vorbereitung und Ausarbeitung von Gesetzesentwürfen und mit Stellungnahmen zu einzelnen Bundesgesetzen. So wurde eine Novelle zum Wiener Garagengesetz ausgearbeitet, die nunmehr nach Einlangen der einzelnen Stellungnahmen der Bundesdienststellen bzw. der Kammern dem Wiener Landtag vorgelegt werden wird. Über Anregung der Wiener Stadtbauamtsdirektion wurde die Bauordnung für Wien einer Überprüfung unterzogen, die zwangsläufig längere Zeit dauerte, da auf Grund des Vorschlages der Stadtbauamtsdirektion wesentliche Abänderungen mit weitgehendsten Auswirkungen erfolgen sollen. Auf Grund des Flugzeugabsturzes über der Josefstadt wurde über Auftrag des Herrn Bürgermeisters dem Bundesministerium für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft eine Novellierung der Luftverkehrsregelung vorgeschlagen. Obwohl den Wünschen des Landes Wien nicht hundertprozentig Rechnung getragen wurde, konnte doch unter anderem eine Erhöhung der Mindestflughöhe von 300 auf 800 Meter südlich der Donau und 600 Meter nördlich der Donau sowie eine räumliche Ausdehnung des Flugbeschränkungsgebietes erreicht werden.

./.

Weiter sind einige sehr umfangreiche Gesetzesvorbereitungen im Gang. So wurde die Ausarbeitung einer zeitgemäßen Novelle zum Wiener Gasgesetz vorbereitet, die in absehbarer Zeit dem Wiener Landtag zur Beschlußfassung vorgelegt werden wird. Des weiteren wird eine zusammenfassende gesetzliche Regelung des Straßenerhaltungs- und Verwaltungswesens ins Auge gefaßt. Auch hier wurden umfangreiche Besprechungen durchgeführt. Auch sei hier auf die äußerst wichtigen Kompetenzen in Elektrizitäts-, Luftfahrts-, Eisenbahn- und Ersatzvornahmesachen, weiter auf die Zuständigkeit zur Genehmigung von Grundabteilungen - hier allein etwa 2.000 Fälle im Jahr -, zur Durchführung von Enteignungsverfahren und zur Erteilung von Baubewilligungen bei Bundesbauten hingewiesen.

Die Magistratsabteilung 65 - Zivilrechtsangelegenheiten - ist gleichsam die Rechtsanwaltskanzlei der Stadt Wien und hat dementsprechend alle jene Aufgaben zu besorgen, die üblicherweise in den Arbeitsbereich einer Rechtsanwaltskanzlei fallen. Sie hat die Stadt Wien in zivilgerichtlichen und strafgerichtlichen Verfahren sowie vor Verwaltungsbehörden, zum Beispiel vor der Wasserrechtsbehörde oder in Patronatssachen vor der Kultusbehörde zu vertreten und nicht zuletzt, wie jede Notariatskanzlei, Verträge zu beurkunden.

Das Bild einer Stadt in Zahlen

Wie jedes Jahr, haben Sie, meine Damen und Herren, bereits das Jahrbuch der Stadt Wien erhalten, für das das Statistische Amt der Stadt Wien verantwortlich zeichnet. Mit Ende 1963 hatte Wien eine Wohnbevölkerung von 1,636.745 Personen. Mit Ende Oktober 1964 konnten wir 1,639.863 Personen in Wien zählen; das bedeutet eine Zunahme von 0,2 Prozent. An Lebendgeborenen wurden von November bis Oktober 20.001 gezählt, das bedeutet eine Abnahme gegenüber dem Vorjahr von 0,8 Prozent. Frau Stadtrat Jacobi hat auf die Ursachen der geburtenschwächeren Jahrgänge der jungen Mütter bereits hingewiesen. Erfreulicherweise sind aber im gleichen Zeitraum auch die Sterbefälle von 26.120 auf 25.795, in Prozenten um 1,2 Prozent, zurückgegangen. Der Wanderungsüberschuß beträgt im Berichtsjahr 29.025, oder ein Plus von 16,6 Prozent.

./.

Die Ausländerübernachtungen sind von 1,970.910 auf 2,208.635 oder um 12,1 Prozent gestiegen. Aus den Oststaaten konnten wir 1962 78.157 Besucher begrüßen. 1963 waren es bereits 111.365 und 1964 besuchten uns 153.107 Reisegesellschaften und Einzelreisende aus dem Osten. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 37,5 Prozent. Und nun einige Worte zur Verkehrsentwicklung in Wien. Mit Ende Oktober 1964 betrug der Kraftfahrzeugbestand in unserer Stadt 273.174. Das bedeutet eine Zunahme um 6,3 Prozent. Die sinkende Tendenz bei Motorrädern hält weiter an. So ging die Zahl von 34.827 auf 31.901, das ist um 8,4 Prozent weniger, zurück. Aber erstmalig konnten wir auch eine rückläufige Tendenz bei Mopeds feststellen. Heuer wurden nur mehr 40.014, das ist um 1,1 Prozent weniger, gezählt. Auch die Aufwärtsentwicklung bei Personenkraftwagen ist leicht zurückgegangen. Ende Oktober gab es in Wien 209.373 Personenkraftwagen. Das ist eine Steigerung von 9,3 Prozent, während im Jahre 1962 die Steigerung 12,1 Prozent betrug. Die Verkehrsunfälle sind von 13.890 auf 13.871, das ist um 0,1 Prozent, zurückgegangen. Die Verkehrsunfälle mit Personenschaden haben bedauerlicherweise von 7.102 auf 7.489, das heißt um 5,4 Prozent zugenommen. Mit tiefer Erschütterung habe ich jedoch dem Wiener Gemeinderat mitzuteilen, daß die Verkehrsunfälle mit tödlichem Ausgang sich von 178 auf 216, also um 22,7 Prozent vermehrt haben. Gerade bei diesen Zahlen zeigt es sich am besten, daß die beste Verkehrsplanung, die größtmögliche Sicherheit bei der Konstruktion der Personenkraftwagen zweitrangig bleiben, und daß es lediglich auf den Lenker, also den Menschen, eines Fahrzeuges ankommt. Bedauerlicherweise muß ich hier feststellen, daß in diesen Zahlen der Alkohol eine nicht unwesentliche Rolle spielt.

Die Grundstückspolitik der Stadt Wien

Der Grundbedarf einer Millionenstadt ist so vielfältig, daß ich nur einige der wichtigsten Ankaufsgründe aufzählen kann. Im Vordergrund steht die Erwerbung von Bauland für die Wohnbautätigkeit. Dann werden Gründe für die Assanierung, für die Verkehrsplanung, für Straßenneubauten und Straßenregulierungen, für Schulen, Sport- und Spielplätze, für Gartenanlagen, Wasserleitungen, für Fluß- und Bachregulierungen, für die Sicherung des Wald- und Wiesengürtels und für die Erweiterung von Friedhöfen benötigt. Im Sinne dieser Grundwünsche der verschiedensten Magistratsabteilungen

./.

des Wiener Magistrates wurde die Bodenpolitik der Stadt Wien im Jahre 1964 intensiv fortgesetzt. In den meisten Wiener Gemeindebezirken wurden Grundflächen beträchtlichen Ausmaßes erworben. Insbesonders in den äußeren Bezirken, wo noch weite Gebiete zu erschließen sind, gelangen umfangreiche Grundkäufe zu vertretbaren Preisen. In den inneren Bezirken Wiens wurden viele Althäuser gekauft, die im Zuge der Assanierungsbestrebungen abgetragen und durch Neubauten ersetzt werden sollen. Die Bemühungen, in den bekannten Assanierungsgebieten Reindorf-Grund und Lichtental Althäuser zu erwerben, führen nur schrittweise zu positiven Erfolgen, da in diesen Gebieten oft überhöhte Preisforderungen oder unerhört hohe Freimachungskosten Schwierigkeiten bereiten. Alte Häuser, die Verkehrshindernisse bilden, wurden gekauft und abgetragen. Für die geplante öffentliche Gartenanlage südlich der Lichtentaler Kirche im 9. Bezirk konnten einige Objekte erworben und müssen noch weitere angekauft werden. An einem Beispiel möchte ich die Preisschwierigkeiten erläutern. Der Besitzer einer zu erwerbenden Liegenschaft fordert einen Kaufpreis von fast 4.000 Schilling pro Quadratmeter. Dieser Preis ist für die Stadt Wien unannehmbar und zeigt deutlich das Fehlen eines Assanierungsgesetzes, da die Bauordnung für Wien hier keinerlei Handhabe für eine Enteignung bietet.

Für Wasserleitungszwecke wurden eine Reihe von Liegenschaften außerhalb Wiens gekauft; zum Teil handelt es sich um größere Grundbesitzungen im Quellschutzgebiet. Die Erwerbung bestandsfreier Gründe ist nur in wenigen Fällen möglich. Meist sind die Gründe verpachtet oder vermietet und müssen zu einer widmungsgemäßen Verwendung freigemacht werden. Aus dieser Tatsache ergeben sich oft schwierige Freimachungsverhandlungen und müssen auch wiederholt Ersatzgrundstücke zur Verfügung gestellt werden. Für die Absiedlung von Industrie- und Gewerbebetrieben aus Wohngebieten werden immer wieder Ersatzgrundstücke benötigt, für die gesorgt werden muß. Bei den Grunderwerbungen muß die Gemeinde Wien oft in Konkurrenz mit anderen Interessenten treten. Vor allem in den inneren Bezirken müssen noch vorhandene Einzelbauplätze in exponierter Lage für Bauwerke besonderer Art oder zur Auflockerung der dichten Verbauung dieser Gebiete zu Preisen erworben werden, die an der Grenze der noch vertretbaren Höhe liegen.

In den Zuständigkeitsbereich der Magistratsabteilung 69 fällt auch die Bestellung von Baurechten. Im Jahre 1964 wurde der Ersten Österreichischen Sparcasse ein Baurecht eingeräumt, das die Voraussetzung für die Errichtung einer Garage unter dem Petersplatz schafft.

Damit werden die Bemühungen der Stadt Wien, im Zentrum von Wien Vorsorge für genügend Parkraum zu treffen, fortgesetzt. Ich darf in diesem Zusammenhang auf die in Planung befindlichen Tief- bzw. Hochgaragen Zedlitzhalle und Rudolfsplatz verweisen.

In der Zeit vom 1. Jänner bis zum 20. November 1964 wurden von der Stadt Wien Grundflächen im Gesamtausmaß von 5,639.608 Quadratmeter um den Gesamtkaufpreis von 236,380.000 Schilling erworben, hievon entfällt allerdings ein großer Teil auf die für Quellschutzzwecke erworbenen beiden Waldgüter im Schneeberg-Raxgebiet. Veräußert wurden von der Stadt Wien im Jahre 1964 bisher rund 250.000 Quadratmeter.

Die Magistratsabteilung 70 befaßt sich mit rechtlichen Verkehrsangelegenheiten. Die am 1. Oktober 1964 in Kraft getretene Straßenverkehrsordnungsnovelle 1964 beseitigt einige Unklarheiten und paßt verschiedene Bestimmungen der ständig zunehmenden Verkehrsentwicklung an. Der Gesetzentwurf hinsichtlich der Erlassung einer entsprechenden Rechtsgrundlage für die Schulwegpolizei wird in Kürze dem Landtag vorgelegt werden.

Im Zuge der Erledigung der zahlreichen Ansuchen um Taxikonzessionen hat die Magistratsabteilung 70 eine größer Anzahl von Vollkonzessionen erteilt. Die Fachgruppe Personenfuhrwerksgewerbe machte von ihrem Recht auf Berufung Gebrauch und beantragte die Abweisung der Konzessionsansuchen mangels Lokalbedarfes. Diese Berufungen wurden dem Bundeministerium für Handel und Wiederaufbau vorgelegt. Das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau hat nun zwar den Standpunkt der Magistratsabteilung 70, daß ein gewisser Lokalbedarf gegeben sei, für richtig befunden, jedoch den Berufungen insoferne Folge gegeben, als es die erteilten vollen Konzessionen auf sogenannte B-Taxi-Konzessionen einschränkte. Gegen diese durch das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau verfügte Beschränkung wurde von einigen der betroffenen Konzessionäre Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof erhoben, welcher diesen Beschwerden tatsächlich Folge gab und die Beschränkungsbescheide des Bundesministeriums als ungesetzlich aufhob.

./.

Daraufhin stellten alle Inhaber von beschränkten B-Taxi-Konzessionen Antrag auf Erweiterung durch Wegfall der genannten Beschränkung.

Die Tendenz, gegen Berufungsbescheide in Verkehrsstrafsachen Beschwerden an die Gerichtshöfe des öffentlichen Rechtes einzubringen, hat auch im Berichtsjahr weiter angehalten. Von der Bundespolizeidirektion Wien wurden in den ersten neun Monaten des Jahres 1964 wegen Übertretung der Straßenverkehrsvorschriften rund 23,5 Millionen Schilling an Strafgeldern eingenommen. In Führerscheinangelegenheiten wirkt sich die strengere Praxis der Polizei, insbesonders bei alkoholisierten Fahrzeuglenkern dahingehend aus, daß in der überwiegenden Anzahl der Fälle die Vertretung der Parteien im Berufungsverfahren durch einen Rechtsanwalt erfolgt.

Die Wiener Feuerwehr

Der Personalstand der Feuerwehr betrug am 31. Oktober 1964 1.266 Mann. In diesem Personalstand ist auch die Rathauswache enthalten.

Der Neubau von Haupt- und Nebenfeuerwachen wird fortgesetzt. So ist für den im Jahr 1963 begonnenen Neubau der Hauptfeuerwache Leopoldstadt eine dritte Baurate für 1965 mit sechs Millionen Schilling veranschlagt. Mit der Fertigstellung der neuen Hauptfeuerwache ist im Frühjahr 1966 zu rechnen. Im heurigen Jahr wurde mit dem Neubau der Feuerwache Liesing begonnen und für das Jahr 1965 ist dafür eine zweite Baurate von zwei Millionen Schilling vorgesehen. Neben der baulichen Erneuerung ist auch der weitere Ausbau des technischen Feuerwehrdienstes im Gange. Mit Ende dieses Jahres werden an neuen Feuerwehrfahrzeugen im Dienst stehen: sieben Universallöschfahrzeuge, 16 Tanklöschfahrzeuge, vier Rüstfahrzeuge, sechs Kommandofahrzeuge, eine Magirus-Hebekanzel, ein Taucherfahrzeug, ein Schaumlöschfahrzeug sowie zwei Pölzholzfahrzeuge. Für das Jahr 1965 ist im Zuge des Erneuerungsplanes die Anschaffung von weiteren vier Tanklöschfahrzeugen und eines Universallöschfahrzeuges mit einem Kostenaufwand von rund 2,300.000 Schilling vorgesehen.

./.

Die praktische Erfahrung hat ergeben, daß ein einziges Kranfahrzeug für das gesamte Wiener Stadtgebiet nicht mehr ausreicht. Daher wurde die Anschaffung eines weiteren Magirus-Kranfahrzeuges mit 16 Tonnen Hubkraft beschlossen, dessen Kosten rund 1,900.000 Schilling betragen werden. Die erste Rate von 650.000 Schilling wurde im laufenden Rechnungsjahr zusätzlich bewilligt, der Rest von 1,250.000 Schilling ist für das Jahr 1965 veranschlagt.

Die Stadt Wien beabsichtigt aber auch als soziale Maßnahme, für die Feuerwehrbediensteten ein Betreuungsfahrzeug in den Dienst zu stellen, das bei lang andauernden Einsätzen der Mannschaft die Möglichkeit zu Reinigung und Wäschewechsel und zur Einnahme von Speisen und Getränken bieten soll. Der Bedarf nach einem solchen Betreuungsfahrzeug ist besonders beim Großeinsatz Kühlhausbrand Pasettistraße in Erscheinung getreten.

Der Voranschlagsentwurf der Feuerwehr für das Jahr 1965 rechnet mit Einnahmen von 1,545.000 Schilling und sieht Ausgaben in der Höhe von 123,329.400 Schilling vor. Von den Ausgaben entfallen 96,356.000 Schilling, das sind 78,2 Prozent, auf den Personalaufwand, 12,688.400 Schilling, das sind 10,3 Prozent, auf den laufenden Sachaufwand und 9,785.000 Schilling oder 7,9 Prozent auf bauliche Herstellungen und 4,500.000 Schilling oder 3,6 Prozent auf Inventaranschaffungen.

Präsidialbüro, Pressestelle, Zivilschutz

Und nun zum Präsidialbüro: 1964 wurden eine Gnaden-, eine Steinerne, acht Eiserne, 85 Diamantene und 1.104 Goldene Hochzeiter, insgesamt also bereits 1.200 Jubelpaare geehrt. Gegenüber dem Vorjahr ergibt dies eine Steigerung von 202 Jubelpaaren, damit erreicht in diesem Jahr die Ehrung von Hochzeitsjubiläen Rekordhöhe. Ebenso wurden 710 Neunzigjährige und 19 hundert oder mehr Jahre alte Wiener geehrt.

Aus Anlaß von Kongressen, Tagungen usw. wurden 250 Empfänge veranstaltet. Daran nahmen 34.720 Personen teil, darunter 20.860 Ausländer.

Die seit einigen Jahren in der Volkshalle des Wiener Rathauses veranstalteten Ausstellungen hatten in diesem Jahr einen sehr guten Zuspruch.

Die Pressestelle der Stadt Wien hat für das kommende Jahr Einnahmen in der Höhe von 3,192.000 Schilling und Ausgaben in Höhe von 3,263.000 Schilling eingesetzt. Die Rathaus-Korrespondenz erscheint wie bisher dreimal täglich. Das Amtsblatt "Stadt Wien" erscheint wöchentlich zweimal. Der redaktionelle Teil wurde erweitert und die Zahl der Bilder vermehrt. ./.

Die Auflage wird für das kommende Jahr mit durchschnittlich 5.000 Stück angenommen. Beim Landesgesetzblatt für Wien wird mit einer Auflage von 2.000 Stück gerechnet. Sein Umfang läßt sich nicht bestimmen, weil er von der Zahl und dem Umfang der im kommenden Jahr zu beschließenden Gesetze abhängig ist. Auch der Bilderdienst der Pressestelle wird im kommenden Jahr in wachsendem Umfang seine Arbeit fortsetzen und die in- und ausländische Presse sowie die 56, zumeist an Magistratischen Bezirksämtern angebrachten Bilderkästen mit aktuellen Fotos versorgen.

Das Stenographenbüro hat in den letzten zwölf Monaten acht Landtagssitzungen und zehn Gemeinderatssitzungen stenographisch aufgenommen. Das Schwergewicht lag dabei wieder bei der Ausarbeitung des Protokolles der Budgetdebatte.

Der Zivilschutz ist in einen behördlichen und in einen vereinsmäßigen Sektor gegliedert. Der behördliche Teil ist in seiner Grundorganisation bereits festgelegt. Die amtlichen Stellen waren im Laufe des Berichtsjahres weiter bemüht, jene organisatorischen Maßnahmen, die im Falle von Krisenzeiten notwendig wären, grundsätzlich festzulegen und durch Koordinierung der Länderinteressen auszubauen.

Was den vereinsmäßigen Sektor betrifft, darf ich berichten, daß dessen organisatorischer Aufbau in Wien abgeschlossen ist. Wie Ihnen erinnerlich sein dürfte, haben sich seinerzeit die Herren Bezirksvorsteher und die Mitglieder der Bezirksvertretungen bereit erklärt, neben ihrer amtlichen Tätigkeit auch das Aufgabengebiet des Wiener Zivilschutzverbandes zu betreuen. Die konstituierende Generalversammlung des Landesverbandes Wien des Österreichischen Zivilschutzverbandes fand am 22. Juni l.J. statt. Gegenwärtig sind wir bemüht, durch Besetzung einzelner Referate im Sinne der Statuten und der Geschäftsordnung des Landesverbandes jene arbeitsmäßigen Grundlagen zu schaffen, die den Landesverband bzw. dessen Bezirksstellen in die Lage versetzen sollen, seine Hauptaufgabe, nämlich die einer entsprechenden und zweckmäßigen Aufklärung der Bevölkerung unserer Stadt, zu erfüllen.

Das Bundesministerium für Inneres hat seit dem Frühjahr 1962 bis jetzt 64 Kurse von drei bis fünf Tagen durchgeführt, zu denen seitens des Landes Wien 319 Kursteilnehmer entsandt wurden.

Kurse der genannten Art werden auch im nächsten Jahr durchgeführt werden. Die Absolventen aller dieser Kurse bilden somit einen

./.

gewissen Grundstock jener Kräfte, die nötigenfalls zur Erfüllung der Zivilschutzaufgaben tätig sein könnten.

Bisher waren im Budget der beiden letzten Jahre jeweils 500.000 Schilling für 'Zivilschutzorganisationsmaßnahmen' auf dem behördlichen Sektor vorgesehen. Nunmehr, nach Gründung des Landesverbandes Wien des Österreichischen Zivilschutzverbandes, erschien es mir notwendig und zweckmäßig, den genannten Betrag für das Jahr 1965 zwar beizubehalten, ihn aber insoferne zu teilen, als für das behördliche Aufgabengebiet 200.000 Schilling vorgesehen sind, während 300.000 Schilling für eine allenfalls notwendige Subventionierung des Landesverbandes Wien des Österreichischen Zivilschutzverbandes bereitgestellt wurden."

Stadtrat Sigmund schloß mit dem Dank an alle Mitarbeiter seiner Verwaltungsgruppe und ersucht den Gemeinderat, den Budgetansätzen zuzustimmen.

\- - -

Neue Verbindung von der Linken Wienzeile zur Gumpendorfer Straße

Bürgermeister Jonas übergab "Gürteldurchbruch" dem Verkehr

18. Dezember (RK) "Wo immer man in Wien Verkehrsbauten errichtet, ist es nicht möglich, jeden für sich allein zu betrachten. Alle diese Bauten passen nahtlos in ein übergeordnetes, größeres Verkehrsnetz". Diese Worte Bürgermeister Jonas' treffen ganz besonders auf das neue Straßenstück des Mariahilfer Gürtels zu, das heute früh dem Verkehr übergeben wurde. Es handelt sich dabei um den Neubau des Inneren Gürtels (den sogenannten "Gürteldurchbruch") von der Linken Wienzeile bis zur Gumpendorfer Straße. Dieses 300 Meter lange Straßenstück ist die erste Bauphase im Rahmen des Gesamtprojektes über den Ausbau des künftigen Gaudenzdorfer Verkehrsknotens von der Schönbrunner Straße bis zum Europaplatz.

Auf diese Tatsache wies auch Baustadtrat Heller hin. Er kündigte dabei an, daß in unmittelbarer Nähe der neuen Straße, direkt neben der Stadtbahnhaltestelle Margaretengürtel eine neue Brücke über den Wienfluß und die Stadtbahn errichtet werden soll, die eine direkte Verbindung vom inneren Margaretengürtel in den 6. Bezirk und damit den Anschluß an den Verkehrsknoten Gaudenzdorf ermöglichen wird.

An der kleinen Feier, in deren Rahmen die Straße dem Verkehr übergeben wurde, nahmen neben Bürgermeister Jonas und Stadtrat Heller auch Landtagspräsident Marek, Stadtrat Dr. Drimmel, Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Dr. Koller sowie mehrere Mitglieder des Gemeinderates teil. Die Festgäste wurden von Bezirksvorsteher Krammer begrüßt, der betonte, daß vor allem die Bewohner der näheren Umgebung besonders dankbar für den neuen Straßenabschnitt seien. Sodann richtete der Bezirksvorsteher an die Stadtverwaltung die Bitte, Ersatz für eine kleine Grünanlage zu schaffen, die dem Straßenbau geopfert werden mußte.

2,8 Millionen Baukosten, 10 Millionen Grunderwerbskosten

Stadtrat Heller meinte darauf, die Stadtverwaltung würde in diesem Bezirk gerne mehr Grünflächen errichten, leider stehe ihr aber in Mariahilf fast gar kein Baugrund mehr zur Verfügung.

./.

Im Zusammenhang mit diesem Mangel an Baugründen betonte der Baustadtrat, daß bei dem neuen Straßenstück die Grunderwerbskosten zehn Millionen Schilling betragen und damit fast das Vierfache der reinen Baukosten von 2,8 Millionen Schilling erreicht haben. Abgesehen von diesen horrenden Kosten hat es auch jahrelang gedauert, die Grundstücke für den Gürteldurchbruch freizubekommen. In einem Fall benötigte man dazu sage und schreibe acht Jahre.

Daran anknüpfend, bezeichnete Bürgermeister Jonas die außerordentlichen hohen Forderungen für die Grundablösen als ungerechtfertigt und ungebührlich. Die Gemeinde Wien werde sich auch im Rahmen eines kommenden Grundenteignungsgesetzes stets bereit erklären, den echten Gegenwert für ein Grundstück zu bezahlen. Man könne es jedoch den Steuerzahlern keineswegs zumuten, daß die Allgemeinheit wegen der Interessen einzelner über Gebühr in Anspruch genommen werde.. Daher müsse es das Bestreben der Stadt Wien sein, eine gesetzliche Regelung für solche Fälle zu finden. Die Forderung nach einem modernen Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetz werde also immer dringlicher.

Nachdem Bürgermeister Jonas mit Hilfe von Stadtrat Heller die Absperrungsbarrieren weggeräumt hatte, schritten die Festgäste den neuen Teil des Mariahilfer Gürtels ab, der durchgehend 10,5 Meter bei der Einmündung in die Gumpendorfer Straße 14 Meter breit ist. Die Bauzeit betrug rund vier Monate. Für die neue Straße mußte das baufällige Mollardschlössel abgetragen werden. Der alte Hauseingang des Schlössels aber wurde von der Stadt Wien angekauft; er soll im Rahmen eines Wohnhausbaues in der Nähe seines ehemaligen Standplatzes wieder aufgestellt werden.

\- - -

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:

Debatte über Wirtschaftsangelegenheiten

18. Dezember (RK) Als erster Redner in der Spezialdebatte zur Gruppe X erklärte GR. Lauscher (KLS): Es wäre schön, könnten wir heute feststellen, daß die Preise im abgelaufenen Jahr gesunken sind, ja daß auf Grund der Leistungs- und Produktionssteigerung die Lebenshaltungskosten niedriger geworden sind. Leider müssen wir aber wieder ansteigende Preise feststellen. Der Verbraucherindex liegt für einen vierköpfigen Arbeitnehmerhaushalt um 4,3 Prozent über dem entsprechenden Vorjahreswert. Berücksichtigt man, daß Wien als Ort der Teuerung nicht separat ausgewiesen ist und auch die Lebensgewohnheiten der Wiener anders sind, so ergibt sich für Wien eine Teuerungsrate von acht bis neun, vielleicht sogar zehn Prozent. Das heißt, daß die Verantwortlichen unserer Stadt zusehen, wenn 100 Schilling im Verlauf eines Jahres nur mehr einen Wert von 90 Schilling haben.

Ein besonderes Kapitel sind die Fleischpreise. Diese Entwicklung hätte ein rechtzeitiges Eingreifen der Gemeinde notwendig gemacht, aber erst auf Grund des zweiten Antrages der Arbeiterkammer hat der Bürgermeister die Marktbindung mit 1. September verfügt, und das war nur mehr ein Wahlschlager. Heute sind die Fleischpreise in Wien bis zu zwölf Schilling höher als vor einem Jahr und nun soll der Strom verteuert werden, eine sogenannte Neuregelung der Tarife der städtischen Verkehrsbetriebe und eine Milchpreiserhöhung sind angekündigt. Der Brotpreis steht ebenfalls zur Diskussion. Würden alle diese Preiserhöhungen in den nächsten Wochen und Monaten wirksam werden, dann würde man den Haushalt der Arbeiter und Angestellten neuerlich schwer belasten, den Schilling weiter abwerten. Das stünde in krassem Widerspruch zu der von der Regierung proklamierten Stabilisierungspolitik. Dabei haben die Gewerkschaften in diesem Jahr eine Stillhaltepolitik auf dem Lohnsektor verfolgt. Das ist eine eindrucksvolle Widerlegung der These, daß die Lohnpolitik an der Teuerung schuld sei. Umgekehrt: Die Löhne laufen den Preisen nach, ohne daß sie sie erreichen können. Eine Begleiterscheinung dieser Entwicklung ist die Zunahme der Überstundenarbeit. Die schädlichen

./.

Folgen für die Gesundheit der Arbeiter und Angestellten und damit auch für die Wirtschaft sind unschwer vorauszusagen.

Die Praxis zeigt, daß auch die in dem sogenannten Stabilisierungsprogramm vorgesehenen Maßnahmen nicht geeignet sind, eine fühlbare Preissenkung herbeizuführen. Eine wirkliche Bekämpfung der Teuerung setzt Maßnahmen zur Eindämmung des Preis- und Markdiktates der Monopole, und ein Verbot der Kartelle, eine Kontrolle der Preiskalkulation, scharfe Strafbestimmungen gegen Preisbindungen, Preisvereinbarungen und Marktverabredungen sowie gegen Preistreiberei voraus. Das Wichtigste wäre ein effektives Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten bei der Preisbildung, eine betriebliche und überbetriebliche Einsichtnahme der Arbeiter und Angestellten in die Preiskalkulation, eine Kontrolle der Profite und Preisbildung. Aber gerade gegen die Durchführung solcher wirksamer Maßnahmen wendet sich die ÖVP mit ganzer Kraft. Mit Worten schmeichelt sie den kleinen Leuten, gibt sich als Volkspartei, in der Tat macht sie den Preistreibern und Profithyänen die Mauer. Es ist nicht zu bezweifeln; für die Unternehmer läßt es sich in unserem Wohlfahrtsstaat sehr gut verdienen und noch besser leben.

Für den Großmarkt St. Marx, einschließlich Schlachthof, liegt nun endlich der Entwurf eines Raum- und Funktionsprogrammes vor und die Vorschläge wurden den Fachabteilungen zum Studium übergeben. Es ist zu hoffen, daß das Vorprojekt raschest ausgearbeitet und dem Gemeinderat zur Stellungnahme vorgelegt wird. Seine Fraktion werde den Ansätzen der Gruppe X nicht zustimmen.

GR. Peter (FPÖ) beschäftigt sich mit den Preissteigerungen des vergangenen Jahres. Auch die Ansätze dieser Geschäftsgruppe seien ein Beweis für die inflationistische Tendenz, blieben doch die Einnahmen bestenfalls gleich, während die Ausgaben bedeutend höher präliminiert sind. Die arbeitenden Menschen werden durch diese Preiserhöhungen besonders hart getroffen, da entsprechende Lohnerhöhungen immer erst nachhinken. Der Redner dankt Stadtrat Dr. Prutscher für die allen Gemeinderäten übergebenen ergänzenden Unterlagen zu seinem Referat. Er hält das für einen sehr glücklichen Einfall, der auch von den anderen Stadträten übernommen werden sollte. In den Unterlagen wird auch auf Waren verwiesen, die im letzten Jahr billiger wurden. Sicherlich sind alle Preissenkungen zu begrüßen. Für die Bevölkerung wird es aber finanziell

./.

kaum entscheidend sein, daß der Tee, die Rasierseife und ähnliches billiger geworden ist, während sich Wollstoffe, Leinen, Haushaltsgeräte und vieles andere entscheidend verteuerten.

Zur Marktbindung: Stadtrat Prutscher habe ausführlich darüber gesprochen. Als die Marktbindung seinerzeit verfügt wurde, hat die Bundesinnung der Fleischhauermeister an alle Landtagsabgeordneten ein Rundschreiben gerichtet, in dem sie mit Argumenten, denen man eine gewisse Berechtigung nicht absprechen konnte, um die Zurücknahme dieser Verordnung ersuchte. Die Freiheitlichen haben damals einen Antrag vorbereitet, den sie, hätte die ÖVP als zuständigere Vertreterin des Wirtschaftsbundes einen eigenen diesbezüglichen Antrag eingebracht, zurückgezogen hätten, um eine Doppelgeleisigkeit zu vermeiden. Die Volkspartei hat dann nicht nur keinen eigenen Antrag eingebracht, sondern auch den der Freiheitlichen niedergestimmt.

Beim Allgemeinen Sachaufwand sind die Einnahmen mit rund eineinviertel Millionen ungefähr gleich geblieben, während die Ausgaben von rund 39,2 auf 45,5 Millionen stiegen. Diese steigende Tendenz ist von Jahr zu Jahr zu bemerken. Wohin soll das noch führen? Eine ähnliche Entwicklung müsse man bei einer Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben beim Beschaffungsamt und der Magistratsabteilung 57, Liegenschaften, verzeichnen. Die Einnahmen bleiben gleich, die Ausgaben steigen.

Als erfreulich bezeichnet es der Redner, daß die Prater Hauptallee endlich für den Kraftfahrzeugverkehr gesperrt wurde. Auch im Wurstelprater müßte man dafür sorgen, daß die Ringelspiele und ähnliche Einrichtungen mit ihren Benzindämpfen die Luft nicht so verpesten. Der Prater ist die windstillste Gegend in unserer Stadt und die Luft sollte daher nicht durch Benzindämpfe verpestet werden. Gerade für die Kinder wäre es notwendig, reine und gute Luft atmen zu können. Vielleicht kann Stadtrat Prutscher auf diesem Gebiet etwas machen.

Zu unternehmen wäre auch etwas gegen die Gelsenplage. Es gäbe heute schon entsprechende Bekämpfungsmittel. Stadtrat Prutscher könnte diesbezüglich vielleicht einmal mit Stadtgartendirektor Auer sprechen.

Der Redner regt an, in den städtischen Parkanlagen und sonstigen Erholungsgebieten mehr Papierkörbe aufzustellen, vielleicht würde man dadurch zu größerer Reinlichkeit in den Anlagen

./.

kommen. Auch die Anstellung von Parkwächtern wäre zweckmäßig.

Zum Thema Märkte: Die Einnahmen sind mit 22,4 Millionen fast gleichgeblieben, während die Ausgaben von 57,7 auf 60,5 steigen. Es wurde schon gesagt, daß die Märkte preisregulierend wirken. Leider tun sie das nicht immer. Die Modernisierung unserer Märkte schreitet weiter, trotzdem muß hier noch viel geschehen. Der Vorgartenmarkt ist schön geworden, leider ist die Verkehrslage etwas schlecht. Es müßte endlich dazu kommen, daß Wien einen modernen Großmarkt erhält, der in eine Großstadt wie Wien hineinpaßt.

Der Redner erneuert die Meinung, es könne nicht Aufgabe der Gemeinde sein, eigene Gasthäuser zu betreiben, mit Ausnahme des historischen und traditionellen Rathauskellers.

Die Gärtner haben in Wien schwer zu kämpfen, besonders weil die meisten nur einen Pachtgrund haben. Erfreulicherweise wird bei Kündigungen sehr kulant vorgegangen.

Der Redner stellt dann die Frage nach dem Wert der Landwirtschaft in der Großstadt und meint, daß sie schon aus ethischen Gründen erhalten bleiben müsse, damit wenigstens ein wenig Bodenverbundenheit übrigbleibt.

Legen Sie mir das jedoch nicht so aus, betont GR. Peter, an die Adresse der Journalisten gerichtet, als ob ich gegen die Industrien wäre.

Er bedauert auch, daß ihm eine sarkastische Bemerkung in den Zeitungen so ausgelegt wurde, aber den Rang eines Reichsredner hat es gar nicht gegeben!

Abschließend gibt der Redner im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zu den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe.

GR. Gockner (ÖVP) spricht über die Probleme im Zusammenhang mit der Neuerrichtung des Großmarktes für Wien. Der bestehende Naschmarkt bringt ja viele Unzulänglichkeiten mit sich. Er hoffe, daß die geplante Lösung möglichst rascht vorangetrieben wird, denn es ist klar, daß es zu den vordringlichsten Aufgaben einer Stadtverwaltung gehört, einen gut funktionierenden, modernen Großmarkt zu schaffen. Der Redner verweist dann auf die Unzulänglichkeiten auf dem Matzleinsdorfer Frachtenbahnhof. Dort kommen Waren an, die nahezu ohne Kontrolle des Marktamtes verkauft werden. Dabei kommt es immer wieder zu Beanstandungen.

./.

Der Redner erwähnt nachdrücklich, daß es sich bei der neuen Marktplanung um einen Großmarkt und nicht wie vielfach irrtümlich angenommen wird, auch um einen Detailmarkt handelt. Leider konnte für den Großmarkt kein besserer Platz mehr gefunden werden.

Ferner stellt der Redner einen Antrag auf Überprüfung, ob die kommunalen Werkstättenbetriebe in der Geschäftsgruppe Wirtschaftsangelegenheiten notwendig sind. Es handelt sich dabei um einen Druckereibetrieb, Buchbinderei, Tischlerei, Anstreicherei und Schlosserwerkstätte. In diesem Zusammenhang stellt der Redner einige Fragen, vor allem, ob die Betriebsrechnungen dieser kommunalen Werkstättenbetriebe nach modernen Gesichtspunkten aufgebaut sind und ob in den Kalkulationen dieser Betriebe Kostenarten aufscheinen, die es bei privatwirtschaftlichen Betrieben nicht gebe.

Abschließend drückt der Redner den Wunsch aus, daß die Marktplanung, aber auch die Überprüfung seines Antrages bald verwirklicht werden.

GR. Binder (SPÖ) verweist darauf, daß aus dem Altmaterialverkauf im kommenden Jahr immerhin drei Millionen Schilling Erlös erzielt werden.

Er anerkennt, daß die Qualität der Einkäufe des Beschaffungsamtes bedeutend gestiegen ist und verweist besonders darauf, daß trotz Preiserhöhungen billigere Lieferungen erzielt werden konnten.

Er vertritt auch die Meinung, daß die große Masse der Fleischhauer an den Preissteigerungen nicht interessiert ist. Diese Preissteigerungen kommen von einer kleinen, aber einflußreichen Gruppe von Spekulanten. Sicher könne man dem Stadtrat dafür keine Verantwortung auflasten, aber wir können ihn ersuchen, im Interesse der gesamten Bevölkerung zu intervenieren.

Man sollte aber auch an die Käufer, an unsere Hausfrauen appellieren, daß sie die einzelnen Preise miteinander vergleichen und dann dort einkaufen, wo sie dies am billigsten tun können. Außerdem sollten die Käufer auf andere Lebensmittel auszuweichen versuchen, wenn es bei bestimmten Waren zu großen Preissteigerungen kommt. Schimpfen, aber kaufen - so bequem sollten wir es uns nicht machen!

Bezüglich der Marktbindung ist GR. Binder der Meinung, daß man so wenig wie möglich dirigierend eingreifen, den Markt aber trotzdem planen und unterstützen sollte.

./.

Die Marktbindung sei schon deshalb nicht sehr wirksam, weil sie nur eine halbe Maßnahme sei; sie gelte ja nur für ein halbes Jahr.

GR. Binder richtet sodann an den Berichterstatter die Bitte, neben der Planung für den Großmarkt die Errichtung anderer Märkte nicht zu vergessen. So haben zum Beispiel die Bewohner der Häuser auf dem Nothnagelplatz in Favoriten große Schwierigkeiten mit der Warenversorgung. Hier sollte man ihnen helfen, umso mehr als die anderen Märkte mustergültig ausgebaut werden.

Im weiteren sagt der Debattenredner, er nehme die Meinung von Stadtrat Dr. Prutscher bei dessen Amtsantritt, die Pläne für den neuen Großmarkt und den Schlachthof wären verstaubt in einer Schublade gelegen, zwar nicht tragisch, er müsse aber betonen, daß der Vorgänger von Stadtrat Dr. Prutscher, Stadtrat Bauer, mit der gesamten SPÖ-Fraktion im Gemeinderatsausschuß stets gut zusammengearbeitet habe. Die Erstellung des ersten Planungsprogrammes sei keineswegs eine leichte Angelegenheit gewesen, und auch in diesem Stadium der Planung sei man schon gewillt gewesen, das Einvernehmen mit allen Interessenten zu pflegen.

Dann kommt GR. Binder auf die Möglichkeit zu sprechen, daß bei der chemischen Vernichtung von Pflanzenschädlingen und anderen Insekten Krankheitserreger und verschiedene giftige Verbindungen auf Umwegen auch in den menschlichen Organismus gelangen können. Dies zu untersuchen, sei auch eine der Aufgabe der Lebensmittelpolizei und des Veterinäramtes.

Auch die Frage des Tierschutzes muß im Zusammenhang mit dem neuen Schlachthof Erwähnung finden. Tierschutz ist nicht identisch mit Tier-Sentimentalität; jedenfalls sind die Mitarbeiter des Schlachthofes St. Marx keine Tierfeinde und es ist völlig unrichtig, wenn manche Meldungen es so dargestellt haben, als würden in St. Marx nur Tierquälereien betrieben. Beim neuen Schlachthof wird man natürlich den Weg des Tieres vom Stall bis zur Schlachtbank möglichst verkürzen.

Die Planung des Großmarktes und der Schlachthöfe ist keine geringere Aufgabe als etwa die Neuplanung des Allgemeinen Krankenhauses. Man wird alles sehr genau überlegen müssen, die Interessenten fragen, die Bedürfnisse der Bevölkerung berücksichtigen, und auch

./.

die finanzielle Belastung bedenken. Mit dieser Neuplanung ist uns für Jahrzehnte eine große Verantwortung auferlegt.

GR. Jedletzberger (ÖVP) spricht als Vertreter der Wiener Landwritschaft über deren Probleme: In Wien gäbe es 645 Weinbaubetriebe, die wegen Personalmangels vielfach auf Hochkulturen übergehen müßten . Die Investitionen hiefür betragen bis zur Ertragsfähigkeit pro Hektar rund 120.000 Schilling. Daher benötigten die Bauer längerfristige Pachtverträge. Auch seien die Genossenschaften zu fördern, die allein imstande wären, Projekte zur Bewässerung der Kulturen zu errichten.

Die 850 Landwirtschaftsbetriebe in Wien würden eine Agrarbehörde brauchen, die etwa die freiwilligen Kommassierungen fördern könnte.

Von den 1.137 Wiener Gartenbaubetrieben existieren 36 Prozent nur auf Pachtflächen. Sie haben ihren Standort vielfach in Gebieten die für Wohn- und Industriezwecke vorgesehen sind. Eine Verlegung solcher Betriebe wird daher unvermeidlich sein. Andererseits kann auf die Produktionsleistungen dieser Betriebe nicht verzichtet werden.

Im Jahre 1963 hat der Wiener Gartenbau 26.000 Tonnen Gemüse angeliefert, das in kürzester Zeit frisch auf den Tisch des Konsumenten gebracht werden konnte. Auch gibt es in Wien heute bereits 550.000 Quadratmeter Glashausfläche zur Erzeugung von Feingemüse. Der Wiener Gemüsebau erzeugt auch genügend Primeurs, die besser und billiger sind als die eingeführten. Im Falle einer Krise und einer Grenzsperre könnte die Wiener Landwirtschaft ihre Produktion so stark steigern, daß die Versorgung der Bevölkerung gesichert erscheint.

Auf der WIG hat der Wiener Gartenbau große Triumphe gefeiert. Von den 2.000 Preisen, die an 29 Nationen vergeben wurden, konnte der österreichische Erwerbsgartenbau mehr als 900 Preise erringen, von denen 654 auf den Wiener Gartenbau entfielen.

Auch der Wiener Blumen- und Zierpflanzenbau leistet Hervorragendes. Große Bedeutung kommt den Betrieben zu, die sich auf innerstädtischem Grünland befinden.

./.

Sie bilden eine wichtige Abschirmung zwischen Wohnbaugebiet und Industriezone wie etwa bei der Kaiser-Ebersdorfer Straße in Simmering oder zwischen den Industrieanlagen entlang des Donaukanals.

Im Interesse einer klaglosen Versorgung der Großstädter ist die Schaffung des bereits durch Jahrzehnte geplanten Großmarktes überaus wichtig, an dem besonders der Gartenbau interessiert ist.

Leider stehen die Gartenbaubetriebe vor großen Schwierigkeiten. Einmal befindet sich ein Großteil der Betriebe auf Pachtflächen der Gemeinde Wien und die sind vierteljährlich kündbar. Wohl hat die Gemeinde davon noch nie Gebrauch gemacht, trotzdem ist das ein großer Unsicherheitsfaktor. Dazu kommt, daß viele Betriebsinhaber nicht wissen, ob sich ihr Betrieb nach dem Flächenwidmungsplan im Grünland oder im Industriegebiet befindet. Gegenwärtig laufen Planungsarbeiten für die Schaffung eines gärtnerischen Produktionszentrums in Eßling. Dort sollte den Gärtnern eine gesicherte Existenz auf eigenem Grund und Boden geboten werden.

Die Wünsche der Wiener Landwirtschaft sind demnach: Schaffung landwirtschaftlicher Schutzgebiete zur Sicherung von Grund und Boden für die Wiener Landwirtschaft, baldige Beschlußfassung über einen Flächenwidmungsplan, Übergang von Pachtgrund in Eigentum oder zumindest langjährige Pachtverträge, Errichtung der notwendigen Agrarbehörden, größtmögliche Unterstützung bei der Verwirklichung des Gartenbau- und Siedlungsprojektes Eßling. Erleichterung der Bauvorschriften zum Beispiel für den Bau von Hochglasflächen, baldige Verwirklichung des Wiener Großmarktes unter Berücksichtigung der Produzentenwünsche, Lösung des Bewässerungsproblems für den Wiener Weinbau und Lösung der leidigen Wasserfrage im Gebiet von Simmering und Breitenlee.

Die Großstadt Wien kann sich glücklich schätzen, in ihren Grenzen eine leistungsfähige Landwirtschaft zu besitzen. Es muß alles getan werden, sie zu erhalten!

GR. Jodlbauer (SPÖ) hebt die Bedeutung des Veterinärwesens hervor und verweist darauf, daß ständig 70 Amtstierärzte tätig sind, um die Gesunderhaltung des Tierbestandes zu überwachen und damit die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen. Ebenso hervorzuheben ist die Tätigkeit der Sterilisierungs-Aktiengesellschaft, auch Freibank genannt, die große Mengen Fleisches, das

./.

ansonsten der Vernichtung anheim fallen würde, nach einer strengen gesetzlichen Regelung dem Verbrauch zuführt und verbilligt abgibt.

Eingehend beschäftigt sich der Redner mit dem Standort des Wiener Christkindlmarktes. Es war geplant, ihn in den Volksgarten zu verlegen. Nachdem schließlich alle beteiligten Dienststellen zugestimmt beziehungsweise ihre vorher ablehnende Haltung revidiert hatten, scheiterte das Vorhaben daran, daß der Pächter des Volksgarten-Restaurants an sein ursprüngliches Einverständnis die Bedingung knüpfte, daß ihm Ersatzparkplätze zur Verfügung gestellt werden müßten. Es liegt nun am Wiener Gemeinderat, Vorsorge zu treffen, daß der Christkindlmarkt endlich einmal einen Platz bekommt, wo er auf Jahrzehnte hinaus bleiben kann. Das kann nur der Platz sein, den der Bürgermeister genannt hat: der Rathausplatz. Hier muß man auch den großen Idealismus des Gremialvorstehers anerkennen, der trotz größter Schwierigkeiten immer alles unternimmt, damit der Christkindlmarkt nicht ausfällt.

Zum Wiener Großmarkt : Seit Jahren wird bei jeder Budgetdebatte vom Stadtrat und den Diskussionsredner auf die Notwendigkeit eines Großmarktes, bestehend aus Vieh-, Fleisch-, Gemüse- und Blumengroßmarkt verwiesen. Für seinen Standort wurden die verschiedensten Vorschläge gemacht. Es war zweifellos der verdienstvolle Einsatz des GR. Adelpoller, der sich als Mandatar des 3. Bezirkes mit dem Problem beschäftigt hat und alle zu überzeugen versuchte, daß mit dem heutigen Gelände des Schlachthofes, des Viehmarktes und der angrenzenden Grundstücke das Auslangen gefunden werden könnte, um dort einen Großmarkt zu konzentrieren. Diese Anregung wurde vom seinerzeitigen Stadtrat Bauer, von Vizebürgermeister Slavik und von Seiten des Stadtbauamtes aufgenommen und man hat versucht, die Möglichkeiten zu sondieren. Von allen Planungen, die den Großmarkt betreffen, müßten jedoch die Mitglieder des Gemeinderatsausschusses X und der Gemeinderat informiert werden. Mit der Ausarbeitung eines Raum- und Funktionsprogrammes für den neuen Wiener Großmarkt und dessen Einrichtungen sind die Vorarbeiten für die Planung in ein entscheidendes Stadium getreten. Um die Vertretung der berechtigten Wünsche und Interessen der Bevölkerung, des Gewerbes und der Wirtschaft zu gewährleisten, stellt der Redner den Antrag, für die Arbeiten zur Errichtung eines neuen Wiener Großmarktes eine gemeinderätliche Kommission zu be-

stellen, die dem Gemeinderat nach Bedarf über den Fortgang der Arbeiten zu berichten hat. In formeller Hinsicht ersucht der Redner den Antrag zur weiteren Behandlung dem Gemeinderatsausschuß X zuzuweisen. Der Redner hofft, daß mit Annahme dieses Antrages die Voraussetzungen geschaffen sind und die gemeinderätliche Kommission ihre Arbeit aufnehmen und von deren Ergebnis dem Gemeinderat von Zeit zu Zeit berichten kann. Der Redner stellt fest, daß alle bestrebt sein sollen, alle Fragen, vor allem die technischen und die fachlichen, bei der Errichtung dieses Großmarktes möglichst unpolitisch zu betrachten, um in gemeinsamer, sachlicher Arbeit das Beste für die Bevölkerung leisten zu können.

Der von GR. Gockner eingebrachte Antrag dürfte im Hinblick auf die Handelskammerwahlen gestellt worden sein. Wozu bringt man derartige Anträge ein, wenn doch die Gruppe Wirtschaftsangelegenheiten immer von einem ÖVP-Stadtrat verwaltet wurde. Gerade Stadtrat Bauer war immer bestrebt, bei den Werkstätten Ordnung und sie so klein zu halten, wie nur möglich. Er selber hat jedoch auch immer darauf hingewiesen, daß diese wenigen kleinen Werkstätten für unsere Verwaltung notwendig sind. Sämtliche Großbetriebe in der Privatwirtschaft haben doch ebenfalls eigene Schlosserein, Tischlereien usw. Unsere Druckerei ist notwendig, weil es im Dienstgebrauch viele Dinge gibt, die hier gedruckt werden müssen, manchmal auch aus Gründen des Amtsgeheimnisses. Wenn diese Druckerei keine Daseinsberechtigung hat, so beweist gerade die Vorlage der Berichte der Stadträte Dr. Drimmel und Dr. Prutscher das Gegenteil. Unsere Haustischlerei springt nur dort ein, wo dringende Arbeiten vorzunehmen sind.

GR. Peter hat über inflationistische Tendenzen unserer Wirtschaft gesprochen. Niemand kritisiert es mehr als die Sozialisten, daß bei der fortschreitenden Expansion der Wirtschaft die Gehaltsempfänger immer mehr eingeengt werden und die eigentlich Leidtragenden sind. Die große Schwierigkeit, der Kapitalkonzentration entgegenzuwirken, besteht darin, daß wir nicht die notwendigen Gesetze hierzu haben.

./.

Diese wird das Parlament beschließen müssen. So sehr die Sozialisten mit dieser Ehtwicklung unzufrieden sind, muß man aber doch zugeben, daß diese Entwicklung noch besser ist als Arbeitslosigkeit, oder die Entwicklung die wir zwischen 1938 und 1945 erlebt haben, wo es einen Lohn- und Preisstop gab, wo aber die Leute für ihr Geld, das sie verdient haben, nichts bekamen. Der wirtschaftliche Ablauf, wie wir ihn heute haben, trotz all seiner Mängel, ist der Bevölkerung daher immer noch lieber als die Entwicklung vergangener Jahre. Gemeinderat Peter diene mit der Heraufbeschwörung des Inflationsgespenstes weder der Wirtschaft noch der Bevölkerung.

GR. Jedletzberger hat in seinem Bericht auf die Nöte der Landwirtschaft, der Weinbauern und der Erwerbsgärtner hingewiesen. Was hier im Hause für die Besserstellung dieser Berufsgruppen getan werden konnte, wurde immer unternommen, denn gerade die kleineren Betriebe dieses Sektors haben nicht immer den Anteil bekommen, der ihnen entsprechend der wirtschaftlichen Entwicklung zusteht. Die Leistungsschau der Gärtner auf der WIG war überaus eindrucksvoll.

Bei der Lösung von Pachtverträgen war die Gemeindeverwaltung immer bemüht, Härten zu vermeiden.

Leider versucht man beim Kapitel Wirtschaft immer wieder, den Sozialisten in die Schuhe zu schieben, daß sie sich mit einem Wirtschaftssystem identifizieren, wie wir es in Osteuropa erleben. Wenn man aber das Parteiprogramm der Sozialisten liest, findet man im Kapitel Wirtschaft den Satz, der klar und eindeutig ausdrückt, was die Sozialisten wollen; nämlich daß die SPÖ eine gerechte Eigentumsordnung erstrebt und ein besser funktionierendes Wirtschaftssystem, in dem der Gemeinschaft die volle Verfügungsgewalt über die entscheidenen Produktionsfaktoren zukommt. Das schließt ein, daß die Unternehmerinitiative, der Wettbewerb und der Preismechanismus im Rahmen einer ausschließlich der Allgemeinheit dienenden Wirtschaft einen weiten Spielraum haben werden. Der Redner zitiert auch das Grundsatzprogramm der Deutschen Sozialisten das ähnlich lautet.

./.

Der Redner hofft, daß diese Zitate und die Haltung der Sozialisten in diesem Haus, die seit 1945 immer wieder neu dokumentiert wird, und zwar die persönliche Freiheit des Einzelnen zu erhalten und ihm seine wirtschaftliche Existenz zu geben, ausreichend dokumentiert wird.

Abschließend dankt der Redner allen Beamten der Gruppe X und den Ausschußmitgliedern für die gute Zusammenarbeit.

StR. Dr. Prutscher geht im Schlußwort auf die in der Diskussion aufgeworfenen Fragen ein: Wann die Unterlagen für den Großmarkt vorliegen werden? Derzeit sind sich die Magistratsabteilungen noch nicht einig. Man nimmt aber an, daß die betriebswissenschaftliche Untersuchung drei Monate dauern wird.

Preisabsprachen konnten nach den Mitteilungen des Marktamtes nicht festgestellt werden. Anzeigen wegen Unterlassung der Preisauszeichnung wurden bis September 108 erstattet und 51 Anzeigen wegen überhöhten Preisen.

Zur Kritik, daß die Marktbindung nicht früher eingeführt wurde: Trotz Marktbindung sind die Preise weiter gestiegen.

Wegen der Gelsenfrage werde er sich mit dem Stadtgartenamt in Verbindung setzen, ebenso wegen der Abfallkörbe.

Daß die Praterringelspiele mit Lärmbelästigung verbunden sind: diese Ringelspiele sind alle kommissioniert worden. Außerdem ist aber eine wesentliche Voraussetzung für den Zuspruch, daß diese Dinge Lärm entwickeln.

Der Matzleinsdorfer Frachtenbahnhof ist für das Marktamt leider sozusagen exterritorial. Dieses Übel werden wir erst durch die Schaffung eines neuen Großmarktes beseitigen können.

Schon in seinem Referat habe er erwähnt, daß eine Untersuchung der allgemeinen Märkte und der Detailmärkte beantragt wurde.

Was die Verzögerung der Planung des Großmarktes betrifft: von der Verwaltungsgruppe X gingen die Pläne im März 1963 an die Baudirektion. Aber erst im August dieses Jahres wurde der Auftrag erteilt. Es scheint, daß von einer übergeordneten Stelle nocht nicht entschieden worden wer, ob dieser Auftrag von der Baudirektion durchgeführt werden soll.

Was die Giftstoffe betrifft, so ist nach Mitteilung der Veterinärärzte keine Beanstandung unserer Milch erfolgt.

./.

Man könne versichert sein, daß er sich für alle Fragen, die die Bauern betreffen, interessieren werde. Die Kommassierung ist aber nicht nur für die Landwirtschaft von Bedeutung, sondern eine wesentliche Voraussetzung für die Assanierung.

Zu den Gärtnern: Die Sortierungsbestimmungen sind eine wesentliche Voraussetzung der Marktreife. Als Wiener, betonte der Stadtrat, habe es ihn sehr gefreut, daß die inländischen Paradeiser den ausländischen vorzuziehen sind, und das nicht nur aus sprachlichen Gründen.

Die Seuchenbekämpfung bezeichnet Stadtrat Dr. Prutscher als eine der wesentlichsten Aufgaben seiner Verwaltungsgruppe. Er freue sich, daß man in letzter Zeit auf diesem Gebiet besonders gut weitergekommen sei.

Im Zusammenhang mit der Verwertung von Lebensmitteln für die Freibank hebt der Berichterstatter die große Bedeutung dieser Verwendung von Lebensmitteln im Kampf gegen den Hunger hervor.

Christkindlmarkt: Er wisse, daß dies eine Herzensangelegenheit der Wiener und eine Schmerzensangelegenheit von GR. Jodlbauer sei. Die Schwierigkeit bei der Verlegung des Christkindlmarktes auf den Rathausplatz sei aber vor allem darin gelegen, daß die Händler meinen, dorthin würden zu wenig Kunden kommen.

Zu einigen aufgeworfenen grundsätzlichen Fragen: Bei der Unterscheidung zwischen Planwirtschaft und Wirtschaftsplanung müsse man von den Worten wegkommen und sich dafür mehr den Ziffern und Daten widmen, um etwas über die Erfolge aussagen zu können. Alle Formen der betriebswirtschaftlichen Untersuchung und Überprüfung würden hier dazu beitragen, von Schlagworten und Dogmen auf diesem Gebiet zu Klarheit zu gelangen. Es gebe zwar überall Grenzgebiete, in denen die Dinge hart aneinander stoßen, überall aber müsse es schließlich eine Lösung geben.

Abschließend stellt der Berichterstatter fest, ihm sei mitgeteilt worden, daß sein Vorganger, Stadtrat Bauer, bei fast allen Sitzungen des Stadtsenats die Weiterbetreibung der Großmarktplanung urgiert habe.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze der Geschäftsgruppe X (Wirtschaftsangelegenheiten) mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen. Die beiden Anträge der ÖVP werden einstimmig dem zuständigen Gemeinderatsausschuß zur weiteren Bearbeitung zugewiesen.

\- - -

Debatte über Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

18. Dezember (RK) GR. Maller (KLS) würdigt zunächst die Tätigkeit der Feuerwehr, deren Dienst weit über die einengende Bezeichnung Feuerwehr hinausgeht. Sodann hebt er die Bedeutung der Grunderwerbungen der Gemeinde Wien für Zwecke des Wohnbaues, zur Regulierung von Straßen und Verkehrswegen sowie für die Anlage von Spielplätzen, Sportplätzen und öffentlichen Gartenanlagen hervor. Vielfach denkt allerdings der Inhaber des Grundstückes gar nicht daran, ein im öffentlichen Interesse benötigtes Grundstück oder Althaus zu verkaufen. Das führt dann mitunter zu Auswüchsen wie auf dem Hernalser Friedhof, wo im Friedhofsbereich ein Wohnhaus steht. Es ist allerhöchste Zeit, einen derart unwürdigen Zustand zu beseitigen. Seit Jahren wird hier und im Parlament von der Notwendigkeit eines Assanierungs- und Bodenbeschaffungsgesetzes gesprochen. Das Komische daran ist, daß Vertreter aller Parteien Erklärungen in dieser Richtung abgeben, aber nichts geschieht. Wie lange noch soll darüber nichts als geredet werden? Inzwischen blüht der Bodenwucher fleißig weiter. Der Stadtrat möge seinen ganzen Einfluß in die Waagschale werfen, damit der Weg für ein Assanierungs- und Bodenbeschaffungsgesetz endlich frei wird.

Der Bisamberg, der ein wichtiger Teil des Wald- und Wiesengürtels ist, sollte als Erholungsgebiet erhalten bleiben. Seine Verbauung muß verhindert werden. Darüber hinaus sollte die Stadt Wien alle Anstrengungen machen, möglichst viele Grundstücke des Bisamberges zu kaufen. Das ist die beste Garantie, daß er der Wiener Bevölkerung als Erholungsgebiet erhalten bleibt.

Weiter erhebt sich die Frage, warum der Voranschlag der Stadt Wien nur im Rathaus zur öffentlichen Einsicht aufliegt. Es wäre wünschenswert, den Voranschlag auch in den Magistratischen Bezirksämtern zur Einsicht aufzulegen.

Die Wahlordnung ist in mancher Hinsicht abänderungsbedürftig. Auch davon sprechen alle Parteien, nur meint offensichtlich jede etwas anderes. Was die ÖVP in Wien gerne geändert hätte, lehnt sie auf Bundesebene ab, und was die SPÖ auf Bundesebene gerne geändert hätte, lehnt sie in Wien ab. Die ÖVP will sich im Parlament das Privileg sichern, mit weniger Stimmen mehr Mandate zu haben,

./.

die SPÖ will sich in Wien als stimmenstärkste Partei gewisse Privilegien sichern. So kommt es zu der Praxis, daß die SPÖ in Wien zehnmal soviel Stimmen hat wie wir, dafür aber dreißigmal so viele Mandate kassiert. Ähnlich ist es im Verhältnis zur ÖVP. Vom gleichen Wert der Stimme kann keine Rede sein.

Als unzweckmäßig erachtet es der Redner, in jedem Bezirk, unabhängig von seiner Größe oder Bevölkerungszahl, 30 Bezirksräte zu wählen. Im 1. Bezirk braucht man für ein Mandat in der Bezirksvertretung 578 Stimmen, in Favoriten jedoch 3.018. Daß so etwas nicht gerecht sei und daher geändert werden müßte, liege auf der Hand. Den Ansätzen des 11. Hauptstückes werde seine Fraktion zustimmen.

GR. Srp (SPÖ) verweist auf einen Antrag aus dem vergangenen Jahr, der sich mit einigen Bestimmungen der Bodenmarkierungsverordnung beschaftigte, die der Gemeinde Wien zum Schaden gereichen. In dieser Verordnung wird bestimmt, daß die Querfelder bei den Fußgängerübergängen in Grau gehalten sein müssen. Große Verkehrsflächen, wie zum Beispiel der Praterstern, wurden jedoch schon lange vor Herausgabe dieser Verordnung mit Bodenmarkierungen versehen und mit roten Steinen ausgelegt. In dieser Verordnung heißt es weiter, daß Steine, wenn sie nicht Grau sind, bis spätestens 1966 ausgewechselt werden müssen. Da die Novellierung der Straßenverkehrsordnung zur Zeit der Einbringung des Antrages vor der Tür stand, hat man gehofft, das Handelsministerium würde die Wünsche der Stadtverwaltung berücksichtigen. Leider war das nicht der Fall. Der Redner richtet die Frage an den Stadtrat, was man zu tun gedenkt, um das Auswechseln dieser roten Steine, das Millionen kosten und ein Aufreissen vieler Straßenzüge notwendig machen würde, zu verhindern.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) stellt fest, daß die Ansätze für das 11. Hauptstück mit 386 Millionen um 23 Millionen unter den Ansätzen des Voranschlages 1964 liegen und um nicht weniger als 126 Millionen unter den tatsächlichen Ausgaben des Jahres 1963. Tatsächlich beweisen diese Zahlen ja sehr wenig, da sie im Laufe des Jahres immer wieder erhöht werden.

./.

Dieser Unsicherheitsfaktor bei den Ansätzen geht auf die Budgetpost Grundankäufe zurück, die sich in den letzten Jahren als völlig unberechenbar erwiesen hat. So waren 1962 im Voranschlag für Grundkäufe 75 Millionen vorgesehen, 351,8 Millionen wurden aber tatsächlich bereitgestellt. 1963 waren 145 Millionen präliminiert, ausgegeben wurden 267 Millionen. 1964 waren 180 Millionen im Budget und mit der vor kurzem beschlossenen dritten Überschreitung ist man bei 260 Millionen angelangt.

Für das kommende Jahr sind im Voranschlag 150 Millionen veranschlagt. Wieviel man tatsächlich ausgeben will, weiß wahrscheinlich nicht einmal noch der Berichterstatter. Für die Überschreitungen der vergangenen Jahre gab der Stadtrat ja immer plausible Gründe an, so war es 1962 der Ankauf der Draschegründe, 1963 waren es Gründe des Trabrennvereines und weite Flächen im 22. Bezirk und heuer wurden größere Grundkäufe in den Randbezirken vorgenommen. Der Redner erhebt die Frage, ob die Ansätze für 1965 bewußt so niedrig gehalten wurden, weil von vornherein klar ist, daß man weniger Gründe ankauft, weil die Grunderwerbungen der letzten Jahre bereits eine ausreichende Bautätigkeit gewährleisten, oder vielleicht aus dem Grund, auf die Bodenpreise durch nicht allzu große Nachfrage drückend zu wirken. Der Redner ersucht auch um Mitteilung, wieviele Wohnungseinheiten auf den im Besitz der Gemeinde Wien befindlichen Gründen errichtet werden können.

Immer wieder wurde der Ruf nach einem Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetz laut. Die Freiheitlichen bringen für diese Forderung das notwendige Verständnis auf, aber sie wollen die rechtsstaatlichen Prinzipien gewahrt wissen und auf keinen Fall haben, daß ein Land hier zum Richter in eigener Sache werden kann.

Die Ansätze für den Zivilschutz seien zu gering. Als unzweckmäßig erachtet es der Redner, daß die Mitglieder des Zivilschutzverbandes zu ihrer Tätigkeit mehr oder weniger gezwungen wurden. So wurden die Mitglieder der Bezirksvertretung von der Mitteilung überrascht, daß sie die Träger des örtlichen Zivilschutzes sind. Man hat hier auf Personen zurückgegriffen, die auf Grund ihrer kommunalen und politischen Funktionen nicht die Zeit aufbringen können, sich einer weiteren großen Aufgabe entsprechend zu widmen.

./.

Man muß nicht immer nur an den Kriegsfall denken und daß ein Zivilschutz nur für diesen Fall notwendig wäre. Dem Zivilschutz käme auch bei Naturkatastrophen große Bedeutung zu.

Zu den Bezirksvertretungen: Die Rechte der Bezirksvertretungen müßten erweitert werden. Die Verfassung der Stadt Wien überläßt es dem Gemeinderat zu bestimmen, welche Aufgaben den Bezirksvertretungen übertragen werden. Leider wird von dieser Möglichkeit nur der minimalste Gebrauch gemacht. Man müßte den Bezirksvertretungen das Recht einräumen, in allen wichtigen Bezirksangelegenheiten, bei wichtigen Bauvorhaben usw. ihr Wünsche vorzubringen. Für Zwecke der Verschönerung des Bezirkes müßten den Bezirksvertretungen bestimmte Beträge überlassen werden, die sie nach eigenem Gutdünken verwenden können müßten.

Auf bestehende Mängel in der Wahlordnung wurde von allen Rednern hingewiesen. Vom Grundsatz, daß die Zahl der Mandate im Einklang stehen soll mit der Zahl der Stimmen, sind wir in Wien weit entfernt. Während die Sozialistische Partei für ein Gemeinderatsmandat knapp 955 Stimmen aufwenden mußte und die ÖVP etwas mehr als 10.000 Stimmen, benötigten die Freiheitlichen für ein Mandat 19.620 Stimmen. Das sei so viel, wie in manchen österreichischen Wahlkreisen für ein Nationalratsmandat notwendig ist. Zu den Ausführungen des GR. Maller stellt der Redner fest, daß die Freiheitlichen ihr drittes Mandat auch bekommen hätten, wenn ihnen die erwähnten drei Stimmen gefehlt hätten.

Jetzt, da wir nicht in Terminnot sind, sollten zwischen den Parteien die Gespräche, mit dem Ziele ein gerechtes Wahlrecht zu schaffen, geführt werden.

Als weitere Aufgabe für den Landtag nennt GR. Dr. Hirnschall die schon seit Jahren aufgeschobenen Überarbeitung der Verfassung der Stadt Wien und die Aufnahme des Volksbegehrens in diese Verfassung. Abschließend fordert er erneut die Ergänzung der Geschäftsordnung des Gemeinderates durch Einführung einer Fragestunde.

Die FPÖ-Fraktion werde den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe ihre Zustimmung geben.

GR. Dr. Glatzl (ÖVP) stellt fest, daß die Gemeinderatswahlen kein großes Loch in das Budget der Stadt gerissen haben.

./.

Er hebt die beachtliche Leistung der Magistratsabteilung 62 bei der Durchführung der Wahlen hervor. Die ÖVP-Fraktion schließe sich den Wünschen nach Einführung des Volksbegehrens in Wien an.

Im folgenden führt der Redner Beweise für das große Interesse der Wiener an der Tätigkeit ihrer Stadtverwaltung an. Dies komme unter anderen auch in der großen Wahlbeteiligung von 84,8 Prozent zum Ausdruck. Bedauerlich sei nur, daß die Zahl der Nichtwähler (188.000) seit 1959 konstant geblieben und damit um 70.000 höher gewesen sei als bei den Nationalratswahlen. Ebenso bedauerlich sei, daß auch die Zahl der ungültigen Stimmen bei den Gemeinderatswahlen, vor allem aber bei den Bezirksvertretungswahlen, höher sei als bei den Nationalratswahlen. 1954 gab es bei den Gemeinderatswahlen 35.000, bei den Bezirksvertretungswahlen 37.000 ungültige Stimmen. 1959 waren diese Zahlen zwar niedriger, aber trotzdem noch immer höher als bei der Nationalratswahl. Dies läßt vermuten, daß vor allem bei den Bezirksvertretungswahlen viele Leute bei der Abgabe ihrer Stimmen Schwierigkeiten haben. Viele wüßten überhaupt nicht, wozu die Bezirksvertretungswahlen gut seien. Vielleicht könnte man überlegen, ob in Zukunft die Manipulation mit zwei Stimmzetteln nicht vermieden werden könnte. Ferner habe die doppelte Zählung, getrennt nach Frauen und Männern, die Bekanntgabe der Wahlergebnisse empfindlich verzögert.

Bei der Entscheidung über die Gültigkeit von Stimmzetteln gebe es oft Streitigkeiten. Man sollte daher überlegen, ob nicht eine der Wahlbehörde, die jetzt das letzte Entscheidungsrecht hat, übergeordnete Instanz geschaffen werden soll.

Im Interesse der zahlreichen Menschen, die durch Krankheit usw. von der Wahl ausgeschlossen sind, urgiert GR.Dr. Glatzl sodann die Einführung der Briefwahl.

Die Stadtverwaltung müsse dafür sorgen, daß es den Wählern so leicht wie möglich gemacht wird. Die Wiener arbeiten an den demokratischen Einrichtungen gerne mit. Das zeigt sich schon darin, daß fast 700 Wiener als Bezirksräte tätig sind. Deshalb sollten auch einige echte Aufgaben an die Bezirksvertretungen weitergegeben werden. So können wir die Wiener vielleicht mehr an der Stadt Wien interessieren.

./.

Bei den Wahlen seien ihm drei Dinge aufgefallen. Erstens, daß die Stadtwahlbehörde nicht in der Wahlnacht zusammengetreten ist. Zweitens: die Fernsehdiskussion. Der Redner regt an, solche Diskussionen öfter, jedenfalls aber vor Wahlen durchzuführen. Drittens ist das Stadtbild bei der Wahlwerbung erfreulicherweise geschont worden.

Abschließend erklärt Dr. Gratzl, die Wiener wissen mit der Demokratie zu leben, darum sollten wir Parteien alles tun, uns dieser Haltung würdig zu erweisen.

GR. Bednar (SPÖ) stellt fest, daß vor allem die jüngeren Kraftfahrer an Unfällen beteiligt sind. Die Fahrschulen beginnen nun, durch neue Schulungsmethoden mehr Wissen zu vermitteln. Wir hoffen, daß dadurch die Zahl der Unfälle sinken wird.

Unter allgemeinem Beifall dankte der Redner den Feuerwehrmännern für ihren Einsatz. Er kommt dann auf die Tankwagenunfälle zu sprechen. Unsere Feuerwehr ist mit allen technischen Mitteln ausgerüstet um solche Katastrophen zu bekämpfen und größeren Schaden abzuwenden. Derzeit sind in Wien 310 Tankwagenzüge zugelassen. Jeder dieser Züge kann zehntausende Liter leicht brennbarer Stoffe mit sich führen. Vorbeugen ist besser als löschen, man sollte daher auch für größere Sicherheit bei diesen Fahrzeugen selbst sorgen.

Was die Luftsicherheit betrifft, so werden wir für Wien eine sehr günstige Lösung gefunden haben, da in Schwechat eine zweite Landepiste angelegt werden soll. Dann werden die Flugzeuge in Hinkunft nicht über das Stadtgebiet fliegen müssen.

In der Grund- und Bodenfrage negiert die ÖVP leider immer wieder unsere Appelle nach notwendigen Gesetzen. Wir müssen aber immer wieder darauf dringen, daß hier Ordnung geschaffen wird.

Als Beispiel dafür, welche Blüten die Bodenspekulation in Wien treibt, sei ein Grundstück im 20. Bezirk erwähnt, das um 65.000 Schilling erworben wurde, und elf Monate später der Stadt Wien um 750.000 Schilling angeboten wurde. Ein Grundstück in Weidlingau kostete den Besitzer 300.000 Schilling und wurde der Gemeinde kurze Zeit später um viereinhalb Millionen offeriert, was eine fünfzehnfache Preissteigerung bedeutet. Gegen solche Spekulationen muß energisch aufgetreten werden.

GR. Dr. Hirnschall muß erwidert werden, daß es für die Stadt Wien keinen "Sättigungsgrad" für Grund und Boden geben kann.

./.

In Zukunft wird das Bedürfnis nach Gründen eher noch steigen, zumal auch einmal mit der Auflockerung der dicht verbauten Stadtteile begonnen werden muß.

Die Beispiele der Donaukanal-Schnellstraße, der geplanten Grünfläche im Lichtental, die Schwierigkeiten bei der Verbreiterung der Erzherzog Karl- und der Grünbergstraße sowie das Problem des Bisamberges beweisen eindringlich die Notwendigkeit eines Bodenbeschaffungsgesetzes. Am Bisamberg muß alles darangesetzt werden, um der Bevölkerung Grünland und Erholungsgebiet zu erhalten.

Auch die Verpachtung von gemeindeeigenen Grundstücken birgt Probleme. Wenn diese Gründe wieder gebraucht werden, sind sie meist nur sehr schwer freizumachen. Da gibt es zum Beispiel im zweiten Bezirk in der Engerthstraße ein großes gemeindeeigenes Areal, das verpachtet ist. Es ist eine Trümmerstätte und verunziert die Gegend. Dennoch war der Pächter lange nicht gewillt, der Gemeinde den Grund zurückzugeben. Erst neuerdings scheint sich eine Lösung anzubahnen.

Die Gemeinderäte der ÖVP mögen sich daher für das notwendige Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetz einsetzen. Sie könnten an ihre Parteifreunde im Parlament eine diesbezügliche Anfrage richten. Sie würden damit dazu beitragen, daß ein frischer Wind durch die alten Gassen und Höfe Wiens weht und der Bevölkerung in Zukunft ein noch schöneres Wien gebaut werden kann. Die SPÖ wird den Budgetansätzen zustimmen.

Stadtrat Sigmund geht in seinem Schlußwort zunächst auf die Leistungen der Wiener Feuerwehr ein, die er als ein "Mädchen für alles" bezeichnet. An dem Beispiel des lebensgefährlichen Einsatzes der Feuerwehr beim Wiener Kühlhausbrand zeigt er die rückhaltlose Einsatzbereitschaft der Feuerwehrmänner, die von der Wiener Bevölkerung auch entsprechend gewürdigt wird.

Von dem Bodenbeschaffungsgesetz spreche der Redner nicht deshalb immer wieder, weil es ihm besondere Freude mache. Vielmehr gefährde die derzeitige rechtliche Situation bei der Bodenbeschaffung die Mitarbeiter der Magistratsabteilung 69 in hohem Maß.

./.

Da es keine verbindlichen Richtpreise für Grundstücke gibt, sind die Beamten immer in Gefahr, entweder durch allzu starken Preisdruck ein Grundstück an andere Kaufinteressenten zu verlieren oder aber bei einem raschen Kaufabschluß den Vorwurf zu erhalten, aus Steuergeldern Überpreise bezahlt zu haben.

Bei den Bisamberg-Gründen war es folgendermaßen: Bei der ersten Fühlungnahme mit dem Besitzer Dr. Georg Mautner-Markhof sagte dieser, die Gründe seien wohl 60 Schilling pro Quadratmeter wert, der Stadt Wien würde er sie jedoch um 40 Schilling verkaufen. Das Erstangebot für die 280.000 Quadratmeter betrug somit 11,2 Millionen Schilling. Dieses Angebot haben wir abgelehnt. Später wurden uns die Gründe über ein Realitätenbüro dann um 30 Schilling (8,4 Millionen) angeboten. Schließlich bekamen wir über eine Mittelsperson ein indirektes Angebot, das auf 20 Schilling pro Quadratmeter, das wären 5,6 Millionen lautete. Diesen Preisen steht jedoch gegenüber, daß der Bund für ihm gehörige Flächen auf der Bisambergkuppe nur zwei Schilling pro Quadratmeter gefordert hat.

Ähnlich war es bei den Verhandlungen über die Drasche-Gründe: das Erstangebot betrug 280 Millionen, abgeschlossen wurde mit 210 Millionen. Hinter der ersparten Differenz von 70 Millionen steckt viel zähes Ringen und Geduld der Beamten. Sie mußten sich zahlreichen Beleidigungen, Bestechungsversuchen und Drohungen aussetzen. Daß es dennoch in den letzten Jahren keinerlei Anstand mit den Beamten der Magistratsabteilung 69 gegeben hat, ist Anlaß, diesen die Hochachtung und den Dank des Gemeinderates auszusprechen.

Es ist nicht so, daß wir versuchen, unter Druck zu kaufen. Für uns gibt es nichts anderes als die Kunst, in Verhandlungen den Partner dazu zu bringen einzusehen, daß die Stadt Wien das Grundstück braucht, wobei wir freilich versuchen müssen, unsere schwächere Stellung durch entsprechend höhere Bezahlung auszugleichen. Es ist nicht zu leugnen, daß wir in manchen Fällen gezwungen sind, höhere Preise zu zahlen.

Die Anregung, den Voranschlag auch auf den Magistratischen Bezirksämtern aufzulegen, wird erwogen werden. Es wäre Dienst am Kunden.

Mit der Aufforderung, das Wahlrecht zu ändern, gibt man einem Zwerg eine Riesenaufgabe.

./.

Ich werde dazu nicht imstande sein, sagt der Stadtrat, solange sich nicht die beiden großen Parteien im wesentlichen einigen.

Die Tatsache, daß heuer nur 150 Millionen für Grundkäufe veranschlagt sind, bedeutet nicht, daß die Gemeinde nicht daran denkt, größere Käufe zu tätigen. Es handelt sich hierbei nur um einen ersten Rahmen, weil noch nicht bekannt ist, ob die Möglichkeit zu weiteren Käufen besteht. Sollte eine größere Transaktion in Aussicht sein, wird der Finanzreferent die Mittel zur Verfügung stellen.

Derzeit ist eine Tendenz zu Preissteigerungen in den Außenbezirken nicht mehr zu beobachten; seit ungefähr eineinhalb Jahren haben sich die Preise auf ungefähr gleicher Höhe gehalten.

Der Zivilschutz ist ein sehr empfindliches Kind. Hier besteht in Erinnerung an die Zeit vor 1945 noch eine Abneigung. Langsam tritt zumindest eine Duldung ein. Es ist zu hoffen, daß die Notwendigkeit einer Generalprobe noch lange Zeit oder unendlich hinausgeschoben wird. Wir glauben aber, daß das Notwendigste geschehen ist, daß wir in einem solchen Augenblick vor der Bevölkerung bestehen können.

Man hört oft die Klage, daß die Bezirksvertretungen zuwenig Aufgaben zu bewältigen hätten. Dabei sind keiner anderen Körperschaft so viele Möglichkeiten gegeben, greifen sie doch so tief wie keine andere Körperschaft in das menschliche Leben ein. Sie haben in den verschiedensten Belangen des täglichen Lebens mitzuwirken, sie haben den Raum zwischen Gesetz und den tausendfältigen Erscheinungen des Lebens auszufüllen.

Es sind Bestrebungen im Gange, die Zahl der ungültigen Stimmzettel zu vermindern. Vielleicht kann das durch Perforation der Stimmzettel gelingen. Daß die Stadtwahlbehörde nicht schon in der Wahlnacht zusammengetreten ist, hat seine Ursache darin, daß die Erfahrung gezeigt hat, daß ihre Tätigkeit oft außerordentlich hinausgezögert wird.

Hinsichtlich der Bodenmarkierungen ist zu hoffen, daß entweder die Frist verlängert oder eine weitere Farbe zugelassen wird.

GR. Bednar hat festgestellt, daß besonders junge Leute stark an den Verkehrsunfällen beteiligt sind. Das drückt sich auch im Führerscheinentzug aus. Wir machen kein Hehl daraus, daß bei jüngeren Leuten der Führerscheinentzug strenger gehandhabt wird, also bei den älteren. Man versucht, die jüngeren Menschen damit noch zu erziehen. -/.

Der Führerscheinentzug ist keine Strafe, sondern ein Erziehungsmittel.

Jenen, die sich über den Lärm der Mopeds ärgern, wie er selbst, teilt Stadtrat Sigmund mit, daß die Zahl der Mopeds im vergangenen Jahr um 500 gesunken ist.

Abschließend ersucht der Referent, den Ansätzen des 11. Hauptstückes die Zustimmung zu erteilen.

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze einstimmig angenommen.

Wiener Budget angenommen

Der Vorsitzende, GR. Marek (SPÖ), bringt hierauf "Bilanz und Bedeckung" zur Abstimmung. Die entsprechenden Anträge wurden von Vizebürgermeister Slavik bereits in seinem Generalreferat gestellt.

Bei der Abstimmung wurden die Anträge mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen. Damit ist das Budget der Bundeshauptstadt Wien für 1965 angenommen.

+

Die Beratungen werden morgen Samstag, um 9 Uhr, mit der Behandlung des Wirtschaftsplanes der Wiener Stadtwerke für 1965 fortgesetzt. Referent ist Stadtrat Schwaiger (ÖVP).

\- - -

Sitzung des Wiener Landtages

18. Dezember (RK) Im Anschluß tritt der Wiener Landtag zu einer Sitzung zusammen, die von Landtagspräsident Marek eröffnet wird.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung referiert Abg. Dr. Habl (ÖVP). Er stellt den vom Immunitätskollegium eingebrachten Antrag, einem Ersuchen des Strafbezirksgerichtes Wien um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Landtagsabgeordneten Dr. Drimmel wegen Verdachtes der Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre nicht stattzugeben.

In der folgenden Debatte hat sich lediglich Abg. Dr. Schmidt (FPÖ) zu Wort gemeldet. Er stellt einleitend fest, daß seine

Fraktion dem Antrag zustimmen werde. Allerdings habe die FPÖ-Fraktion gehofft, Dr. Drimmel würde selbst seine Auslieferung beantragen und vor Gericht zu dem stehen, was er gesagt hatte. Dr. Drimmel habe den FPÖ-Abgeordneten zum Nationalrat Klaus Mahnert bezichtigt, ein Sitzungsprotokoll des parlamentarischen Unterrichtsausschusses gefälscht zu haben. Dr. Schmidt müsse mit Bedauern feststellen, daß Dr. Drimmel nicht den Mut aufbringe, sich selbst zu stellen.

Im Schlußwort betont Dr. Hahl, daß das Immunitätskollegium die Sachlage nur zu prüfen, aber nicht strafrechtlich zu beurteilen habe. Es habe seinen Antrag unter anderem auch deshalb eingebracht, weil in dieser Sache sowohl der Privatankläger als auch sein Anwalt und eine dritte darin verwickelte Person Abgeordnete zum Nationalrat seien und daher die Immunität genießen, hingegen Dr. Drimmel als einziger Beteiligter schutzlos gewesen wäre.

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

Als zweiter und letzter Punkt steht die Wahl eines Mitglieds des Immunitätskollegiums auf der Tagesordnung, da Landtagsabgeordneter Pfoch (SPÖ) sein Mandat zurückgelegt hat. Von der SPÖ wurde Landtagsabgeordnete Maria Hlawka als neues Mitglied vorgeschlagen. Der Vorschlag des Vorsitzenden, die Wahl durch Handerheben vorzunehmen, wird einstimmig angenommen. Sodann wird der Wahlvorschlag mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen.

Landtagspräsident Marek schließt die Sitzung des Landtages.

(Ende des Sitzungsberichtes)

\- - -

Glückwünsche für alle Wiener von hoher See

18. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas erhielt heute über die Küstenfunkstelle Norddeich vom Motorschiff Wien folgendes Radiogramm:

"Ihnen Herr Oberbürgermeister und allen Mitbürgern ein herzlich frohes Weihnachtsfest und vollen Erfolg im Neuen Jahr von Ihrem Patenkind Motorschiff Wien = Kapitän und Besatzung."

Das sofort aufgegebene Antworttelegramm des Wiener Stadtoberhauptes lautete:

"Sehr geehrter Herr Kapitän = Im Namen der Wiener Bevölkerung, die sich sehr über die Grüße von der hohen See gefreut hat, danke ich Ihnen und Ihrer Besatzung von ganzem Herzen für Ihre freundlichen Glückwünsche = Die Stadt Wien, die jetzt im Glanz der Vorweihnachtszeit steht, sendet Ihnen, Ihren Besatzungsmitgliedern und Ihrem schönen Schiff alle guten Wünsche für ein frohes Weihnachtsfest und für eine glückliche Fahrt ins Neue Jahr - Mit freundschaftlichen Grüßen Franz Jonas Bürgermeister der Stadt Wien."

\- - -

Amtlicher Wohnungstausch-Anzeiger

18. Dezember (RK) Die neueste Nummer des Amtlichen Wohnungstausch-Anzeigers ist soeben - 28 Seiten stark - erschienen. Der Wohnungstausch-Anzeiger enthält wie immer Tauschangebote aus sämtlichen Wiener Bezirken, in Spezialrubriken Tauschangebote von Hauswartwohnungen und Angebote aus den Bundesländern und aus dem Ausland.

Der Wohnungstausch-Anzeiger ist um 1.50 Schilling in den Wiener Trafiken und im Tauschreferat, 1, Doblhoffgasse 6, erhältlich. Eine Einschaltung in die nächste Nummer, die am 4. Februar 1965 erscheint, kann bis spätestens 21. Jänner vorgenommen werden.

\- - -

Straßenbahnpreis zu den Feiertagen

18. Dezember (RK) Am Freitag, dem 25. (Christtag) und Samstag, dem 26. Dezember (Stephanitag) sowie am Freitag, dem 1. Jänner (Neujahr) gilt auf der Straßenbahn, Stadtbahn, auf den Autobuslinien und im Gemeinschaftstarif mit der Schnellbahn der Sonntagsfahrpreis. An diesen Tagen gelten daher die Sonn- und Feiertags-Zweifahrtenfahrscheine zu 5,50 Schilling im Tarifgebiet I oder auf den Ausnahmetarifstrecken "Mauer-Mödling" und "Kagran-Groß-Enzersdorf", außerdem die Sonn- und Feiertags-Zweifahrtenfahrscheine für Kinder zu 50 g im Tarifgebiet I und II. Ungültig sind die Kurz- und Teilstrecken-, Hin- und Rückfahrscheine sowie sämtliche Wochenkarten.

Auf den Strecken des Tarifgebietes II gilt der Dreischilling-Fahrschein (im Vorverkauf 2,70 Schilling), auf den Aufzahlungsstrecken der Autobus-Anschlußlinien der Dreischilling-Fahrschein.

Die Vorverkaufsstellen sind am Donnerstag, dem 24. Dezember, von 6.30 Uhr bis 14 Uhr, Donnerstag, dem 31. Dezember, von 6.30 bis 16 Uhr, und Freitag, dem 1. Jänner, von 8 bis 14 Uhr geöffnet. Am Freitag, dem 25., und Samstag, dem 26. Dezember, bleiben sie geschlossen.

Die Kartenausgabekasse Wien 6, Rahlgasse 3, ist am Donnerstag, dem 24., und Donnerstag, dem 31. Dezember, von 8 bis 15 Uhr geöffnet, an Samstagen sowie an Sonn- und Feiertagen geschlossen.

Mit Rücksicht auf die Weihnachtsferien der Schulen findet der Wertmarkenverkauf bei allen Ververkaufsstellen ausnahmsweise bis einschließlich Samstag, den 9. Jänner, statt.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Abschluß der Budgetverhandlungen:

Die Städtischen Unternehmungen

19. Dezember (RK) Am heutigen letzten Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurden die Städtischen Unternehmungen behandelt. Stadtrat Schwaiger (ÖVP) erstattete das Referat über das Budget der Wiener Stadtwerke. Er führte aus:

"Ich habe heute die Ehre, Ihnen zum sechstenmal die Wirtschaftspläne der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1965 zur Beschlußfassung zu unterbreiten. Sie zeigen gerade kein sehr schönes Bild. Ausgaben von 3.891,4 Millionen Schilling stehen nur Einnahmen von 3.727,9 Millionen Schilling gegenüber, sodaß ich Sie heute bitten muß, einem Wirtschaftsplan mit einem voraussichtlichen Abgang von rund 263 Millionen Schilling Ihre Zustimmung zu erteilen. Es ist der höchste Abgang, den die Wiener Stadtwerke seit meiner Amtsführung als zuständiger Stadtrat für die Verwaltungsgruppe XII ausweisen.

1960 hatten die Wiener Stadtwerke laut Rechnungsabschluß einen Abgang von 119 Millionen Schilling, 1961 einen solchen von 36 Millionen Schilling, 1962 einen solchen von sieben Millionen Schilling, 1963 einen solchen von 89 Millionen Schilling, 1964 rechnen wir mit einem Abgang von rund 160 Millionen Schilling und für 1965 präliminieren wir, wie schon gesagt, einen solchen von rund 263 Millionen Schilling.

Nach einem absolut akzeptablen Ergebnis von 1962 stellen wir seither wieder ein ständiges Steigen des Abganges der Wiener Stadtwerke fest, und es erhebt sich mit Recht die Frage, wieso es zu diesem Steigen kommt, obwohl die Absatzziffern bei Gas und Strom ständig steigen und der Frequenzrückgang bei den Wiener Verkehrs-

./.

betrieben praktisch zum Stillstand gekommen ist. Gemäß dem alten kaufmännischen Grundsatz 'Je größer der Umsatz umso größer der Nutzen' steigen wohl die Einnahmen bei den Gas- und E-Werken, bei den Wiener Verkehrsbetrieben bleiben sie ungefähr gleich, doch leider Gottes steigen auf der anderen Seite, nämlich auf der Ausgabenseite, die notwendigen Aufwendungen immer mehr und mehr, und zwar in wesentlich größerem Ausmaß als die Einnahmen.

Steigende Mehrbelastungen

Lassen Sie mich nur einige wenige Ausgabenposten laut Ergebnis 1962 mit den Ansätzen für 1965 vergleichen:

Beim E-Werk betrugen die Löhne und Gehälter 1962 285 Millionen Schilling. Für das Jahr 1965 sind sie mit 316 Millionen präliminiert, beim Gaswerk 1962 151 Millionen Schilling, 1965 183 Millionen Schilling, bei den Verkehrsbetrieben 1962 815 Millionen Schilling, 1965 927 Millionen Schilling, also insgesamt stellen wir allein auf dem Sektor der Personalkosten eine Steigerung gegenüber 1962 von rund 200 Millionen Schilling fest, die wir unserem Personal von ganzem Herzen gönnen, an denen wir aber schwer zu würgen haben.

Ähnlich verhält es sich auf dem Gebiet des Zinsendienstes für das Fremdkapital. So erfreulich es ist, daß wir in den letzten Jahren wirklich sehr viel in unsere Stadtwerke investieren konnten, so bedauerlich ist es, daß ein Großteil dieser Investitionen nicht durch eigene Mittel gedeckt werden konnte, sondern daß zu diesem Zweck erhebliche Fremdmittel herangezogen werden mußten. Die Folge davon ist, daß natürlich auch die Tilgungs- und Zinsenlast erheblich gestiegen ist. Betrug sie im Jahre 1962 92 Millionen Schilling, so ist diese Post für 1965 mit 180 Millionen Schilling präliminiert, was eine Steigerung um 88 Millionen Schilling bedeutet.

Aber noch einen Umstand müssen wir beim Vergleich Rechnungsabschluß 1962 und Präliminare 1965 berücksichtigen. 1962 gab die Hoheitsverwaltung den Verkehrsbetrieben eine Subvention von 100 Millionen Schilling, wodurch der Abgang um diesen Betrag gesenkt wurde, während 1965 die Hoheitsverwaltung, es sei ihr dafür herzlich gedankt, den Wiener Stadtwerken wieder 100 Millionen Schilling zur Verfügung stellt, jedoch nicht als Subvention, sondern als Aufstockung des Eigenkapitals, sodaß sich diese 100 Millionen Schilling wohl kassenmäßig, aber nicht erfolgsmäßig auswirken.

./.

Aus dieser kurzen und absolut nicht alle Komponenten umfassenden Aufzählung der seit 1962 aufgetretenen Mehrbelastungen der Wiener Stadtwerke kann man klar die Ursachen des ständigen Steigens des Abganges ersehen. Er wäre ohne Zweifel wesentlich höher, wenn nicht alle maßgeblichen Stellen ständig bemüht wären, durch eisernes Sparen und ständiges Rationalisieren die Ausgaben möglichst zu drosseln, wofür ich namens des Wiener Gemeinderates herzlich Dank sagen möchte.

Trotzdem Optimismus

Wenn die Dinge also doch etwas düster aussehen, möchte ich doch eher für einen gesunden Optimismus als für einen Pessimismus gegenüber unseren Stadtwerken eintreten. Denn nicht infolge schlechter Führung oder verschwenderischer Verwaltung sind unsere Stadtwerke in ihre derzeit etwas triste Situation gekommen - sie war übrigens zeitweise schon viel trostloser als heute -, sondern wir wissen die Ursachen ganz genau und können sie auch leicht analysieren. Werfen wir doch einen kleinen Blick zurück. In der Zwischenkriegszeit mit ihren wirtschaftlichen Schwierigkeiten war es nicht möglich, den einzelnen Teilunternehmungen das zu geben, was ihnen hätte gegeben werden müssen. Der zweite Weltkrieg und die damit verbundene wirtschaftliche Totalzerstörung verhinderten lange Zeit die notwendige Erneuerung und den modernen Ausbau unserer Unternehmungen. Als es dann möglich war, hatten die Stadtwerke lange Zeit schwer darunter zu leiden, daß sie in dem von uns geführten Drittel der Verwaltung lagen und bei den anderen zwei Dritteln nicht immer das notwendige Verständnis fanden. Statt ihnen zumindest das ihre zu belassen, um den immer größeren Anforderungen gerecht werden zu können, hat man ihnen noch Belastungen auferlegt, die zu tragen nicht ihre Sache war und die zu tragen sie ohne Substanzverlust nicht imstande waren.

Doch ich kann und muß gerechterweise feststellen, daß sich seit längerer Zeit die Dinge wesentlich geändert haben und man auch auf der anderen Seite nun eingesehen hat, daß man die Wiener Stadtwerke nicht quasi in ihrem eigenen Fett schmoren lassen dürfe, sondern daß man ihnen, will man nicht der ganzen Stadtverwaltung und der ganzen Wiener Bevölkerung nicht gutzumachenden Schaden zufügen, helfend unter die Arme greifen müsse.

./.

Unter diesem Aspekt kam es dann noch unter meinem Vorgänger Herrn Dkfm. Nathschläger zum ersten Fünf-Jahres-Investitionsplan in der Höhe von rund 1.250 Millionen Schilling, der die Möglichkeit schuf, viele Versäumnisse auf dem Investitionssektor einigermaßen nachzuholen und vor allem den Wiener E-Werken grünes Licht für den so wichtigen Ausbau der Stromerzeugungsanlagen gab. Den Verkehrsbetrieben wurde eine Reihe von Belastungen abgenommen, es wurde eine Kostenteilung zwischen der Geschäftsgruppe VI und den Verkehrsbetrieben für jene Umbauten der Magistratsabteilung 28 getroffen, an denen auch die Verkehrsbetriebe beteiligt waren und vor allem wurde in den letzten vier Jahren den Verkehrsbetrieben von der Finanzverwaltung eine Subvention von insgesamt 350 Millionen Schilling gegeben, wodurch die Erstellung der Wirtschaftspläne für diese Jahre wesentlich erleichtert und eine Reihe von Investitionen ermöglicht wurde, die zu einer wesentlichen Verbesserung der Versorgung der Wiener Bevölkerung mit Strom und Gas beitrugen, weil die Subventionierung der Verkehrsbetriebe durch E-Werk und Gaswerk um diese Summe herabgesetzt werden konnte.

Die Wiener Stadtwerke sind für diese Sinnesänderung sehr, sehr dankbar und ich freue mich wirklich, heute feststellen zu können, daß die Wirtschaftspläne 1965 eine Dokumentation einer verstärkten positiven Einstellung zu den schwierigen Problemen der Wiener Stadtwerke von seiten aller zuständigen Instanzen darstellen. Zwei Dinge fallen bei den Wirtschaftsplänen für 1965 auf. Erstmalig erklärt sich die Hoheitsverwaltung bereit, eine Aufstockung des Eigenkapitals der Wiener Stadtwerke vorzunehmen. Es ist uns ja allen bekannt, daß das Verhältnis Eigenkapital zu Fremdkapital bei den Wiener Stadtwerken sich schon etwas besorgniserregend entwickelt hat, wodurch vor allem der jährliche Zinsendienst von Jahr zu Jahr steigt und eine immer schwerere Belastung für die Wiener Stadtwerke darstellt. Die für 1965 vorgesehene Aufstockung beträgt wohl nur 100 Millionen Schilling, aber ich will hoffen, ja ich bin überzeugt, daß dies nur ein Anfang ist und in absehbarer Zeit ein gesundes Verhältnis zwischen Eigen- und Fremdkapital hergestellt werden wird und damit ein wesentlicher Schritt zur Gesundung unserer Stadtwerke getan wird. Das zweite ins Auge fallende Merkmal der Wirtschaftspläne 1965 ist das Anlaufen eines großen für das Gaswerk auf 5 Jahre, für das E-Werk auf sieben Jahre und für die Verkehrsbetriebe auf 15 Jahre sich er-

./.

erstreckenden Investitionsplanes mit einem Gesamtbetrag von 3,3 Milliarden Schilling, von denen bereits 1965 500 Millionen zum Tragen kommen. Mit diesem Betrag von 3,3 Milliarden Schilling wird es möglich sein, den restlichen Teil des Wagenparks unserer Verkehrsbetriebe zu erneuern und die bereits so dringend notwendige Hauptwerkstätte fertigzustellen und damit einen wesentlichen Beitrag zur Rationalisierung und wirtschaftlichen Führung unserer Verkehrsbetriebe zu leisten.

Mit dem für die beiden anderen Teilunternehmungen übrig bleibenden Betrag von rund 1.650 Millionen Schilling müßte dem Gas- und E-Werk doch das gelingen, was Dr. Lueger vermochte, die Erzeugungsstätten und Leitungsnetze dieser beiden Energiequellen so auszubauen und zu modernisieren, daß sie trotz steigendem Absatz von Strom und Gas, die Anforderungen, welche die Wiener Bevölkerung, die Wiener Industrie und die Wiener Wirtschaft an sie stellen, mit wesentlich geringeren Investitionen auf Jahre hinaus zufriedenstellen können. Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, mein Optimismus, daß wir doch in absehbarer Zeit auch mit unseren Stadtwerken über den Berg kommen. Und nun zu den einzelnen Zahlen des Wirtschaftsplanes 1965:

263,5 Millionen Abgang

Im kommenden Wirtschaftsjahr wird der Gesamtaufwand der Wiener Stadtwerke wie erwähnt die Höhe von 3.891,4 Millionen Schilling erreichen, dem Einnahmen von 3.727,9 Millionen Schilling gegenüberstehen, es ergibt sich somit für 1965 ein Abgang von 263,5 Millionen Schilling, das sind 7,06 Prozent des Gesamtaufwandes.

Bei allen vier Teilunternehmungen konnte gegenüber dem Rechnungsabschluß 1963 ein Mehrerlös von insgesamt 219,3 Millionen Schilling in Ansatz gebracht werden, denen Mehraufwendungen in der Höhe von insgesamt 392,9 Millionen Schilling gegenüberstehen.

Gegenüber dem Budget für das Jahr 1964 konnte bei allen Teilunternehmungen ein Mehrerlös von 26,2 Millionen Schilling erreicht werden, dem ein Mehraufwand von 204,9 Millionen Schilling gegenübersteht. Der Gesamtaufwand der Wiener Stadtwerke für 1965 weist gegenüber dem Budget für 1964 eine Steigerung um rund 6,3 Prozent auf. Im Verhältnis zum Budget der Hoheitsverwaltung, welches eine 8,8prozentige Steigerung gegenüber dem Budget für 1964

./.

aufweist, ist der veranschlagte Abgang der Wiener Stadtwerke mit 7,06 Prozent wieder über dem Prozentsatz des Budgetabganges der Hoheitsverwaltung mit 2,6 Prozent gelegen. Die Wiener Stadtwerke erreichen 1965 53 Prozent der Ausgaben des Budgets der Hoheitsverwaltung und rund 51,2 Prozent der Einnahmen.

Die Elektrizitätswerke präliminieren für 1965 Aufwendungen ohne Subventionen in der Höhe von 1.590,1 Millionen Schilling, denen Erträge in der Höhe von 1,756,7 Millionen Schilling gegenüberstehen; sie rechnen daher mit einem Betriebsgewinn von 166,6 Millionen Schilling.

Die Gaswerke weisen einen Aufwand ohne Subventionen in der Höhe von 870,5 und Erträge von 941,8 Millionen Schilling aus. und rechnen ebenfalls mit einem betrieblichen Überschuß von 71,3 Millionen Schilling.

Die Städtische Bestattung präliminiert Aufwendungen in der Höhe von 120,2 Millionen Schilling und Erträge von 121 Millionen Schilling, woraus sich ebenfalls ein Gewinn in der Höhe von 0,8 Millionen Schilling ergibt.

Die Verkehrsbetriebe weisen einen Aufwand von 1.602,5 Millionen Schilling aus, denen Erträge ohne Subventionen in der Höhe von 1.100,2 Millionen Schilling gegenüberstehen, der betriebliche Abgang wird sich 1965 auf rund 502,3 Millionen Schilling belaufen. Vergleicht man den Abgang ohne Subvention der Verkehrsbetriebe für 1965 mit 502,3 Millionen Schilling mit jenem des Abschlusses 1963 von 400,2 Millionen Schilling, so ergibt sich eine Zunahme von 102,1 Millionen Schilling. Davon entfallen rund 71,3 Millionen Schilling auf den Personalsektor, 26,8 Millionen Schilling für erhöhten Zinsenaufwand, 1,5 Millionen Schilling auf das höhere Entgelt an die Österreichische Bundesbahn für die Personenbeförderung auf der Schnellbahn, der Rest auf verschiedene Aufwandsposten.

Die Einzelergebnisse der Teilunternehmungen einschließlich der Subventionen zeigen in Gegenüberstellung zum Budget 1964 und zum Abschluß 1963 folgendes Bild:

Die Elektrizitätswerke weisen für 1965 einen Gewinn von 44,6 Millionen Schilling aus, der Abschluß 1963 brachte 79 Millionen Schilling Reingewinn.

Die Gaswerke präliminieren einen Gewinn von 1,3 Millionen Schilling gegenüber einem Verlust von 9,7 Millionen Schilling im Abschluß 1963. ./.

Die Verkehrsbetriebe weisen für 1965 einen Verlust von mehr als 310,3 Millionen Schilling aus, der Abschluß 1963 weist einen Verlust von 160,1 Millionen Schilling aus.

Die Bestattung präliminiert für 1965 einen Gewinn von 0,8 Millionen, der Abschluß 1963 weist einen solchen von 0,9 Millionen Schilling aus.

Die Wiener Stadtwerke zusammen rechnen also für 1965 mit einem Abgang von 263,5 Millionen Schilling, gegenüber einem solchen von 84,8 Millionen Schilling im Budget 1964 und gegenüber dem Rechnungsabschluß 1963 mit 89,9 Millionen Schilling. Die Elektrizitätswerke und Gaswerke werden wie alljährlich auch 1965 namhafte Beträge aus ihrem Betriebsgewinn als Subventionen an die Verkehrsbetriebe geben müssen, und zwar leisten die Elektrizitätswerke 122 Millionen Schilling und die Gaswerke 70 Millionen Schilling. Die Städtische Bestattung wird den Verkehrsbetrieben ein Darlehen von 4,5 Millionen Schilling geben, das im Finanzplan ausgewiesen wird. Die Hoheitsverwaltung wird, wie schon erwähnt, 1965 erstmalig eine Kapitalaufstockung, wenn auch im bescheidenen Ausmaß von 100 Millionen Schilling vornehmen.

Erfolgspläne der Teilunternehmungen

Die Elektrizitätswerke konnten im Jahre 1963 2.067,3 Millionen kWh elektrischer Energie verkaufen. Der voraussichtliche Stromverkauf im laufenden Wirtschaftsjahr 1964 wird mit 2.233 Millionen kWh angenommen und um 64 Millionen kWh geringer sein als der Ansatz im Wirtschaftsplan.

Im Erfolgsplan 1965 wird der Stromverkauf auf 2.412 Millionen kWh geschätzt, das ist um acht Prozent höher, als für das Jahr 1964 angenommen werden kann. Dazu werden 50,6 Prozent in den eigenen Dampfkraft- beziehungsweise Wasserkraftwerken erzeugt, 49,9 Prozent müssen von der Verbundgesellschaft um nicht weniger als 425,5 Millionen Schilling gekauft werden.

Auf Grund der entsprechenden Ergebniszahlen pro 1963 beziehungsweise des ersten Halbjahres 1964 wurde der voraussichtliche Brennstoffverbrauch für den in den eigenen Dampfkraftwerken zu erzeugenden Strom ermittelt und zwar: Erdgaseinsatz 177 Millionen Kubikmeter, Heizöl 132.143 Tonnen und 179.356 Tonnen Kohle, wobei zu bemerken ist, daß die Brennstoffkosten pro Kilowattstunde für 1965 gegenüber der Abschlußziffer 1963 gesenkt werden konnten.

./.

Die Verteilung des Stromverkaufes nach Abnehmergruppen wurde den Erfahrungszahlen des Geschäftsjahres 1963 angepaßt und eine Abgabemenge von 2.412 Millionen kWh dem Erfolgsplan 1965 zugrundegelegt.

Die Gaswerke haben im Jahre 1963 706,4 Millionen Kubikmeter Stadtgas ab Werk abgegeben, die Verkaufsmenge betrug 685,2 Millionen Kubikmeter. Der Erfolgsplan für 1964 sah eine Gaserzeugungsmenge von 750 Millionen Kubikmeter vor, es werden jedoch nur 730 Millionen Kubikmeter erreicht werden können. In der Annahme einer Zuwachsrate von 7,5 Prozent läßt sich die für 1965 zu erwartende Gasabgabeziffer auf rund 785 Millionen Kubikmeter veranschlagen.

Die eingesetzte Erdgasmenge erfährt nach 1965 wieder eine Steigerung, und zwar von 350,4 Millionen Kubikmeter auf 372,1 Millionen Kubikmeter. Dafür ist der Ansatz für die zur Entgasung eingesetzte Kohle von 350.000 Tonnen im Jahre 1964 auf 320.000 im Jahre 1965 zurückgegangen. Der Durchschnittspreis der Kohle pro Tonne ist im Jahre 1965 niedriger als im Jahre 1964. Der Anfall von Koks wird entsprechend dem etwas niedrigeren Kohlendurchsatz geringer sein als 1964, und zwar 248.000 Tonnen gegenüber 277.000 Tonnen 1964. Der Durchschnittserlös für Koks ist gegenüber 1964 fast gleich geblieben.

Die Verkehrsbetriebe rechnen für 1965 beim Einheitstarif mit einer Beförderungsleistung von 451,5 Millionen Fahrten, beim Autobus-Sondertarif mit 21 Millionen, zusammen also mit 472,5 Millionen Fahrten, gegenüber 1964 mit zusammen 472,7 Millionen. Der Rechnungsabschluß 1963 wies insgesamt 472,6 Millionen Fahrten aus. Die dem Jahre 1965 zugrundegelegte Beförderungsleistung entspricht den in den Jahren 1962 und 1963 erzielten Fahrgastfrequenzen. Die davon abweichende etwas höher präliminierte Frequenz für das Jahr 1964 ist auf die durch die WIG 1964 bedingte höhere Inanspruchnahme der Verkehrsmittel zurückzuführen. Die Entwicklung des Durchschnittserlöses je Fahrgast ist unterschiedlich. Beim Einheitstarif ist ein leichtes Steigen, beim Autobus-Sondertarif hingegen ein geringes Sinken gegenüber den Vorjahren zu verzeichnen. Für 1965 wird beim Einheitstarif ein Durchschnittserlös von 185,3 Groschen pro Fahrgast, beim Autobus-Sondertarif 178 Groschen je Fahrgast angenommen.

./.

Die Städtische Bestattung hat in ihrem Wirtschaftsplan für 1965 die Ansätze für die voraussichtliche Anzahl der Bestattungsfälle entsprechend der Normalsterblichkeit gegenüber den Ansätzen des Vorjahres fast unverändert mit 27.850 Fällen angenommen.

Aufwand und Erträge

Der Gesamtaufwand aller vier Teilunternehmungen beziffert sich für 1965 auf 4.375,4 Millionen Schilling gegenüber 4.117,3 Millionen Schilling im Erfolgsplan 1964, das ergibt eine Steigerung um 6,3 Prozent. Die Erträge aller vier Teilunternehmungen erhöhen sich von 4.032,5 Millionen Schilling auf 4.111,9 Millionen Schilling, die Steigerung ergibt hier lediglich zwei Prozent.

Das Personal

Die Gesamtzahl inklusive kaufmännischer Lehrlinge und bei der Bestattung fallweise Beschäftigter beträgt für 1965 19.425 Aktive gegenüber 19.577 Bedienstete im Jahre 1964. Es ergibt sich somit eine Verringerung des Gesamtpersonalstandes der Wiener Stadtwerke um 152 Bedienstete, die aus einer Erhöhung um 43 Bediensteten bei den Elektrizitätswerken, aus einer Verminderung um zwölf Bedienstete bei den Gaswerken, um 171 Bedienstete bei den Verkehrsbetrieben und um zwölf Bedienstete bei der Bestattung resultiert.

Im einzelnen entfallen auf die Elektrizitätswerke 4.033, auf die Gaswerke 2.223, auf die Verkehrsbetriebe 12.608 und auf die Bestattung 561. In diesen Personalständen sind insgesamt 159 kaufmännische Lehrlinge enthalten.

Bei den Pensionisten wird 1965 eine Zunahme um 31 Pensionisten, und zwar von 18.844 auf 18.875 angenommen, wobei die Elektrizitätswerke eine Zunahme um 108, die Gaswerke eine Zunahme um 41, die Verkehrsbetriebe eine Reduzierung um 123 und die Bestattung eine Zunahme um fünf Pensionisten verzeichnen. Die 18.875 Pensionsparteien gliedern sich in 9.507 Ruhegenuß- und in 9.368 Versorgungsgenußempfänger.

Der Gesamtstand an Aktiven und Pensionsparteien bei den Wiener Stadtwerken wird 1965 38.300 gegenüber 38.421 pro 1964 umfassen. Der tatsächliche Stand der Aktiven, ermittelt per 31. Oktober 1964, beträgt 18.278 Aktive (inklusive Lehrlinge). Daraus erzielt man,

daß gegenüber dem notwendigen Sollstand den Stadtwerken mehr als 1000 Bedienstete fehlen, das Gros des Fehlbestandes, nämlich rund 850 Bedienstete, ist bei den Verkehrsbetrieben gegeben.

Investitionspläne

Die Wiener Stadtwerke beabsichtigen 1965 Investitionen im Gesamtwert von 1.124,4 Millionen Schilling durchzuführen. Die Wünsche der einzelnen Unternehmungen sind bekanntlich immer größer und anläßlich der Vorberatungen bei den Direktionen, bei der Generaldirektion und schließlich bei der Perlustrierung zuerst durch mich und dann beim Herrn Finanzreferenten konnten die Investitionswünsche in einen gewissen Rahmen gebracht werden. Trotzdem müssen von dem vorgesehenen Investitionsvolumen von 1.124,4 Millionen Schilling 94 Millionen Schilling gesperrt werden, sodaß vorläufig 1.030,4 Millionen Schilling zur Verfügung stehen, also doch eine namhafte Investitionssumme, die um rund 209,6 Millionen Schilling höher ist als die im Wirtschaftsplan des Jahres 1964 zur Verfügung stehende Summe. Die vorläufige Sperre kann bei Besserung der Ertragslage wieder aufgehoben werden. Eine beachtlicher Teil dieser Investitionen soll durch die Aufnahme einer Anleihe in der Höhe von 500 Millionen Schilling gedeckt werden, von der nach Abzug der Anleihekosten die Elektrizitätswerke 170 Millionen Schilling, die Gaswerke 200 Millionen Schilling und die Verkehrsbetriebe 130 Millionen Schilling erhalten werden.

Im einzelnen stehen den Teilunternehmungen in Gegenüberstellung zu den Investitionssummen des ablaufenden Wirtschaftsjahres folgende freie Mittel zur Verfügung:

Die Elektrizitätswerke präliminieren für 1965 513,1 Millionen Schilling, 1964 waren es 493,4 Millionen Schilling. Die Gaswerke planen 1965 Investitionen im Betrage von 300,2 Millionen Schilling gegenüber 155,4 im Jahre 1964, die Verkehrsbetriebe haben für 1965 einen Investitionsplan von 210,8 Millionen Schilling vorgesehen, 1964 waren 166,8 Millionen Schilling für Investitionen eingesetzt. Die Bestattung sieht 1965 6,1 Millionen Schilling gegenüber 1964 mit fünf Millionen Schilling vor.

./.

Die Elektrizitätswerke verwenden die frei verfügbaren 513,2 Millionen Schilling folgendermaßen:

Im ordentlichen Investitionsprogramm: Für den Ausbau der Kraftwerke Simmering und Engerthstraße 70,7 Millionen Schilling, für Umspann- und Unterwerke 78,8 Millionen Schilling, für Leitungsnetze 120,1 Millionen Schilling, für die Energieversorgung für die Verkehrsbetriebe 6,95 Millionen Schilling für Ortsnetze 18,4 Millionen Schilling, für den Kundendienst und Meßeinrichtungen 17,2 Millionen Schilling und für sonstige Dienststellen, Transportmittel usw. 10,3 Millionen Schilling.

An besonders interessanten Details aus dem Investitionsplan der Elektrizitätswerke wären zu erwähnen: Für die Fertigstellung der Kühlwasserversorgungsanlage im Dampfkraftwerk Simmering sind 1965 13,6 Millionen Schilling vorgesehen. Durch dieses Kühlwassereinlaufbauwerk in Caissonbauweise wird die gesamte Wasserführung des Donaukanals durch das Elektrizitätswerk Simmering geleitet. Für die Errichtung eines neuen Auslaufbauwerkes in Simmering sind sieben Millionen Schilling und für die Erweiterung des Öl- und Kohlenlagers 6,25 Millionen Schilling eingesetzt. Entsprechend den nach wie vor steigenden Stromverbrauch wird auch im Jahre 1965 der Bau von Umspann- und Unterwerken in forciertem Tempo fortgesetzt. So sind für die Weiterführung des Neubaues des Umspannwerkes Gaudenzdorf 15,5 Millionen Schilling, des Umspannwerkes Mariahilf 15,2 Millionen Schilling, des Umspannwerkes Michelbeuern zwölf Millionen Schilling und des Umspannwerkes Währing ebenfalls zwölf Millionen Schilling vorgesehen. In Kaiser-Ebersdorf wird ebenfalls ein neues Umspannwerk errichtet, wofür 1965 sechs Millionen Schilling eingesetzt sind. Die Umschaltung der restlichen Anschlüsse von Gleich- auf Wechselstrom wird im ersten Quartal 1965 beendet sein.

Im außerordentlichen Investitionsprogramm sind für die Fertigstellung der 100/110 MW-Dampfanlage, dem Block IV 70,5 Millionen Schilling und für die Weiterführung der Errichtung des Blockes V, ebenfalls einer 100/110 MW-Dampfanlage, sind 120 Millionen Schilling vorgesehen.

Die <u>Gaswerke</u> planen für 1965 Investitionen im Gesamtbetrag von 300,27 Millionen Schilling. Diese Investitionen verteilen sich auf folgende Gruppen: Für das Werk Simmering sind 35,95 Millionen Schilling, für das Werk Leopoldau 41,72 Millionen Schilling vorgesehen.

./.

Für die Fertigstellung von Neuverlegungen und Rohrauswechslungen im Rohrnetz sind fünf Millionen Schilling und für die Anschaffung von Gaszählern und Hausdruckreglern 15,3 Millionen Schilling eingesetzt. 2,3 Millionen Schilling sind für sonstige Betriebsstellen, Einrichtungsgegenstände und Kraftwagen ausgeworfen. Im außerordentlichen Investitionsprogramm, das 1965 mit 200 Millionen Schilling dotiert ist, ist die Errichtung von Gasentgiftungsanlagen zu den bestehenden Erdgas- und Wasserdampfanlagen einschließlich Gasbehälter und sonstiger notwendiger Nebeneinrichtungen in beiden Werken geplant, wofür 1965 55 Millionen Schilling eingesetzt sind. Zehn Millionen Schilling sind für die Errichtung von Gaserzeugungsanlagen zur Spitzenversorgung im Winter vorgesehen. Um fünf Millionen Schilling werden Behälteranlagen für Leichtbenzin als Rohstoffbasis zur Gasspitzendeckung errichtet. Für die Erweiterung der Kesselhäuser und Aufstellung neuer Dampfkessel für die Gaserzeugung und Gasförderung in beiden Werken sind zehn Millionen Schilling vorgesehen. Ebenfalls in beiden Werken wird mit der Neuaufstellung größerer Stadtgasförderungsgebläse begonnen, wofür 17 Millionen Schilling eingesetzt sind. Zur Deckung des Spitzenbedarfes an Nutzwasser werden in beiden Gaswerken neue Tiefbrunnen gegraben, welche vier Millionen Schilling kosten werden. Um fünf Millionen Schilling werden in den Werken neue Großrohrleitungen verlegt. Für den Rohrnetzausbau und den Bau einer Regleranlage im Stadtgebiet sind 80 Millionen Schilling und für Rohrauswechslungen 14 Millionen Schilling vorgesehen.

Die Verkehrsbetriebe planen für 1965 Investitionen mit einem Gelderfordernis von 215,4 Millionen Schilling. Das ordentliche Investitionsprogramm sieht für substanzerhaltende und verkehrsverbessernde Investitionen 83,15 Millionen Schilling vor, wovon jedoch vorerst 4,6 Millionen Schilling gesperrt sind. Die außerordentlichen Investitionen erfordern einen Betrag von 132,27 Millionen Schilling und gliedern sich in solche, welche durch Umbauten des Stadtbauamtes verursacht sind und einen Betrag von 36,77 Millionen Schilling erfordern, ferner Restzahlungen aus dem abgelaufenen Fünfjahresplan mit 6,5 Millionen Schilling und Investitionen von 89 Millionen Schilling, welche in den Rahmen des neuen Fünfzehnjahresplanes fallen. Unter den ordentlichen Investitionen sind

./.

für die Substanzerhaltung der Gleisanlagen 22 Millionen Schilling vorgesehen. Für den Bau einer Schleife für die Linie 58 in Unter-St. Veit sind 3,16 Millionen Schilling eingesetzt. In der Sandleitengasse, und zwar von der Thaliastraße bis Wilhelminenstraße wird für die Linie 10 eine Gleisneulegung durchgeführt, welche 6,5 Millionen Schilling kosten wird. Für Verbesserung der Wagenausstattung sind 3,65 Millionen Schilling vorgesehen und der Umbau von 20 Beiwagen für den schaffnerlosen Betrieb wird 1965 1,6 Millionen Schilling erfordern. Für die Fertigstellung des Umbaues des Bahnhofes Grinzing in eine Autobusgarage sind 1965 noch 4,3 Millionen Schilling notwendig. Für den Betrag von 8,5 Millionen Schilling werden Autobusse angekauft. Die außerordentlichen Investitionen sehen für Gleisbauten im Zusammenhang mit Großbauvorhaben des Stadtbauamtes 34,4 Millionen Schilling vor, wovon jedoch von der Magistratsabteilung 28 rund die Hälfte rückvergütet wird. Weiter ist der Abschluß der Investitionen im Zusammenhang mit der Totmanneinrichtung beim Stadtbahnbetrieb mit 6,5 Millionen Schilling zu nennen. Der 1965 anlaufende Fünfzehnjahresplan sieht für die Detailplanung und Vorarbeiten zum Bau einer Zentralwerkstätte zehn Millionen Schilling vor und im Fahrpark sind für den Ersatz für auszuscheidende überalterte Wagen 79 Millionen Schilling eingesetzt.

Die von der Bestattung ausgewiesenen Investitionen im Gesamtbetrag von 6,1 Millionen Schilling umfassen Anschaffungen von drei Totentransport-Kraftwagen und drei Blumenwagen mit 0,9 Millionen Schilling, bauliche Herstellungen in der Filiale Schlesingerplatz, fünf Friedhofs-Aufbahrungshallen mit 0,7 Millionen Schilling sowie verschiedene Anschaffungen für den Sargerzeugungsbetrieb Wien-Atzgersdorf in der Höhe von 1,1 Millionen Schilling. Für die Ausgestaltung von Filialen und für die Anschaffung von Geräten sowie von Betriebs- und Geschäftsausstattungen sind 3,4 Millionen Schilling vorgesehen.

Finanzplan

Der Finanzplan weist ein Gelderfordernis von 1.793,64 Millionen Schilling aus, dem eine Geldbedeckung von nur 1.179,64 Millionen Schilling gegenübersteht. Das unbedeckte Gelderfordernis beträgt daher 614 Millionen Schilling, davon werden durch Sperren im Investitionsplan 94 Millionen Schilling gedeckt, sodaß ein offenes

./.

Gelderfordernis von 520 Millionen Schilling verbleibt, das durch die schon erwähnte Anleihe von 500 Millionen Schilling und ein Darlehen von 20 Millionen Schilling an die Verkehrsbetriebe gedeckt werden soll.

Erstmalig enthält der Finanzplan 100 Millionen Schilling für eine Kapitalaufstockung durch die Gemeinde Wien. Es ist dies als erster Lichtblick für die Zukunft für eine endlich in die Wege zu leitende Sanierung der Stadtwerke zu werten, wohl ist das Ausmaß der Aufstockung als viel zu gering zu bezeichnen.

Zusammenfassend muß gesagt werden, daß die Erstellung der Wirtschaftspläne der Teilunternehmungen für 1965 wie jedes Jahr mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden war. Das mit 1965 anlaufende mehrjährige Investitionsprogramm sieht beim Elektrizitätswerk den Bau weiterer Stromversorgungsanlagen und den Ausbau des Verteilernetzes vor. Die Gaswerke planen neben dem Neubau von weiteren Gaserzeugungsanlagen zur Spitzenversorgung den Bau von Gasbehältern sowie den Bau von Konvertierungsanlagen. Die Investitionen der Wiener Verkehrsbetriebe werden den Bau einer Zentralwerkstätte sowie den Ersatz für auszuscheidende überalterte Wagen umfassen."

\- - -

Wien hat neue Nordeinfahrt:

Stadtautobahn von Prager Straße über Donau und Kanal bis zum Gürtel

19. Dezember (RK) Um 15.30 Uhr wird Bürgermeister Jonas die Stadtautobahnen der Wiener Nordeinfahrt feierlich eröffnen. Das vier Kilometer lange Straßensystem beginnt bei der Prager Straße, geht - den Fußgängerdurchlaß Arnoldgasse und die Jedleseer Straße überspannend - entlang der aufgelassenen Nordwestbahntrasse bis zur Donau. Hier beginnt die dritte Wiener Straßenbrücke, "Nordbrücke" genannt, die fast einen Kilometer lang ist und anstelle der alten Eisenbahnbrücke der Nordwestbahn errichtet wurde. Am rechten Donauufer setzt sich dieses Stadtautobahn-System einerseits in einer Abfahrtsrampe zur Brigittenauer Lände, andererseits in der mehr als 200 Meter langen Einbahn-Brücke über den Donaukanal fort. Am rechten Donaukanalufer mündet die Brückenabfahrt in die Nußdorfer Lände. Dieser Straßenzug bildet die sogenannte rechtsufrige Donaukanalbegleitstraße, die als Richtungsfahrbahn vorläufig bis zur Heiligenstädter Brücke führt, nach Räumung eines 4.500 Quadratmeter großen Grundstückes jedoch bis zur Gürtelbrücke führen wird. Sie hat dann über diese Brücke einen direkten und kreuzungsfreien Anschluß an den Döblinger Gürtel.

Die Festgäste der heutigen Eröffnung treffen einander in Floridsdorf bei der Einmündung des neuen Straßenzuges in die Prager Straße. Hier wird nach einem Platzkonzert der Floridsdorfer Bezirksvorsteher Emerling die Festgäste begrüßen. Stadtrat Heller wird in seiner Ansprache die technische Seite und den Kostenpunkt des gewaltigen neuen Verkehrsprojektes umreißen. Hierauf folgt die Festrede von Bürgermeister Jonas. Dann begeben sich die Festgäste zur Brückenmitte, die zugleich die Grenze zwischen dem 21. und dem 20. Bezirk bildet. Nach Durchschneiden des Bandes wird der Bürgermeister die Brücke und die dazugehörigen Straßenzüge in die Obhut des Ministeriums für Handel und Wiederaufbau übergeben, das künftighin für deren Erhaltung verantwortlich zeichnet. Nach einer Ansprache von Staatssekretär Kotzina wird der Brigittenauer Bezirksvorsteher Koblizka ein Grußwort sprechen, worauf man sich weiter zur Nußdorfer Brücke begibt, wo die Eröffnungsgäste vom Döblinger Bezirksvorsteher Opfermann empfangen werden. Im Anschluß daran ist eine Befahrung der Donaukanalbegleitstraßen im rechten und linken Donaukanalufer vorgesehen. ./.

Gesperrt bis 15.30 Uhr:

Reiche Ernte der letzten Wahlperiode zur Gänze eingebracht

Bürgermeister Jonas eröffnete und wünscht "Gute Fahrt!"

19. Dezember (RK) Das Werk, das wir heute seiner Bestimmung übergeben, spricht für sich selbst und lobt seine Meister. Und deshalb kann meine Rede kurz sein. Das Verkehrsbauwerk Nordbrücke mit seinen Anschlüssen soll der symbolische Abschluß des Arbeitsjahres 1964, aber auch der Abschluß der Wahlperiode 1959 bis 1964 sein. Damit ist die reiche Ernte dieser Wahlperiode zur Gänze eingebracht. Wir können mit Genugtuung feststellen, daß der Gemeinderat seine Ziele erreichte, die er sich im Jahre 1959 vornahm und die Versprechen einlöste, die er der Wiener Bevölkerung gab. Deshalb meine Feststellung, die ich mit einem herzlichen Dank an alle unsere Mitbürger verbinde, daß die abgelaufene Wahlperiode zu den fruchtbarsten und erfolgreichsten zählt. Sie hat nach dem Abschluß des Wiederaufbaus die allseitige Modernisierung Wiens eingeleitet und gleich auf den ersten Anhieb ein großes Stück vorwärts gebracht. Unsere Stadt ist besser und moderner geworden. Über diesen Erfolg empfinden wir eine ungetrübte Freude. Denn wir haben ihn nicht nur für Wien, sondern für ganz Österreich erreicht.

Das Werk, das wir heute seiner Bestimmung übergeben, ist nicht in sich abgeschlossen, sondern ein Teil eines großen Verkehrskonzeptes für Wien, allerdings ein wichtiger Teil, dessen Leistungsfähigkeit weit über den örtlichen Bereich hinausgeht. Der Wirkungsbereich dieses Verkehrsbauwerkes erstreckt sich im weiten Umkreis auf Wien und Niederösterreich. Die Verkehrsbedürfnisse von hunderttausenden Menschen und der in diesem Gebiet vorhandenen Wirtschaft wird dadurch in günstigster Weise beeinflußt. Durch diese Anlage wird viel Erleichterung und Verbesserung für den Verkehr geschaffen, aber sie unterwirft ihn auch einer bestimmten Ordnung, damit die Sicherheit und die Wirtschaftlichkeit gewährleistet wird. Ich betone vor allem das Gebot der Sicherheit. Es darf nicht sein, daß der Verkehr den Menschen beherrscht, sondern der Mensch muß den Verkehr beherrschen. Wenn wir dieses Gebot mißachten, dann werden wir im wahrsten Sinne des Wortes die Opfer des Verkehrs.

./.

Das Ergebnis der Unfallstatistik der vergangenen zwölf Monate spricht leider eine eindringliche Sprache. Die Zahl der Unfälle ist wieder gestiegen und damit haben sich auch die Zahlen der Verletzten wieder erhöht und zwar auf 9.720. Noch alamierender ist die Feststellung, daß die Zahl der tödlich Verletzten um 38 auf 216 gestiegen ist. Wenn wir nicht wollen, daß der Tod auf der Straße noch reichere Ernte hält, dann muß an jeden die eindringliche Forderung ergehen: Sichere das Leben, es könnte Dein eigenes sein!

Das neue Verkehrsbauwerk hat eine Länge von ungefähr vier Kilometer und besteht aus fünf Brücken mit den dazugehörigen Straßen. Die Kosten für alle diese Verkehrsbauten betragen 284,4 Millionen Schilling. Davon sind 25,5 Millionen Schilling der Kaufpreis für die alte Nordwestbahnbrücke. Bei dieser Gelegenheit spreche ich dem Bundesministerium für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft meinen herzlichen Dank aus, daß es der Gemeinde Wien beim Verkauf der Brücke und der Bahntrasse die Interessen Wiens in entgegenkommender Weise berücksichtigte.

Durch einen Beschluß des Nationalrates wurde das neue Verkehrsbauwerk in das Verzeichnis der Bundesstraßen aufgenommen, durch Bundesgesetz vom 23. Juni 1964 ist dieser Beschluß rechtskräftig geworden. Damit hat der Nationalrat bestätigt, daß der Bund verpflichtet ist, auch in Wien Verkehrsaufgaben zu übernehmen. Bis dorthin waren von den 9.000 Kilometer österreichischen Bundesstraßen nur 15 Kilometer in Wien, obwohl Wien den größten Teil der einschlägigen Steuern aufbringt. Wir freuen uns, daß Wiens Rechte im Grundsatz anerkannt wurden. Ich habe an die Regierung das dringende Ersuchen zu richten, daß der Beschluß des Nationalrates möglichst rasch verwirklicht wird. Allerdings sind damit die Bedürfnisse Wiens nicht zur Gänze befriedigt, denn schon jetzt ist erkennbar, daß weitere große Verkehrsbauwerke geschaffen werden müssen, deren Bedeutung über den örtlichen Charakter hinausgehen und die von übergeordneter Bedeutung sein werden. Wien muß sich deshalb vorbehalten, seine weiteren Bedürfnisse anzumelden. Damit will Wien auf dem Gebiete der Bundesstraße keine Sonderrechte. Wien muß aber verlangen, daß es nicht benachteiligt wird, sondern die gleichen Rechte in Anspruch nehmen kann wie die anderen Bundesländer.

./.

Meine letzten Worte seien ein herzlicher Dank an alle Behörden, Ämter und Firmen, die an der Verwirklichung und am Zustandekommen dieser großen Verkehrsanlage gearbeitet haben. Sie haben mit ihrem Werk dem Wiener Verkehrswesen eine Wendung gegeben, der man historische Bedeutung zusprechen muß. Ich übergebe diese große Verkehrsanlage ihrer Bestimmung mit dem Wunsch "Gute Fahrt!"

Technischer Bericht

Wiens Baustadtrat Heller erläuterte in seiner Ansprache die bautechnische und konstruktive Seite der Nordeinfahrt, die im Verlauf ihrer vier Kilometer Länge fünf Brücken enthält und rund 280 Millionen kostet.

Beim Beginn des neuen Straßenzuges bei der Prager Straße hat man bis zum linksufrigen Brückenkopf der Nordbrücke ein rund 1.200 Meter langes Stück Stadtautobahn vor sich, zu dessen Errichtung die nicht mehr benützte Trasse der früheren Nordwestbahn verwendet wurde. Die beiden je sieben Meter breiten Richtungsfahrbahnen sind durch einen 2,60 Meter breiten Mittelstreifen und Leitplanken voneinander getrennt. Als Fahrbahnbelag wird Asphaltbeton verwendet. Im Winter können noch Setzungen des Dammkörpers durch den Verkehrs erfolgen. Nach deren Behebung soll 1965 noch ein zweieinhalb Zentimeter dicker Asphaltfeinbeton als Verschleißschichte aufgetragen werden.

Brücken über Arnoldgasse und Jedleseer Straße

Dort, wo die Stadtautobahn die Arnoldgasse überspannt, wurde ein 52 Meter langer Personendurchlaß errichtet. Er soll den Bewohnern der neuen Wohngebiete bei der Dunantgasse ermöglichen, das Geschäftszentrum am Floridsdorfer Spitz zu erreichen, ohne dabei die Stadtautobahn queren zu müssen. Der Durchlaß erhielt eine sehr gefällige, in Wandnischen untergebrachte Beleuchtung.

Schon für die Nordwestbahn bestand eine Eisenbahnbrücke über die Jedleseer Straße. Sie wurde zu einer 27 Meter breiten Straßenbrücke umgebaut. Die lichte Durchfahrtshöhe auf der Jedleseer Straße beträgt 4,75 Meter. Im Brückenbereich zweigen aus der Beschleunigungs- und Verzögerungsspur ausgerundete einspurige Zubringerfahrspuren ab. Die beiden Fahrbahnen sind durch stählerne Leitschienen voneinander getrennt. An den Straßen- Außenrändern sind ein Gelände und ebenfalls Leitplanken angebracht.

./.

Hinter dieser Brücke erreicht die Nordeinfahrt nach etwa 600 Metern den linksufrigen Brückenkopf der neuen Donaubrücke.

Die Nordbrücke

Die erste Vorarbeit für den Brückenbau bestand in der schwierigen Hebung eines Schiffswracks, das seit den letzten Kriegstagen hier am Donaugrunde lag.

Eine wesentliche Voraussetzung für die Errichtung der neuen Brücke an diesem Standort war ferner, daß die drei Strompfeiler der Nordwestbahnbrücke wieder verwendet werden konnten. Diese in den Jahren 1870/71 errichteten und bis auf zehn Meter unter die Flußsohle gegründeten Pfeiler mußten freilich erst durch umfangreiche Instandsetzungsarbeiten für ihre zukünftige tragende Bedeutung präpariert werden. Durch Zementinjektionen, Ummantelung mit einer Stahlbetonmanschette und Stahleinlagen wird alle Gewähr geboten, daß diese Pfeiler mindestens weitere 100 Jahre lang einwandfrei ihren Dienst erfüllen werden.

Wie alle Wiener Donaubrücken besteht die 920 Meter lange Nordbrücke aus drei konstruktiv verschieden gestalteten Teilen. Vom linksufrigen Brückenkof her gesehen kommt zuerst die "Flutbrücke", die das Inundationsgebiet überspannt. Für sie mußten neue Pfeiler errichtet werden, für die eine sehr gefällige, schiffskörperartige Form gefunden wurde. Die Flutbrücke ist in Spannbetonbauweise hergestellt.

Über die Donau führt die eigentliche "Strombrücke". Für sie wurde in Wien erstmalig die sogenannte Stahlverbundbauweise angewendet. Bei dieser hochmodernen Bauweise wurde das Stahltragwerk am rechten Brückenkopf zusammengebaut und über die Bahnanlagen und die Straße langsam in Richtung zum linken Stromufer vorgeschoben. Bei Erreichen jeden Pfeilers hing der vordere Tragarmteil drei Meter tief herunter und mußte mittels hydraulischer Pressen auf sein richtiges Niveau angehoben werden. Das Zusammenspannen der einzelnen Konstruktionsteile erfolgte durch ein ganz neuartiges Verfahren mittels eingebauter Spezialstahlseile.

In diesem Zusammenhang soll erwähnt werden, daß die Stadt Wien für die Gestaltung dieses Brückentragwerkes einen Ideenwettbewerb ausgeschrieben hat. Daraufhin gingen drei Anbotsentwürfe ein.

./.

Nach eingehender Prüfung vom technischen, ästhetischen und wirtschaftlichen Standpunkt aus beschloß der Wiener Gemeinderat im März 1962, den Entwurf der Firmen "Universale", "Waagner Biro AG.", "VÖEST" und "Wiener Brückenbau AG." zur Ausführung zu bringen. Es handelt sich bei der Nordbrücke also um ein echtes Teamwork führender österreichischer Brückenbauer. Mit der Nordbrücke bekam Wien seine erste "Deckbrücke", das heißt, es gibt hier keine sichtbehindernden Konstruktionsteile über der Fahrbahn. Von der Brücke aus öffnet sich einem deshalb ein ungehinderter und neuer Blick auf Nußberg, Leopoldsberg und Bisamberg.

Über den Handelskai und die Geleise des Bahnhofes Brigittenau führt die "Kaibrücke." Ihr dienen als Mittelstützen schlanke Stahlsäulen mit quadratischem Querschnitt.

Die Arbeiten für die Sanierung der Strompfeiler dauerten von August 1961 bis April 1962. Zu diesem Zeitpunkt wurden die Herstellungsarbeiten für die gesamte Brücke in Angriff genommen und im Dezember abgeschlossen. Die Gesamtkosten der Nordbrücke betragen rund 140 Millionen Schilling.

Auffahrtsrampe von der Donaukanalschnellstraße und Nußdorfer Brücke

Rechts der Donau mündet die Nordbrücke einerseits in eine Auffahrtsrampe von der Brigittenauer Lände her und setzt sich andererseits in der Nußdorfer Brücke über den Donaukanal fort. Auf diese Rampe gelangt man, wenn man von der Gürtelbrücke bzw. der Adalbert Stifter-Straße kommend, die Brigittenauer Lände entlang fährt. Dieser Straßenzug ist zur Aufnahme des Richtungsverkehrs stadtauswärts bestimmt.

Die "Nußdorfer Brücke" ist 202 Meter lang und hat eine 175 Meter lange Abfahrtsrampe zur Nußdorfer Lände. Diese Brücke, die eine Einbahn stadteinwärts darstellt, überspannt in einem eleganten Bogen den Donaukanal und ist technisch sehr bemerkenswert. Sie ist jene Spannbetonbrücke in Österreich, die die größte Spannweite zwischen den tragenden Pfeilern von 101 Meter aufweist.

./.

Bei der Herstellung des linksseitigen Brückenwiderlagers mußten besondere Vorkehrungen getroffen werden, damit die in unmittelbarer Nähe liegende Schiffsbautechnische Versuchsanstalt, die mit empfindlichen Präzisionsinstrumenten arbeiten muß, durch den über die Brücke führenden Fahrzeugverkehr keine Erschütterung erfährt. Die Nußdorfer Brücke hat ferner einen eineinhalb Meter breiten Gehweg, der über den Damm von der Nordbrücke kommt und in einem Stiegenabgang zur Nußdorfer Lände endet. Ein weiterer Stiegenabgang befindet sich bei der Schiffsbautechnischen Versuchsanstalt. Die Baukosten dieser Brücke betragen rund 23 Millionen Schilling.

Die Nußdorfer Lände wurde als stadteinwärts führende Donaukanalschnellstraße ausgebaut. In ihrem Verlauf liegt heute leider noch jener bedauerliche "Schönheitsfehler". Der neue, schöne Straßenzug wird von einem unansehnlichen Grundstück jäh unterbrochen, das die Kraftfahrer zu einer zeitraubenden und nicht ungefährlichen Umleitung zwingt. Am Beginn dieser Umleitung hat das Wiener Stadtbauamt eine Tafel aufstellen lassen, deren Inschrift diesen bedauerlichen Umstand erklärt. Es ist zu hoffen, daß das bereits eingeleitete Enteignungsverfahren für das umstrittene Grundstück bald zu einem für die Interessen der gesamten Bevölkerung günstigen Ergebnis führt. Vorläufig endet die Richtungsfahrbahn zur Stadt jedenfalls bei der Heiligenstädter Brücke. Die Fortsetzung hinter dem 400 Meter langen "Hindernis" bis zur Gürtelbrücke ist gleichfalls bereits ausgebaut.

Für den Stadtauswärtsverkehr ist zusätzlich eine Ausfahrt vor der Heiligenstädter Brücke vorgesehen, die allerdings aus Gründen der Verkehrssicherheit erst im nächsten Jahr, nach Umbau angrenzender Straßen für den Verkehr freigegeben werden kann. Nach der Heiligenstädter Brücke gibt es eine Einfahrt in die Autobahn. Am nördlichen Brückenkopf der Nordbrücke ist eine verkehrsgerechte Ausfahrt für den Verkehr stadteinwärts und eine Einfahrt für die Gegenrichtung bereits in Bau. Hierfür muß ebenfalls ein Brückenbauwerk errichtet werden, das das fünfte im Zuge der Nordeinfahrt darstellt.

Durchwegs beträgt die Fahrbahnbreite des Schnellstraßensystems sieben Meter in jeder Richtung, so daß je zwei Fahrspuren von 3,5 Meter zur Verfügung stehen. Die Baukosten für den Straßenbau einschließlich Grundeinlösungen, Beleuchtung und gärtnerischer Ausgestaltung werden sich auf 77 Millionen belaufen. ./.

Für die Fußgänger: Döblinger Steg und Promenadenwege

Nicht nur für den Kraftfahrzeugverkehr, auch für die Fußgänger sind optimale Lösungen vorgesehen. So wurde vor allem der im Jahre 1910 erbaute Döblinger Steg, der in einem völlig desolatem Zustand war, neu errichtet. Er wurde derart verlängert, daß er über die Schnellstraßen zu beiden Seiten des Donaukanals führt. Fußgänger gelangen somit vom 19. in den 20. Bezirk, ohne eine der Stadtautobahnen überqueren zu müssen. Am linken Ufer führen zwei doppelarmige Stiegen zu dem Promenadenweg hinunter. Umfangreiche Einbauten von Versorgungsleitungen sind im Inneren des Döblinger Steges untergebracht. Die Baukosten für diese Fußgängerbrücke betragen 4,4 Millionen Schilling.

Auch in dem übrigen Schnellstraßensystem werden Fußgängerwege, gesicherte Übergänge und Promenaden inmitten von Grünanlagen geschaffen werden. Die derzeit bestehenden Übergänge für Fußgänger sind zum Großteil noch Provisorien, die nach Fertigstellung der Straßenarbeiten und der gärtnerischen Ausgestaltung den endgültigen Lösungen weichen werden.

Autofahrer - besondere Vorsicht im Winter!

Wie das Wiener Stadtbauamt mitteilt, können die Fahrbahnen der Nordeinfahrt in den kommenden Wintermonaten noch nicht mit Salz bestreut werden, weil dadurch der frische Straßenbelag Schaden nehmen würde. Erfahrungsgemäß bildet sich jedoch auf Brücken und Überführungen ganz besonders leicht Glatteis. Außerdem wird für die Straßenzüge der Stadtautobahn eine Geschwindigkeit von 70 Stundenkilometer erlaubt sein. An die Kraftfahrer wird daher der dringende Appell gerichtet, in den kommenden Wintermonaten bei der Benützung der Nordeinfahrt, namentlich bei Nässe, Schnee und Glatteisgefahr, besondere Vorsicht walten zu lassen!

\- - -

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:

Debatte über die Städtischen Unternehmungen

19. Dezember (RK) Zu Beginn der heutigen Sitzung vor dem Referat von Stadtrat Schwaiger teilte der Vorsitzende Bürgermeister Jonas mit, daß die Sozialisten einen Antrag, betreffend Errichtung eines Karl-Renner-Denkmals durch die Stadt Wien eingebracht haben.

\+ + +

Als erster Debattenredner erklärt GR. Maller (KLS): Es wird gerne und viel von der Weltstadt Wien gesprochen, schaut man sich Wien aber vom Gesichtspunkt des Verkehrs an, kann man keinesweg von einem weltstädtischen Verkehr sprechen. Es sind neue Wohnsiedlungen und Industrieobjekte am Stadtrand entstanden, die Zahl der Beschäftigten hat beträchtlich zugenommen, dem steht aber ein kaum erweitertes, bei der Straßenbahn sogar ein verdünntes öffentliches Verkehrsnetz gegenüber. In den letzten zehn Jahren ist die Zahl der Kraftwagen auf das mehr als Vierfache gestiegen, die Verkehrsflächen sind aber fast unverändert geblieben. Vor dreißig Jahren endete das Verkehrsnetz am Stadtrand, Heute muß man von der Endhaltestelle der Straßenbahn oft länger als 20 Minuten bis zur keineswegs in der Einschicht liegenden Wohnung oder bis zum neuerbauten Betrieb gehen. Wo früher wegen geringerer Frequenz längere Intervalle der Straßenbahnzüge gerechtfertigt waren, stauen sich heute vielfach die Straßenbahnbenützer und müssen dicht gedrängt und meist stehend zur und von der Arbeit fahren. Das Leben ist in allen Bereichen intensiver geworden. Das erfordert mehr Verkehrsleistung, um die erforderliche Freizeit zu sichern. Ein Gewinn von nur zehn Minuten bei einer Fahrt bedeutet in der Woche 100 bis 120 Minuten zusätzliche Freizeit. Der Verkehr kostet aber nicht nur Zeit, sondern auch Nerven.

In dieser Situation ist die Öffentlichkeit bestrebt, das Verkehrsproblem persönlich zu lösen. Das führt unter anderem zur sprunghaften Zunahme der Motorisierung, wobei die hohen Tarife diese Tendenz nur gefördert haben. Was aber in diesem Fall dem einzelnen hilft, bedeutet umgekehrt eine starke Belastung für den Gesamtverkehr, was dann wieder auf den einzelnen zurückfällt.

./.

Das wichtigste Rückgrat für den innerstädtischen Verkehr bildet der schnellbahnmäßige Ausbau eines Verkehrsnetzes, das vom sonstigen öffentlichen und Individualverkehr völlig getrennt ist. Hier liegt Wiens große Chance. Wien ist in der günstigen Lage, ein relativ ausgedehntes Eisenbahnnetz im Stadtgebiet zu haben, das für das innerstädtische Schnellbahnnetz geeignet ist. Die bisherige Schnellbahn ist nur ein Bruchstück. Die Erfahrung zeigt, daß wir ein ganzes Schnellbahnsystem brauchen. Dieses System muß sowohl die Verkehrsschwerpunkte der Stadt als auch den innerstädtischen Verkehr mit dem Nahverkehr organisch verbinden. Es ist unverständlich, daß sich die zuständigen Stellen wehren, die Vorortelinie in das Schnellbahnsystem einzubauen. Man muß auch beachten, daß gewisse Teile unserer Stadt nur mit privaten Autobuslinien erreichbar sind. Die Bewohner dieser Bezirksteile sind genötigt, einen zusätzlichen Tarif zu zahlen. Der Stadtrat müßte mit den Konzessionären Verhandlungen über ein einheitliches Tarifsystem führen. Wir waren amüsiert, im Wahlprogramm der ÖVP diesen Gedanken zu finden, hat doch der Stadtrat unsere Anregungen Jahre hindurch abgelehnt. Wir hoffen, daß die ÖVP nicht wieder von ihrem Wahlversprechen abrückt.

Gemeinderat Maller stellt fest, daß die Produktion der E- und Gaswerke ständig Engpässe aufweise. Es sei höchste Zeit, daß diese Werke endlich leistungsfähiger gemacht werden. Die Voraussetzungen für eine Steigerung der Gas- und Stromproduktion seien schon seit Jahren gegeben. Die Ursache für die Schwierigkeiten sei vor allem, daß die Hoheitsverwaltung große Beträge von diesen Werken kassiert und der Rest der Gewinne für die Verkehrsbetriebe abgeschöpft wird.

Der Redner fordert sodann die Aufstellung eines langfristigen Planes für die Entwicklung der Engergiewirtschaft. Dieser Plan dürfte sich jedoch nicht nur auf Strom und Gas beschränken, sondern er müßte auch auf die Haushaltswärme ausgedehnt werden. Mit anderen Worten, man müßte endlich Fernheizwerke schaffen, wie dies in anderen Ländern und Städten schon längst geschehe. Außerdem müßte die Stromerzeugung mit der Wärmeerzeugung gekoppelt werden; überall anders würden schon längst Heizkraftwerke gebaut.

Gemeinderat Maller richtet an den Berichterstatter die Frage, ob schon eine Initiative zur Sicherung des günstigen Erdgaspreises ergriffen worden sei. Die geplante Entgiftung des Stadtgases bezeichnet er als begrüßenswert.

./.

Zur Verlegung der Kohlengaserzeugung vom Gaswerk Simmering in die Leopoldau stellt der Redner die Frage, ob es stimme, was verschiedene Fachleute sagen, nämlich, daß die Kohlengaserzeugung in Simmering billiger käme.

Die angekündigte Strompreiserhöhung sei nicht dazu angetan, die Probleme der E-Werke zu lösen. Der Grund für die schlechte Situation der E-Werke sei nicht in den niedrigen Preisen zu suchen, sondern darin, daß für den Ausbau der E-Werke immer mehr Fremdkapital aufgenommen werde und dadurch die Zinsenlast steige. Durch die neuerlich beantragte Kreditaufnahme von 520 Millionen Schilling werde nun die bereits 300 Millionen Schilling betragende Zinsenlast weiter erhöht. Die Banken und Sparkassen, die im Geld schwimmen, müßten dazu gebracht werden, Kredite zu niedrigen Zinsen für den Ausbau der Elektrizitätswirtschaft zur Verfügung zu stellen. Die KLS-Fraktion lehne die angekündigten Tariferhöhungen ab, weil sie keine Lösung der Probleme darstellen. Die KLS-Fraktion könne den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe nicht zustimmen.

Gemeinderat Peter (FPÖ) bemängelt einleitend die schlechte Aukustik im Gemeinderatssaal. Er regt an, bei einer neuerlichen Überprüfung der technischen Anlagen für bessere Übertragungsmöglichkeiten der Reden zu sorgen.

Im folgenden verlangt der Redner, daß die Stadtwerke getrennt kontiert werden und kritisiert, daß den gewinnabwerfenden Betrieben Gelder weggenommen werden, um die defizitären Betriebe zu unterstützen.

Auch in anderen Städten seien die Verkehrsbetriebe defizitär, trotzdem müßte bei den Wiener Verkehrsbetrieben verschiedenes geändert werden. Die Sozialtarife sollten zwar erhalten bleiben, ihre Spesen aber müßte man der Hoheitsverwaltung anlasten, da diese Tarife keine kommerzielle Notwendigkeit darstellen. Der Redner betont nochmals, daß er nicht gegen die Sozialtarife selbst sei, sondern lediglich gegen die Art ihrer Verrechnung.

./.

Der Gas- und Stromverbrauch steigt ständig. Leider sind die Versorgungsleitungen nicht in ausreichendem Maß vorhanden, um alle Wünsche nach Anschluß verschiedener Geräte erfüllen zu können. Das ist nicht nur eine Schaden für die Bevölkerung, sondern auch für die Werke selbst, da sie bei größerer Abgabe von Gas und Strom auch höhere Einnahmen hätten und dementsprechend größere Investitionen vornehmen könnten.

Zu den Verkehrsbetrieben: Das Defizit ist weiter gestiegen. Lag das tägliche Defizit der Verkehrsbetriebe im vergangenen Jahr bereits bei einer Million, so wird dieser Betrag nun schon weit überschritten. Ein Defizit bei den Verkehrsbetrieben ist an und für sich wahrscheinlich unvermeidbar, doch müßte es in erträglichen Grenzen gehalten werden. Einsparungen, die jedoch den technischen Fortschritt nicht stören dürften, wären daher unbedingt notwendig. Eine Möglichkeit für diese Einsparungen sieht der Redner im stärkeren Einsatz von Großraumzügen, die weniger Personal brauchen. Höhere Fahrgeschwindigkeiten würden ebenfalls zur Einsparung von Personal beitragen und zur Verringerung der Kosten durch weniger lange Fahrzeit führen. Eine Vereinheitlichung der Typen würde sich ebenfalls günstig auswirken, da dann leichter Ersatzteile zu beschaffen wären und das Personal nicht für so viele Typen eingeschult werden müßte. Auch bei Reparaturen wäre dies einfacher.

Der Redner bemängelt dann die Fahrgeschwindigkeiten, die teilweise bei einzelnen nicht entsprechenden Wagentypen sehr niedrig sind und andererseits bei guten Wagen dadurch nicht voll erreicht werden können, weil auf der selben Linie langsame Garnituren fahren, die die übrigen behindern. So könnte zum Beispiel auf der Strecke Stammersdorf-Ring eine zwanzigprozentige Fahrzeitverkürzung erzielt werden, würde man die richtige Wagentype einsetzen. Nach Ansicht der Fachleute würden sich in Wien 15 Linien zum Schnellverkehr eignen und auf 40 Linien durch den Einsatz moderner Großraumwagen eine entsprechende Fahrzeitverkürzung erreicht werden.

Der Redner verweist darauf, daß die Gesamtfahrzeit aus drei Teilen besteht, und zwar aus der Wartezeit vor

./.

Ampeln, bzw. Kreuzungen, der Stehzeit in den Haltestellen und der reinen Fahrzeit. Eine Verkürzung der durch Verkehrsverhältnisse verursachten Wartezeiten läßt sich ja nicht erreichen, obwohl vielleicht gerade in den späten Abendstunden die Verkehrsampeln auf Gelb geschaltet werden könnten und dadurch lange Stehzeiten vor Rot zu vermeiden wären. Zur Verminderung der Stehzeit in den Haltestellen würde beitragen, ließe man entsprechend große zweiflügelige Türen einbauen. Eine Fahrzeitverkürzung hängt von der hohen Motorleistung und der Vermehrung der Anzahl der angetriebenen Räder ab. Andere Städte, wie zum Beispiel Köln, haben Wagen mit acht angetriebenen Achsen und 313 PS, Wien hat nur bei einem Teil der Wagen vier angetriebene Achsen mit 258 PS, bei den Eigenkonstruktionen der Type F zwei angetriebene Achsen mit lediglich 163 PS. Die Fahrgeschwindigkeit hänge jedoch noch von einer Komponente ab, nämlich von der Sicherheit. Eine große Geschwindigkeit damit in Kauf zu nehmen, daß diese auf Kosten der Sicherheit geht, ist jedoch gleichfalls unmöglich. Wenn also die Sicherheitsvorkehrungen nicht so sind, daß sie eine hohe Geschwindigkeit rechtfertigen, kann man die hohe Geschwindigkeit nicht einsetzen, selbst wenn sie die Motoren leisten würden.

Der Redner spricht dann über die verschiedenen Wirkungsweisen der Bremsen bei der Straßenbahn, die bei den alten Fahrzeugen nicht so gut ist. Es wäre daher rationeller, wenn wir investieren, gleich moderne Garnituren anzuschaffen, bevor man daran geht, die alten Wagen umzubauen. In anderen Großstädten gibt es fast keine alten Wagentypen mehr.

Der Redner verweist auch auf die kurzen Haltestellenabstände in Wien, die die Reisegeschwindigkeit der Straßenbahn sehr herabsetzen. Wien hat auch keine eigenen Schnell-Straßenbahnlinien, wie es sie anderswo gibt.

Abschließend beschäftigte sich GR. Peter mit den Presseberichten über die Budgetdebatte. Er bedauerte es, daß die Zeitungen große Schlagzeilen bringen, wenn Zwischenrufe fliegen, aber bei sachlichen Diskussionsbeiträgen, die sehr bemerkenswert sind, wie zum Beispiel die von GR. Dr. Gisel oder von Dr. Strunz, dann wird das selbst in der eigenen Parteizeitung mit einigen wenigen Zeilen abgetan. Interessantes wird verschwiegen, aber Sensationelles wird groß aufgemacht. So wurde auch ein mißverstandener Zwischenruf von ihm mit Schlagzeilen bedacht.

./.

Wenn er aber jetzt hier ausdrücklich feststelle,, daß er während der ganzen NS-Herrschaft in Österreich in keiner einzigen Parteiveranstaltung gesprochen habe, daß er keinen Parteirang innegehabt habe, dann, davon sei er überzeugt, werde die Presse keine Notiz davon nehmen.

Zum Schluß dankte GR. Peter allen Mitarbeitern im Gemeinderatssaal für ihre Arbeit und wünschte allen, auch seinen politischen Gegnern, ein frohes Fest und ein gutes Neues Jahr.

GR. Kowarsch (ÖVP) beschäftigte sich mit dem Personalmangel, der sich wie ein roter Faden durch die ganze Budgetdebatte gezogen habe. Er selbst war viele Jahre ohne Beschäftigung, habe hunderte Gesuche geschrieben, um eine Stellung zu erhalten, es war nicht möglich. Die Jugend von heute kann es vielleicht gar nicht verstehen, daß es so etwas einmal gegeben hat. Deshalb sei es viel besser, sich mit Fragen des Personalmangels beschäftigen zu müssen, als mit der Arbeitslosigkeit.

Eine kritische Bemerkung flocht der Redner zu den Ausführungen von GR. Windisch beim Kapitel IX an dieser Stelle ein. Der sozialistische Gemeinderat hatte die ÖVP gewarnt, daß die Zusammenarbeit durch Kritik gefährdet wäre. Der ÖVP-Redner hält dem entgegen, die Zusammenarbeit könne nicht darin bestehen, daß die Sozialisten diktieren und die Volkspartei alles kritiklos zur Kenntnis nehmen muß. StR. Dr. Drimmel hat ein Bekenntnis zur Zusammenarbeit abgelegt und die ganze Fraktion der ÖVP stehe hinter diesem Bekenntnis.

Der Personalmangel wirkt sich bei den städtischen Unternehmungen besonders ungünstig aus. Der Redner verweist darauf, daß zum Beispiel beim E-Werk die Leistungssteigerung pro Bediensteten von 1960 bis 1965 um 36,5 Prozent gestiegen ist. Die Arbeitskraft der Bediensteten liegt schon sehr nahe an der Leistungsgrenze. Bei den E-Werken werden pro Bediensteten 9,9 Überstunden geleistet, das ist im Verhältnis zu den Normalstunden eine Mehrleistung um 5,1 Prozent oder, anders ausgedrückt, es ist 5,1 Prozent zu wenig Personal. Beim Gaswerk sind es zehn Überstunden und 5,1 Prozent Mehrleistung beziehungsweise 5,1 Prozent zu wenig Personal. Noch weit schlimmer ist es bei den Verkehrsbetrieben. Dort hat jeder Bedienstete des Fahrpersonals 33,4 Überstunden zu bewältigen, was

./.

einem Personalmanko von 17 Prozent entspricht. Besonders bei den Verkehrsbetrieben wird man trachten müssen, zusätzlich Personal zu gewinnen, wollen wir nicht Gefahr laufen, daß dieser Betrieb eines Tages in Schwierigkeiten kommt. Hier liegen die Ursachen für die Schwierigkeiten nicht nur auf dem finanziellen Sektor, sondern auch in der ungünstigen Arbeitszeit. Es gibt keine Fünf-Tage-Woche, keinen zusammenhängenden Dienst, und auch der Urlaub kann nicht zusammenhängend konkonsumiert werden. Leider gibt es infolge des Gehaltsschemas auch keinen Anreiz zu individuellen Leistungen. So kommt es immer wieder zu Dienstentsagungen. Vielleicht wäre es zweckmäßig, die Betreffenden einzuladen und mit ihnen in aller Höflichkeit zu sprechen. Auch die Gewerkschaft könnte hier mithelfen. Einer der wesentlichsten Gründe liegt sicher in der Diensteinteilung, wonach die neu eintretenden jungen Menschen an einem Wochentag, die älteren Angestellten meist am Wochenende frei haben. Hier müßte man Wandel schaffen, um auch dem jungen Menschen wenigstens ab und zu das Zusammensein mit seiner Familie am Wochenende zu ermöglichen. Vielleicht sollten Versuche mit der gleitenden Arbeitswoche unternommen werden. Weitere Ursachen sind, daß Facharbeiter meist nur als Hilfsarbeiter aufgenommen werden, daß wenig Aufstiegsmöglichkeiten vorhanden sind, daß die Zulagen nicht in die Pension eingerechnet werden usw. Bei den Verkehrsbetrieben kann die Halbtagsbeschäftigung der Frauen beitragen, die Frequenzspitzen zu bewältigen. Nur sollte man keinen Druck auf sie ausüben, schließlich ganztägig zu arbeiten, weil dann viele Frauen den Dienst wieder aufgeben. Es wäre ungerechtfertigt, zu behaupten, daß nichts geschehen ist, um den Personalmangel zu lindern. Alle diese Maßnahmen aber reichen nicht aus. So muß auch die Automatisierung fortgesetzt werden. Wenn man sich bemüht und auch bestrebt ist, bessere finanzielle Bedingungen zu schaffen, müßte es doch möglich sein, den Dienst bei der Gemeinde Wien wieder begehrenswert zu machen.

Der Redner dankt dem scheidenden Stadtrat dafür, daß er sich immer für das Personal eingesetzt hat.

./.

GR. Dr. Maria Schaumayer (ÖVP) findet bei unvoreingenommener Betrachtung des Budgets und der Kontrollamtsberichte einige Ungereimtheiten. Sie verweist vor allem auf das Zwitterdasein der Wiener Stadtwerke, die einerseits der Hoheitsverwaltung nicht unterstehen, für deren Bedienstete jedoch andererseits der Personalstadtrat federführend ist, obwohl die Personalkosten im Stadtwerksbudget aufscheinen. Die Investitionen und das außerordentliche Investitionsprogramm laufen über den Finanzstadtrat. Die größte Selbständigkeit besäßen die Verkehrsbetriebe bei einem auftretenden Defizit.

Nach Auffassung der ÖVP-Fraktion seien die Versorgungsbetriebe eines der wenigen Beispiele echter Gemeinwirtschaft. Es sei daher auch die Aufgabe der öffentlichen Hand, die Unterkapitalisierung der Stadtwerke-Verkehrsbetriebe endlich zu beseitigen. Das Verhältnis von einem Viertel Eigenmittel zu drei Viertel Fremdkapital sei bedenklich, zumal von den acht Milliarden Vermögenswerten fast sieben Milliarden Anlagevermögen seien.

Wenn für 1965 eine Kapitalsaufstockung durch eine Einlage der Stadt Wien von 100 Millionen vorgesehen ist, sei dies nur als eine erste Brosame zu bezeichnen. Vizebürgermeister Slavik habe selbst gesagt, daß es dabei nicht werde bleiben können. Die Frage der Defizitbedeckung könne nicht durch ein ewiges Zahlenspiel gelöst werden. Auch die bürokratische Lösung befriedige nicht; vielmehr müsse man das Problem vom Konsumentenstandpunkt aus betrachten. Wenn die Versorgungsbetriebe ihre Erträge zweckentfremdet abführen müssen, können sie notwendige Investitionen nicht vornehmen und die Bevölkerung muß diese Rechnung zweimal bezahlen: einmal durch Gebühren und Abgaben, zum anderen durch einen Verzicht auf ihr zustehende Leistungen.

Als Beispiel verweist die Rednerin auf die E-Werke, deren Eigenstromerzeugung bereits unter 50 Prozent des Energiebedarfs herabgsunken sei. Darin zeigten sich versäumte Investitionen. Das von Stadtrat Schwaiger angedeutete Ziel, 75 Prozent Eigenstrom zu erzeugen und 25 Prozent Fremdstrom zu beziehen, sei nur durch verstärkten Ausbau der Kraftwerke erreichbar. 1965 müssen die E-Werke 122 Millionen abliefern. Das ist fast genau derselbe Betrag, der für die Herstellung des Blocks V im E-Werk Simmering erforderlich war.

Auf dem Sektor der Gasversorgung werde die alljährliche "Ganselspitze" des Gasverbrauches am Christtag wieder an die schwierige Situation der Gaswerke erinnern.

./.

171 Kilometer Gasrohre stammten in Wien noch aus dem vorigen Jahrhundert. 100 Kilometer Wiener Straßen konnten nicht mit Gasleitungen versorgt werden. Dabei dehne sich das Stadtgebiet immer weiter aus und die berechtigten Wünsche zahlreicher Wiener nach Gasanschlüssen müssen oft abgelehnt werden. Für 1965 sind 80 Millionen für die Neuverlegung von Gasrohren und neue Regleranlagen vorgesehen. Demgegenüber stehen die 70 Millionen, die aus den Erträgen des Gaswerkes an die Verkehrsbetriebe abgeführt werden müssen. Außerdem rechnen Fachleute bis zum Jahr 1975 mit einer Erdgas-Verbundwirtschaft, bei der Wien eine wichtige Rolle zukommen werde. Erdgasvorkommen haben eine begrenzte Fündigkeitsdauer, weshalb rechtzeitig dafür vorgesorgt werden müsse, daß zur Wasserknappheit nicht auch eine Gasknappheit hinzukommt.

Das Wiener Verkehrsnetz sei der städtebaulichen Radialentwicklung nicht gefolgt. Der 19. Bezirk etwa habe noch keine Querverbindungen. An der Autobuslinie 39 A sei die Errichtung eines Monsterbaus mit fast 1.000 Wohnungen vorgesehen, der Verkehrsanforderungen für rund 3.000 Menschen hervorrufen werde. Die Autobuslinie werde ihnen nicht gerecht werden können. Die Döblinger Bevölkerung warte auch auf eine Verlängerung der Stadtbahn Nußdorfer Straße-Engerthstraße als Vorstufe einer Schnellbahnstrecke, die von Floridsdorf bis zur Philadelphiabrücke reicht. Auch die Schnellbahnstation Rennweg lasse noch auf sich warten. Wie bei der Station "Strandbäder" könnte auch hier eine Vorfinanzierung durch die Stadt Wien die Fertigstellung ermöglichen. Wo die Verkehrsbetriebe wegen Personalmangels ihr Netz nicht ausbauen könnten, sollten in den Randbezirken Verträge mit privaten Autobuslinien abgeschlossen werden.

Verkehrszählungen und Frequenzstudien müßten zur Vorsorge für einen leistungsfähigen Massenverkehr zu Dauereinrichtungen werden. In einer Großstadt komme dem Massenverkehr gegenüber dem Individualverkehr der Vorrang zu. Die damit verbundenen Aufgaben könnten nur durch ein großes, koordiniertes Konzept, das die Möglichkeiten eines einzelnen Stadtrates übersteige, bewältigt werden.

Zusammenfassend sagt die Rednerin, daß das System der Zwangsablieferung von Geldern der städtischen Betriebe kein Vorteil für die Bevölkerung sei. 1965 würden die Zinsen für das Fremdkapital bereits höher sein, als der gesamte Gebarungsabgang. GR. Dr. Maria Schaumayer fordert daher ein stärkeres wirtschaftliches Eigenleben

./.

der städtischen Betriebe und eine planmäßige Abhilfe der Finanzierungsschwierigkeiten. Ausreichende Kapitalausstattung zur Investitionstätigkeit sei erforderlich.

Die ÖVP werde den Ansätzen der Stadtwerke-Verkehrsbetriebe ihre Zustimmung erteilen.

GR. Lanc (SPÖ) setzt sich mit verschiedenen Argumenten auseinander, die im Lauf der Debatte vorgebracht wurden.

Zu der vom KLS-Redner aufgestellten Forderung nach einem Ausbau der Vorortelinie für den S-Bahn-Verkehr meint GR. Lanc, es müßte doch zunächst geprüft werden, ob das Ausmaß des Querverkehrs in den Außenbezirken der wirtschaftlichen Führung solcher Querlinien entsprechen würde. Verkehrszählungen hätten gezeigt, daß noch immer der Radialverkehr und nicht der Querverkehr das Hauptbedürfnis darstelle. Die Sozialisten seien der Meinung, daß den Bedürfnissen des Querverkehrs bis zu einem gewissen Grad wohl Rechnung getragen werden, dies aber der zu erwartenden Frequenz entsprechen müsse. Der Redner erinnert an das Projekt, die westlichen Bezirke mit Floridsdorf erst dann zu verbinden, wenn auch bereits die erforderlichen Straßenverbindungen bestehen. Auf jeden Fall aber müsse die wirtschaftliche Führung von Querlinien gewährleistet sein.

Bezüglich der Auffassung der ÖVP, unrentable Autobuslinien in privatwirtschaftliche Hände zu geben, stellt GR. Lanc in Zweifel, daß die Privatwirtschaft überhaupt in der Lage sei, solche Linien zu führen. Die Privaten hätten dann nämlich mit den gleichen Schwierigkeiten zu kämpfen wie jetzt die Verkehrsbetriebe, und er glaube nicht, daß sie bereit wären, die Linien auf Kosten der eigenen Tasche zu betreiben. Diese Überlegung habe sich auch bei Gesprächen herauskristallisiert, die gegenwärtig zwischen der ÖVP und der Privatwirtschaft geführt werden. Bei diesen Gesprächen habe sich auch noch nicht herausgestellt, wie von den Privaten das besonders schwierige Problem der Personalfrage, vor allem im Zusammenhang mit der Freizeit, gelöst werden könnte.

Es sei schon oft darauf hingewiesen worden, daß die Stadtwerke eine betriebswirtschaftliche Einheit seien und für die gemeinsame Führung neben kommerziellen Erwägungen auch zahlreiche praktische Gründe maßgebend seien.

./.

Im übrigen sei eine solche gemeinsame Führung auch in allen übrigen Großstädten Europas üblich.

Zur Kritik an der Aufnahme von hohem Fremdkapital und zur Forderung an die Banken, Kredite mit niedrigerem Zinsfuß an die E-Werke zu vergeben, sei zu sagen, daß man dann auch von allen jenen, die ihr Geld in die Sparkasse tragen, verlangen müßte, auf einen Teil ihrer Zinsen zu verzichten. (Zwischenruf GR. Hahn, ÖVP: "Sie sind ja bei der Zentralsparkasse!") Gerade die Zentralsparkasse, antwortet GR. Lanc auf den Zwischenruf, habe als erstes und lange einziges Institut den Sollzinssatz wesentlich herabgesetzt.

GR. Peter habe gesagt, das Defizit der Verkehrsbetriebe rufe nach Investitionen, die Ersparungen bringen sollen. Dazu sei festzustellen, daß wir seit Jahren Investitionen in Großraumwagen, Totmann-Einrichtungen usw. tätigen, um gerade dem zu entsprechen, was GR. Peter verlangt. Wir sind auch bemüht, die Lieferfirmen zu einer Typenbereinigung zu bringen.

Zur Entlohnung der Bediensteten der Wiener Stadtwerke: Stelle man den Personalaufwand dem Personalstand gegenüber, dann ergebe sich, global gesehen, folgende Steigerung der Durchschnittseinkommen der Bediensteten der Wiener Stadtwerke: Von 40.091 Schilling brutto jährlich im Jahr 1962 auf 46.258 Schilling im kommenden Jahr laut Voranschlag, wenn es uns gelingt, auf den präliminierten Personalstand zu kommen. In den Ziffern seien sämtliche Zulagen enthalten. Bei diesem Vergleich seien bewußt gerade jene Jahre berücksichtigt, in denen die Preissteigerungen relativ hoch waren. Dies deshalb, um den Vorwurf zu entkräften, daß die Lohn- und Gehaltserhöhungen bei den Bediensteten der Stadt Wien nicht einmal die Geldwertverdünnung abdecken könnten. Nimmt man für 1962 den durchschnittlichen Jahresverdienst mit 100 an, dann beträgt dieser im Jahr 1965: 115,4. Der Verbraucherpreisindex hingegen zeigt eine Steigerung von nicht mehr als fünf Prozent pro Jahr. Es ist also keinesfalls so, daß die Preissteigerungen durch die Lohnerhöhungen nicht abgegolten wurden.

./.

GR. Lanc stellt fest, daß seine Ausführungen nicht den Anschein einer gewissen Selbstzufriedenheit erwecken sollen und vor allem daß es nicht die Ansicht der Sozialisten sei, daß es den städtischen Bediensteten schon so gut gehe. Sie brauchen für ihre Lohn- und Personalpolitik jedoch keine Anleitung von den Kommunisten.

Zu den Wirtschaftsplänen: Der Redner verweist darauf, daß die Sozialabgaben ähnlich wie die Löhne und Gehälter gestiegen sind und die umfangreichen Investitionen ein steigendes Anlagevermögen zur Folge hatten, was natürlich auch hohe Abschreibungen mit sich bringt. Gleichzeitig stiegen die Preise für fast alle Materialien. Das alles wirke sich natürlich in den Wirtschaftsplänen aus.

Zum Eigen- und Fremdkapital: Würde man die Meinungen der einzelnen Redner auf einen gemeinsamen Nenner bringen, käme man zur Ansicht, daß die Hoheitsverwaltung Geld hergeben soll, entweder als Subvention oder als Kapitalaufstockung, damit das riesige Investitionsvorhaben der Wiener Stadtwerke erfüllt werden kann. Im Voranschlag scheinen jedoch an Fremdmitteln für die Stadtwerke 500 Millionen Schilling auf. Was würde also geschehen, wenn die Stadt Wien aus den Mitteln der Hoheitsverwaltung diese 500 Millionen beistellen würde? Wir hätten in weniger als eineinhalb Jahren die Rücklagen der Stadt Wien aufgezehrt und müßten den selben Weg gehen wie der Bund, der vor jedem Wechseltermin zittern muß, weil er nicht weiß, woraus die Bedeckung erfolgen kann. In eine derartige Situation bei der Stadtverwaltung und bei den Unternehmungen wollen sich die Sozialisten nicht drängen lassen.

Bei aller Kritik an der finanziellen Lage der Stadtwerke wurde jedoch kein brauchbarer Vorschlag gemacht, wie man ihre Finanzlage bessern könnte.

Der Redner kommt auf eine ÖVP-Wahlbroschüre zu sprechen, die im Widerspruch zu allen Tatsachen steht, die auch den ÖVP-Gemeinderäten bekannt sind. Es sei unverständlich, daß die ÖVP eine Broschüre mit dem Titel "Wien funktioniert nicht" herausgibt und Dinge kritisiert, für die seit 1945 ÖVP-Stadträte verantwortlich sind.

./.

Eine derartige Demagogie sei auf kurze Frist gesehen vielleicht rentabel, auf die Dauer gesehen jedoch kaum.

Der Redner schließt mit der Versicherung, daß seine Fraktion den Ansätzen, bzw. dem vorgelegten Antrag und dem Wirtschaftsplan 1965 der Wiener Stadtwerke zustimmen werde, weil sie davon überzeugt ist, daß dieser Wirtschaftsplan 1965 unter den gegebenen Situationen die bestmögliche Lösung der Probleme der Kommunalwirtschaft in Wien darstellt.

Stadtrat Schwaiger stellt im Schlußwort fest, daß alle Debattenredner über den weiteren Ausbau der Schnellbahn gesprochen haben. Vor kurzem gab es eine Ausstellung am Süd- und Westbahnhof, die Aufschlüsse über den von den Österreichischen Bundesbahnen geplanten Ausbau der Schnellbahn gab. Man ersah daraus, daß es nach dem Ausbau eine gute Verbindung für den Stockerauer nach Liesing, bzw. für den St. Pöltner nach Stammersdorf oder Strebersdorf geben wird, zur Verbesserung der Wiener Verkehrsverhältnisse jedoch kaum ein entscheidender Beitrag geleistet wird. Uns müßte aber als Wiener Mandatare, vor allem der Ausbau in Wien am Herzen liegen. Im übrigen soll man die derzeit im Gange befindlichen Verhandlungen zwischen allen zuständigen Stellen ungestört ablaufen lassen, damit man möglichst bald zu einem guten Abschluß kommt. Der geplante Ausbau der Schnellbahn durch die Österreichische Bundesbahn wird rund drei Milliarden Schilling kosten. Durch die Österreichische Bundesbahn wird auch daran gedacht, in diesen Ausbau des Schnellbahnnetzes die Wiener Stadtbahn einzubeziehen. Ob das zweckmäßig ist, sei fraglich. Für die Stadtbahn wurden Millionen ausgegeben und sie ist derzeit unser am besten funktionierendes und schnellstes öffentliches Verkehrsmittel.

Der Redner kommt dann auf eine Verbindung der Verkehrsmittel zwischen Gumpendorfer Straße und Philadelphiabrücke zu sprechen, die ebenso wie eine Verbindung von Nußdorf zur Engerthstraße der Wiener Bevölkerung bereits vor Jahren versprochen wurde. Der Gemeinderat wäre verpflichtet, dieses Versprechen endlich einzulösen.

Der Personalmangel im öffentlichen Dienst wird nach Ansicht des Redners nicht durch eine schlechte Entlohnung verursacht, sondern eher durch den schlechten Pensionsbezug. So ist der An-

./.

fangsgehalt eines Straßenbahners derzeit monatlich 1.400 Schilling. Durch die verschiedenen Zulagen kommt der Bedienstete jedoch auf mindestens 2.400 bis 2.500 Schilling monatlich. Alle Bediensteten wissen aber, daß diese Zulagen in die Pensionsbemessungsgrundlage nicht eingerechnet werden und die Altersversorgung daher geringer als jene nach dem ASVG ist.

Zum Einbau privater Autobuslinien in unser Verkehrsnetz: Diese Vorhaben sollen keinesfalls zu einer Reprivatisierung führen, sondern sie sind eine ausgesprochene Notstandsmaßnahme und überdies nichts Neues. 1957 wurde bereits eine Kommission eigesetzt und diese hat nach Beratungen zwischen vielen Fachleuten die Ansicht vertreten, daß es vorteilhaft wäre, eine Reihe von Autobuslinien, vor allem an der Peripherie, an private Unternehmer zu vergeben. Diese Linien werden von den privaten Firmen im Auftrag der Wiener Verkehrsbetriebe geführt.

Damals war auch die Personalvertretung in dieser Kommission. Er wundere sich daher, daß jetzt von seiten der Personalvertretung Schwierigkeiten gemacht werden.

Bevölkerungsverschiebungen beobachten wir sehr genau.

Wir haben in jedem Bezirk einen Beamten, der darauf zu sehen hat, daß das Verkehrsangebot dem Verkehrsbedürfnis gerecht wird.

Es stimmt, daß wir gewisse Engpässe in der Strom- und Gasversorgung haben. Aber ein langfristiger Plan wird ja mit 1. Jänner gestartet.

Erdgas: Wir haben uns bemüht, Vorsorge zu treffen, wenn das österreichische Erdgas einmal aus ist, die Bevölkerung weiter mit Erdgas versorgen zu können. Im Nächsten Gemeinderat wird ein Antrag der Gaswerke vorliegen, sich am Ausbau einer Erdgasleitung von Karlsruhe bis Ulm zu beteiligen. Von dort wird das Gas über Passau nach Österreich eingeleitet werden.

Es stimmt, daß wir die Kohlengaserzeugung in Simmering stilllegen wollen. Sie soll aus Rationalisierungsgründen auf Leopoldau konzentriert werden.

Zu der "technischen Vorlesung" von GR. Peter über den Wagenbau und die Bremsen meint Stadtrat Schwaiger, er überlasse als Nichttechniker die Lösung dieser Fragen den Technikern, die ja auch nicht

./.

auf der "Nudelsuppe dahergeschwommen" sind. Er sei überzeugt, daß die Techniker in jedem Fall versuchen, die beste Lösung für die Verkehrsbetriebe zu finden.

Der Schaffnerlose Beiwagen: Es ergaben sich bisher keine nennenswerten Schwierigkeiten. Im kommenden Jahr werden weitere 20 Wagen angeschafft. Die Einrichtung wird sicher eine wesentliche Personalersparnis bringen. Allerdings wird ein Umbau des Tarifsystems notwendig sein, wenn wir diese Aktion ausbauen wollen.

Weiter hob der Referent in seinem Schlußwort besonders hervor, daß man alles daransetzen müsse, die Eigenstromerzeugung auf 75 Prozent zu bringen. Für eine Querverbindung von Floridsdorf nach dem Westen liegen die Pläne bis auf das letzte Detail in den Schubladen der Verkehrsbetriebe. Es fehlen jedoch die notwendigen 25 Gelenkzüge und 802 Bedienstete.

Abschließend dankte Stadtrat Schwaiger allen Debattenrednern für die "friedvolle Atmosphäre" und ersucht nochmals um die Annahme seiner Anträge. (Beifall bei den Regierungsparteien.)

Bei der Abstimmung werden die Wirtschaftspläne der Wiener Stadtwerke mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen.

Neuwahl der Stadträte und Vizebürgermeister

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas wird hierauf die Neuwahl der Stadträte vorgenommen. Auf Grund eines von GR. Dr. Stemmer überreichten Antrages der Sozialistischen Partei wird die Zahl der Stadträte mit den Stimmen der Mehrheitsparteien mit zwölf festgesetzt. Im Sinne der Wiener Gemeinderatswahlordnung entfallen auf die SPÖ acht Mandate und auf die ÖVP vier Mandate. Mit den Stimmen der Mehrheitsparteien werden zu Stadträten gewählt: Hans Bock, Franz Glaserer, Kurt Heller, Maria Jacobi, Hans Mandl, Hubert Pfoch, Rudolf Sigmund und Felix Slavik, von der SPÖ; Dr. Heinrich Drimmel, Dr. Otto Glück, DDr. Pius Prutscher und Dr. Hans Wollinger von der ÖVP.

./.

Die Gewählten nehmen die Wahl an und leisten die Angelobung.

In einem gesonderten Wahlgang erfolgt hierauf die Wahl der zwei Vizebürgermeister. Nach den gesetzlichen Bestimmungen ist der eine Vizebürgermeister von der stärksten Partei vorzuschlagen, der andere von der zweitstärksten Partei des Gemeinderates, sofern diese wenigstens ein Drittel der Gemeinderatsmandate innehat. Demnach sind die Sozialistische Partei und die Volkspartei zur Erstattung dieser Vorschläge legitimiert. Die SPÖ schlägt Stadtrat Felix Slavik, die ÖVP Stadtrat Dr. Heinrich Drimmel vor. Die Nominierten werden mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP zu Vizebürgermeistern der Bundeshauptstadt Wien gewählt.

Den nächsten Tagesordnungspunkt bildet die Bestimmung der Verwaltungsgruppen. Über die Zahl und Einteilung dieser Verwaltungsgruppen ist ein Parteienübereinkommen zustande gekommen, nach dem folgende 12 Verwaltungsgruppen bestimmt werden:

Verwaltungsgruppe I:	Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform
Verwaltungsgruppe II:	Finanzwesen
Verwaltungsgruppe III:	Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung
Verwaltungsgruppe IV:	Wohlfahrtswesen
Verwaltungsgruppe V:	Gesundheitswesen
Verwaltungsgruppe VI:	Bauangelegenheiten
Verwaltungsgruppe VII:	Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten
Verwaltungsgruppe VIII:	Öffentliche Einrichtungen
Verwaltungsgruppe IX:	Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen
Verwaltungsgruppe X:	Wirtschaftsangelegenheiten
Verwaltungsgruppe XI:	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten
Verwaltungsgruppe XII:	Städtische Unternehmungen

Die Sitzung wird kurz unterbrochen, um dem Stadtsenat Gelegenheit zu geben, seinen Vorschlag zur Wahl der Amtsführenden Stadträte zu unterbreiten. Nach Wiederaufnahme der Sitzung gibt der Bürgermeister bekannt, daß der Stadtsenat vorschlägt, die zuvor gewählten Stadträte zu Amtsführenden Stadträten und damit zu Leitern der 12 Geschäftsgruppen zu bestellen. Diesem Vorschlag entsprechend wählt der Gemeinderat: Für Personalangelegenheiten,

./.

Verwaltung- und Betriebsreform Hans Bock, für das Finanzwesen Felix Slavik, für Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung Hans Mandl, für das Wohlfahrtswesen Maria Jacobi, für das Gesundheitswesen Dr. Otto Glück, für Bauangelegenheiten Kurt Heller, für Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten Dr. Heinrich Drimmel, für Öffentliche Einrichtungen Hubert Pfoch, für Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen Franz Glaserer, für Wirtschaftsangelegenheiten Dkfm. DDr. Pius Prutscher, für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten Rudolf Sigmund und für die Städtischen Unternehmungen Dr. Hans Wollinger.

Dank an die Stadträte Koci und Schwaiger

Im Anschluß an die Wahl der Leiter der 12 Geschäftsgruppen würdigt Bürgermeister Jonas die aus ihrem Amt scheidenden Stadträte Franz Koci und Anton Schwaiger mit folgenden Worten:

"Mit der neuen Funktionsperiode des Gemeinderates scheidet Herr Stadtrat Franz Koci als Mitglied des Stadtsenates aus. Als Amtsführender Stadtrat leitete er die Geschäftsgruppe "Öffentliche Einrichtungen". Dieses wichtige Amt unterstand ihm seit den Neuwahlen im Jahre 1954, nachdem er schon von 1951 bis 1954 das Wohnungsamt der Stadt Wien geleitet hatte.

Seine vielseitigen Erfahrungen auf dem Gebiete der kommunalen Verwaltung kamen ihm auch hier sehr zugute. In diesem Wirkungskreis, den er ein ganzes Jahrzehnt ausfüllte, hat er hervorragend gearbeitet. Der Wiener Gemeinderat hat ihm anläßlich seines bevorstehenden 65. Geburtstages in Würdigung seiner großen Verdienste um das öffentliche Wohl in Wien und in Würdigung seiner großen Bemühungen für den Aufbau Wiens den offiziellen Dank in der Form ausgesprochen, daß er durch einstimmigen Beschluß zum "Bürger der Stadt Wien" ernannt wurde. Erlauben Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß ich dem scheidenden Stadtrat Franz Koci für seine verdienstvolle und langjährige Tätigkeit, die er in schwerster Zeit im Interesse der Stadt und ihrer Bevölkerung vollbracht hat, den herzlichsten Dank ausspreche und ihm für seinen weiteren Lebensweg Glück und Gesundheit wünsche. (Beifall bei SPÖ, ÖVP und KLS.)

./.

Dem neuen Stadtsenat gehört auch Stadtrat Anton Schwaiger nicht mehr an. Stadtrat Schwaiger wurde bereits bei den ersten Wahlen im Jahre 1945 in den Wiener Gemeinderat gewählt. Nach erfolgreicher Tätigkeit in mehreren Ausschüssen des Wiener Gemeinderates wurde ihm im Jahre 1959 eine schwere und verantwortungsvolle Aufgabe übertragen. Er wurde zum Amtsführenden Stadtrat der Verwaltungsgruppe XII - Städtische Unternehmungen gewählt. In dieser Funktion hat er sich besonders für die Modernisierung und Rationalisierung der Wiener Stadtwerke eingesetzt. Mit der Durchführung des fünfjährigen Investitionsprogrammes konnte eine starke Produktivitätssteigerung bewirkt werden. Nur so war es möglich, daß die Wiener Stadtwerke den gestiegenen Anforderungen gerecht werden konnten.

Im Namen des Wiener Gemeinderates spreche ich Herrn Stadtrat Anton Schwaiger für die von ihm als Verantwortlichen für die Wiener Stadtwerke, wie auch als Mitglied des Stadtsenates und der Wiener Landesregierung unter erschwerten Bedingungen geleistete Arbeit den aufrichtigen Dank aus. Gleichzeitig möchte ich der Genugtuung Ausdruck verleihen, daß er dem Wiener Gemeinderat mit seinen reichen Erfahrungen weiterhin zur Verfügung stehen wird." (Beifall bei SPÖ, ÖVP und KLS)

Anschließend wählte der Gemeinderat über Vorschlag der SPÖ-Fraktion sechs neue Ausschuß- und Kommissionsmitglieder, deren Sitz durch Zurücklegungen vakant geworden war. Gewählt wurden: GR. Rösner zum Mitglied des Kulturausschusses, GR. Sagmeister zum Mitglied des Bauausschusses, GR. Pellet zum Mitglied des Wohnungsausschusses, GR. Weisz zum Mitglied der Gemeinderätlichen Personalkommission, GR. Ing. Hofstetter zum Ersatzmitglied des Beirates der Wiener Wohnbauaktion 1964 und GR. Deutsch zum Mitglied der Kommission zum Studium der wirtschaftlichen und betrieblichen Verhältnisse bei den Verkehrsbetrieben.

Schlußwort des Bürgermeisters

Nach Beendigung der Tagesordnung ergreift Bürgermeister Jonas das Wort zu seiner Schlußansprache:

"Ich habe in meiner Antrittsrede versucht, einen Überblick über eine Reihe der wichtigsten Aufgaben zu geben, die in den

./.

nächsten fünf Jahren von uns zu erledigen sein werden. Es sind große Projekte darunter, die hohe Summen Geldes verschlingen werden und auf die sich die Aufmerksamkeit der Bevölkerung richten wird.

Wichtig ist vor allem, daß wir uns immer wieder um das Vertrauen und das Verständnis der Wiener Bevölkerung bemühen. Nur durch die Mitarbeit und die Steuerleistung unserer Mitbürger kann unser Bemühen von Erfolg gekrönt sein. Ich kann im Namen des Wiener Gemeinderates die Versicherung abgeben, daß wir unser ganzes Wissen und Können mit voller Verantwortungsbereitschaft in den Dienst unserer geliebten Heimatstadt Wien stellen werden.

Die intensiven Beratungen über den Haushaltsplan für das Jahr 1965, als dem ersten Teil der neuen Wahlperiode, sind nun abgeschlossen. Mit der Annahme des Voranschlages sind die Weichen für die Arbeit des kommenden Jahres gestellt. Es drängt mich, allen aufrichtig zu danken, die an dieser verantwortungsvollen Aufgabe mitgewirkt haben, Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren des Wiener Gemeinderates, dem Amtsführenden Stadtrat für das Finanzwesen und den Herren der zuständigen Magistratsabteilungen der Geschäftsgruppe II, den Amtsführenden Stadträten mit ihren Abteilungsleitern, dem Magistratsdirektor, dem Kontrollamtsdirektor, dem Generaldirektor der Wiener Stadtwerke und dem Stadtbaudirektor. In diesen Dank schließe ich natürlich auch alle ihre Mitarbeiter ein. Nicht vergessen will ich die Leistung des Präsidialbüros, der Pressestelle und des Stenographenbüros, deren Mitarbeiter in bewährter Weise zum erfolgreichen Verlauf der Budgetdebatte beigetragen haben. (Beifall aller Fraktionen) Mein Dank gilt auch den Herren von der Presse, die durch eine ausführliche und korrekte Berichterstattung für den besten Kontakt mit der Öffentlichkeit gesorgt haben. Dasselbe gilt für die Mitarbeiter des Rundfunks und des Fernsehens. (Beifall)

Der Haushalt unserer Stadt ist für das nächste Jahr bestellt. Ich wünsche Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren des Wiener Gemeinderates, nach der Hast der letzten Wochen ein geruhsames Weihnachtsfest. Das Jahr 1965 möge im Geiste konstruktiver gemeinsamer Arbeit die Verwirklichung unserer Aufgaben, Absichten und Hoffnungen bringen.

./.

Allen Wienerinnen und Wienern wünsche ich im Namen des Gemeinderates frohe Weihnachten und ein glückliches neues Jahr, das ihnen Erfolg, Zufriedenheit und Gesundheit bringen möge.

Die Sitzung ist geschlossen." (Beifall aller Fraktionen.)

Die Klubobmänner der im Gemeinderat vertretenen Parteien begeben sich darauf zu Bürgermeister Jonas und bringen ihm Weihnachts- und Neujahrswünsche ihrer Fraktionen dar. Für die SPÖ spricht GR. Dr. Stemmer, für die ÖVP GR. Mühlhauser, für die FPÖ GR. Dr. Schmidt und für die KLS GR. Maller.

Damit findet die erste Sitzung des neuen Wiener Gemeinderates, die von der Konstituierung bis zum Schlußwort des Bürgermeisters genau 53 Stunden und 55 Minuten gedauert hat, ihr Ende.

\- - -

Wiener Landesregierung wurde angelobt

Hans Mandl und Dr. Heinrich Drimmel zu Stellvertretern des Landeshauptmannes bestimmt

19. Dezember (RK) Nach Beendigung der heutigen Gemeinderatssitzung traten unter Vorsitz von Landeshauptmann Jonas die Mitglieder der Wiener Landesregierung zu ihrer ersten Sitzung zusammen, um ihr Gelöbnis zu leisten.

Hierauf referierte Stadtrat Sigmund unter Bezugnahme auf die Verfassung der Bundeshauptstadt Wien über die Regelung der Stellvertretung des Landeshauptmannes. Er stellte den Antrag auf folgenden Beschluß der Landesregierung:

"Als Vertreter des Landeshauptmannes werden gemäß Paragraph 137 Abs. 3 der Verfassung der Stadt Wien Amtsführender Stadtrat Hofrat Hans Mandl und Vizebürgermeister Dr. Heinrich Drimmel bestimmt."

\- - -

Hubert Pfoch

Amtsführender Stadtrat für Öffentliche Einrichtungen

Hubert Pfoch wurde am 25. Juni 1920 in Wien als Kind einer Ottakringer Arbeiterfamilie geboren. Er erlernte das Tischlerhandwerk, rückte im Jahre 1940 zum Arbeitsdienst ein und diente dann bis Kriegsende bei den Pionieren.

Nach seiner Rückkehr trat er in den Dienst der Stadt Wien, wo er, in Erfüllung eines lang gehegten Wunsches, als Bibliothekar angestellt wurde. Pfoch war zuletzt zentraler Referent bei den Wiener Städtischen Büchereien.

Sofort nach Kriegsende begann sich Pfoch, der schon vor 1934 bei den "Kinderfreunden" war, politisch zu betätigen. Nachdem er zunächst innerhalb der Sozialistischen Jugend seines Heimatbezirkes tätig gewesen war, wurde er 1946 Obmann der Sozialistischen Jugend Wiens. Diese Funktion übte er bis zum Jahre 1954 aus. 1949 wurde er in den Wiener Landtag und Gemeinderat entsendet, dem er seither ohne Unterbrechung angehört. In diesen Körperschaften hat er vor allem die Interessen der jungen Menschen wahrgenommen. Er war einer der Gründer des Wohnbauvereines "Junge Generation", der es sich zum Ziel gesetzt hat, Wohnungen zu erschwinglichen Preisen für junge Ehepaare zu errichten. Pfoch ist gegenwärtig Obmann dieses Vereines. 1961 wurde er Obmann der Bezirksorganisation Ottakring der SPÖ.

Hubert Pfoch konnte sich in seiner derzeitigen Funktion als Sekretär der Sozialistischen Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates umfassende Kenntnisse in allen Sparten der Kommunalpolitik und Kommunalwirtschaft aneignen. Seine besondere Vorliebe gilt den Problemen des Bauens, der Kultur und des Gesundheitswesens. Zuletzt war Pfoch in den Gemeinderatsausschüssen für Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung, für Bauangelegenheiten und für die Städtischen Unternehmungn tätig.

Am 19. Dezember 1964 wurde Hubert Pfoch zum Amtsführenden Stadtrat für Öffentliche Einrichtungen gewählt.

\- - -

Dr. Johann Wollinger

Amtsführender Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen

Stadtrat Dr. Johann Wollinger wurde am 13. Februar 1915 in Wien-Meidling geboren. Sein Vater Heinrich Wollinger war Kaufmann und entstammte ebenfalls einer alten Kaufmannsfamilie.

Johann Wollinger absolvierte auch seine Schulbildung - Volksschule und Gymnasium - in seinem Heimatbezirk Meidling. Im Juni 1934 maturierte er und nahm anschließend das Jusstudium an der Wiener Universität auf. Während des Studiums erfüllte er im Jahr 1937 die Dienstpflicht beim Österreichischen Bundesheer. Die Promotion zum Doktor juris erfolgte im Februar 1940. Im März des gleichen Jahres trat Dr. Wollinger in den Gerichtsdienst ein. Die Stationen waren Gloggnitz, Landesgericht für Zivilrechtsangelegenheiten Wien, Strafbezirksgericht Wien und Bezirksgericht Floridsdorf. Militärdienst im zweiten Weltkrieg leistete er vom Juli 1941 bis April 1945.

Im Mai 1945 trat Dr. Wollinger in das Bundesministerium für Unterricht als Ministerialkommissär ein, wurde Ministerialoberkommissär und legte die praktische-politische Verwaltungsprüfung ab.

Ab Dezember 1948 war er Geschäftsführer der Sektion Handel der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien. Ab April 1952 war Dr. Wollinger außerdem leitender Sekretär des Fonds der Wiener Kaufmannschaft.

Seine politische Tätigkeit nahm Johann Wollinger in verschiedenen christlichen Jugendorganisationen schon sehr früh auf. Nach 1945 war er in der Bezirksparteileitung Meidling tätig sowie in der Landesparteileitung der Österreichischen Volkspartei. Bereits von 1954 bis 21. Oktober 1958 war er Mitglied des Wiener Gemeinderates und Abgeordneter zum Wiener Landtag. In dieser Zeit war er im Finanzauschuß, im Ausschuß für Allgemeine Verwaltung und zuletzt im Ausschuß für Städtische Unternehmungen tätig. Am 19. Dezember 1964 wurde Dr. Johann Wollinger zum Amtsführenden Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen gewählt.

Stadtrat Dr. Wollinger ist verheiratet und hat vier Kinder.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Weihnachten und Silvester auf dem Rathausplatz

21. Dezember (RK) Am Weihnachtsabend, Donnerstag, dem 24. Dezember, erklingt von 18 bis 18.15 Uhr vom Carillon des Wiener Rathausturmes Weihnachtsmusik.

Zu Silvester wird auch heuer wieder das traditionelle Turmblasen von der Loggia des Rathausturmes zu hören sein. Der Trompeterchor der Stadt Wien, geleitet von Prof. Josef Levora, wird am Donnerstag, dem 31. Dezember, von 18 bis 18.30 Uhr folgendes Programm spielen: Fanfare der Stadt Wien von Richard Strauss, Sarabande von Franz Mathias Techelmann, Prinz Eugen-Fanfare von Josef Hadraba, Die Ehre Gottes von Ludwig van Beethoven, Anton Bruckner-Fanfare von Carl Führich, Sonatina von Gottfried Reichel, Festfanfare von Karl Pilss, Intraden von Hans Leopold Haßler, ein Arrangement von Weihnachtsliedern und die Wiener Philharmoniker-Fanfare von Richard Strauss.

Im Anschluß an das Konzert wird die Neujahrsansprache von Bürgermeister Jonas auf den Rathausplatz übertragen. Nachher ist fünf Minuten lang das Glockenspiel vom Turm zu hören.

Sollte das Musizieren auf der Loggia infolge besonders schlechten Wetters unmöglich sein, wird der Trompeterchor in der Turmnische des Festsaales spielen. In diesem Fall wird das Konzert auf den Rathausplatz übertragen.

Von 23.50 Uhr bis 24 Uhr erklingt vom Rathausturm die Silvestermusik des Carillons, anschließend ertönen zwölf Glockenschläge und den Abschluß bildet wie alljährlich der Donauwalzer.

\- - -

Berichte und Zahlen über eine lebendige Stadt

Neues "Jahrbuch der Stadt Wien" erschienen

10. Dezember (RK) Der eben erschienene Band 1963 des jährlich vom Magistrat der Stadt Wien herausgegebenen "Jahrbuches der Stadt Wien" enthält wieder als ersten Teil den Verwaltungsbericht und als zweiten Teil das Statistische Jahrbuch.

Als Neuerung findet sich im Anschluß an das Inhaltsverzeichnis des ersten Teiles eine Zusammenstellung der Bundes- sowie Landesgesetze und -verordnungen, welche die Tätigkeit der Stadtverwaltung im Jahre 1963 besonders beeinflußt haben. Durch diese Zusammenstellung soll der Verwaltungsbericht für den juristisch nicht Interessierten von Zitierungen entlastet - im Text wurden Zitierungen vermieden - und flüssiger gestaltet, für den Fachmann aber durch die volle Zitation der Normen ein mühelos zu verwendender Arbeitsbehelf werden.

Der Verwaltungsbericht selbst wird durch eine kurze Abhandlung über Probleme eingeleitet, die zu den schwierigsten unserer Stadt zählen, die Wiener Verkehrsprobleme. Er nennt sodann die Veränderungen in den Vertretungskörpern, zählt die Delegationen und Persönlichkeiten auf, die vom Bürgermeister oder dessen Stellvertreter im Namen der Stadt empfangen wurden, führt die wegen ihrer besonderen Verdienste oder künstlerischen Leistungen öffentlich Geehrten und Ausgezeichneten an und gedenkt der großen Ereignisse sowie der großen Toten der Stadt Wien. Die folgenden Ausführungen über die Änderungen des Dienstrechtes der Beamten und Angestellten der Stadt Wien geben Einblick in die im Personalwesen geleistete Arbeit. Im Kapitel Finanzwesen wird die Konjunkturbewegung skizziert, der Stadthaushalt erläutert, ein Überblick über die Änderungen der Normen geboten, welche die städtischen Abgaben regeln, und neben der Tätigkeit die Rationalisierung des Rechnungsamtes geschildert, um mit den knapp vorhandenen Arbeitskräften ein möglichst großes Maß an Arbeit bewältigen zu können. Diese Knappheit an Arbeitskräften begegnet dem Leser in dem Bericht immer wieder, sei es im Wohlfahrtswesen, wo Pflegepersonal für Kranke und alte Menschen mangelt, sei es im Bauwesen, wo Technisierung und Fertigteilbauweisen neben Kostensenkung und Zeitersparnis den Arbeitermangel ausgleichen müssen, sei es bei der Bestattung der Toten, denen mangels Friedhofsarbeitern Maschinen den Raum für die letzte Ruhestätte bereiten.

./.

Mag das Problem des Personalmangels auch große Anforderung an die stellen, die es zu lösen haben, so ist es doch ein positives Zeichen unserer Zeit, ein Zeichen der wirtschaftlichen Konjunktur, der es zu danken ist, daß für Kultur und Volksbildung die im Bericht angeführten Aufwendungen gemacht, außer allgemeinen Fürsorgenmaßnahmen für die Kinder Kindergärten und Tagesheimschulen gebaut, für die Jugend Schulen modern ausgestattet und für die älteren Bürger Pensionistenklubs und Pensionistenheime errichtet werden konnten, um ihnen den Lebensabschnitt der wohlverdienten Ruhe zu verschönern. Verbessern und Verschönern ist das Zentralproblem der Stadtverwaltung; ihm dienen die Lösung des Wohnungsproblems durch die zahlreichen Wohnhausbauten, der Bau der Fernheizwerke und Müllverbrennungsanlagen, die Bewältigung der schon eingangs erwähnten Verkehrsprobleme durch den Bau moderner, leistungsfähiger Brücken und Straßen, über die im Kapitel Bauwesen berichtet wird, sowie die Bemühungen der städtischen Unternehmungen um eine bessere Versorgung der Wiener Bevölkerung mit Gas-, Strom und Verkehrsmitteln, mit deren Beschreibung der Verwaltungsbericht schließt.

Im Verwaltungsbericht wurden bewußt zahlenmäßige Angaben unterlassen, wo immer sie vermeidbar waren, und Hinweise auf die entsprechenden Kapitel des Statistischen Jahrbuches eingefügt. Hiedurch soll dem Leser die Möglichkeit geboten werden, sich in einer nicht ermüdenden Lektüre über die Tätigkeit der Stadtverwaltung zu informieren, genaue Details aber an Hand übersichtlicher, systematisch systematisch geordneter Tabellen zu studieren.

Wo immer es Probleme zu lösen gibt, kommt man ohne Statistik nicht aus. Je stärker und vielfältiger sich das wirtschaftliche und soziale Leben entfaltet, umso größer wird der Bedarf an statistischen Zahlen, die an Stelle vager Vorstellungen quantitative und damit konkrete Aussagen ermöglichen.

So kann aus den Zahlenreihen der Tabellen über den Bevölkerungsstand und die Bevölkerungsbewegung das in letzter Zeit manchmal auftauchende Schlagwort von der "sterbenden Stadt Wien" treffend widerlegt werden. Unter den 20.000 bis 25.000 Personen, die Wien jährlich durch Zuwanderung gewinnt, befinden sich vor allem junge Menschen. Während der letzten zehn Jahre hat die Zahl der Angehörigen der Geburtsjahrgänge 1925 bis 1945 um 63.500 oder 18 Prozent zugenommen. Die Zahl der von Wienerinnen zur Welt ge-

brachten Kinder ist von 11.216 im Jahre 1954 auf 20.082 im Jahre 1963, also um 79 Prozent gestiegen.

Wien ist eine lebende Stadt: Auch in den Zahlen des Statistischen Jahresbuches, welche die Wirtschaftskraft Wiens veranschaulichen, kommt dies zum Ausdruck. Der Produktionswert der Wiener Industrie z.B. stieg von 21 Milliarden Schilling im Jahre 1959 auf 27 Milliarden Schilling im Jahre 1963, der Stromverbrauch erhöhte sich während dieser fünf Jahre von 1.809 auf 2.489 GWh, die abgegebene Gasmenge von 491 auf 685 Millionen Kubikmeter, der Wasserverbrauch von 146 auf 165 Millionen Kubikmeter. Die Zahl der Kraftfahrzeuge, die 1959 erst 227.000 betragen hatte, erreichte 1963 300.000; mehr als 100.000 Telephonanschlüsse wurden in diesem Jahrfünft neu hergestellt.

Außer Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen bringt das Statistische Jahrbuch wie alljährlich ein reichhaltiges Zahlenmaterial über das Gesundheits- und Wohlfahrtswesen, den Arbeitsmarkt, Preise, Lebenshaltungskosten, Löhne, über das Unterrichtswesen und kulturelle Einrichtungen sowie über die Tätigkeit der Rechtspflege und der Verwaltung.

Das Jahrbuch der Stadt Wien umfaßt 205 Seiten Text, 330 Seiten Tabellen und 68 Seiten Bildbeilage. Es ist zum Preis von 100 Schilling durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag für Jugend und Volk Ges.m.b.H., Wien 1., Tiefer Graben 7-9, zu beziehen.

\- - -

Entfallende Sprechstunden

21. Dezember (RK) Dienstag, den 22. Dezember, entfallen die Sprechstunden beim Amtsführenden Stadtrat für das Wohlfahrtswesen, Maria Jacobi.

\- - -

Verlag und Feuerwehr - auf gute Nachbarschaft im Tiefen Graben

21. Dezember (RK) Unter dem Motto "Der gute Nachbar" steht eine Begegnung, die am Weihnachtstag, Donnerstag, den 24. Dezember, zwischen Mitarbeitern des Verlages für Jugend und Volk und Angehörigen der Feuerwehrzentrale stattfindet. Die beiden von einander so verschiedenen Institutionen, der Verlag und die Feuerwehr, sind nämlich Nachbarn; der Verlag für Jugend und Volk hat seinen Sitz am Tiefen Graben, auf den auch die Diensträume des Feuerwehrkommandos Am Hof hinausgehen. Als Zeichen der nachbarlichen Verbundenheit werden daher Mitarbeiter des Verlages um 12.15 Uhr den Feuerwehrmännern ein kleines Geschenk überreichen. Die Feuerwehrmänner können das Weihnachtsfest nicht daheim bei ihren Familien feiern, sie haben auch am Heiligen Abend Dienst. Dieser gut nachbarlichen Begegnung wird auch Stadtrat Mandl beiwohnen.

\- - -

Hofrat Hans Mandl bereits 15 Jahre Stadtrat

21. Dezember (RK) Die am Samstag erfolgte Konstituierung des Wiener Stadtsenates gibt Anlaß zu der Feststellung, daß dieser Körperschaft ein Amtsführender Stadtrat angehört, der seine Funktion nun schon 15 Jahre lang ausübt. Es ist Hofrat Hans Mandl, der bereits am 5. Dezember 1949 das Ressort Kultur und Volksbildung übernahm, zu dem später noch die Schulverwaltung dazukam.

Aber auch der Wiener Landtag hat zwei Jubilare, die auf eine 15jährige Tätigkeit in der gleichen Funktion zurückblicken können. Es sind dies der Erste Präsident des Wiener Landtages Bruno Marek und der Zweite Präsident Karl Mühlhauser.

\- - -

Klara Rosa Albach-Retty feiert 90. Geburtstag

21. Dezember (RK) Frau Professor Klara Rosa Albach-Retty, die Mutter von Wolf Albach-Retty, feiert am 26. Dezember ihren 90. Geburtstag. Der Döblinger Bezirksvorsteher Opfermann hat ihr bereits heute die Glückwünsche der Wiener Stadtverwaltung überbracht.

\- - -

Sondervorstellung der Eisrevue für Wiens Dauerbefürsorgte

21. Dezember (RK) Eine große Weihnachtsüberraschung erwartet Wiens Dauerbefürsorgte. Am Mittwoch, dem 23. Dezember, findet für sie auf Einladung des Wohlfahrtsamtes der Stadt Wien um 15.30 Uhr in der Wiener Stadthalle eine Sondervorstellung der Wiener Eisrevue statt. Der Vorstellung wird auch Bürgermeister Jonas beiwohnen.

\- - -

Raniero di Calzabigi zum Gedenken

21. Dezember (RK) Auf den 23. Dezember fällt der 250. Geburtstag des Librettisten Glucks Raniero di Calzabigi.

Er wurde als Sproß einer angeschenen Familie in Livorno geboren und eignete sich eine umfassende akademische Bildung an. Sein abenteuerliches Leben führte ihn als Diplomaten, Finanzexperten, Literaten, Kritiker, Übersetzer und Dichter durch halb Europa. In Neapel schrieb er seine erste höfische Festspieldichtung. Um 1750 wandte er sich nach Paris, wo er in dem heftigen Meinungsstreit zwischen der italienischen und französischen Oper die Partei Metastasios ergriff und dessen Werke neu herausgab. Mit Casanova betrieb er eine Lotterie, aus der er gute Einnahmen bezog. Nach Aufenthalten in England und Brüssel traf er 1761 als Geheimrat der niederländischen Rechnungskammer in Wien ein. Er erfreute sich der Gunst des Kanzlers Kaunitz wie des Grafen Cobenzl und kam über den Hoftheaterintendanten Graf Durazzo in Verbindung mit Gluck. Seiner Zusammenarbeit mit diesem entstammen die berühmten Reformopern "Orfeo ed Euridice", "Alceste" und "Paride ed Elena". Im Juli 1795 ist er, von Krankheit und Geldschwierigkeiten bedrückt, in Neapel gestorben. Calzabigi ist als Textdichter Glucks in die Musikgeschichte eingegangen. Er ging zunächst von Metastasio und seinen in höfischer Konvention erstarrten Dramen aus, trat ab später in offenen Gegensatz zu ihm. Seine Libretti stehen im Dienst großer Ideen und einfacher Handlungen. Die herkömmlichen historischen Stoffe werden durch die antike Sagenwelt ersetzt. Calzabigi hat durch die Verschmelzung wesentlicher Züge der italienischen und französischen Oper an dem großen Reformwerk Glucks einen bedeutenden Anteil.

\- - -

Neue Montagebauwohnungen im 22. Bezirk - großer Landschaftspark auf dem Küniglberg

21. Dezember (RK) Drei große Bauvorhaben standen unter anderem auf der Tagesordnung einer Sitzung des Bauausschusses des Wiener Gemeinderates, die heute früh im Rathaus stattfand. Alle drei Projekte wurden genehmigt, müssen jedoch noch an den Stadtsenat und an den Gemeinderat zur endgültigen Beschlußfassung weitergeleitet werden.

Auf Antrag von Stadtrat Heller wurden Entwurf und Sachkredite für die Errichtung einer städtischen Wohnhausanlage im 22. Bezirk, An der Rugierstraße 26, genehmigt. Der Entwurf sieht die Errichtung von vier viergeschossigen Blöcken mit 18 Wohnhäusern in Montagebauweise vor. In den Häusern werden insgesamt 168 Wohnungen untergebracht sein. Ferner werden Abstellplätze für insgesamt 45 Pkws und auf den unverbauten Flächen Kinderspielplätze sowie Ruhe- und Wirtschaftsplätze angelegt. Die übrigen Flächen werden zu Gartenanlagen ausgebaut. Die Beheizung der Wohnungen wird zentral vom Fernheizwerk aus erfolgen. Die Gesamtbaukosten betragen 33 Millionen Schilling. Als Baurate für 1965 sind 27 Millionen Schilling vorgesehen.

Als weiteres Projekt soll auf dem Küniglberg im 13. Bezirk ein neuer Landschaftspark angelegt werden. Auf einem rund zehn Hektar großen Gelände zwischen dem Franz Schalk-Platz beziehungsweise der Alois Kraus-Promenade, Malfattisteig-Elisabethallee, und den im Osten angrenzenden Kleingärten zwischen der Hanselmayergasse und der Weidlichgasse wird der Küniglberg unter weitgehender Erhaltung des alten Baum- und Strauchbestandes als neuer schöner Landschaftspark wieder auferstehen. Die während des Krieges als Ernteland genutzten Flächen werden eingeebnet und frisch bepflanzt. Die zum Teil vorhandenen Wege will man befestigen und als Wander- und Promenadenwege ausbauen. An verschiedenen Stellen sind Ruhe- und Aussichtsplätze vorgesehen. Im nordöstlichen Teil des Gebietes wird ein Ballspielplatz für Kinder und Jugendliche angelegt werden. Die Rasenflächen werden als Lagerwiesen dienen. Zahlreiche Ruhebänke werden zur Rast einladen. Zum Schutz vor plötzlich auftretenden Regenfällen ist an die Errichtung von Regendächern gedacht. Nach der Fertigstellung dieses Projektes, das etwa 3,5 Millionen Schilling kostet, wird also der Bevölkerung ein weiteres großes Erholungsgebiet zur Verfügung stehen. ./.

Umbau der Breitenfurter Straße

Das dritte heute vom Bauausschuß genehmigte interessante Projekt ist der Umbau der Breitenfurter Straße im 12. Bezirk. Bekanntlich wird an einer neuen Unterfahrung der Breitenfurter Straße unter die Donauländebahn gebaut. Da die Einbauarbeiten und die Gleisregulierung in der Breitenfurter Straße, das Brückentragwerk für die Donauländebahn und die Stüztmauern im Bereich der Unterfahrung bereits fertiggestellt sind, wird nun der Umbau der Breitenfurter Straße selbst begonnen. Die Fahrbahnen und die Gehsteige erhalten einen Asphaltbelag. Die voraussichtlichen Gesamtkosten für den Straßenbau betragen 5,8 Millionen Schilling.

Ferner genehmigte der Bauausschuß grundsätzlich die Errichtung eines Neubaues im 11. Bezirk, Rinnböckstraße 15, in dem die städtische Prüf- und Versuchsanstalt untergebracht werden soll. Der Neubau von Räumlichkeiten für die Prüf- und Versuchsanstalt (Magistratsabteilung 39) ist unbedingt notwendig, da diese Abteilung bis jetzt in viel zu kleinen Räumen im Kellergeschoß des Rathauses und zum Teil in drei verschiedenen Objekten im 1., 3. und 22. Bezirk untergebracht ist. Außerdem fehlen ihr für ihre wichtige Arbeit dringend verschiedene zusätzliche Arbeits- und Büroräume.

\- - -

Neues Landesgesetzblatt

21. Dezember (RK) Das neue Landesgesetzblatt enthält die Pflegegebühren für die Wiener städtischen Krankenanstalten, die von der Wiener Landesregierung beschlossen wurden.

Das Landesgesetzblatt ist um 70 Groschen im Drucksortenverlag der Stadthauptkasse, 1, Rathaus, Stiege 7, Hochparterre, und in der Verkaufsstelle der Österreichischen Staatsdruckerei - Wiener Zeitung, Wien 1, Wollzeile 27a, erhältlich.

\- - -

Amtseinführung der Stadträte Dr. Wollinger und Pfoch

21. Dezember (RK) Im Sitzungssaal des Ringturms fand heute vormittag die offizielle Verabschiedung des ehemaligen Stadtrates für die Städtischen Unternehmungen und jetzigen Gemeinderates Schwaiger sowie die Amtseinführung des neuen Stadtrates Dr. Wollinger durch Bürgermeister Jonas statt. Mehrere Gemeinderäte des Ausschusses für die Städtischen Unternehmungen, Magistratsdirektor Dr. Ertl, Generaldirektor Dr. Reisinger sowie die Funktionäre und leitenden Beamten der Stadtwerke nahmen an dem feierlichen Akt teil.

Bürgermeister Jonas hob in seiner Ansprache die Bedeutung dieser Geschäftsgruppe hervor. Die Stadtwerke zählen mit fast 20.000 Beschäftigten zu den größten Unternehmungen Österreichs. Vom Funktionieren ihrer Werke hängt das Leben und die Wirtschaft einer Millionenstadt ab. Stadtrat Dr. Wollinger findet bei den Stadtwerken ein gut vorbereitetes Haus, dank der Arbeit seiner Vorgänger, die sich bemüht haben, den Notwendigkeiten der Zeit Rechnung zu tragen. Er sei überzeugt, betonte der Bürgermeister, daß die leitenden Herren der Stadtwerke dem neuen Stadtrat stets mit Rat und Tat zur Verfügung stehen werden und wünschte Dr. Wollinger viel Glück zu seiner neuen Funktion.

Mit herzlichen Worten verabschiedete sich Bürgermeister Jonas von Stadtrat Schwaiger, der einen wichtigen Abschnitt seines Lebens beendet hat. Vor einem halben Jahrzehnt fast genau auf den Tag übernahm Schwaiger dieses Amt. Was in diesen fünf Jahren "drinsteckt" wisse Schwaiger wohl am besten. Er danke ihm für die Einsatzbereitschaft und das große Verantwortungsbewußtsein, schloß der Bürgermeister, und er könne Schwaiger das Zeugnis ausstellen, daß er das Beste gewollt und für die Stadtwerke außerordentlich viel erreicht habe.

Generaldirektor Dr. Reisinger gab eine Rückschau auf die Amtsperiode von Stadtrat Schwaiger. In dieser Zeit wurden in den E-Werken Block III und IV gebaut und mit dem Bau von Block V begonnen, eine Reihe von Umspannwerken wurde errichtet und die 100-KV-Anlage in Simmering und Leopoldau.

./.

In den Gaswerken wurden fünf Spaltanlagen neu gebaut und der neue Großgasbehälter. Die Verkehrsbetriebe hatten ihr Wagenbauprogramm und das Schienenbremsenprogramm, die Umstellung von Straßenbahn auf Autobus, den Bau von Garagen, die Beteiligungen an großen Verkehrsbauwerken und zuletzt den schaffnerlosen Beiwagen.

Generaldirektor Dr. Reisinger begrüßte dann den neuen Stadtrat und versicherte ihm im Namen der Stadtwerke, daß sie mit dem besten Willen und bestem Können und Wissen zur Verfügung stehen werden. Er hoffe auf die gleiche gute Zusammenarbeit, um der Wiener Bevölkerung dienen zu können und den Verpflichtungen der Stadtwerke nachkommen zu können.

Nach einer Ansprache von Betriebsrat Zankl, der im Namen der Gewerkschaft das Wort ergriffen hatte, verabschiedete sich Stadtrat Schwaiger offiziell und dankte für die lobenden Worte, die im Gemeinderat und nun hier gesagt wurden. Während der fünf Jahre seiner Verantwortlichkeit habe er nicht mehr als seine Pflicht getan. Schon bei der Amtsübernahme war er sich bewußt, daß gerade diese Verwaltungsgruppe sehr schwierig sei und daß man sich nicht viel Lorbeeren holen können werde. Es wird noch Jahre dauern bis wir die Stadtwerke aus dem Ärgsten heraus haben werden. Er sei aber überzeugt, daß die Stadtwerke auf dem besten Weg zu einer Konsolidierung sind. Stadtrat Schwaiger dankte seinen Mitarbeitern für die ihm stets gewährte Unterstützung und wünschte seinem Nachfolger recht viel Erfolg und den ganzen Stadtwerken eine gute Zukunft.

Stadtrat Dr. Mollinger sagte, daß er bei der Übernahme dieser schwierigen Aufgabe alle guten Wünsche nötig habe, die ihm heute zum Ausdruck gebracht wurden. Bei den Unternehmungen handelt es sich um einen schwierigen und hohe Verantwortung erfordernden Aufgabenbereich. Die wirtschaftliche Situation der Stadtwerke ist bekannt und auch daß das Sorgenkind Nummer Eins die Verkehrsbetriebe sind. Es gibt einen enormen Nachholbedarf auf dem Investitionssektor. Man darf nicht übersehen, daß die Stadtwerke nicht nach rein kommerziellen Grundsätzen zu führen sind, sondern auch kommunale Dienstleistungen für die Allgemeinheit zu erbringen haben.

./.

In der Vergangenheit ist schon viel zur Verbesserung der Situation geschehen. Besonders unter der Leitung von Stadtrat Schwaiger konnten weithin sichtbare Leistungen erzielt sowie eine wichtige Vorarbeit für die nun begonnene und für die kommenden Wahlperioden geleistet werden. Der Fünfzehn-Jahres-Plan ist ein gediegenes Konzept und bedeutet einen Hoffnungsstrahl für eine allmähliche Besserung und endgültige Sanierung.

Er könne heute kein Programm für die Zukunft entwickeln, bevor er nicht gewissenhaft alle verfügbaren Informationen studiert habe. Er sei jedoch überzeugt, daß es bei der Führung der Verwaltungsgruppe XII vorwiegend um die Lösung wirtschaftlicher Probleme geht. Es muß daher mit absoluter Leidenschaftslosigkeit und größter Sachlichkeit gearbeitet werden. Politische Probleme kann es nur auf kommunalpolitischer oder sozialpolitischer Ebene geben.

Durch ein sachliches und verständnisvolles Zusammenwirken zwischen Hoheitsverwaltung und Stadtwerken muß es in Zukunft möglich sein, eine echte Besserung zu erzielen. Vordringlich scheine ihm der Ausbau des Rohr- und Kabelnetzes sowie der Produktion und bei den Verkehrsbetrieben die Erneuerung der zweiten Hälfte des Wagenparkes.

Stadtrat Dr. Wollinger gab der Meinung Ausdruck, daß gemeinsam alle Anstrengungen unternommen werden müßten, damit Wien nicht im Verkehr ersticke. Ein hoffnungsvoller Anfang ist zweifellos mit dem Bau der Unterpflasterstraßenbahn gemacht. Kostspielige Bauwerke werden allerdings folgen müssen.

Zu sachlicher konstruktiver und erfolgreicher Arbeit, betonte der Stadtrat abschließend, ist nicht die gleiche Weltanschauung, sondern nur der ehrliche gute Wille erforderlich, den wir gegenseitig voneinander voraussetzen wollen. Und nun mit Gottes Hilfe ans Werk zum Wohle unserer geliebten Stadt und seiner fleißigen Bevölkerung.

\+ + +

Gegen Mittag wurde dann im Wiener Rathaus der neue Stadtrat für Öffentliche Einrichtungen, Hubert Pfoch, ebenfalls durch Bürgermeister Jonas in sein Amt eingeführt und gleichzeitig der scheidende Stadtrat Franz Koci verabschiedet.

Bürgermeister Jonas beleuchtete die Situation der Verwaltungsgruppe "Öffentliche Einrichtungen" in der Öffentlichkeit.

./.

Von der Tätigkeit dieser Abteilung werde nicht gesprochen, solange alles funktioniert. Es wird als Selbstverständlichkeit betrachtet, daß genügend Wasser aus dem Rohrnetz fließt oder daß die Regenmassen im Kanal klaglos verschwinden. Der Schnee soll alle schönen, dekorativen Eigenschaften haben, aber weder die Stöckelschuhe der Damen noch den Verkehr in Mitleidenschaft ziehen. Mit der Straßenreinigung sei es wie mit der Damenmode: es wird immer komplizierter, hübsch und schön zu sein.

Auch in dieser Geschäftsgruppe ist der Personalmangel sehr drückend. Zeitungen aus den dreißiger Jahren berichten, wie sich die Arbeitslosen bei den Schneearbeiter-Aufnahmestellen um eine Schaufel gedrängt haben, um einige Stunden lang etwas verdienen zu können. Diese Zeiten sind glücklicherweise vorbei. Dafür gibt es jetzt andere Probleme.

Stadtrat Koci hat zehn Jahre lang die Abteilung Öffentliche Einrichtungen in vorbildlicher Weise geleitet. Die wichtigen Abteilungen dieser Verwaltungsgruppe haben in dieser Zeit ihre Aufgaben gegenüber der Wiener Bevölkerung stets erfüllt. Darüber hinaus gelang es Stadtrat Koci, eine verschworene Gemeinschaft fähiger Mitarbeiter um sich zu scharen. Bürgermeister Jonas wünschte dem in den Ruhestand tretenden Stadtrat noch viele sorgenfreie und gesunde Jahre.

In seinen Begrüßungsworten für den neuen Stadtrat Hubert Pfoch hob Bürgermeister Jonas hervor, daß dieser in der Stadtverwaltung kein Neuling sei, sondern bereits seit 15 Jahren dem Wiener Gemeinderat angehöre. Er genieße das Vertrauen aller, die ihn aus seiner Tätigkeit in dieser Körperschaft und in verschiedenen Ausschüssen kennen. Bürgermeister Jonas bat Stadtrat Pfoch, denselben guten Kontakt mit seinen Mitarbeitern zu halten wie Stadtrat Koci und wünschte ihm für seine neue Tätigkeit Glück und Erfolg.

Auch Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Dr. Koller würdigte die Tätigkeit des scheidenden Stadtrates Franz Koci. In der Zeit seiner Amtsperioden seien gewichtige Probleme aufgetreten, die durch übelwollende Kritik noch wesentlich erschwert wurden. Dr. Koller dankte Stadtrat Koci für die erfreuliche Zusammenarbeit mit dem Stadtbauamt und überreichte ihm zur Erinnerung an seine Amtstätigkeit ein dickes Fotoalbum mit Aufnahmen von den wichtigsten Ereignissen der zehnjährigen Tätigkeit Kocis. Stadtrat Pfoch wurde in seinem neuen Wirkungskreis herzlich willkommen geheißen. ./.

Von seiten der Personalvertretung dankte Obmann Billmaier Stadtrat Koci für dessen allzeit bewiesenes Verständnis für die Anliegen und Wünsche des Personals. Stadtrat Pfoch möge darinnen in die Fußstapfen seines Vorgängers treten.

In bewegten Worten nahm Stadtrat Koci von seinen Mitarbeitern Abschied. Er habe sich deshalb stets in ihre Lage hineinversetzen können, weil er ja nicht als Stadtrat auf die Welt gekommen sei, sondern ebenso lang Vertrauensmann in einem Betrieb war. In gemeinsamem Bemühen sei ihnen die Überwindung vieler Schwierigkeiten möglich gewesen und auch die Kritik hätten sie gemeinsam getragen. Nach dem Sprichwort "Den letzten beißen die Hunde" habe sich die öffentliche Meinung freilich zumeist an den Amtsführenden Stadtrat gehalten. Dank gebühre den vier Stadtbaudirektoren und den beiden Magistratsdirektoren, mit denen er zusammengearbeitet habe.

An seinen Amtsnachfolger gerichtet sagte Stadtrat Koci, daß es leichter sei, in der Not Funktionär zu sein als im Wohlstand und sagte ihm voraus, daß die Sorgen immer noch wachsen werden. Er könne ihm jedoch ein gutes Erbe in Form gefüllter Wasserbehälter und eines hervorragenden Mitarbeiterstabs hinterlassen.

Stadtrat Pfoch drückte zunächst seinem Amtsvorgänger besondere Anerkennung aus und versicherte ihm, in seinem Sinne weiterarbeiten zu wollen. Das oberste Ziel seiner Tätigkeit sei es, zum Bau einer Gemeinschaftsordnung beizutragen, in der jeder Mensch wirklich Mensch sein kann. Dazu gehöre die Ordnung in allen Bereichen des städtischen Lebens. Dazu gehöre auch, daß Wien seinen Ruf als eine reine und saubere Stadt, als eine Stadt der Volksbäder und der vorbildlichen öffentlichen Einrichtungen aufrecht erhält. Er freue sich, in dem Bemühen darum eine Schar von Mitarbeitern, die von ihrer Aufgabe im Dienste der Öffentlichkeit geradezu besessen seien, hinter sich zu wissen. Die Vertreter der einzelnen Magistratsabteilungen bat Stadtrat Pfoch, allen Bediensteten auf den Straßen, in den Werkstätten und in den Ämtern seine Grüße auszurichten und ihnen zu versichern, daß er ihre Interessen immer wahrnehmen werde.

\- - -

Schneeräumung: Auch heute Streufahrzeuge im Einsatz

21. Dezember (RK) Da der die ganze Nacht von Samstag auf Sonntag anhaltende Regen in den gestrigen Morgenstunden in Schneefall überging und besonders in den westlichen Gebieten Wiens Schneematsch bis zu zwölf Zentimeter Höhe verursachte, wurden von der Stadtreinigung gestern 14 Schneepflüge und 13 Streufahrzeuge sowie 130 Schneearbeiter eingesetzt.

Obwohl heute früh trockenes, niederschlagfreies Wetter herrschte, sind am westlichen Stadtrand auch jetzt noch Streufahrzeuge unterwegs. Insgesamt sind heute zwei Schneepflüge, 32 Streufahrzeuge und 15 Ladegeräte ausgefahren; heute arbeiten 955 Schneearbeiter.

\- - -

Rinderhauptmarkt vom 21. Dezember

21. Dezember (RK) Neuzufuhren Inland: 39 Ochsen, 143 Stiere, 334 Kühe, 76 Kalbinnen, Summe 592. Gesamtauftrieb: dasselbe. Verkauft wurde alles.

Preise: Ochsen 13.50 bis 16 S, Stiere 13 bis 16.50 S, extrem 16.80 S, Kühe 10.80 bis 13 S, extrem 13.20 bis 13.50 S, Kalbinnen 13.40 bis 15.80 S, extrem 16 S; Beinlvieh Kühe 8.20 bis 10.80 S, Ochsen und Kalbinnen 10 bis 13 S.

Der Durchschnittspreis erhöhte sich bei Ochsen um 20 Groschen, bei Stieren um 23 Groschen, bei Kühen um 23 Groschen, bei Kalbinnen ermäßigte sich der Durchschnittspreis um acht Groschen je Kilogramm. Er beträgt: Ochsen 14.40 S, Stiere 15.45 S, Kühe 11.33 S, Kalbinnen 14.56 S; Beinlvieh verteuerte sich bis zu 20 Groschen je Kilogramm.

\- - -

Weihnachtssingen der Wiener Kinderfreunde

21. Dezember (RK) Unter den 1.100 Lichtern des Weihnachtsbaumes auf dem Rathausplatz versammelte sich heute nachmittag eine fröhliche Schar von 300 Kindern, die vielfach mit Akordeons,Melodikas, Trommeln und Schellen ausgerüstet kamen. Sie warteten auf Bürgermeister Jonas, der sich auch trotz des einsetzenden Schneegestöbers in Begleitung von Vizebürgermeister Slavik, Landeshauptmannstellvertreter Mandl, Stadtrat Pfoch, Stadtschulratspräsident Dr. Neugebauer und Magistratsdirektor Dr. Ertl einfand. Fröhliche Kinderstimmen und weihnachtliche Klänge begrüßten die Ehrengäste.

Als Obmann der Landesorganisation Wien der Kinderfreunde begrüßte Senatsrat Dr. Kothbauer den Bürgermeister und seine Begleitung recht herzlich. Die fröhliche Kinderschar sei gekommen, um durch diesen musikalischen Gruß ihre Dankbarkeit dafür zum Ausdruck zu bringen, daß sich Wiens Stadtväter das ganze Jahr über darum sorgen, es der Jugend von Wien so schön als möglich zu machen.

Bürgermeister Jonas dankte den Kleinen für ihr Kommen und zeigte sich von ihrer musikalischen Begabung sehr beeindruckt. Im Hinblick auf die zahlreichen Melodika-Bläser bezeichnete er die Schar als die "Wiener Viel-Melodiker", aus denen vielleicht einmal die Wiener Philharmoniker der Zukunft werden könnten. Als wirksames Gegenmittel gegen das aufkommende Schneegestöber betätigte sich Bürgermeister Jonas auch als Gymnastiklehrer und ließ die fröhliche Schar unter bürgermeisterlicher Anleitung eine Minute lang zur Erwärmung Turnübungen vollführen. Aber auch ein süßer Dank wurde den Kleinen auf den Heimweg mitgegeben.

\- - -

Ein Jahr Informationszentrum für kommunale Finanzierungen

21. Dezember (RK) Das im Dezember vorigen Jahres gegründete Informationszentrum für kommunale Finanzierungen (IKF) hat unter dem Vorsitz seines Präsidenten Bürgermeister Jonas im Wiener Rathaus nach einjähriger Aufbauarbeit die diesjährige Generalversammlung abgehalten. Das IKF, dem als gründende Mitglieder der Österreichische Städtebund, die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien, die Wiener Städtische Versicherung, die Österreichische Kommunalkredit AG und die Wiener Hypothekenanstalt angehören, hat sich zur Aufgabe gestellt, die Probleme der kommunalen Finanzwirtschaft auf wissenschaftlicher Basis zu durchleuchten, um die Gemeinden in allen Belangen der Geldgebarung beraten zu können. Auch eine Koordinierung der in Frage kommenden Kreditgeber soll organisiert werden.

Nach einer Arbeitssitzung des Kuratoriums berichtete Zentralsparkassen-Generaldirektor Dr. Neubauer der Vollversammlung über das abgelaufene Arbeitsjahr. Er sprach von den großen Schwierigkeiten, mit denen das Institut im Jahr der Aufbauzeit zu kämpfen hatte. Bis vor zwei Monaten war für das IKF noch kein hauptamtlicher Mitarbeiter tätig. Nunmehr aber widmet sich Gemeinderat Lanc der Geschäftsführung dieser Institution. Als nächstes Nahziel bezeichnete Dr. Neubauer den Aufbau einer umfassenden Dokumentation auf Grund einer möglichst detaillierten Kommunal-Statistik. Auf diesem Gebiet gäbe es nämlich noch fast keine Unterlagen, schon gar nicht solche auf wissenschaftlicher Basis.

Was machen Österreichs Gemeinden mit ihrem Geld?

Generaldirektor Dr. Neubauer referierte darauf auszugsweise die Ergebnisse einer Untersuchung über die Finanzgebarung österreichischer Gemeinden, die das IKF in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Städtebund angestellt hat.

Grundlage waren die Haushaltsvoranschläge von 125 Großgemeinden der Bundesländer Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg und Steiermark mit zusammen 1,495.002 Einwohnern. Sie sind wahllos aus den insgesamt 3.256 Gemeinden dieser Bundesländer mit 4,538.536 Einwohnern herausgegriffen.

./.

Die untersuchten Gemeinden hatten für 1963 Investitionen in der Höhe von 1.712,218.000 Schilling geplant. Unter den Investitionszielen fallen der hohe Anteil für Wohnbau (25,4 Prozent) auf, ferner die 17,4 Prozent für Wasserzuleitungs-, -ableitungs- und Wasserschutzbauten und die 12,2 Prozent für den Schulbau sowie die 10,1 Prozent für Straßen- und Brückenbau.

Die Mittel für die geplanten Investitionen waren 1963 in den untersuchten Gemeinden nur zu 73,9 Prozent gesichert. Unbedeckt blieb somit ein geplanter Investitionsaufwand im Betrag von fast 447 Millionen Schilling. Es scheint daher die Folgerung berechtigt, daß etwa ein Fünftel der notwendigen Kommunalinvestitionen mangels Finanzierung nicht oder nicht rechtzeitig durchgeführt werden kann.

Am höchsten verschuldet waren die 125 untersuchten Gemeinden bei den Sparkassen (21,2 Prozent). In weitem Abstand folgen als Kommunalfinanciers der Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds (14,6 Prozent), die Hypothekenanstalten (13,8 Prozent), die Landeswohnbauförderung (11,2 Prozent), der Wohnhauswiederaufbaufonds (10,7 Prozent), sonstige Kreditinstitute (10,1 Prozent) und Versicherungen (9,5 Prozent). Aus einem Vergleich dieser Fremdfinanzierungsquellen der Gemeinden mit der Struktur ihrer Investitionen ergibt sich, daß offenbar der Wohnbau den höchsten Fremdmittelanteil aufweist, während die anderen Kommunalinvestitionen vorwiegend aus Eigenmitteln und zweckgebundenen Subventionen der übergeordneten Gebietskörperschaften finanziert werden.

Die absolute Höhe des Schuldenstandes der untersuchten Gemeinden betrug Anfang 1963 2.271 Millionen Schilling. Pro Einwohner waren diese Gemeinden mit 1.519 Schilling verschuldet. Sowohl dann, wenn man den Gesamtschuldenstand zu den Investitionen eines Jahres in Beziehung setzt als auch dann, wenn man die Pro-Kopf-Verschuldung mit dem Bruttonationalprodukt pro Kopf vergleicht, hat also die Verschuldung keineswegs ein besorgniserregendes Ausmaß erreicht. Wenn es dennoch Finanzierungslücken bei kommunalen Investitionsvorhaben gibt, kann die Ursache nur in der Organisation des Kapitalmarktes, vor allem an den veralteten Sicherheitsbestimmungen, denen die Kommunalfinanciers unterworfen sind, liegen. Demgegenüber erscheint die jahrelang zitierte Enge des österreichischen Kapitalmarktes von sekundärer Bedeutung zu sein.

./.

Die Untersuchungen erstreckten sich auch auf die Fremdenverkehrswirtschaft österreichischer Gemeinden, die häufig mit dem Ansuchen der Finanzierung eines Hotelprojektes an das IKF herangetreten sind. Es soll in Zukunft auch versucht werden, objektive Maßstäbe zu erarbeiten, nach denen sich jene Gemeinden richten können, die in ihrem Raum die Ansiedelung von Industrien fördern wollen.

Gemeinderat Lanc legte der Vollversammlung ein detailliertes Arbeitsprogramm vor, das als Resultat einer Umfrage bei zahlreichen Gemeinden über deren Hauptprobleme erstellt wurde. Die Generalversammlung stimmte diesem Arbeitsprogramm einhellig zu.

Aus der Tätigkeit des IKF ist noch deren Fachtagung in Wels im März dieses Jahres hervorzuheben, sowie die Herausgabe einer Broschüre "Zur Finanzierung der österreichischen Gemeinwirtschaft". In dieser Schrift finden sich eine Abhandlung von Vizebürgermeister Slavik über "Die Rolle der Sparkassen bei der Finanzierung der österreichischen Gemeinwirtschaft" und vom Salzburger Bürgermeister Bäck: "Sparkassen- und Kommunalpolitik". Die Broschüre wurde kostenlos an alle österreichischen Gemeinden geschickt.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

"Wien hat immer Saison" - auch am Heiligen Abend!

22. Dezember (RK) Übermorgen Donnerstag, den 24. Dezember, wird die weihnachtliche Folge der Sendereihe "Wien hat immer Saison" wieder als Lifesendung aus dem AEZ ausgestrahlt. Am Heiligen Abend beginnt die Sendung ausnahmsweise erst um 17.15 Uhr. Auch sind für diesen Abend keine Eintrittskarten erhältlich, weil es sich gewissermaßen um eine "geschlossene Vorstellung" handelt.

Dem weihnachtlichen Termin Rechnung tragend, wurden zu dieser Sendung vom Wohlfahrtsamt der Stadt Wien 300 alleinstehende Mitglieder von Wiener Pensionistenklubs eingeladen. Für sie hat die Zentralsparkasse eine weihnachtliche Jause und eine kleine Bescherung vorbereitet. Die Programmfolge wird natürlich dem besonderen Anlaß voll Rechnung tragen. Prof. Fred Liewehr wird Weihnachtliches aus dem alten Wien erzählen, Fritz Muliar, als "Urwiener" Poldi Breidlitzer, bringt Heiter-Besinnliches zum Heiligen Abend und Musik macht Norbert Pawlitzky mit seinen Solisten. Als Höhepunkt der Sendung wird Bürgermeister Jonas die Gäste im Saal und die Hörer daheim begrüßen und ihnen die Weihnachtswünsche der Wiener Stadtverwaltung übermitteln. Sprecher ist Walter Niesner.

\- - -

Musikveranstaltungen in der Zeit vom 28. Dezember bis 10. Jänner

22. Dezember (RK)

Montag, 28. Dezember:

19.30 Uhr, Mozartsaal: Wiener Konzerthausgesellschaft: 2. Konzert im Zyklus VI; Liederabend Evelyn Lear, am Flügel Dr. Erik Werba (Hindemith: "Das Marienleben")

Dienstag, 29. Dezember:

19.30 Uhr, Gr.M.V.Saal: Klavierabend Paul Badura-Skoda (Schubert: Walzer, Moments musicaux, Wanderer-Fantasie; Chopin: Fantasie f-moll; Liszt: Sonate h-moll)

19.30 Uhr, Kammersaal (MV): Weihnachtskonzert des Ensembles Kasteliz; Herbert Franz, Cello - Franz Kopatsch, Tenor - Siegfried Schmalzl, Klavier - am Flügel Lena Beran (Bach, Frescobaldi, Händel, Mozart, Wolf und andere)

19.30 Uhr, Schubertsaal (KH): Konzertvereinigung blinder Künstler: Solistenkonzert

Mittwoch, 30. Dezember:

10.00 Uhr, Gr.M.V.Saal: Voraufführung des Silvesterkonzertes der Wiener Philharmoniker für das österreichische Bundesheer

Donnerstag, 31. Dezember:

18.00 Uhr, Rathausplatz: Kulturamt der Stadt Wien: Silvester-Turmblasen des Trompeterchores der Stadt Wien, Leitung Josef Levora (Strauss, Techelmann, Hadraba, Beethoven, Führich, Reichel, Pilss, Haßler und andere)

20.00 Uhr, Gr.M.V.Saal: Wiener Philharmoniker: Silvesterkonzert, Dirigent Willi Boskovsky (Johann und Josef Strauß)

Freitag, 1. Jänner:

11.00 Uhr, Gr.M.V.Saal: Wiener Philharmoniker: Neujahrskonzert, Dirigent Willi Boskovsky (Johann und Josef Strauß)

Sonntag, 3. Jänner:

19.30 Uhr, Gr.M.V.Saal: Musikalische Jugend Österreichs: 3. Konzert im Zyklus VIII; Klavierabend Alfred Brendel (Mozart: Sonate Es-dur KV 282; Chopin: Fantasie f-moll op. 49, Walzer As-dur op. 42, 6 Etuden op. 10 und op. 25; Liszt: "Mephisto-Walzer")

./.

19.30 Uhr, Gr.K.H.Saal: Musikalische Jugend Österreichs: 3. Konzert im Jazz-Zyklus; "Papa Bue and his Viking-Jazzband"

Montag, 4. Jänner:

19.30 Uhr, Gr.K.H.Saal: Musikalische Jugend Österreichs: a.o. Jazz-Konzert; Wiederholung "Papa Bue and his Viking-Jazzband"

19.30 Uhr, Mozartsaal (KH): Musikalische Jugend Österreichs: 3. Konzert im Zyklus XII (Voraufführung des 4. Konzertes im Zyklus IV der KHG); Das Weller-Quartett (Berger, Beethoven, Schubert)

Dienstag, 5. Jänner:

19.30 Uhr, Brahmssaal (MV): Musikalische Jugend Österreichs: 4. Konzert im Zyklus XI (Voraufführung des 4. Konzertes im Musikvereins-Quartett-Zyklus der GdM); Musikvereinsquartett (Mendelssohn, Mozart, Smetana)

19.30 Uhr, Mozartsaal (KH): Wiener Konzerthausgesellschaft 4. Konzert im Zyklus IV; Das Weller-Quartett (Berger: Streichquartett op.2; Beethoven: Streichquartett Es-dur op. 74; Schubert: Streichquartett E-dur)

Mittwoch, 6. Jänner:

19.30 Uhr, Brahmssaal (MV): Gesellschaft der Musikfreunde: 4. Konzert des Musikvereinsquartettes (Mendelssohn: Streichquartett e-moll op. 44/2; Mozart: Streichquintett Es-dur KV 614; Smetana: Streichquartett e-moll "Aus meinem Leben")

Donnerstag, 7. Jänner:

19.30 Uhr, Brahmssaal (MV): Gesellschaft der Musikfreunde: Liederabend Walter Berry, am Flügel Dr. Erik Werba (Schubert: "Die Winterreise")

Freitag, 8. Jänner:

11.00 Uhr, Gr.K.H.Saal: Kulturamt - Theater der Jugend: 1. Orchesterkonzert für Schüler der vierten Klassen; Wiener Symphoniker, Grete Zambach (Klavier), Dirigent Hans Swarowsky (Weber: Ouverture zu "Der Freischütz"; Mendelssohn: Scherzo und Hochzeitsmarsch aus "Ein Sommernachtstraum;" Beethoven: 3. Satz aus dem 4. Klavierkonzert G-dur op. 56; Bruckner: Scherzo aus der 4. Symphonie, Smetana: "Die Moldau"; Johann Strauß: "Künstlerleben-Walzer")

19.30 Uhr, Brahmssaal (MV): Gesellschaft der Musikfreunde: Wiederholung des 4. Konzertes des Musikvereinsquartettes (Mendelssohn, Mozart, Smetana)

./.

19.30 Uhr, Radio Wien, Großer Sendesaal: Österreichischer Rundfunk - Radio Wien: 4. Konzert im Zyklus III, Niederösterreichisches Tonkünstlerorchester, Gaspar Cassado (Cello), Dirigent Robert Heger (Beethoven: Leonoren-Ouverture Nr.1; R. Heger: Konzert für Cello und Orchester; Bruckner:2. Symphonie)

Samstag, 9. Jänner:

19.30 Uhr, Brahmssaal (MV): Österreichischer Gewerkschaftsbund: Wiederholung des 4. Konzertes des Musikvereinsquartettes (Mendelssohn, Mozart, Smetana)

Sonntag, 10. Jänner:

10.30 Uhr, Mozartsaal (KH): Wiener Kammerorchester: 4. Konzert im Matineen-Zyklus; mitwirkend Hilde Güden (Sopran), Dirigent Georg Fischer (Mozart: Divertimento D-dur KV 251, Scena mit Rondo für Sopran KV 490, Marsch D-dur KV 335, Arie für Sopran KV 378 und Symphonie D-dur KV 202)

16.00 Uhr, Gr.M.V.Saal: Niederösterreichisches Tonkünstlerorchester: 6. Sonntag-Nachmittagskonzert; mitwirkend Siegfried Palm (Cello), Dirigent Wilhelm Loibner (Weber: Ouverture zu "Oberon"; Hindemith: Cellokonzert 1940; F.Schmidt: 1. Symphonie)

19.30 Uhr, Brahmssaal (MV): Gesellschaft der Musikfreunde: 2. Mozart-Klavierabend Walter Klien (Sonaten G-dur KV 283, C-dur KV 330, a-moll KV 310, B-dur KV 281 und D-dur KV 311)

\- - -

Weihnachts- und Neujahrswünsche für Bürgermeister Jonas

22. Dezember (RK) Den ganzen Vormittag über herrschte heute im Arbeitszimmer von Bürgermeister Jonas im Wiener Rathaus reges Kommen und Gehen. Das ist zwar Tag für Tag so, aber heute waren es ganz besondere Besucher, die einander die Türschnallen in die Hände drückten. Keine Beamten-, Politiker- oder Diplomatenvisiten beherrschten diesmal den bürgermeisterlichen Terminplan, sondern kleine und große Weihnachtsmänner und Christkindln. Keine ernsten Dienstgespräche wurden diesmal im Bürgermeister-Zimmer geführt, sondern fröhliche Kinderstimmen erfüllten den Raum. Kurz - das große Fest steht auch im Rathaus vor der Tür, und Wiener Kinder und Jugendliche wünschten dem Bürgermeister fröhliche Weihnachten und ein gutes Neues Jahr. Wiens Stadtoberhaupt dankte jedem einzelnen herzlich und revanchierte sich für die vielen selbstgebastelten Geschenke mit Süßigkeiten und schönen Büchern.

Und das waren die vorweihnachtlichen Besucher des heutigen Vormittags:

Den Anfang machten drei Schüler der Aktion "Jugend am Werk", in deren Rahmen Jugendliche für das Berufsleben vorbereitet werden. Mit den Schülern kamen Bezirksvorsteher Mistinger (15. Bezirk) sowie zwei Lehrer und eine Erzieherin. Die Gäste hatten eine große Spielzeuglokomotive aus Holz und eine Keramikschüssel mitgebracht.

Dann begab sich der Bürgermeister in den Roten Salon, wo sechs der jüngsten Schülerinnen und Schüler des Konservatoriums der Stadt Wien bereits vor einigen Pulten Platz genommen hatten und den Bürgermeister mit einem Violinkonzert überraschten. Die vier Buben und zwei Mädchen, die im Alter zwischen sieben und zehn Jahren stehen, stellte Konservatoriums-Direktor Professor Weiss als "Baby-Symphoniker" vor. Unter der Leitung von Frau Prof. Biedermann spielten sie zunächst im Quartett einen Marsch von Händel und dann im Sextett Kinder- und Weihnachtsweisen.

Zwei Kinder des Wiener Jugendhilfswerks waren die nächsten Besucher. Sie brachten dem Bürgermeister Weihnachtsbäckerei aus den Heimen des Jugendhilfswerks mit. In ihrer Begleitung befanden sich die Hauptfürsorgerin des Jugendhilfswerkes, Frau Grünhaus, und die Finanzreferentin, Frau Arthofer.

./.

Im Namen der Berufsschüler Wiens wünschten zwei Angehörige der Schulgemeinde der Berufsschulen fröhliche Weihnachten. Die beiden jungen Leute, eine Keramikschülerin und ein angehender Fernmeldemonteur, überreichten dem Bürgermeister ein Spiezeugauto aus Keramik, ein Modell von 1908, und eine schöne Arbeit der Druckereilehrlinge. Seitens der Lehrerschaft waren der Leiter des Schulgemeindereferats, Dkfm. Appelt, und Landesschulinspektor Dipl.-Ing. Vojta mitgekommen.

Zwei Kinder aus der Lungenheilstätte Baumgartner Höhe in Begleitung des Leiters der Lungenheilstätte, Dr. Langer, des Verwalters, Oberamtsrat Aigner, und der Oberin, Frau David, waren die nächsten Gratulanten. Die Kleinen überreichten dem Bürgermeister selbstverfertigte Glasmalereien und ein großes, künstlerisch äußerst reizvolles Steinmosaik, das die erwachsenen Pfleglinge der Baumgartner Höhe mitgeschickt hatten.

Die nächste Abordnung, die der Bürgermeister herzlich begrüßte, waren zwei weibliche Mitglieder des Wiener Akademie-Kammerchores sowie der Vorstand des Chores, Dr. Raab, und Chordirigent Dr. Meyer. Die Gratulanten brachten dem Bürgermeister von einer großen Zwölf-Länder-Tournee, die den Chor im Sommer in zahlreiche große Städte Asiens geführt hatte, ein Geschenk des Bürgermeisters von Manila mit: die Stadtschlüssel der Hauptstadt der Philippinen. Als eigenes Geschenk überreichten die Chorsänger ein kleines, bunt bemaltes Lackkästchen, das sie in Persien erstanden hatten.

Anschließend gings im Bürgermeister-Zimmer wie in einem Modesalon zu: drei Schülerinnen der Modeschule waren in Begleitung von Direktor Professor Liewehr und Amtsrat Siedak erschienen, um dem Bürgermeister frohe Feiertage zu wünschen und einen selbstgebastelten modischen Kerzenhalter zu überreichen.

Den Abschluß des großen Wunschreigens bildeten die kleinsten Gäste des heutigen Tages: sechs Kinder aus dem Kindergarten Eisenstadtplatz im 10. Bezirk brachten dem Bürgermeister ein Ständchen und sagten artig Gedichte auf. Zur Unterstützung der kleinen Sänger und Rezitatoren waren drei Kindergarten-Tanten und der pädagogische Leiter des Wiener Jugendamtes, Senatsrat Dr. Kothbauer, mitgekommen. Als Gegengabe für einen reich geschmückten kleinen Weihnachtsbaum und mehrere Bastelarbeiten der Kleinen schenkte der Bürgermeister dem Kindergarten Eisenstadtplatz die große Holzlokomotive, die er von den Schülern von "Jugend am Werk" erhalten hatte.

\- - -

Gemeinde Wien gibt eine Million Schilling für die Barmherzigen Brüder

22. Dezember (RK) In der heute unter Vorsitz von Bürgermeister Jonas abgehaltenen Sitzung des Wiener Stadtsenates beantragte der städtische Finanzreferent Vizebürgermeister Slavik mehrere Subventionen. Als erstes schlug er vor, dem Krankenhaus der Barmherzigen Brüder eine Million Schilling zu überweisen. Dieses Krankenhaus feiert heuer das Jubiläum seines 350jährigen Bestehens. Es unterhält rund 400 Betten und die Zahl der Verpflegstage beläuft sich auf etwa 142.000 im Jahr. Die Leistungen des Krankenhauses der Barmherzigen Brüder für die Wiener Bevölkerung sind allgemein anerkannt.

Die Gemeinde Wildalpen wird von der Wiener Stadtverwaltung 350.000 Schilling als Beitrag für ein neues Schulhaus erhalten. Die Schule in Wildalpen wird auch von Kindern von Forstarbeitern besucht, die bei der Stadt Wien bedienstet sind.

Der Jagdbeirat der Stadt Wien, dem die Beratung und Unterstützung der Behörde in Angelegenheit der Jagd, vor allem in der Aufsichtstätigkeit und bei der Genehmigung der Abschußpläne obliegt, erhält 2.000 Schilling.

Subvention auch für Akademie der Wissenschaften

Anträge auf eine Reihe weiterer Subventionen legte Stadtrat Mandl vor. Die Wiener Symphoniker erhalten eine Sondersubvention von 250.000 Schilling.

Für die österreichische Akademie der Wissenschaften wird ein Betrag von 70.000 Schilling vorgeschlagen.

Die Künstlergruppe "Der Kreis" soll einen Beitrag von 5.000 Schilling bekommen.

Der Internationalen Lenaugesellschaft, der die Stadt Wien als Vollmitglied beigetreten ist, wird ein einmaliger Beitrag von 5.000 Schilling geleistet.

Zur Durchführung der 5. Viennale 1965 in Wien soll der Verein "Wiener Filmfestwochen" für das Jahr 1964 einen Betrag von 50.000 Schilling erhalten.

Die Gesamtsumme der heute im Wiener Stadtsenat beantragten Subventionen beträgt 1,727.000 Schilling.

./.

Weiterer Kredit für Studiengesellschaft Donaukraftwerk Klosterneuburg

Die Stadt Wien, die NEWAG und die Verbundgesellschaft sind bekanntlich an der Studiengesellschaft Donaukraftwerk Klosterneuburg Ges.mbH beteiligt. Die Gesellschaft, die zur Vorbereitung der Errichtung eines Donaukraftwerkes bei Klosterneuburg gegründet wurde, konnte jedoch mit dem ihr zur Verfügung gestellten Kapital den Aufwand für die ihr gestellten Aufgaben nur teilweise bestreiten. Zu dem ursprünglichen Stammkapital von 750.000 Schilling sind inzwischen von den drei Gesellschaftern Kredite von je 3,050.000 Schilling gewährt worden.

Wie Vizebürgermeister Slavik heute in der Sitzung des Wiener Stadtsenates berichtete, ist es notwendig geworden, der Gesellschaft einen weiteren Kredit von je 700.000 Schilling pro Gesellschafter zu geben. Der Kreditanteil der Wiener Stadtverwaltung an der Studiengesellschaft Donaukraftwerk Klosterneuburg wird damit 3,750.000 Schilling betragen.

\- - -

Verstärkter Einsatz der Streufahrzeuge und Schneearbeiter

22. Dezember (RK) Nachdem die Stadtreinigung auch gestern angesichts der leichten Schneefälle Streufahrzeuge ausgeschickt hatte, wurde dieser Einsatz heute weitgehend verstärkt, obwohl die wichtigsten Straßen wieder in verkehrssicherem Zustand sind und nur noch am äußersten Stadtrand vereinzelt Straßenglätte herrscht. Insgesamt sind heute 87 Streufahrzeuge, 15 Ladegeräte und 1.043 Schneearbeiter eingesetzt.

\- - -

"60 Jahre Floridsdorf bei Wien"

Die Rede von Bürgermeister Jonas bei der Festsitzung der Bezirksvertretung Floridsdorf

22. Dezember (RK) Anläßlich der Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Eingemeindung von Floridsdorf fand heute nachmittag im Amtshaus 21, Am Spitz 1, eine Festsitzung der Bezirksvertretung Floridsdorf statt, bei der Bürgermeister Jonas die Festrede hielt. Der Bürgermeister, dessen Heimatbezirk Floridsdorf ist, führte aus:

"Die Vereinigung von Floridsdorf mit Wien hat ihre Vorgeschichte, die bis 1890 zurückgeht. Schon bei der Eingemeindung der Vororte wurde die Einbeziehung von Floridsdorf, Donaufeld, Jedlesee, Jedlersdorf und Kaisermühlen erwogen. Bürgermeister Prix sprach sich aber damals dagegen aus und so kam der Plan nicht zur Durchführung. 1902 tauchte dieser Gedanke wieder auf. Die Alte Donau sollte Schiffahrtskanal und Hafen für den Donau-Oder-Kanal werden. Im Zusammenhang mit diesem Projekt erwog man wieder die Eingemeindung der linken Donauufergemeinden. Schon 1902 wurden auf Anregung der Gemeinde Floridsdorf Verhandlungen wegen Einbeziehung mehrerer Gemeinden am linken Ufer der Donau eingeleitet.

Es kam zuerst zu einer Besprechung im Präsidialbüro des Rathauses am 26. Juni 1902. Als Vertreter von Floridsdorf nahmen die Bürgermeister von Floridsdorf, Groß-Jedlersdorf, Kagran, Hirschstetten, Stadlau, Strebersdorf, Aspern, Breitenlee und Stammersdorf teil. Gegenstand der Beratung war ein Antrag der genannten Gemeinden auf Vereinigung mit Wien, auf Grund zustimmender Beschlüsse der einzelnen Gemeindeausschüsse.

Die Vertreter Wiens erklärten, vorbehaltlich der Genehmigung des Gemeinderates, ihr Einverständnis. Dann aber tauchten immer wieder Bedenken und Hindernisse auf. Erst am 2. November 1904 begannen die letzten Verhandlungen im Innenministerium, unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Körber. Zur Besprechung standen der Umfang des einzuverleibenden Gebietes, der Beitrag der Gemeinde Wien zum Polizeiaufwand, die Linienverzehrungssteuer, die Änderung des Gemeindestatuts von 1900 und die Erbauung einer neuen Donaubrücke. Dabei wurde doch eine Einigung zwischen Regie-

./.

rung und den beteiligten Gemeinden erzielt. Darauf kam die Frage wieder in den Gemeinderat.

Vizebürgermeister Neumayer war Berichterstatter. Er berichtete über das Ergebnis der Verhandlungen im Innenministerium. Er begründete die Eingemeindung wieder mit dem Hinweis auf den Bau des Donau-Oder-Kanals, durch den die linksufrigen Donaugemeinden sich in wenigen Jahren zur Industriestadt entwickeln würden. Ohne Eingemeindung würden sie die Vorteile der nahen Großstadt genießen, ihre Steuerleistungen aber würden Wien verlorengehen. Auch könnten diese kleinen Orte die aufstrebende Industrie nicht durch Anlage von notwendigen Verkehrs- und sanitären Einrichtungen fördern wie eine Großstadt. Sie haben daher den Anschluß an die Großstadt gesucht. Die Vereinigung sei somit im Interesse der Stadt und der Vororte gelegen. Der Gemeinderat erteilte dem Entwurf seine Zustimmung.

Am 28. Dezember 1904 entstand der 21. Bezirk

Am 12. November wurde der Entwurf vom niederösterreichischen Landtag zum Beschluß erhoben. Nach erfolgter Sanktionierung erhielt er durch die Veröffentlichung im Landesgesetzblatt Gesetzeskraft. Die Eingemeindung von Floridsdorf war damit vollzogen. Diese Verfassungsänderung erfolgte am 28. Dezember 1904.

Mit diesem Gesetz wurden die Ortsgemeinden (Floridsdorf, Jedlesee, Leopoldau, Kagran, Hirschstetten, Stadlau, Jedlersdorf, Aspern) eingemeindet und zum 21. Bezirk zusammengefaßt.

Das Gesetz brachte auch einige Änderungen in der Stadtverfassung und Stadtverwaltung. Der Gemeinderat wurde von 158 auf 165 Mitglieder, der Stadtrat von 22 auf 27 Mitglieder vermehrt.

Die Amtswirksamkeit der Gemeindevorstände dauerte bis zur Errichtung des Magistratischen Bezirksamtes für den 21. Bezirk noch fort. Seine Errichtung erfolgte noch 1905. Sein Sitz war in Floridsdorf, eine Expositur in Stadlau.

Bevölkerungsmäßig zählte der 21. Bezirk damals 60.000 Einwohner; flächenmäßig hatte er eine Ausdehnung von 9.500 Hektar. Die Gesamtfläche von Wien wurde durch diese Eingemeindung auf 27.300 Hektar vergrößert, die Einwohnerzahl stieg auf 1,877.000 an.

Damals der einzige Bezirk Wiens jenseits der Donau

Nach der Eingemeindung wurde Floridsdorf vor neue, in ihren Auswirkungen nicht abzuschätzende Probleme gestellt.

./.

Nicht nur, daß mehrere bis dahin selbständige Gemeinden durch den Beschluß des Wiener Gemeinderates zu einem einheitlichen Stadtbezirk zusammengeschlossen wurden, zeigte sich auch von Anfang an deutlich die Sonderstellung des ursprünglich einzigen Bezirkes der Stadt Wien, der jenseits der Donau gelegen war. Erst seit damals ist der Donaustrom, der auch nach seiner Regulierung Wien nur am Rande berührt hatte, ein echter Wiener Strom, der in immer stärkerem Maße ein pulsierendes Zentrum durchfließt und gerade durch die jüngsten Planungen in immer engere Beziehungen zu Floridsdorf gerückt wird.

Die Gebietserweiterung des Jahres 1905 wirkte sich auch auf die Zusammensetzung des Wiener Gemeinderates aus. Die sich aus der sozialen Zusammensetzung der Floridsdorfer Bevölkerung ergebende politische Einstellung großer Teile der Wählerschaft dokumentierte sich bereits bei der ersten Gemeinderatswahl im Jahre 1905. Der jüngste Bezirk Wiens entsandte, noch auf der Basis des damals geltenden Kurienwahlrechtes, im IV. Wahlkörper Anton Schlinger in den Gemeinderat, der damit als dritter sozialdemokratischer Abgeordneter in diese Körperschaft einzog. Das 1907 für den Reichsrat in Kraft getretene allgemeine Wahlrecht galt nicht für den Wiener Gemeinderat.

"Gartenstadt" Floridsdorf: Gemeindebauten entstehen

Die innen- und außenpolitische Situation Österreichs spitzte sich in den folgenden Jahren immer mehr zu. Kaum ein Jahrzehnt nach der Eingemeindung Floridsdorfs brach der erste Weltkrieg aus. Die Entwicklung des 21. Bezirkes läßt sich daher mit Aussicht auf entscheidende Veränderungen erst nach 1918 weiter verfolgen. Schon damals zeigte sich zum erstenmal die Tendenz einer Ausbreitung der Siedlertätigkeit. Die Stadt Wien hat in den zwanziger Jahren die Siedlerbewegung besonders im nordöstlichen Teil des damaligen Bezirkes durch Bereitstellung eigener Mittel entscheidend gefördert. Ich erinnere an die damals entstandene Großfeldsiedlung und an die Nordrandsiedlung. Die Wohnbautätigkeit war dringend nötig: zählte doch Floridsdorf, als reiner Arbeiterbezirk nur mit Ottakring und Favoriten vergleichbar, zu jenen Teilen des damaligen Wien, die am stärksten von der Wohnungsnot betroffen waren. Auch Gemeindebauten entstanden sehr bald. Unter den größeren Objekten, die damals in Floridsdorf zur Ausführung gelangten, befanden sich im Jahre 1926

./.

die Anlage Wagramer Straße 97-103 mit 387 Wohnungen, 1928 die Anlage Jedleseer Straße 66-94, der jetzige Karl Seitz-Hof, mit 656 Wohnungen,1929 die Anlage Erzherzog Karl-Straße 65-79 mit 214 und 1933 die Anl ge in der Werndlgasse mit 751 Wohnungen. Der Einsatz von mehr als 20 Millionen Schilling - für das damalige Budget eine außergewöhnlich hohe Summe - diente aber gleichzeitig der leider dringend notwenditg gewordenen produktiven Arbeitslosenfürsorge. Es handelte sich bei den Floridsdorfer Wohnbauprojekten um die damals größten der Gemeindeverwaltung. Die Verbauung war in der 'Gartenstadt' mit 41 Prozent der Grundfläche äußerst niedrig gehalten; der Charakter einer Gartenstadt wurde auch dadurch erzielt, daß 54 Prozent der Wohnungen in die Gartenhöfe gerichtet waren. In dieser Anlage kam es am 29. Juni 1926 zur Grundsteinlegung für die 25.000. Wohnung aus kommunalen Mitteln. Insgesamt wurden im Bezirk Floridsdorf zwischen 1918 und 1934 mehr als 6.000 Wohnungen fertiggestellt.

Kämpfe, Verhaftungen, Terror

Der Februar 1934 führte in Floridsdorf zu blutigen Kämpfen und Verfolgungen der Arbeiterbewegung. Die herrschende würgende Arbeitslosigkeit verschärfte noch die außergewöhnliche politische Lage. Die Betriebe wurden menschenleer, das Wirtschaftsleben des Bezirkes sank auf einen Tiefpunkt. Die gewaltsame Beseitigung der demokratischen Einrichtungen war der erste Schritt zur späteren totalen Diktatur des Nationalsozialismus. Der damalige Bezirksvorsteher Feistl wurde verhaftet, die Bezirksvertretung aufgelöst. 1938 kam es noch zu Versuchen, wieder zu demokratischen Formen zurückzukehren. Die damalige Konferenz der illegalen freien Gewerkschaften im Floridsdorfer Arbeiterheim hat heute schon historische Bedeutung. Aber es war zu spät! Der österreichische Ständestaat brach zusammen. Der nationalsozialistische Terror zerstörte sehr bald alle Illusionen, die da und dort aufgetaucht waren. Sehr rasch wurden auch Floridsdorfer in Kerker und Konzentrationslager verschleppt, unsere jüdischen Mitbürger hatten die volle Wucht eines unbarmherzigen Terrors zu spüren bekommen. Österreich war ausgelöscht.

Zerstörungen, Demontagen, Übergriffe

Nun zurück zu unserem Bezirk! Die wenigen Jahre nach dem ersten Weltkrieg reichten nicht aus, das Wohnungsproblem zu lösen. ./.

Es wurde durch die Kriegsereignisse von 1944/45 neuerlich verschärft. 3.191 Wohnungen wurden im zweiten Weltkrieg total zerstört, 3.556 teilbeschädigt, das sind zusammen 6.747 von insgesamt vorhandenen 42.696 Wohnungen. Darunter befanden sich allein 1.296 in gemeindeeigenen Neubauten. Damit war Floridsdorf einer der am schwersten betroffenen Wiener Gemeindebezirke. Mit seinen großen Industrie- und Verkehrsanlagen war Floridsdorf ein wichtigs militärisches Kampfziel im Luftkrieg. Am Ende des Krieges gab es kaum einen arbeitsfähigen Betrieb. Was die Bomben übrig gelassen hatten, fiel dann den russischen Demontagen zum Opfer, die die Wirtschaftskraft geradezu lähmten.

Sonntag, den 15. April 1945, waren die Russen in Floridsdorf eingezogen. Die Begleitumstände des Umschwungs brachten der Bevölkerung in den kommenden Monaten allerdings kaum eine Erleichterung, sondern im Gegenteil eher noch eine Verschlechterung ihrer Lage. Der Bezirk befand sich in einem grauenhaften Zustand. Wohnhäuser, Fabriken, Bahnhöfe und Brücken waren zerstört. Es gab fast keine Lebensmittel, obwohl man sogleich darangegangen war, die landwirtschaftlichen Flächen zu nutzen. Zu den bestehenden zermürbenden Schwierigkeiten kamen noch die Übergriffe durch die Besatzungsmacht. Bis 1946 bestanden in jeder Hinsicht ungesicherte Verhältnisse. Unter dem Schutz der Besatzungsmacht bildeten sich gerade hier, in den USIA-Betrieben Keimzellen der Agitation, die zu dem von der Wiener Arbeiterschaft niedergeschlagenen kommunistischen Putsch des Jahres 1950 führten.

Wiederaufbau unter schwierigsten Bedingungen

Durch Sprengung der Donaubrücken war 1945 die Verbindung mit den anderen Stadtteilen anfangs völlig unterbrochen. Die junge Bezirksverwaltung war daher völlig auf sich gestellt und mußte versuchen, mit den Schwierigkeiten allein fertigzuwerden. Daß dies Schritt für Schritt auch tatsächlich gelungen ist, ist rückschauend nicht hoch genug einzuschätzen. Nur langsam kam es jedoch zu einer Normalisierung der Verhältnisse. Nach dem Kriege wurde die kommunale Bautätigkeit energisch wiederaufgenommen.

./.

Bis heute - genau genommen bis 30. November dieses Jahres - konnten seither 8.139 Wohnungen bezogen werden, weitere 1.242 befinden sich im Bau. Neue Schulen wurden geschaffen, die Zahl der Kindergärten wurde - der Bevölkerungsentwicklung entsprechend - von 9 auf 16 erhöht.

Floridsdorf ist heute einer der wenigen Bezirke Wiens, der als ausbaufähig zu bezeichnen ist. Allein daraus resultiert bereits das rege Interesse, das die Stadtverwaltung an seiner Weiterentwicklung nimmt. Bei einer Gesamtfläche von 4.535 Hektar sind nur 393 Hektar, das sind 8,6 Prozent, verbaut. Die Hälfte der Fläche ist immer noch Ackerboden, der fallweise für Siedlungen, Industrieanlagen, sowie private oder kommunale Bautätigkeit herangezogen werden kann. Ähnlich wie im Süden Wiens kann auch hier im Nordosten ein neues wirtschaftliches Zentrum entstehen.

Ein geographischer Begriff besonderer Prägung

Der 21. Bezirk, von dem 1938 der südöstliche Teil als eigener 22. Bezirk abgetrennt worden ist, führt bis heute infolge seiner isolierten Lage am linken Donauufer eine Art 'Eigenleben'. Das heißt: Floridsdorf ist für viele Bewohner ein geographischer Begriff besonderer Prägung geblieben. Der 21. Bezirk hat allerdings - wenigstens in seinem Kern - den noch vor 60 Jahren typischen landwirtschaftlichen Charakter bereits verloren. 60 Prozent der berufstätigen Bevölkerung sind in Industrie und Gewerbe tätig, nur vier Prozent in der Landwirtschaft. Wesentliche Industriebetriebe sind hier konzentriert. Dennoch können nicht alle Berufstätigen in den 2.410 Betrieben Floridsdorfs Beschäftigung finden; bei der letzten Betriebszählung waren es mehr als 18.000 Personen, die übrigen fuhren in andere Bezirke Wiens, vor allem diesseits der Donau. Damit gehört Floridsdorf allerdings zu den typischen 'Auspendlerbezirken' Wiens und ist daher an den neugeschaffenen modernen Verkehrseinrichtungen brennend interessiert. Dazu zählen der Anschluß an das Schnellbahnnetz, der seit 1962 große Erleichterungen gebracht hat, sowie die neue Verbindung mittels der eben erst eröffneten dritten Donaubrücke.

Immer stärker machte sich, durch die Wohnbautätigkeit und andere Faktoren noch gesteigert, die allgemeine Tendenz der

./.

Bevölkerungsverlagerung an den Stadtrand bemerkbar. Diese Entwicklung hält weiterhin an und wird von der Stadtplanung selbstverständlich berücksichtigt. Vergleichen wir die Bevölkerungszahl, wie sie sich aus den Volkszählungen ergibt: 1951 hatte der 21. Bezirk rund 68.000 Einwohner, 1961 waren es fast 81.000. Stadtplaner und Statistiker haben errechnet, daß die Zahl bei gleichbleibender Tendenz um 1980 wahrscheinlich auf 125.000, um das Jahr 2000 wohl auf 165.000 gestiegen sein wird.

Eines der künftigen Zentren Wiens

Es gehört zu den Aufgaben unserer Generation, für Bevölkerung, Wirtschaft und Verwaltung die nötigen Voraussetzungen zu schaffen, da mit jeder, auch der kleinsten Planung ein überreiches Maß an Verantwortung für die Zukunft verknüpft ist. Die Ausgestaltung des Wasserparks, die Einrichtung des Donauparks mit seinem modernen Wahrzeichen, aber auch die Errichtung der neuen Schwimmhalle und das geplante große Erholungszentrum im Zusammenhang mit den in Aussicht genommenen Hochwasserschutzanlagen sollen der Bedeutung Floridsdorfs als einem der künftigen Zentren Wiens gerecht werden.

Städtebaulich ist die Entwicklung des 21. Bezirkes in der Planung für lange Zeit vorgezeichnet. Kulturelle Zentren, Wohnbauten, Erholungsräume und öffentliche Einrichtungen sollen nach dem Wunsch der Stadtverwaltung zu einer sinnvollen Einheit verschmolzen werden. Damit ist aus dem kleinen Dorf des vergangenen Jahrhunderts eines der hervorragendsten städtebaulichen Hoffnungsgebiete Wiens geworden, dessen Bedeutung in den nächsten Jahrzehnten zweifellos noch steigen wird.

Wenn wir auf die vergangenen sechs Jahrzehnte zurückblicken, können wir mit aller Objektivität feststellen, daß die Eingemeindung Floridsdorfs richtig war. Die Lage Wiens und Österreichs hat sich seither zwar grundlegend geändert, aber die Rolle, die man Floridsdorf zugedacht hatte, blieb unverändert: eine natürliche Erweiterung und Bereicherung des großstädtischen Lebens- und Wirtschaftsraumes zu sein. Wien hat den Vorteil davon, und Floridsdorf hat es erst recht nicht zu bereuen! Viel Glück und Erfolg für die Zukunft!"

\- - -

Gasversorgung zu Weihnachten

Dank und Bitte der Gaswerke an alle Wiener

22. Dezember (RK) Die Wiener haben der im Vorjahr von den Wiener Gaswerken vorgebrachten Bitte, den zur Weihnachtszeit üblichen erhöhten Gasverbrauch zwar nicht einzuschränken, aber über den ganzen Tag zu verteilen, um übermäßige Spitzenbelastungen in der Zeit von 10 bis 13 Uhr zu vermeiden, in erfreulichem Maß entsprochen.

Die Wiener Gaswerke verbinden nun ihren Dank für diese verständnisvolle Haltung wieder mit der Bitte an alle Wiener, auch heuer wieder in der Weihnachtszeit, vor allem am 25. Dezember, bereits in der Früh mit dem Kochen und Backen zu beginnen, eventuell bereits am Vortag vorzukochen, und somit in der Zeit von 10 bis 13 Uhr nur die wirklich notwendige Menge Gas zu verbrauchen.

\- - -

"Das gute Bild für jeden" verkauft sich auch heuer gut

22. Dezember (RK) Die vom Kulturamt der Stadt Wien gemeinsam mit der Wiener Künstlerschaft veranstaltete Verkaufsausstellung "Das gute Bild für jeden" in der Secession weist bereits jetzt einen beträchtlichen Verkaufserfolg auf, der die Ergebnisse des Vorjahres bei weitem übertrifft. Bis jetzt sind nahezu 500 Werke mit einem Gesamterlös von 200.000 Schilling veräußert worden. 11.000 Besucher haben durch Besichtigung der in der Secession ausgestellten Ölbilder, Aquarelle, Zeichnungen, Kleinplastiken und Keramiken ihr Interesse am zeitgenössischen Kunstschaffen bekundet. Die Verkaufsausstellung ist noch morgen, Mittwoch, den 23. Dezember, ganztägig von 10 bis 20 Uhr geöffnet und schließt am Donnerstag, dem 24. Dezember um 12 Uhr mittags.

\- - -

Weihnachts- und Silvesterfeiern für einsame Menschen

Zehn Pensionistenklubs für jedermann geöffnet

22. Dezember (RK) Wie schon in den vergangenen Jahren werden von der Gemeinde Wien auch heuer wieder in einigen Bezirken am 24. und 31. Dezember Pensionistenklubs für einsame Menschen offen gehalten werden. Der Besuch dieser Pensionistenklubs ist allen einsamen **Personen, auch wenn sie nicht** Klubbesucher sind, frei zugänglich.

Der Sinn dieser Aktion ist, den einsamen und alleinstehenden Mitbewohnern unserer Stadt gerade an jenen Tagen, an denen sie sich besonders verlassen fühlen, die Möglichkeit zu bieten, der Einsamkeit zu entfliehen und sie wissen zu lassen, daß sie in der Gemeinschaft unserer Stadt geborgen sind.

Es werden daher am Heiligen Abend folgende Pensionistenklubs offen sein: 7, Kaiserstraße 38 (15 bis 19 Uhr), 8, Bennoplatz 1a (16 bis 20 Uhr), 10, Puchsbaumplatz 13 (16 bis 20 Uhr), 13, Wolkersbergenstraße 170 (16 bis 20 Uhr), 14, Linzer Straße 254 (16 bis 20 Uhr), 15, Staglgasse 5 (16 bis 20 Uhr), 16, Wurlitzergasse 59 (16 bis 20 Uhr), 21, Weißlgasse 9-13 (15 bis 19 Uhr), 22, Erzherzog Karl-Straße 65 (16 bis 20 Uhr), 23, Breitenfurter Straße 358 (16 bis 20 Uhr).

Zu Silvester werden folgende Pensionistenklubs geöffnet sein: 7, Kaiserstraße 38 (16 bis 20 Uhr), 15, Staglgasse 5 (16 bis 20 Uhr), 16, Wurlitzergasse 59 (16 bis 20 Uhr), 21, Weißlgasse 9-13 (15 bis 19 Uhr), 23, Breitenfurter Straße 358 (16 bis 20 Uhr).

\- - -

Angelobung von Bezirksräten

22. Dezember (RK) Heute wurden von Stadtrat Sigmund in Vertretung des Bürgermeisters im Rathaus Erich Winkler (4. Bezirk), Kommerzialrat Egon Wollner (8. Bezirk), Anton Konir, Laurenz Knaus (10. Bezirk), Karl Husczawa, Josef Klicmann (15. Bezirk), Anna Kristen (16. Bezirk), Dr. Friedrich Glanz (18. Bezirk) und Elfriede Grundböck (21. Bezirk) als neue Bezirksräte angelobt. Senatsrat Dr. Schütz verlas die Gelöbnisformel. Die neuen Bezirksräte leisteten Stadtrat Sigmund mit Handschlag das Gelöbnis.

\- - -

Neues Landesgesetzblatt

22. Dezember (RK) Das neue Landesgesetzblatt enthält zwei Verordnungen des Landeshauptmannes, und zwar eine über die Marktbindung und die andere über die Festsetzung der Ladenschlußzeiten für den 24. und 31. Dezember 1964.

Das Landesgesetzblatt ist um 70 Groschen im Drucksortenverlag der Stadthauptkasse, 1, Rathaus, Stiege 7, Hochparterre, und in der Verkaufsstelle der Österreichischen Staatsdruckerei - Wiener Zeitung, 1, Wollzeile 27 a, erhältlich.

\- - -

Schweinehauptmarkt vom 22. Dezember

22. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 0. Neuzufuhren Inland: 8.685. Verkauft wurde alles.

Preise: Extrem 14.60 bis 15 S, 1. Qualität 14 bis 14.50 S, 2. Qualität 13.50 bis 14 S, 3. Qualität 13 bis 13.50 S, Zuchten 11 bis 12.50 S, extrem 12.80 bis 13 S, Altschneider 10 bis 11 S.

Der Durchschnittspreis für inländische Schweine erhöhte sich um drei Groschen je Kilogramm und beträgt nunmehr 13.82 S.

\- - -

Pferdehauptmarkt vom 22. Dezember

22. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 42 Stück, hievon zwei Fohlen und ein Maultier. Verkauft wurden als Schlachttiere 37, als Nutztiere 1, unverkauft blieben 4 Stück.

Herkunft der Tiere: Wien 3, Niederösterreich 20, Burgenland 16, Steiermark 3.

Preise: Schlachttiere Fohlen 12.und 13.70 S, Pferde extrem 9.20 S, 1. Qualität 8.50 bis 9 S, 2. Qualität 7.40 bis 8.20 S, 3. Qualität 6 bis 7.10 S, Nutztiere 5.20 S.

Der Durchschnittspreis für inländische Schlachtpferde erhöhte sich um 33 Groschen je Kilogramm, und ermäßigte sich für inländische Schlachtfohlen um 85 Groschen je Kilogramm. Er beträgt: Schlachtpferde 7.76 S, Schlachtfohlen 12.85 S, Schlacht- und Nutzpferde 7.69 S, Pferde und Fohlen 7.96 S.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Wiener Berufsschüler spenden Schuhe und Strümpfe für Tiroler Bergbauernkinder

23. Dezember (RK) Wiener Berufsschüler haben erneut gezeigt, daß sie viel Verständnis für die Not und für die Sorgen anderer haben und daß sie stets bereit sind, zu helfen. In einer Feierstunde, die vor kurzem im Neuen Landhaus in Innsbruck stattfand, übergaben Vertreter der Schulgemeinde der Wiener Berufsschulen 250 Paar Winterschuhe, 250 Paar Strümpfe und 250 Paar Stutzen an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Kunst. Die Wiener Berufsschüler haben ihr nicht gerade hoch dotiertes Taschengeld dazu verwendet, sich tatkräftig an der Schuhaktion für Bergbauernkinder der Österreichischen Gesellschaft "Rettet das Kind" zu beteiligen. Der Tiroler Landeshauptmann-Stellvertreter dankte bei der Übernahme der Spende allen Berufsschülern für ihre Großherzigkeit.

\- - -

Die Mietzinse in Wien

Neue statistische Mitteilungen erschienen

23. Dezember (RK) Mit dem soeben erschienenen 3. Heft der Reihe "Die Wiener Wohnungen nach Zählbezirken" setzt der Wiener Magistrat seine Veröffentlichungen der Ergebnisse der Häuser- und Wohnungszählung 1961 mit einer Darstellung über die Höhe der Mietzinse fort.

Wie aus der Statistik hervorgeht, ist für die Wiener Mietwohnung im Monatsdurchschnitt ein Mietzins von 3,04 Schilling (einschließlich Betriebskosten und öffentlicher Abgaben) pro Quadratmeter zu bezahlen. Die Publikation enthält ferner Angaben über die Wohnungsgröße und die Wohndichte (Nutzfläche der Wohnung je Bewohner) sowie über die soziale Stellung des Haushaltsvorstandes in Verbindung mit der Höhe des Mietzinses. Der Haushalt mit unselbständig berufstätigem Haushaltsvorstand in einer Mietwohnung mit einem monatlichen Zins unter 200 Schilling bewohnt als häufigste Type in Wien 35 Prozent aller Wohnungen. Diese Wohnungen sind im Durchschnitt 42 Quadratmeter groß, je Bewohner stehen 17 Quadratmeter Wohnungsfläche zur Verfügung. Sie sind kleiner und dichter belegt als die Wohnungen im Gesamtdurchschnitt, der 52 Quadratmeter Wohnungsfläche und 22 Quadratmeter je Bewohner beträgt.

Die 88 Seiten starke Broschüre kann zum Preis von 25 Schilling vom Verlag für Jugend und Volk 1, Tiefer Graben 7-9, bezogen werden.

\- - -

Winterprobleme für 2.000 Kilometer Wiener Straßen

23. Dezember (RK) Im Hinblick auf die Schneefälle der letzten Tage und auf die noch zu erwartenden Begleiterscheinungen des Winters kommt der Tätigkeit der Magistratsabteilung für die Straßenreinigung und den Fuhrpark besondere Bedeutung zu. Diese Abteilung hat nämlich unter anderem für die Schneeräumung sowie für das Streuen von Sand und Salz zu sorgen. Aber auch vereiste Abflußrohre und andere "Winterfreuden" gehören zu ihren Agenden. Darum war diese Abteilung die erste, die der neue Stadtrat für Öffentliche Einrichtungen, Hubert Pfoch, besuchte. Er überzeugte sich davon, daß alle Vorkehrungen getroffen wurden, um mit allen Schrecknissen winterlicher Witterung bestmöglich fertig zu werden. Senatsrat Fischer erläuterte die detaillierten Einsatzpläne sowie die Aufgabe der drei Funkwagen, über die die Wiener Straßenreinigung verfügt.

Stadtrat Pfoch diskutierte mit den Fachleuten die Möglichkeit zur Schaffung einer Abstellfläche für alle jene Kraftfahrzeuge, die den Winter über unbenützt bleiben und unnütz die Straßenränder verstellen. Diese Fahrzeuge legen der Schneeräumung alljährlich große Hindernisse in den Weg.

Im Hinblick auf verschiedene, in den letzten Tagen aufgetretene Unzukömmlichkeiten mit verstopften Abflußrohren ließ sich Stadtrat Pfoch als neue technische Errungenschaft ein Rohrspülgerät vorführen. Ein mit einem Einsatzwagen verbundener Hochdruckschlauch wird in verstopfte Rohre eingeführt. Der Schlauch ist vorne mit einem Spezialkopfstück versehen, das eine Anzahl von Rückstoßdüsen aufweist, die bewirken, daß der Schlauch sich von selbst weiterschlängelt und gleichzeitig den Schmutz ausspült.

Stadtrat Pfoch richtete an alle Mitarbeiter der Magistratsabteilung 48 die Bitte, in diesem Winter wieder mit allen Kräften dafür zu sorgen, daß der Wiener Verkehr auch unter ungünstigen winterlichen Bedingungen aufrecht erhalten und für die Sicherheit der Bevölkerung das Möglichste getan werden kann.

\- - -

85. Geburtstag von Igo Etrich

23. Dezember (RK) Am 25. Dezember vollendet der Flugzeugkonstrukteur und Textiltechniker Dr. Ing. h.c. Igo Etrich das 85. Lebensjahr.

Er wurde in Trautenau, Böhmen, als Sohn eines Industriellen geboren, durch den er die Möglichkeit erhielt, aus dem Nachlaß Lilienthals dessen Gleitflieger zu erwerben und sich eine Flugzeugwerkstätte einzurichten, in der er Versuche mit Gleitfliegern ohne menschliche Besatzung durchführte. In der Folge übersiedelte er nach Wien, wo ihm das Handelsministerium auf dem Rotundengelände einen Pavillon zur Verfügung stellte. 1905 bekam er das erste Patent für einen Apparat mit zwölf Meter Spannweite, 1906 baute er sein erstes Motorflugzeug, den "Praterspatz" und erreichte damit Flüge bis zu 100 Meter. Eine neue Konstruktion führte zur "Etrich-Taube", mit der der Pilot Karl Illner sämtliche österreichische Rekorde im Hoch- und Dauerfliegen gewann und für den Flug Wien-Horn-Wien auch den Preis der Stadt Wien errang. Nunmehr konnte Etrich zur serienmäßigen Erzeugung schreiten. Vor dem ersten Weltkrieg gründete er die "Etrich-Fliegerwerke" in Liebau, Schlesien, und die "Brandenburger Fliegerwerke". 1913 konstruierte er seine "Schwalbe", die in acht Minuten 1.000 Meter steigen konnte. Mit ihr unternahm er einen Europarundflug, der ihn bis nach Paris und London führte. Nach 1918 betätigte er sich, da die Friedensverträge die Flugzeugkonstruktion verboten, in der Textilindustrie und brachte seine Fabriken in Trautenau durch eine Erfindung auf höchste Leistungsfähigkeit. 1944 wurde ihm das Ehrendoktorat der Technischen Hochschule Wien verliehen. 1945 enteignet und schließlich aus der Tschechoslowakei ausgewiesen, übersiedelte er völlig mittellos nach Bayern und lebt gegenwärtig in Freilassing. Igo Etrich gehört zu den Pionieren der Luftfahrt und hat für die Entwicklung des österreichischen Flugwesens besondere Bedeutung. Die moderne Aviatik hätte ohne ihn nicht ihr heutiges Niveau erreicht. Seine "Taube" ist im Wiener Technischen Museum ausgestellt. 1959 wurde ihm für seine hervorragenden Leistungen ein Preis aus der Dr. Karl Renner-Stiftung verliehen.

Bürgermeister Jonas und Stadtrat Mandl haben dem Jubilar in herzlichen Worten gehaltene Glückwunschschreiben übermittelt.

\- - -

Kranzniederlegung am Grab von Stadtrat Hans Riemer

23. Dezember (RK) Am 26. Dezember ist es ein Jahr, daß der Amtsführende Stadtrat für Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform, Hans Riemer, plötzlich und unerwartet gestorben ist. Aus diesem Anlaß legten heute im Namen des Wiener Stadtsenates und Gemeinderates die Stadträte Pfoch und Sigmund in Begleitung von Vertretern der sozialistischen Gemeinderatsfraktion am Grab von Hans Riemer im Zentralfriedhof einen Kranz nieder.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Die Radiorede des Bürgermeisters

24. Dezember (RK) Sonntag, den 27. Dezember, spricht Bürgermeister Jonas um 19.45 Uhr im Ersten Programm von Radio Wien in der Sendereihe "Wiener Probleme" über die Wohnungssituation in Wien.

\- - -

Statistisches über Wien

24. Dezember (RK) Soeben ist Heft Nummer 3 (Juli-September) der vom Wiener Magistrat herausgegebenen "Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung der Stadt Wien" erschienen. Das neue Heft bringt unter anderem eine Übersicht über die Ergebnisse der Wiener Gemeinderats- und Bezirkswahlen vom 25. Oktober, nach Bezirken aufgeteilt. Eine zweite Tabelle zeigt die Verteilung der Bezirksmandate.

Die weiteren Statistiken befassen sich wie immer mit allem Wissenswerten über unsere Stadt, angefangen vom Wetter und dem Fremdenverkehr, über die Geburten und Eheschließungen bis zur Bautätigkeit, den Verkehrsunfällen und den Kleinhandelspreisen.

Das Heft ist zum Einzelpreis von sechs Schilling im Verlag Carl Ueberreuter, 9, Alser Straße 24, zu erhalten.

\- - -

Mosetiggasse im 23. Bezirk

24. Dezember (RK) Nach einem Beschluß des Kulturausschusses wird die Hungereckstraße im 23. Bezirk, Inzersdorf, um eine an ihrem Südende rechtwinkelig abbiegende Verkehrsfläche verlängert. Ferner wurde beschlossen, jenen Teil der Hungereckstraße, der von dem genannten Straßenstück weiter bis zur Böheimgasse führt, in Mosetiggasse umzubenennen.

Albert von Mosetig-Moorhof war einer der bedeutendsten Chirurgen Wiens im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts. 1866 lernte er zum erstenmal auf dem Kriegsschauplatz in Böhmen die Schrecken des Feldkampfes kennen. Dies veranlaßte ihn dazu, für die Spezialausbildung der Militärärzte und die Schwesternausbildung in Wien einzutreten. Als Universitätsprofessor war er maßgeblich am Übergang von der Antisepsis zur Asepsis, also zur Vermeidung jeder Infektion bei Verwundeten und Kranken, beteiligt. Nach dem Ringtheaterbrand im Jahre 1882, als der Mangel an Rettungsvorkehrungen in Wien offen zutage trat, beteiligte sich Mosetig an der Gründung der Wiener Freiwilligen Rettungsgesellschaft und an der allgemeinen Ausbildung für Erste Hilfe. Trotz mehrerer Primariate an führenden Wiener Spitälern und umfangreichen wissenschaftlichen Publikationen konnte Albert von Mosetig-Moorhof nicht die von ihm ersehnte Anerkennung in der Öffentlichkeit finden. 1907 machte er seinem Leben durch Selbstmord in der Donau ein Ende.

\- - -

1,600.000 Schilling für Jugendabonnements

24. Dezember (RK) Der Kulturausschuß des Wiener Gemeinderates hat dem "Theater der Jugend" für die Durchführung des Jugendabonnements einen Beitrag in der Höhe von 1,600.000 Schilling bewilligt.

Die gegenüber den üblichen Kassapreisen sehr stark verbilligten Abonnements für Jugendliche sind wie im Vorjahr je nach der Sitzkategorie von 40 bis 190 Schilling gestaffelt. Dafür können die Jugendlichen im Alter von 14 bis 25 Jahren je eine Aufführung in der Staatsoper, im Burgtheater, im Theater an der Wien, im Theater in der Josefstadt und in einer Kleinbühne besuchen. Dazu kommen noch zwei Aufführungen im Volkstheater, ein Orchesterkonzert, eine Vorstellung der Wiener Eisrevue in der Wiener Stadthalle sowie eine Vorführung im Planetarium. Außerdem erhalten die Abonnenten 5oprozentige Ermäßigung für den Besuch weiterer Vorstellungen in Wiener Kleinbühnen und genießen Zahlungsbegünstigungen für Kurse in der Wiener Volksbildung. Auch die "Schule für gutes Benehmen" und die städtischen Büchereien können ermäßigt in Anspruch genommen werden.

Der Beitrag, den die Stadt Wien heuer für das Jugendabonnement leistet, ist gegenüber dem Vorjahr um rund 350.000 Schilling erhöht worden. Grund dafür sind die höheren Eintrittspreise in den Bundes- und Privattheatern. Die Aktion umfaßt ebenso wie im Vorjahr 15.000 Abonnenten.

\- - -

Josef Gerö zum Gedenken

24. Dezember (RK) Auf den 28. Dezember fällt der 10. Todestag des ehemaligen Bundesministers für Justiz Dr. Josef Gerö.

Er wurde am 23. September 1896 in Maria Theresiopel geboren, studierte in Wien und trat 1921 in den Gerichtsdienst. 1934 erfolgte seine Berufung in das Justizministerium, wo er als Leiter der politischen Strafabteilung sowie im Personal- und Präsidialbüro wirkte. 1936 wurde er erster Staatsanwalt. Die Besetzung Österreichs brachte seine sofortige Verhaftung und Einlieferung ins K.Z. Nach seiner Entlassung hielt er sich, um weiteren Verfolgungen zu entgehen, in Jugoslawien auf. Später kehrte er wieder zurück und arbeitete als Exportleiter einer Seidenfabrik. 1945 wurde Josef Gerö von Staatskanzler Renner als parteiloser Minister in das Kabinett berufen, dem er auch unter Bundeskanzler Figl bis 1949 angehörte. Nach einer Pause von drei Jahren wurde er 1952 neuerdings als Fachminister nominiert und war als solcher bis zu seinem Tode tätig. Gerö war aber auch als Sportfunktionär hoch geachtet und überall beliebt. Seit seinen jungen Jahren in Sportkreisen tätig, war er von 1927 bis 1938 Präsident des Wiener Fußballverbandes und von 1945 bis zu seinem Tod Präsident des Österreichischen Fußballbundes. Seit 1945 war er auch Präsident des Österreichischen Olympischen Komitees.

\- - -

Geehrte Redaktion!

Wir wünschen allen Kollegen und allen Lesern der "Rathaus-Korrespondenz" Frohe Weihnachten!

Die "Rathaus-Korrespondenz" erscheint wieder am Montag, dem 28. Dezember.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Bürgermeister Franz Jonas:

Zuerst die Wohnung und dann das Auto!

Noch mehr Wohnungen bauen und Reparaturausgleichsfonds schaffen!

28. Dezember (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien sprach Bürgermeister Jonas Sonntag, den 27. Dezember, über die Wohnungssituation in Wien. Der Bürgermeister führte aus:

"In meiner letzten Sendung habe ich über die Budgetverhandlungen im Rathaus gesprochen. Gleichzeitig habe ich der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Verzögerung bei der Wahl des neuen Stadtsenates bald behoben sein wird. Heute kann ich Ihnen berichten, daß der Gemeinderat die Budgetberatungen durchgeführt und abgeschlossen hat, so daß die Bestimmungen der Stadtverfassung eingehalten wurden und das neue Budget ab 1. Jänner 1965 in Kraft treten kann. Während der gleichen Zeit haben die Verhandlungen zwischen den beiden Parteien über die Bildung des neuen Stadtsenates zu einem Erfolg geführt und damit wurden die Voraussetzungen für die Wahl des neuen Stadtsenates geschaffen. Diese Wahl hat dann noch am letzten Sitzungstag des Gemeinderates stattgefunden. Damit sind alle Konsequenzen aus der Gemeinderatswahl vom 25. Oktober gezogen und die Vorschriften der Stadtverfassung erfüllt. Der neue Stadtsenat wurde bereits angelobt und somit voll handlungs- und beschlußfähig. Ich freue mich, Ihnen von dem Abschluß aller dieser Verhandlungen Mitteilung machen zu können. Ich will diese Tatsache als Beweis dafür anführen, daß es in der Demokratie möglich sein muß, Interessengegensätze auszugleichen und einen Weg.

./.

zu suchen, der für eine möglichst große Zahl der Gemeindebürger vertretbar ist.

Eines der interessantesten Kapitel der Budgetberatungen war dem Wohnungswesen gewidmet. Ursprünglich hatte die Aussicht bestanden, daß die Beratungen darüber schon im Zeichen einer neuen bundesgesetzlichen Regelung des Wohnungs- und Mietenrechtes stehen könnten. Die beiden Regierungsparteien hatten nämlich vereinbart, bis Ende 1964 gemeinsame Vorschläge für eine Neuordnung dieser außerordentlich wichtigen Probleme auszuarbeiten. Diese Absicht wurde leider nicht verwirklicht, weshalb als neuer Termin für diese Vorschläge der 30. Juni 1965 festgesetzt wurde. Da diese angestrebte Regelung des Wohnungs- und Mietenrechtes sehr umfangreich und kompliziert ist und sachlich mit anderen Fragen, zum Beispiel mit dem Bodenrecht und mit der Bauwirtschaft zusammenhängt, ist die Frist bis zum 30. Juni eigentlich kurz. Weil aber bereits eine Reihe von Vorarbeiten vorliegt, müßte es bei einigem guten Willen möglich sein, den neuen Termin einzuhalten.

Ich kann begreiflicherweise den Beratungen der beiden Regierungsparteien nicht vorgreifen. Ich fühle mich aber verpflichtet, einen Diskussionsbeitrag zu leisten, denn kaum eine andere Stadt Österreichs wäre von den Auswirkungen einer Neuordnung des Wohnungswesens so stark betroffen wie Wien. Schon allein die Größe unserer Stadt ist ein entscheidendes Merkmal. Nach der letzten Häuser- und Wohnungszählung im Jahre 1961 gibt es in Wien 580.340 Mietwohnungen, von denen allein 409.820 den Bestimmungen des Mietengesetzes unterliegen. Weil dadurch das Mietrecht und der Mietzins von 71 Prozent aller Mietwohnungen geschützt sind, muß jede Veränderung genauest überlegt werden, weil davon der größte Teil der Wiener Bevölkerung betroffen wäre.

Es handelt sich um jene Wohnungen, in denen der Mietzins mit einem Schilling pro Friedenskrone des seinerzeitigen Mietzinses festgelegt ist, das sind also jene Wohnungen, die bereits vor dem Jahr 1917 vermietet wurden. In den anderen Bundesländern ist der Anteil der mietengeschützten Wohnungen unterschiedlich, aber nirgends so hoch wie in Wien.

./.

Das Grundübel unserer Wohnungssituation besteht darin, daß durch die beiden Weltkriege jedes Mal eine mehrjährige Unterbrechung der Wohnbautätigkeit eingetreten ist, wozu noch im zweiten Weltkrieg die Wohnungsverluste durch die Bombenangriffe gekommen sind. Wenn auch durch die Wohnbautätigkeit und die Förderungsaktionen der Gemeinde Wien, des Wiederaufbaufonds und des Bundes- Wohn- und Siedlungsfonds außerordentlich viel geleistet wurde, bleibt doch die Tatsache bestehen, daß noch immer der größere Teil der Wiener Wohnungen aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg stammt. Diese entsprechen nicht mehr den Anforderungen unserer Zeit. Im Bewußtsein unserer Bevölkerung stellt sich das so dar: Man bekommt zwar schon die modernsten Geräte für den Haushalt einschließlich Waschmaschine, Kühlschrank, Staubsauger, Radio und Fernsehen, aber ein eigenes Klosett, eine Wasserleitung oder gar ein Bad ist ein unerfüllbarer Traum. Viele Wiener haben es zwar schon zu einem Auto gebracht, aber ihre Wohnungen unterscheiden sich in ihrem Zustand durch nichts von den Wohnungen ihrer Eltern. Dieser Widerspruch in der Lebensführung ist die Ursache, daß die Menschen aus ihren unpraktischen und ungesunden Wohnungen herausdrängen und neue Wohnungen wünschen.

Was soll nun geschehen, um die Wohnungsnot wirksamer als bisher zu bekämpfen? Vor allem ist es notwendig, noch mehr Wohnungen zu bauen. Man muß sich nur sofort mit dem Gedanken befreunden, daß man auch die Baumethoden rationalisieren soll, damit schneller und billiger gebaut werden kann. Denn die Mietzinse in den neuen Wohnhäusern müssen so berechnet sein, daß sie von Arbeitern und Angestellten bezahlt werden können. Weil wir aber noch nicht so weit sind, daß wir auf die alten Wohnungen verzichten können, ist es notwendig, sie so gut wie möglich zu reparieren und zu modernisieren. Weil aber die Kosten hierfür die einzelnen Mieter zu stark belasten würden, wäre für ganz Österreich die Schaffung eines Reparatur-Ausgleichfonds notwendig, in den alle Mieter einen regelmäßigen Beitrag einzuzahlen hätten. In Wien hat die Gemeinde insoferne Abhilfe geschaffen, als sie für Reparaturzwecke zinsenlose Kredite gibt, wordurch die Mieter dieser Häuser doch eine fühlbare Entlastung erhalten.

./.

Bisher wurden solche Kredite in der Höhe von 1.050 Millionen Schilling gegeben.

Es gibt aber auch alte Häuser, deren Zustand so schlecht ist, daß eine Reparatur oder Modernisierung sinnlos wäre. Solche Häuser soll man niederreißen, um für moderne Wohnungen Platz zu schaffen. Um diese notwendige Modernisierung überhaupt zu ermöglichen, ist aber das schon so oft verlangte Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetz erforderlich. Ich erinnere Sie daran, daß dieses Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetz in den vergangenen Jahren schon zwei Bundeskanzler in ihren Regierungserklärungen zugesagt haben. Leider wurden diese Zusagen nicht eingelöst. Ich muß zugeben und deutlich darauf aufmerksam machen, daß die Gemeinde fast hilflos ist, wenn sie zur Errichtung eines neuen Wohnhauses alte Häuser kaufen will und deren Besitzer entweder überhaupt nicht verkaufen wollen oder unvertretbar hohe Preisforderungen stellen. Wie so etwas aussieht, können Sie in der neuen städtischen Wohnhausanlage gegenüber der Brigittakirche im 20. Bezirk genau beobachten.

In der Diskussion um die Neuordnung des Wohnungswesens wird auch die Meinung vertreten, man müßte die Mietzinse erhöhen, damit sich wieder Leute finden, die neue Wohnhäuser bauen. Diese Meinung ist deshalb falsch, weil die Mietzinse für neue Wohnungen keiner gesetzlichen Regelung unterliegen, sondern zwischen dem Hausbesitzer und dem Mieter frei vereinbart werden. Damit ist ja schon von vornherein die Rentabilität des privaten Wohnungsbaues gegeben. Solche Zinse sind aber für Arbeiter und Angestellte unerschwinglich und nur Personen mit höherem Einkommen können derartige Wohnungen mieten. Aber ich sage noch einmal, es wäre falsch, die Frage des privaten Wohnungsneubaues zur Begründung einer allgemeinen Mietzinserhöhung zu nehmen.

Es wird mit Recht immer wieder darüber geklagt, daß man in Privathäusern nur dann eine Wohnung bekommt, wenn man für sie einen hohen Preis bezahlt. Dieser Kaufpreis wird schamhaft als Investitionsablöse bezeichnet.

./.

Als noch vor Jahren die gesetzlichen Regelungen im Wohnungswesen bestanden, mußte eine freigewordene Wohnung dem Wohnungsamt gemeldet werden, das dann den bedürftigsten Bewerber einweisen konnte. Seitdem diese Gesetze außer Kraft sind, hat das Wohnungsamt auf die Vergebung dieser Wohnungen keinen Einfluß mehr, sondern es entscheidet dann immer die Zahlungsfähigkeit des Bewerbers. Da in Wien jährlich ungefähr 10.000 Wohnungen frei werden, läßt sich unschwer errechnen, daß diese Kaufbeträge in die hunderte Millionen Schilling gehen, ohne daß dafür auch nur eine einzige Wohnung gebaut würde. Eine ähnliche Entwicklung sehen wir bei den Eigentumswohnungen. Die sogenannten "Rücktrittswohnungen' werden schon verkauft, ehe sie gebaut sind. Durch solche Machenschaften wird die Notlage der Wohnungsuchenden ausgenützt und sie werden in unerträglicher Weise geschädigt. Zur Bekämpfung dieser unhaltbaren Zustände sind ebenfalls durch die Regierungserklärungen gesetzliche Maßnahmen angekündigt worden, aber leider wurden auch diese Versprechen nicht erfüllt. Diese Regierungszusagen müßten ebenfalls in die Neuregelung des Wohnungswesens mit einbezogen werden.

Ich weiß, daß es außerordentlich schwer sein wird, die Wohnungssorgen nach allen Richtungen hin zu beseitigen. Eine Neuordnung des Wohnungswesens darf aber an der Tatsache nicht vorbeigehen, daß man zum Leben eine Wohnung unbedingt braucht, und eine gesunde Bevölkerungspolitik nur dann möglich ist, wenn die jungen Ehepaare möglichst rasch einen eigenen Hausstand gründen können. Die Wohnung ist ein Gut besonderer Art. Von ihr hängt die Gesundheit und das glückliche Familienleben ab und deshalb darf man die Wohnungsfrage nicht schlechthin nur vom kaufmännischen Standpunkt aus betrachten. Deshalb muß die Erbauung von neuen Wohnungen im verstärkten Maße durch öffentliche Kredite gefördert werden, wozu sich die gemeinnützigen Wohnungs- und Baugenossenschaften am besten eignen. Sie unterliegen einer behördlichen Kontrolle, aber auch der Kontrolle aller Genossenschaftsmitglieder. Ich gebe aber ebenso offen zu, daß man auch beim Bau von Wohnungen den Rechenstift nicht vergessen darf. Das Bauen kostet eben viel Geld.

./.

Der Baugrund hat seinen Preis, das Baumaterial muß gekauft werden und die Techniker und Arbeiter müssen ebenfalls ihren Lohn bekommen. Es ist deshalb verständlich, daß für die modernen und praktischen Wohnungen mehr bezahlt werden muß als für die alten und schlechten, deren seinerzeitige Baukosten schon lange amortisiert sind.

Ich weiß, daß es für manche junge Eheleute ein verführerischer Gedanke ist, möglichst rasch in den Besitz eines Autos zu kommen. Dabei vergessen sie, daß man wohl ohne Auto leben kann, aber nicht ohne Wohnung. Wenn unsere jungen Leute gut beraten sein wollen, dann sollen sie ihre Wünsche und ihr Spargeld zuerst auf die Wohnung konzentrieren, und erst wenn dieses Ziel erreicht ist, an andere Anschaffungen denken. Es wäre gar nicht das schlechteste, würde dann statt des Autos ein Baby kommen. Glauben Sie nicht?

Nun will ich Sie noch daran erinnern, daß das seinerzeitige Neuvermietungsgesetz am 30. Juni 1958 abgelaufen ist. Seit dieser Zeit können die privaten Hausbesitzer ihre Wohnungen freihändig vergeben. Das Wohnungsamt verfügt nur mehr über jene Wohnungen, die von der Stadt Wien selbst gebaut werden. Aber die Gemeinde befolgt aus freien Stücken jene Bestimmungen des abgelaufenen Neuvermietungsgesetzes, die für die Bewertung der Bedürftigkeit des Wohnungswerbers gelten. Es weiß deshalb jeder Bewerber, nach welchen Grundsätzen sein Ansuchen beurteilt wird und er kann selbst prüfen, ob seine Bedürftigkeit richtig eingestuft wurde.

In den nächsten Monaten werden in den Beratungen der beiden Regierungsparteien hoffentlich fortschrittliche Grundsätze für die Neuordnung des Wohnungswesens erarbeitet werden. Daran sollen alle Österreicher brennend interessiert sein, auch wenn sie persönlich keine Wohnungssorgen haben. Nahrung und Wohnung sind unsere elementaren Lebensbedürfnisse, die durch die Klugheit und Kraft der ganzen Gemeinschaft befriedigt werden sollen.

Ich habe wohl die Möglichkeit, am Silvesterabend die Neujahrswünsche der Stadtverwaltung durch den Rundfunk zu übermitteln. Ich weiß aber nicht, ob Sie mir dann alle zuhören können und deshalb sage ich Ihnen schon heute ein herzliches 'Prosit Neujahr' und wünsche Ihnen viel Glück und Gesundheit!"

\- - -

Heuer 551 "gute Bilder für jeden" um 236.000 Schilling verkauft

28. Dezember (RK) Am 24. Dezember um 12 Uhr schloß die vom Kulturamt der Stadt Wien und der Wiener Künstlerschaft veranstaltete Verkaufsausstellung "Das gute Bild für jeden" in der Wiener Secession ihre Pforten. Die angebotenen Ölbilder und Graphiken haben ebenso wie die Kleinplastiken und Keramiken auch heuer wieder großes Interesse gefunden. Die Ausstellung, die zum 15. Male veranstaltet worden war, brachte einen Umsatz von 236.000 Schilling, 551 Exponate wanderten aus der Secession unter den Weihnachtsbaum der Wiener.

1950, im ersten Jahr dieser Ausstellungsreihe des Kulturamtes, waren 245 Arbeiten mit einem Gesamterlös von 44.865 Schilling verkauft worden. 1963 fanden 423 Arbeiten um insgesamt 225.493 Schilling ihre Käufer. Den höchsten Umsatz brachte bisher das Jahr 1961 mit 739 verkauften Kunstwerken und einem Erlös von 285.448 Schilling.

\- - -

Silvester-Nachtverkehr

28. Dezember (RK) Zusätzlich zu dem in allen Nächten betriebenen Autobus-Nachtverkehr wird in der Silvesternacht vom 31. Dezember auf den 1. Jänner wie alljährlich auf einzelnen Radial- und Rundlinien der Straßenbahn, anschließend an den Tagverkehr, ein Nachtverkehr bis etwa 5 Uhr ab Ring und Kai eingerichtet.

Die in der Silvesternacht betriebenen Linien sind aus den in den Wagen angebrachten Anschlägen zu ersehen. Der Nachtfahrpreis auf der Straßenbahn beträgt für jede Person sechs Schilling. Tagesfahrscheine, Kinderfahrscheine, Wochenkarten und Zeitkarten haben auf den Nachtverkehrszügen keine Gültigkeit. Im Autobus-Nachtverkehr gilt der normale Nachtfahrpreis.

\- - -

Keine Feiertage für die Stadtreinigung

28. Dezember (RK) Das Personal der Wiener Stadtreinigung hatte nicht viel von den Weihnachtsfeiertagen. Schon am Abend des ersten Feiertages begann es, als verbreitet Straßenglätte auftrat. Ab 23 Uhr waren 92 Streufahrzeuge im Einsatz.

Samstag, den 26. Dezember, arbeiteten 538 Mann des Straßenpflegepersonals, unterstützt von einem Schneepflug, 56 Streufahrzeugen und 15 Schneeladegeräten. In der Nacht wurden dann 36 Schneepflüge und Streuautos auf die Reise geschickt.

Sonntag mußte das Personal bereits um 6 Uhr früh durch Rundfunk und Polizei wieder zum Dienst gerufen werden. Auch die Aufnahme von fremden Schneearbeitern wurde angeordent. Im Einsatz standen 824 Arbeitskräfte, darunter 279 aufgenommene Arbeiter. Ferner waren 39 Schneepflüge, 50 Streufahrzeuge und 15 Ladegeräte eingesetzt. In der Nacht wurde mit 70 Schneepflügen und drei Streufahrzeugen weitergearbeitet.

Heute früh kam es dank des Einsatzes der Stadtreinigung nirgends zu Störungen im Frühverkehr. Alle Fahrbahnen sind in einem relativ verkehrssicherem Zustand. Der Schnee ist durch die Salzbestreuung aufgeweicht. Mit der Fortsetzung der Räumarbeiten sind heute 1.652 Arbeitskräfte beschäftigt, darunter 834 aufgenommene Schneearbeiter. An Fahrzeugen stehen zur Verfügung: 75 Streufahrzeuge, 50 Schneepflüge und 15 Schneeladegeräte.

\- - -

Wiener Fremdenverkehr im November

28. Dezember (RK) Das Statistische Amt der Stadt Wien weist für den ersten Monat des Fremdenverkehrsjahres 1964/65, das jeweils mit 1. November beginnt und am 31. Oktober endet, folgende Besucherzahlen aus:

In Wiener Fremdenbeherbergungsbetrieben waren 52.109 Gäste gemeldet, in Jugendherbergen 2.497. Sie haben 161.921 Übernachtungen erbracht. Gegenüber dem November 1963 bedeutet dies eine Steigerung von 3.826 Besuchern. 32.200 der Gäste kamen aus dem Ausland.

Die meisten davon stellte wieder Westdeutschland mit 8.512 Besuchern (1963: 7.920). An zweiter Stelle stehen die 4.483 Gäste aus den Vereinigten Staaten (1963: 4.152). Bemerkenswert ist vor allem, daß an dritter und vierter Stelle - nahezu ex aequo - Italien und Ungarn stehen. Aus unserem südlichen Nachbarland kamen 2.053 (2.165), aus dem östlichen 2.038 (2.508) Besucher. Der Besucherstrom aus den östlichen Ländern hält sich weiterhin auf erfreulicher Höhe. Die Zahl der Gäste aus der Tschechoslowakei ist beispielsweise von 395 im November 1963 auf 1.120 gestiegen.

\- - -

Rinderhauptmarkt vom 28. Dezember

28. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche. 0. Neuzufuhren Inland: 37 Ochsen, 210 Stiere, 332 Kühe, 88 Kalbinnen, Gesamtauftrieb: 667. Verkauft wurde alles.

Preise: Ochsen 13.80 bis 15.80 S, extrem 16.60, Stiere 13 bis 16.80 S, extrem 17 bis 17.10 S, Kühe 11.50 bis 13.80 S, extrem 14 bis 14.60 S, Kalbinnen 14 bis 16.40 S, extrem 16.50 bis 16.60 S; Beinlvieh Kühe 9 bis 11.50 S, Ochsen und Kalbinnen 11 bis 13.70 S.

Der Durchschnittspreis erhöhte sich bei Stieren um 45 Groschen, bei Kühen um 63 Groschen, bei Kalbinnen um 79 Groschen und ermäßigte sich bei Ochsen um einen Groschen je Kilogramm. Er beträgt bei: Ochsen 14.39 S, Stieren 15.90 S, Kühen 11.96 S, Kalbinnen 15.35 S; Beinlvieh verteuerte sich bis zu 70 Groschen je Kilogramm.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Neuerwerbungen des Historischen Museums

29. Dezember (RK) Der Kulturausschuß des Wiener Gemeinderates hat beschlossen, dem Museum der Stadt Wien zusätzlich 80.000 Schilling für den Ankauf von Sammelstücken zur Verfügung zu stellen. Infolge der Preissteigerungen auf dem Kunstmarkt konnte die Museumsleitung heuer mit den für Ankäufe vorgesehenen Mitteln nicht das Auslangen finden. Andererseits häufen sich gerade um das Jahresende günstige Angebote.

Unter den Objekten, die vom Historischen Museum nunmehr zusätzlich den Sammlungen einverleibt werden können, befinden sich die Glocke eines bekannten Wiener Glockenmeisters aus dem Jahre 1760, ein Almanach des Verlages Löschenkohl mit Türkendarstellungen sowie eine bestickte Seidenweste aus der Zeit um 1790. Außerdem werden das große Proträt des Fürsten Rasumofsky, von Lampi d.Ä. gemalt, 22 Blätter mit Wiener Theaterdekorationen aus dem 18. und 19. Jahrhundert und zehn große Holzschnittblätter mit Zirkusdarstellungen aus Wien angekauft. Ferner konnte eine besonders schöne Rokoko-Taschenuhr mit einer Emailminiatur sowie wertvolle Gläser zur Ergänzung der vorhandenen Sammlung erworben werden.

\- - -

"Ginzkey-Hof" in der Johannesgasse

29. Dezember (RK) Die städtische Wohnhausanlage in der Johannesgasse 9-13 im 1. Bezirk erhält nach einem Beschluß des Kulturausschusses den Namen "Ginzkey-Hof".

Der österreichische Dichter Franz Karl Ginzkey, der von 1871 bis 1963 lebte, hat während seines letzten Wiener Aufenthaltes dort gewohnt. Ginzkey wurde in Pola geboren, wo sein Vater bei der österreichischen Kriegsmarine tätig war. Der Sohn schlug die Offizierslaufbahn ein und widmete sich nach seiner Pensionierung der Schriftstellerei. Ginzkey trat zuerst als Lyriker hervor, dann folgten mehrere größere Romane und zahlreiche Essays und Novellen. Die Reife des Alters spricht aus seinem zuletzt erschienenen Buch "Der Heimatsucher", in dem er einen Gesamtüberblick über sein Leben gibt.

Franz Karl Ginzkey erhielt 1953 den Würdigungspreis für Dichtkunst der Stadt Wien, 1957 den Kunstpreis für Dichtung des Bundesministeriums für Unterricht.

\- - -

Eine Million Schilling für Renovierungsarbeiten am Volkstheater

29. Dezember (RK) Im Gebäude des Wiener Volkstheaters, das heuer sein 75jähriges Bestehen feiert, sind umfangreiche Renovierungsarbeiten notwendig geworden. Und zwar müssen die Ränge im Zuschauerraum instandgesetzt, die Garderoberäume umgestaltet, die Fassade adaptiert, die Bühnenvorhänge erneuert, die Bühnenanlage modernisiert sowie Arbeiten an der Zentralheizung durchgeführt werden. Der Kulturausschuß des Wiener Gemeinderates hat beschlossen, der Direktion des Volkstheaters dafür eine einmalige Subvention von einer Million Schilling zu gewähren.

\- - -

Führungen im Historischen Museum der Stadt Wien

Jänner 1965

29. Dezember (RK)

Fr	1. Jänner	10 bis 11 Uhr	Sonderausstellung (Dr. Jäger)
So	3. Jänner	10 bis 11 Uhr	Sonderausstellung (Dr. Czeike)
Mi	6. Jänner	10 bis 11 Uhr	Sonderausstellung (Dr. Czeike)
So	10. Jänner	10 bis 11 Uhr	Sonderausstellung (Dr. Spiesberger)
So	10. Jänner	11 bis 12 Uhr	Die urgeschichtliche Entwicklung im Wiener Raum (Dr. Neumann)
So	17. Jänner	10 bis 11 Uhr	Sonderausstellung (Dr. Jäger)
So	17. Jänner	11 bis 12 Uhr	Die Frühzeit der römischen Besetzung im WienerStadtgebiet (Dr. Neumann)
So	24. Jänner	10 bis 11 Uhr	Sonderausstellung (Dr. Spiesberger)
So	24. Jänner	11 bis 12 Uhr	Das Standlager Vindobona (Dr. Neumann)
So	31. Jänner	10 bis 11 Uhr	Sonderausstellung (Dr. Jäger)
So	31. Jänner	11 bis 12 Uhr	Die Zivilstadt Vindobona (Dr. Neumann)

Für geschlossene Gruppen können auch andere Termine vereinbart werden. Telefonische Anmeldungen unter der Nummer 42 804/741, Klappe 46. Die Führungen sind kostenlos, es wird der normale Eintrittspreis eingehoben.

\- - -

Am 15. Jänner Blumen-Ball in den Sofiensälen

29. Dezember (RK) Am Freitag, dem 15. Jänner 1965, werden Wiens Stadtgärtner wieder einmal unter Beweis stellen können, daß sie nicht nur mit Blumenbuketts, sondern auch mit einem großen Strauß hübscher Damen liebevoll umzugehen verstehen. Sie werden zeigen, daß sie nicht nur für Rosen, Margariten und Violen eine gute Hand haben, sondern auch für Roserln, Margareterln und Violettas. Und sie werden beweisen, daß sie nicht nur den Rechen, sondern auch das Tanzbein meisterhaft schwingen können, denn am 15. Jänner geht in den Sofiensälen unter dem Ehrenschutz von Bürgermeister Jonas der traditionelle Blumen-Ball der Wiener Stadtgärtner in Szene. Auf jeden Fall wird bei dieser Veranstaltung auch das schüchternste Mauerblümchen damit rechnen können, zum Blühen gebracht zu werden.

Einlaß ist um 21 Uhr, punkt 22 Uhr wird der Ball eröffnet. Als Solisten wirken Mitglieder des Staatsopernballetts mit. Im Großen Festsaal wird das Wiener Ballorchester Eduard Macku-Leo Jaritz aufspielen, im Schönbrunner Saal wird man zu den Weisen der "Melodischen 6" tanzen können, im Kongreßsaal wird Charly Leibrecht musizieren, und das Kellerstüberl ist den Schrammeln vorbehalten. Es wird sich auch lohnen, am Blumenbasar teilzunehmen, da jedes Los gewinnt. Das Ende der Veranstaltung ist für 5 Uhr angesetzt.

\- - -

Bürgermeister Jonas kondoliert zum Ableben von Dr. Lorenz

29. Dezember (RK) Bürgermeister Franz Jonas richtete heute an den Presseclub Concordia folgendes Beileidstelegramm: "Zum plötzlichen Ableben Ihres hochverdienten Vizepräsidenten Dr. Friedrich Lorenz spreche ich Ihnen namens der Stadt Wien mein tief empfundenes Beileid aus. Betrauere mit Ihnen einen hervorragenden Journalisten, dessen charakterliche Vorzüge ihm allgemeine Wertschätzung eintrugen."

\- - -

Bürgermeister Jonas kondoliert Tochter von Dr. Lorenz

29. Dezember (RK) Bürgermeister Franz Jonas richtete an Frau Dr. Eva Lorenz, die Tochter des plötzlich verstorbenen früheren Chefredakteurs des "Neuen Österreich", Dr. Friedrich Lorenz, folgendes Beileidsschreiben:

"Ihnen und allen Ihren Familienangehörigen spreche ich anläßlich des plötzlichen Ablebens Ihres Vaters, Herrn Dr. Friedrich Lorenz, im Namen der Stadt Wien mein aufrichtiges Beileid aus. Der Verstorbene hat als vorbildlicher Journalist und liebenswerter Mensch lautersten Charakters in weiten Kreisen Achtung und Anerkennung genossen, die ihm ein ehrendes Angedenken sichern."

\- - -

Weißes Jahresende in Sicht

29. Dezember (RK) Die Meteorologische Anstalt kündigte für die nächsten Tage weitere Schneefälle an. Die Magistratsabteilung für Stadtreinigung hat bereits alle nötigen Vorkehrungen getroffen, um mit dem Schnee und der allenfalls auftretenden Straßenglätte fertig zu werden. Es stehen 82 Streufahrzeuge, 23 Ladegeräte und Lastkraftwagen, 15 Schneepflüge und 1.653 Schneearbeiter bereit, bzw. standen heute bereits im Einsatz. Dank der intensiven Streuung und der Schneeabfuhr waren heute alle Fahrbahnen in verkehrssicherem Zustand, obwohl es stellenweise einige kleinere Schneeverwehungen zu beseitigen gab.

\- - -

Schweinehauptmarkt vom 29. Dezember

29. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 0. Neuzufuhren Inland: 10.190. Gesamtauftrieb dasselbe. Verkauft wurde alles.

Preise: Extremware 14.60 bis 15 S, 1. Qualität 14 bis 14.50 S, 2. Qualität 13.50 bis 14 S, 3. Qualität 12.80 bis 13.50 S; Zuchten extrem 12.50S, Zuchten 11 bis 12.20 S. Altschneider 10.50 bis 10.80 S.

Der Durchschnittspreis ermäßigte sich für inländische Schweine um vier Groschen je Kilogramm und beträgt nunmehr 13.78 S.

\- - -

Pferdehauptmarkt vom 29. Dezember

29. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 73 Stück, hievon 4 Fohlen. Als Schlachttiere wurden 71 Stück verkauft, unverkauft blieben 2 Stück.

Herkunft der Tiere: Wien 2, Niederösterreich 47, Burgenland 20, Steiermark 4.

Notierungen: Schlachttiere Fohlen 15.50 S, Pferde extrem 9.50, 1. Qualität 8.80 bis 9.30 S, 2. Qualität 7.70 bis 8.70 S, 3. Qualität 6.50 bis 7.40 S.

Der Durchschnittspreis erhöhte sich für inländische Schlachtpferde um 52 Groschen je Kilogramm und für Schlachtfohlen um 265 Groschen je Kilogramm. Er beträgt für Schlachtpferde 8,28 S, Schlachtfohlen 15.50 S, Pferde und Fohlen 8.65 S.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Ein "Muster-Krankenzimmer" fürs neue Rudolfspital

30. Dezember (RK) Neben dem im Mai fertiggestellten Schwesternwohnheim der Krankenanstalt Rudolfstiftung in der Juchgasse entsteht derzeit ein kleiner unscheinbarer Neubau aus vorgefertigten Teilen, den Uneingeweihte für einen Zeitungskiosk oder dergleichen halten mögen. In Wirklichkeit hat dieses im Rohbau bereits fertiggestellte Miniaturgebäude eine sehr wichtige Funktion bei der Neugestaltung des Rudolfspitales zu erfüllen. Seine vier Wände werden ein Muster-Krankenzimmer bergen, das in seiner technischen Ausstattung und allen Details der Raumgestaltung den zukünftigen Krankenzimmern des neuen Bettentraktes gleichen wird. Die Konstruktion der Krankenbetten, die Gegensprechanlage, die sanitären Einrichtungen und dergleichen können sodann von Ärzten und Schwestern begutachtet und erprobt werden. Sollten dabei Änderungswünsche laut werden, können sie bei der Innenausstattung des neuen Rudolfspitales berücksichtigt werden.

Gegenwärtig arbeitet man außerdem am Abbruch einiger geräumter Altobjekte des Krankenhauses. An ihrer Stelle wird im Mai 1965 mit dem Neubau des Werkstättentraktes und der Heizzentrale begonnen werden.

So wie bei der Erneuerung aller städtischen Krankenanstalten wird man auch hier bemüht sein, den Betrieb des Rudolfspitales während der Bauarbeiten voll aufrecht zu erhalten.

\- - -

"Gut Tanz" im Fasching 1965

Mehr als 300 Tanzveranstaltungen von Silvester bis 27. März

30. Dezember (RK) Obwohl streng genommen - nach kirchlicher Auffassung - der Fasching eigentlich erst am Dreikönigstag (also diesmal am Mittwoch, dem 6. Jänner) beginnt, stürzen sich die Tanzlustigen immer schon in der letzten Nacht des Jahres, zu Silvester, in den Faschingsrummel. Im Grunde genommen allerdings scheint die Faschingszeit überhaupt recht ungünstig gewählt, weil der Fasching doch wohl eher ein Fest für dünne Bäuche und dicke Brieftaschen ist. Nach den anstrengenden Weihnachtsfeiertagen aber ist stets die Zeit der dicken Bäuche und dünnen Brieftaschen angebrochen. Jedoch was tut's, besonders der Wiener hat sich noch nie durch einen dicken Bauch und eine dünne Brieftasche davon abhalten lassen, dem Vergnügen zu frönen. Außerdem bietet der Ballkalender für jeden Geschmack und jede Brieftasche etwas, für den "Normalverbraucher" des Faschingsrummels ebenso wie für den Herrn Generaldirektor, für den gschupft'n Ferdl ebenso wie für den Spielbuben (auch Playboy genannt).

Im Ballkalender, den die Fremdenverkehrsstelle der Stadt Wien alljährlich herausgibt, sind diesmal 314 Bälle und Tanzveranstaltungen verzeichnet, beim Referat für Vergnügungssteuer in der Magistratsabteilung 4 (Allgemeine Finanzverwaltung, Steuern und Abgaben) waren bis einschließlich 21. Dezember insgesamt 148 Tanzveranstaltungen, darunter 81 Veranstaltungen repräsentativen Charakters, zur Vergnügungssteuer angemeldet. Natürlich ist es der Fremdenverkehrsstelle nicht möglich, sämtliche Wiener Faschingsveranstaltungen, die in den letzten Jahren an Zahl und Umfang bedeutend zugenommen haben, anzuführen. Der Ballkalender muß sich also darauf beschränken, die repräsentativsten, volkstümlichsten und wichtigsten Wiener Bälle und Redouten anzuführen, um die Ballfreunde rechtzeitig auf das wahrlich reichhaltige Programm des Wiener Faschings hinzuweisen.

./.

Tanz ins Neue Jahr

Sieben Silvesterbälle werden die tanzlustigen Wiener heuer in das Neue Jahr führen. Darunter gibt's je einen großen Silvesterball im Konzerthaus und in den Sofiensälen, der Schwechater Hof kündigt eine Silvesterfeier des Vereins der Schwaben in Wien, an, beim Wimberger, im Parkhotel Schönbrunn, im Bayrischen Hof und im Hernalser Vergnügungszentrum finden ebenfalls Silvesterbälle statt. Am Neujahrstag gibt's, dem Katzenjammer und der Silvestermüdigkeit Rechnung tragend, nur einen einzigen Tanzabend (Hernalser Vergnügungszentrum). Für Samstag, den 2. Jänner, hat das Hernalser Vergnügungszentrum seinen ersten Faschingsball angesetzt, das Casino Zögernitz ein Neujahrskonzert mit Tanz. Am Sonntag, dem 3. Jänner, ist gleichfalls nur im Hernalser Vergnügungszentrum eine Möglichkeit, das Tanzbein zu schwingen.

Am Dienstag, dem 5. Jänner, aber geht's dann richtig los. Nahezu jeder Geselligkeitsverein, jede Berufsgruppe, jede Pfarre und alle möglichen Vereinigungen, Firmen und Verbände haben ihren eigenen Ball. Eine kleine Auslese aus der Liste der Veranstalter zeigt die Vielfalt dieser Bälle: Von der Österreichischen Studiengesellschaft für Atomenergie, den Kriminalbeamten und den Schulwarten, den Fliesen- und Rohrlegern "und deren Helfern" über die Freunde des Fußballklubs Rapid, die Alt-Schotten, den Verband der Krippenfreunde und die Unteroffiziere der Garnison Wien bis zum Simmeringer Maturantenverein, zu den Gas- und Wasserleitungsinstallateuren Wiens, dem Verein für Freikörperkultur, dem Zither-, Mandolinen- und Geselligkeitsverein "Symphonia" und der Arbeitsgemeinschaft der Lohnschlächter St. Marx ist wohl alles vertreten, was als gesellig und vereint in Wien gelten kann.

Vom Opernball bis zum Westbahner-Ball

Der absolute gesellschaftliche Höhepunkt des Wiener Faschings ist natürlich wieder der Opernball in der Staatsoper, der heuer am Donnerstag, dem 25. Februar, in Szene gehen wird. Der Philharmoniker-Ball im Musikverein findet bereits am Donnerstag, dem 14. Jänner, statt, der Techniker-Circle (gleichfalls Musikverein) am Samstag, dem 16. Jänner. Der Wiener Männergesangverein lädt zu seinem berühmten Narrenabend, der heuer unter dem Motto

./.

"Konjunktur in aner Dur" steht, für Faschingsonntag, den 28. Februar, in die Sofiensäle ein.

Die weiteren großen und repräsentativen Bälle sind: Blumen-Ball der Wiener Stadtgärtner (Sofiensäle, 15. Jänner), Gastgewerbeball (Sofiensäle, 19. Jänner), Ball der Pharmazie (Hofburg, 22. Jänner), Ball der Chemie und Wirtschaft (Palais Pallavicini, 29. Jänner), Wiener Ärzteball (Hofburg, 30. Jänner), Jägerball (Sofiensäle, 1. Februar), Hofburgball des Wiener Kaffeehausgewerbes (Hofburg, 3. Februar), Ball der Technik (Konzerthaus, 4. Februar), Juristenball (Hofburg, 6. Februar), 17. Ballfest der Österreichischen Campagnereitergesellschaft (Palais Pallavivini, 11. Februar), Hausball der Schauspieler des Theaters in der Josefstadt (für wohltätige Zwecke, Sträußel-Säle, 20. Februar), Rudolfiner-Redoute (Hofburg, 1. März).

Die beiden Gschnasfeste des Künstlerhauses tragen das Motto "Vienna Ars Gschnas" und finden am Samstag, dem 30. Jänner, und Samstag, dem 6. Februar, statt. Die Akademien-Gschnasfeste haben sich der Psychoanalyse verschrieben: "Verdrängte Komplexe" gibt's am Freitag, dem 22. Jänner, "Enthemmte Komplexe" am Freitag, dem 29. Jänner, und "Oben ohne-Komplexe" am Freitag, dem 5. Februar.

Den Faschingkehraus am Faschingdienstag, dem 2. März, bestreiten die Wiener Singgemeinschaft (Casino Zögernitz), die Tanzschule Ellmayer (Sofiensäle) und die Gewerkschaft der Eisenbahner mit dem Westbahner-Ball (Wimberger). Nach dem Faschingdienstag aber geht's mit den Bällen trotzdem munter weiter, und zum absolut letzten Ball dieser Saison, zumindest nach dem Ballkalender, hat ausgerechnet der Nachrichtendienst der Sicherheitswache für Samstag, den 27. März, in den Schwechater Hof eingeladen. Vielleicht werden die Nachrichtentechniker dabei schon den Beginn des Faschings 1966 ankündigen? Für den Fasching 1965 aber wünschen wir viel Vergnügen und "Gut Tanz"!

\- - -

Infektionskrankheiten im November

30. Dezember (RK) Das Gesundheitsamt der Stadt Wien bringt in seinem Tätigkeitsbericht über den Monat November folgende Zahlen über die in Wien aufgetretenen anzeigepflichtigen Infektionskrankheiten: Scharlach 291, infektiöse Leberentzündung 94 (Todesfälle zwei), Keuchhusten 23, Ruhr 5, Papageienkrankheit zwei, bakterielle Lebensmittelvergiftung 1, Gehirnhautentzündung 1. Keine Erkrankungsfälle gab es bei Diphtherie, Typhus und Kinderlähmung.

Bei einer Gesamtzahl von 6.745 Besuchern betrug die Zahl der Neuuntersuchten in den Tbc-Fürsorgestellen 1.848. In 92 Fällen wurde eine aktive Tuberkulose festgestellt, und zwar 79 aktive Lungentuberkulosen (davon 35 offene) und 13 andere Tuberkulosearten. In den Tbc-Fürsorgestellen wurden insgesamt 3.175 Röntgendurchleuchtungen, 630 Röntgenaufnahmen und 2.514 Hausbesuche gemacht.

Die Parteienfrequenz in der Beratungsstelle für Geschlechtskranke betrug 2.991. Von 534 im Wochendurchschnitt untersuchten Kontrollprostituierten waren 16, von 119 untersuchten Geheimprostituierten 29 venerisch infiziert. Aus ganz Wien wurden 178 Fälle frischer venerischer Erkrankungen gemeldet.

In 53 Mutterberatungsstellen wurden 11.569 ärztliche Beratungen durchgeführt. In 849 Fällen wurde Vitamin D zur Rachitisvorbeugung verabreicht.

In den sechs Schwangerenberatungsstellen wurden im November 679 Frauen untersucht. Bei 67 Frauen wurden krankhafte Befunde erhoben, welche zu einer Störung der Schwangerschaft führen können.

In den Wiener Schulen wurden 13.296 Kinder untersucht, in den Kindergärten 600 und in der Augenärztlichen Zentrale 849.

Im Rahmen der systematischen Schulzahnpflege wurden in den Schulzahnkliniken 9.453 Kinder untersucht und 1.414 Kinder behandelt.

In den beiden Beratungsstellen der Fürsorge für Alkoholkranke wurden in 42 Gruppentherapiestunden 370 Patienten behandelt. Insgesamt wurden von dieser Stelle 2.156 Personen betreut.

./.

Im Krebsreferat sind im Berichtsmonat 258 Personen, davon 75 Männer untersucht worden. Dabei wurden 3 geschwulstverdächtige Befunde erhoben und 212 Personen wegen anderweitiger Erkrankungen ihren behandelnden Ärzten zugewiesen. Davon waren 16 Erkrankungen, die erfahrungsgemäß unbehandelt in ein Krebsleiden übergehen können.

In der Sportärztlichen Untersuchungsstelle wurden 84 Sportler untersucht.

\- - -

Bevölkerungsstatistik für Wien im November

30. Dezember (RK) Das Statistische Amt der Stadt Wien weist in seinem Monatsbericht für November 890 Eheschließungen, 1.448 Lebendgeburten und 2.296 Sterbefälle aus. Damit lag die Zahl der Eheschließungen um 53 und die der Geburten um 162 unter den vorjährigen Novemberzahlen. Die Zahl der Sterbefälle überstieg die vorjährige Vergleichszahl um 149. Nach dem Bericht der Bundes-Polizeidirektion sind im November 10.339 Personen nach Wien zugewandert, 8.053 Personen haben Wien verlassen.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Gesperrt bis 18.30 Uhr:

Die Silvesterrede des Bürgermeisters

31. Dezember (RK) Am Silvesterabend wurde auf den Rathausplatz folgende Ansprache von Bürgermeister Jonas übertragen - sie war heute auch im Ersten Programm des Österreichischen Rundfunks zu hören:

"In den Stunden zwischen dem alten und dem neuen Jahr erinnert man sich am deutlichsten an die Freuden und Sorgen der vergangenen zwölf Monate, man hat aber noch ungetrübte Hoffnungen für die kommende Zeit. Ein Rückblick zeigt uns, daß es wieder ein Jahr voll erfolgreicher Arbeit war. Unseren gemeinsamen Anstrengungen ist es gelungen, eine Reihe nützlicher Einrichtungen zu schaffen, wie Spitäler und Kindergärten, tausende Wohnungen und große Parkanlagen, Schulen, Straßen und Brücken. Wir konnten unsere Kinder für das Leben gut vorbereiten und der Jugend eine Berufsauswahl bieten wie nie zuvor. Die Gemeinschaft stellte sich - noch wirksamer als bisher - schützend vor jene Mitbürger, die Hilfe brauchen, vor allem bei Krankheit und Alter. Als Bürgermeister danke ich allen Wienerinnen und Wienern für ihre Mitarbeit und für das große Verständnis, das sie den Sorgen und den Freuden unserer Stadt entgegenbringen. Wenngleich wir nicht sagen können, daß uns alle Sorgen erspart und alle Wünsche erfüllt wurden, so können wir doch dem Jahr 1964 eine gute Nachrede halten und feststellen, daß es die Reihe jener Jahre fortsetzt, die uns Aufschwung und Fortschritt brachten.

Und nun kommt die große Frage an das Schicksal! Was wird aus 1965? Um es kurz und klar zu sagen: Es wird das, was wir aus ihm

./.

machen! Wir wollen uns wieder auf unsere eigene Kraft verlassen und mit beiden Beinen fest im Leben stehen. Erwarten wir nicht, daß uns andere helfen, denn die anderen haben ihre eigenen Sorgen.

Für das kommende Jahr hat sich die Gemeindeverwaltung im Interesse unserer Stadt wieder große Aufgaben gestellt. Aber wir wissen, daß wir diese Aufgaben nicht ohne Anstrengungen erfüllen können. Wir glauben an die Zukunft unserer Stadt und deshalb darf in ihrer Entwicklung kein Stillstand eintreten. Wir müssen mit dem modernen Leben in Fühlung bleiben und müssen Schritt halten mit der internationalen Entwicklung.

Wenn unsere Arbeit erfolgreich ist, dann haben wir das Recht, uns des Lebens und des Fortschrittes zu freuen. Dabei dürfen wir aber nie vergessen, daß es bei uns zu Hause und in der Welt noch immer Hunger und Unrecht, Krankheit und Unwissenheit gibt. Wir selbst haben in den Zeiten härtester Not die Hilfsbereitschaft anderer Völker dankbar entgegengenommen. Jetzt, da es uns gut geht, sollen unsere Herzen nicht hart sein, sondern die seinerzeit empfangene Hilfe weitergeben an jene, die sich selbst nicht helfen können. Arbeiten wir alle zusammen, damit vor allem jenen geholfen wird, die noch auf der Schattenseite des Lebens stehen müssen.

Unsere Republik wird im Jahre 1965 den 20. Jahrestag der Wiedergeburt und den 10. Jahrestag der Unterzeichnung des Staatsvertrages feiern. Es sind dies Gedenktage unserer Heimat, die nach einem verbrecherischen Krieg wiedererstand und einen nie geahnten Aufschwung nahm. Wir Wiener sind stolz, daß wir einen entscheidenden Beitrag für diesen Aufschwung leisten konnten durch unsere Arbeit und Geduld, durch unsere Treue zur Demokratie und durch unsere Opferbereitschaft für die Freiheit unserer Republik.

Wir werden im kommenden Jahr auch andere große Gedenktage begehen, und zwar das 600jährige Jubiläum der Wiener Universität, das 150jährige Jubiläum der Technischen Hochschule und den 50jährigen Bestand des Österreichischen Städtebundes. Im Juli werden zehntausende junge Menschen aus aller Welt nach Wien kommen, um an der Gymnaestrada als aktive Sportler teilzunehmen. So wird unsere Stadt im kommenden Jahr der Schauplatz großer und denkwürdiger Veranstaltungen sein, und wir werden uns sehr bemühen, unsere Gäste würdig zu empfangen.

./.

Mein letztes Wort sei ein herzliches 'Prosit Neujahr' an alle Wienerinnen und Wiener und an alle unsere Landsleute zu Hause und draußen in der Welt. Möge Ihnen allen im Jahr 1965 Gesundheit, Glück und Erfolg beschieden sein!"

\- - -

Carl Goldmark zum Gedenken

31. Dezember (RK) Auf den 2. Jänner fällt der 50. Todestag des Komponisten Carl Goldmark.

Er wurde am 18. Mai 1830 in Keszthely, Ungarn, geboren und erhielt durch die Not die ersten, lang anhaltenden Eindrücke seines Lebens. 1834 übersiedelte die Familie nach Deutschkreutz (heute Burgenland). Eine ordentliche Schulbildung und eine abgeschlossene fachliche Ausbildung blieben ihm versagt. So mußte er zunächst in Ödenburg, später in Wien, als Orchestergeiger sein Leben fristen und sich seine musikalischen Kenntnisse autodidaktisch aneignen. Die in diesen Jahren gesammelten Erfahrungen fanden jedoch in der glänzenden Instrumentation seiner späteren Kompositionen ihren Niederschlag. Nach kurzem Aufenthalt in Budapest wurde Wien im Jahre 1860 für immer seine Wahlheimat. Goldmark betätigte sich als Musikkritiker und setzte sich unermüdlich für die Werke Richard Wagners ein. Er war auch einer der Mitbegründer des Wiener Akademischen Wagner-Vereins. In dieser Zeit stellten sich auch schon kompositorische Erfolge ein. Der entscheidende Durchbruch gelang ihm mit der 1875 in Wien uraufgeführten Oper "Die Königin von Saba", die sich rasch die ausländischen Bühnen eroberte. Fortan war Goldmark eine der prägnantesten Erscheinungen des Wiener Musiklebens und empfing viele Ehrungen. Sein Schaffen zeitigte noch zahlreiche andere Opern wie "Das Heimchen am Herd", Ouverturen wie "Sakuntala", die Symphonie "Ländliche Hochzeit", Instrumental- und Kammermusik, Chöre und Lieder.

An seinem Grab auf dem Zentralfriedhof werden Kränze der Stadt Wien und der burgenländischen Landesregierung niedergelegt werden.

\- - -

Bürgermeister Jonas und Magistratsdirektor Dr. Ertl:

Sachliche Zusammenarbeit im Interesse der Stadt, der Bevölkerung und des Fortschritts

Neujahrswünsche der leitenden Beamten

31. Dezember (RK) Heute früh versammelten sich die leitenden Magistratsbeamten und die Direktoren der Städtischen Unternehmungen im Roten Salon des Rathauses, um Bürgermeister Jonas ihre Neujahrswünsche zu überbringen.

Im Namen der versammelten Beamten sprach Magistratsdirektor Dr. Ertl. Er sagte:

"Es wäre vermessen, würde ich heute, dem Brauch folgend, wieder Rückschau und Vorschau halten. Denn diesen Rückblick haben Sie, Herr Bürgermeister, in einer Art imposanter Leistungsschau im Herbst dieses Jahres den Wienerinnen und Wienern vorgelegt, und die Vorschau haben Sie in Ihrer Antrittsrede vor dem Gemeinderat anläßlich Ihrer neuerlichen Wahl zum Oberhaupt dieser Stadt gegeben. Ich könnte also nur wiederholen, und das ist gerade Ihnen gegenüber nicht angebracht. Wir wollen aber diese Gelegenheit benützen, um Ihnen zu sagen, daß wir uns aufrichtig freuen, daß Sie wieder unser Bürgermeister und damit unser oberster Chef geworden sind. Wir gratulieren herzlich dazu und wünschen Ihnen alles Gute für die nächsten fünf Jahre Ihrer Amtsperiode. Wir wollen Ihnen versprechen, Sie nach besten Kräften zu unterstützen.

Wir freuen uns aber auch darüber, daß die beiden großen demokratischen Parteien unserer Stadt wieder zu gemeinsamer Arbeit für die nächsten fünf Jahre zusammengefunden haben, und verbinden damit die Hoffnung, daß es sich um eine Arbeit auf sachlicher und damit allein schon auf guter Ebene handelt. Wir wissen, wie sehr Sie Sachlichkeit lieben. Wir kennen Ihre Bemühungen um sachliche Arbeit für das Wohl der Wiener Bevölkerung. Auch hier wollen wir versprechen, mitzuwirken, indem wir, jeder auf seinem Platz, jeder nach seinem Vermögen, aber - so darf ich für alle sagen - jeder aus ganzem Herzen, unsere Pflicht tun. Wir wollen hoffen, daß diese Arbeit auch die verdienten Erfolge hat.

Wenn wir dennoch auch um ein wenig Geduld bitten, dann ist das nicht im Mangel an gutem Willen zu suchen, sondern in der Größe der Aufgaben, die bevorstehen, in der ./.

Größe des Apparates und in der Größe der Organisation, bei der es natürlich - obwohl wir alle wünschen, daß es klaglos funktioniert - immer wieder Unzukömmlichkeiten geben muß, weil nichts ohne Fehler ist. Ich glaube, daß das eine gewisse Notwendigkeit ist. Es zeigt uns einerseits, daß wir von Vollkommenheit noch weit entfernt sind. Ich glaube aber, ohne unbescheiden zu sein, auch sagen zu dürfen: Die Arbeit wird, im großen gesehen, gut geleistet, nicht zuletzt deshalb, weil diese Unzukömmlichkeiten mit Recht an oberster Stelle so kritisch vermerkt werden.

Ich darf Ihnen versichern, Herr Bürgermeister, daß die Auseinandersetzungen auf den verschiedensten sachlichen Gebieten im Rahmen der Beamtenschaft durchaus mit Ernst, mit Eifer, ja ich kann sagen, mit Leidenschaft geführt werden, und daß die sogenannten einheitlichen Auffassungen, die dann zustande kommen und oft so einfach und selbstverständlich aussehen, meist das Ergebnis eines langen Ringens der verschiedensten Meinungen sind, wie das überall im Leben nun einmal ist. Ich will im Namen aller versprechen, daß wir diese ernste Arbeit und diese Leidenschaftlichkeit auch in der Zukunft nicht missen wollen, nicht zuletzt deshalb, weil an der Spitze unserer Verwaltung, trotz aller Mahnungen von Herzinfarkten und ähnlichen Dingen, ein Mann steht, der selbst ein Besessener dieser Arbeit ist. Wir können es immer wieder sehr gut beurteilen, daß Sie mehr als ein Vorbild sind. Ich wünsche nur, daß diese Arbeit in ein friedliches Jahr fällt, das alle Möglichkeiten der Entwicklung offen läßt.

Ihnen persönlich, Herr Bürgermeister, wünschen wir viel Gesundheit für das kommende Jahr. Möge Ihnen Ihre große Arbeits- und Schaffenskraft erhalten bleiben, möge Ihnen das kommende Jahr wenig Sorgen, möge es Ihnen im Gegenteil viel Freude bringen, möge Ihnen aber vor allem auch der Ihrer Leistung entsprechende große Erfolg beschieden sein - zum Wohle Wiens und damit letzten Endes auch zum Wohle der Republik Österreich. In diesem Sinne, Herr Bürgermeister, wollen wir Ihnen ein herzliches 'Prosit 1965' sagen!"

Bürgermeister Jonas sagte in seiner Antwortrede:

"Es ist eine der liebgewordenen Gewohnheiten, daß am letzten Jahrestag die leitenden Herren der Stadtverwaltung zu mir kommen. Es spielt sich hier ein kurzer Diskurs ab, und es wird der Versuch

./.

gemacht, das verflossene Jahr mit allen seinen Erscheinungen zu umreißen und das kommende Jahr einer kurzen Analyse zu unterziehen. In diesen Tagen wird das von sehr vielen Personen getan, und ich glaube, das ist ganz gut so, weil es einerseits die Bevölkerung sehr interessiert, was kompetente Persönlichkeiten zu sagen haben, und weil andererseits diese kompetenten Persönlichkeiten zu einer Art Gewissenserforschung verhalten werden, wenn sie diese Gewohnheit weiter üben.

Ich glaube, für die Stadt Wien können wir sagen, daß wir auch im vergangenen Jahr versucht haben, das Beste zu tun. Das vergangene Jahr war das letzte Jahr der Wahlperiode, und damit ist auch eine überdurchschnittliche Ernte eingebracht worden, weil es auch die Ergebnisse von mehrjährigen Projekten gezeitigt hat. Wir können sagen, daß sich Wien dadurch wirklich einer Verjüngungskur unterzogen hat. Wir sind in vielem elastischer und leistungsfähiger geworden, soweit es sich auf das Funktionieren des öffentlichen Lebens in Wien bezieht.

Daß wir den Wunsch haben, im nächsten Jahr wieder etwas ähnliches zu machen, ist begreiflich. Sie selbst, meine Herren, die Sie auf Ihren Gebieten zweifellos viel mehr Einblick haben als ich, werden mit mir einer Meinung sein: Es gibt nichts Interessanteres und Spannenderes, als das Leben einer Großstadt zu beobachten und in unserem bescheidenen Rahmen auch zu beeinflussen, denn dazu sind wir berufen worden.

Ich glaube, sagen zu können, die Wiener haben es sich verdient, daß es bei uns immer besser geworden ist. Wir müssen den Arbeitseifer und das Verantwortungsbewußtsein unserer Wiener Bevölkerung wirklich bewundern. Es war nicht immer so. Es war vor allem nicht so, als volksfremde und österreichfremde Gewalten hier gehaust haben und die Bevölkerung das Gefühl hatte: Hier können wir nicht mittun, das ist uns fremd, das ist nicht in unserem Sinn, das dient nicht unserem Interesse. Damals ist das entstanden, was wir als eine innere Obstruktion bezeichnet haben, als den inneren Widerstand jedes einzelnen gegen eine Herrschaft, die fremd war und die sich uns aufgedrängt und aufgezwungen hat.

Jetzt aber hat die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung die Sicherheit, daß alles, was hier geschieht, im Interesse der Stadt, im Interesse der Bevölkerung und vor allem im Interesse

./.

des Fortschritts in Wien getan wird. Und da haben wir, ohne unbescheiden zu sein, doch zu vermerken, daß Wien wieder in der Reihe der europäischen Großstädte eine hervorragende Rolle spielt. Aber auch in Wien selbst unterscheiden sich die Lebensverhältnisse der Bevölkerung wesentlich von jenen früherer Zeiten. Wir können glücklich sein, daß wir diese aufbauende und konstruktive Periode mitmachen können, daß es uns vergönnt ist, mit unseren bescheidenen Kräften mitzuwirken.

Ihnen, meine Herren, danke ich recht herzlich. Ich weiß, welche Verantwortung Sie zu tragen haben. Wenn hier so andeutungsweise von Herzinfarkten gesprochen wurde, so kann ich das nur ebenso andeutungsweise wieder zurückgeben. Es liegt mir viel daran, daß Sie Ihre Arbeitskraft erhalten. Immer wieder, wenn jemand von uns gehen muß, entsteht eine schmerzhafte Lücke. Wir wollen uns das aufheben für die lange, lange Zeit nach der Pensionierung. Ich wünsche Ihnen eine eiserne Gesundheit. Ich wünsche Ihnen, daß Sie im kommenden Jahr wieder Erfolge in Ihrer Arbeit feststellen können, denn je mehr solche Feststellungen gemacht werden können, umso mehr kann man sich an der Arbeit freuen und sie mit einer noch größeren Bereitschaft fortsetzen. Ich bitte Sie nur um die gleiche verantwortungsbewußte Arbeit wie in den vergangenen Jahren. Wir werden uns gemeinsam bemühen, die im Jahr 1965 beginnende neue Wahlperiode wieder mit vollem Erfolg einzuleiten.

Ich bin gleichfalls der Meinung, daß die Zusammenarbeit der beiden großen Parteien im Wiener Rathaus die Grundlage für eine möglichst produktive Arbeit ist, für die Zusammenfassung eines möglichst großen Teiles der Wiener Bevölkerung zu einer gemeinsamen Arbeit für unsere Stadt.

Ich danke Ihnen, meine Herren, für Ihre bisherige Mitarbeit und ich bitte Sie, auch Ihren Mitarbeitern meinen Dank und meinen Gruß zu übermitteln. Wir wollen uns gemeinsam versprechen, daß wir die auftretenden Schwierigkeiten mit Verständnis und mit Verständigungswillen überwinden wollen. Aber das soll dem Ringen der Geister keinen Abbruch tun. Für das kommende Jahr viel Glück, Gesundheit und Erfolg!"

\- - -

Die begehrtesten Männer Wiens im Rathaus

31. Dezember (RK) In ihrer Arbeitsmontur, aber doch feiertäglich sauber gewaschen, kam heute vormittag eine Abordnung der Wiener Rauchfangkehrer unter Leitung des Landesinnungsmeisters Dipl.-Ing. Quester zu Bürgermeister Jonas, um ihm auf diese glückbringende Weise die besten Wünsche für das Neue Jahr zu entbieten. Bürgermeister Jonas zeigte sich über diesen Besuch sehr erfreut, ohne den er sich, wie er sagte, einen Jahreswechsel gar nicht mehr vorstellen könne. Die schwarzen Gesellen, die in diesen Tagen wohl zu den begehrtesten Männern Wiens zählen, mögen der Stadtverwaltung und der ganzen Bevölkerung unserer Stadt all das Glück bringen, das sie vom Neuen Jahr erhoffen.

Die Überzeugung, daß Rauchfangkehrer Glück bringen, geht aller Wahrscheinlichkeit nach auf das frühe Mittelalter zurück: Als die ersten schliefbaren Kamine gebaut wurden, hat man eine Verordnung erlassen, die die Hausväter - das Rauchfangkehrergewerbe gab es damals noch nicht - zwang, diese Rauchabzüge periodisch zu reinigen. Wollten sie diese schmutzige Arbeit nicht selbst verrichten, mußten sie sich nach einem Kohlenbrenner umsehen, die die einzigen waren, die dies aus Gefälligkeit und gegen gutes Geld taten. Gelang es nun einem Hausvater, namentlich in den feiertagsreichen Wochen um den Jahreswechsel, einen Kohlenbrenner zu erwischen, galt das als besonderer Glücksfall. Aus diesen Verhältnissen erklärt sich auch der nach dem Aufkommen eines speziell für diese Arbeit zuständigen Gewerbes herausgebildete Standpunkt: Ein Rauchfangkehrer bedeutet Glück!

\- - -

Ballkalender

31. Dezember (RK) In der Woche vom 4. bis 10. Jänner 1965 finden in Wien folgende größere Ballveranstaltungen statt:

Dienstag, 5. Jänner: Casino Zögernitz (Kränzchen des Kath. Reichsbundes "Gut Freund"), Parkhotel Schönbrunn (Ball der Studentenverbindung Borussia), Sofiensäle (Ball der Polizeimusik), Wimberger (Post- und Telegraphenbedienstete des 6., 7. und 8. Bezirkes).

Mittwoch, 6. Jänner: Hernalser Vergnügungszentrum (1. Teenager-Redoute).

Freitag, 8. Jänner: Casino Zögernitz (Österreichische Studiengesellschaft für Atomenergie, Seibersdorf), Sofiensäle (Niederösterreichischer Bauernbund).

Samstag, 9. Jänner: Baumgartner Casino (Naturfreunde-Bundesjugend), Casino Zögernitz (Kränzchen der Naturfreunde, Sektion Döbling), Hernalser Vergnügungszentrum (Ball des Hauses Marion Soremba und Hans Neroth), Konzerthaus (Bundesgewerbeschule Wien I), Palais Auersperg (Wiener Kaufmannschaft), Parkhotel Schönbrunn (Hietzinger Bürgerball), Schwechater Hof (Ball der Messerschmiede - Ball der Installateure), Simmeringer Hof (Ball der Schulwarte), Wimberger (Siebenbürger Sachsen in Wien).

Sonntag, 10. Jänner: Hernalser Vergnügungszentrum (Rendevous im H.V.Z.), Palais Auersperg (Pfarre Maria Treu), Wimberger (Pfarre St. Josef).

\- - -

75. Geburtstag von Bernhard Scheichelbauer

31. Dezember (RK) Am 1. Jänner vollendet der ehemalige Chefredakteur des Bundespressedienstes Hofrat Bernhard Scheichelbauer das 75. Lebensjahr.

In Wien geboren, studierte er zunächst Jus, trat aber dann in den aktiven Militärdienst ein. 1920 übersiedelte er nach Kärnten und nahm als Soldat, später als Journalist an den Abwehrkämpfen teil. Er wurde ständiger Mitarbeiter der Grazer "Tagespost", der "Neuen Freien Presse" und des "Neuen Wiener Tagblattes". Außerdem war er Konsulent des Bundespressedienstes und Korrespondent deutscher Zeitungen. Aus dieser Zeit stammen Abhandlungen über Kärnten und das Minoritätenproblem. 1930 wurde Scheichelbauer von der Kärntner Landesregierung in den öffentlichen Dienst übernommen und führte das Fremdenverkehrs- und das Pressereferat. 1938 erfolgte seine sofortige Entlassung, 1945 seine Berufung in den Bundespressedienst, wo er schließlich Chefredakteur wurde. 1956 ging er in Pension und ist seither als freier Schriftsteller tätig. Seit vielen Jahren ist er Großmeister der "Großloge Österreich". Sein Buch "Die Johannis-Freimaurerei" gibt einen Einblick in die Prinzipien dieser ethisch-philosophischen Gesellschaft. 1959 erschien das umfangreiche Werk "Zweihundert Jahre Freimaurerei in Österreich".

Bürgermeister Jonas und Stadtrat Mandl haben dem Jubilar in herzlichen Worten gehaltene Glückwunschschreiben übermittelt.

\- - -

Geehrte Redaktion!

Wir wünschen allen Kollegen und allen Lesern ein gutes Neues Jahr!

Die nächste Ausgabe der "Rathaus-Korrespondenz" erscheint Montag, den 4. Jänner 1965.

\- - -

60984 81800

Großbuchbinderei
Guido Beer
Wien XX.

5,988